

Jahrbuch für

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1986/4

1986/4

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1. Pils (CZSK) Dr. A. Tichonow (USSRA), Tomaszewski (VRPolen)
(DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Japan), H. Mottek (DDR), E. Nishimura (UVR), S. E. Pech (UVR)
II. Amerika (USA), Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Jelski (CZSK), J. Kuczynski
Liste besonderer Mitarbeiter von

Redaktionsbeirat
Klaus Müller, Hans-Joachim Müller, Fritz Mühlisch, Heinz Genscher, Jan Franz, Hans-Joachim Müller, Richard
Kühn, Waldemar Schmidt, Klaus Schöke (Großbritannien), Alfred Schwan, Ingrid Thönius (Schweiz)
Hermann Lauthmann (Großbritannien), Ingrid Krawiec (Schweiz), Ingrid Jentzsch, Ingrid Jentzsch, Ingrid Jentzsch
Klaus Grottel (Schweiz), Günter Horn, Wolfgang Joxa, Fritz Kahlert, Fritz Kahlert, Fritz Kahlert, Fritz Kahlert,
Hermann Lauthmann (Großbritannien), Ingrid Krawiec (Schweiz), Ingrid Jentzsch, Ingrid Jentzsch, Ingrid Jentzsch,
Klaus Müller, Hans-Joachim Müller, Fritz Mühlisch, Heinz Genscher, Jan Franz, Hans-Joachim Müller, Richard
Kühn, Waldemar Schmidt, Klaus Schöke (Großbritannien), Alfred Schwan, Ingrid Thönius (Schweiz)



Verlag
Ingrid Krawiec (Schweiz), Hans-Joachim Müller, Fritz Mühlisch, Heinz Genscher, Jan Franz, Hans-Joachim Müller, Richard
Kühn, Waldemar Schmidt, Klaus Schöke (Großbritannien), Alfred Schwan, Ingrid Thönius (Schweiz)

Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), J. Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Günter Hertel, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Siegfried Richter, Waldtraut Schmidt, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schröter, Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Kresse (Leiter), Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Jörg Roesler, Martina Schattkowsky, Reinhard Schumacher

ISBN 3-05-000094-5

ISSN 0075 - 2800

Anschrift der Redaktion:

DDR-1100 Berlin, Prenzlauer Promenade 149 - 152

Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3 - 4

© Akademie-Verlag Berlin 1986

Lizenznummer: 202 . 100/50/86

Printed in the German Democratic Republic

Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz

Redaktionsschluß: 15. 3. 1986

LSV 0305

Bestellnummer: 754 6190 (2103/86/4)

01800

Inhalt

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- Jürgen Kuczynski Die wissenschaftlich-technische Revolution 9
- Parviz Khalatbari Kontinuität und Diskontinuität der Bevölkerungsbewegung vor der industriellen Revolution 17
- Hans-Joachim Schröter Die Förderung und Festigung des Volkseigentums in der Industriestadt Chemnitz durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 51
- N. F. Bugaj Industrieproduktion, Arbeitsorganisation und Arbeitslöhne in Sowjetrußland 1918 bis 1921 65
- Margrit Grabas Statistisch-ökonomische Analyse des Verlaufs der Krise von 1913 in Deutschland und den USA 83
- Reinhard Kusch Handelskapital und Manufaktur im Spätféudalismus. Das Beispiel Stralsund (1720 bis 1815) 119

DISKUSSIONEN

- Jörg Roesler Überlegungen zur Charakterisierung von Industriezweigen unter reproduktionsgeschichtlichem Aspekt. Inhaltliche und methodische Probleme bei der Analyse von Industriezweigen in der Übergangsperiode 143

LITERATURKRITIK

- Horst Handke Die politisch-soziale Sprache in der Klassenauseinandersetzung (Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3 u. 4) 159
- Manfred Voigt Nicht nur zwei bedeutsame Jahrzehnte in der Geschichte einer ägyptischen Bank (Eric Davis, Challenging Colonialism - Bank Misr and Egyptian Industrialization) 163
- Jürgen Kuczynski Die Entwicklung der Imperialismus-Theorie in der KPD (1. Leipziger Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung) 167
- Siegfried Richter Sachzeugen der Produktions- und Verkehrsgeschichte (Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik) 171

Karin Lehmann	Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und anderen europäischen Ländern 1914 bis 1924. Zum Gesamtprojekt und zu ersten Ergebnissen (The German Inflation reconsidered; The Experience of Inflation)	175
Siegfried Epperlein	Ein Streifzug durch Lebensbereiche der Feudalgesellschaft (Otto Borst, Alltagsleben im Mittelalter)	183
Jürgen Kuczynski	Vernon L. Lidtke, The Alternative Culture	187
Thomas Kuczynski	Beatrix Wupperman, Afrika im kapitalistischen Weltsystem	188
Horst Handke	Konrad Gross, Arbeit als literarisches Problem	189
Hermann Lehmann	Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg	191
Dieter Baudis	Gerhard Botz, Gewalt in der Politik	192
Wolfgang Wilhelmus	Olof Åhlander, Staat, Wirtschaft und Handelspolitik	194
Karl Lärmer	Allgemeine Geschichte der Technik von 1870 bis etwa 1920	196
Karl Lärmer	Heinz Haberkorn, Anfänge der Fotografie	197
Hans-Heinrich Müller	Recherches et travaux	199
Elfie-Marita Eibl	Archiv für Frankfurter Geschichte und Kunst, H. 59	201
Ernst Münch	Joachim Leuschner/Hartmut Boockmann, Europa im Hoch- und Spätmittelalter	202
Martina Schattkowsky	Europa 1400	204

BETRIEBSGESCHICHTE

Renate Schwärzel	Quellenanalyse und Betriebsgeschichte. 8. Kolloquium der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR (29. Januar 1986 in Berlin)	207
------------------	--	-----

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (21. Fortsetzung) (Renate Günther)		209
---	--	-----

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

- Elfriede Rehbein Verkehrshistorische Probleme der
deutschen Eisenbahnen
(30. November 1985 in Dresden) 217
- Helga Eichler Die Hugenotten in Brandenburg-
Preußen. Ihre Rolle in Wirtschaft
und Kultur
(25. und 26. Oktober 1985 in Berlin) 225
- Renate Schilling Stadt und Kirche im Spätmittelalter
und während der Reformation
(1. bis 3. Oktober 1985 in Frank-
furt/Oder) 235

BIBLIOGRAPHIE

- Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR,
29. Lieferung (Dieter Müller) 237

- Autorenverzeichnis 255

- Содержание , Contents, Contenu, Sumario 256

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Die wissenschaftlich-technische Revolution

von Jürgen Kuczynski

Die Menschheit kennt wohl vier ganz große Revolutionen der Produktivkräfte. Sie folgten sich in immer schnellerem Tempo.

Die erste liegt Hunderttausende, ja wohl Millionen Jahre zurück, als die Menschen vom Finden zur Anfertigung von Werkzeugen übergingen. Der Fortschritt in dieser Zeit war außerordentlich langsam - liegen doch an hunderttausend Jahre zwischen der groben Steinaxt von Abbéville und der schon fast eleganten von Saint-Acheul in Frankreich. Wir haben keinen Namen für diese Revolution.

Die zweite beginnt mit Ackerbau und fester Siedlung vor vielleicht 15 000 Jahren. Sie war eine landwirtschaftliche Revolution.

Die dritte besteht in der Verwendung von Maschinen, die die Führung der Hand bei der Bewegung von Werkzeugen übernehmen. Sie beginnt in der zweiten Hälfte des 18. Jh. in England. Wir nennen sie die industrielle Revolution.

Die vierte besteht in der Verwendung von Automatik, die die Hand bei der Führung der Maschinen ersetzt. Sie erfolgte noch nicht 200 Jahre nach der dritten Revolution. Wir nennen sie die wissenschaftlich-technische Revolution der Produktivkräfte. Sie wird auch insofern die letzte in der Produktion sein, da sie, wie schon Marx festgestellt hat, letztendlich den Menschen aus dem Produktionsprozeß ausschaltet; er wird nur noch Wächter, Kontrolleur und Reparaturarbeiter sein.

Wir besitzen keine schriftlichen Zeugnisse der Reaktion der Menschen auf die beiden ersten Revolutionen der Produktivkräfte, wohl aber gute Zeugnisse aus den beiden letzten.

Die Reaktion auf die dritte schildert Dorothy George so: "Die Zeitschriften widmeten neuen Maschinen und Prozessen große Aufmerksamkeit, und die Zeitungen waren allgemein beredsam und voll großer Ausdrücke. Sie wiederholten immer von neuem Worte wie 'unglaublich', 'beispiellos', 'erstaunlich', 'ohne Parallele' und ähnliche. Schon 1767 erklärte ein für verbesserte Straßen und die ersten Kanäle Begeisterter: 'nie gab es eine erstaunlichere Revolution als diese'. Die nüchterne Encyclopaedia Britannica meinte, daß 'die Entdeckungen und Verbesserungen' des Zeitalters 'Ruhm und Glanz über dies Land verbreiten, wie es Eroberung und Herrschaft nie tun könnten'.¹

Ganz ähnlich ist die Reaktion auf die wissenschaftlich-technische Revolution. In einer sonst prächtig nüchtern-realistischen Broschüre heißt es über die wissenschaftlich-technische Revolution: "In der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution vollzieht sich ein - nach den Maßstäben der bisherigen Menschheitsgeschichte - noch nie dagewesenes Wachstum der Produktivkräfte. In kurzen Zeitabständen erblicken neue Erzeugnisse und Technologien das Licht der Welt und verändern einschneidend Arbeit und Freizeit der Menschen. Roboter, Lasertechnik, gezielte genetische Veränderungen, künst-

¹ George, Dorothy, England in transition, Harmondsworth 1964, S. 107.

liche Intelligenz - was noch vor kurzem die Domäne von Science-Fiction-Autoren war, ist entweder zum erfolgsversprechenden Gegenstand ernsthafter Forschungsarbeit geworden oder bereits Realität in vielen Ländern."²

Natürlich ist die Begeisterung am Ende des 18. Jh. genauso berechtigt wie die am Ende des 20. - soweit die Produktionsinstrumente und die Anwendungsgebiete der neuen Technik in Frage kommen. Aber weder am Ende des 18. noch am Ende des 20. Jh. konnte die neue Technik, konnte die technische Revolution bereits die Produktivität der gesamten Wirtschaft bestimmen, nicht einmal die der Industrie. Die industrielle Revolution beschränkte sich länger als ein halbes Jahrhundert vor allem auf die Textilindustrie, zu der dann noch das Druckereigewerbe kam.

Leider haben wir keine einigermaßen zuverlässigen Daten für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft oder in der Industrie vor 1840. Wir können die Produktivität für einen größeren Komplex erst seit 1840 berechnen. Das habe ich bis 1969 für die USA, Großbritannien und Deutschland (bzw. die BRD) getan, drei Länder, die von der zweiten Hälfte des 19. Jh. bis in die 50er Jahre unseres Jahrhunderts etwa zwei Drittel der Weltindustrieproduktion leisteten. Ihre kombinierte Produktivität entwickelte sich wie folgt:

T a b e l l e 1

Produktivität in der Industrie
(1900 = 100)

Jahrzehnt	Index	Steigerung in %	Durchschnitt von 3 Jahrzehnten
1840 - 1849	40	-	-
1850 - 1859	45	10)
1860 - 1869	55	20) 20
1870 - 1879	70	30)
1880 - 1889	80	15)
1890 - 1899	90	10) 16
1900 - 1909	110	22)
1910 - 1919	133	21)
1920 - 1929	155	17) 22
1930 - 1939	197	27)
1940 - 1949	225	14)
1950 - 1959	274	22) 22
1960 - 1969	360	31)

Quelle:

Vgl. dazu Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 37: Eine Weltübersicht über die Geschichte der Lage der Arbeiter, Berlin 1967, S. 107 f.

Von irgendeiner Beschleunigung der Entwicklung der Produktivität in den 130 Jahren von 1840 bis 1969 kann keine Rede sein. Wenn das Jahrzehnt 1960/69 einen winzigen Höhepunkt darzustellen scheint, so nur wegen der (mit Recht wegen der Ungenauigkeit des Urmaterials) so abgerundeten Zahl von 1870/79, und der Unterschied zu 1930/39 ist auch nicht sehr groß.

² Radtke, Gerd-Rainer, Kann ich forschen, wie ich will?, Berlin 1986, S. 3.

Aber deutet das Jahrzehnt 1960/69 nicht wenigstens ganz leise schon einen Wandel der Situation an? Es ist wahr, danach tritt ein Wandel ein, jedoch ein ganz unerwarteter. Die Bundesbank in Frankfurt am Main hat folgende Statistik der Produktivität in der Gesamtwirtschaft (Bruttoinlandsprodukt) veröffentlicht:

T a b e l l e 2

Arbeitsproduktivität⁺ in ausgewählten Ländern
(jährliche Veränderung in %)

Zeit	Bundes- republik Deutsch- land ⁺⁺	Vereinigte Staaten von Amerika	Frank- reich ⁺⁺	Großbri- tannien	Japan
JD 1961/64	+4,3	+3,0	+5,0	+2,4	+10,6
JD 1965/69	+4,7	+1,9	+4,5	+2,5	+9,3
JD 1970/73	+4,1	+1,4	+4,9	+3,6	+7,9
JD 1974/79 ⁺⁺⁺	+3,1	+0,1	+3,2	+0,8	+3,4
1974	+2,4	-3,1	+3,3	-1,8	-0,1
1975	+1,6	+0,1	+2,1	-1,3	+1,7
1976	+6,1	+2,6	+4,6	+4,6	+5,5
1977	+2,9	+1,7	+2,6	+0,1	+4,0
1978	+2,5	+0,1	+4,0	+3,1	+4,3
1979 ⁺⁺⁺	+3,1	-1,0	+2,5	+0,2	+4,7

+ Reales Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen; eigene Berechnung nach nationalen Angaben.

++ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

+++ Teilweise geschätzt.

JD = Jahresdurchschnitt.

Quelle:

Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1980, S. 12.

Seit den 60er Jahren beobachten wir einen ständigen Rückgang der Produktivität. Mit Recht stellt die "International Herald Tribune" vom 4. Februar 1986 in einem unter der Überschrift "Wer stahl die Produktivität?" erschienenen Leitartikel fest, daß in den Vereinigten Staaten - und das gilt auch für Westeuropa und Japan - seit 1973 eine Wende eingetreten sei. Warum, kann sie sich nicht erklären: it remains a mystery, es bleibt ein Geheimnis, schreibt sie. Und auch wir Marxisten, die wir im allgemeinen unseren Blick nur auf die "Schlüsselindustrien" richten, haben bisher keine ausreichende Erklärung gefunden. Der Ausgangspunkt der Betrachtung der "International Herald Tribune" ist die Tatsache, daß 1985 die Arbeitsproduktivität in der amerikanischen Gesamtwirtschaft nur um 0,3 % gestiegen ist - in der Landwirtschaft allein jedoch um 11,5 %, in der Fabrikindustrie um 2,6 % gegenüber einem entschiedenen Rückgang in der Dienstleistungswirtschaft. So sieht die wissenschaftlich-technische Revolution heute in der Gesamtwirtschaft der USA aus - und auch nicht viel besser in den übrigen entwickelten Industrieländern.

Warum aber solch eine Entwicklung in der wissenschaftlich-technischen Revolution? Ich glaube, das hängt eng mit der stetig steigenden Rüstungsproduktion zusammen. Sie ist teuer, da sie hochqualifizierte Kräfte beschäftigt und teure Rohstoffe verbraucht. Sie spielt quantitativ nur eine kleine Rolle in der Gesamtwirtschaft - beansprucht im allgemeinen 4 bis 8 % des Nationalprodukts der entwickelten Industriestaaten (mit Ausnahme Japans, wo sie nur etwa 1 % ausmacht) -, aber beschäftigt etwa die Hälfte aller Wissenschaftler und Techniker in den USA. Das heißt, pro Milliarde Dollar Rüstungsproduktion werden dort mehr als 12mal soviele

wissenschaftlich-technisches Potential beschäftigt wie für die gleichwertige Zivilproduktion. Kein Wunder, daß die wissenschaftlich-technische Revolution sich vor allem auf die Entwicklung der Destruktivkräfte statt der Produktivkräfte konzentriert.

Natürlich gibt es zahlreiche Ausnahmen für die Verwendung von modernster Technik auch in der Nüchtrüstungswirtschaft - aber sie können wahrhaftig nicht das Gesamtbild der Wirtschaft bestimmen, wie die zuvor gegebenen Zahlen nur allzu deutlich beweisen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution findet ihre stärkste Anwendung, wie bemerkt, in der Rüstungsindustrie. Sie konzentriert sich jedoch und geht am schnellsten voran in der Produktionsinstrumente-Entwicklung auf den Gebieten der Mikroelektronik, Computer- und Robotertechnik. In einem überaus klugen und einsichtigen Artikel zu dieser Problematik schreibt Peter Hess: "Bei der Produktion von spitzentechnologischen Erzeugnissen können auf die dargestellte Weise insgesamt hohe Expansionsraten erzielt und die erforderlichen großen Kapitalvorschüsse verwertet werden. Im einzelnen entscheidet die Konkurrenz. Für die Gesamteinschätzung, wie die neueste Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß wirkt, sind aber die nun zu betrachtenden Besonderheiten bei der Anwendung von Spitzentechnologien insofern wichtig, als die Zweige, die Spitzentechnologien herstellen, nur einen kleinen Teil der Gesamtindustrie ausmachen. Die Anwendung dagegen ist prinzipiell in jedem Bereich der Wirtschaft (und der Gesellschaft) möglich. Allerdings befinden sich selbst die höchstentwickelten kapitalistischen Länder erst am Beginn einer Phase der Ausbreitung von Mikroelektronik, Computer- und Robotertechnik."³

Sehr richtig: Wir befinden uns gerade erst am Anfang der wissenschaftlich-technischen Revolution!

Und ganz gering ist auch die Zahl der bei der Herstellung ihrer Instrumente Beschäftigten. Hess bemerkt: "Auch im Hinblick auf die Beschäftigung ist es wichtig, Produktionsinnovationen herstellende und anwendende Industrien (und Dienstleistungen) zu unterscheiden. In ersteren nimmt die Beschäftigung gegenwärtig rasch zu. Jedoch muß beachtet werden, daß beispielsweise in der Halbleiter-, Nachrichtentechnik- und Computerindustrie in den USA sich nur etwa 2,2 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten (ohne Landwirtschaft) befinden.

Sicher hat auch die Zahl der Arbeitsplätze in jenen Dienstleistungssektoren in den USA zugenommen, die mit der neuesten Entwicklung eng verbunden sind - Datenverarbeitung, Programmierung, Softwareherstellung u. a. -, und zwar von etwa 310 000 im Januar 1981 auf 510 000 im Januar 1985. Die relative Zunahme ist beträchtlich, die absolute Zahl dagegen gering."⁴

Ja, die wissenschaftlich-technische Revolution auf dem Gebiet ihrer spezifischen Produktionsinstrumente geht in rasendem Tempo voran, aber dieses Gebiet ist eben noch relativ klein, und ihre Ausbreitung im Rest der Wirtschaft ist noch relativ beschränkt, so daß es Jahre, auch in den USA, geben kann, in denen die Produktivität der Gesamtwirtschaft praktisch stagniert.

³ Hess, Peter, Wissenschaftlich-technische Revolution und Akkumulation des Kapitals, in: IPW-Berichte, 2/1986, S. 16.

⁴ Ebenda, S. 19.

Wie ist die Situation in den sozialistischen Ländern, insbesondere bei uns in der DDR?

Lenin nennt den "Zustand der Produktivkräfte" das "Hauptkriterium der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung"⁵. Und noch nicht zwei Jahre nach der Oktoberrevolution hatte er gemahnt: "Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft. Das ist ein sehr schwieriges und sehr langwieriges Werk, aber man hat d a m i t b e g o n n e n , und das eben ist das allerwichtigste."⁶ Heute, zwei Drittel Jahrhundert später, ist die Sowjetunion außer auf dem Gebiet der Verteidigungskräfte den entwickelten kapitalistischen Ländern, bei voller Beachtung des furchtbaren wirtschaftlichen Rückschlags, den der militärische und politische Sieg über den Hitlerfaschismus gekostet hatte, noch so weit in der Entwicklung der Produktivkräfte zurück, daß Genosse Gorbachov eine großartig umfassende Kampagne zu ihrer Erhöhung einleiten mußte.

Was unsere Deutsche Demokratische Republik betrifft, so hatte ich, als vor einigen Jahrzehnten unsere Parteiführung zur Überwindung des technischen Rückstands gegenüber der Entwicklung der kapitalistischen Arbeitsproduktivität die Losung "Überholen ohne einzuholen" ausgab, eine Berechnung dieses Rückstands gegenüber der BRD gemacht. Ich kam auf ungefähr 30 %. Vor einiger Zeit nannte der Genosse Erich Honecker die gleiche Zahl für die gleiche Gegenüberstellung. Das heißt, das wissenschaftlich-technische Niveau hat sich in den letzten drei Jahrzehnten bei uns etwa mit der gleichen Schnelligkeit gehoben wie in der BRD, hat aber nicht aufgeholt.

Genau darum hatte der Genosse Erich Honecker in seiner Neujahrsbotschaft für 1985 erklärt: "Sich in unserer Zeit unter den industriell fortgeschrittenen Ländern zu behaupten, stellt eine Herausforderung an Forschergeist und Ingenieurwissen, an die Qualitätsarbeit jedes einzelnen dar. Darauf gründet sich der Lebensstandard unseres Volkes."⁷ Und einige Wochen später, auf der Beratung mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, hatte er festgestellt, daß die DDR vom "mittleren Niveau nicht leben"⁸ kann. Damals verlangte er auch nicht "irgendwelche Verbesserungen", denn man könne vieles verbessern und trotzdem hinter dem Weltniveau zurückbleiben.

Die Bemerkungen über Verbesserungen erscheint mir besonders wichtig. Viel zu oft wird bei uns die Kontinuität gerühmt, die natürlich auch notwendig ist. Doch nirgends wird begeistert von einer diskontinuierlichen, d. h. von einer revolutionären Entwicklung berichtet. Wir brauchen aber eine diskontinuierliche Entwicklung, um die entwickelten kapitalistischen Länder auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Revolution einzuholen, wir brauchen qualitative Sprünge. Leben wir doch, wie Genosse Erich Honecker uns gemahnt hat, in einer sozialistischen Revolution, und das Kennzeichen aller Revolutionen auf allen Gebieten des Lebens ist, daß sie diskontinuierlich vonstatten gehen - andernfalls handelt es sich um evolutionäre Bewegungen.

⁵ Lenin, W. I., X. Parteitag der KPR (B), 8. - 16. März 1921, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 32, S. 239.

⁶ Derselbe, Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, S. 416 f.

⁷ Honecker, Erich, Für alle Bürger Frieden und Glück im neuen Jahr, in: Neues Deutschland, 31. 12. 1984, S. 1.

⁸ Beratungen des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, in: ebenda, 2./3. 2. 1985, S. 2.

Ja, bei uns berichtet die Presse sogar, wenn es sich um revolutionäre Entwicklungen in Wissenschaft und Technik handelt, von Kontinuität. Schließlich sollten wir auch in unserer Sprache marxistisch sein.

Naturwissenschaft und Technik haben nichts mit der Verschiedenheit von kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung zu tun, insofern sie übertragbar sind. Im Gegenteil beklagen wir heute alle Restriktionen im Transfer von Wissenschaft und Technik zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung.

Naturwissenschaft und Technik haben alles mit der Verschiedenheit kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung zu tun, was ihre Anwendung und die Folgen ihrer Anwendung betrifft.

In einer sozialistischen Welt würden wir natürlich weder Wissenschaft noch Technik für Kriegsrüstungszwecke verwenden, und schon heute werden sie in den sozialistischen Ländern nicht zur Steigerung der Ausbeutung - schon weil es sie überhaupt nicht gibt - verwandt.

Soweit ganz kurz zur Anwendung. Und nun zu den Folgen der Anwendung.

Wenn wir die drei großen Zentren der kapitalistischen Welt daraufhin untersuchen, was ihre wirtschaftlichen Hauptprobleme sind, so können wir feststellen:

Vereinigte Staaten von Amerika: Hauptprobleme auf dem Finanzsektor infolge unsinniger Rüstungsausgaben: Staatshaushaltsdefizite von in der Geschichte des Kapitalismus nie erreichter Größe, infolgedessen hohe Zinsen, überhöhter Dollarwert, hohes Außenhandelsdefizit. Die Arbeitslosigkeit, die immer hoch war, geht seit Ende 1982 ständig zurück, da das Sozialprodukt schneller steigt als die Produktivität - auch auf dem Gebiet der stärksten wissenschaftlich-technischen Revolution, der Rüstungsindustrie.

Westeuropa: Hauptproblem die Arbeitslosigkeit infolge der wissenschaftlich-technischen Revolution und des Verfalls einzelner Wirtschaftszweige (Baugewerbe, Werften, Textilindustrie), aus Strukturgründen.

Japan: Abhängigkeit vom Außenhandel bei zunehmendem Protektionismus in der Welt des Kapitals. Die wissenschaftlich-technische Revolution spielt wegen der großen gerade durch sie verursachten Bedeutung des ständig stark wachsenden Außenhandels noch keine die Wirtschaft global unterminierende Rolle.

Die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in den drei Zentren des Kapitals sind also recht verschieden. In den Vereinigten Staaten stellen sie durch ihre starke Konzentration auf die Rüstung einerseits eine militärische Bedrohung der ganzen Welt dar, und im Innern der USA erschüttern sie durch ihre Konzentration auf die Rüstung vor allem den Finanzsektor. In Westeuropa schaffen sie eine trotz steigender Produktion ebenfalls ständig sich vergrößernde Arbeitslosenarmee, die die herrschende Klasse zu einem ständig steigenden Druck auf den Lebensstandard der Werktätigen benutzt. In Japan, mit einer relativ geringen Rüstung, haben sie sich bisher noch nicht als stark negativ erwiesen.

Wie ist die Situation in den sozialistischen Ländern?

Zunächst kann allgemein festgestellt werden, daß die wissenschaftlich-technische Revolution dort keinerlei Krisen verursacht, weder auf dem Finanzsektor, wie in den USA, noch auf dem Arbeitsmarkt, wie in Westeuropa. Sie erleichtert vielerorts die Arbeit, bringt jedoch auch Erschwernisse durch die wirtschaftliche Notwendigkeit, unter den gegenwärtigen Bedingungen die teuren Investitionen im Mehrschichtsystem ausnutzen zu müssen. Und nun vergleichen wir die negativen Folgen der Arbeitslosigkeit in Westeuropa und des Mehrschicht-

systems in der DDR. In der Welt des Kapitals eine furchtbare Tragödie, bei uns eine Ärgerlichkeit. In der Welt des Kapitals eine Systemkrise, bei uns eine Unvollkommenheit. In der Welt des Kapitals eine Krise, die erst mit der Beseitigung des Kapitalismus verschwinden wird, bei uns eine Unbequemlichkeit, die mit dem Sieg des Sozialismus in aller Welt verschwunden sein wird.

Die historische Perspektive der automatischen Fabrik - erste Einzelexperimente und Erfolge sind bekannt - ist als Massenerscheinung im kapitalistischen System undenkbar, in der Welt des Sozialismus ein Ziel, auf das schon Marx hingewiesen hat. Wie schon bemerkt, sah Marx voraus, daß dann der Produktionsarbeiter aus Zwang und Notwendigkeit, um die Grundbedürfnisse der Gesellschaft herzustellen, verschwinden würde - die Arbeit als Wächter, Kontrolleur und Reparaturarbeiter müßte jeder wie heute den Militärdienst für ein, zwei Jahre ableisten. Der Rest des Lebens ist Freizeit, in der der Mensch nach Neigung arbeitet und natürlich auch weit mehr Mußezeit hat als heute. Man wird, wie Marx sagt, auf dem Wege zu dieser Zukunft, den Reichtum eines Volkes an der Größe seiner Freizeit messen.

Blicken wir so in die Zukunft, dann erst werden wir die ganze Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution ermessen können. Nur dann werden wir auch begreifen, daß so wie die erste Revolution recht eigentlich erst den Menschen schuf, die vierte, die wissenschaftlich-technische Revolution, erst die vollendete Gesellschaft des Menschen schaffen kann.

Stalin: Über die Bedeutung der wissenschaftlichen Revolution
von Jahre 1953

Die Kontinuität und die Unterbrechung
der Kontinuität in der Bevölkerung

Die Analyse Gregory King, ein Vertreter der politischen Arithmetik, in seinen Werk "Political and Political Observations and Conclusions upon the State and Condition of England" die Bevölkerungsentwicklung in England seit 1686. Er leitete aus seiner Analyse die folgenden langfristigen und mittleren Prognosen für die Welt ab: Die Bevölkerung der Welt wird bis zum Jahre 1800, also etwa 100 Jahre nach der wissenschaftlichen Revolution, fast verdoppelt werden. Bis zum Jahre 1850, also 50 Jahre nach der wissenschaftlichen Revolution, wird die Bevölkerung der Welt um ein weiteres Mal verdoppelt werden. Bis zum Jahre 1900, also 100 Jahre nach der wissenschaftlichen Revolution, wird die Bevölkerung der Welt um ein weiteres Mal verdoppelt werden. Bis zum Jahre 1950, also 150 Jahre nach der wissenschaftlichen Revolution, wird die Bevölkerung der Welt um ein weiteres Mal verdoppelt werden. Bis zum Jahre 2000, also 200 Jahre nach der wissenschaftlichen Revolution, wird die Bevölkerung der Welt um ein weiteres Mal verdoppelt werden. Bis zum Jahre 2050, also 250 Jahre nach der wissenschaftlichen Revolution, wird die Bevölkerung der Welt um ein weiteres Mal verdoppelt werden. Bis zum Jahre 2100, also 300 Jahre nach der wissenschaftlichen Revolution, wird die Bevölkerung der Welt um ein weiteres Mal verdoppelt werden.

Die Analyse Gregory King, ein Vertreter der politischen Arithmetik, in seinen Werk "Political and Political Observations and Conclusions upon the State and Condition of England, London 1701, S. 1.

Kontinuität und Diskontinuität der Bevölkerungsbewegung vor der industriellen Revolution⁺

von Parviz Khalatbari

Die Kontinuität und die Unterbrechung der Kontinuität
in der Bevölkerungsbewegung

Die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung in der Epoche
vor der neolithischen Revolution

Die Unterbrechung der Kontinuität der Bevölkerungsbewegung
durch die neolithische Revolution

Sozialökonomische Grundlagen und wesentliche Merkmale der
Bevölkerungsbewegung in den Agrargesellschaften

Statistischer Überblick über das Wachstum der Weltbevölkerung
vom Jahre 0 bis 1650

Die Kontinuität und die Unterbrechung der Kontinuität in der Bevölkerungsbewegung

1696 analysierte Gregory King, ein Vertreter der politischen Arithmetik, in seinem Werk "Natural and Political Observations and Conclusions upon the State and Condition of England" die Bevölkerungsbewegung in England seit 1260. Er leitete aus seiner Analyse die folgende langfristige und kühne Prognose für die weitere Entwicklung der Bevölkerung Englands ab: "Im Jahre 1260, also etwa 200 Jahre nach der normannischen Eroberung, hatte das Königreich 2 750 000 Einwohner, d. h. die Hälfte der heutigen Zahl, so daß das englische Volk sich in den letztvergangenen ca. 435 Jahren verdoppelt hat; ... wahrscheinlich wird die nächste Verdopplung des englischen Volkes in etwa 600 Jahren eintreten, also im Jahre des Herrn 2300; zu dieser Zeit wird das Land 11 Millionen Einwohner haben; aber danach wird die nächste Verdopplung (aller Wahrscheinlichkeit nach) erst nach weiteren 1 200 oder 1 300 Jahren erfolgen, also im Jahre des Herrn 3500 oder 3600; dann wird das Königreich 22 Millionen zählen, d. h. viermal so viel wie jetzt, vorausgesetzt, daß die Welt so lange bestehen wird."¹

⁺ Bei der Endfassung des Manuskripts hat Frau Dr. Rose-Elisabeth Herden wertvolle Hilfe geleistet, wofür ihr auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

¹ King, Gregory, Natural and Political Observations and Conclusions Upon the State and Condition of England, London 1696, zit. in: Wright, Harald, Bevölkerung, Berlin 1924, S. I.

Wie verblüfft wäre Gregory King, wenn er erlebt hätte, daß die Bevölkerung Englands bereits 1821, also etwa 120 Jahre nach Erscheinen seines Werkes, den Stand erreichte, den er für 3500 oder 3600 prophezeit hatte. Allerdings war King nicht der einzige Wissenschaftler, der die zukünftige Bevölkerungsentwicklung maßlos unterschätzte. So schrieb rund ein Vierteljahrhundert später Benjamin Franklin in seinem Werk "Observations Concerning the Increase of Mankind and the Peopling of Countries" (1751), wobei er sein Blickfeld über England hinaus auf ganz Europa ausdehnte, daß Europa fast vollständig bevölkert sei und seine Bevölkerung sich daher nur wenig und langsam vermehren könne.² Solche Prognosen haben sich zwar als falsch erwiesen; sie hatten aber dennoch ihre historische Berechtigung. Sie beruhten auf den Kenntnissen, die man in der Mitte des 18. Jh. über die Entwicklung der Menschheit bis zu jenem Zeitpunkt hatte. Die radikale Umwälzung jedoch, die sich in den materiell-technischen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens und in der demographischen Situation seit Beginn der industriellen Revolution vollzogen hat, hätte niemand, selbst mit großer Phantasie, voraussehen können. "Vor der Mitte des 18. Jahrhunderts würde man jeden, der eine fortschreitende Steigerung der materiellen Wohlfahrt Dank der Arbeitsteilung, den wissenschaftlichen Erfindungen und überaus raschen Vermehrung der Menschen vorausgesagt, für einen Phantasten gehalten haben."³

Durch die mit der industriellen Revolution des 18. und 19. Jh. verbundenen gesellschaftlichen Umwälzungen wurde die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung zunächst in Europa unterbrochen, und zwar in einer Weise, die alle bis dahin geltenden demographischen Normen außer Kraft setzte. Die Bevölkerung wuchs in dem "fast vollständig bevölkerten Europa" explosionsartig. Die industrielle Entwicklung blieb aber nicht auf Europa beschränkt. Sie drang auch in andere Regionen der Welt vor, zerstörte überall dort, wo sie Einzug hielt, das bis dahin bestehende demographische Regime und löste ein explosionsartiges Wachstum der Bevölkerung aus. Dabei ist bemerkenswert, daß mit zunehmender Dimension dieses Prozesses auch seine Intensität wuchs. In England erreichte das Bevölkerungswachstum zwischen 1870 und 1880 seinen Höhepunkt mit einer jährlichen durchschnittlichen Rate von 1,4 %. Eine solche Rate führt zu einer Verdopplung der Bevölkerungszahl innerhalb von 50 Jahren. In den Entwicklungsländern lag der Höhepunkt des Bevölkerungszuwachses zwischen 1965 und 1970, wobei mit 2,6 % eine jährliche durchschnittliche Rate erreicht wurde, die zu einer Verdopplung der Bevölkerung innerhalb von 27 Jahren führt. Die gegenwärtige Wachstumsrate der Weltbevölkerung reicht aus, um eine Verdopplung der Bevölkerung innerhalb von 40 Jahren hervorzurufen.

Die Entwicklung der vergangenen zweihundert Jahre ist uns jedoch mittlerweile so vertraut, daß wir mit solchen gigantischen Zahlen beinahe gleichgültig umgehen. Bereits in den ersten Dekaden unseres Jahrhunderts, als die Bevölkerungsexplosion noch längst nicht den gegenwärtigen Stand erreicht hatte, machten Wissenschaftler auf diesen Prozeß aufmerksam. Erwähnt seien Karl Kautsky (1910), Harald Wright (1924), Alexander Carr-Saunders (1925), Alexander und Eugen Kulischer (1932) und George McCleary (1937). McCleary schrieb im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum zwischen 1801 und 1931 in England: "Wir sind so vertraut mit den Anzeichen einer rasch wachsenden Bevölkerung, daß wir es als eine natürliche Angelegenheit auffassen. Wir neigen dazu, das rasche Bevölkerungswachstum als eine Sache zu betrachten, die immer so war und immer so sein wird. Aber der enor-

2 Vgl. Franklin, Benjamin, Observations Concerning the Increase of Mankind and the Peopling of Countries, in: The Works of Benjamin Franklin, Bd. 2, Boston 1836, S. 312.

3 Keynes, John Maynard, Vorwort, in: Wright, Bevölkerung, S. III.

me Zuwachs seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, der durch die Ergebnisse der britischen Volkszählung ausgewiesen wurde, war keine Fortsetzung einer Sache, die sich bereits seit langem in der Vergangenheit vollzogen hatte. Er war anormal."⁴ Die von McCleary als "anormal" bezeichnete demographische Situation war nicht nur für England charakteristisch, sondern für Europa überhaupt, und sie ist es heute in höherem Maße auch für die Entwicklungsländer. Es handelt sich also um einen weltweiten Prozeß, der heute eine ungeheure Dimension erlangt und oft als ein globales Problem der Menschheit bezeichnet wird. Wir sind der Meinung, daß das seit der industriellen Revolution sich vollziehende, explosionsartige Bevölkerungswachstum durchaus keinen anormalen Prozeß darstellt. In ihm wirken bestimmte Gesetzmäßigkeiten. Diese Gesetzmäßigkeiten sind mit Umwälzungen verbunden, die mit der industriellen Revolution im Zusammenhang stehen; sie bringen eine Unterbrechung der Kontinuität der Bevölkerungsbewegung zum Ausdruck. Auch wenn es sich dabei um ein in der Geschichte äußerst seltenes demographisches Ereignis handelt, ist diese Unterbrechung der Kontinuität ein eben so normaler Prozeß wie die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung. Sie stellt die Übergangsphase zu einem neuen Stadium der Kontinuität dar. Somit sind Kontinuität und Unterbrechung der Kontinuität zwei verschiedene Phasen ein und derselben geschichtlichen Entwicklung der Weltbevölkerung. Daraus folgt, daß es sich beim explosionsartigen Bevölkerungswachstum in den letzten zweihundert Jahren um ein vorübergehendes demographisches Ereignis handelt, das in eine neue Phase der Kontinuität und Allmählichkeit münden muß. Zu einer ähnlichen Erkenntnis ist Carr-Saunders vor sechzig Jahren gelangt, als die Bevölkerungsexplosion bei weitem noch nicht die gegenwärtige Dimension erlangte.⁵ Diese Schlußfolgerung ist nicht nur theoretisch-philosophisch begründet, sondern sie ergibt sich vor allem aus der Logik des Gangs der Bevölkerungsbewegung in der Geschichte, was wir hier etwas näher darstellen wollen.

In philosophischen Abhandlungen wird die Kontinuität allgemein als ein wesentliches Merkmal der Existenz, Bewegung und Entwicklung der Materie bezeichnet. Hegel definiert den Begriff der Kontinuität wie folgt: "Die Kontinuität ist also einfache, sich selbst gleiche Beziehung auf sich, die durch keine Grenze und Ausschließung unterbrochen ist, aber nicht unmittelbare Einheit, sondern Einheit der fürsichseienden Eins. Es ist das Auseinander der Vielheit noch enthalten, aber zugleich als ein nicht Unterschiedenes, Ununterbrochenes."⁶

Die Kontinuität bringt also die relative Beständigkeit und Stabilität einer bestimmten Qualität im Rahmen ihrer allmählichen quantitativen Veränderung zum Ausdruck. Dabei ist wesentlich: "Bei dialektischen Qualitätsumschlägen bzw. dialektischen Negationen, wie sie in Entwicklungsprozessen vorkommen, findet die Kontinuität ihren Ausdruck darin, daß im neuen Entwicklungsstadium wesentliche Charakteristika des alten Stadiums erhalten bleiben."⁷

Diese Überlegungen bilden auch die Grundlage für das Verständnis der Kontinuität im Prozeß der Bevölkerungsentwicklung in der Geschichte. Sicher verläuft diese Bewegung nicht geradlinig. In den verschiedenen historischen Epochen und selbst in ein und derselben Epoche ist diese Bewegung außerdem nicht in allen Regionen der Welt einheitlich. Es handelte sich eher um eine Reihe von Populationsbewegungen mit unterschiedlichen, ja sogar widersprüch-

⁴ McCleary, G(eorges) F., The Menace of British Depopulation, London 1937, S. 29.

⁵ Vgl. Carr-Saunders, A(lexander) M., Population, London 1925, S. 12.

⁶ Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Wissenschaft der Logik, T. 1, Leipzig 1951, S. 179.

⁷ Philosophisches Wörterbuch, hg. v. Georg Klaus/Manfred Buhr, Leipzig 1975, S. 650.

lichen Tendenzen. Wenn auch in diesem bunten Bild Regelmäßigkeit auf den ersten Blick schwer zu erkennen ist, so bedeutet das keineswegs, daß die Bevölkerungsbewegung in der Geschichte auf einem chaotischen Vorgang beruht. Sie ist ein lebendiger und folglich äußerst komplizierter Prozeß, der bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterliegt. Zu dieser Erkenntnis sind bereits relativ frühzeitig Wissenschaftler gelangt, die sich eingehend mit demographischen Problemen beschäftigten.

Johann Peter Süßmilch z. B. sah in den Veränderungen der menschlichen Fortpflanzung bestimmte Gesetzmäßigkeiten, die er als "die göttliche Ordnung" verstand. Diese Ordnung werde allerdings nur dann sichtbar, wenn die Beobachtungsperiode einen genügend langen historischen Zeitraum umfasse und folglich ausreichende Möglichkeiten biete, um von Zufälligkeiten abzusehen und die Prozesse in ihren Grundzügen darzustellen. So betrachtet, stellt sich die Bevölkerungsbewegung in der Geschichte in erster Linie als ein kontinuierlicher Prozeß dar. Dabei ist in diese Kontinuität das tendenzielle Wachstum der Bevölkerung eingeschlossen.

Bei der theoretischen Begründung dieser Feststellung gehen wir von einem wesentlichen Prozeß aus, der ausnahmslos für alle Lebewesen als Existenzbedingung gilt, dem Prozeß des Stoffwechsels mit der Natur. Dieser Prozeß unterscheidet sich bei den Menschen als bio-soziale Wesen qualitativ von dem bei allen anderen Gattungen als biologische Wesen. Die Aneignung des Natürlichen zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse findet durch eine "zweckmäßige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten", also durch den Arbeitsprozeß, statt.⁸ Dieser Prozeß ist durch den Gebrauch und die Herstellung von Arbeitsmitteln charakterisiert. Der Mensch ist ein "Werkzeuge produzierendes Tier". Durch die Arbeit vermittelt, reguliert und kontrolliert der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur, was eine wachsende Kenntnis der Naturgesetze zur Folge und Voraussetzung hat. Es besteht eine dialektische Wechselbeziehung zwischen der Entfaltung dieser Kenntnisse und den Mitteln zur Rückwirkung auf die Natur. Dieser Prozeß findet seinen Ausdruck im allgemeinen Prozeß der Entwicklung der Produktivkräfte, der wiederum sowohl mit der Erweiterung des Nahrungsspielraums als auch mit der Bevölkerungsvermehrung und Bevölkerungsbewegung in Wechselbeziehung steht.

Mit der historischen Entwicklung der Produktivkräfte entfaltet sich die gesellschaftliche Teilung der Arbeit, die wiederum ein tendenzielles Wachstum der Bevölkerung voraussetzt. Mit der historischen Entwicklung der Produktivkräfte erweitert der Mensch aber auch gleichzeitig seinen Nahrungsspielraum und schafft die realen Voraussetzungen für die erweiterte Realisierung seines biologisch gegebenen Vermehrungspotentials, also für das Wachstum der Bevölkerung.⁹ Dabei setzt wiederum der jeweilige Stand der Entwicklung der Produktivkräfte in den einzelnen historischen Epochen dem Realisierungsgrad dieser Tendenzen Schranken; Marx spricht von den "immanenten, historisch wandelnden Grenzen des menschlichen Fortpflanzungsprozesses"¹⁰. Die Kontinuität

8 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 198.

9 Zu diesen Wechselbeziehungen äußerte sich Karl Kautsky wie folgt: "Beide Faktoren, raschere Vermehrung der Menschen und Erweiterung ihres Nahrungsspielraumes, entstammen derselben Quelle, dem Fortschritt der Technik; aber diese konnte jeden der beiden verschieden beeinflussen; sie brauchten sich nicht in gleichem Maße und gleichem Tempo zu entwickeln." (Kautsky, Karl, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft, Stuttgart 1910, S. 151 f.).

10 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 508.

der Entwicklung der Produktivkräfte schlägt letzten Endes in eine neue Qualität um. Indem die Menschen die Produktivkräfte als "Basis ihrer ganzen Geschichte"¹¹ umwälzen, wälzen sie auch die Basis ihrer Auseinandersetzung mit der Natur um. Damit wälzen sie aber ihr gesamtes soziales Milieu um, innerhalb dessen sie ihre eigene Reproduktion vollziehen. In dem neuen Milieu ordnet sich die Bevölkerungsbewegung allmählich völlig neuen Gesetzen unter. Die bisherige Kontinuität, d. h. die relativ stabile Qualität im Rahmen der quantitativen Änderungen, wird unterbrochen, und die Kontinuität setzt sich über eine kurze Übergangsphase, in der sich die Grundelemente einer neuen Qualität herausbilden, auf einer neuen Ebene fort. In diesem Sinne ist der Verlauf des menschlichen Reproduktionsprozesses nicht linear. Kontinuität und Unterbrechung der Kontinuität charakterisieren im großen und ganzen die Bevölkerungsbewegung in der Geschichte.

Gestützt auf diese Überlegungen und das umfangreiche Faktenmaterial, das vor allem seit Beginn unseres Jahrhunderts zusammengetragen wurde, läßt sich ein Schema entwerfen, das die Bevölkerungsbewegung in der Geschichte in den Grundzügen abbildet und dem die Entwicklung der Produktivkräfte als Basis dient.¹² Danach kann die Geschichte in drei Hauptepochen unterteilt werden, in die des Jagens und Sammels, in die der Landwirtschaft auf der Basis der manuellen Technik und schließlich in die der Industrie und Wissenschaft, wobei das Jagen und Sammeln, die Landwirtschaft und schließlich die Industrie und Wissenschaft die jeweilige materiell-technische Basis der ökonomischen Ordnungen darstellen.

Sieht man von den regional unterschiedlichen Übergangsphasen ab, so bilden bei weltweiter Betrachtung die klassenlose Gesellschaft der Urgemeinschaft, die Klassengesellschaften und die künftige kommunistische Gesellschaft die korrespondierenden Hauptstufen gesellschaftlicher Entwicklung. Die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung setzt sich in den aufeinanderfolgenden historischen Epochen fort, allerdings jeweils auf einer höheren Ebene. Nach diesem Schema stellt sich "die bisherige demographische Geschichte der Menschheit als eine lang andauernde Evolution mit zwei Unterbrechungen der Kontinuität, mit zwei Sprüngen, d. h. mit zwei demographischen Revolutionen"¹³ dar. Dabei fallen die beiden Unterbrechungen der Kontinuität der Bevölkerungsbewegung mit den zwei revolutionären Umwälzungen in der Entwicklung der Produktivkräfte, mit der landwirtschaftlichen Revolution auf der Basis der manuellen Technik vor etwa 9 000 Jahren und der industriellen Revolution des 18. und 19. Jh., zusammen (vgl. Anhang, Grafik 1).

Charakteristisch für die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung sind die Allmählichkeit des Bevölkerungswachstums, das gleichgewichtige Verhältnis zwischen der jeweiligen Tragfähigkeit des Milieus und dem Bevölkerungsquantum sowie das - langfristig - ausgeglichene Verhältnis zwischen den Determinanten der Bevölkerungsbewegung. Diese Ausgeglichenheit bleibt in allen Entwicklungsstadien im Grunde genommen erhalten. Dabei ist wesentlich, daß sowohl die Art und Weise, der Mechanismus dieses Verhältnisses als auch dessen

11 Vgl. Marx, Karl, an Pawel Wassiljewitsch Annenkow, 28. 12. 1846, in: MEW, Bd. 27, S. 452.

12 "Die Dialektik und Differenziertheit der historischen Entwicklung ist der dialektische Gegensatz der Einheit und Kontinuität des geschichtlichen Prozesses, die letztlich auf der sukzessiven Entfaltung der Produktivkräfte beruhen, welche ihrerseits kein glatter, sondern ein widerspruchsvoller Vorgang ist." (Stiehler, Gottfried, Gesellschaft und Geschichte. Zu den Grundlagen der sozialen Entwicklung, Berlin 1974, S. 202).

13 Wischniewski, A(natoli) G.. Die demographische Revolution, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 6/1977, S. 633.

Qualität und dessen Gesetzmäßigkeiten von einer historischen Epoche zur nächsten und von einem Entwicklungsstadium der Bevölkerungsbewegung zum folgenden völlig unterschiedlich gestaltet sind. Der Verlauf der Kontinuität in der jeweiligen historischen Epoche beruht somit auf unterschiedlichen Typen des Reproduktionsprozesses der Menschen als Träger der Kontinuität der Bevölkerungsbewegung in der Geschichte. In der Literatur geht man allgemein, entsprechend den genannten historischen Epochen in der Entwicklung der Produktivkräfte, von drei stabilen Haupttypen der Reproduktion des Menschen aus, vom Urtyp, vom traditionellen Typ und vom modernen, aber noch nicht voll entfalteten¹⁴ Typ der Reproduktion. Dabei ist der Übergang von einem Typ zum anderen und folglich der Übergang von einem Entwicklungsstadium der Kontinuität zum anderen mit der Zerstörung des alten gleichgewichtigen Verhältnisses zwischen den Determinanten der Bevölkerungsbewegung und der Herausbildung eines neuen gleichgewichtigen Verhältnisses verbunden. Die demographischen Vorgänge in diesen Übergangsphasen erscheinen daher als "anormal", was sie eigentlich nicht sind.

Die modellhafte Darstellung vermittelt einen zusammenfassenden Überblick über die Grundzüge der Bevölkerungsbewegung und ihrer Kontinuität in der Geschichte, über die allgemeinen Gesetze der Bevölkerungsbewegung sowie über die grundlegenden Merkmale des Reproduktionsprozesses in den einzelnen historischen Epochen. Sie bildet somit die Basis für spezifische Untersuchungen im Rahmen einzelner Produktionsweisen sowie bestimmter Entwicklungsetappen dieser Produktionsweisen. Darüber hinaus läßt das Schema auf Grundzüge des modernen, zukünftigen Typs der Reproduktion schließen.

Die schematische Darstellung darf allerdings nicht mit der realen Bevölkerungsbewegung in der Geschichte verwechselt werden.

So waren das tendenzielle Wachstum der Bevölkerung und die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung auf der Grundlage der historischen Entwicklung der Produktivkräfte in den vergangenen historischen Epochen nicht immer nur eine Fortbewegung in positiver Richtung. Zufällige Ereignisse konnten die Arbeitsergebnisse von Generationen vernichten und damit die Produktivkräfte in ihrer Entwicklung zurückwerfen. Rückschläge in der Entwicklung der Produktivkräfte und die damit verbundene Dezimierung des Nahrungsspielraumes wirkten sich wiederum negativ auf die Bevölkerungsbewegung aus. Umgekehrt beeinflusste auch eine zufällige Dezimierung der Bevölkerung die Entwicklung der Produktivkräfte negativ. Es ist eine Wechselwirkung. Die Bevölkerungsbewegung in der Geschichte vollzieht sich im Grunde genommen über Auf- und Abschwünge. Dennoch setzt sich das tendenzielle Wachstum der Bevölkerung als Gesetz durch, das die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung in der Geschichte zum Ausdruck bringt.

Die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung in der Epoche vor der neolithischen Revolution

Erst seit etwa 600 000 Jahren gilt die Existenz der menschlichen Gattung auf unserer Erde als genetisch-biologisch gesichert.¹⁵ Die anfängliche Anzahl von Menschen ist unbekannt: Sie muß jedoch so groß gewesen sein, daß sich die

¹⁴ Die Grundzüge des erst künftig voll entfalteten Typs der Reproduktion sind bereits heute in einigen entwickelten (sozialistischen und kapitalistischen) Ländern zu beobachten.

¹⁵ Vgl. Nemeskéri, János, Issues of Early Human Populations, in: Demographic Transition, hg. v. Parviz Khalatbari = Beiträge zur Demographie, Nr. 7, Berlin 1983, S. 79.

genetisch-biologischen Bedingungen des Fortbestehens entfalten konnten. Ansley Coale vertritt die Meinung, daß nach der Absonderung von den hominiden Vorgängern einige Tausende oder sogar Hunderttausende menschlicher Individuen existierten.¹⁶ Edward Deevey nimmt an, daß in Afrika, der Wiege der Menschheit, während der niederen Stufe des Paläolithikums (vor etwa 600 000 bis 1 Mill. Jahren) ca. 125 000 Menschen lebten. Für die mittlere Stufe des Paläolithikums, also etwa vor 300 000 Jahren, schätzt er die Bevölkerung Afrikas und Eurasiens auf eine Mill. Menschen.¹⁷ Nach Jean-Noël Biraben war die Weltbevölkerungszahl um 40 000 v. u. Z. - als das Fortbestehen der Menschen längst gesichert war - nicht größer als 1 Mill.¹⁸ Er vermutet, daß die Weltbevölkerungszahl während der langen Periode der mittleren Stufe des Paläolithikums um 1 Mill. Menschen oszillierte. Allerdings meint Biraben, daß während der oberen Stufe des Paläolithikums, also im Zeitraum von 35 000 bis 30 000 v. u. Z., ein Sprung in der Entwicklung der Weltbevölkerungszahl stattgefunden haben könnte, wodurch sich diese auf etwa 5 Mill. Menschen; vergrößerte. Diese Zahl blieb, Biraben zufolge, in den verschiedenen Phasen während der oberen Stufe des Paläolithikums bis zur neolithischen Revolution relativ konstant und oszillierte zwischen 5 und 8 Mill. Menschen. Deevey gibt die Zahl der Bevölkerung Afrikas und Eurasiens für den Zeitraum um 25 000 v. u. Z. mit 3,34 Mill. Menschen an, eine Zahl, die bis zur neolithischen Revolution auf 5,32 Mill. angestiegen sei.¹⁹ Mehrere Wissenschaftler, darunter János Nemeskéri und Helmut V. Muhsam, teilen Birabens Vermutung über die Zahl der Weltbevölkerung während der oberen Stufe des Paläolithikums.²⁰ Auf jeden Fall dürfte die Weltbevölkerung am Vorabend der neolithischen Revolution nicht mehr als 10 Mill. Menschen betragen haben. Bekanntlich war auch während der oberen Stufe des Paläolithikums das Jagen und Sammeln die materielle Grundlage des gesellschaftlichen Lebens der Menschen. Eine Überpopulation der Jägervölker, "die sich im Kampf der einzelnen Stämme untereinander zeigt, beweist nicht, daß die Erde die kleine Zahl nicht tragen könnte, sondern daß die Bedingungen ihrer Reproduktion ein großes Quantum, Territorium für wenige Köpfe erfordern"²¹. Es ist berechnet worden, daß unter diesen Bedingungen jeder Mensch im Durchschnitt ein Territorium von 5 bis 8 Quadratkilometer benötigte, um seine Bedürfnisse zu befriedigen.

Auf unserer Erde gibt es nur ca. 50 Mill. Quadratkilometer Boden, die für das Jagen und Sammeln geeignet sind die folglich die absolute Grenze für die Vermehrung der Bevölkerung in jener Epoche bildeten.²² Auf diesen 50 Mill. Quadratkilometern konnten höchstens 10 Mill. Menschen ihre Nahrungsmittel durch Sammeln und Jagen erwerben, vorausgesetzt, daß 5 Quadratkilometer pro Kopf für diesen Zweck ausreichend waren.

Mehrere Wissenschaftler sind sich darin einig, daß die Zahl von 10 Mill. Menschen die obere Grenze der Weltbevölkerung in dieser Periode dargestellt haben muß, wobei allerdings bei diesen Schätzungen eine ziemlich große Spanne

¹⁶ Coale, Ansley J., *The History of Human Population*, in: *Scientific American* (New York), 3/1974, S. 41.

¹⁷ Vgl. Deevey jr., E(dward) S., *The Human Population*, in: ebenda, 3/1960, S. 198.

¹⁸ Biraben, Jean-Noël, *Essai sur l'évolution du nombre des hommes*, in: *Population* (Paris), 1/1979, S. 23.

¹⁹ Deevey jr., S. 198.

²⁰ Nemeskéri, S. 82; Muhsam, Helmut V., *The Demographic Transition. From Wastage to Conservation of Human Life*, in: *La science de la population au service de l'homme. Conference sur la science au service de la vie*, Vienne 1979, S. 151.

²¹ Marx, *Grundrisse ...*, S. 508 f.

²² Vgl. *The Determinants and Consequences of Population Trends*, hg. v. UNO, Bd. 1, New York 1973, S. 12.

zwischen dem Minimum und dem Maximum der Weltbevölkerungszahl am Vorabend der neolithischen Revolution besteht.

Carlo M. Cipolla und Coale nehmen für die Zeit von 8000 bis 7000 v. u. Z. eine Zahl von 5 bis 10 Mill. Menschen an. John D. Durand vermutet 2 bis 10 Mill. und Marston Bates bis zu 10 Mill. Menschen.²³ Wenn wir bei einer Bevölkerungszahl von 10 Mill. für die Zeit um 8000 v. u. Z. bleiben und Birabens Schätzung von 5 Mill. für den Zeitraum um 35 000 v. u. Z. als Ausgangspunkt nehmen, dann dürfte sich die Weltbevölkerung in der Zeitspanne zwischen dem Auftreten des Homo sapiens sapiens auf unserer Erde und der neolithischen Revolution einmal verdoppelt haben. Diese Verdopplung entspricht einer äußerst niedrigen Wachstumsrate der Bevölkerung, die von Steven Polgar für diese Epoche auf 0,003 % im jährlichen Durchschnitt geschätzt wird.²⁴ Eine so niedrige Wachstumsrate entspricht einer weitgehenden und beinahe absoluten Übereinstimmung zwischen den Determinanten der Bevölkerungsbewegung, die wiederum eine stationäre Bevölkerung mit einer Reproduktionsdynamik zur Folge hat, die sich dicht am Rande der einfachen Reproduktion bewegt.

Die äußerst niedrige Wachstumsrate jener Epoche erklärt sich aus der dialektischen Wechselbeziehung zwischen menschlicher Fortpflanzung und Tragfähigkeit des Milieus. In der Epoche des Jagens und Sammels fristeten die Menschen ihr Leben von den Quellen der Natur, ohne in der Lage zu sein, ihre Nahrungsquellen zu vermehren. "Der Ertrag des Sammelns und Jagens ist im ganzen so dürftig und unsicher, daß er häufig nicht einmal gegen den bittersten Mangel schützt."²⁵ Die Jagdgründe und Sammelflächen konnten im besten Fall nur die dringendsten Bedürfnisse einer kleinen Anzahl von Menschen befriedigen. Ein gleichgewichtiges Verhältnis zwischen dieser Zahl und der "Wirtschaft" bildete die Grundbedingung des Überlebens der Horde. Die Personenzahl mußte mit den durch die Tätigkeit der Menschen kaum vermehrbaren Nahrungsquellen, d. h. dem Nahrungsspielraum, in vollem Einklang stehen.²⁶ Eine bewußte "Bevölkerungspolitik" oder - um Marshall Sahlins zu zitieren - eine "drakonische Bevölkerungspolitik"²⁷ sorgte dafür, daß dieses Gleichgewicht aufrechterhalten wurde. Die beinahe absolute Übereinstimmung zwischen Sterblichkeit und Geburlichkeit mußte sich hier als Gesetz durchsetzen.

Über die Höhe der Sterbe- und Geburtenziffern in dieser Periode gehen die Meinungen der Forscher auseinander. In ihrem bekannten Artikel von 1962 schreibt Anabelle Desmond: "Während der Hunderttausende von Jahren, die dem gegenwärtigen technologischen Zeitalter vorhergingen, war das menschliche Überleben in einer solchen Weise durch Kommen und Gehen gekennzeichnet, daß hohe Fertilität wesentlich war, um die brutal hohe Mortalität auszugleichen."²⁸

23 Vgl. Cipolla, Carlo M., Wirtschaftsgeschichte und Weltbevölkerung, München 1972, S. 89; Coale, S. 41; Durand, John D., Historical Estimates of World Population. An Evaluation, in: Population and Development Review (New York), 3/1977, S. 285; Bates, Marston, Die überfüllte Erde, München 1959, S. 29.

24 Polgar, Steven, Population History and Population Policies from an Anthropological Perspective, in: Current Anthropology (New York), 2/1972, S. 204.

25 Mombert, Paul, Wirtschaft und Bevölkerung, in: Grundriß der Sozialökonomik, 2. Abt., T. 1, Tübingen 1923, S. 88.

26 "Und in der Wirklichkeit zeigt es sich, daß die Bevölkerungen, die von der Jagd leben, in ihrer Zahl genau den ihnen zur Verfügung stehenden Hilfsquellen angepaßt sind." (Childe, Gordon, Der Mensch schafft sich selbst, Dresden 1959, S. 74).

27 Sahlins, Marshall, Stone Age Economics, London 1974, S. 34.

28 Desmond, Anabelle, How many people have Ever lived on Earth, in: The

Es ist allerdings bis heute umstritten, ob in dieser Epoche die Sterblichkeit tatsächlich so hoch war wie Desmond annimmt. Noch umstrittener ist die Behauptung, daß in dieser Epoche eine hohe Fruchtbarkeit die "brutal hohe Sterblichkeit" kompensieren mußte. Das Gegenteil scheint richtig zu sein. Nach Auffassung von Muhsam, Cipolla und Coale hatten in der langen Epoche des Paläolithikums zahlreiche Krankheiten, wie z. B. Pest, Cholera, Malaria und Typhus, keinesfalls so verheerende Auswirkungen wie in späteren Kulturphasen. Muhsam begründet diese Behauptung mit der Lebensweise und der Mobilität der Bevölkerung in jener Epoche; und Cipolla meint, daß in den dünn besiedelten Gebieten der Jäger und Sammler die Auswirkungen von Epidemien begrenzt blieben, zumal die Jäger und Sammler infektiösen Krankheiten gegenüber vermutlich resistenter waren als die Menschen späterer Kulturphasen. Nach Meinung von Coale war die Sterblichkeit in der Phase des Jagens und Sammelns offenbar nur mäßig hoch.²⁹

Im Hinblick auf die Geburtenhäufigkeit gibt selbst Desmond, die ja von einer außerordentlich hohen Fruchtbarkeit ausgeht, die Zahl der Geburten für die gesamte Epoche des Paläolithikums nur mit 12 Mrd. an.³⁰ Dies würde einer relativ niedrigen durchschnittlichen Geburtenrate entsprechen. Deevey dagegen schätzt die Zahl der Geburten in den vergangenen 600 000 Jahren auf etwa 110 Mrd., wovon seiner Meinung nach ca. 66 Mrd. auf die Epoche des Paläolithikums entfallen.³¹ Dies würde nach unseren Berechnungen für die Zeit des Paläolithikums eine Geburtenrate ergeben, die rein physisch unmöglich ist.

Vermutlich unterschied sich die Fruchtbarkeit in jener Epoche nicht wesentlich von der späteren Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung, in denen sich Krankheiten wie Pest und Malaria reduzierend auf die potentielle Fruchtbarkeit auswirkten. Man muß allerdings berücksichtigen, daß - wie ethnologische Analogien zeigen - in der Phase der Jäger und Sammler sowohl die unsichere Nahrungssituation als auch die relativ langen Geburtenabstände die Geburtenhäufigkeit verringerten.³² Es scheint, daß ein mäßig hohes Niveau der Geburtenhäufigkeit für jene Epoche charakteristisch war. Unabhängig von den absoluten Werten von Geburten- und Sterberate war ein weitgehend gleichgewichtiges Verhältnis zwischen den Determinanten der natürlichen Bevölkerungsbewegung die demographische Voraussetzung für das Fortbestehen der Gesellschaft der Jäger und Sammler, denn in einer Epoche, in der "der Mensch eigentlich gar keinen Einfluß auf die Größe seines Lebens- und Nahrungsspielraumes ausüben kann, spielt das Verhältnis zwischen diesem und der Zahl der Menschen eine so entscheidende Rolle wie auf keiner anderen Stufe."³³ Um diese eng begrenzte Relation einzuhalten, durfte die Geburtenhäufigkeit das Niveau der Sterblichkeit nicht wesentlich übersteigen. Trat dieser Fall doch ein, dann wurde der Ausgleich durch Tötung der Neugeborenen geschaffen.

population crisis and the case of world resources, hg. v. Stuart Mudd, The Hague 1964, S. 28.

²⁹ Vgl. Muhsam, S. 150; Cipolla, S. 68; Coale S. 47.

³⁰ Vgl. Desmond, S. 29.

³¹ Deevey jr., S. 195 - 205.

³² Kautsky bringt im Zusammenhang mit der Höhe der Fertilität in dieser Epoche folgendes Argument: "Die einzige regelmäßige Nahrungsquelle, die für sie (die Kinder - P. K.) zur Hand war, fanden sie in der Brust der Mutter. Die Periode des Säugens wurde daher möglichst lange hinausgezogen. Sie dauert bei Wilden in der Regel drei bis vier Jahre. Während ihrer Dauer sind aber Empfängnisse selten. So ist die Zahl der Kinder bei Jägervölkern gering." (Kautsky, S. 158 f.).

³³ Mombert, Paul, Bevölkerungslehre, Jena 1929, S. 17.

In der Epoche des Paläolithikums reproduzierte sich die für den Urtyp der Bevölkerungsreproduktion charakteristische Qualität im Rahmen einer äußerst langsamen Veränderung der Quantität. Auf diese Weise blieb die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung über viele Generationen hinweg gewahrt.

Die Unterbrechung der Kontinuität der Bevölkerungsbewegung durch die neolithische Revolution

Die neolithische Revolution - der Übergang vom Jagen und Sammeln zum Ackerbau - bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit. Wenn auch das Ausmaß der biologischen, sozialökonomischen, kulturellen und anderer Konsequenzen dieser Revolution bis heute noch nicht eingehend untersucht worden ist, so sind doch alle, die sich mit diesem Ereignis wissenschaftlich beschäftigt haben, darin einig, daß diese Revolution in ihrer Bedeutung mit der industriellen Revolution vergleichbar sei.

Mit dem Übergang zum Ackerbau erhielt der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur eine qualitativ neue Grundlage. Der Mensch konnte die ihn umgebende Natur effektiver für die Befriedigung seiner Bedürfnisse nutzen, seine Versorgung mit Nahrungsmitteln sichern und seinen Nahrungsspielraum erweitern. Dabei ist wesentlich, daß der Mensch die Fähigkeit erwarb, zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit über seine eigenen unmittelbaren Bedürfnisse hinaus einen bestimmten Überschuß zu produzieren. Die regelmäßige Produktion eines Überschusses bildet wiederum die Grundlage für die Entfaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und folglich die Grundlage für die Entstehung und Entwicklung des Handels und des Geldes sowie darüber hinaus für die Entstehung der Klassen und des Staates.³⁴ Der Übergang zur Landwirtschaft kündigte also eine umfassenden Umwälzung aller bis dahin bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse an und bildete die Basis für den Übergang von der Barbarei zur Zivilisation.

"Die Frage, wie sich nun aus der ältesten aneignenden Wirtschaftsform des Jagens und Sammelns die höheren Formen des Ackerbaus und der Viehzucht entwickelt haben, hat von jeher zu den fesselndsten Problemen der Wissenschaft gehört. Schon die Gelehrten Griechenlands versuchten, eine Antwort auf diese Frage zu finden ... Aber selbst heute ist der wissenschaftliche Streit über die Frage der Entstehung von Ackerbau und Viehzucht noch nicht verstummt."³⁵ Wir beabsichtigen nicht, diese Frage hier erneut zur Diskussion zu stellen, möchten jedoch auf folgende Fakten hinweisen: Zweifellos wäre der Übergang zum Ackerbau ohne eine klimatische Umwälzung auf der Erde nicht möglich gewesen. Günstige Veränderungen der physischen Umwelt bildeten eine elementare Voraussetzung für die neolithische Revolution.³⁶ Der Übergang zum Ackerbau setzte eine beachtliche Entwicklung der Arbeitsmittel voraus, die sich tatsächlich im Verlaufe von Zehntausenden von Jahren vollzogen hatte. Die Anhäufung von Erfahrungen über viele Generationen hinweg schlug allmählich um in eine gewisse Fähigkeit zu beobachten und zu experimentieren. "Somit ist es sehr wahrscheinlich, daß eine gewisse kulturelle Entwicklung der landwirtschaftlichen Revolution vorangegangen war."³⁷

34 Vgl. Smith, Adam, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, hg. v. Peter Thal, Bd. 1, Berlin 1963, S. 215; vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: MEW, Bd. 25, S. 793 f.

35 Lips, Julius Ernst, Vom Ursprung der Dinge, Leipzig 1951, S. 120 f.

36 Vgl. The Determinants and Consequences of Population Trends, S. 13; Neuberg, Artur, Urentwicklung der Menschen, Gütersloh 1928, S. 282.

37 Cipolla, S. 32.

Nicht zuletzt spielte beim Übergang zum Ackerbau der demographische Faktor sicher eine entscheidende Rolle.³⁸ Obwohl sich in der gesamten Epoche vor der neolithischen Revolution die Vermehrung der Menschen am Rande der einfachen Reproduktion bewegte, konnte die Anzahl der Menschen im Verlaufe Zehntausender von Jahren zumindest stellenweise eine beachtliche Höhe erreichen. Die dadurch stark gewachsenen Bedürfnisse konnten durch das Jagen und Sammeln nicht mehr befriedigt werden. Der Übergang zu neuen Formen der Wirtschaft wurde objektiv erforderlich.

Natürlich setzte sich die neolithische Revolution nicht gleichzeitig in der ganzen Welt durch. Sie konnte sich zuerst dort durchsetzen, wo Erfordernisse und günstige Bedingungen zusammenfielen. Oft werden der Nahe Osten und Mittelamerika als zwei unabhängig voneinander entstehende Zentren dieser Revolution genannt.³⁹ Dabei blieben diese Gebiete zunächst Enklaven einer anfänglichen Innovation. Es vergingen einige tausend Jahre, bis sich dieser Prozeß auszubreiten begann. Carr-Saunders schreibt: "Die neolithische Kultur hatte einige Tausende von Jahren in Westasien existiert, bevor sie in Europa eindrang ..."⁴⁰ Etwa von 6000 v. u. Z. an breitete sich die neolithische Revolution über das östliche Mittelmeer zunächst nach Südeuropa aus. Ungefähr 1 000 Jahre später begann dieser Prozeß in Nordafrika, Westeuropa und Süd-Rußland. Etwa um 4000 v. u. Z. erfaßte die neolithische Revolution große Teile Westasiens, Nordafrikas und Europas sowie einen Teil Ostasiens und Mittelamerikas.

Trotz dieses Vormarsches der Landwirtschaft blieb die charakteristische Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsformen bestehen. Gordon Childe schildert dies wie folgt: "Um das Jahr 4000 v. u. Z. war das große Gebiet halbtrockener Länder rings um das östliche Mittelmeer und nach Osten zu bis nach Indien von einer Vielzahl von Gemeinschaften bevölkert. Unter ihnen muß man sich eine Mannigfaltigkeit von Wirtschaftsformen vorstellen, die sich der Vielfalt der örtlichen Bedingungen angepaßt hatten - Jäger und Fischer, Hackbauern, nomadische Hirtenvölker und seßhafte Bauern."⁴¹ Es vergingen also einige tausend Jahre, bis die Landwirtschaft zur dominierenden Grundlage für neue Wirtschaftsformen in einem großen Teil der Welt wurde. "Gemessen an der einen Million Jahre des Pleistozäns, erscheint dieser Übergang als ziemlich plötzlich."⁴² Der Übergang zum Ackerbau mündete in die Klassengesellschaften und die Entstehung der agrarischen Zivilisation.

Diese gewaltige und allumfassende Umwälzung in den gesellschaftlichen Verhältnissen der territorialen Ausdehnung und Verteilung der Bevölkerung, der Technik der Produktion, der Produktion des materiellen Lebens und der Entfaltung des Nahrungsspielraumes ermöglichte nicht nur ein gewaltiges Wachstum der Bevölkerung, sondern setzte es gleichzeitig voraus. Das alte demographische Regime erwies sich für die Erfordernisse der neuen Situation als ungeeignet.

Die neolithische Revolution kündigte somit auch das Ende einer unermeßlich langen demographischen Epoche an. Die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung wurde unterbrochen, das gleichgewichtige Verhältnis zwischen den De-

38 Vgl. Clark, Colin, Population Growth and Land Use, London/Basingstoke 1970, S. 60; vgl. auch Boserup, Esther, Population and Technology, Oxford 1981, S. 40 f.

39 Vgl. Ohlin, Göran, Historical Outline of World Population Growth, in: World Population Conference = Background Paper, Wpc/Wp/486, Belgrad 1965, S. 6; Cipolla, S. 13 - 16.

40 Carr-Saunders, A(lexander) M., The Population Problem. A Study in Human Evolution, Oxford 1922, S. 124.

41 Childe, S. 143.

42 Bates. S. 44.

terminanten der Bevölkerungsbewegung zerstört. Es begann eine Phase des Übergangs zu einem neuen Reproduktionstyp. Diese Phase wird in der Literatur häufig als die erste demographische Transition oder die neolithische Transition bezeichnet. Diese Transitionsphase nahm einige tausend Jahre in Anspruch, was - gemessen an der Dynamik der Entfaltung der Landwirtschaft im Weltmaßstab - kein übermäßig langer Zeitraum ist. Die demographische Situation der Welt ist in dieser Transitionsphase durch ein Nebeneinander unterschiedlicher Typen der Bevölkerungsbewegung gekennzeichnet. Die demographische Transition und das mit ihr verbundene explosionsartige Wachstum der Bevölkerung setzen sich überall dort durch, wo sich die neolithische Revolution durchsetzte. Das explosionsartige Wachstum der Bevölkerung blieb daher immer ein lokal begrenztes Ereignis. Zwischen dem Beginn der Transition in zwei verschiedenen Regionen konnte ein Zeitabstand von einigen tausend Jahren bestehen.

Es ist durchaus vorstellbar, daß in einer Region die Transition bereits weit fortgeschritten war und sogar zur Herausbildung eines neuen Typs der Reproduktion sowie eines neuen gleichgewichtigen Verhältnisses zwischen den Determinanten der Bevölkerungsbewegung geführt hatte, während andere Regionen noch fest im alten Reproduktionsregime verharrten und in einer dritten Region die Transitionsphase gerade erst begann. Die Bewegung der Weltbevölkerung in dieser Epoche ergibt sich aus dem Resultat aller dieser unterschiedlichen Bewegungen, wobei die eigentlichen Transitionsphasen mit ihrem explosionsartigen Bevölkerungswachstum und ihren folglich hohen Wachstumsraten aufgrund der großen räumlichen und zeitlichen Unterschiede bei einer Gesamtbetrachtung der neolithischen Transition im Weltmaßstab durch Phasen geringen Bevölkerungswachstums "überlagert" werden. Dies hat in der Literatur zu der Schlußfolgerung geführt, daß für den gesamten Zeitraum der Transition wahrscheinlich ein "ziemlich langsames" Wachstum der Weltbevölkerung charakteristisch war.⁴³ Wie hoch war nun die Wachstumsrate der Weltbevölkerung in dieser langen Übergangsphase? Deevey schätzt die Zahl der Weltbevölkerung am Vorabend der neolithischen Revolution, also um 8000 v. u. Z., auf 5,32 Mill. Menschen. Für 4000 v. u. Z., als die Landwirtschaft in einem großen Teil der Welt zur dominierenden Wirtschaftsform geworden war, schätzt Deevey die Zahl der Weltbevölkerung auf 86,5 Mill. Menschen.⁴⁴ Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung betrug in diesem Zeitraum folglich etwa 0,07 %. Nach Birabens Angaben kommt eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 0,08 bis 0,09 % nur für den Zeitraum zwischen 6000 und 4000 v. u. Z. in Frage, als sich die Landwirtschaft bereits über verschiedene Regionen ausgedehnt und die demographische Transition in mehreren Gebieten durchgesetzt hatte, wobei die Weltbevölkerungszahl von 8 bis 10 Mill. auf 50 Mill. anstieg. Für den Zeitraum zwischen 8000 und 6000 v. u. Z. läßt sich anhand von Birabens Angaben und aufgrund der nur begrenzten Verbreitung der Landwirtschaft eine viel niedrigere durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (0,014 bis 0,02 %) ermitteln. Aber selbst diese anscheinend niedrige Wachstumsrate liegt weit über den Werten, die das Bevölkerungswachstum in allen vorangegangenen Perioden erreicht hatte.

Mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 0,07 bis 0,09 % im Zeitraum zwischen 6000 und 4000 v. u. Z. war das Wachstumstempo der Weltbevölkerung 23- bis 30mal höher als im Urtyp der Bevölkerungsreproduktion. Dies deutet definitiv auf einen neuen demographischen Vorgang hin. Dabei sind die genannten Raten - wie gesagt - nur Durchschnittswerte, die von den Wachstumsraten, die in den einzelnen Gebieten während der "eigentlichen"

43 Vgl. Durand, S. 287.

44 Deevey jr., S. 198.

Transitionsphasen erreicht wurden, deutlich übertrafen worden sein dürften. Die Höhe dieser lokalen Wachstumsraten ist schwer zu schätzen. Ansatzpunkte hierfür geben z. B. die Forschungsergebnisse von Louis R. Nougier und Oliver. Nach eingehender Untersuchung archäologischer Funde in verschiedenen Teilen des heutigen Frankreich gibt Nougier die Bevölkerungszahl dieses Gebietes für die Zeit vor der neolithischen Revolution mit 20 000 Menschen an. Für 4000 v. u. Z., also nach dem Übergang zum Ackerbau in Frankreich, schätzt Nougier die Bevölkerungszahl auf eine halbe Mill. Menschen. Für 3000 v. u. Z. nimmt er eine Bevölkerungszahl von etwa 5 Mill. an.⁴⁵

Daraus ergibt sich für Frankreich in der Periode zwischen 4000 und 3000 v. u. Z. eine durchschnittliche Wachstumsrate von 0,23 % pro Jahr.

Zu einem ganz ähnlichen Forschungsergebnis gelangten Oliver und Anita Fage im Hinblick auf Ägypten. Um 4500 v. u. Z. habe es erste Ansätze der neolithischen Revolution im Nil-Tal gegeben und die Bevölkerung Ägyptens zu diesem Zeitpunkt vermutlich etwa 20 000 Personen betragen, die sich durch Jagen und Sammeln ernährten. Zweitausend Jahre später - als die Landwirtschaft in Ägypten bereits die dominierende Wirtschaftsform war - habe sich die Bevölkerungszahl schätzungsweise auf 3 bis 6 Mill. Menschen belaufen.⁴⁶ Das würde einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Bevölkerung von 0,25 % bis 0,28 % entsprechen. Tatsächlich wuchs die Bevölkerung in jener Transition nach logistischer Funktion, wobei die Wachstumsraten in der Anfangs- und der Endphase weit niedriger waren als der Durchschnitt. In der eigentlichen Phase der Transition lag die Rate sicherlich erheblich über dem Durchschnitt. Gemessen an der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der damaligen Weltbevölkerung, ist die für Ägypten geschätzte Wachstumsrate außerordentlich hoch. Sie ist dreimal so hoch wie der damalige Welt-durchschnitt. Auch beim Vergleich mit der Bevölkerungsbewegung der nachfolgenden Zeiträume zeigt sich, daß die Wachstumsraten Frankreichs und Ägyptens während der neolithischen Transition sechsmal so hoch waren wie die durchschnittliche Wachstumsrate der Bevölkerung in den Agrargesellschaften. Insgesamt kann eine durchschnittliche Wachstumsrate von etwa 0,25 % pro Jahr als das Minimum der Wachstumsrate der Bevölkerung in der neolithischen Transitionsphase betrachtet werden. Gemessen an heutigen Werten des Bevölkerungswachstums scheint eine solche Wachstumsrate sehr niedrig zu sein. Für die damalige Zeit jedoch war diese Wachstumsrate von gigantischem Ausmaß. Sie betrug mehr als das 70fache der durchschnittlichen Wachstumsrate in der Epoche vor der neolithischen Revolution. Mit einer jährlichen Wachstumsrate von 0,25 % konnte sich die Bevölkerungszahl in den betreffenden Gebieten alle 280 bis 300 Jahre verdoppeln. Trotz ihrer lokalen Begrenztheit war sie ausreichend hoch, um das Bevölkerungswachstum stark zu beeinflussen und eine Verdopplung der Weltbevölkerung in 800 bis 1 000 Jahren zu ermöglichen. Eine solche Wachstumsrate bringt eindeutig die Zerstörung des alten gleichgewichtigen Verhältnisses zwischen den Determinanten der Bevölkerungsbewegung zum Ausdruck. Die Frage nach dem Mechanismus dieser Zerstörung wird bis heute kontrovers beantwortet. Eine Zunahme der Geburtenrate bei einer verzögerten Zunahme der Sterblichkeit wäre eine plausible Erklärung für das neolithische explosionsartige Wachstum der Bevölkerung.⁴⁷ Die Frage nach dem Abschluß der Transition ist nur schwer zu beantworten. Infolge der großen räumlichen und zeitlichen Unterschiede in ihrem Verlauf war diese Transition - trotz ihrer entscheidenden Bedeutung

45 Nougier, Louis R., Essai sur peuplement pré-historique de la France, in: *Population* (Paris), 2/1954, S. 241 - 271.

46 Vgl. Ohlin, S. 9.

47 Coale, S. 41.

für die Revolutionierung der demographischen Situation der damaligen Welt - für die Grunde kaum wahrnehmbar. Dies findet seinen Ausdruck im fließenden Übergang vom Urtyp zum traditionellen Typ der Bevölkerungsbewegung.

Sozialökonomische Grundlagen und wesentliche Merkmale der Bevölkerungsbewegung in den Agrargesellschaften

Während in der Epoche des Jagens und Sammelns die beinahe absolute Übereinstimmung zwischen Bevölkerungszahl und konstantem Nahrungsspielraum die Grundbedingung für die Existenz und die Fortpflanzung der Menschen bildete und sich der menschliche Reproduktionsprozeß folglich dicht am Rande der einfachen Reproduktion bewegte, ermöglichte und erforderte der Übergang zu Ackerbau und Viehzucht dagegen einen erweiterten Reproduktionsprozeß. Die gesamte Epoche zwischen neolithischer und industrieller Revolution ist somit geprägt von der dialektischen Wechselbeziehung und folglich vom dynamischen Gleichgewicht zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und dem tendenziellen Wachstum der Bevölkerung. Die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung setzt sich auf der Basis dieses neuen gleichgewichtigen Verhältnisses fort. Dabei ist die Kontinuität in dieser Epoche zwar durch eine bestimmte stabile Qualität gekennzeichnet, die sich aus dem Charakter der landwirtschaftlichen Produktion und der damit verbundenen Lebensweise ergibt, im Rahmen dieser stabilen Qualität kommt es jedoch zu erheblichen Schwankungen in der Quantität. Dies hängt in erster Linie mit dem widersprüchlichen Charakter der Entwicklung der Landwirtschaft in dieser Epoche zusammen.

Die Entwicklung der Landwirtschaft vollzog sich in allen Gesellschaften der Epoche zwischen neolithischer und industrieller Revolution auf der Grundlage der manuellen Technik. "Die Produktivkräfte aller dieser Gesellschaften ähneln sich in folgenden wesentlichen Merkmalen: Dominanz der natürlich entstandenen Arbeitsmittel (in erster Linie des Bodens und der mit dem Boden zusammenhängenden Prozesse), manuelle Technik, natürliche Energiequellen, Dominieren der lebendigen über vergegenständlichte Arbeit sowie des Austausches mit der Natur über den Austausch innerhalb der Gesellschaft, Priorität der Landwirtschaft und Naturalform der gesellschaftlichen Produktion."⁴⁸

Die Arbeitsmittel sowohl im Ackerbau als auch in der häuslichen "Handwerks- und Manufakturarbeit, als Nebenbetrieb des Ackerbaus"⁴⁹ blieben die Arbeitsmittel des einzelnen. Der Produzent und seine wenigen Arbeitsmittel sind miteinander verbunden "wie die Schnecke mit dem Schneckenhaus"⁵⁰. Eine solche Situation bietet wenig Möglichkeiten für eine prinzipielle Veränderung der Arbeitsinstrumente. Die Entwicklung vollzieht sich daher im wesentlichen als quantitatives Wachstum, wobei dieses Wachstum wiederum in hohem Maße ungleichmäßig verläuft. Karl Kautsky charakterisierte den Prozeß der Entwicklung des Nahrungsspielraums in jener Epoche wie folgt: "Er ist ein höchst ungleichmäßiger Prozeß, der mitunter längere Zeiträume, Jahrhunderte, selbst Jahrtausende hindurch völlig stocken, zeitweise sogar zurückgehen kann, um dann plötzlich ein ganz tolles Tempo nach vorwärts einzuschlagen."⁵¹

48 Danielowa, L. W., Meinungs austausch über die Entwicklung der Produktivkräfte der vorkapitalistischen Klassengesellschaften, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 3/1985, S. 324.

49 Marx, Das Kapital, Bd. 3, S. 794 f.

50 Ebenda, Bd. 1, S. 380.

51 Kautsky, S. 77.

Diese Unregelmäßigkeit erklärt sich aus den sozialökonomischen Merkmalen der vorkapitalistischen Klassengesellschaften. Bekanntlich ist in allen Gesellschaftsformen, "worin Grundeigentum und Agrikultur die Basis der ökonomischen Ordnung bilden", die Produktion von Gebrauchswerten der Hauptzweck der wirtschaftlichen Tätigkeit. Warenproduktion und -zirkulation, soweit sie überhaupt vorhanden sind, haben nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Bedürfnisbefriedigung ist das bestimmende Motiv der Produktion, d. h. es handelt sich hier um natural-wirtschaftliche Produktionsweisen, in denen ein unmittelbarer und ausschließlicher Zusammenhang zwischen Wirtschaftstätigkeit und Bedürfnisbefriedigung besteht.⁵² Die konkreten Bedürfnisse sind in allen diesen Gesellschaften - wenn auch graduell unterschiedlich - bescheiden und begrenzt. Die Produktion hört in der Regel an dem Punkt auf, wo diese begrenzten Bedürfnisse befriedigt sind, d. h. der begrenzte Umfang der unmittelbaren Bedürfnisse ist das Maß der Produktion.⁵³

Daraus wiederum ergibt sich, daß in allen diesen Gesellschaftsformen "die Mehrarbeit durch einen engeren oder weitem Kreis von Bedürfnissen beschränkt ist, aber kein schrankenloses Bedürfnis nach Mehrarbeit aus dem Charakter der Produktion selbst entspringt"⁵⁴. Folglich bleibt die Arbeitsproduktivität im wesentlichen unentwickelt, d. h. die Momente der relativen Stagnation entspringen in diesen Gesellschaftsformen bereits aus der Zielsetzung der Wirtschaftstätigkeit und damit aus dem Charakter der Produktion selbst. In der gesamten Epoche, in der die Landwirtschaft die Grundlage der ökonomischen Ordnung bildete, war den Menschen die Anwendung der Naturwissenschaft in der materiellen Produktion weitgehend unbekannt.⁵⁵ Die Entwicklung der Arbeitsmittel erfolgte daher über die langwierigste aller Methoden, über die Methode von Versuch und Irrtum. Es wurden somit Erfahrungen angehäuft, verarbeitet und von Generation zu Generation weitergegeben, wobei jede Generation ihre eigenen Erfahrungen hinzufügte und die unwirksamen verworf. Auf diese Weise entwickeln sich die Produktivkräfte nur spontan, evolutionär und über derart lange Zeiträume, daß die Entwicklung von den einzelnen Generationen unbemerkt bleibt. Durch die Anhäufung von Erfahrungen zahlreicher Generationen kann jedoch ein Potential entstehen, das unter bestimmten günstigen Umständen in eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte umschlägt, und daraus wiederum kann sich ein "plötzlicher" Aufschwung in der Entwicklung der Landwirtschaft ergeben. Die Umstände, die einen solchen Umschlag begünstigen, lassen sich u. E. aus den Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte, der Entfaltung der Bedürfnisse und dem Wachstum der Bevölkerung erklären.

Im Rahmen der relativen Stagnation vollzieht sich ein sehr langsames Wachstum der Bevölkerung, das letztlich sowohl mit einer Zunahme des Umfangs der Bedürfnisse als auch mit einer Änderung der Struktur der Bedürfnisse verbunden ist. In bestimmten Entwicklungsphasen erfordert dies zwangsläufig eine Veränderung der Produktionsverfahren. Ein Aufschwung in der landwirtschaftlichen Produktion setzt ein, der mit einer Nutzung der verfügbaren Produktivkräfte bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten verbunden ist. Der Nahrungsspielraum wird spürbar erweitert, und es kann sogar die Situation eintreten, daß das verfügbare Arbeitskräftepotential nicht mehr ausreicht. Der Erweiterung des Nahrungsspielraums folgt eine Periode der raschen Ver-

52 Vgl. Luxemburg, Rosa, Die Akkumulation des Kapitals, in: dieselbe, Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1975, S. 317.

53 Vgl. Marx, Karl. Auszüge aus James Mills Buch "Eléments d'économie politique", in: MEW, Bd. 40, S. 459.

54 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, S. 250.

55 Vgl. derselbe, Erzwangene Emigration - Kossuth und Mazzini - Die Flüchtlingsfrage - Wahlbestechung in England - Mr. Cobden, in: MEW, Bd. 8, S. 543.

mehrung der Bevölkerung. Im Laufe der Zeit bildet sich ein neues Gleichgewicht zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, dem Umfang und der Struktur der Bedürfnisse und dem Wachstum der Bevölkerung heraus.

Mit der Herausbildung des neuen Gleichgewichts setzt erneut eine Phase der relativen Stagnation ein, die wiederum durch langsames Anhäufen neuer Erfahrungen charakterisiert ist. Der Wechsel von Stagnation und Aufschwung kennzeichnet also die Entwicklung in der langen Periode der Agrargesellschaften. Der dadurch bedingte wellenförmige Verlauf der Entwicklung findet in der Periode zwischen neolithischer und industrieller Revolution seine Widerspiegelung in drei großen Etappen der Entwicklung der Landwirtschaft.

Die erste Etappe - etwa zwischen 6000 und 4000 v. u. Z. - setzte mit der neolithischen Revolution ein. Der Übergang zu Ackerbau und Viehzucht schuf die Möglichkeit für ein relativ rasches Wachstum der Bevölkerung. Die Begrenztheit der damaligen Produktivkräfte - geglättete und geschliffene Steinwerkzeuge - setzte der Erweiterung des Nahrungsspielraums jedoch relativ enge Grenzen, die nicht mehr als die Erzeugung von Nahrungsmitteln zum Zwecke der Selbstversorgung gestatteten.

Nach diesem ersten Aufschwung trat zwangsläufig eine Phase der relativen Stagnation ein, die einige tausend Jahre andauerte. Die nächste Phase des Aufschwungs, deren Beginn identisch ist mit dem Beginn der Bronzezeit, war vor allem gekennzeichnet durch die Verwendung metallischer Arbeitsmittel und markierte einen Wendepunkt in der Geschichte. In der Bronzezeit (ca. 2500 bis 900 v. u. Z.) und der folgenden Eisenzeit vollzog sich eine Entwicklung der Produktivkräfte, "die den Ackerbau auf großer Stufe, den **F e l d b a u**, möglich machte"⁵⁶. Der neue Aufschwung, dessen volle Entfaltung im Weltmaßstab wiederum einige tausend Jahre in Anspruch nahm, war mit bedeutenden Neuerungen in der landwirtschaftlichen Produktion verbunden. Archäologische Ausgrabungen haben Beweise für den vergleichsweise hohen Entwicklungsstand der landwirtschaftlichen Technik in jener Epoche erbracht. Bekannt ist, daß in China - vor allem in den Nordost-Gebieten - bereits in der Zeit um 2000 v. u. Z. "große Wasserschutzbauten zur agrikolen Nutzbarmachung des Landes durchgeführt wurden"⁵⁷. Ebenfalls bekannt sind die Wassersysteme der Römer, die in jener Zeit angelegt wurden. All dies ermöglichte "eine für damalige Verhältnisse praktisch unbeschränkte Vermehrung der Lebensmittel; damit auch die Ausrodung des Waldes und seine Verwandlung in Ackerland und Wiese - die wieder, auf großem Maßstab, ohne die eiserne Axt und den eisernen Spaten unmöglich blieb. Damit kam aber auch rasche Vermehrung der Bevölkerung und dichte Bevölkerung auf kleinem Gebiet"⁵⁸. Seine Grenzen fand auch dieser Aufschwung in der Entwicklung der Produktivkräfte im Wesen der vorkapitalistischen Klassengesellschaften, in denen die manuelle Technik dominiert und die Produktion auf die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse ausgerichtet ist.

Nach einer weiteren Phase der Stagnation kam es in Europa zum Ausgang des Mittelalters (zwischen 1400 und 1600) zu zahlreichen Innovationen auf der Basis der manuellen Technik und folglich zu einem erneuten Aufschwung in der landwirtschaftlichen Produktion.⁵⁹ Die wellenförmige Entwicklung der Land-

56 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW, Bd. 21, S. 34.

57 Wittfogel, Karl A(ugust), Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, Leipzig 1929, S. 285.

58 Engels, S. 34.

59 Vgl. Mols, S. J. Roger, Population in Europe 1500 - 1700, in: The Fontana Economic History of Europe. The Sixteenth and Seventeenth Centuries, hg. v. Carlo M. Cipolla, Glasgow 1978, S. 16 f.; Wittfogel, S. 430; vgl. auch Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Berlin 1964, Bd. 2, S. 94 f.

wirtschaft führte in jener Epoche - langfristig betrachtet - auch zu einem wellenförmigen Verlauf der Bevölkerungsbewegung. Die folgende Übersicht illustriert dies am Beispiel der Veränderung der Zahl der Weltbevölkerung und ihrer jährlichen durchschnittlichen Wachstumsrate im Zeitraum von 8000 v. u. Z. bis 1700.

Übersicht 1

Bewegung der Zahl der Weltbevölkerung und ihrer jährlichen durchschnittlichen Wachstumsrate im Zeitraum von 8000 v. u. Z. bis 1700

	Jahr						
	8000	6000	4000	2000	0	1500	1700
		(v. u. Z.)				(u. Z.)	
Zahl der Weltbevölkerung (in Mill.)	7/8	10	50	70	256	427	545
durchschnittliche Wachstumsrate pro Jahr (in %)		0,014	0,080	0,011	0,064	0,034	0,097

Quelle:

Biraben, Jean-Noël, Essai sur l'évolution du nombre des hommes, in: Population (Paris), 1/1979, S. 16; Clark, Colin, Population Growth and Land Use, London/Basingstoke 1970, S. 64.

Aus Übersicht 1 ist sowohl das tendenzielle Wachstum der Bevölkerung (gemessen in der absoluten Zahl der Bevölkerung) als auch der wellenförmige Verlauf der Bevölkerungsbewegung (gemessen in der Wachstumsrate) auf der Grundlage des Wechsels von Stagnation und Aufschwung in der landwirtschaftlichen Entwicklung ersichtlich.

Die Darstellung weist auf die Hauptrichtung und die Grundzüge der Bevölkerungsbewegung in der Epoche der agraren Zivilisation hin. Die Zahl der Bevölkerung nahm tendenziell zu. Im Zeitraum zwischen der neolithischen und der industriellen Revolution, also innerhalb von 10 000 Jahren, hat sich die Weltbevölkerung 6mal verdoppelt. Diese tendenzielle Zunahme der Bevölkerungszahl verlief jedoch keinesfalls gleichförmig, sondern sie war gekennzeichnet durch Phasen des Aufschwungs und der Stagnation und darüber hinaus auch durch Zeiten einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung.

Die demographische Geschichte dieser Epoche ist Zeuge unzähliger kurzfristiger demographischer Katastrophen. Dabei traten solche Katastrophen sowohl in Phasen der Stagnation als auch des Aufschwungs häufig auf. Sie führten zu einer periodischen Rückentwicklung der Bevölkerung und prägten das demographische Antlitz dieser Epoche. Rückentwicklung und Wachstum sind in dieser Epoche für die Bevölkerungsentwicklung gesetzmäßig und durch die Wechselbeziehungen zwischen der Tragfähigkeit des sozialen Milieus und dem Bevölkerungswachstum in den Agrargesellschaften begründet.

Diese Wechselbeziehungen sind durch ein hohes Maß an Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Einerseits sind in diesen Gesellschaften die Bedingungen für ein dynamisches, gleichgewichtiges Verhältnis zwischen verfügbarem Nahrungsspielraum und Bevölkerungsquantum vorhanden, eines Verhältnisses, das sich - langfristig - auch realisiert. Andererseits sind, bedingt durch die (zumindest weitgehend) fehlende Anwendung der Naturwissenschaft in

der materiellen Produktion⁶⁰, die landwirtschaftliche Produktion als Existenzgrundlage der Bevölkerung und folglich auch die Bevölkerungsbewegung gegenüber natürlichen und sozialen Störfaktoren äußerst anfällig. Dabei treten solche störenden Ereignisse relativ häufig auf. Sie setzen sich wie Naturgesetze durch und führen zu einem ständigen Wechsel von Zerstörung und Wiederherstellung des gleichgewichtigen Verhältnisses zwischen der Tragfähigkeit des Milieus und dem Bevölkerungsquantum. Folglich ist auch die Bevölkerungsbewegung in dieser Epoche durch die Abfolge von demographischer Katastrophe und demographischem Aufschwung geprägt, die sich im periodischen Auftreten von Sterblichkeitsgipfeln und einem ungewöhnlich starken Rückgang der Sterblichkeit in der Periode nach der Katastrophe realisieren. Beides sind Aspekte eines entscheidenden demographischen Charakteristikums dieser Epoche - der Unkontrollierbarkeit der Sterblichkeit.

Die Haupttodesursachen, die in dieser Epoche zu Sterblichkeitsgipfeln führten, sind neben Naturkatastrophen kriegerische Auseinandersetzungen sowie - häufig als deren Folgen - Hungersnöte und Epidemien. Zweifellos existierten diese Ursachen extrem hoher Sterblichkeit auch bereits im Paläolithikum. Durch die spezifische Lebensweise der Jäger und Sammler blieben jedoch ihre Auswirkungen begrenzt. Erst die Entwicklung der Landwirtschaft, die dadurch bedingte Selbsthaftigkeit der Menschen und die Herausbildung größerer Bevölkerungskonzentrationen in ländlichen und stadtähnlichen Siedlungen⁶¹ schufen die Bedingungen dafür, daß kriegerische Auseinandersetzungen, Hungersnöte sowie Seuchen und Epidemien die Sterblichkeit in verheerender Weise in die Höhe treiben konnten.⁶² Durch kriegerische Auseinandersetzungen, als Begleiterscheinungen der Klassengesellschaften, wurden häufig innerhalb kurzer Zeit die vorhandenen Produktionsmittel zerstört und dadurch oft Arbeitsergebnisse mehrerer Generationen von Ackerbauern zunichte gemacht. Der Entwicklungsstand der Landwirtschaft konnte so für Hunderte von Jahren zurückgeworfen werden.⁶³ Marx und Engels betonen den vernichtenden Einfluß von Kriegen auf die landwirtschaftliche Entwicklung: "... und bloße Zufälle, wie Irruptionen barbarischer Völker, selbst gewöhnliche Kriege, reichen hin, ein Land mit entwickelten Produktivkräften und Bedürfnissen dahin zu bringen, daß es wieder von vorne anfangen muß."⁶⁴ Die unmittelbaren demographischen Katastrophen, die mit kriegerischen Auseinandersetzungen verbunden waren, fanden in den Chroniken von jenen Zeiten ihren schrecklichen Niederschlag. Die folgenden Beispiele wurden aus Arbeiten von Johann Peter Süßmilch, Alfred von Lindheim sowie Alexander und Eugen Kulischer zusammengestellt:

60 Vgl. Marx, Erzwungene Emigration ..., S. 543.

61 Zur Rolle der Städte in den Agrargesellschaften vgl. Marx, Grundrisse ..., S. 386, 390 - 392, 402.

62 Vgl. Muhsam, S. 150.

63 Solche Unterbrechungen der Entwicklung bzw. sogar Rückentwicklungen sind bereits in der vorneolithischen Periode zu beobachten. Carr-Saunders führt dafür folgendes Beispiel an: "At the very end of the Upper Paleolithic the Magdalenian culture is succeeded by a rather obscure stage known as the Azilian-Tardenoisian. There is again a sudden and very distinct break in the evolution of culture. In nearly all respects there is a failure to reach the previous level of workmanship. The artistic spirit vanishes." (Carr-Saunders, The Population Problem, S. 123); vgl. auch Neuberg, S. 282.

64 Marx, Karl / Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 54.

Alexander der Große (356 - 323 v. u. Z.) ließ auf seinen Kriegszügen u. a. die gesamte männliche Bevölkerung Thebens ermorden und vernichtete die Stämme der Branchiden.

Dem Punischen Kriege (218 - 201 v. u. Z.) fielen innerhalb von 17 Jahren 1,5 Mill. Menschen zum Opfer.

Der Krieg zwischen Cäsar und Pompejus kostete 300 000 Tote.

Bei der Belagerung Jerusalems durch Titus und dem Feldzug gegen die Juden in Palästina (69 u. Z.) kamen 1 Mill. Juden ums Leben.

"Dchenghis Chan hat nach der Versicherung zeitgenössischer Chronisten seinen Siegespfad mit mehr als fünf Millionen Leichen besät."⁶⁵

Wie viele Opfer der Dreißigjährige Krieg hinweggerafft hat, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Man weiß aber, daß z. B. nach der Erstürmung Magdeburgs (1631) von 36 000 Einwohnern mehr als 30 000 vom Sieger niedergemetzelt wurden. Die Grafschaft Henneberg hatte 1631 eine Bevölkerungszahl von 60 975 Menschen. Ein Jahr nach dem Westfälischen Frieden (1649) zählte sie nur noch 16 448 Einwohner. Die verfügbaren Zahlen deuten darauf hin, daß die Bevölkerungszahl Deutschlands insgesamt während des Dreißigjährigen Krieges auf etwa die Hälfte reduziert wurde.⁶⁶

Sowohl kriegerische Auseinandersetzungen als auch Naturkatastrophen wie Dürreperioden, Überschwemmungen, Insektenepidemien zerstörten aufgrund des allgemein unentwickelten Standes der Wissenschaft und der Produktivkräfte über den gesamten Zeitraum der agrarischen Zivilisation hinweg immer wieder das gleichgewichtige Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Nahrungsspielraum. Periodisch auftretende Hungersnöte und damit verbundene Sterblichkeitsgipfel waren die Folge. Dabei ist besonders die Häufigkeit solcher Katastrophen bemerkenswert. In China wurden zwischen 108 v. u. Z. und 1911 etwa 1 828 Hungersnöte gezählt.⁶⁷

Es wird über 200 große sowie lokal begrenzte Hungersnöte in England im Zeitraum zwischen dem Jahr 10 und 1846 berichtet. Die Hungersnot in England und Irland von 695 bis 700 war so schrecklich, "daß die Menschen sich einander aufaßen"⁶⁸.

500 000 Menschen starben 1600 infolge einer Hungersnot in Rußland. In Frankreich brachen allein zwischen 1700 und 1789 30 Hungersnöte aus. Quesnay zufolge nahm die Bevölkerung Frankreichs damals innerhalb von 100 Jahren um 4 Mill. Menschen ab.⁶⁹ Während der Hungersnot von 1769/1770 kamen in Indien Schätzungen zufolge 3 Mill. Menschen ums Leben.⁷⁰ Ebenso machtlos wie gegen die Ursachen und Konsequenzen der Hungersnöte waren die Menschen in den vorkapitalistischen Produktionsweisen gegenüber Seuchen und Epidemien. Die Geschichte der agrarischen Zivilisation ist von ihrem Beginn

65 Lindheim, Alfred von, Saluti Senectutis. Die Bedeutung der menschlichen Lebensdauer in modernen Staaten, Leipzig/Wien 1909, S. 90.

66 Vgl. Süßmilch, Johann Peter, Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen, Bd. 1, Berlin 1741, S. 32; Lindheim, S. 86 - 105; Kulischer, Alexander/Kulischer, Eugen, Kriegs- und Wanderzüge. Weltgeschichte als Völkerbewegung, Berlin/Leipzig 1932, S. 51.

67 Kulischer/Kulischer, S. 42.

68 So eine zeitgenössische Schilderung, in: Walford, Cornelius, The Famines of the World. Past and Present, London 1879, zit. nach: Ehrlich, Paul R./Ehrlich, Anne H., Bevölkerungswachstum und Umweltkrise, Frankfurt (Main) 1972, S. 16.

69 Quesnay, François, Ökonomische Schriften 1756 - 1759, hg. v. Marguerite Kuczynski, Bd. 1, 1. Halbbd., Berlin 1971, S. 240.

70 Ehrlich/Ehrlich, S. 10 - 17.

bis etwa zur Mitte des 18. Jh. mit dem häufigen Auftreten von Sterblichkeitsgipfeln verbunden. Sie waren die Folge von Epidemien, über die die Menschen keine Kontrolle hatten.⁷¹ Schon Thukydides (ca. 460 - ca. 400 v. u. Z.) berichtete von den verheerenden Auswirkungen der Epidemien im alten Athen. Die große Epidemie in Konstantinopel in der Regierungszeit von Kaiser Justinian (527 - 565) ging als eine historische Katastrophe in die Geschichtsbücher ein. Man hat behauptet, daß ihr mehr als die Hälfte der Einwohner des byzantinischen Reiches zum Opfer fielen.⁷²

"Nach Bärensprung⁷³, der den Verlauf von epidemischen Krankheiten aufgrund von sieben Chroniken etc. historisch verfolgte, läßt sich von 1000 - 1625 neben dem Grassieren von allen möglichen Krankheiten, eine 45malige Wiederkehr eines größeren Sterbens feststellen, durchschnittlich also wütete alle 13 Jahre ein größeres Sterben, das sich oft jahrelang hinzog und vielfach durch ganz Europa wie ein Würgeengel ging. Die Zahlen, welche davon überliefert sind, beruhen zum größten Teil nur auf Schätzungen, aber sie bringen das Entsetzliche jener Plagen voll zum Ausdruck."⁷⁴

Allein die Pest, der sogenannte Schwarze Tod, war in der zweiten Hälfte des 14. Jh. - Herbert Georges Wells zufolge - "nahe daran, die Menschheit auszurotten". Nach Angaben von Süßmilch fiel die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands dieser Katastrophe zum Opfer. Lübeck, das "damahls weit völkerreicher muß gewesen seyn als anjetzo ist, soll über 90tausend Einwohner eingebüßt haben"⁷⁵.

Für ganz Europa schätzt Hecker die Gesamtsumme der Todesfälle durch die Pest auf 25 Mill. Im Osten drang die Seuche bis nach China vor, und in den chinesischen Annalen heißt es, daß 13 Mill. Menschen umgekommen seien. Die damit verbundene Auflösung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in China führte zu einer Vernachlässigung der Flußdämme, so daß große Fluten die dichtbewohnten Ackerbaugebiete verwüsteten.⁷⁶ Im Zeitraum von 1347 bis 1517 brachen in Ägypten 20mal und in Syrien und Palästina 18mal Epidemien aus. Zwischen 1345 und 1534 erlitt Europa 17 große Epidemien.⁷⁷ In London trat zwischen 1563 und 1665 die Pest 5mal auf. Die Sterberegister jener Zeit geben für die jeweiligen Epidemien folgende Sterberaten an: 1563: 270 pro Tausend; 1593: 180 pro Tausend; 1603: 260 pro Tausend; 1624: 250 pro Tausend; 1665: 280 pro Tausend.⁷⁸ Die durchschnittlichen Sterberaten solcher Sterblichkeitsgipfel werden mit 150 bis 500 pro Tausend angegeben.⁷⁹

Aus der bisherigen Darstellung wird deutlich, daß zwischen der plötzlichen Rückentwicklung der Wirtschaft, die auf soziale oder natürliche Störfaktoren zurückging, und dem Auftreten von Sterblichkeitsgipfeln eine Wechselbeziehung besteht.

71 "Vor dem achtzehnten Jahrhundert gab es keine Wissenschaft; die Erkenntnis der Natur nahm ihre wissenschaftliche Form erst im achtzehnten Jahrhundert an oder in einigen Zweigen ein paar Jahre vorher." (Engels, Friedrich, Die Lage Englands, in: MEW, Bd. 1, S. 551).

72 Kulischer/Kulischer, S. 52.

73 Bärensprung, Felix von, Über die Folge und den Verlauf epidemischer Krankheiten, Halle 1854, S. 4 - 12.

74 Wernicke, Johannes, Das Verhältnis zwischen Geborenen und Gestorbenen. Eine historische Entwicklung, Jena 1889, S. 21.

75 Süßmilch, S. 26.

76 Vgl. auch Wells, Herbert George, Die Geschichte unserer Welt, Bern 1926, S. 179.

77 Vgl. Dols, Michael W., The Second Plague Pandemic and Its Recurrences in the Middle East: 1347 - 1894, in: Journal of the Economic and Social History of the Orient, Bd. 22, T. 2, S. 169.

78 Mols S. J., S. 75.

79 Cipolla, S. 71.

hung besteht. Diese periodische Rückentwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung ist eine Gesetzmäßigkeit der Agrargesellschaften, die sich - unabhängig von deren jeweiliger Form - aus dem geringen Entwicklungsstand von Produktivkraft und Wissenschaft ergibt.

Andererseits ist der "einfache produktive Organismus" der Agrargesellschaften äußerst zählebzig. Dadurch sind der Wiederaufbau der Wirtschaft nach Katastrophen und die Wiederherstellung des alten Zustandes ebenfalls charakteristisch für diese Gesellschaften. Stamford Raffels schildert dies am Beispiel Javas: "Obgleich die Dörfer wiederholt durch Krieg, Hungersnot und Seuchen heimgesucht, ja verwüstet wurden, haben derselbe Name, dieselben Grenzen, dieselben Interessen und selbst dieselben Familien sich durch Generationen fortgesetzt."⁸⁰ Die Wiederherstellung der Wirtschaft ist begleitet von einem neuen Aufschwung in der Bevölkerungsbewegung, der in erster Linie durch einen anhaltenden und ungewöhnlichen starken Rückgang der Sterblichkeit in der Periode nach der Katastrophe hervorgerufen wird. Nach Angaben von Hrothgar John Habakkuk sind die Sterberaten nach Katastrophen einige Dekaden lang ungewöhnlich niedrig und die Geburtenraten ungewöhnlich hoch. Die erlittenen Verluste werden dadurch relativ rasch ersetzt, und es kann sogar eine neue Disproportion zwischen Bevölkerungszahl und Nahrungsspielraum entstehen.⁸¹

Warren Thompson erklärt z. B. das rasche Wachstum der Bevölkerung Indiens zwischen 1881 und 1890 wie folgt: "Hungersnöte und epidemische Krankheiten sind chronische Ursachen einer hohen Sterberate in Indien. Wenn, wie in der Dekade von 1881 bis 1890 das Land für einige Jahre relativ frei von ihnen ist, dann sinkt die Sterberate, und es kommt zu einer großen Bevölkerungszunahme."⁸²

Alexander und Eugen Kulischer bezeichneten eine solche Situation sowohl für China im Zeitraum zwischen 600 v. u. Z. und 1650 als auch für Europa als den normalen Zustand.⁸³

Dabei sind weder der rasche Rückgang der Sterblichkeit noch der Bevölkerungszuwachs stabile Prozesse. Sie sind im Gegenteil äußerst anfällig und damit reversibel. Mit dem Auftreten der nächsten Katastrophe steigt die Sterblichkeit wieder an, und die Bevölkerungszahl sinkt. In der grafischen Darstellung ähnelt daher die Bewegung der Geburten- und der Sterberaten in jener Zeit auch stark einer seismographischen Kurve (vgl. Anhang, Grafik 2).

In der Epoche der Agrargesellschaften ist der menschliche Reproduktionsprozeß durch die Unkontrollierbarkeit der Sterblichkeit gekennzeichnet. Die Sterberate schwankt um einen jährlichen Durchschnittswert von 40 bis 45 pro Tausend. Das Überleben der Menschheit hängt unter diesen Bedingungen von der Anpassung der Geburtenrate an das hohe Niveau der Sterberate ab. Die Erhaltung der menschlichen Gattung ist also mit einem hohen demographischen Aufwand verbunden.

80 Zit. in: Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 379.

81 Habakkuk, H(rothgar) John, English Population in the Eighteenth Century, in: Population in History, London 1969, S. 274 f.; vgl. auch Carr-Saunders, A(lexander) M., World Population. Past Growth and Present Trends, London/Liverpool 1964, S. 43.

82 Thompson, Warren S., Danger Spots in World Population, New York 1929, S. 144, zit. nach: Kulischer/Kulischer, S. 43.

83 Kulischer/Kulischer, S. 42.

Die Kontinuität der Bevölkerungsbewegung setzt sich in dieser Epoche über den langfristigen Ausgleich zwischen den Höhen und Tiefen der Bevölkerungsbewegung durch. Dies findet wiederum seinen Ausdruck in einer kontinuierlich hohen Sterbe- und Geburtenrate und folglich einem äußerst langsamen Wachstum der Bevölkerung sowie einer stationären Struktur.⁸⁴

Statistischer Überblick über das Wachstum der Weltbevölkerung vom Jahre 0 bis 1650

Exakte statistische Angaben über die Zahl der Weltbevölkerung und ihre Veränderung in der Epoche der agrarischen Zivilisation liegen nicht vor. Wir sind für den gesamten Zeitraum überwiegend auf Schätzungen von sehr unterschiedlicher Qualität und Zuverlässigkeit angewiesen. Je tiefer wir in die Vergangenheit eindringen, desto dürftiger wird das Datenmaterial.

Für einen großen historischen Abschnitt fehlen Daten sogar völlig. Das betrifft vor allem den Zeitraum von 8000 v. u. Z. bis zum Jahr 0. Für diese Periode liegen ausschließlich grobe Schätzungen vor, die lediglich das tendenzielle und langfristig wellenförmige Wachstum der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, nicht aber die damals häufig auftretenden, charakteristischen Schwankungen der Bevölkerungsbewegung.

Erst vom Zeitraum um das Jahr 0 an liegt statistisches Material über die Bevölkerungszahl der wichtigsten Siedlungszentren der damaligen Welt vor. Allerdings beziehen sich diese Angaben nur auf Teilbevölkerungen; sie sind oft ungenau und aus verschiedenen Gründen schwer zu interpretieren. Trotzdem sind diese Daten die einzigen Unterlagen, die für die Schätzung der ungefähren Zahl der Weltbevölkerung um die Zeitenwende zur Verfügung stehen.

Die drei wichtigsten Bevölkerungszentren der antiken Welt waren das Römische Reich, China und der indische Subkontinent. Hinsichtlich der Bevölkerungszahl des Römischen Reichs gibt es eine Reihe von Daten für unterschiedliche Zeitpunkte zwischen dem Jahr 608 v. u. Z. und dem Jahr 47. Diese Zahlen sind fragmentarisch und wurden z. T. recht unterschiedlich interpretiert. So gibt z. B. Carl G. Zumpt die Bevölkerungszahl Italiens für das Jahr 14 mit 4 037 000 civium capita (freie Bürger) an.⁸⁵ Allerdings ist die Richtigkeit dieser Zahl angezweifelt worden. Zumpt selbst weist auf Schwierigkeiten bei der Entzifferung der Zahlen hin. Überdies ist es erforderlich, solche handschriftlichen und schwer lesbaren Zahlen im jeweiligen historischen Kontext auf ihre Richtigkeit zu überprüfen und sie dabei z. B. mit anderen Kennziffern wie der zahlenmäßigen Stärke der Armee zu vergleichen. Von besonderem Stellenwert ist in diesem Zusammenhang auch die Bestimmung des Territoriums der jeweiligen Staaten. Dazu schreibt Julius Beloch: "Erhalten doch Bevölkerungsangaben erst dann ihren vollen Werth, wenn die Ausdehnung des Gebietes bekannt ist, worauf sie sich beziehen. Ferner geben uns die Arealbestimmungen ein Mittel in die Hand, die überlieferten Bevölkerungszahlen zu kontrollieren."⁸⁶

⁸⁴ Vgl. Winkler, Wilhelm, Demometrie, Berlin (West) 1969, S. 300.

⁸⁵ Zumpt, C(arl) G., Über den Stand der Bevölkerung und die Volksvermehrung im Altertum, Berlin 1841, S. 29.

⁸⁶ Beloch, Julius, Die Bevölkerung der griechisch-römischen Welt, Leipzig 1886, S. 26.

Beloch gibt für das Jahr 14 folgende, von ihm berichtigte Bevölkerungszahlen für die einzelnen Regionen des Römischen Reichs an:⁸⁷

Europäischer Teil	23 000 000
Asiatischer Teil	19 500 000
Afrikanischer Teil	11 500 000

Die Gesamtbevölkerung des Römischen Reiches betrug folglich um das Jahr 14 ca. 54 Mill. Menschen (vgl. Anhang, Tab. 1). Diese von Beloch ermittelte Bevölkerungszahl hat später Aufnahme in Publikationen der Vereinten Nationen gefunden⁸⁸, allerdings verbunden mit dem Hinweis, daß andere Forscher abweichende Bevölkerungsgrößen für das Römische Reich ermittelt haben.

Im Hinblick auf China, das zweite wichtige Siedlungsgebiet der antiken Welt, liegen für die letzten zweitausend Jahre Hunderte von Zählungen vor. Sie enthalten Angaben über die Zahl der Haushalte und auch der Personen. Allerdings sind sie für mehrere Perioden so ungenau, daß sie für die Zwecke der Bevölkerungsstatistik kaum brauchbar sind. Die ältesten dieser Daten gehen auf das Jahr 2 nach der Zeitenwende zurück. Auf der Basis dieser Daten haben Abott Payson Usher (1930) und Durand (1960) die Bevölkerungszahl Chinas für das Jahr 2 auf 71 Mill. geschätzt.⁸⁹ Die Ermittlung der Bevölkerungszahl Indiens für die Zeit um das Jahr 0 ist mit noch größeren Schwierigkeiten verbunden, da Daten für diese frühe Periode fast völlig fehlen. Es steht jedoch außer Zweifel, daß Indien zu diesem Zeitpunkt zu den meistbevölkerten Gebieten der Erde gehörte. So soll nach der Überlieferung die Armee des Kaisers Chandragupta (321 - 297 v. u. Z.) 700 000 Soldaten umfaßt haben. Auf dieser Basis hat Datta die Bevölkerung Indiens für das Jahr 320 v. u. Z. auf 181 Mill. geschätzt. Auf der gleichen Basis schätzte Pran Nath die indische Bevölkerung zur Zeit der Herrschaft des Kaisers Asoka (um 232 v. u. Z.) auf 100 - 140 Mill. Menschen.⁹⁰ Kingsley Davis bestätigte diese Schätzung von Pran Nath.⁹¹ Gestützt auf diese Angaben beziffert Wilfred D. Borrie die Bevölkerung Indiens um das Jahr 0 auf mindestens 100 Mill. Menschen.⁹²

Die Gesamtzahl der Bevölkerung in den drei wichtigsten Siedlungsgebieten der Alten Welt läßt sich folglich um das Jahr 0 mit 225 Mill. beziffern. Für die übrigen Regionen hat Borrie eine Bevölkerungszahl von ca. 75 Mill. geschätzt. Detaillierte Angaben über die Bevölkerungszahlen in verschiedenen Regionen der Welt um die Zeitenwende finden wir bei Durand, Colin Clark und Biraben (vgl. Anhang, Tab. 2 u. 3). Wir geben diese Schätzungen in der Tabelle auf der nächsten Seite in gekürzter Form wieder.

Andere Schätzungen beziffern die Weltbevölkerung für den genannten Zeitraum auf 200 bis 350 Mill.⁹³

Über die Geschichte der Bevölkerungsbewegung während der ersten tausend Jahre nach der Zeitenwende fehlen Daten fast völlig. Allgemein wird für diese Periode eine Stagnation, ja sogar ein Rückgang im Wachstum der Weltbevölkerung angenommen, wobei diese Stagnation allerdings das Resultat einer regional differenzierten Bevölkerungsbewegung gewesen sein dürfte.

87 Ebenda, S. 507.

88 Vgl. The Determinants and Consequences of Population Trends, S. 15.

89 Usher, A(bott) P(ayson), The History of Population und Settlement in Eurasia, in: Geographical Review, 1/1930, S. 110 - 132; Durand, S. 261 f.

90 Vgl. Durand, S. 265 f.

91 Davis, K(ingsley), The Population of India and Pakistan, Princeton (New Jersey) 1951, S. 24.

92 Borrie, W(ilfred) D., The Growth and Control of World Population, London 1970, S. 44.

93 Vgl. Coale, S. 43; Ohlin, S. 15; Desmond, S. 34.

Geschätzte Bevölkerungszahlen der Welt und ihrer wichtigsten Regionen um das Jahr 0 (in Mill.)

Regionen	Schätzung Durand Jahr 0	Schätzung Clark 14 u. Z.	Schätzung Biraben Jahr 0
Asien	154 - 257	189	170
Europa ⁺	30 - 40	39,5 ⁺⁺	31
Territorium der heutigen UdSSR	5 - 10	-	12
Afrika	25 - 45	23	26
Nordamerika	1 - 2)		2
Süd- u. Zentralamerika	6 - 15)	3	10
Ozeanien	1 - 2	1	1
Welt insgesamt	270 - 330	256	252

+ ohne die heute zur UdSSR gehörenden Gebiete

++ einschließlich der heute zur UdSSR gehörenden Gebiete

Quelle:

Durand, John D., *Historical Estimates of World Population. An Evaluation*, in: *Population and Development Review* (New York), 3/1977, S. 259; Clark, Colin, *Population Growth and Land Use*, Trowbridge/London 1970, S. 64; Biraben, Jean-Noël, *Essai sur l'évolution du nombre des hommes*, in: *Population* (Paris), 1/1979, S. 15.

Zweifellos hat der Zerfall des Römischen Reiches zum Rückgang der Bevölkerungszahlen sowohl in den europäischen als auch in den außereuropäischen Provinzen geführt. Die Einfälle der Barbaren, die Deurbanisierung Roms und die Zerstörung der Bewässerungssysteme in den außereuropäischen Provinzen sowie die damit verbundenen Konsequenzen haben vermutlich zu einem Rückgang in der Bevölkerungszahl geführt, der einige Jahrhunderte andauerte.

Nach Schätzungen von Clark ist die Bevölkerungszahl Europas von 39,5 Mill. um das Jahr 14 auf 19,3 Mill. um 600 zurückgegangen. Danach sei sie allem Anschein nach allmählich angestiegen und habe im Jahr 1000 den Stand des Jahres 14 wieder erreicht. Diese steigende Tendenz habe sich in Europa bis zur zweiten Hälfte des 14. Jh. fortgesetzt und sei dann durch den Ausbruch der Pestepidemie unterbrochen worden. Clark schätzt die Bevölkerungszahl Europas für 1340 auf 89,5 Mill., für 1500 auf 67,8 Mill. und für 1650 auf 90 Mill., was etwa dem Stand von 1340 entspricht.⁹⁴

Auch Merill Bennett geht von einem allmählichen Wachstum der Bevölkerung seit dem Jahr 1000 aus. Schätzungsweise sei die Bevölkerung Europas von 42 Mill. im Jahr 1000 auf 73 Mill. im Jahr 1300 angestiegen. Im 14. Jh. habe jedoch eine rückläufige Entwicklung stattgefunden. Für 1400 nennt er eine Zahl von nur 45 Mill.; danach sei wieder ein ständiges Wachstum erfolgt, so daß man für 1600 eine Bevölkerungszahl von 89 Mill. als wahrscheinlich annehmen könne.⁹⁵ Carr-Saunders meint, daß das Wachstum der europäischen Bevölkerung zwischen der

⁹⁴ Clark, S. 64.

⁹⁵ Bennett, M(erill) K(elly), *The World's Food*, New York 1954, S. 9.

Mitte des 14. und der Mitte des 17. Jh. auf eine Art "Nachholebedarf" zurückzuführen sei, wie er sich nach jeder demographischen Katastrophe einstellt. Er schätzt die Bevölkerung Europas im Jahr 1650 auf rd. 100 Mill. Menschen.⁹⁶

Die für China vom Jahr 2 bis zum Jahr 1393 vorliegenden Bevölkerungszahlen hat Durand⁹⁷ dem chinesischen Territorium von 1953 angepaßt und ausgewertet. Seine Analyse zeigt eine rückläufige Entwicklung der Bevölkerungszahl, die über mehrere Jahrhunderte hinweg andauerte. Das Minimum wurde im Jahr 705 mit ca. 37 Mill. Einwohnern erreicht. Unter der Tang-Dynastie (705 - 755) habe dann wieder ein gewisses Wachstum der Bevölkerungszahl stattgefunden; schätzungsweise sei sie bis 755 auf 53 Mill. angestiegen. Im 11. und 12. Jh., unter der Sung-Dynastie, habe sie mit 127 Mill. einen Höhepunkt erreicht. Dieses rasche Wachstum wird auf die Entdeckung einer neuen Reissorte und die damit verbundenen hohen Ernteerträge zurückgeführt. Die Bevölkerungszunahme wurde durch die mongolische Invasion unterbrochen. Fast 50 Jahre lang tobte in China der Krieg mit seinen Verwüstungen und Massakern, nach Schätzungen von Michael Prawdin⁹⁸ fielen diesen Ereignissen 40 Mill. Menschen zum Opfer.

In der zweiten Hälfte des 14. Jh. wütete die Pestepidemie auch in China. Sie forderte 13 Mill. Tote. Durch diese Katastrophen wurde die Bevölkerung Chinas erheblich dezimiert. Nach Schätzung von Durand hatte China um 1393 ca. 61 Mill. Einwohner, also etwa die Hälfte der unter der Sung-Dynastie erreichten Bevölkerungszahl.

Allem Anschein nach setzte zwischen 1400 und 1600 ein erneutes Bevölkerungswachstum ein. Die Wiederherstellung der Bewässerungssysteme, die hohe Ernteerträge und einen Rückgang der Hungersnöte zur Folge hatte, wird als Ursache für das Bevölkerungswachstum in diesem Zeitraum angenommen. Clark beziffert die Bevölkerungszahl Chinas für 1600 auf 150 Mill. Nach 1600 soll sich die Bevölkerung aufgrund von Unruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen (Dynastie-Wechsel und Bürgerkrieg) dann wieder rückläufig entwickelt und nach Angaben von Clark 1650 ca. 100 Mill. betragen haben. Carr-Saunders nennt die Zahl von 150 Mill.⁹⁹ Wenn wir die Schätzung von Carr-Saunders als Grundlage nehmen, dann hat sich die Bevölkerungszahl Chinas mit allen Schwankungen zwischen dem Jahr 2 und 1650 höchstens verdoppelt.

Bevölkerungszahlen für den indischen Subkontinent (heute Indien, Pakistan, Bangladesh) fehlen für unseren Beobachtungszeitraum. In der Literatur besteht allgemein Übereinstimmung darüber, daß die Bevölkerungszahl Indiens zwischen 0 und 1650 - abgesehen von bestimmten Fluktuationen - im Grunde genommen stagnierte. Borrie nennt für das Jahr 0 die Zahl von 100 Mill. Clark geht von einer Stagnation des Bevölkerungswachstums bis 1500 aus und schätzt die Gesamtzahl für 1500 auf etwa 75 Mill. Für 1500 bis 1650 nimmt er ein erhebliches Wachstum an und gelangt für 1650 zu einer Einwohnerzahl von 150 Mill. Diese Schätzung liegt um 50 Mill. höher als die Schätzung von Kingsley Davis für den gleichen Zeitpunkt.¹⁰⁰ Sehr unsicher sind für den Beobachtungszeitraum auch die Schätzungen der Bevölkerungszahlen für den amerikanischen Kontinent. Für das Jahr 0, als sich die Landwirtschaft bereits in den Gebieten von Mexiko, Ekuador, Peru und Bolivien durchgesetzt hatte, wird von Durand eine Gesamtbevölkerung von 3 Mill. angenommen.¹⁰¹ Bis zum Jahr 800 soll die Bevölkerungs-

96 Carr-Saunders, World Population. Past Growth and Present Trends, S. 42 f.

97 Durand, S. 261.

98 Prawdin, M(ichael), Das Erbe Tschingis Chans, Berlin 1935, S. 115.

99 Clark, S. 64; Carr-Saunders, World Population. Past Growth and Present Trends, S. 41.

100 Vgl. Winkler, S. 300.

101 Kulischer, S. 139.

zahl Amerikas auf 10 bis 13 Mill. angestiegen sein, und 1500 soll sie die Grenze von 40 Mill. überschritten haben (vgl. Anhang, Tab. 4).

Im folgenden Jahrhundert dezimierte die grausame Eroberung Lateinamerikas durch die Spanier, die zur Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen führte, die Einwohnerzahl drastisch. Sie ging bis 1650 auf den Stand des Jahres 800 zurück.

Afrika ist - mit Ausnahme der nordafrikanischen Länder - der einzige Kontinent, für den im Beobachtungszeitraum ein stetiges Wachstum der Bevölkerung angenommen wird. Clark schätzt für das Jahr 0 eine Bevölkerungszahl von 23 Mill., davon 11,2 Mill. in Nordafrika, und für das Jahr 1000 eine Zahl von 50 Mill., davon 4 Mill. in Nordafrika.¹⁰² Bis zum Jahre 1650 soll sich die Bevölkerungszahl Afrikas verdoppelt und ca. 100 Mill. erreicht haben.¹⁰³

Die Tendenz der Weltbevölkerungsbewegung bringt Grafik 3 (vgl. Anhang, Grafik 3) im Beobachtungszeitraum zum Ausdruck, die auf drei Schätzungen beruht. Diese Grafik zeigt, daß das Bevölkerungswachstum im Beobachtungszeitraum keinesfalls ein kontinuierlicher und harmonischer Prozeß war: Es war vielmehr durch Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet, die sich vor allem aus der Unkontrollierbarkeit der Sterblichkeit und dem damit verbundenen Wechsel von Aufschwung, Stagnation und Rückgang ergaben. Dabei waren diese Fluktuationen jedoch keine globalen Erscheinungen, sondern - ebenso wie die auslösenden Ursachen - lokal bzw. regional begrenzt. Die Weltbevölkerungsentwicklung von der Zeit um 8000 v. u. Z. bis zum Jahr 1650 stellt den Saldo aller dieser unterschiedlichen Bewegungen dar.

Bei der Analyse der Gesamtbewegung jener Epoche zeigt sich, daß sich trotz aller Fluktuationen letztlich das tendenzielle Wachstum der Bevölkerung als Gesetz behauptet. Zwischen dem Beginn der neolithischen Revolution und 1650 hat sich die Weltbevölkerung 6mal verdoppelt; ihre Zahl ist von 8 bis 10 Mill. (8000 v. u. Z.) auf 250 bis 300 Mill. im Jahre 0 und auf 500 bis 600 Mill. im Jahre 1650 gestiegen. Dies ergibt für die gesamte Periode eine durchschnittliche Wachstumsrate von 0,04 % pro Jahr. Ein Wachstum, das sich auf der Grundlage einer solchen Rate vollzieht, kann als evolutionär betrachtet werden, da sich die Bevölkerungszahl unter diesen Bedingungen nur alle 1 600 Jahre verdoppeln kann. Auf diese Weise bewahrt die Bevölkerungsbewegung - von den zufälligen Fluktuationen abgesehen - ihre Kontinuität von einer Generation zur anderen. Allerdings sollte die "geringe" Wachstumsrate von 0,04 % pro Jahr nicht unterschätzt werden. Hätte sich der Homo sapiens sapiens seit seinem Auftreten auf unserem Planeten in diesem "winzigen" Wachstumstempo vermehrt, so hätte die Weltbevölkerung am Vorabend der industriellen Revolution die astronomische Zahl von 4 Billionen Menschen weit überschritten.

So betrachtet, nimmt das Wachstum der Bevölkerung in der Epoche der agrarischen Zivilisation einen beachtlichen Platz in der demographischen Geschichte ein.

Dennoch stand der Menschheit eine neue Phase des Wachstums bevor, die alle bis dahin beeindruckenden Wachstumstempi verblassen ließ. Mit der industriellen Revolution des 18. und 19. Jh. kündigte sich eine demographische Revolution an, deren Ausmaße in den Annalen der Menschheit ohnegleichen sind.

¹⁰² Vgl. Köllmann, Wolfgang, Bevölkerung und Raum in neuerer und neuester Zeit, Würzburg 1965, S. 6.

¹⁰³ Carr-Saunders, World Population. Past Growth and Present Trends, S. 43.

Tabelle 1

Fläche und Bevölkerung des Römischen Reiches im Jahr 14 u. Z. (Schätzung)

	Fläche (in 1000 km ²)	Bevölkerung (in 1 000)	Personen (je km ²)
<u>in Europa</u>	<u>2 231</u>	<u>23 000</u>	<u>10</u>
Italien	250	6 000	24
Sizilien	26	600	23
Sardinien u. Korsika	33	500	15
Spanien	590	6 000	10
Narbonensis	100	1 500	15
3 Gallische Gebiete	535	3 400	6,3
Donauländer	430	2 000	4,7
griechische Halbinsel	267	3 000	11
<u>in Asien</u>	<u>665,5</u>	<u>19 500</u>	<u>30</u>
Provinz Asien	135	6 000	44
übriges Kleinasien	412	7 000	17
Syrien	109	6 000	55
Zypern	9,5	500	52
<u>in Afrika</u>	<u>443</u>	<u>11 500</u>	<u>26</u>
Ägypten	28	5 000	179
Cyrenaica	15	500	33
Afrika	400	6 000	15
Römisches Reich, insgesamt	3 340	54 000	16

Quelle:

Beloch, Julius, Die Bevölkerung der griechisch-römischen Welt, Leipzig 1886, S. 507.

Die Zahl der Bevölkerung der Welt und einzelner Regionen
im Jahr 0 (Schätzung in Mill.)

Heutige Territorien und Gebiete	Schätzungen	
	Durand	Biraben
Gesamte Welt	270 - 330	252
China	70 - 90	70
Indien, Pakistan, Bangladesh	50 - 100	46
Südwestasien	25 - 45	47
Japan	1 - 2	2
Ubrige asiatische Länder (ohne UdSSR)	8 - 20	5
Europa (ohne UdSSR)	30 - 40	31
UdSSR	5 - 10	12
Nordafrika	10 - 15	14
Ubrige afrikanische Länder	15 - 30	12
Nordamerika	1 - 2	2
Mittel- u. Südamerika	6 - 15	10
Ozeanien	1 - 2	1

Quelle:

Durand, John D., Historical Estimates of World Population. An Evaluation, in: Population and Development Review (New York), 3/1977, S. 259; Biraben, Jean Noël, Essai sur l'évolution du nombre des hommes, in: Population (Paris), 1/1979, S. 15.

Tabelle 3

Die Zahl der Bevölkerung der Welt und einzelner Regionen im Jahr 14 u. Z.

Region	Bevölkerung (in Millionen)
Heutige Territorien und Gebiete	
Ägypten	7,0
übriges Nordafrika	4,2
Afrika	23,0
Amerika	3,0
China	73,0
Indien, Pakistan, Bangladesh	70,0
Japan	2,0
Kleinasien, Syrien, Zypern	14,0
übriges Südwestasien	20,0
UdSSR (asiatischer Teil)	5,0
übriges Ostasien	5,0
Asien	189,0
Britische Inseln	0,4
Spanien	6,0
Frankreich	6,6
Italien	14,0
Griechenland	3,0
übriges Südosteuropa	2,0
DDR, BRD und Österreich	3,5
UdSSR (europäischer Teil)	4,0
Europa	39,5
Ozeanien	1,0
Welt, insgesamt	256,0

Quelle:

Clark, Colin, Population Growth and Land Use, London/Basingstoke 1970, S. 64.

Tabelle 4

Schätzungen der Bevölkerungszahl Europas, Chinas, Indiens, Amerikas und Afrikas im Zeitraum zwischen 0 bis 1650 (in Mill.)

	0-14	200	350	400	500	600	700	800	900	1000	1100
China											
Bennett	-	-	-	-	-	-	-	-	-	70	79
Clark	73	-	60	-	-	54	-	55	-	60	-
Biraben	70	60	-	25	32	49	44	56	48	56	83
Indien											
Bennett	-	-	-	-	-	-	-	-	-	48	50
Clark	70	-	75	-	-	75	-	75	-	70	-
Biraben	46	45	-	32	33	37	50	43	38	40	48
Europa											
Bennett	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42	48
Clark	39,5	-	27,6	-	-	19,3	-	29,2	-	39,2	-
Biraben	43	55	-	58	41	33	32	35	39	43	50
Amerika											
Bennett	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	17
Clark	3	-	5	-	-	7	-	10	-	13	-
Biraben	12	11	-	13	15	16	17	17	15	18	21
Afrika											
Bennett	-	-	-	-	-	-	-	-	-	50	55
Clark	23	-	30	-	-	37	-	43	-	50	-
Biraben	26	30	-	31	31	24	21	25	28	39	38
Welt											
Bennett	-	-	-	-	-	-	-	-	-	275	306
Clark	256	-	254	-	-	237	-	261	-	280	-
Biraben	252	257	-	206	207	208	206	224	222	253	299

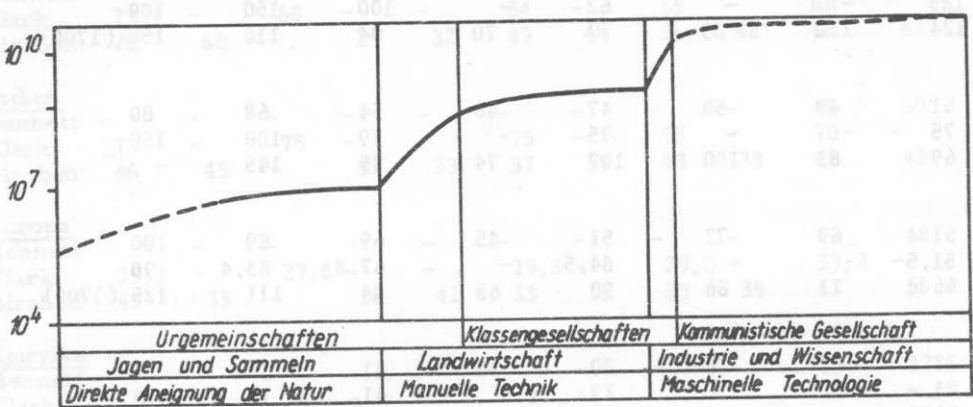
Quelle:

Bennett, M(erill) K(elley), *The World's Food*, New York 1954, S. 9; Clark, Colin, *Population Growth and Land Use*, London/Basingstoke 1970, S. 64; Biraben, Jean-Noël, *Essai sur l'évolution du nombre des hommes*, in: *Population* (Paris), 1/1979, S. 16.

1200	1250	1300	1350	1400	1500	1600	1650
89	94	99	106	112	125	140	150
123	-	-	62	-	100	150	100
124	112	83	70	70	84	110	150 (1700)
51	49	50	47	46	54	68	80
75	-	-	75	-	79	100	150
69	83	100	107	74	95	145	-
61	69	73	51	45	69	89	100
51,5	-	-	84,5	-	67,8	83,4	90
66	71	86	90	65	84	111	125 (1700)
23	27	28	29	30	41	15	9
23	-	-	29	-	41	15	13
26	29	32	32	39	42	13	12 (1700)
61	64	67	70	74	82	90	90
61	-	-	70	-	85	95	100
48	58	68	80	68	87	113	-
348	369	384	370	373	446	486	518
384	-	-	378	-	427	498	516
400	417	431	442	375	461	578	-

Grafik 1

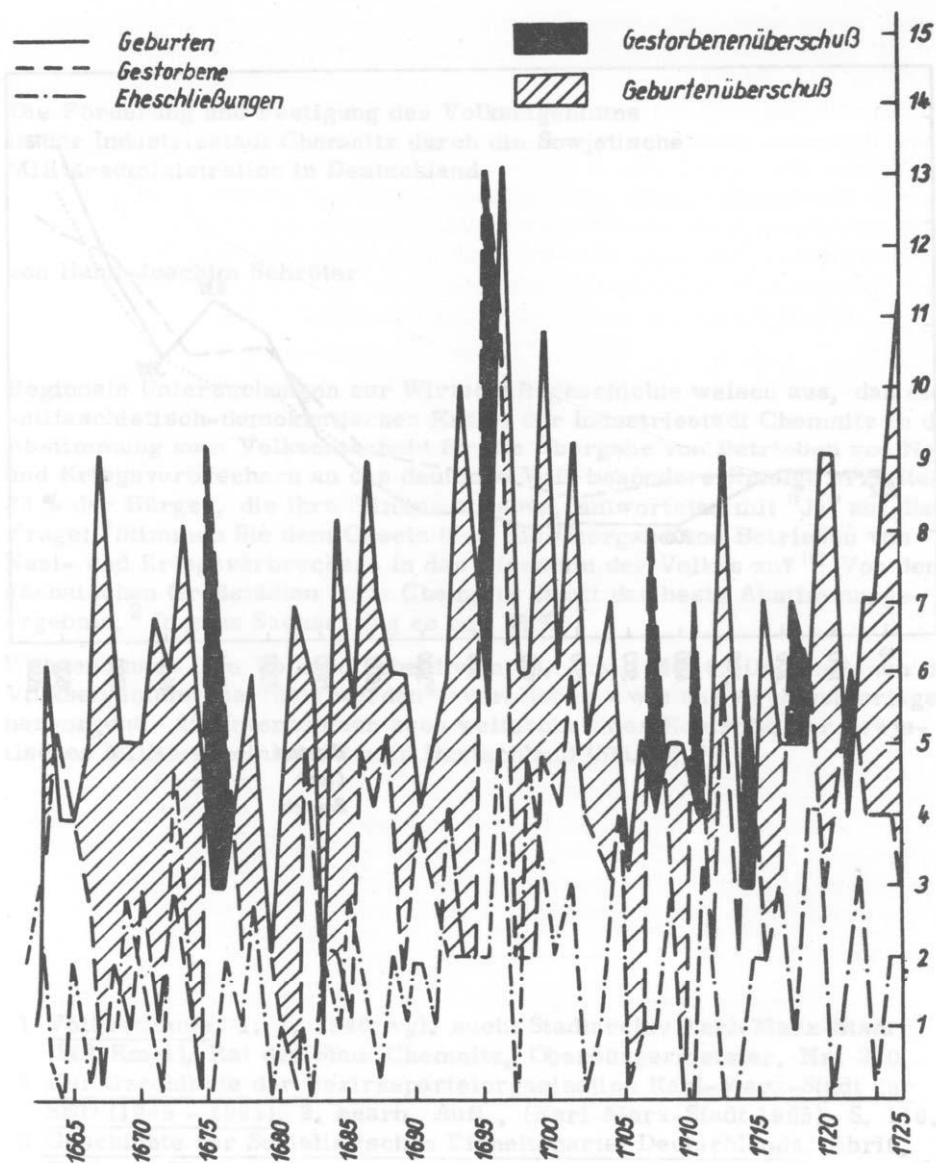
Schematische Darstellung der Weltbevölkerungsbewegung in der Geschichte



Quelle:

Eigene Darstellung aufgrund der Angaben von: Durand, John, The Growth of the World Population, in: The World Population. Problems of Growth, hg. v. Quentin H. Stanford, Toronto/New York 1972, S. 17.

Schwankungen der Geburts- und Sterberaten von 1660 bis 1725 in Hurltigheim (Elsaß)

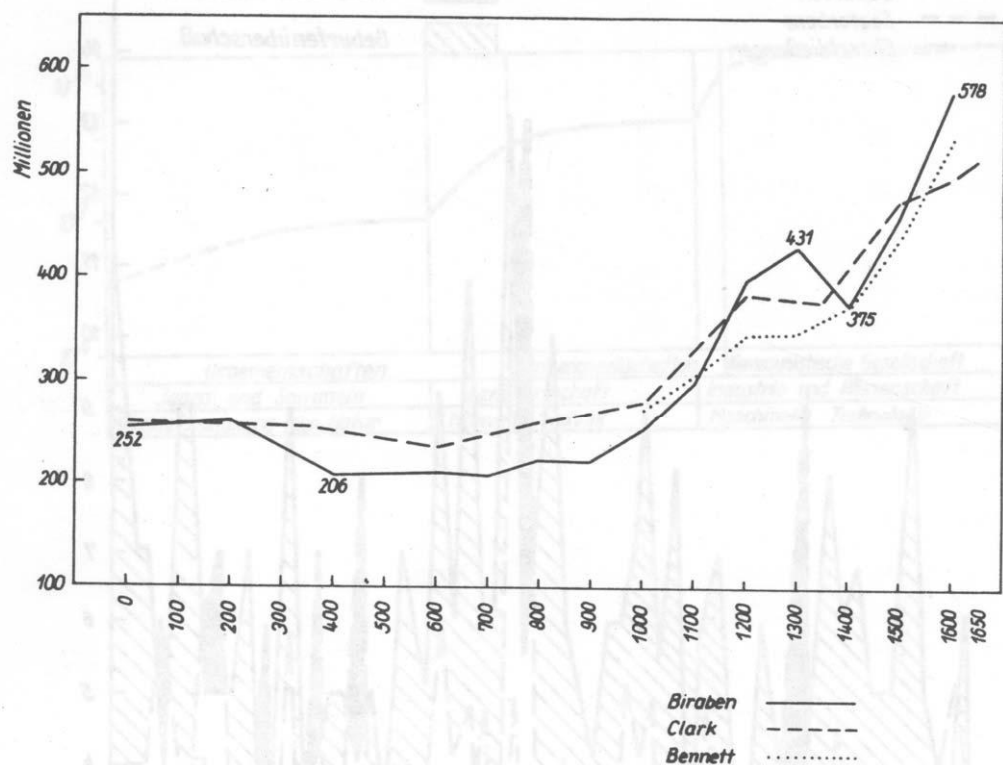


Quelle:

Kintz, Jean-Pierre, Etudes alsaciennes, in: Annales de démographie historique (Paris), 1969, S. 287.

Grafik 3

Schätzung der Weltbevölkerungszahl im Zeitraum zwischen 0 bis 1650 (in Millionen)



Quelle:

Eigene Darstellung aufgrund der Angaben von: Bennett, M(erill) K(elley), *The World's Food*, New York 1954, S. 9; Clark, Colin, *Population Growth and Land Use*, London/Basingstoke 1970, S. 64; Biraben, Jean-Noël, *Essai sur l'évolution du nombre des hommes*, in: *Population (Paris)*, 1/1979, S. 16.

Die Förderung und Festigung des Volkseigentums
in der Industriestadt Chemnitz durch die Sowjetische
Militäradministration in Deutschland

von Hans-Joachim Schröter

Regionale Untersuchungen zur Wirtschaftsgeschichte weisen aus, daß die antifaschistisch-demokratischen Kräfte der Industriestadt Chemnitz in der Abstimmung zum Volksentscheid für die Übergabe von Betrieben von Nazi- und Kriegsverbrechern an das deutsche Volk besondere Erfolge erzielten. 83 % der Bürger, die ihre Stimme abgaben, antworteten mit "Ja" auf die Frage: "Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Nazi- und Kriegsverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?"¹ Von den sächsischen Großstädten hatte Chemnitz damit das beste Abstimmungsergebnis.² In ganz Sachsen lag es bei 78 %.³

Während nach dem Volksentscheid vom 30. Juni 1946 69 Unternehmen in Volkseigentum überführt wurden⁴, verblieben - wie aus Archivunterlagen hervorgeht - 29 Unternehmen auch weiterhin unter Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD).⁵

- 1 Volksstimme, 1. 7. 1946; vgl. auch: Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt (StA Kmst), Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 210.
- 2 Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Karl-Marx-Stadt der SED (1945 - 1961), 2. bearb. Aufl., (Karl-Marx-Stadt 1985), S. 116.
- 3 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978, S. 137.
- 4 StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Abt. Allgemeine Verwaltung, Nr. 4103; ebenda, Nr. 4104. - Vgl. auch: Staatsarchiv (StA) Dresden, Landesregierung Sachsen (LRS), Ministerpräsident, Nr. 1434; StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 677; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Abt. Allgemeine Verwaltung, Nr. 4118; ebenda, Nr. 4142; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 187.
- 5 Vgl. Tab. 1.

Nur wenige Publikationen gehen auf dieses Problem ein.⁶ Zahlenmäßige Angaben über diese Konstellation für die gesamte sowjetische Besatzungszone (SBZ) hat der Autor nicht auffinden können. Dazu, wie auch zur Geschichte dieser Unternehmen, werden weitere Untersuchungen notwendig sein, so u. a. auch regionale.

Was waren das für 29 Unternehmen?

Die Landesverwaltung Sachsen, Bereich Wirtschaft und Arbeit, charakterisierte diese Unternehmen in einem Schreiben an alle Landratsämter und die Räte der kreisfreien Städte vom 17. Juni 1946 als Betriebe, "die nicht zur Enteignung stehen, jedoch auch ihren Eigentümern nicht zurückgegeben werden ... Es handelt sich dabei durchweg um die größten und entscheidendsten Betriebe, die auch nach dem Volksentscheid beschlagnahmt bleiben ...". Ohne Zustimmung der SMA für das Bundesland Sachsen (SMAS) durfte niemand über diese Betriebe verfügen.⁷

Wie aus Tab. 1 im Anhang zu ersehen ist, gehörten die genannten 29 Unternehmen zu den größten und wichtigsten Betrieben der Industriestadt Chemnitz. Einige waren durch Kriegseinwirkungen beschädigt, andere waren ganz oder teilweise demontiert. Aber auch unter diesen Bedingungen versuchten die Werktätigen einen Neubeginn, oft mit alten, ausgesonderten Maschinen oder mit instandgesetzten Produktionsmitteln, z. T. aus anderen zerstörten Betrieben.

Diese Gruppe von Unternehmen entstand im Prozeß der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens. In einem der politischen Grundsätze war eindeutig als Ziel formuliert worden: "Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung."⁸

Die SMAD formulierte entscheidende Festlegungen zur Verwirklichung des Potsdamer Abkommens im Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung, Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Nr. 124, vom 30. Oktober 1945, "Über Beschlagnahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland" und im Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration, des

6 Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, S. 77 ff.; Doernberg, Stefan, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945 - 1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959, S. 310; Mühlfriedel, Wolfgang, SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus. Eine Skizze der historischen Entwicklung des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG) 4/1980, S. 162; Wiegand, Klaus, Die Konstituierung des volkseigenen Sektors in der Industrie Thüringens 1945 - 1948, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 9, Weimar 1982, S. 41; Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945 - 1949, Berlin 1983, S. 167.

7 StA, Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 1431.

8 Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1951, S. 17.

Oberfehlshabers der Sowjetischen Besatzungsgruppen in Deutschland, Nr. 126, vom 31. Oktober 1945, "Beschlagnahme des Vermögens der Nationalsozialistischen Partei, ihrer Organe und der ihr angegliederten Organisationen."⁹

Die Beschlagnahme und Erfassung im Land Sachsen wurde von einer deutschen Kommission, deren Vorsitzender Fritz Selbmann war und der auch Kurt Fischer angehörte,¹⁰ geleitet. Die Tätigkeit der in Chemnitz arbeitenden Kommission war jedoch nicht unproblematisch. Erst mit Unterstützung der sowjetischen Genossen konnte sie voll wirksam werden.¹¹

Im März 1946 wurde der von der Alliierten Kontrollbehörde auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens¹² erarbeitete "Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz" veröffentlicht. Er enthielt die zu demontierenden Industrieobjekte sowie den geplanten Produktionsumfang der deutschen Industrie und ihrer einzelnen Zweige. Dieser sollte bis zum Jahre 1949 nur noch etwa 50 bzw. 55 % des Vorkriegsstandes im Jahre 1938 (ohne Bauwesen und Baumaterialienindustrie) betragen.¹³

Noch relativ gering war die Kürzung des Produktionsvolumens für die Verarbeitung von Fasern in der Textilindustrie Deutschlands. Die vorgesehenen 77 % (1936 = 100 %) waren natürlich für die umfangreichen und entwickelten Verarbeitungskapazitäten in Chemnitz und für die Versorgung der Bevölkerung von großer Bedeutung, wenn auch die Betriebe in der ersten Zeit vorwiegend für die sowjetische Armee produzierten.

Problematischer waren die vorgesehenen Einschränkungen in der Metallurgie. Sie wirkten sich vor allem auf die Chemnitzer Maschinenbauindustrie aus. Die Stahlgewinnung sollte auf 39 % des Jahres 1936 beschränkt werden. Zudem sollten vorwiegend Werke mit veraltetem technischen Standard belassen werden. Die Produktion von Zink sollte auf 60 %, von Blei auf 54 %, von Nickel auf 18 % des Standes von 1936 sinken.

9 Beide Befehle abschriftlich mit den entsprechenden Anlagen in: StA Kmt, Rat der Stadt Chemnitz, Finanzwesen, Nr. 2117; sonst: Befehl Nr. 124, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumente aus den Jahren 1945 - 1949, Berlin 1968, S. 189 ff.; Befehl Nr. 126, in: ebenda, S. 194 ff.

10 Schröder, Otto, Der Kampf der SED in der Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids in Sachsen, Februar bis 30. Juni 1946, Berlin 1961, S. 55 f.

11 StA Kmt, Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, Antifa-Block, Nr. 1, 2, 3; Mückenberger, Erich, Alle kannten nur ein Ziel: Die Einheit der Arbeiterklasse, in: Vereint sind wir alles, Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin 1966, S. 325 ff.; Emmrich, Johannes, Die Entwicklung demokratischer Selbstverwaltungsorgane und ihr Kampf um die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Chemnitz vom 8. Mai 1945 bis Mitte 1948, Diss. A, Leipzig 1974, S. 152 ff.

12 Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, S. 19.

13 Tägliche Rundschau, 29. 3. 1946.

Die Ausrüstungen für die Produktion von Rohaluminium und Magnesium waren für die Demontage vorgesehen. Das größte Problem für die Chemnitzer Wirtschaft bestand in der vorgesehenen Reduzierung des Produktionsumfanges des Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbaus. Die Kapazitäten des Maschinenbaus insgesamt sollten auf 38,4 %, des Werkzeugmaschinenbaus auf 11,4 % und des sonstigen Maschinenbaus auf 50 % des Standes von 1938 und die der PKW-Produktion auf 16 % des Standes von 1936 verringert werden.¹⁴

Wissenschaftler des Weltwirtschaftsinstitutes der Universität Leipzig versuchten in zwei Forschungsberichten vom Juni bzw. Juli 1946, die Auswirkungen des "Planes für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz" zu berechnen. Sie befürchteten, daß die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie im Land Sachsen gegenüber 1938 von 1 202 546 auf 813 557 zurückgehen würde, im Maschinen- und Fahrzeugbau allein von 194 727 auf 58 418.¹⁵

Die Wiedergutmachungsverpflichtungen wurden - wie die bisherige Durchsicht der Akten zeigt - in Chemnitz vor allem durch die Demontage von 59 zum Teil bedeutenden Produktionsstätten erfüllt.¹⁶ Die Demontagen betrafen auch in Chemnitz, wie vorgesehen, vor allem die Zweige der Rüstungsindustrie. Aus der Abhängigkeit vieler Betriebe von Zulieferungen demontierter Produktionsstätten ergaben sich jedoch erhebliche Störungen in deren Produktionsablauf. Wirkungen auf andere Volkswirtschaftsbereiche, wie das Transport- und Verkehrswesen, blieben nicht aus, und die Versorgung der Wirtschaft mit Energie, Brenn- und Treibstoffen und mit metallurgischen Erzeugnissen wurde schwierig.¹⁷ Obwohl die Antifaschisten in Deutschland die moralische Verpflichtung der Wiedergutmachung anerkannten und deren Rechtmäßigkeit betonten, existierte bei der Bevölkerung vielfach Unverständnis über die Demontagen. Eine langwierige, umfangreiche Aufklärungsarbeit war vor allem dann erforderlich, wenn es sich um wichtige Betriebe handelte bzw. um solche, die von den Werktätigen unter den schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit wieder in Gang gebracht worden waren. Viele Werktätige befürchteten den Verlust ihres Arbeitsplatzes.¹⁸

14 Ebenda; Staatsarchiv (StA) Weimar, Land Thüringen, Der Ministerpräsident, Nr. 1375; ebenda, Nr. 1376.

15 StA Weimar, Land Thüringen, Der Ministerpräsident, Nr. 1375; ebenda, Nr. 1376.

16 Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Karl-Marx-Stadt (BL SED Kmst), Bezirksparteiarchiv (BPA), Nr. IV/5/1/575; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 457; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Dezernat Innere Verwaltung, Nr. 826. - Abweichende Angaben finden sich in: StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 229, 457.

17 Zur Wirtschaftspolitik der SED, Bd. 1, 1945 bis 1949, Berlin 1984, S. 89.

18 Volksstimme, 23. 1. 1948; vgl. auch: Zur Wirtschaftspolitik der SED, S. 89.

Zerstörungen und Demontagen führten dazu, daß Chemnitz seine einstmalige industrielle Bedeutung verlor. In der metallverarbeitenden Industrie, dem Maschinenbau und in der Textilindustrie verringerten sich die Kapazitäten beträchtlich.¹⁹ Das traf auch für die Textilveredlungsindustrie zu, die für die umfangreiche Textilindustrie in Chemnitz und Umgebung gearbeitet hatte. Noch vorhandene bedeutende Betriebe der Stadt erhielten von der SMAD den Auftrag, umfangreiche Reparationen zu liefern.²⁰ Außerdem waren beträchtliche Leistungen an andere sowjetische Bedarfsträger zu erbringen.²¹ Nachdem entschieden war, welche Unternehmen ganz oder teilweise demontiert würden, "mußten und konnten nunmehr die Eigentumsverhältnisse durch die antifaschistisch-demokratischen Kräfte in Deutschland geklärt werden."²²

Was das beschlagnahmte Vermögen betraf, entschied die SMAD in ihrem Befehl Nr. 97 des Obersten Chefs der SMAD über "die Schaffung einer deutschen Zentralkommission für Beschlagnahme und Sequestrierung" vom 29. März 1946²³ das "gesamte beschlagnahmte Vermögen mit Ausnahme der auf einer Sonderliste verzeichneten Objekte den Selbstverwaltungen der Länder, Provinzen, Landkreise, Städte und Gemeinden für die Bedürfnisse der Selbstverwaltungsorgane, der demokratischen Organisationen und der Bevölkerung, die Kriegsschäden erlitten hat, zu übergeben".²⁴

Mit diesem Befehl wurde u. a. klar, daß eine Sonderliste mit Objekten existierte, die die SMAD noch nicht an die antifaschistisch-demokratischen Machtorgane übergeben hatte. Sie mußte so verfahren, wenn sie dem "Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz" gerecht werden wollte. Diese Objekte waren zunächst als Reparationsleistungen für die Demontage vorgesehen. Ein Teil war schon demonstert, ein anderer befand sich in Demontage.

19 StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Industrie- und Handelskammer Chemnitz, Nr. 5651.

20 StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Bezahlung von Arbeitskräften, Nr. 1485; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 100; ebenda, Nr. 187, ebenda, Nr. 189; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Abt. Planung und Materialversorgung, Nr. 422.

21 StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 30; ebenda, Nr. 62; ebenda, Nr. 225; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Haushaltsplan, Nr. 1479.

22 Zur Wirtschaftspolitik der SED, S. 106.

23 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 252 ff.; VEB Spinnereimaschinenbau Karl-Marx-Stadt, Archiv Nr. 231. - Den Begriff Sequestrierung entnahm die SMAD der juristischen Fachsprache. Er bedeutet die Beschlagnahme einer strittigen Sache durch einen Dritten zu einstweiliger Verwaltung. Als Dritte fungierten zunächst die Chefs der Verwaltungen der SMA in den Provinzen und Ländern. Der Befehl Nr. 124 übertrug ihnen vorläufig die Verwaltung und Verfügung über das durch diesen Befehl beschlagnahmte Eigentum. Vgl. Mussler, Werner, Die volkseigenen Betriebe. Entstehung, Organisation, Aufgaben, Berlin 1948, S. 14.

24 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 252.

Die Sequesterkommissionen teilten auf der Grundlage des Befehls Nr. 97 die beschlagnahmten Betriebe in 3 Gruppen. Auf die Liste A kamen jene Betriebe, deren Besitzer mit dem Volksentscheid enteignet werden sollten. Die Liste B enthielt Unternehmen, die die SMAS nach Prüfung berechtigter Einsprüche an die Besitzer zurückgab. Auf der Liste C standen Betriebe, über die sich die SMAS die Entscheidung vorbehielt. Die Liste C enthielt die Objekte, die gemäß Befehl Nr. 97 auf einer Sonderliste verzeichnet waren.²⁵

Die Entwicklung in der Vorbereitung des Volksentscheids veranlaßte die SMAD zum Befehl Nr. 154/181 des Obersten Chefs der SMAD "zur Übergabe des beschlagnahmten und sequestrierten Vermögens in den Besitz und die Nutznießung der deutschen Selbstverwaltungsorgane" vom 21. Mai 1946.²⁶ Die SMAD stützte sich nun auf die differenzierte Einteilung der beschlagnahmten und sequestrierten Vermögen, wie sie in den Listen A, B und C vorgenommen worden war. Die antifaschistisch-demokratischen Machtorgane beurteilten sehr sorgsam die Belastungen der Besitzer von Unternehmen, die zur Enteignung vorgeschlagen waren. Im Ergebnis eingehender Prüfungen beschloß die Landesverwaltung Sachsen am 27. Mai 1946 auf der Grundlage des Befehls Nr. 154/181, im Stadtkreis Chemnitz 81 gewerbliche Unternehmen, die bis dahin sequestriert oder beschlagnahmt waren, ihren Eigentümern zurückzugeben, da letztere im Sinne der Befehle 124 und 126 nicht oder nur wenig belastet waren.²⁷ Zu ihnen gehörten in Chemnitz z. B. Kurt Baldauf, Fleischsalatfabrik, und Hermann Zanther, Großhandlung in zahntechnischen Artikeln.²⁸ Die antifaschistisch-demokratischen Machtorgane gaben insgesamt 86 Betriebe an ihre Eigentümer zurück.²⁹

Auf der Liste C blieben nach dem Volksentscheid die 29 in Tab. 1 angeführten Betriebe.

25 StA Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 679; Zur Wirtschaftspolitik der SED, S. 116; Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Karl-Marx-Stadt der SED..., S. 110; Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945 - 1949, S. 163; Mückenberger, S. 331; Schröder, S. 76; Krause, S. 69. - In der angegebenen Literatur weichen die Definitionen der einzelnen Listen etwas voneinander ab. Die vom Autor vertretene Auffassung stützt sich auf ein umfangreiches Aktenstudium.

26 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 272 ff.

27 StA Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 1432; Handbuch für Funktionäre zur Durchführung des Volksentscheides über die Übergabe von Betrieben von Nazi- und Kriegsverbrechern in das Eigentum des Volkes, Dresden 1946, S. 18; Volksstimme, 29. 5. 1946.

28 Volksstimme, 22. 6. 1946.

29 StA Kmtst, Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, Antifa-Block, Nr. 30; Volksstimme, 25. 6. 1946. - In den Akten befinden sich Listen über zurückerstattete Vermögenswerte, Stand: 5. April 1948. Die erste Liste enthält 88 Firmen, eine zweite Liste enthält 26 Vermögenswerte. Eine gedruckte als Anhang am 27. Juni 1946 gefertigte Liste enthält 22 Vermögenswerte; vgl. StA Kmtst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 228.

Welchen Entwicklungsweg nahmen diese Unternehmen?

Von diesen Unternehmen gingen 3 in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) ein. Diese waren sequestrierte Betriebe, die eigentlich nach den Festlegungen des Potsdamer Abkommens als Reparationsleistungen demontiert werden sollten. Die SMAD wandelte sie in sowjetisches Eigentum um, beließ sie aber in Deutschland. Aus ihrer Produktion waren Reparationsleistungen zu entrichten. Die Bildung der SAG trug auch dazu bei, eine drohende Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.³⁰

In Chemnitz wurden folgende Unternehmen SAG:

1. AG Marten, vorm. G. Krautheim AG, Stahlgießerei und Metallbearbeitung. Als Generaldirektor setzte die SMAS A. Ph. Ballenkow ein.³¹
2. AG Kabel vorm. Siemens & Halske, Betrieb Chemnitz, Feinmechanik und Elektrotechnik.³²
3. Fabrik für Schleifinstrumente Rottluff. Als Generaldirektor setzte die SMAS N. A. Fedorow ein.³³

Ein wesentlicher Schritt in der Entwicklung der SAG- und C-Betriebe vollzog sich im Ergebnis der Verhandlungen des Parteivorstandes der SED mit der SMAD im Januar 1947 über die Verbesserung der materiel-

30 Vgl. Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1981, S. 67 f.

31 Befehl des Chefs der SMA für das BLS Nr. 310, 30. Oktober 1946: Die Übernahme der Stahl- und Eisengießerei Krautheim AG in Chemnitz Borna-Altendorf auf Rechnung der Reparationszahlungen Deutschlands an die UdSSR und ihre Übergabe an die Sowjetische Metallurgische Aktiengesellschaft, in: StA Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 123, ebenda, Nr. 2498; StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 189; ebenda, Nr. 437; ebenda, Nr. 448; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 225, 229.

32 Befehl des Chefs der SMA des Landes Sachsen, Nr. 32, 17. Februar 1947: Die Übernahme des Werkes für Elektro-Meßgeräte Siemens & Halske in Chemnitz, in: StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 189; ebenda, Nr. 437; ebenda, Nr. 449; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 225, ebenda, Nr. 229. - Der Befehl Nr. 32 sah die Übernahme von Siemens & Halske einschließlich der Gebäude des demontierten Unternehmens ehem. Gebr. Langer vor, mit dem sich anschließenden Grundstück und allen Vermögenswerten. Die Gebrüder Langer KG war eine Schrauben-, Metall- und Federnfabrik. Vgl. StA Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 2448; StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 449; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 225; ebenda, Nr. 229.

33 Befehl des Chefs der SMA für das Bundesland Sachsen, Nr. 314 vom 1. November 1946; Übernahme auf Rechnung der Reparationszahlungen Deutschlands an die UdSSR. Die SMAS übergab das Unternehmen an die SAG für Präzisionsmaschinen; vgl. StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 189, ebenda, Nr. 448; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 168.

len Lage der Bevölkerung und die Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufbaus in der sowjetischen Besatzungszone. Die SMAD stellte die Demontagen ein, nachdem sie die Rüstungsindustrie restlos liquidiert hatte. Von den insgesamt 200 SAG-Betrieben übergab die UdSSR 74 den Landesregierungen.³⁴ Darunter fiel z. B. ab 24. Februar 1947 die Schleifmaschinenfabrik Rottluff. Das Gesamtministerium des Landes Sachsen beschloß auf seiner Sitzung am 2. April 1947 die Rückgabe der Schleifmaschinenfabrik an den früheren Besitzer.³⁵

Die im vom Kontrollrat aufgestellten "Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz" festgelegten Produktionskennziffern erwiesen sich als völlig unzureichend. Marschall Sokolowskij, Oberkommandierender der sowjetischen Besatzungsmacht, erklärte deshalb, daß das Produktionsniveau in der SBZ um das 2- bis 3fache dieses Planes angehoben werden solle.³⁶ Diese Festlegung wurde entscheidend für den Neuaufbau der Wirtschaft.

Der "Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz" sah vor, daß die Industrieproduktion bis 1949 nur noch etwa 50 oder 55 % des Vorkriegsstandes im Jahre 1938 erreichen sollte, mit allen dargestellten Folgen. Die Zusage Sokolowskij's hob diese Reduzierung nicht nur auf, sondern stellte sogar eine Erhöhung des Produktionsniveaus über den Vorkriegsstand des Jahres 1938 hinaus in Aussicht.

Dieses Vorhaben hätte ohne die SAG-Betriebe und ohne das zum Teil erhalten gebliebene Potential der C-Betriebe nicht verwirklicht werden können. Beide erhielten den Werkträgern in der SBZ umfangreiche Arbeitsmöglichkeiten, wo sie ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts anwenden konnten.

Die UdSSR setzte diese auf den Neuaufbau der Wirtschaft in der SBZ gerichtete Politik fort. Der Befehl des Chefs der SMAS Nr. 86 vom 31. März 1947 ordnete an, Unternehmen der Liste C an die Landesregierung Sachsen zu übergeben. Die SMAS übergab Unternehmen, die vorläufig vom Volksentscheid ausgeschlossen waren, aber auch Betriebe der Liste B, die zeitweilig unter Kontrolle der SMAS gestanden hatten.³⁷ Dazu gehörten in Chemnitz von der Liste C die Unternehmen Biernatzky & Co., Ka-Ha-Vau, Sächsische Textilmaschinenfabrik vorm. Richard Hartmann, Sächsische Webstuhl AG, Bernhard Escher AG, Bernhard Gläß OHG sowie Industrie Lloyd GmbH.³⁸

Es folgten weitere derartige Anordnungen der SMAS und entsprechende Beschlüsse der Landesregierung Sachsen, die diese Unternehmen auf der

34 Volksstimme, 18. 1. 1947.

35 StA Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 1440; StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 448; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 168; Volksstimme, 27. 2. 1947.

36 Volksstimme, 18. 1. 1947.

37 StA Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 139.

38 StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 451; vgl. Tab. 1.

Grundlage des Volksentscheids zum Volkseigentum erklärte bzw. an ihre Besitzer zurückgab.³⁹ Die damit verbundenen Untersuchungen und Prüfungen waren oft kompliziert und brauchten eine gewisse Zeit, wie z. B. die Aufstellung vom 9. Juni 1947 zeigt, die einige dieser Unternehmen noch immer als C-Betriebe ausweist.⁴⁰ Nach dieser Aufstellung gab es in Chemnitz noch 23 C-Betriebe.⁴¹ Ihre Anzahl sank bis zum 3. März 1948 auf 16.⁴²

Am 3. März 1948 beschloß das Gesamtministerium des Landes Sachsen, den letzten Teil der C-Betriebe in das Eigentum des Volkes zu überführen und der Hauptverwaltung zu unterstellen.⁴³ Die tatsächliche Enteignung dieser Betriebe zog sich allerdings aus den schon erwähnten Gründen bis zum Sommer 1948 hin.⁴⁴

"Ausgehend von der Notwendigkeit, eine zentrale Leitung sowohl der staatlichen Entwicklung insgesamt als auch der Wirtschaft zu bilden, um im Interesse der Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung die Produktion zu steigern sowie die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, wurde am 14. Juni 1947 für das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone eine Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) gebildet."⁴⁵ Die DWK erwarb sich große Verdienste bei der Weiterentwicklung und Festigung des Volkseigentums. Nachdem die im Potsdamer Abkommen festgelegten Maßnahmen zur Beseitigung des Faschismus und Militarismus und ihrer gesellschaftlichen Grundlagen durchgeführt und gesetzlich verankert worden waren, faßte die DWK am 31. März 1948 den Beschluß S 9/48 über die Beendigung der Tätigkeit der Sequesterkommissionen. Die deutsche Wirtschaftskommission bat die SMAD, alle erfolgten Enteignungen zu bestätigen. Die Sequesterkommissionen sollten nach Genehmigung durch die SMAD ihre Tätigkeit einstellen und aufgelöst werden. Das Volkseigentum war bis zum 15. Juli 1948 in das Handelsregister bzw. Grundbuch einzutragen.⁴⁶

Nach dem Stand vom 30. März 1948 gab es im Kreis Chemnitz-Stadt 89 "enteignete betriebliche Vermögenswerte". Die Anzahl hatte sich im Vergleich zu den nach dem Volksentscheid enteigneten um 20 erhöht, da die Landesregierung Sachsen von der SMAS freigegebene C-Betriebe nachträglich enteignete.⁴⁷

39 StA Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 1129; ebenda, Nr. 1441.

40 StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 225; vgl. Tab. 1.

41 Ebenda.

42 StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 2234.

43 StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 2134.

44 Ebenda, Nr. 495; BL SED Kmst, BPA, Nr. IV/5/1/575; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 100.

45 Zur Wirtschaftspolitik der SED, S. 152.

46 StA Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 1447. - Vgl. auch: Zur Wirtschaftspolitik der SED, S. 187.

47 StA Dresden, LRS, Ministerpräsident, Nr. 1129; ebenda, Nr. 1444; ebenda, Nr. 1447; StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 2234, ebenda, Nr. 2238.

Der Befehl Nr. 64 des Obersten Chefs der SMAD zur Beendigung des Sequesterverfahrens vom 17. April 1948⁴⁸ entsprach der Bitte der DWK. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden von den antifaschistisch-demokratischen Machtorganen Betriebe, die insgesamt 40 % der Industrieproduktion der SBZ erzeugten, in den Besitz des Volkes überführt.⁴⁹ (Tab. 2 im Anhang weist einen etwas geringeren Anteil für Chemnitz aus.)

Erst zu diesem Zeitpunkt herrschte Klarheit über die Eigentumsverhältnisse, wie sie Walter Ulbricht in einem Artikel im "Neuen Deutschland" vom 2. April 1948 gefordert hatte.⁵⁰ Die vorgelegte detaillierte Betrachtung macht deutlich, welchen Stellenwert die C-Betriebe in diesem Prozeß hatten.

Die Klärung der Eigentumsverhältnisse war notwendig und hatte weitreichende Konsequenzen. Auf dieser Grundlage konnte die DWK am 12. Mai 1948 beschließen: "Im Interesse des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Friedenswirtschaft wird für die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands ein Zweijahrplan für die Jahre 1949 und 1950 aufgestellt und durchgeführt."⁵¹ Indem die UdSSR neben den SAG-Betrieben auch wesentliche Potenzen der C-Betriebe erhielt, konnte auf der Basis gesamtgesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft in der SBZ beginnen. In deren Ergebnis erreichte auch die Industriestadt Chemnitz im Jahre 1950, wie Tab. 3 und 4 im Anhang ausweisen, wertmäßig den Vorkriegsstand in der industriellen Bruttoproduktion.

48 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 620 ff.;
StA Kmtz, Rat der Stadt Chemnitz, vorl. Archiv Nr. 67233.

49 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 620. -
Für die Verhältnisse in Chemnitz vgl. Tab. 2.

50 Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 3, 1946 - 1950, Berlin 1963, S. 186.

51 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 640.

Tabelle 1

Chemnitzer Unternehmen, die unter der Kontrolle der SMAD standen (C-Betriebe)

Lfd. Nr.	Stand vom 30. Juni 1946	Stand vom 9. Juni 1947	Stand vom 3. März 1948
1	Astra AG, Addier- und Buchungs- maschinen	x	x
2	Auto-Union AG mit ihren Filialen	x	x
3	Biernatzky & Co., Werkzeug- maschinenfabrik, Fräsmaschinen		
4	Bernhard Escher AG, Sächsische Werkzeugmaschinenfabrik	x	
5	Bernhard Gläß OHG, Werkzeug- maschinenfabrik	x	
6	C. G. Haubold AG, Klein- und Großkältemaschinen	x	x
7	G. Hielscher, Werkzeugmaschi- nenfabrik	x	x
8	Industrie Lloyd GmbH, Maschi- nenfabrik, Verkaufs- u. Export- gemeinschaft deutscher Werk- zeugmaschinenfabriken	x	
9	Gesellschaft für Junkers-Diesel- kraftmaschinen GmbH	x	x
10	Ka-Ha-Vau, Kolonial-Handels- verein für Kaufleute, G.m.b.H.		
11	Max Kohl AG, Physikalische Apparate	x	x
12	G. Krauthelm AG, Stahlgießerei und Metallbearbeitung		
13	Gebr. Langer KG, Schrauben-, Metallwaren- und Federnfabrik		x
14	Arno Loose KG, Spezial- und Ringläufer-Fabrik	x	x
15	Mafrasa Textil AG	x	
16	Meißner & Rickborn OHG, Hand- schuhe	x	
17	Hermann Pfauter KG, Werkzeug- maschinenfabrik	x	x
18	Presto-Werke AG, Fahrräder und Ersatzteile	x	x
19	Theodor Prippenow OHG, Schwer- und Leichtmetallguß	x	x
20	I. E. Reinecker AG, Werkzeugmaschinenfabrik	x	x
21	Rother & Kuntze AG, Möbelfabrik	x	

Noch zu Tab. 1

Lfd. Nr.	Stand vom 30. Juni 1946	Stand vom 9. Juni 1947	Stand vom 3. März 1948
22	Sächsische Textilmaschinenfabrik, vorm. Richard Hartmann AG		
23	Sächsische Webstuhlfabrik AG		
24	Schubert & Salzer	x	x
25	C. F. Solbrig Söhne AG	x	
26	Gebr. Unger AG, Maschinenfabrik	x	x
27	Venus-Werke AG, Wirkerei und Strickerei	x	x
28	E. Th. Wagner, Maschinenfabrik, Walzwerk	x	
29	Werkzeugmaschinenfabrik Union vorm. Diehl	x	x

Quelle:

StA Dresden, LRS, Ministerium für Wirtschaft, Nr. 2134; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 187; ebenda, Nr. 225; Volksstimme, 28. 6. 1946.

Tabelle 2

Anteil der Eigentumsformen an der industriellen Bruttoproduktion in Chemnitz

Jahr	Volkseigene Industrie		Privatindustrie	
	Anzahl der Betriebe	Anteil an der industriellen Bruttoproduktion (in %)	Anzahl der Betriebe	Anteil an der industriellen Bruttoproduktion (in %)
1947		40 ⁺		60 ⁺
1948	56	39	655	61
1949	70	61		39
1950		65		35

+ In der Quelle geschätzt.

Quelle:

StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 1172; ebenda, Rat der Stadt Chemnitz, Abt. Industrie, Nr. 5287; Verhandlungsberichte der Stadtverordneten zu Chemnitz 1950 (bis 14. Oktober), o. O., o. J., S. 23.

Tabelle 3

Die Entwicklung der industriellen Bruttproduktion in Chemnitz⁺

Jahr	Insgesamt	davon VEB	Genossenschaften	Privatbetriebe
1939	379 668 400			
1946	112 466 000			
1947	127 957 000	51 182 800 ⁺⁺		76 774 200 ⁺⁺
1948	188 318 000	73 061 700		115 256 300
1949	295 485 888	180 812 019		114 653 869
1950 ^{ooo}	510 329 000 ⁺⁺⁺	361 328 000 ⁺⁺⁺	21 179 000 ⁺⁺⁺	127 822 000 ⁺⁺⁺
	525 118 446 ^{oo}	290 990 394 ^o		183 789 675 ^{oo}
		341 328 771 ^{oo}		

+ Bis 1948 in RM, ab 1949 in DM.

++ In der Quelle geschätzt.

+++ Meßwerte ohne Bestandsveränderungen.

o Ohne die am 1. Juli 1950 eingemeindete Industrie.

oo Mit der am 1. Juli 1950 eingemeindeten Industrie. - Zu den eingemeindeten Orten gehörten: Adelsberg, Erfenschlag, Glösa (Draisdorf), Harthau, Rabenstein (Ober- und Niederrabenstein), Siegmarschönau (Neustadt, Reichenbrand, Schönau, Siegmars, Stelzendorf).

ooo Für 1950 gibt es unterschiedliche Angaben.

Quelle:

StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Oberbürgermeister, Nr. 25; ebenda, Nr. 229; ebenda, Rat der Stadt Chemnitz, Abt. Industrie, Nr. 1519; ebenda, Nr. 5287; StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Abt. Planung und Materialversorgung, Nr. 411; ebenda, Nr. 422; Eine Stadt hilft sich selbst, hg. v. Rat der Stadt Chemnitz - Pressestelle, Chemnitz (1949), S. 4; Statistische Kennziffern über die Entwicklung der Stadt Karl-Marx-Stadt, hg. v. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Kreisstelle Karl-Marx-Stadt (1956), S. 4; Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, Liegenschaftsdienst, Außenstelle Karl-Marx-Stadt, Hauptübersicht der Liegenschaften per 31. Dezember 1950; Schröter, Hans-Joachim, Zu den Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft in der Zeit der Wiederherstellung der Volkswirtschaft in der Stadt Chemnitz (1945 - 1950), in: Regionalgeschichtliche Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt, Heft 4, Karl-Marx-Stadt 1982, S. 7.

Tabelle 4

Die führenden Industriezweige in Chemnitz im Vergleich 1939, 1949 und 1950

Industriezweig	Industrielle Bruttoproduktion ⁺			Anteil an der industriellen Bruttoproduktion			Beschäftigte		Anteil an den Beschäftigten	
	1939 ⁺⁺	1949 ⁺⁺	1950 ⁺⁺⁺	1939 ⁺⁺	1949 ⁺⁺	1950 ⁺⁺⁺	1939 ⁺⁺	1949 ⁺⁺	1939 ⁺⁺	1949 ⁺⁺
Maschinenbau	143 780,8	106 344,8	170 456,6	37,9	36,0	32,5	22 136	17 416	42,6	49,4
Textilindustrie	109 810,7	61 949,0	102 504,4	28,9	21,0	19,5	15 836	7 768	30,5	22,0
Chemie	34 015,3	52 399,3	65 237,1	9,0	17,7	12,4	1 681	2 560	3,2	7,3
Lebensmittel			75 951,3			14,5				

+ 1939 in 1000 RM, 1949 und 1950 in 1000 DM.

++ In diesen Zahlen sind die Eingemeindungen vom 1. Juli 1950 nicht enthalten.

+++ Diese Zahlen enthalten die Eingemeindungen vom 1. Juli 1950.

Quelle:

StA Kmst, Rat der Stadt Chemnitz, Abt. Industrie, Nr. 5287; ebenda, Rat der Stadt Chemnitz, Abt. Planung und Materialversorgung, Nr. 422.

Industrieproduktion, Arbeitsorganisation und Arbeitslöhne in Sowjetrußland 1918 bis 1921

von N. F. Bugaj

Dem Problem der Organisierung der Industrieproduktion, der Arbeit sowie der Festsetzung des Arbeitslohnes im damaligen Sowjetrußland widmen sowjetische Wissenschaftler, vor allem Ökonomen, Historiker und Juristen, ständig große Aufmerksamkeit. Zahlreiche Dokumentensammlungen¹, Monographien² und Aufsätze³ wurden veröffentlicht. Sie behandeln in der Regel die Rolle der Sowjets und der Parteiorganisationen bei der Hebung der Wirtschaft des Landes sowie bei der Verteidigung der sozialen Rechte der Werktätigen. Die Erfahrungen, die die Sowjetmacht und die kommunistische Partei bei der Lösung solcher wichtigen Aufgaben gesammelt haben, sind von welthistorischer Bedeutung, und viele davon waren später auch für andere Länder verallgemeinerungsfähig.

Bisher wurde jedoch noch kaum untersucht, welche Rolle im Rahmen dieser Problemstellung die besonderen, außerordentlichen, zeitweiligen Organe der Diktatur des Proletariats in den Jahren 1918 bis 1921 gespielt haben. Das war eine Zeit, in der die ökonomische Politik - bedingt durch Krieg und Ruin - unter der Bezeichnung "Kriegskommunismus" in die Geschichte eingegangen ist. Diese Politik war in der Entwicklung der sozialistischen Revolution keine unvermeidliche Phase. Sie bedeutete eine zeitweilige Maßnahme, war in jener Periode die einzig mögliche Politik, und sie erwies sich als völlig richtig.

- 1 Rezoljucii I Vserossijskoj konferencii profsojuzov (28 - 31 nojabrja 1920 g.), Moskva 1920; Bjulleten' statistiki Moskovskoj gubernii, 5-6/1921; Jubilejnyj sbornik Central'nogo komiteta Vserossijskogo professional'nogo sojuza tekstil'sčikov 1917 - 1922, Moskva 1922; Nacionalizacija promyšlennosti i organizacija socialističeskogo proizvodstva v Petrograde 1917 - 1920 gg. Dokumenty i materialy, Bd. 1 u. 2, Leningrad 1960; Dokumenty trudovogo entuziazma. Sbornik dokumentov o bor'be rabočego klassa za povyšenie proizvoditel'nosti truda v 1918 - 1920 gg., Moskva 1960; Profsojuzy SSSR. Dokumenty i materialy, Bd. 2, Moskva 1963; Dekrety Sovetskoj vlasti, Bd. 4 - 11, Moskva 1976 - 1981, u. a.
- 2 Strumilin, S. G., Zarabotnaja plata i proizvoditel'nost' truda v ruskoj promyšlennosti v 1913 - 1922 gg., Moskva 1923; Guchman, B. A., Proizvoditel'nost' truda i zarabotnaja plata v promyšlennosti SSSR, Moskva 1925; Gol'cman, A., Lenin v voprosach zarabotnoj platy i organizacii truda, in: Lenin na chozjajstvennom fronte, Moskva 1934; Matjugin, A. A., Rabočij klass SSSR v gody vosstanovlenija narodnogo chozjajstva, Moskva 1962; Genkin, L. B., Stanovlenie novej discipliny truda, Moskva 1968; Kovalenko, D. A., Lenin i socialističeskie preobrazovanija v promyšlennosti Sovetskoj Rossii 1917 - 1920 gg., Moskva 1976; Gimpel'son, E. G., Sovetskij rabočij klass 1918 - 1920, Moskva 1974, u. a.
- 3 Mel'nikov, A. V., Bor'ba profsojuzov Urala za povyšenie material'nogo i kul'turnogo urovnja rabočego klassa v period vosstanovlenija narodnogo

"Der erbitterte Kampf gegen die weißgardistische Konterrevolution und das politische Bandenunwesen machten es erforderlich, in großen Teilen Rußlands die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zeitweilig durch außerordentliche Organe der Diktatur des Proletariats, die sogenannten Revolutionskomitees abzulösen". Sie waren unter den gegebenen Bedingungen flexibler und konnten "erforderlichenfalls Sofortmaßnahmen treffen"⁴. Bisherige Untersuchungen ergaben, daß mehr als 30 000 Revolutionskomitees (Revkom) in Sowjetrußland arbeiteten, um das Land, das sich als erstes und damals einziges in der Welt von der Ausbeutung befreit hatte, gegen die Waffengewalt derjenigen Kräfte zu verteidigen, die die revolutionären Errungenschaften rückgängig zu machen versuchten. Die Revolutionskomitees erhielten ihre gesetzliche Grundlage durch die vom Zentralen Vollzugsausschuß der KPdSU am 24. Oktober 1919 beschlossenen "Bestimmungen über die Revolutionskomitees". Es gibt bislang nur wenige Arbeiten, in denen die Autoren auf diese wichtige Frage mehr oder weniger eingehen.⁵

In der vorliegenden Untersuchung soll gezeigt werden, welche Maßnahmen die kommunistische Partei zur Belebung der Industrieproduktion in der jungen Sowjetrepublik eingeleitet und durchgeführt hat, welche Formen und Methoden sie unter den damaligen Bedingungen des Interventionskrieges mit Hilfe dieser außerordentlichen Organe der Diktatur des Proletariats fand, um die Wirtschaft in Gang zu setzen.

Die Leitung der Industrie lag in der Hand des Gesamtrussischen Volkswirtschaftsrates (Vserossijskij sovet narodnogo chozjajstva). Sein Tätigkeitsbereich vergrößerte sich beträchtlich, nachdem der Volkswirtschaftsrat am 28. Juni 1918 das Dekret über die Überführung der Großbetriebe und teilweise der Mittelbetriebe aller Hauptwirtschaftszweige in das Eigentum des Sowjetstaates erlassen hatte.⁶

Unter der Leitung des Gesamtrussischen Volkswirtschaftsrates waren schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 Betriebsverwaltungen sowie Spezialorgane zur Verwaltung ganzer Betriebsgruppen gebildet worden. Sie leiteten die Nationalisierung, in erster Linie derjenigen Industriebetriebe, deren Produkte für die Front bestimmt waren. Gegen Ende des Jahres 1918 waren von den 9 542 durch den Volkswirtschaftsrat in den Rayons Zentralrußlands erfaßten Betrieben 3 338, das sind fast 35 %, nationalisiert.⁷

chozjajstva (1921 - 1925 gg.), in: Pobeda Oktojabr'skoj revoljucii na Urale i uspechi socialističeskogo stroitel'stva za 50 let Sovetskoj vlasti. Materialy naučnoj sessii, Sverdlovsk 1968; Dobrochotov, V. Ja., O vospitanii socialističeskoj discipliny truda rabočich v pervye gody Sovetskoj vlasti, in: Učene zapiski Gor'kovskogo gosudarstvennogo universiteta, Bd. 54, Gor'kij 1961; Zimina, M. I., Politika Sovetskogo gosudarstva v oblasti truda v promyšlennosti v gody graždanskoj vojny i inostrannoj intervencii, in: Učene zapiski Kirovskogo gosudarstvennogo pedagogičeskogo instituta, Bd. 19, Kirov 1965, u. a.

⁴ Bugaj, N. F., Die Revolutionskomitees und die Sozialpolitik des Sowjetstaates in den Jahren 1918 bis 1921, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 4/1980, S. 67.

⁵ Litvinova, G. I., Revoljucionnye komitety v gody graždanskoj vojny, Moskva 1974; Petrikov, P. T., Revkomy Belorussii, Minsk 1975; Achalaja, I. D., Revoljucionnye komitety Gruzii v bor'be za ustanovlenie i upročenie Sovetskoj vlasti (fevral' 1921 - mart 1922), Suchumi 1968; Bugaj, N. F., Revkomy, Moskva 1981; Zimanov, S./Dauletova, S./Ismagulov, M., Kazachskij revoljucionnyj komitet, Alma-Ata 1981, u. a.

⁶ Vgl. Dekrety Sovetskoj vlasti, Bd. 2, Moskva 1959, S. 498 - 503.

⁷ Drobižev, V. Z., General'nyj štab socialističeskoj promyšlennosti, Moskva 1966, S. 93.

Infolge des Kriegszustandes und weil viele Rayons noch besetzt waren, konnte die Nationalisierung nicht überall gleichzeitig abgeschlossen werden. Bis zum Ende des 1. Quartals 1919 war jedoch die Großindustrie nationalisiert.⁸

Die Tatsache, daß viele Besitzer mittlerer Betriebe die Maßnahmen der Sowjetregierung zur Erhöhung der Produktion sabotierten, nicht für die Versorgung der Roten Armee arbeiten wollten, veranlaßte die Sowjetregierung 1919 und in der ersten Hälfte des Jahres 1920, viele Mittelbetriebe in Staatseigentum zu überführen. Zwischen dem 1. Oktober 1919 und dem 1. April 1920 wurden mehr als 1 600 Betriebe nationalisiert.⁹

Die Nationalisierung der Industriebetriebe in den Jahren 1919 und 1920 wurde zum großen Teil von den Revolutionskomitees, den außerordentlichen Machtorganen der Diktatur des Proletariats, durchgesetzt. Diese Nationalisierung war kein Endresultat einer sozialistischen Umgestaltung der Industrie, sondern Ausdruck der Notwendigkeit, unter den damals gegebenen spezifischen Bedingungen Sowjetrußlands innerhalb kürzester Frist die Produktion in Gang zu setzen und die Leitung der Industriebetriebe zu organisieren, um sowohl im Zentrum wie in den Randgebieten des Landes die Bedürfnisse der Verteidigung und die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Der gewaltige Umfang der Arbeit und die Zentralisierung der Leitung der Industrie hatten zu einer Reihe von Veränderungen in der Leitungsstruktur der Volkswirtschaft geführt. Neben dem Gesamtrussischen Volkswirtschaftsrat entstanden die Oekonomischen Volkskommissariate (Narkomat), die Außerordentliche Kommission für die Produktion von Gegenständen des militärischen Bedarfs (Črezkomsnab), der Rat für Kriegsindustrie (Promvoensovet), territoriale Industriebüros (Promyšlennye bjuro) - für die Ukraine, den Ural und Sibirien, den Nordkaukasus und das Dongebiet -, das Kirgisische Büro des Gesamtrussischen Volkswirtschaftsrates und andere.

Ab Dezember 1918 wirkten an einzelnen Orten unter Leitung der Sowjets und der Revolutionskomitees die Gouvernementsräte (Gubernskij sovet) für Volkswirtschaft, die sich in der Regel aus Vertretern der örtlichen Sowjets, der Gewerkschaften, der Finanzabteilung, der Lebensmittelabteilung und der Abteilung für Arbeit des jeweiligen Exekutivkomitees (Ispolkom) des örtlichen Sowjets sowie aus Vertretern nationalisierter Betriebe usw. zusammensetzten. Die örtlichen Volkswirtschaftsräte waren dem Gesamtrussischen Volkswirtschaftsrat unterstellt. Unter den Bedingungen des Bürgerkrieges wurden zur operativen Lösung unaufschiebbarer Fragen verschiedene ständige und zeitweilige Kommissionen ins Leben gerufen.

Ab Dezember 1920, nachdem der Beschluß "Über den Rat für Arbeit und Verteidigung" gefaßt worden war, wurde die Leitung der Volkswirtschaft in der Hand dieses Rates konzentriert.

Die Aufgaben der Revolutionskomitees im Bereich der Industrie wurden in den Jahren 1918 bis 1921 in der Regel von den Parteitagern der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) sowie durch die Direktiven des Allrussischen Volkswirtschaftsrates usw. festgelegt. Ihre Konkretisierung erfolgte bereits unmittelbar in den einzelnen Orten. Das Programm der Revolutionskomitees auf wirtschaftlichem Gebiet wurde den werktätigen Massen durch Appelle, Aufrufe und Anordnungen vermittelt. "Im ökonomischen Bereich und bei der Versorgung mit Lebensmitteln", heißt es beispielsweise in einem Aufruf des Gouvernements-Revolutionskomitees von Samara, "ist eine entschlossene Politik des Wiederaufbaus der zerstörten und von den Banden ausgeplünderten Volkswirtschaft des Gouvernements auf dem Wege einer planmäßigen, aber

8 Gimpel'son, E. G., Velikij Oktjabr' i stavovlenie sovetskoj sistemy upravlenija narodnym chozjajstvom, Moskva 1977, S. 44.

9 Narodnoe chozjajstvo, 13-14/1920, S. 57.

Im Jahre 1918 nationalisierten die Revolutionskomitees Betriebe in den Gouvernements Samara (heute: Kujbyšev), Kasan' sowie in anderen Gouvernements des Wolgagebietes und des Urals. Im Gouvernement Jaroslavl' nationalisierte das Militärische Revolutionskomitee die sog. große Manufaktur, in der 11 450 Menschen arbeiteten. Das Revolutionskomitee traf in diesen Betrieben eine ganze Reihe neuer Regelungen. Dabei wurden der Zustand des Betriebes und Ergebnisse einer Inventur berücksichtigt. Neue Betriebsleitungen wurden eingesetzt. In der "Großen Manufaktur" war es eine 9köpfige Betriebsleitung, der neben Spezialisten 5 kommunistische Arbeiter angehörten.¹¹ Bis Mitte 1918 gelang es, etwa 60 Betriebe im damaligen Gouvernement Vjatskij (heute: Kirov) zu nationalisieren.¹² Analoge Maßnahmen wurden auch in anderen Gouvernements des Landes durchgeführt.

Außerordentlich große Bedeutung für die Verteidigung der Sowjetrepublik hatten die Betriebe und Fabriken in und um Moskau. "Wenn wir die Tätigkeit unserer metallurgischen und Textilbetriebe sowie die der Schneiderwerkstätten betrachten", heißt es in der Resolution des X. Gouvernements-Sowjetkongresses vom Dezember 1919, "so sehen wir, daß die meisten von ihnen für die Verteidigung gearbeitet haben."¹³ Ausgehend von dieser Notwendigkeit gelang es, im Gebiet von Moskau die Arbeit in den großen Textilfabriken von Orechovo-Zuevo und Ramenskoe, im mechanischen Betrieb in Dmitrov und in anderen für die Front und die Versorgung der Bevölkerung lebenswichtigen Betrieben beträchtlich zu steigern.

Gegen Ende des Jahres 1919 wurde von den Revolutionskomitees des Zentrums ein bedeutender Teil der Kräfte auf den Wiederaufbau der Nahrungsgüterwirtschaft, insbesondere der Zuckerfabriken, der Molkereien usw., gelenkt. Der Süden der Republik war nicht in der Lage, dem Zentrum die benötigten Grundnahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Wesentlich belebt wurde diese Arbeit nach dem Beschluß des Volkswirtschaftsrates über Maßnahmen zur Sicherung der Arbeit der Betriebe der Zuckerindustrie vom Januar 1920. Im Zusammenhang mit der außergewöhnlichen Situation in diesem Industriezweig wurden die Revolutionskomitees und die Exekutivausschüsse, wie es im Beschluß heißt, beauftragt, "in den Gebieten mit Zuckerfabriken Arbeitspflicht für die Bürger"¹⁴ einzuführen.

Die Revolutionskomitees ergriffen Maßnahmen zur Instandsetzung der Zuckerfabriken, zur Organisation der Arbeit in diesen Betrieben, zur Lagerung der Zuckerrüben usw. Eine große Leistung vollbrachten beispielsweise die Revolutionskomitees im damaligen Gouvernement Kursk und anderen Gouvernements im Zentrum der Sowjetrepublik. So arbeitete das Kreisrevolutionskomitee von Grajvoron (Gouvernement Kursk) ein spezielles Programm zur Mobilisierung der Bevölkerung für den Wiederaufbau der Zuckerfabrik in Golovčansk und zweier anderer Fabriken im Kreis sowie zur Wiederherstellung

10 Samarskaja gubernija v gody graždanskoj vojny. Sbornik dokumentov, Kujbyšev 1958, S. 153.

11 Balašov, R. V., Jaroslavskaja gubernija v period inostranno voennoj intervencii i graždanskoj vojny, in: Očerki istorii Jaroslavskogo kraja, Jaroslavl' 1974, S. 220.

12 Ustanovlenie i upročenie Sovetskoj vlasti v Vjatskoj gubernii. Sbornik dokumentov, Kirov 1957, S. 452.

13 Gosudarstvennyj archiv Moskovskoj oblasti, F. 680, Op. 3, D. 431, Bl. 9.

14 Dekrety Sovetskoj vlasti, Bd. 7, S. 153 f. - Der Beschluß des Rates der Volkskommissare erfolgte nicht zufällig. Von 199 Zuckerfabriken in der Ukraine, die 80 % der Zuckerfabriken Rußlands repräsentierten, arbeiteten 1920 nur 153. 7 Betriebe waren völlig zerstört, die anderen stillgelegt. (Vgl. Statističeskij ežegodnik za 1918 - 1920 gg., S. 252.)

der von den Truppen Denikins zerstörten Anschlußstrecken aus und organisierte die Versorgung der Betriebe mit Arbeitskräften, Brennstoffen usw.¹⁵ Analoge Maßnahmen ergriffen andere Revolutionskomitees in Zentralrußland.

Zur selben Zeit wurden im Ural organisatorische Maßnahmen zur Ingangsetzung und Leitung der Industrieproduktion durchgeführt. Das Revolutionskomitee in Perm' beriet über die Ingangsetzung der Industrie und beschloß, ein Organisationsbüro für den Wiederaufbau der Betriebe im Ural einzurichten. Das Motovilichinsker Werk nahm die Arbeit auf. In den großen Betrieben des damaligen Gouvernements Baschkirien wurden Instandsetzungsarbeiten in Angriff genommen, und im Herbst 1919 gehörten die Werke in Aša-Balaševsk (heute: Aša), Beloreck, Kusa, Miass, Zlatoust, Ust'-Kataev, Kataev-Ivanovsk, Sim, Min'jar und andere zu den voll oder teilweise arbeitenden Betrieben.

Die für den Wiederaufbau und die Inbetriebnahme dieser Werke erforderlichen Mittel wurden vom Gouvernements-Revolutionskomitee bereitgestellt.

Der Entwicklung der Betriebe im Ural sowie der Organisierung des Produktionsprozesses in ihnen widmete die Sowjetregierung bereits in den Anfängen der sozialistischen Ordnung besondere Aufmerksamkeit. In den Ural wurden Kommissionen entsandt, die vom Gesamtrussischen Volkswirtschaftsrat, dem Arbeits- und Verteidigungsrat und anderen staatlichen Organen zur Überprüfung der Industriebetriebe, zur Erforschung der Wünsche der Räte und der Revolutionskomitees hinsichtlich der Inbetriebnahme neuer Werke und des Wiederaufbaus alter Fabriken sowie zur Ausarbeitung von Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität bevollmächtigt waren.¹⁶

Wesentliche Umgestaltungen im Bereich der Industrie wurden in der Schlußetappe des Bürgerkrieges von den Revolutionskomitees im Ural, in Sibirien, in der Ukraine, auf der Krim, in Belorußland, im Dongebiet und im Nordkaukasus durchgeführt.

Im Frühjahr 1920 gelang es, am Don die metallurgischen Betriebe in Taganrog und in Sulin sowie das Landmaschinenwerk "Aksaj" in Rostov wieder in Betrieb zu nehmen. Zu diesem Zeitpunkt waren im Dongebiet bereits 304 von 1 640 erfaßten Fabriken in Betrieb genommen.¹⁷ Das Revolutionskomitee von Taganrog setzte, aktiv unterstützt vom Revolutionären Kriegsrat der Kaukasischen Front, die Arbeit in der Fabrik Lebedev in Gang, deren Werkstätten dringend benötigte Ausrüstungen für die Rote Armee lieferten.¹⁸ In raschem Tempo wurden auch die Getreidemühlen in Gang gesetzt. In dem Gebiet wurden 500 Mühlen erfaßt.

In Nordkaukasien erfolgte in erster Linie die Nationalisierung der führenden Industriebetriebe. Das Revolutionskomitee in Nordkaukasien wies in einer an die örtlichen Organe gerichteten Warnung vor Fehlern darauf hin, daß es erforderlich sei, "die Nationalisierung mit besonderer Behutsamkeit durchzuführen, damit die Arbeitsproduktivität nicht zurückgeht, und alle unnötigen und unbedachten Experimente zu vermeiden".¹⁹ Dank der von den Gebiets-, Gouvernements-, Kreis- und Stadt-Revolutionskomitees geleisteten Arbeit wurden nach Angaben des Nordkaukasischen Militärbezirkes etwa 1 500 Fabriken und

15 Central'nyj gosudarstvennyj archiv Oktjabr'skoj revoljucii i socialističeskogo stroitel'stvo SSSR (CGAOR SSSR), F. 393, Op. 28, D. 364, Bl. 100 f.

16 Vgl. Vladimir Il'ič Lenin. Biografičeskaja chronika, Bd. 10, Moskva 1979, S. 59, u. a.

17 Ivanov, V. I., Sovetskoe stroitel'stvo na Donu 1920 g., Kand.-Diss., Rostov-na-Donu 1969, S. 174.

18 Central'nyj gosudarstvennyj archiv Sovetskoj armii (CGASA), F. 245, Op. 1, D. 19, Bl. 71.

19 Archiv Rostovskogo obkoma KPSS, F. 911, Op. 1, D. 4, Bl. 78.

Werkstätten mit durchschnittlich 58 Arbeitern sowie 5 134 Betriebe mit durchschnittlich 39 Arbeitern in Staatsigentum überführt.²⁰ Zur selben Zeit wurden auf dem Territorium des Nordkaukasus (im damaligen Gouvernement Stavropol, im Kuban-Schwarzmeer-Gebiet und im Terek-Gebiet) 282 Mühlen nationalisiert.²¹

In Sibirien ging die Leitung des Wiederaufbaus der Industrie auf den Bevollmächtigten Repräsentanten des Präsidiums des Gesamtrussischen Volkswirtschaftsrates beim Sibirischen Revolutionskomitee über. Sofort nach der Befreiung des Gouvernements Sibirien von den Kolttschakbanden erfolgte die Nationalisierung der Industriebetriebe. Nationalisiert wurden Betriebe, Bergwerke, das Fischereigewerbe und Mühlen. Am 18. Oktober 1919 behandelte das Revolutionskomitee von Kustanaj die Frage der Nationalisierung und der Arbeitsorganisation in den Goldgruben von Džetygara. Das Revolutionskomitee berief eine dreiköpfige Kommission, die den Zustand der Fundstätten untersuchen und den Umfang der Arbeiten festlegen sollte.²² Im Dezember 1919 beschloß das Revolutionskomitee von Kokčetaŭ: "Alle Werke und Betriebe, aus denen die Weißen hinausgeworfen wurden, sind zu nationalisieren und alle Geldmittel an das Revolutionskomitee abzuführen."²³

Anfang 1920 schritten die Revolutionskomitees in Barnaul und in Bijsk zur Nationalisierung der Industriebetriebe. Sie erfaßte 53 % aller Betriebe im Gouvernement und 75 % der Arbeitskräfte.²⁴ Eine große Leistung war notwendig, um die vielen zerstörten Industrieobjekte in Gang zu setzen und sie mit Rohstoffen und Arbeitskräften zu versorgen, an denen überall empfindlicher Mangel herrschte. In Sibirien leisteten in einer Reihe von Rayons Sowjetfreunde unter den ehemaligen Kriegsgefangenen beachtliche Hilfe beim Wiederaufbau der Betriebe. Die Vertreter des Gouvernements-Komitees der Russischen Kommunistischen Partei (B) von Irkutsk, die an einer Versammlung der ausländischen Arbeiter in Čeremchovo teilnahmen, schrieben in ihrem Bericht vom 3. März 1920: "Die ehemaligen Kriegsgefangenen beschlossen einstimmig, im Hinblick darauf, daß eine Rückkehr in ihre Heimat zum gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich ist, die Arbeit in den Erzgruben weiterzuführen. Ferner beschlossen sie, ebenfalls einstimmig, die Sowjetrepublik mit allen Kräften gegen die Zerrüttung zu unterstützen."²⁵ Die Führung der ausländischen Arbeiter übernahm das Revolutionskomitee von Čeremchovo, an dessen Spitze der in dieser Gegend wohnende ungarische Internationalist Ferenc Pataki stand, ein tapferer und treuer Revolutionär, der durch die Gefängnisse der Weißgardisten sowie die "Todesstaffeln" gegangen war und später in den Reihen der Partisanen von Irkutsk und Čeremchovo am bewaffneten Kampf teilgenommen hatte.

Große Verdienste um die Nationalisierung der Industriebetriebe erwarb sich das Revolutionskomitee in Jakutsk. Hier wurden die Salzquellen, die größeren Handelsbetriebe sowie Sägewerke und Mühlen nationalisiert und die Arbeit in den Betrieben sowie die Bereitstellung der Rohstoffe gesichert.

20 CGASA, F. 25986, Op. 3, D. 588, Bl. 8.

21 Sovetskij jug, 25. 11. 1920.

22 Archiv Kustanajskoj oblasti, F. 389, Op. 1, D. 13, Bl. 7, 7v.

23 Sibrevkom. Avgust 1919 - dekabr' 1925. Sbornik dokumentov, Novosibirsk 1959, S. 129.

24 Kramarenko, I. I., Rukovodstvo gubernskoj partijnoj organizacii Altaja dejatel'nost'ju revoljucionnych komitetov, in: Učenyje zapiski Bijskogo pedagogičeskogo instituta, Bd. 4, Barnaul 1961, S. 44.

25 Vengerskie internacionalisty v Oktjabr'skoj revoljucii i graždanskoj vojne. Sbornik dokumentov, Bd. 1, Moskva 1968, S. 284.

Die Vertreibung der Armeen Koltchaks aus Sibirien im Jahre 1920 gestattete es, die Nationalisierung der Industriebetriebe auch in diesem Rayon zu vollenden. In Omsk nahm im Frühling 1920 das Sibirische Industriekontor des Obersten Volkswirtschaftsrates, das ebenfalls dem Sibirischen Revolutionskomitee unterstellt war, seine Arbeit auf.

Dank der von den Revolutionskomitees und den Volkswirtschaftsräten geleisteten Arbeit gingen in den Weiten Sibiriens 1 640 Betriebe mit 875 000 Arbeitern in die Hand des Staates über.²⁶ In diesem Gebiet des Landes wurden Kohlen-, Erz-, Metallurgie-, Forst- und Lederbetriebe unter Militärverwaltung gestellt.

Anfang Juni 1920 formulierte der Rat der Volkskommissare, der über die Entsendung von Kommandos nach Sibirien zur Eintreibung von Lebensmitteln beriet, in einem Punkt seines Beschlusses: "Die Verlegung einiger Fabriken, vor allem der Textil- und der Lederindustrie, nach Sibirien ist als zweckdienlich anzuerkennen, und dem Sibirischen Revolutionskomitee wird empfohlen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen."²⁷ Dieser Beschluß beeinflusste wesentlich die Ausbreitung der Zweige der Textil- und der Lederindustrie in dieser Gegend.

In den Jahren 1920/21 wurden in Sibirien die Arbeiten zum Wiederaufbau von Bergbaubetrieben vorangetrieben. Lenin informierte sich persönlich über die Lage in den Erzgruben, den Goldfundstätten usw.²⁸

Anfang Oktober 1921 besuchte der Vorsitzende des Sibirischen Revolutionskomitees, I. N. Smirnov, die Bergwerke in Ridder (heute: Leninogorsk) und informierte Lenin über die dortigen schweren Arbeitsbedingungen. Auf Weisung Lenins wurde ein neuer Grubenleiter eingesetzt und ein Plan für die Rekonstruktion ausgearbeitet, der auch die optimale Reihenfolge für die Durchführung der Arbeiten zur Wiederherstellung von Zufahrtswegen, von Gräben für die Antriebseinrichtungen, zum Bau eines Elektrolytwerkes, zur Rekonstruktion des Aufbereitungswerkes in Ridder usw. enthielt.²⁹ Ferner wurden Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit auch in anderen Gruben des Gebietes eingeleitet.

Gleichzeitig mit dem Wiederaufbau der Schwerindustrie beschlossen die Revolutionskomitees Sibiriens, die Zweige der Leichtindustrie zu organisieren, insbesondere die der Nahrungsgüterwirtschaft. Schon 1919 bis 1921 nahmen in Sibirien und im Fernen Osten viele Betriebe der Nahrungsgüterwirtschaft, der Fischverarbeitung und Mühlen den Betrieb auf.

Im Frühling und im Sommer 1920 nationalisierten die Revolutionskomitees in Aserbaidshan die Erdöl- und die Fischindustrie sowie die Handelsflotte auf dem Kaspischen Meer. Aufgrund eines Dekrets des Revolutionskomitees wurden im Juni 1920 die Aktiengesellschaft "Električeskaja sila", das Stahlwerk "Stufer", das Sauerstoffwerk der Aktiengesellschaft "Perun", die Eisengießerei und Maschinenfabrik Bartdorf, die Erzgruben in Ordubad u. a. nationalisiert.³⁰ Unter der Leitung des Revolutionskomitees wurde in diesen Betrieben die Arbeit aufgenommen.

Die Revolutionskomitees und die Sowjets führten ihre Arbeit zur Nationalisierung und zum Wiederaufbau der Industrieproduktion in den durch die Rote Armee befreiten Rayons der Ukraine und Belorußlands weiter. Die Lage der In-

²⁶ *Istorija Sibiri*, Bd. 4, Leningrad 1968, S. 157.

²⁷ *Dekrety Sovetskoj vlasti*, Bd. 9, S. 294.

²⁸ Vgl. Vladimir Il'jič Lenin. Biografičeskaja chronika, Bd. 10, S. 326; ebenda, Bd. 11, Moskva 1980, S. 430, 441, u. a.

²⁹ Ebenda, Bd. 11, S. 441.

³⁰ *Nacionalizacija promyšlennost' v SSSR*. Sbornik dokumentov i materialov. 1917 - 1920, S. 486 - 489.

dustrie in der Ukraine war katastrophal. Von den 14 300 Industrieunternehmen in der Ukraine waren mehr als 10 000 unbrauchbar.³¹ Am meisten hatten die grundlegenden Zweige der Volkswirtschaft der Ukraine, die Steinkohleförderung und die metallurgische Industrie, gelitten. Nach Angaben der Kommission für technische Überprüfung waren von 1 816 Schächten des Donezbeckens nur 959 (das sind 52,8 %) - davon 389 bäuerlichen und 570 industriellen Typs arbeitsfähig.³² Die Kapazität der Elektrowerke im Donezbecken war auf 60 % gesunken. Die Anzahl der Arbeitskräfte in den großen Revieren der Republik hatte sich bis zum Jahre 1920 um 8- bis 10mal verringert.³³

Ab Oktober 1919 wurden alle von den ehemaligen Besitzern verlassenen Betriebe der Lederindustrie, Ölquellen und Kohlschächte in 12 Rayons des Donezbeckens sowie Betriebe der Elektroindustrie, Textilunternehmen, Mühlen, Druckereien sowie die Chemiewerke in Kadievka (heute: Stachanov) und Šterovka nationalisiert. Im März 1920 war in der Ukraine die Nationalisierung von 30 Betrieben der Schwerindustrie abgeschlossen.³⁴ Ihre gesamte Arbeit wurde auf die Verteidigung konzentriert.

Fragen der Arbeitsorganisation in den Betrieben standen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Gouvernementskomitees der Russischen Kommunistischen Partei (B) sowie der Sowjet- und der Kriegsorgane des Landes. Anfang Oktober beschloß das Arbeiter- und Bauern-Verteidigungskomitee des damaligen Gouvernements Wolyniens, dem Gouvernements-Volkswirtschaftsrat vorzuschlagen, die nationalisierten Lederwerke zu überprüfen und ihre Leistungsfähigkeit festzustellen.³⁵ Das Gouvernements-Revolutionsskomitee und der Revolutionäre Militärsowjet der 14. Armee beschlossen, "die Betriebe auf den Kriegstatus von Armee-Einheiten zu überführen".³⁶ Die gleichen Maßnahmen wurden auch von anderen Revolutionsskomitees der Republik ergriffen. Den Betrieben wurden zusätzliche Arbeitskräfte zugeführt, eine strenge Arbeitsordnung wurde eingeführt und der Schutz der Betriebe vor Ausplünderung ihres Vermögens organisiert. Im Dekret vom 13. Dezember 1919 schrieb das Stadt-Revolutionsskomitee von Char'kov (Vorsitzender: M. Savelev): "Alle Fabrik- und Gewerbebetriebe müssen ihre normale Arbeit weiterführen. Alle Angestellten und Arbeiter sind verpflichtet, sich unverzüglich zur Erfüllung ihrer Pflichten einzufinden."³⁷

Die Betriebe in der Ukraine litten jedoch noch längere Zeit Mangel an fachlich ausgebildeten Arbeitskräften. Größte Schwierigkeiten in Verbindung mit dem Arbeitskräftemangel hatte die Kohleförderung. Deshalb wurde die "Ukrainische Sowjetische Arbeitsarmee" ins Leben gerufen.³⁸ Bereits im Januar 1920 wurde die Kohleförderung auf diese militärische Art und Weise eingeführt. Gleichzeitig wurde die allgemeine Arbeitspflicht proklamiert. Überall wurden Arbeitsnormen festgelegt und ihre Einhaltung kontrolliert, Gerichte für Verstöße gegen

31 Kostrica, N. E., *Socialističeskoe stroitel'stvo na Ukraine v 1920 g.*, Kiev 1954, S. 3.

32 *Ukrainskaja promyšlennost' v 1920 g.*, Char'kov 1921, S. 5.

33 *Statističeskij ežegodnik 1918 - 1920 gg.*, Bd. 2, Moskva 1922, S. 230.

34 Kovalenko, S. 284.

35 *Bor'ba trudjaščichsja Volyni za Sovetskiju vlast'*. Sbornik dokumentov i materialov, Žitomir 1957, S. 284.

36 *Char'kovščina v period graždanskoj vojny i inostrannoju intervencii 1918 - 1921 gg.* Sbornik dokumentov i materialov, Char'kov 1973, S. 186.

37 *Bjulleten' Char'kovskogo voenno-revoljucionnogo komiteta*, Nr. 1, 13. 12. 1919.

38 Vgl. *Položenie SNK v Vseukrrevkoma ob Ukrainskom Sovete Trudovoj armii* in: *Dekrety Sovetskoj vlasti*, Bd. 7, S. 121 f. - An der Ausarbeitung dieses Dokumentes war der Vorsitzende des Gesamtukrainischen Revolutionsskomitees, G. I. Petrovskij, beteiligt.

die Arbeitsdisziplin eingesetzt, d. h. überall außerordentliche, dem Kriegszustand entsprechende Formen der Arbeitsorganisation angewendet. Die Arbeiter erhielten Lebensmittelrationen und Bezugsscheine für Schuhwerk usw. wie Armeegehörige.³⁹

Die Revolutionskomitees der Ukraine führten zahlreiche Maßnahmen zur Ingangsetzung der Industriebetriebe durch, was zweifellos für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des ganzen Landes und für die Mobilisierung aller Ressourcen zur Niederwerfung des Feindes große Bedeutung hatte.

Zur weiteren Organisation der Industrieproduktion in der Republik wurde bei der Zentralen Industrieverwaltung⁴⁰ eine Politische Abteilung eingerichtet, deren Tätigkeit in erster Linie auf die Wiedereingangssetzung der Kohleförderung im Donezbecken gerichtet war.

In der ersten Hälfte des Jahres 1920 schalteten sich die Sowjets und die Revolutionskomitees aktiv in die Arbeit zum Wiederaufbau der Betriebe für Landmaschinenbau, der Objekte der metallurgischen Industrie sowie der Nahrungsgüterproduktion und der Herstellung von Transportmitteln ein. Bereits gegen Ende des Jahres 1920 waren allein im Donezbecken die ersten drei Hochöfen einsatzbereit. Zum selben Zeitpunkt gelang es, 40 neue Lokomotiven und 261 Waggon in Betrieb zu nehmen.⁴¹ In der Republik nahmen 350 Betriebe der Nahrungsgüterwirtschaft ihre Arbeit auf, darunter 163 Zuckerfabriken.⁴²

Mitte 1920 beschäftigte sich das Gouvernements-Revolutionskomitee in Minsk (Vorsitzender: A. G. Červjakov) mit der Frage der Nationalisierung der Industrie in den befreiten Gebieten Belorußlands. Es beschloß, in erster Linie jene Betriebe zu nationalisieren, deren Besitzer mit den polnischen Interventionstruppen abgezogen waren. Danach unterlagen der Nationalisierung Betriebe von gesamtrossischer Bedeutung.⁴³

Einen Monat später gab das Gouvernements-Revolutionskomitee in Minsk den Kreis-Revolutionskomitees die Weisung, in den Kreisen Volkswirtschaftsräte zu bilden und alle Fabriken und Werke, Speicher und andere industrielle Objekte zu registrieren. Im Beschluß des Revolutionskomitees hieß es unter anderem: "An die Vorbereitung der Nationalisierung der Großbetriebe schreiten, unverzüglich die Betriebe registrieren, eine einheitliche Arbeitsentlohnung einführen, die Lage der Werktätigen verbessern, Werkskomitees bilden ..." ⁴⁴

Auch in Turkestan wirkten die Revolutionskomitees auf die Ingangsetzung der Industrieproduktion ein. Sie nationalisierten Fabriken und Werke und auch Unternehmen des Hausgewerbes (des Kustargewerbes) und der verschiedenen Mischtypen (Halbkustargewerbe). Gegen Ende 1920 waren 1 077 Betriebe nationalisiert; davon arbeiteten bereits wieder 956.⁴⁵ Die Revolutionskomitees kon-

39 Pavljuk, N. I., Voenno-revoljucionnye komitety na Ukraine v konce 1918 - načale 1920 g., Autorreferat zur Kand.-Diss. (Geschichtswissenschaft), Char'kov 1959, S. 17.

40 Die allgemeine Leitung des Wiederaufbaus der Industrie in der Ukraine wurde dem Organisationsbüro des Obersten Volkswirtschaftsrates mit dem Sitz in Char'kov übertragen. Innerhalb dieser Dienststelle wurde ein Büro für Metallbearbeitung eingerichtet. Am 27. 2. 1920 traten an seine Stelle die Abteilung Metall und die Zentralverwaltung der Schwerindustrie.

41 Očerki istorii razvitija narodnogo chozjajstva Ukrainskoj SSR, Moskva 1959, S. 184.

42 Ebenda, S. 12.

43 Petrikov, S. 149 f.

44 Revoljucionnye komitety Belorussii, Ijul' - dekabr' 1920. Sbornik dokumentov i materialov, Minsk 1957, S. 175.

45 Statističeskij ežegodnik Turkrespubliki 1917 - 1923 gg., Bd. 1, T. 3, Taškent 1924, S. 107.

littlerierten die Arbeit der Betriebe und leisteten praktische Hilfe bei der Wiederaufnahme der Produktion. Im Jahre 1920 wies der Rat der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) Turkestan 502 Mill. Rubel als unentgeltliche Hilfe zur Entwicklung der Industrie zu.⁴⁶

Maßnahmen zur Mobilisierung örtlicher Arbeitskräfte, Produktionsmittel und Rohstoffe für den Bedarf der Industrie ergriffen auch die Revolutionskomitees in Kasachstan. Die Lage in der Industrie des Landes war außerordentlich schlecht. 1920 arbeiteten in Kasachstan von 307 nationalisierten Betrieben 250 überhaupt nicht.⁴⁷

Ende 1920 schritt auch das Revolutionskomitee der Krim zur Nationalisierung der Industriebetriebe. Es nationalisierte das metallurgische Werk und die Erzgruben "El'tigen" in Kerč', "Kiz-Aul-Čerelek" im Kreis Feodosija sowie die Mergelaufbereitung für das Zementwerk in der Nähe von Bachčisaraj. Der Nationalisierung unterlagen alle Erdölfelder auf der Halbinsel Kerč' sowie alle Ländereien mit Schwefelvorkommen und Steinbrüchen, Unternehmen zur Gewinnung von Erdöl, Schwefel und Baustoffen, eine Reihe von Industrieunternehmen in Simferopol' sowie Fabriken und Mühlen in Feodosija.⁴⁸ Die Revolutionskomitees des Gouvernements und der Kreise auf der Krim wirkten darauf ein, die Fabriken und Werke und andere wichtige Produktionsstätten schnell wieder in Gang zu bringen. Dies wurde noch dadurch erschwert, daß die Interventionen und die Weißgardisten die Ausrüstung der führenden Industriebetriebe - z. B. des metallurgischen Werkes in Kerč', der Bromwerke in Sal'sk und anderer - ins Ausland gebracht hatten.

Der Bedarf an fachlich ausgebildeten Arbeitskräften aller Unternehmen und Wirtschaftsorgane der Krim betrug annähernd 35 000 Menschen. Die Revolutionskomitees verfügten jedoch nicht über ein solches Arbeiterheer. Deshalb wurde jeder Spezialist registriert. Die Abteilung Arbeit beim Revolutionskomitee der Krim führte im November 1920 die erste Erfassung der Spezialisten durch. Allein an Metallarbeitern wurden mehr als 6 500 Menschen erfaßt,⁴⁹ aber in anderen Industriezweigen blieb das Problem der Versorgung der Betriebe mit Arbeitskräften nach wie vor brennend. Im Dezember 1920 führte das Revolutionskomitee der Krim eine neuerliche Registrierung zur Mobilisierung der ingenieurtechnischen Kader durch, die sich auf dem Territorium der Krim befanden.⁵⁰ Vielen Betrieben konnten durch solche Maßnahmen geeignete Arbeitskräfte zugeführt werden.

Im Resultat aller Anstrengungen war es in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich, daß die meisten Betriebe nicht nur die Produktion wieder aufnahmen, sondern ihre Arbeitsleistungen verbesserten und die Arbeitsproduktivität erhöhten. Ganz besonders traf das in Nordkaukasien, in der Ukraine und in Belorußland zu.⁵¹

Im Jahre 1921 nahmen auch die Revolutionskomitees in Georgien (Grusinien) Kurs auf den Beginn der Nationalisierung der Industriebetriebe. Von 392 vom Revolutionskomitee untersuchten Betrieben der Verarbeitungsindustrie in der Republik standen im Jahre 1920 etwa 40 % still oder arbeiteten nur teilweise. Von 133 Betrieben besaßen 49 % keine Rohstoffvorräte.⁵²

46 My leninskoj družboj sil'ny, Frunze 1973, S. 80.

47 20 let Kazachskoj SSR, Alma-Ata 1940, S. 93; Zimanov, S., u. a., Kazachskij revoljucionnyj komitet, Alma-Ata 1981, S. 159, 167.

48 Revkomu Kryma. Sbornik dokumentov i materialov, 'Simferopol' 1968, S. 53 f.

49 Sbornik očetov otdelov Krymrevkoma, Simferopol' 1921, S. 40.

50 Semin, A. S./Gorčakov, A. A., Revoljucionnyj komitet Kryma i ego rol' v upročenii Sovetskogo vlasti, in: Izvestija Krymskogo pedagogičeskogo instituta, Bd. 28, Simferopol' 1957, S. 140.

51 Sumbadze, N. D., Revoljucionnye komitety kak organy gosudarstva v Gruzii, Autorreferat zur Kand.-Diss. (Geschichtswissenschaft), Tbilisi 1975, S. 21.

52 Ebenda.

Die Nationalisierung der Industriebetriebe wies hier gewisse Besonderheiten auf. Während in der RSFSR und in anderen Unionsrepubliken zur Zeit der Politik des "Kriegskommunismus" die gesamte Industrie nationalisiert wurde, nationalisierte das Revolutionskomitee in Georgien 1921 lediglich die Großbetriebe. Hier wurde bereits der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) vorbereitet. Wichtig war auch der Umstand, daß das Revolutionskomitee Georgiens nicht nur keine Nationalisierung mittlerer und kleiner Industriebetriebe vornahm, sondern sich bemühte, die Besitzer dieser Betriebe in den Wiederaufbau der Volkswirtschaft einzubeziehen.

Am 1. März 1921 erließ das Zentrale Revolutionskomitee Georgiens eine Anweisung zur Bildung einer speziellen Kommission, der das Auffinden, die Kontrolle und die Organisation des Schutzes des Vermögens staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen und Unternehmen oblag.⁵³ Am 7. März 1921 erteilte das Revolutionskomitee dem Volkswirtschaftsrat Georgiens die Anweisung, "binnen kürzester Frist einen Plan auszuarbeiten und alle Materialien zur Frage der Nationalisierung der Großindustrie und Großbetriebe auf dem Territorium Georgiens zusammenzustellen".⁵⁴

Bereits im Frühjahr 1921 nationalisierten die Revolutionskomitees Georgiens eine Reihe polygraphischer Betriebe und schritten an die Nationalisierung der Manganwerke. Mitte 1921 wurde die Nationalisierung der Industriebetriebe in Georgien aktiviert. Binnen eines Jahres gelang es den Revolutionskomitees, nahezu 90 Fabriken und Betriebe der Förder- und Verarbeitungsindustrie sowie 35 große Erdöltanks zu nationalisieren. Auch Elektrizitätswerke, Post, Telegraf sowie der Transport auf Schienen und Wasserwegen wurden in Staatseigentum überführt.⁵⁵ Vom Revolutionskomitee wurde ferner die Instandsetzung der Schächte und Gruben, des Werkes für feuerfesten Ton und Ziegel in Dzirul'sk veranlaßt. Auf eine Anweisung des Revolutionskomitees geht auch die Ausarbeitung eines Projekts für den Bau des Wasserkraftwerkes an der Kura (Zemo-Avčal'skaja gidroelektrostancaja) zurück.

Zur selben Zeit erfolgte in den transkaukasischen Republiken die Nationalisierung der Industriebetriebe. In den in Staatseigentum überführten Betrieben wurde sofort die Arbeit aufgenommen. Ihre Produktion diente der Versorgung der Roten Armee sowie der Vermehrung der materiellen Güter der Sowjetrepublik.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Parteiorgane, die Sowjets und die Revolutionskomitees der weiteren Entwicklung der Klein- und Heimindustrie (des Kustargewerbes). Das um so mehr, als während des Bürgerkrieges im Zusammenhang mit der Schließung vieler Großbetriebe wegen fehlender Roh- und Brennstoffe sowie aus einer Reihe weiterer Ursachen die Bedeutung der Klein- und Heimindustrie für die Versorgung der Roten Armee und der Bevölkerung bedeutend gewachsen war.

Das Kustargewerbe wurde auch in der Ukraine wieder eingeführt. Davon zeugen anschaulich die Angaben aus den Kreisen und den Gouvernements der Republik. So erreichten die Revolutions- und Exekutivkomitees allein im Gouvernement Černigov, daß 411 Lederwerkstätten, 114 Schuhmachereien und 6 Konfektionswerkstätten den Betrieb aufnahmen.⁵⁶ Im Kreis Starobel'sk (Gouvernement Char'kov) wurden 110 lederverarbeitende Werkstätten in Betrieb genommen so-

53 Achalaja, I. D., *Revoljucionnye komitety Gruzii v bor'be za vosstanovlenie i upročenie Sovetskoj vlasti (fevral' 1921 - mart 1922 gg.)*, Suchumi 1968, S. 168.

54 Ebenda, S. 170.

55 Ebenda, S. 174 f.

56 *Černigovščina v gody graždanskoj vojny (1919 - 1920 gg.)*, Kiev 1975, S. 367.

wie neue Werkstätten für die Herstellung von Schuhen, Uniformen, Verbandszeug und Lazarettbetten sowie für die Anfertigung von Wäsche und Bekleidung für die Bevölkerung eröffnet. ⁵⁷

Auf diese Weise erbrachte die Tätigkeit der Revolutionskomitees viele positive Resultate. Die Rote Armee erhielt jeden Monat zusätzliche Uniform- und Ausrüstungsgegenstände. Allein in der ersten Hälfte des Monats September 1920 produzierte die Konfektionsindustrie Belorußlands für die Front 20 000 Garnituren Leibwäsche, etwa 1 000 Militärblusen und -hosen, 700 Militärmäntel und 200 Pelzjacken. ⁵⁸

Auf der Krim arbeiteten 129 Heimindustriebetriebe für die Bedürfnisse der Front. ⁵⁹ In Aserbaidshan, in Baku, waren 25 große Genossenschaften des Handwerks ausschließlich für die Bedürfnisse der Roten Armee tätig.

Ein hervorragendes Beispiel für den Arbeitselan der Massen in allen Bereichen der Volkswirtschaft, vor allem beim Aufbau der Industrie, waren die Subbotniks (freiwillige unentgeltliche Arbeitseinsätze am Sonnabend). Auch Woskresniki am Sonntag wurden geleistet, bei deren Organisation die Räte und die Revolutionskomitees aller Gouvernements und Gebiete des Landes eine aktive Rolle spielten. An der Spitze dieser Einsätze standen die Arbeiterklasse und die Landarmut.

Die Subbotniks waren ein Ausdruck der gewaltigen propagandistisch-erzieherischen und organisatorischen Arbeit, die von der kommunistischen Partei in den Jahren des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention zur Mobilisierung der Arbeiterklasse für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft geleistet wurde. Die Partei ging davon aus, daß es ohne den Aufbau der Industrie, der Landwirtschaft und des Transportwesens auf neuer sozialistischer Grundlage unmöglich sein würde, den politischen Sieg der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft zu festigen.

Der Arbeitsenthusiasmus erfaßte die werktätigen Massen. Beispielsweise mobilisierte das Kreis-Revolutionskomitee in Možajsk (Gouvernement Moskau) allein im Dorf Borodino 200 Bauern für die Teilnahme am Subbotnik am 17. Oktober 1919. Alle wurden beim Holzabladen eingesetzt. ⁶⁰ In Port-Petrovsk (heute: Machačkala) (Gebiet Dagestan) beteiligten sich an den am 1. und 8. Mai 1920 durchgeführten Subbotniks 14 066 Leute. ⁶¹ Lenin hob die aktive Teilnahme der Werktätigen Dagestans an den kommunistischen Subbotniks lobend hervor. ⁶² Weite Verbreitung fanden die Subbotniks in Sibirien; besonders hoch war dabei die Beteiligung in den Städten. So nahmen allein am Subbotnik vom 19./20. Juni 1920 in Nikolaev 5 047 Menschen teil, davon 1 958 Kommunisten und 3 089 Parteilose. Überall, wo man Subbotniks durchführte, wurden sie zu einem wichtigen volkswirtschaftlichen Faktor, bedeuteten sie eine wertvolle Hilfe für den Staat beim Wiederaufbau der Industrie, erwiesen sie sich als eine eindrucksvolle Widerspiegelung des Arbeitselans der Massen. Die kommunistische Partei und die Organe der Diktatur des Proletariats - die Sowjets und die Revolutionskomitees - maßen dieser Bewegung lebenswichtige Bedeutung bei und stellten sich an ihre Spitze. Lenin schrieb dazu: "Wir werden Jahre und Jahrzehnte daran ar-

⁵⁷ Izvestija VCIK, 17. 3. 1920.

⁵⁸ Archiv Vitebskoj oblasti, F. 15, Op. 1, D. 21, Bl. 71 - 75.

⁵⁹ Sbornik otčetov otdelov Krymrevkoma, S. 172.

⁶⁰ Kommunist, (Ausg. Serpuchov), 2. 11. 1919; Istorija Moskvy, Bd. 6, Moskva 1957, S. 208.

⁶¹ Israpilov, A. K.-M., Revoljucionnye komitety v bor'be za ustanovlenie i upročenie Sovetskoj vlasti v nacional'nych rajonach Severnogo Kavkaza, Machačkala 1976, S. 71.

⁶² Lenin, V. I., Zapis' na prieme dagestanskoj delegacii, in: Polnoe sobranie sočinenij, Bd. 42, Moskva 1963, S. 420.

beiten, daß sich die Subbotniks einbürgern, ausbreiten, vervollkommen, in unserem Denken und Fühlen heimisch werden." 63

Eine feste Stütze bei der Arbeit der hier untersuchten außerordentlichen Organe der Sowjetmacht waren die Gewerkschaften. Die enge Verbindung der sowjetischen Staatsmacht mit den Gewerkschaften führte notwendigerweise zur Einbeziehung der proletarischen Massen in den Prozeß des nationalstaatlichen Aufbaus. Allein auf diesem Wege war es möglich, die Gewerkschaften auf die Erfüllung ihrer Hauptfunktion zu orientieren, sie zu einem zuverlässigen Bollwerk der sozialistischen Revolution und zum Verteidiger ihrer Errungenschaften zu machen.

Bei der Durchführung ihrer Arbeit in den Industriebetrieben widmeten die Revolutionskomitees ihr besonderes Augenmerk der Stärkung der führenden Rolle der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften. Das war ein hauptsächliches Kampffeld der Klassenauseinandersetzung mit den Feinden innerhalb und außerhalb des Landes, der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus. Im Prozeß dieser Arbeit wurde die Kampfbereitschaft und -tätigkeit der Gewerkschaften (die Bildung bewaffneter Kräfte zur Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution, die Mobilisierung der werktätigen Massen für die ökonomischen Aufgaben, die vormilitärische Ausbildung, die Teilnahme an der Niederschlagung konterrevolutionärer Umtriebe usw.) erhöht. Darüber hinaus trugen die Revolutionskomitees dazu bei, daß die Gewerkschaften auf der Grundlage der Leninschen Prinzipien ihre Organisationsstruktur verbesserten. Besser auch wurden die Gewerkschaften durch die Hilfe der Revolutionskomitees befähigt, die ökonomische Kraft des Landes zu stärken, ihren spezifischen Beitrag zu leisten, die Arbeitslosigkeit und den Hunger zu beseitigen, Lebensmittel zu verteilen, das Verkehrs- und Transportwesen wieder funktionsfähig zu machen, die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu organisieren, die Familien der Rotarmisten zu unterstützen, politische Schwankungen einzelner Schichten der werktätigen Massen zu überwinden und die Werktätigen Schritt für Schritt zu aktiver revolutionärer Tätigkeit zu erziehen.

In den Jahren 1919 bis 1921 kam es fast überall zu gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen der Arbeiter. Besonders bemerkenswert waren Anzahl und Einfluß der Gewerkschaften im Zentrum des Landes. In dieser Region konzentrierte sich der bewußteste Teil der Arbeiterklasse Rußlands, der langjährige Erfahrungen im Klassenkampf besaß. Allein in Moskau war - nach den Angaben D. O. Gamacharijas⁶⁴ - zu verzeichnen, daß sich aus den früheren 110 kleineren Vereinigungen von Arbeitern nunmehr große Industriezweiggewerkschaften bildeten.

Zur selben Zeit entstanden auch in den Kreisen und Gouvernements der anderen Regionen des Landes gewerkschaftliche Vereinigungen von Arbeitern. Das Kreis-Revolutionskomitee in Polock (Belorußland) teilte mit, daß sich allein in einem Kreis 7 Gewerkschaftsvereinigungen mit insgesamt 1 200 Arbeitern gebildet hätten. Über die politische Zusammensetzung der Gewerkschaftsleitungen und ihre Kontakte zu den Revolutionskomitees hieß es in der Mitteilung: "... die meisten Mitglieder der Leitung der Verbände sind parteilos, das Organisationsbüro des Rates der Gewerkschaften hält Kontakt zu den Revolutionskomitees und entsendet seine Vertreter häufig in deren Büros".⁶⁵

63 Lenin, W. I., Vom ersten Subbotnik an der Moskau-Kasaner Eisenbahn zum gesamtrossischen Subbotnik am 1. Mai, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1956 ff., S. 113.

64 Gamacharija, D. O., Profsojuzy Moskvj i Moskovskoj gubernii v gody graždanskoj vojny (nojabr' 1917 - 1920 gg.), Kujbyšev 1982, S. 12.

65 Revoljucionnye komitety Belorussii (nojabr' 1918 - jul' 1920 gg.). Sbornik dokumentov i materialov, Minsk 1961, S. 307.

Aus dem Gouvernement Jaickij (heute: Ural'sk) wurde mitgeteilt, daß unter Leitung der Abteilung Arbeit des Gouvernement-Revolutionenkomitees 13 gewerkschaftliche Vereinigungen entstanden waren. Das Kreis-Revolutionenkomitee im Kreis Kurgan stellte in einem Protokoll über die Organisation der Arbeit in 6 Betrieben des Kreises (darunter das Werk für landwirtschaftliche Geräte und das Blech- und Zinnwerk) am 6. September 1919 fest: "Von der Abteilung Arbeit wurde eine bedeutende Leistung zur Vereinigung von 5 000 Arbeitern in Gewerkschaften und zur Gründung von Betriebskomitees vollbracht."⁶⁶ In Noworossijsk (damals: Kuban-Schwarzmeer-Gouvernement) entstanden zur gleichen Zeit 19 Industriegewerkschaften. Allein dem Verband der Wassertransportarbeiter gehörten 2 500 Arbeiter an. Der Gewerkschaftsverband der Stadt Groznyj (Gebiet Tersk, heute: Nordossetische Autonome Republik) vereinigte 1920 mehr als 7 000 Arbeiter.⁶⁷ In Iževsk (heute: Udmurtische ASSR) waren die früher gebildeten 105 verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen wieder aktiv geworden. Gleichzeitig war dort eine Bewegung im Gange, die organisatorische Zersplitterung zu überwinden und Industriezweiggewerkschaften zu bilden. Im Protokoll Nr. 21 der Tagung des Revolutionenkomitees des autonomen Gebietes Votkinsk (heute: Udmurtische ASSR) heißt es: "Die Arbeit des Revolutionenkomitees und der Gewerkschaften verläuft normal."⁶⁸

Die gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter in solch großen Städten Sibiriens wie Irkutsk, Krasnojarsk, Tomsk, Semipalatinsk und Omsk zählten 290 000 Mitglieder.⁶⁹

Nach sozialistischen Prinzipien vollzog sich die Tätigkeit der Gewerkschaften auf der Krim, in der Ukraine, in Belorußland, in Transkaukasien und in Mittelasien. Auch dort traten die Gewerkschaften in den Jahren 1919 bis 1921 unter Anleitung und mit Hilfe der Revolutionenkomitees immer aktiver für eine effektive Entwicklung der Industrieproduktion ein. Sie übernahmen einen beträchtlichen Teil der Pflichten bei der Leitung der Unternehmen und der Organisation der Arbeit in den Betrieben.

Überall stimmten die Gewerkschaften ihre Tätigkeit mit den Abteilungen Arbeit, Kontrolle und Verteilung bei den Revolutionenkomitees ab. Im Rahmen der Weisungen der Revolutionenkomitees verwirklichten sie eine strenge Kontrolle der Realisierung der Beschlüsse im Hinblick auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die effektive Leitung der Betriebe, die planmäßige Verteilung der Arbeitskräfte und die Einbeziehung der breiten Massen der Werktätigen in den Aufbau des Sozialismus. In Verbindung damit arbeiteten die Revolutionenkomitees gemeinsam mit den Gewerkschaften Regeln für die Organisation der Produktion, die Einstellung und die Entlassung von Arbeitern und anderes aus. Derartige Regeln erarbeitete beispielsweise im Juni 1920 das Revolutionenkomitee in Gomel' (Belorussische SSR). In einem der Punkte hieß es: "Die Umsetzung von Arbeitern und Angestellten aus einer Einrichtung oder einem Betrieb in einen anderen ohne Wissen der Abteilung Kontrolle und Verteilung der Arbeitskräfte sowie ohne Zustimmung des Gewerkschaftsrates ist streng verboten."⁷⁰

Anfang März 1921 erließ das Revolutionenkomitee Georgiens eine Anordnung, durch die die Schließung von Einrichtungen und Betrieben, die Entlassung von Arbeitern und Angestellten sowie deren Versetzung aus einem Betrieb in einen anderen "nur mit Zustimmung des zuständigen Gewerkschaftsverbandes" vorgenommen werden durfte. Durch Entscheidung des Revolutionenkomitees wurden

66 CGAOR SSSR, F. 393, Op. 13, D. 562, Bl. 24.

67 Sovetskij Kavkaz, 2. 9. 1920.

68 CGAOR SSSR, F. 393, Op. 13, D. 461, Bl. 12.

69 Sovetskij Kavkaz, 10. 8. 1920.

70 Polesskaja pravda, 13. 6. 1920.

die Regelung der Arbeitszeit, die Festlegung von Ordnungsmaßnahmen und die Verhängung von Strafen sowie die Einsetzung zentraler und örtlicher Konfliktkommissionen usw. den Gewerkschaften übertragen.⁷¹

Die Gewerkschaften wurden von den Revolutionskomitees immer aktiver zur Verteilung von Lebensmitteln und Bekleidung an die Arbeiter herangezogen. Davon zeugt ein Beschluß der Generalversammlung des Revolutionskomitees von Groznyj, der Vertreter des Gewerkschaftsbüros von Groznyj, des Leiters der Armeeverversorgung und der Vorsitzenden der Volkswirtschaftsräte, in dem festgelegt wurde: "In der Gewerkschaft ist eine Arbeitssektion einzurichten, die verpflichtet wird, an Regulierung und Verteilung von Lebensmitteln und Bekleidung an die Arbeiter sowie an Eröffnung und Kontrolle der Tätigkeit der Gaststätten teilzunehmen."⁷² Analoge Beschlüsse wurden von den Revolutionskomitees in Čeljabinsk, Ural'sk, Perm', Voronež, Rostov-na-Donu und in anderen Industriezentren der RSFSR gefaßt.

Eine besondere Seite der Tätigkeit der Revolutionskomitees in den Jahren 1919 bis 1921 war die Unterstützung der Arbeit der Gewerkschaften hinsichtlich einer Verbesserung der Arbeitsdisziplin der Werktätigen im Betrieb und ihrer Arbeitseinstellung. Das entsprach der Forderung Lenins, der in seiner Rede auf dem III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß formuliert hatte: "... alle Aufmerksamkeit auf Fragen der Arbeitsdisziplin zu konzentrieren, die die Kernfrage des gesamten wirtschaftlichen Aufbaus des Sozialismus, die Grundlage der Diktatur des Proletariats ist, wie wir sie verstehen".⁷³

Die zielbewußte Tätigkeit der Sowjets und der Revolutionskomitees gemeinsam mit den Gewerkschaften förderte die erfolgreiche Entwicklung der Produktion. So gelang es bereits 1919 in vielen Betrieben Kasan's, die Arbeitsproduktivität um 50 % zu steigern.⁷⁴ Nicht selten war auch, daß die Arbeiter auf eigenen Wunsch die Dauer des Arbeitstages verlängerten, und zwar "ohne jegliche zusätzliche Vergütung"⁷⁵, wie es in einer Mitteilung aus Georgievsk (damals: Gouvernment Stavropol') hieß.

Die Revolutionskomitees als außerordentliche Machtorgane jener Zeit kümmerten sich gemeinsam mit den Gewerkschaften um die Bedürfnisse der Arbeiter in den Betrieben, verteidigten deren rechtliche Stellung, beschäftigten sich durch die Abteilung Arbeit mit Fragen der Regelung des Arbeitslohnes, der termingemäßen Lohnzahlung, der Gewährung von Hilfe für die Produktionsarbeiter und der Organisation der Überstundenarbeit.

Die Regelung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitslohnes basierte auf den von Lenin ausgearbeiteten Prinzipien der Arbeitsorganisation und der materiellen Stimulierung. Schon seit den ersten Jahren des Bestehens der Sowjetmacht fanden zur Erreichung der materiellen Interessiertheit der Werktätigen und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität der Stück- und der Prämienlohn, sog. Förderungsformen des Arbeitslohnes, Anwendung.

Die Organe der Sowjetmacht übten über die Gewerkschaften, bei denen Abteilungen für Arbeit und Finanzen eingerichtet wurden, eine strenge Kontrolle über das richtige Verhältnis zwischen dem Wachstum der Löhne und der Steigerung der Arbeitsproduktivität aus. Das sozialistische Prinzip der Entlohnung nach der Leistung fand seine Fixierung im Arbeitsgesetzbuch, demzufolge allen

71 Vgl. Sumbadze, S. 104.

72 Sovetskij Kavkaz, 4. 7. 1920.

73 Lenin, W. I., Rede auf dem III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß, in: Werke, Bd. 30, S. 497; Vladimir Il'jič Lenin, Bd. 8, Moskva 1977, S. 448 f.

74 Beljalov, U. B., Rukovodstvo Kommunističeskoj partii socialističeskoj industrializacij v nacional'nych respublikach Srednego Povolž'ja i Priural'ja v 1918 - 1922 gg., Kujbyšev 1978, S. 88.

75 Sovetskij Kavkaz, 27. 5. 1920.

arbeitsfähigen Bürgern das Recht auf Arbeit entsprechend ihrer beruflichen Ausbildung sowie das Recht auf Entlohnung entsprechend der Kategorie der Arbeit, der Ausbildungsstufe und der Qualifikation des Werkstätigen zustanden. Gleichzeitig wurde festgelegt: "Der Werkstätige erhält nur für tatsächlich geleistete Arbeit eine Entlohnung."⁷⁶

Während die Sowjets und die Revolutionskomitees im Jahre 1919 häufig die Formen des Stück- und des Prämienlohnes anwendeten, kam es später infolge der Komplizierung der Kriegslage seltener zur Anwendung dieser Lohnformen. Darin äußerte sich auch ein Rückgang der Produktion in den Betrieben (Mobilisierung von Arbeitern für die Front, Abnahme der Vorräte an Rohstoffen, Brennstoffmangel, Abnutzung der Ausrüstung usw.).

Vor den Parteiorganisationen und den staatlichen Organen der Sowjetmacht stand die Aufgabe, alle Ressourcen für die Steigerung der Produktion und in diesem Zusammenhang für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Betrieb zu mobilisieren. Das fand seinen Niederschlag im Beschluß des IX. Parteitages der Russischen Kommunistischen Partei (B) im März 1920 "Über die nächsten Aufgaben beim Aufbau der Wirtschaft". Dem folgte in einigen Orten die Ausarbeitung von Tarifordnungen, die für über die Norm hinausgehende Leistungen Prämienlöhne vorsahen. An der Ausarbeitung derartiger Tarife hatten die Revolutionskomitees besonderen Anteil. Und seit Mitte des Jahres 1920, als am 18. Juni das Dekret "Über die Prämierung der Arbeit" erlassen wurde, fanden bereits überall Prämierungen in Naturalien und Geld allgemeine Anwendung. Sie wurden unter Kontrolle des Rates der Volkskommissare und des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion durchgeführt.

Fragen der Entlohnung insgesamt, die Sicherung der Lohnzahlungen und die Aufstellung von Tarifen - entsprechend der Qualifikation, der Leistungen, der Erschwernisse, der Territorien usw. - nahmen immer einen besonderen Platz bei den Beratungen und Handlungen der Revolutionskomitees ein. Mitte 1919 vermerkte das Gouvernements-Revolutionskomitee in Minsk bei der Behandlung der Frage der Lohnzahlung an die Arbeiter der Militärwerkstätten im Beschlußteil des Sitzungsprotokolls, diese sei "entsprechend den belorussischen Tarifen" durchzuführen.⁷⁷ Im Dezember 1919 faßte das Gouvernements-Revolutionskomitee in Char'kov einen Beschluß über die Umstellung der Betriebe auf den Kriegszustand und behandelte auch die Frage der Entlohnung für die Arbeiter. Besonders hervorgehoben wurde die Verteilung von Lebensmitteln durch die Betriebskomitees. Zum Arbeitslohn hieß es in der Resolution des Revolutionskomitees: "Unverzüglich die Gelder ... aus den Mitteln des Revolutionskomitees auszahlen."⁷⁸ Im Protokoll Nr. 2 des Revolutionskomitees von Kurgan lautete eine Festlegung: "Die Fabrikunternehmen sind zu unterstützen zwecks Auszahlung einer einmaligen nicht rückzahlbaren Zuwendung an die in Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter und Angestellten in Höhe von je 200 Rubel."⁷⁹

Mitte Juli 1920 beschloß das Nordkaukasische Revolutionskomitee eine Tarifordnung für Nordkaukasien und legte vier Tarifzonen fest. Zur ersten und höchsten gehörten die wichtigsten Industriezentren: die Städte Petrovsk, Groznyj und Novorossijsk.⁸⁰

76 Dekrety Sovetskoj vlasti, Bd. 4, S. 174 f.

77 Revoljucionnyje komitety Belorussii (nojabr' 1918 - ijul' 1920 gg.), S. 129.

78 Char'kovščina v period graždanskoj vojny i inostrannoju intervencii 1918 - 1921 gg., S. 186.

79 CGAOR SSSR, F. 393, Op. 13, D. 562, Bl. 17.

80 Severnyj Kavkaz, 13. 6. 1920. - Für die ländlichen Gebiete lagen die Tarife zunächst niedriger. Später wandte sich das Revolutionskomitee Nordkaukasiens im Zusammenhang mit der Verbesserung der finanziellen Möglichkeiten an das Volkskommissariat der Arbeit und an die Zentrale der sowjetischen Gewerkschaften mit der Bitte um Angleichung der Tarife für die ländlichen Gebiete an die der Städte. (Vgl. Severnyj Kavkaz, 8. 7. 1920.)

Neue Tarifregelungen wurden auch vom Gouvernements-Revolutionskomitee in Stavropol' eingeführt.⁸¹ Ihm lag das Prämienlohnsystem zugrunde, was zweifellos ein wachsendes materielles Interesse der Werktätigen an der Arbeit und an der Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den Betrieben zur Folge hatte. Der sog. Hungertarif, der früher in Verbindung mit den mangelhaften Einkaufsmöglichkeiten im Gouvernement gegolten hatte, wurde vom Revolutionskomitee abgeschafft.⁸² Überall wurde auch die Vergütung für Überstundenarbeit geregelt. Anfang Juli 1920 gab das Nordkaukasische Revolutionskomitee eine spezielle Anordnung über die Überstundenarbeit heraus. "Die Vergütung für Überstundenarbeit", heißt es da, "ist an Arbeiter und Angestellte unabhängig von der Tarifordnung in Höhe des anderthalbfachen Zeitlohnes für die tatsächlich geleistete Stundenzahl zu zahlen."⁸³

In den Jahren 1918 bis 1921 entschieden die Revolutionskomitees über die Abteilungen Arbeit und die gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter praktisch über den Gesamtkomplex der mit der Arbeitsorganisation im Betrieb zusammenhängenden Fragen. Charakteristisch dafür war ein Beschluß der Abteilung Arbeit beim Kuban-Schwarzmeer-Gebiets-Revolutionskomitee. Im Auftrag der Abteilung wurden 397 Betriebe mit 8 000 Arbeitern überprüft. Nach der Überprüfung veranlaßten die Gewerkschaften binnen kürzester Frist eine Verbesserung der Rechtslage der Arbeiter. Minderjährige wurden von der Arbeit befreit, und in besonders gesundheitsschädigenden Betrieben wurde die Nachtarbeit für Frauen verboten. Parallel dazu fanden Hygiene- und Sanitätsinspektionen statt. Die Abteilung Arbeit des gleichen Komitees verpflichtete z. B. 75 Betriebe, in denen rund 4 800 Arbeiter beschäftigt waren, zur Durchführung einer Sanitätsinspektion. Danach wurden Heißwasserbehälter, Ventilatoren und Erste-Hilfe-Kästen angebracht. Alle diese Maßnahmen waren besonders geeignet, mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch eine Verbesserung des Produktionsprozesses zu erzielen.⁸⁴ Fragen der Organisation der Arbeit standen fast in jeder Sitzung der Revolutionskomitees auf der Tagesordnung.⁸⁵

Die Regulierung der Arbeitslöhne hatte wesentlichen Einfluß auf eine Verbesserung des Finanzsystems. Mit der Einführung der revolutionären Ordnung im Finanzwesen⁸⁶ und der Ausarbeitung von Arbeitsnormen, die die Tätigkeit in den Staatsbetrieben ab Januar 1920 regelten, hatten sich besonders die Revolutionskomitees der Ukraine beschäftigt. Das Gesamtukrainische Revolutionskomitee zog die von den konterrevolutionären Verwaltungen herausgegebenen Geldscheine ein. Im Februar 1920 geschah dies auch durch die außerordentlichen Organe der Sowjetmacht in den Gouvernements Char'kov und Ekatarinoslav (heute: Dnepropetrovsk). Das Gouvernements-Revolutionskomitee in Odessa pro-

81 Sovetskij Kavkaz, 22. 9. 1920.

82 Ebenda.

83 Severnyj Kavkaz, 8. 7. 1920: Erlaß des Nordkaukasischen Revolutionskomitees, unterzeichnet vom Mitglied des Revolutionskomitees und Bevollmächtigten des Nationalkomitees für Arbeit und Sozialversicherung, A. I. Stopani.

84 Sovetskij Kavkaz, 22. 9. 1920.

85 CGAOR SSSR, F. 393, Op. 28, D. 171, Bl. 4.

86 Eine wichtige Maßnahme der Sowjetregierung auf diesem Gebiet war die Annahme der "Anordnung des Rates der Volkskommissare über die Befreiung von der Requirierung der Unterkunft durch das Volkskommissariat der Finanzen", in der es im einzelnen heißt: "Alle örtlichen Räte und Revolutionskomitees sind verpflichtet, alle Maßnahmen zur Freimachung der genannten Unterkünfte zu ergreifen." (Vgl. Dekrety Sovetskoj vlasti, Bd. 9, S. 184.

kliamte im Dekret vom 25. Februar 1920: "Alle Geldscheine der 'Freiwilligen', der Hetmans und der Petljura-Organen sind einzuziehen."⁸⁷ Als Ausgleich wurde den Arbeitern und Angestellten in der Stadt sowie im Eisenbahnknotenpunkt Odessa eine Zuwendung von je 2 000 Rubel ausgezahlt.

Ein Beispiel für die Aufstellung von Arbeitsnormen, die die Arbeit in den Staatsbetrieben ab Frühjahr 1921 regelten, wurde von den Revolutionskomitees Georgiens ausgearbeitet. Diese legten auch die neuen Tarifgruppen fest. Wenn 1920 der Durchschnittslohn eines Arbeiters (umgerechnet nach dem Kurs des Tscherwonez) 4 Rubel betragen hatte, so machte er 1921 in Georgien 8 Rubel aus.⁸⁸ Die Entlohnung der Arbeiter wurde aufge bessert und erfuhr Veränderungen. So wurde ab Herbst 1921 in einer Reihe von Rayons in den Betrieben der Stücklohn eingeführt.⁸⁹ Überall wurde die Arbeit der Frauen unter besonderen Schutz gestellt. Bei Schwangerschaft wurden die Frauen für 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt von der Arbeit befreit. Verboten wurde die Nachtarbeit von Frauen.⁹⁰ Allen Arbeitern wurde bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit eine Unterstützung gewährt. Von den Revolutionskomitees wurde ferner die Arbeitszeit für Minderjährige - soweit deren Erziehungsberechtigte darauf drängten - und Jugendliche geregelt. Sie sollte für Minderjährige (14 bis 16 Jahre) entsprechend den Vorschriften des Revolutionskomitees 4 Stunden täglich und für Jugendliche (16 bis 18 Jahre) 6 Stunden täglich nicht überschreiten. Für Minderjährige und Jugendliche waren Nacht- und Überstundenarbeit verboten. Trotzdem wurde ihr Arbeitslohn nicht gekürzt. An einigen Orten gab es auch Betriebe, die auf Genossenschaftsbasis umgestellt wurden. Maßnahmen, die mit der Regelung des Verhältnisses von Arbeit und Lohn, Arbeits- und Lebensbedingungen verbunden waren und der Steigerung der Arbeitsproduktivität dienten, wurden praktisch von allen Revolutionskomitees vom Kreis- bis zum Republikmaßstab beschlossen.⁹¹

Wenngleich hier nur Beispiele herausgegriffen werden konnten, so machen sie doch deutlich, welche gewaltige Arbeit die außerordentlichen Organe der Diktatur des Proletariats - die Revolutionskomitees - ungeachtet der schweren Bedingungen der Kriegszeit und Intervention zur Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Industrie geleistet haben und wie sie in den meisten Rayons des Landes die Nationalisierung durchführten. Ganz natürlich war, daß die Revolutionskomitees die Interessen der Landesverteidigung in den Vordergrund stellten. Nur auf diese Weise konnte der Sieg der sozialistischen Revolution unter den damaligen Bedingungen gesichert werden. Dieser Aufgabenstellung entsprechend, leiteten die Revolutionskomitees die Tätigkeit der Industriebetriebe an und orientierten die Arbeiter auf die sorgfältige Ausnutzung aller materiellen und betrieblichen Ressourcen für die Versorgung der Roten Armee mit Waffen, Bekleidung und Munition. Sie organisierten in den Jahren 1919 bis 1921 die Leitung der Industrie im Interesse des Volkes und mobilisierten die Werkstätigen für die Wiederingangsetzung der Produktion sowie für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Indem sie sich auf die Gewerkschaften stützten, verteidigten sie die Rechte und Interessen der Arbeiter, festigten das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, legten die Fundamente der sozialistischen Wirtschaft, führten die revolutionäre Ordnung ein und verteidigten die Errungenschaften der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

(Übersetzt von Günther Jarosch)

87 Šapovalova, S. I., *Revoljucionnyje komitety Ukrainskoj SSR (dekabr' 1919 - fevral' 1920 gg.)*, in: *Učenyje zapiski Char'kovskogo instituta sovjetskoj trgovli*, Bd. 6, Char'kov 1957, S. 13.

88 Čikobava, N.A., *Revoljucionnyje komitety Belorussii. Ijul' - dekabr' 1920*. *Sbornik dokumentov i materialov*, Minsk 1957, S. 29.

89 *Revkomu Adžarii*. *Sbornik dokumentov i materialov*, Batumi 1963, S. 176.

90 Ebenda, S. 220.

91 Ebenda, S. 231.

Statistisch-ökonomische Analyse des Verlaufs der Krise von 1913 in Deutschland und den USA

von Margrit Grabas

0. Problemstellung
1. Datenbasis
2. Statistisch-ökonomische Analyse der wirtschaftlichen
Entwicklung in Deutschland von 1906 bis 1914
 - 2.1. Analyse von Wachstumswahlen unter Zugrundelegung von
Häufigkeitstabellen
 - 2.2. Standardisierte grafische Darstellung
 - 2.3. Streuungsfeldvergleiche
3. Statistisch-ökonomische Analyse der wirtschaftlichen
Entwicklung in den USA von 1906 bis 1915
4. Zusammenfassung

0. P r o b l e m s t e l l u n g

Das Jahr 1913 wird in der wirtschaftshistorischen Forschung allgemein als Beginn einer neuen Überproduktionskrise des Kapitalismus betrachtet, über deren Spezifik allerdings bislang wenig Klarheit besteht.

Die Notwendigkeit ihrer Untersuchung erwächst unmittelbar aus der Bedeutung, die die Krise von 1913 sowohl für die historische, wirtschaftshistorische als auch für die politökonomische Forschung besitzt:

- Die Krise von 1913 beendet einen bereits 16 Jahre andauernden, nur durch die Krise von 1900/01 sowie die von 1907/08 kurz unterbrochenen gigantischen wirtschaftlichen Aufschwung.
- Die Krise von 1913 ist die letzte Krise des Kapitalismus, bevor er mit dem ersten Weltkrieg in das Stadium seiner allgemeinen Krise eintrat.
- Die Krise von 1913 ist die letzte Krise einer Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die zwar bereits vom Charakter der zunehmenden Monopolisierung bestimmt, zugleich jedoch noch durch gewisse Momente des Kapitalismus der freien Konkurrenz maßgeblich geprägt wurde. Sie beendete einen Entwicklungszeitraum des Kapitalismus, in dem der Krisenzyklus seit 1825 relativ unmodifiziert seine Regulierungsfunktion der kapitalistischen Produktion und Reproduktion ausüben konnte.
- Die Krise von 1913 ist die letzte Krise, die noch unter den Bedingungen des Goldstandards das Wirtschaftsleben erschütterte.
- Die Krise von 1913 ist schließlich die Krise, die einem der brutalsten Kriege der Menschheitsgeschichte - dem ersten Weltkrieg - unmittelbar vorausging. Das bedeutet, daß diese Krise im Unterschied zu allen bisherigen

Krisen zu einer Zeit ausbrach, die in einem nie zuvor dagewesenen Ausmaß von imperialistischen nationalen und internationalen Machtkämpfen zwischen den Kapitalisten sowie von zunehmenden Klassenkämpfen zwischen Bourgeoisie und Proletariat gekennzeichnet war.

Mit dieser Studie sollen deshalb auf der Grundlage eines umfangreichen empirischen Materials (es wurden zu diesem Zwecke etwa 25 000 Daten zusammengetragen) die zyklischen Bewegungsprozesse des Kapitals vor Ausbruch des ersten Weltkrieges einer statistisch-ökonomischen Analyse unterzogen werden.

Dazu wird methodisch wie folgt vorgegangen:

- Zunächst soll mit vorwiegend statistisch-deskriptiven Methoden und Verfahren der Verlauf der Krise von 1913 als Resultat des Zusammenwirkens eines ganzen Komplexes von ökonomischen Indikatoren analysiert werden.

Dabei erfolgte die Wahl des Untersuchungszeitraumes (1906 bis 1914) in erster Linie unter dem Aspekt, einen geschlossenen Zyklus als Analysebasis zu verwenden. Die letzte Krise vor der von 1913 war die Krise von 1907/08, die in der einschlägigen Literatur weder als sehr tief noch als sehr scharf, von Jürgen Kuczynski sogar nur als Zwischenkrise¹ bezeichnet wird.

Um einen Maßstab für die Heftigkeit der Krise von 1913 zu erhalten, wurde die Krise von 1907/08 als Standard während der Untersuchungen gewählt. Durch diese Vorgehensweise konnte die Krise von 1907/08, zumindest in ihrem Verlauf, zusätzlich zur eigentlichen Aufgabenstellung näher bestimmt werden.

- In einem auf den empirisch untermauerten Ergebnissen dieser Untersuchung aufbauenden zweiten Artikel wird die Frage im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, welche für die Kontinuität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses notwendigen Proportionalitätsbedingungen aufgrund welcher Erscheinungen und Prozesse so gestört wurden, daß es 1913 zu einer zyklischen Überproduktionskrise kommen konnte und mußte.

Der Bogen der unterschiedlichsten Stellungnahmen hinsichtlich der Charakteristik der Krise von 1913 spannt sich ziemlich weit. So vermuten z. B. Hans Mottek und Thomas Kuczynski, daß die krisenhaften Erscheinungen von 1913 ohne Ausbruch des ersten Weltkrieges zu einer vollentfalteten Weltwirtschaftskrise geführt haben könnten (was sich jedoch nicht beweisen lasse) und die Große Krise von 1929 bis 1932 als durch den ersten Weltkrieg verzögert zu betrachten sei.² Auch in seinem neuesten Krisenbuch gibt es für Mottek keinen Zweifel daran, daß die Verlangsamung des seit 1897 währenden beschleunigten Wachstumsprozesses "entweder durch eine große, lang andauernde Überproduktionskrise, vergleichbar der von 1873 bis 1878/79, oder durch einen Krieg" erfolgen würde.³ Jürgen Kuczynski gelangt auf der Grundlage seiner konkreten Krisenanalysen zu dem Schluß, daß die 1913 ausgebrochene Krise durch die Deformation im Prozeß der Reproduktion des Kapitals, die die Kriegswirtschaft brachte, 1915 abgebrochen wurde.⁴

1 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 12: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914, Berlin 1961, S. 165.

2 Mottek, Hans, Zur historischen Entwicklung der ökonomischen Rolle des bürgerlichen Staates bis zum ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 3/1974, S. 71; Kuczynski, Thomas, Wirtschaftskrisen, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1981, S. 789; derselbe, Das Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1932/33, Diss. A., Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin 1972, S. 32.

3 Mottek, Hans, Die Krisen und die Entwicklung des Kapitalismus, Berlin 1982, S. 145.

4 Vgl. Kuczynski, J., S. 160.

Während die marxistischen Wirtschaftshistoriker die sich 1913 und 1914 abzeichnenden Erscheinungen des Wirtschaftsgeschehens als Krise, zumindest als krisenhaft, bezeichnen (vgl. hierzu auch noch L. A. Mendelsson⁵), dabei in ihren Auffassungen nur über das Ausmaß sowie mögliche Konsequenzen für die weitere, vor allem gesamtgesellschaftliche Entwicklung divergieren, weichen die Standpunkte bürgerlicher Konjunkturforscher erheblich stärker voneinander ab.

So ist Rolf Wagenführ der Auffassung, daß es sich bei der Krise von 1913 um eine ebensolche Wachstumskrise handle wie bei den davorliegenden Krisen.⁶ Für Arthur Spiethoff dagegen, der 1913 als ein zwar vom Kapitalmangel und sich entwickelnder Übererzeugung bestimmtes Jahr kennzeichnet, ist der Kreislauf des Wechsels von Prosperität und Depression mit Beginn des ersten Weltkrieges unterbrochen, ohne daß er die Zeit davor als Krise bestimmt.⁷

Und auch für Joseph A. Schumpeter zeigt die Entwicklung um 1913 noch keine krisenhaften Symptome,⁸ ebensowenig für Walter G. Hoffmann, der allerdings aufgrund seiner umfangreichen Berechnungen zum Wachstum der deutschen Wirtschaft annimmt, "daß kurz vor dem 1. Weltkrieg eine strukturelle Stagnation eingetreten wäre, wenn nicht der 1. Weltkrieg ausgebrochen wäre".⁹

Auch die zeitgenössischen Wirtschaftsbeobachter sind sich in der Charakterisierung des Verlaufs der Wirtschaft vor dem ersten Weltkrieg nicht einig, ob sie die Verlangsamung des Aufschwungs als Beginn einer Überproduktionskrise oder vielmehr als Ausdruck einer Kreditüberspannung, einer Geldmarktversteifung und damit letztendlich einer Krise im finanziellen Bereich des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses oder aber aus den politischen Ereignissen resultierend betrachten sollen.¹⁰

Für August Sartorius von Waltershausen gab es eine günstige Konjunktur sogar noch bis zum Frühjahr 1914, auch wenn er eine Beendigung der allgemeinen weltwirtschaftlichen Hochkonjunktur nicht bestreitet, diese aber vor allem ursächlich durch den Ausbruch des Krieges bedingt darstellt.¹¹

Die Widersprüchlichkeit, teilweise auch Unsicherheit bei der Charakterisierung des wirtschaftlichen Verlaufs vor dem ersten Weltkrieg spiegelt sich schließlich in der Tatsache wider, daß bei bestimmten Periodisierungsversuchen von Konjunkturzyklen, besonders für Deutschland, das Jahr "1913" sogar völlig herausfällt. So enden entsprechende Datierungen meist bei dem nach dem letzten Zyklus von 1901 bis 1908 den neuen Zyklus einleitenden Jahr "1908". Die obere Begrenzung fällt infolge des Krieges dabei weg. Ebenso fallen even-

5 Vgl. ebenda, S. 145.

6 Wagenführ, Rolf, Die Industriewirtschaft. Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860 - 1932, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Berlin 1933, S. 12.

7 Vgl. Spiethoff, Arthur, Die wirtschaftlichen Wechsellagen, Tübingen/Zürich 1955, S. 139 - 147.

8 Vgl. Schumpeter, Joseph A., Konjunkturzyklen, Bd. 1 = Grundriß der Sozialwissenschaft, 4, Göttingen 1961, S. 459.

9 Hoffmann, Walter G., Wachstumsschwankungen in der deutschen Wirtschaft 1850 - 1967, in: Untersuchungen zum Wachstum der deutschen Wirtschaft, Tübingen 1971, S. 120.

10 Vgl. hierzu Wirtschaftsstatistische Berichte, hg. v. Richard v. Calver, Jgg. 1912 - 1914, monatlich erschienen; Berichte der Berliner Industrie- und Handelskammer, 1912/1913; Feiler, Anton, Die Konjunkturperiode 1907 bis 1913 in Deutschland, Jena 1914.

11 Vgl. Sartorius v. Waltershausen, August, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815 bis 1914, Jena 1920, S. 550 - 556.

tuelle Hinweise auf das Jahr 1913 weg, in welchem vielleicht eine neue Krise ihren Anfang nahm.¹²

In dem Periodisierungsversuch von Hans Kernbauer und Eduard März finden wir das Jahr 1913 gar als eindeutiges Aufschwungsjahr bezeichnet.¹³ Besonders interessant erscheint die Classical Cycle Chronology for Germany von Philip A. Klein. Der Monat April des Jahres 1913 nimmt für ihn in diesem letzten Zyklus vor dem Krieg den absoluten Höhepunkt ein, der August 1914, also der Monat, in dem der erste Weltkrieg ausbrach, dagegen den Tiefpunkt.¹⁴ Er bezieht also eindeutig in die Zyklizität den Krieg mit ein.

Dieser kurze Einblick in die verschiedenartigsten Bewertungen der Krise von 1913 unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit ihrer statistisch-ökonomischen Analyse.

Er weist zugleich auf ein von der Wissenschaft nach wie vor stark diskutiertes Problem hin: auf das Problem des Zusammenhangs von Krieg und Krise, ob der Krieg außerzyklischen Charakter trägt oder aber, ob er in die zyklische Bewegungsform des Kapitals mit einzuordnen ist. (Vgl. hierzu z. B. die Diskussion bei Jürgen Kuczynski.¹⁵) Auch wenn hier nicht beabsichtigt wird, in diesen Meinungsstreit einzugreifen, so ist es für die Durchführung der nachstehenden Untersuchungen dennoch notwendig, dazu Stellung zu nehmen.

1. Datenbasis

Es ist bei Krisenanalysen allgemein vertretbar und auch üblich, den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung mit Hilfe ausgewählter Indikatoren an J a h r e s z a h l e n zu verfolgen. Die besondere zeitliche Einbettung der Krise von 1913 unmittelbar vor Ausbruch des ersten Weltkrieges erzwingt jedoch ein anderes methodisches Vorgehen. Dabei wird davon ausgegangen, daß der erste Weltkrieg zwar den imperialistischen Widersprüchen des Monopolkapitalismus entspringt, aber dennoch nicht unmittelbar in die zyklische Reproduktionsbewegung des Kapitals einzuordnen ist. "Gerade in der Periode der großen Kriege verliert die Reproduktion des Kapitals ihren gewöhnlichen zyklischen Rhythmus mit dem periodischen Phasenwechsel und erwirbt einen spezifischen Kriegscharakter. Die Wirtschaft des Landes wird in dieser Zeit im wesentlichen durch außerzyklische Faktoren bestimmt."¹⁶

Diese zum Zusammenhang von Krieg und Krise auch von mir bezogene Position bestimmte meinen Entschluß, das vorhandene Zahlenmaterial nur bis zum Ausbruch des Krieges auszuwerten.

Da die Jahreszahlen für das Jahr 1914 aber die Monate des Kriegsbeginns, der eine Schockwirkung auf das wirtschaftliche Geschehen ausübt, implizieren, mußte auf M o n a t s z a h l e n zurückgegriffen werden. Hinzu kommt, daß die alleinige Betrachtung von Jahreszahlen z. B. der Produktionsbewe-

¹² Vgl. hierzu vor allem Schröder, Wilhelm/Spree, Reinhard, Historische Konjunkturforschung: Aufriß und Desiderata, in: Historische Konjunkturforschung = Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 11, Stuttgart 1980, S. 7 ff.; Tilly, Richard, Konjunkturgeschichte und Wirtschaftsgeschichte, in: ebenda, S. 18 ff.

¹³ Kernbauer, Hans/März, Eduard, Das Wirtschaftswachstum in Deutschland und Österreich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg - eine vergleichende Darstellung, in: ebenda, S. 47 ff.

¹⁴ Klein, Philip A., Postwar Growth Cycles in the German Economy, in: ebenda, S. 115 ff.

¹⁵ Vgl. Kuczynski, J., S. 155 - 160.

¹⁶ Wagenführ, S. 60.

gung aufgrund der nur zögernden Verlangsamung des so starken wirtschaftlichen Aufschwungs in den Jahren zuvor ein ziemlich unsicheres Bild ergeben würde. So konnte z. B. in Deutschland der Bergbau insgesamt von 1912 zu 1913 noch eine immerhin beachtliche Steigerung von 7,1 %, die Eisenproduktion gar von 8,8 %, der Maschinenbau eine Steigerung von 6,5 % erzielen; die Erzeugung von Chemikalien konnte um 5,7 %, die von Glühlampen um 8,7 % erhöht werden; die Gaserzeugung nahm von 1912 zu 1913 gar um 15,1 % zu. Nur die Textilindustrie (um 5,9 %), das Baugewerbe (um 25,1 %) und der Kraftfahrzeugbau (um 12,4 %) erfahren (im Jahresdurchschnitt) einen beträchtlichen Rückgang, während die anderen Zweige mit durchschnittlich nur 1 bis 2 % Steigerung ihrer Produktion von 1912 zu 1913 bereits auf eine Beendigung der Hochkonjunktur hinweisen.¹⁷

Aber auch international ergibt die alleinige Betrachtung der Jahreszahlen ein nur ungenügendes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung, durch welches sich 1913 tatsächlich nicht als Krisenjahr bestimmen lassen würde. So weisen die Ergebnisse der Montanindustrie (und diese sind immerhin ein wesentlicher Indikator für den Konjunkturverlauf einer bestimmten Wirtschaft) führender Industriestaaten entsprechend der "Statistics of the Iron and Steel industries"¹⁸ fast durchgängig von 1912 zu 1913 beträchtliche Steigerungen auf: Großbritanniens Kohleproduktion steigt um 10,4 %, die von Italien um 5,6 % (und von 1913 zu 1914 nochmals um 11,5 %), Großbritanniens Koks- und Kohleverbrauch gar um 17,9 %. Die Roheisenproduktion steigt in Großbritannien um 17,0 %, in Italien um 15,8 % und in Kanada um 11,2 %. Die Stahlerzeugung nimmt in Großbritannien um 12,7 %, in Frankreich um 5,8 % zu. Nur die Produktion von Kohle in Belgien weist einen Rückgang (um 0,6 %) auf.

Die Betrachtung von Monatszahlen gewährt dagegen einen besseren Einblick in eventuell sich verlangsamende oder aber rückläufige Prozesse.

Die Verwendung von Monatszahlen brachte allerdings einige zusätzliche Schwierigkeiten mit sich, weshalb die Untersuchung auch vorwiegend auf Deutschland beschränkt bleiben mußte; zum Zwecke eines Vergleichs konnte die wirtschaftliche Entwicklung in den USA herangezogen werden. Während nämlich die Jahresdaten ausgewählter Indikatoren für den historischen Zeitraum des Kapitalismus relativ geschlossen dem Wirtschaftshistoriker zur Verfügung stehen, beginnt die kontinuierliche monatliche Erfassung der Ergebnisse von Wirtschaftsvorgängen erst nach dem ersten Weltkrieg. So mußten die Daten aus den unterschiedlichsten Quellen, insbesondere aus laufenden Angaben zu den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Jahre 1906 bis 1915, einzeln ermittelt und dann zusammengestellt werden. Oft stieß man dabei auch auf unterschiedliche Datenangaben in verschiedenen Quellen.¹⁹ Die Verwendung von Monatszahlen brachte noch ein weiteres Problem mit sich - das der Saisoneinflüsse, die den Aussagewert der statistisch erfaßten Daten mehr oder weniger stark verzerren können. Aus diesem Grunde wurden alle Zahlen für Deutschland (außer Börsenwerte und relativ konstant gebliebene Syndikatpreise) einer Saisonbereinigung unterzogen.²⁰ Für die USA lagen saisonbereinigte Daten größtenteils vor.

¹⁷ Vgl. Kuczynski, J., S. 155.

¹⁸ Vgl. Statistics of the Iron and Steel Industries, London 1930.

¹⁹ Vgl. Grabas, Margrit, Monatliche Daten der wirtschaftlichen Entwicklung von 1906 bis 1914 in Deutschland, in: JWG, 4/1984.

²⁰ Vgl. ebenda.

2. Statistisch-ökonomische Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland von 1906 bis 1914

Entsprechend dem von der einschlägigen Literatur vermittelten Wissensstand wird im folgenden hypothetisch von einer krisenhaften Entwicklung²¹ in Deutschland um 1913 ausgegangen, deren spezifischer Verlauf jedoch erst zu bestimmen ist. Dabei wird versucht, auf nachstehend dargestellte Art und Weise mit Hilfe von drei statistischen Methoden das gesamte, nunmehr statistisch aufbereitete Datenmaterial in die Analyse der Entwicklung in Deutschland einzubeziehen. Dies entspricht der Auffassung, daß der Reproduktionsprozeß als Ganzes zwar durch die spezifischen Wechselwirkungen zwischen seinen einzelnen Teilen ursächlich bedingt ist, diese Teile sich aber erst dann im einzelnen näher analysieren lassen, wenn man das Ganze - nämlich die wirtschaftliche Situation 1913/14 -, wie es sich als Bild dem Betrachter offenbart, kennt.

Folgende Indikatoren, die m. E. wirtschaftliche Prozesse über einen bestimmten Entwicklungszeitraum hinweg empirisch sichtbar machen können, konnten bei der Beschreibung des allgemeinen Verlaufs der wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland verwertet werden:

Produktion, Versorgung und Absatz von Steinkohle, Braunkohle, Koks, Roheisen (außer Absatz), Absatz von Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen, Produktion von Zucker, Versorgung mit Rohstoffen für Textilien, Einnahmen des Güterverkehrs, Arbeitslosigkeit (aufgeteilt nach Fachbereichen), börsenstatistische Angaben, Investitionen, Konkurse, mengen- und wertmäßige Angaben des Außenhandels sowie zahlreiche Groß- und Kleinhandelspreise.²² Da alle hier analysierten Indikatoren derart wechselseitig miteinander verflochten sind, daß sie als Gesamtheit den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung widerspiegeln und vorerst ein Gesamteindruck über den Verlauf der Krise erzielt werden soll, wird auf eine unterschiedliche Gewichtung der Indikatoren bei den nachfolgenden statistischen Untersuchungen verzichtet. Anhand der Ergebnisse dieser Analyse werden dann als Ausgangsbasis einer sich anschließenden Untersuchung möglicher Ursachen für den spezifischen Verlauf der Krise von 1913 ausgewählte Indikatoren aufgrund ihrer besonderen Relevanz dann einer Einzelanalyse unterzogen.

2.1. Analyse von Wachstumsszahlen unter Zugrundelegung von Häufigkeitstabellen

In Anlehnung an Hans Wagner²³ wurde bei der Untersuchung der ausgewählten einzelnen Indikatoren zur näheren Bestimmung des Verlaufs der Krise von 1913 zwischen Länge, Tiefe und Schärfe der Krise unterschieden.

Als Anfangszeitpunkt t_0 der krisenhaften Entwicklung wird der Moment der höchsten Konjunktur, als ihr Endpunkt t_n der tiefste Krisenmoment betrachtet. Die Länge der Krise ist dann $n = t_n - t_0$.

²¹ Dabei verstehen wir unter krisenhafter Entwicklung bzw. Krise eine periodisch wiederkehrende Phase innerhalb des kapitalistischen Reproduktionszyklus, in der auf gewaltsame Art und Weise Kapital massenhaft entwertet wird, wodurch die sich zuspitzenden Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zeitweilig ausgeglichen werden.

²² Vgl. Grabas.

²³ Wagner, Hans, Die zyklischen Überproduktionskrisen der Industrieproduktion in den USA in den ersten beiden Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus (1914 bis 1958), in: JWG, 4/1964, S. 15.

Die Tiefe der Krise ergibt sich

a) absolut aus der Differenz $x_n - x_0$,

b) relativ aus der durch den Anfangswert dividierten Differenz

$$\frac{x_n - x_0}{x_0} = \frac{x_n}{x_0} - 1.$$

Die Schärfe der Krise läßt sich als mittleres monatliches Wachstumstempo von t_0 bis t_n darstellen:

$$= \sqrt[n]{\frac{x_n}{x_0}} - 1.$$

Relative Tiefe und Schärfe werden im allgemeinen in Prozent angegeben.

Um einen Eindruck von Gesamtschärfe und Gesamttiefe der Krise von 1913 zu erhalten, wurde für jeden einzelnen Indikator Schärfe und Tiefe des Rückgangs berechnet. In Abhängigkeit davon, daß, wie bereits erwähnt, als Vergleichsbasis für die Charakterisierung der Krise von 1913 die Krise von 1907/08 gewählt worden ist, wurde der Entwicklungszeitraum von 1906 bis 1914 in zwei Trendperioden geteilt. Für jede dieser Trendperioden wurden dann getrennt Schärfe und Tiefe ermittelt.

In einem folgenden Schritt wurden zum Zwecke der Ermittlung einer Häufigkeit die Ergebnisse der Berechnungen zur Schärfe und Tiefe des Rückgangs gruppiert. In den so entstandenen Gruppen wurde über einfache "Ausstrichlung" vorerst die absolute Anzahl der jeweiligen Zeitreihen - getrennt nach den Trendperioden 1907/08 und 1913/14 - entsprechend der Höhe ihres Rückgangs ermittelt, um sie sodann zur Gesamtzahl der analysierten Reihen in Beziehung zu setzen.

Um eine differenziertere Aussage zum Krisenverlauf zu ermöglichen, wurde das Datenmaterial nunmehr noch nach einem weiteren sachlichen Merkmal gruppiert, und zwar nach den die wirtschaftliche Gestaltung eines Entwicklungszeitraumes maßgeblich kennzeichnenden Indikatoren (natürlich nur in Abhängigkeit von der überhaupt verfügbaren Indikatorenmenge): nach der Produktion, der Arbeitslosigkeit, dem Außenhandel, dem Finanzbereich, und den Preisen (und hier nochmals nach Nahrungsmittel- und Industriepreisen). Diese Gruppierung wurde zu der ersten Gruppierung in Beziehung gesetzt, also kombiniert. Dabei wurde streng darauf geachtet, daß zum Zwecke der Vergleichbarkeit der beiden Krisen 1907/08 und 1913 nur solche Zahlenreihen ausgewertet wurden, die geschlossen für beide Zeiträume vorliegen. (So konnten z. B. bei dieser Methode Import und Export nur mengenmäßig in die Auswertung eingehen, da der wertmäßige Ausweis des deutschen Außenhandels monatlich erst ab 1910 vorlag.)

Im einzelnen wurde die in einer jeweiligen Gruppe ermittelte Anzahl der Zeitreihen demnach jetzt nach den genannten sachlichen Bereichen nochmals gruppiert und ihre jeweilige Anzahl sowohl absolut als auch relativ ermittelt (relativ dabei sowohl zu der Anzahl der in einer jeweiligen Gruppe vorhandenen Reihen als auch zu der Gesamtanzahl der überhaupt in die Auswertung eingegangenen Reihen).

Die umfangreichen, nach diesen Verfahren der Gruppenbildung durchgeführten Berechnungen spiegeln sich in einem Tabellenkomplex - getrennt nach Tiefe und Schärfe - wider (vgl. Tab. 1 bis 6 im Anhang). Die Ergebnisse lassen sich in folgendem Schluß zusammenfassen: Einerseits bestätigen die Untersuchungsergebnisse, daß die wirtschaftliche Entwicklung um 1913 in Deutschland als krisenhaft charakterisiert werden kann. Fast alle untersuchten Zeitreihen weisen eine stagnierende oder rückläufige Bewegung auf. Andererseits kann unter dem Aspekt einer allgemeinen Einschätzung des Ver-

laufs der beiden Krisen 1907/08 und 1913 auf der Grundlage statistischer Methoden zur Ermittlung von Schärfe und Tiefe eindeutig festgestellt werden, daß die Krise von 1913 im Vergleich zu der von 1907/08 sowohl weniger scharf als auch weniger tief war.

Ungeachtet dessen gab es einige Bereiche der Wirtschaft, in denen 1913 stärkere Krisensymptome auftraten. Schaut man sich zunächst die Entwicklungsreihen von Indikatoren an, die ein s c h ä r f e r e s Krisentempo im Vergleich zu 1907/08 aufweisen (vgl. Tab. 3), so lassen sich daraus folgende Schlußfolgerungen ziehen:

1. Aufgrund des schärferen Anstiegs der Arbeitslosigkeit im Maschinenbau und der Metallverarbeitung, des schärferen Rückgangs sowohl des Imports als auch des Exports von Maschinen, Fahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen sowie des schärferen Rückgangs der gewerblichen Neuinvestitionen in der Metallerzeugung und im Maschinenbau im Vergleich zur Krise von 1907/08 kann angenommen werden, daß der M a s c h i n e n b a u und die M e t a l l e r z e u g u n g bei der rückläufigen Entwicklung des wirtschaftlichen Aufschwungs im Jahre 1913 eine wesentliche Rolle gespielt haben.
2. Aufgrund des schärferen Rückgangs der Produktion von Zucker, des schärferen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, des schärferen Rückgangs des Imports an Nahrungs- und Genußmitteln, des schärferen Rückgangs der Investitionen im Nahrungs- und Genußmittelbereich sowie des schärferen Rückgangs der Preise für Kartoffeln im Vergleich zu 1907/08 kann weiterhin angenommen werden, daß die Bewegungen in der N a h r u n g s m i t t e l i n d u s t r i e bei der Entstehung und dem Verlauf der Krise von 1913 eine entsprechende Bedeutung besitzen.
3. Aufgrund des schärferen Rückgangs der Produktion von Koks, der Produktion und des Absatzes von Kohle und Briketts im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, des schärferen Rückgangs des Exports von mineralischen und fossilen Rohstoffen sowie des schärferen Rückgangs der Preise von Fettförderkohle (Saarbrücken) und Steinkohle (Düsseldorf) sowie von Puddelisen im Vergleich zur Krise von 1907/08 kann schließlich angenommen werden, daß auch in der M o n t a n i n d u s t r i e stärkere Krisensymptome aufgetreten sind.

Analysiert man nun die Reihen, die unter dem Aspekt der Tiefe einen größeren Rückgang im Vergleich zu 1907/08 aufweisen (vgl. Tab. 6), lassen sich wiederum gewisse Parallelen zwischen den einzelnen Bereichen nicht übersehen, so daß man schlußfolgern kann:

1. Aufgrund des größeren Ausmaßes der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie und des umfangreicheren Sinkens des Exports von Textilerzeugnissen 1913 im Vergleich zur Krise von 1907/08 kann angenommen werden, daß die T e x t i l i n d u s t r i e bei der krisenhaften Entwicklung 1913 eine große Rolle gespielt hat.
2. Aufgrund des stärkeren Rückgangs des Exports an Maschinen, Fahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen sowie des umfangreicheren Zurückgehens der gewerblichen Neuinvestitionen im Maschinenbau im Vergleich zu 1907/08 kann angenommen werden, daß dem M a s c h i n e n b a u beim Verlauf der Krise von 1913 eine entsprechende Bedeutung zukommt.

Für die weitere Analyse der Krise von 1913 scheint abschließend beachtenswert zu sein, daß sich sowohl die Arbeitslosigkeit insgesamt als auch der gesamte finanzielle Bereich 1913 einerseits bedeutend schärfer krisenhaft als 1907/08, andererseits aber weniger tief entwickelte.

Zu ergänzen wäre noch, daß über die Methode der Berechnung des Mittelwertes aus Gruppenhäufigkeiten zusätzlich versucht worden ist, eine sog. Durchschnittsschärfe bzw. Durchschnittstiefe für die betrachteten Krisen zu ermitteln. Die Ergebnisse führten jedoch aufgrund der gleichwertigen Berücksichtigung von hohen Extremwerten bei der Mittelwertberechnung zu keinem für unsere Zwecke brauchbaren Ergebnis, weshalb auf ihre Darstellung verzichtet werden soll.

2.2. Standardisierte grafische Darstellung

Nicht nur Schärfe und Tiefe sind für die Charakteristik einer bestimmten Krise von Bedeutung. Auch die Bestimmung des Zeitraumes (Länge), in dem die stark verschobenen Proportionen innerhalb des Reproduktionsprozesses gewaltsam wieder ausgeglichen werden, ist für die Analyse des Krisenverlaufs wichtig.

Eine Möglichkeit zur Realisierung dieser Aufgabe besteht abermals in der Anwendung der Gruppenmethode, wobei zu diesem Zwecke nach zeitlichem und sachlichem Merkmal in ihrer Kombination gruppiert worden ist. Dabei wurde als sachliches Merkmal der Phasenwechsel eines jeden Zyklus - Krise, Depression, Belebung, Aufschwung - und als zeitliches Merkmal dementsprechend der Zeitraum, in dem diese Phasen sich entwickelten, berücksichtigt.

Über "Ausstrichelung" wurde versucht, anhand der Häufigkeit der einzelnen in die jeweiligen Gruppen eingeordneten Zeitreihen eine Aussage zum zeitlichen Verlauf der beiden Krisen zu treffen. Allerdings war es bei dem unter Umständen recht wechselvollen Auf und Ab einzelner Zeitreihen nicht immer möglich, eine eindeutige Zuordnung in die jeweiligen Gruppen vorzunehmen.

Während man für den Entwicklungsverlauf der Wirtschaft in der Zeit von 1906 bis 1909 aufgrund der relativen Gleichläufigkeit der jeweiligen Reihen ein einigermaßen gesichertes Ergebnis erzielen konnte, war dies für den sich anschließenden Zeitraum nicht mehr möglich.

Es läßt sich ziemlich eindeutig feststellen, daß sich nach einem relativ ausgewogenen Aufschwung 1906 bis zum Herbst 1907 die deutsche Wirtschaft am Ende des Jahres 1907 in ihrer Entwicklung verlangsamte und die nunmehr sich immer stärker zeigende krisenhafte Entwicklung im Frühjahr 1909 ihren Tiefpunkt erreicht. Dabei konnten von 110 bei dieser Methode ausgewerteten Reihen 67 Reihen - das aber sind fast 61 % - ermittelt werden, die dieser Beschreibung des Wirtschaftsverlaufs zugrunde liegen. Berücksichtigt man hierbei noch weitere 5 Reihen von Börsenwerten, die krisenhafte Symptome bereits ab Herbst 1906 und bis Anfang 1908 zeigen, dann kann das erzielte Ergebnis für den Zeitraum des Verlaufs der Krise von 1907/08 nur noch unterstrichen werden, denn Baissen an der Börse gehen der Krise in den übrigen Bereichen der Wirtschaft erfahrungsgemäß immer voraus.

Für den Zeitraum des Verlaufs der Krise von 1913 dagegen konnte ein ähnlich eindeutiges Ergebnis allein für die Situation im Finanzbereich erzielt werden. So weisen fast alle Werte einheitlich auf eine Krise an der Börse vom Sommer 1912 bis zum Frühjahr 1913 hin.

Alle übrigen Werte schwanken in ihrem Entwicklungsverlauf aber derart, daß sich die zeitliche Begrenzung der Krise von 1913 nicht eindeutig bestimmen läßt. So konnten besonders hohe Preise bei Lebensmitteln bereits ab Mitte Mai 1911 nachgewiesen werden, die ab Juli 1912 bis Juli 1914 leicht sanken. Metall- und Rohisenpreise dagegen begannen nach einem starken Hoch erst etwa im Juli 1913 zu sinken, um aber bereits ab Januar 1914 z. T. wieder leicht zu steigen. Besonders wenig eindeutig verlaufen die Reihen der Textilpreise, aber auch die des Außenhandels.

Wenn überhaupt eine Häufung von Reihen in einer bestimmten zeitlichen Gruppe nachweisbar war, so in 2 Fällen:

- a) eine relative Häufung von Rückgangerscheinungen für den Zeitraum Frühjahr 1913 bis Ende 1913 - und zwar für 34 von 110 Fällen, das sind rund 31 %.
- b) eine sogar recht starke Häufung von Reihen, bei denen ab Anfang des Jahres 1914 bis Juli 1914 bereits wieder ein wenn auch nur leichter Anstieg zu verzeichnen ist. Das konnte für 53 von 110 Reihen, das sind immerhin fast 50 % des gesamten ausgewerteten Materials, nachgewiesen werden.

Besonders das letzte Ergebnis scheint interessant, vor allem in Hinblick auf die verschiedentlich vertretene Auffassung, daß ohne Ausbruch des ersten Weltkrieges die Krise von 1913 eine sehr schwere Weltwirtschaftskrise geworden wäre. Unseres Erachtens wird dieser Auffassung durch die Tatsache, daß bereits fast die Hälfte aller statistisch zur Verfügung stehenden Entwicklungsreihen wieder eine Besserung nach einer überaus kurzen Krise erfahren - zumindest zu einem guten Teil -, ein plausibler Beweisgrund genommen!

Aber auch der Tatbestand, daß sich die einzelnen analysierten Zeitreihen während des Zeitraumes von 1913 bis Juli 1914 sehr unregelmäßig verhalten, ist für die Charakterisierung der Krise von 1913 relevant.

Aufgrund eben dieser Bedeutung wurde eine weitere statistische Methode nutzbar gemacht: die grafische Veranschaulichung des Entwicklungsverlaufs der die Reproduktion des Kapitals bedingenden entscheidenden Faktoren, mit dem Ziel, weitere Aufschlüsse über die Spezifik der beiden Krisen von 1907/08 und 1913 zu erhalten.

Grundlage für diese Methode bildet ein statistisches Verfahren, mit dessen Hilfe man unterschiedliche Zeitreihen vergleichbar machen und dementsprechend, unabhängig davon, ob es sich z. B. um Preise, Arbeitslosigkeitszahlen oder Produktionsangaben handelt, in einem Koordinatensystem gemeinsam grafisch darstellen kann: die Standardisierungsmethode.

Die einzelnen Werte der so für die grafische Darstellung statistisch aufbereiteten, nunmehr standardisierten Zeitreihen wurden nach folgender Formel ermittelt:

$$x_{tk}^{(st)} = \frac{x_{tk} - \bar{x}_k}{s_k} \quad \text{wobei: } x_{tk} \text{ der Originalwert von } x \text{ in der } k\text{-ten} \\ \text{Zeitreihe zum } t\text{-Zeitpunkt;}$$

$$\bar{x}_k = \frac{1}{n} \sum_{t=1}^n x_{tk} \quad \text{das arithmetische Mittel;}$$

$$s_k = \sqrt{\frac{1}{n} \sum_{t=1}^n (x_{tk} - \bar{x}_k)^2} \quad \text{die Standardabweichung und}$$

$x_{tk}^{(st)}$ der standardisierte Wert ist.

Zwecks Übersichtlichkeit wurden nur die wichtigsten Zeitreihen, und nicht nur in einer, sondern in zwei Darstellungen, veranschaulicht (vgl. Darstellung 1 und 2 im Anhang). Aus demselben Grund wurden Reihen, wie die der Arbeitslosigkeitszahlen, des Bankdiskontsatzes sowie des Marktzinssatzes, die dem allgemeinen Trend der Indikatoren in Krise und Konjunktur entgegenge-

setzt verlaufen (so ist eine hohe Arbeitslosigkeit z. B. ein Zeichen für eine Krise, während normalerweise hohe Werte der Daten ein Zeichen für Konjunktur sind), mit (-1) multipliziert.

Darstellung 1 umfaßt 20 standardisierte, in erster Linie Produktions- (Roheisen, Steinkohle, Braunkohle, Koks), Versorgungs- (die gleichen Produkte), Außenhandels- (mengen- und wertmäßiger Gesamtausweis von jeweils Export und Import) und Finanzreihen (Aktienindex, Bankdiskont, Marktzinssatz) sowie Arbeitslosigkeitsreihen und die Reihe der Einnahmen des Güterverkehrs.

In Darstellung 2 wird der Verlauf der wichtigsten Großhandelspreise wiedergegeben.

Beide Darstellungen zielen darauf ab, aufgrund des Verlaufs der einzelnen Reihen einen Gesamteindruck zum Gesamtverlauf der wirtschaftlichen Entwicklung herauszuarbeiten. Dabei wird von folgender Prämisse ausgegangen:

Bei einer starken Krise werden mehr oder weniger **a l l e** Bereiche des gesellschaftlichen und vor allem des ökonomischen Lebens von deren Auswirkungen berührt, was zu einer gewissen Einheitlichkeit beim Verlauf der einzelnen daran beteiligten Indikatoren führt; bei einer schwächeren Krise dagegen werden unmittelbar nur einige Bereiche von einem Rückgang stark betroffen, während andere Bereiche - zwar aufgrund der engen wechselseitigen Verflochtenheit aller ökonomischen Erscheinungen und Prozesse ebenfalls davon in Mitleidenschaft gezogen - weitaus weniger die krisenhafte Entwicklung durchlaufen. Die Folge ist eine fehlende Gleichläufigkeit des Gesamtverlaufs, also ein größerer Schwankungsraum, in dem sich die einzelnen Reihen bewegen.

Bei der Betrachtung der Darstellung ist offensichtlich, daß erstens eine besonders starke Dichte beim Verlauf der Reihen in dem Zeitraum von etwa April 1910 bis zum Sommer 1911 zu verzeichnen ist. (Dies ist die Zeit der Belebung nach einer der Krise von 1907/08 folgenden Depression.) Daraus läßt sich schließen, daß sich die einzelnen Bereiche der Wirtschaft auf dem Wege einer relativ gleichmäßigen Erholung befanden.

Zweitens weisen Anfang und Ende der Reihen, oberflächlich gesehen, eine gewisse Ähnlichkeit auf, wenngleich diese sich nach näherer Analyse nur als Ausdruck eines bestimmten Zeitraumes offenbart, in dem ein Aufschwung zu Ende geht. Ergebnisse zusätzlicher Untersuchungen zum individuellen Verlauf der einzelnen Reihen, die die Aussage zum Gesamtverlauf der wirtschaftlichen Entwicklung ergänzen, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Ende 1906/Anfang 1907 sich durch ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit sowie durch krisenhafte Erscheinungen im Finanzbereich (vgl. oberhalb der O-Achse ablaufende Bewegungen) ankündigende Beendigung des starken Aufschwunges gleitet Ende 1907 in eine allgemeine Krise hinüber, die Ende 1908/Anfang 1909 ihren Tiefpunkt erreicht. Dabei weisen die Finanzreihen ein starkes Krisenverhalten auf, während man das Sinken der Werte der anderen Indikatoren zwar als relativ einheitlich, aber nicht als auffallend stark charakterisieren kann.

Im Jahre 1912 geht der starke Anstieg, nach einer vorübergehenden kurzfristigen Ermattung vom Sommer 1911 bis Ende 1911/Anfang 1912, nahtlos in einen Aufschwung über, der eindeutig als Hochkonjunktur bezeichnet werden kann. Diese Hochkonjunktur verlangsamt sich erst in der Mitte des Jahres 1913. Dabei weisen allein die Reihen des Finanzbereiches - und das bereits teilweise ab Ende 1911 bzw. dann vor allem Ende 1912 - und die Reihe der Gesamtarbeitslosigkeit - ebenfalls seit Ende 1912 - einen eindeutigen Rückgang (sprich: Anstieg) auf. Alle anderen Reihen schwanken dagegen zwischen einer stagnierenden, sich verlangsamen oder einer (und das nur schwachen) rückläufigen Bewegung, die nach dem Wechsel in das Jahr 1914 sogar teilweise bereits wieder aufwärtssteigende Tendenzen zeigt.

2. Bei der Gegenüberstellung der Krisenverläufe von 1907/08 und 1913 fällt auf, daß die der rückläufigen Entwicklung im Bereich der Produktion meist vorgelagerten krisenhaften Erscheinungen an der Börse bei der Krise von 1913 fast zweieinhalb Jahre vorher auftreten, während sie bei der Krise von 1907/08 nur etwa anderthalb Jahre zuvor das Ende des Aufschwungs ankündigen.

Des weiteren fällt auf, daß bei der Krise von 1913 die Arbeitslosigkeit bereits (wenn auch nur leicht) zu sinken beginnt, noch ehe sich in der Wirtschaft allgemein eine eindeutige Krise abzeichnet.

Die Interpretation von Darstellung 2 ermöglicht ergänzende Aussagen:

1. Die Entwicklung der Großhandelspreise durchläuft eine Bewegung, die etwa ab Frühjahr 1907 eine eindeutig - und sogar stark - sinkende Tendenz aufweist. Zwischen dem Herbst 1908 und dem Frühjahr 1909 wird dabei ihr Tiefpunkt erreicht.

Diese Bewegung unterstreicht das zuvor bereits erzielte Ergebnis, daß von der Krise 1907/08 die Schwerpunktindustrien etwa gleichermaßen betroffen waren.

2. Gegenüber Darstellung 1 deutet die relativ unruhige Bewegung der Preise in der Phase der Belebung auf eine weniger gleichläufige Entwicklung hin. Der in dem Zeitraum zwischen 1910 und 1911 z. T. nur zögernde Preisanstieg sowie die besonders in der Mitte des Jahres 1911 teilweise sogar sinkenden Tendenzen lassen auf gewisse Störfaktoren schließen, die sich eventuell auf die Entwicklung 1913/14 ausgewirkt haben könnten.

3. Ähnlich wie Darstellung 1 zeigt nun auch die Bewegung der Großhandelspreise, daß nach einem etwa bis zum Frühjahr 1913 anhaltenden kräftigen Aufschwung (wobei dieser allerdings, jedenfalls gemessen an der Preisbewegung, nicht eine solche Höhe wie 1906/07 erreichte) die Rückläufigkeit der Konjunktur weder ebenso stark wie 1907/08 noch ebenso einheitlich einsetzte. Dabei tritt bei den Preisen etwa um die Jahreswende 1913/14 bereits wieder eine leichte Aufwärtsbewegung ein.

4. Bei der Einschätzung der durch Darstellung 2 möglich gewordenen Aussagen über die Preisentwicklung in Deutschland ist zu berücksichtigen, daß (aufgrund fehlender geschlossener monatlicher Nachweise über den gesamten gegebenen Zeitraum) die Preisentwicklung der Fertigwarenprodukte darin nicht enthalten ist. Vielmehr wurden insbesondere Rohstoffpreise, wie die von Roheisen, Kohle und Koks, von Metallen, wie Blei, Zink, Zinn, Kupfer, sowie von Zement, Leinengarn und Kattun erfaßt. Da aber gerade diese Rohstoffpreise den Verlauf der zyklischen Bewegung relativ gut widerspiegeln, sind sie m. E. hinreichend repräsentativ.

5. Um zusätzlich zu den genannten Rohstoffpreisen auch noch die Großhandelspreise für Nahrungsmittel (Mehl, Butter, Kartoffeln an verschiedenen Orten) in die Auswertung einzubeziehen, es aber aus Gründen der Anschaulichkeit nicht günstig gewesen wäre, diese einzeln in die Darstellung aufzunehmen, wurde über eine im nächsten Punkt näher zu erläuternde statistische Methode die negative und positive dreifache Streuung für die aus allen zur Verfügung stehenden Großhandelspreisen zusammengefaßte Mittelwertreihe festgestellt und in das Bild eingezeichnet. Diese Streuungsdiagramme unterstreichen eindeutig die bisherigen Ergebnisse.

Zusätzlich zur Nutzung der Ergebnisse der Gruppen- und der standardisierten grafischen Darstellungsmethode für die Analyse des Verlaufs der beiden Krisen von 1907/08 und 1913 soll im folgenden auf der Grundlage des Vergleichs von Streuungsfeldern zu den einzelnen Zeitpunkten der Zeitreihe von 1906 bis 1914 untersucht werden, ob wesentliche Unterschiede betreffs der Aussagekraft der verwendeten Daten zwischen beiden Krisenzeiträumen bestehen. Zur Sichtbarmachung der Streuungsfelder wurde der Drei-Sigma-Bereich angewendet, durch den statistisch abgesichert ist, daß der Streuungsbereich acht Neuntel aller untersuchten Elemente der erfaßten statistischen Gesamtheit widerspiegelt.

Zur Ermittlung der Streuungsfelder wurden als Verfahren folgende Schritte angewandt:

Gegeben seien N standardisierte Zeitreihen $X_k = (x_{kt})$,
wobei k die Nummer der Zeitreihe X
und t der jeweilige Zeitpunkt ist.

Aus diesen Zeitreihen wird für jeden Zeitpunkt das arithmetische Mittel berechnet

$$\bar{x}_t = \frac{1}{N} \sum_{k=1}^N x_{kt}.$$

Die Streuung für jeden Zeitpunkt t ist dann:

$$s_t = \sqrt{\frac{1}{N} \sum_{k=1}^N (x_{kt} - \bar{x}_t)^2}$$

$$= \sqrt{\frac{2}{x_t - \bar{x}_t} \cdot 2}.$$

Mit Hilfe der so berechneten Streuungen können bei Verwendung von \bar{x}_t die Grenzen der Drei-Sigma-Bereiche wie folgt berechnet werden:

$$\bar{x}_t + 3s_t$$

$$\bar{x}_t - 3s_t.$$

Die so berechneten Drei-Sigma-Bereiche wurden zur Sichtbarmachung der entsprechenden Streuungsfelder grafisch dargestellt (Darstellungen 3 bis 6).

Zunächst wurde unter Zugrundelegung eines Mittelwertes für die jeweiligen Zeitpunkte im betrachteten Zeitraum, der alle untersuchten Merkmale einbezieht, ein Streuungsfeld bestimmt, welches in Darstellung 2 wiederspiegelt ist. Obwohl die Mittelwertreihe dieser Darstellung die Ergebnisse der Darstellung 1 im Prinzip bestätigt, ergibt das gesamte Streuungsfeld keine zusätzlichen relevanten Aussagen.

Aus diesem Grunde wurde die untersuchte statistische Gesamtheit in 3 Teilmensamtheiten untergliedert: in den Produktions-, den Finanz- und den Preisbereich. Für alle 3 Bereiche wurden gesonderte Mittelwertreihen berechnet, in die die jeweils vorhandenen Daten einbezogen worden sind.

Die Mittelwertreihe für die Produktionswerte wurde aufgrund der der Produktion zugrunde liegenden Wachstumsprozesse vom Trend bereinigt (linearer Trend).

Die Auswertung der Darstellungen 4 bis 6 ergab folgende Erkenntnisse:

- a) Alle 3 Mittelwertreihen in den Darstellungen 4 bis 6 unterstreichen die bisherigen Erkenntnisse, daß einerseits zwar die ökonomische Entwicklung vor dem ersten Weltkrieg in Deutschland als krisenhaft bezeichnet werden kann, andererseits jedoch die Krise von 1913 einen schwächeren Verlauf hatte als die von 1907/08. Lediglich im Finanzbereich sind gewisse Anzeichen eines schärferen, wenn auch nicht tieferen Rückgangs zu erkennen.
 - b) Die Ergebnisse der mit Hilfe der Drei-Sigma-Bereiche bestimmten und dargestellten Streuungsfelder ergänzen und erhärten die statistische Aussagekraft der jeweilig errechneten Mittelwertreihen für die untersuchten 3 Bereiche.
- Aus Darstellung 4 läßt sich für den Produktionsbereich ableiten, daß die statistische Aussagekraft der Mittelwerte für den Zeitraum der Krise von 1913 im Vergleich zu denen der Krise von 1907/08 größer ist. Für die jeweils vor den Krisenjahren liegenden Phasen ist die Aussagekraft der Mittelwerte gleichermaßen groß, ebenso für die Zeit der Belebungsphase 1910 und 1. Halbjahr 1911. Beide Aussagen sind auf der Grundlage von Vergleichen der Breiten der Streuungsfelder möglich.

Die extrem große Streuungsbreite des Drei-Sigma-Bereiches für den Mittelwert im Juli 1914, aber auch in den Monaten unmittelbar vor Ausbruch des ersten Weltkrieges deutet auf die Problematik der Aussage- und Deutungsfähigkeit der erfaßten Daten hin.

- Aus Darstellung 5 läßt sich für den Preisbereich ableiten, daß die Aussagekraft der Mittelwerte für beide betrachteten Zeiträume unterschiedlich ist; sie ist für den Zeitraum ab Mitte 1912 bis Juli 1914 beträchtlich höher als für den Vergleichszeitraum 1907/08!
- Aus Darstellung 6 läßt sich für den Finanzbereich ableiten, daß die Aussagekraft der Daten für die Krise von 1907/08 wesentlich stärker ist als für die Krise von 1913.

Die extreme Breite des Streuungsfeldes Ende 1912 weist auf besondere Ereignisse im Finanzbereich zu diesem Zeitpunkt hin. Auffallend ist für diesen Bereich des weiteren, daß der Zeitraum von Ende 1908 bis Ende 1909 ein extrem starkes Streuungsfeld aufweist - dies läßt auf sehr ungleichmäßige Tendenzen bei der Überwindung der Krise von 1907/08 im Finanzbereich schließen.

3. Statistisch - ökonomische Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA von 1906 bis 1915

Weil immer wieder behauptet worden ist, daß die Krise in Deutschland durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges abgebrochen wurde - eine These, die m. E. durch eine detaillierte statistische Analyse nicht bestätigt wird -, sei ein Blick auf die Entwicklung in jenem Land geworfen, das durch den Kriegsausbruch ökonomisch zunächst kaum beeinflußt worden ist, die USA.

Grundlage der Untersuchung bildet die Analyse von insgesamt 16 Zeitreihen, die die jeweilige monatliche Entwicklung in den Jahren 1906 bis 1915 widerspiegeln.²⁴

²⁴ Vgl. Historical Statistics of the United States 1789 - 1945. A Supplement to the Statistical Abstract of the United States, Washington 1949; Stahl und Eisen, Zeitschrift für das deutsche Eisenhüttenwesen, Düsseldorf 1906 - 1915; Neumann's Cours-Tabellen, Berlin/Leipzig/Hamburg 1906 - 1915.

Als Ergebnis dieser Analyse können für diesen Zeitraum 3 Krisen festgestellt werden: die Krise von 1907/08, die Krise von 1910/11 und die Krise von 1913/14. Da im Rahmen dieser Arbeit insbesondere letztere Krise von Bedeutung ist, wurde zum Zwecke der allgemeinen Einschätzung der Krise von 1913/14 wieder - analog zur Untersuchung dieser Krise in Deutschland - Tiefe und Schärfe aller 3 Krisen ermittelt, wobei die Krisen von 1907/08 und 1910/11 die Vergleichsbasis bilden. Die Ergebnisse dieser Berechnungen sind in Tab. 7 dargestellt; sie lassen folgende Schlußfolgerungen zu:

1. Von allen 3 Krisen hat die Krise von 1907/08, sowohl unter dem Aspekt der Tiefe als auch unter dem der Schärfe, eindeutig das größte Ausmaß erreicht.

Während die Zahlen, die vor allem die Entwicklung des Produktionsbereiches widerspiegeln, 1907/08 in den meisten Fällen im Vergleich zu 1913/14 einen doppelt so scharfen wie auch tiefen Rückgang der Produktion erkennen lassen, weisen die Vorgänge in der Finanzsphäre in allen 3 Krisen mehr oder weniger ähnliche krisenhafte Erscheinungen auf. Dabei fällt auf, daß bei der Krise von 1913/14 teilweise (z. B. bei Zinssätzen von Handelspapieren) die Auswirkungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt noch stärker als 1907/08 zu spüren waren.

2. Von allen 3 Krisen weist unter dem Aspekt der Länge dagegen die Krise von 1913/14 das größte Ausmaß auf.
3. Die Krise von 1910/11 scheint aufgrund der relativ geringen Rückgangerscheinungen in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft im Vergleich zu 1907/08 und 1913/14 eine Zwischenkrise gewesen zu sein, die die Heftigkeit einer folgenden Krise - also konkret der Krise von 1913/14 - eventuell abgedämpft haben könnte.
4. Der Zeitraum der Krise von 1913/14 scheint sich von etwa Frühjahr 1913 bis Spätsommer bzw. Herbst 1914 erstreckt zu haben.
5. Damit verstärkt sich die aus den umfangreichen empirischen Untersuchungen zur Krise von 1913 in Deutschland resultierende Vermutung, daß sich diese Krise von 1913 ohne Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht, wie verschiedentlich angenommen wurde, zu einer besonders schweren Weltwirtschaftskrise weiterentwickelt hätte. Denn obwohl die Krise in den USA bedeutend heftiger verlief als in Deutschland, konnte sie auch dort bereits im letzten Quartal des Jahres 1914 überwunden werden - eine die Produktion stimulierende Sofortwirkung des Ausbruchs des Weltkrieges auf alle Bereiche der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA ist wohl nicht sehr wahrscheinlich!

4. Zusammenfassung

Berechnungen unter Einbeziehung des gesamten zur Verfügung stehenden empirischen Materials zum Verlauf der Krise von 1913 in Deutschland und 1913/14 in den USA führten zu detaillierten, vorstehend dargestellten, sich gegenseitig ergänzenden und wie folgt zusammenfaßbaren allgemeinen Ergebnissen:

1. Die Krise von 1913 kann sowohl unter dem Aspekt der Schärfe als auch unter dem der Tiefe als eine schwache Krise charakterisiert werden. Wie sie ohne den Ausbruch des ersten Weltkrieges verlaufen wäre, ist jedoch nicht zuverlässig bestimmbar.

Aufgrund der empirisch nachweisbaren, zu einem großen Teil bereits Anfang 1914 einsetzenden leichten Aufwärtsentwicklung der untersuchten Zeitreihen in Deutschland einerseits, der Ergebnisse zum Verlauf der etwa synchron ausgebrochenen Krise in den USA andererseits sowie dem Ge-

• samtvorlauf der Krise überhaupt kann jedoch vermutet werden, daß sich die Krise von 1913 auch ohne Ausbruch des Weltkrieges nicht zu einer besonders starken Krise entwickelt hätte. Der Vergleich mit der Krise von 1907/08, die selbst nicht sonderlich stark gewesen ist, bestätigt diese Interpretation. Damit aber zwingt dieses Ergebnis dazu, die Zyklizität der Krisen seit dem Übergang zum Monopolkapitalismus neu zu durchdenken.

2. Die Analyseergebnisse des Zeitraumes von 1906 bis 1914 für beide Länder bestätigen die krisenhistorische Erkenntnis, daß die zyklischen Überproduktionskrisen etwa bis zur Mitte des 20. Jh. besonders stark im finanziellen Sektor der Wirtschaft in Erscheinung treten. Dabei weist der Ausschlag der entsprechenden Indikatoren während und bereits vor der eigentlichen Krise von 1913 jedoch besonders scharfe Reaktionen auf.
3. Wenn die Krise von 1913 auch allgemein nicht als eine schwere Krise bezeichnet werden kann, so hat sie doch bestimmte Zweige der Wirtschaft stärker als andere ergriffen. Nach den vorliegenden Ermittlungen waren dies in Deutschland folgende Zweige:
 - a) der Maschinenbau (einschließlich des Baus von elektrotechnischen Erzeugnissen und Fahrzeugen)
 - b) die Nahrungsmittelindustrie
 - c) die Chemieindustrie (allerdings nur über den Außenhandel ermittelt)
 - d) die Textilindustrie
 - e) zu einem gewissen Teil die Montanindustrie.

Die Ursachen für die oben dargestellten Ergebnisse der statistisch-ökonomischen Analyse werden Gegenstand einer weiterführenden Untersuchung sein.

Tabelle 1

Schärfe der Krise, dargestellt an der Entwicklung der Produktion, des Außenhandels, der Preise, der Arbeitslosigkeit und der Finanzen in Deutschland (105 Indikatoren für die Jahre 1907/08 und 1913/14)

Mittlerer monatlicher Rückgang bzw. Anstieg in %	Anzahl der Reihen 1907/08		Anzahl der Reihen 1913/14	
	absolut	in %	absolut	in %
0 - 0,1	0	0	7	6,66
0,1 - 0,5	3	2,86	8	7,62
0,5 - 1,0	7	6,66	19	18,09
1,0 - 1,5	11	10,48	12	11,43
1,5 - 2,0	14	13,33	6	5,71
2 - 4	30	28,57	20	19,05
4 - 6	15	14,28	12	11,43
6 - 8	6	5,71	4	3,81
8 - 10	3	2,86		
10 - 12	5	4,76	4	3,81
12 - 14	2	1,90	3	2,86
14 - 16			2	1,90
16 - 18	2	1,90		
18 - 20				
20 - 22	2	1,90		
22 - 24			1	0,95
.
.
.
32 - 34			2	1,90
34 - 36	2	1,90		
36 - 38				
38 - 40				
40 - 42	1	0,95		
42 -	2	1,90	5	4,76
	105	≈ 100	105	≈ 100

Quelle:

Grabas, Margrit, Monatliche Daten der wirtschaftlichen Entwicklung von 1906 bis 1914 in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 4/1984, (mit den Ermittlungsgrundlagen für die entsprechenden Daten).

Tabelle 2

Monatlicher Rückgang bzw. Anstieg ausgewählter Indikatorengruppen der Wirtschaft in Deutschland in den Jahren 1907/08 und 1913/14

Mittlerer monatlicher Rückgang bzw. Anstieg in %		Produktion		Arbeitslosigkeit	
		1907/08	1913/14	1907/08	1913/14
0 - 0,1	absolut in %				
0,1 - 0,5	absolut in %		2		
			25		
0,5 - 1,0	absolut in %	3	4		1
		42,9	21,1		5,3
1,0 - 1,5	absolut in %	4	3	1	
		36,4	25	9,1	
1,5 - 2,0	absolut in %	2	1	1	
		14,3	16,7	7,1	
2 - 4	absolut in %	3	6	3	2
		10	30	10	6,7
4 - 6	absolut in %	2	1	3	5
		13,3	33,3	20	41,7
6 - 8	absolut in %	2		2	3
		33,3		33,3	100
8 - 10	absolut in %			1	
				33,1	
10 - 12	absolut in %			1	1
				20	25
12 - 18	absolut in %	1			
		50			
20 - 24	absolut in %	1			
		50			
32 - 36	absolut in %				
40 - 42	absolut in %				
42 -	absolut in %				

Finanzen		Preise		Industrie	
1907/08	1913/14	1907/08	1913/14	1907/08	1913/14
			1		6
			14,3		85,7
1	2	1	3	1	1
33,3	25	33,3	37,5	33,3	12,5
2	1	1	9	1	4
28,6	5,3	14,3	47,4	14,3	21,1
		5	3	1	4
		45,5	25	9,1	33,3
		3	1	5	2
		21,4	16,7	35,7	33,3
	1	9	4	8	3
	5	30	20	26,7	15
1	1	6	3	3	3
6,7	8,3	40	25	20	25
2					
66,7					
3	2				
60	50				
1	2				
50	40				
2					
100					
1					
100					
2	5				
100	100				

Mittlerer monatlicher Rückgang bzw. Anstieg in %	Außenhandel		Summe der Reihen	
	1907/08	1913/14	1907/08	1913/14
0 - 0,1	absolut in %		0	7
0,1 - 0,5	absolut in %		3	8
0,5 - 1,0	absolut in %		7	19
1,0 - 1,5	absolut in %		11	12
1,5 - 2,0	absolut in %	3 21,4	14	6
2 - 4	absolut in %	6 20	30	20
4 - 6	absolut in %		15	12
6 - 8	absolut in %	2 33,3	6	3
8 - 10	absolut in %		3	1
10 - 12	absolut in %	1 20	5	4
12 - 18	absolut in %	2 50	3	5
20 - 24	absolut in %	1 50	2	0
32 - 36	absolut in %		2	0
40 - 42	absolut in %		1	0
42 -	absolut in %		2	5

Quelle:

Wie bei Tab. 1.

Indikatoren, die 1913/14 einen schärferen Rückgang bzw. Anstieg pro Monat als 1907/08 aufweisen
(37 von 105 bzw. 35,5%)

Indikatorengruppen

		Preise			
Produktion (6 von 18 bzw. 33,33 %):	Arbeitslosigkeit ⁺ (7 von 12 bzw. 58,33 %):	Außenhandel (7 von 15 bzw. 46,67 %):	Finanzen (9 von 16 bzw. 56,25 %):	Nahrung (4 von 21 bzw. 19,15 %):	Industrie (4 von 22 bzw. 18,18 %):
Produktion Koks um 1,88 ⁺⁺	(männlich) um 1,6 P.	Gesamtexport um 0,3 P.	Marktzins um 1,87 P.	Kartoffeln im Großhandel im Durch- schnitt um 1 P.	Puddeleisen um 2,7 P.
Produktion Kohle des Rheinisch- Westfälischen Kohlensyndi- kats um 0,13 P.	insgesamt um 0,45 P.	Export Chemie um 3,35 P.	Lombard- diskont um 1,43 P.		Fettförderkohle Saarbrücken um 0,2 P.
Absatz Bri- ketts ebenda um 0,63 P.	Verkehr um 1,7 P.	Export Roh- stoffe um 2,42 P.	Aktienindex um 0,28 P.		Steinkohle Düsseldorf um 1,54 P.
Absatz Koh- le ebenda um 0,7 P.	Handel um 2,11 P.	Export Maschi- nenbau um 12,1 P.	Gewerbliche Neuinvestitionen insgesamt um 7,97 P.		Blei Köln um 2,82 P.
Produktion Zucker um 12,37 P.	Nahrungs- und Genußmittel um 1,48 P.	Import Nah- rungsmittel um 0,6 P.	dto. Banken um 1,99 P.		
Güterverkehr um 0,46 P.	Holz- und Schnitzstoffe um 1,48 P.	dto. Chemie um 2,6 P.	dto. Textilien um 40,25 P.		

Indikatorengruppen

Produktion (6 von 18 bzw. 33,33 %):	Arbeitslosigkeit ⁺ (7 von 12 bzw. 58,33 %):	Außenhandel (7 von 15 bzw. 46,67 %):	Finanzen (9 von 16 bzw. 56,25 %):	Preise Nahrung (4 von 21 bzw. 19,15 %):	Industrie (4 von 22 bzw. 18,18 %):
---	--	--	---	--	--

Maschinenbau und
Metallverarbeitung
um 0,32 P.

dto. Maschinen-
bau Metall
um 8,86 P.

dto. Nahrungs-
und Genußmittel
um 10,25 P.

dto. Elektrizitäts-
u. Gaswerke
um 16,57 P.

dto. Metalle u.
Maschinen
um 35,64 P.

+ Verhältnis der Arbeitsgesuche zu offenen Stellen
++ P. = Punkte.

Quelle:

Wie bei Tab. 1.

Tabelle 4

Tiefe der Krise, dargestellt an der Entwicklung der Produktion, des Außenhandels, der Preise, der Arbeitslosigkeit und der Finanzen in Deutschland (105 Indikatoren für die Jahre 1907/08 und 1913/14)

Maximum des Rückgangs bzw. Anstiegs in %	Anzahl der Reihen 1907/08		Anzahl der Reihen 1913/14	
	absolut	in %	absolut	in %
0 - 0,1	0	0	4	3,81
0,1 - 5	4	3,81	6	5,71
5 - 10	4	3,81	15	14,29
10 - 20	23	21,90	25	23,8
20 - 30	13	12,38	17	16,19
30 - 40	21	20,00	10	9,52
40 - 50	11	10,48	2	1,90
50 - 60	4	3,81	8	7,62
60 - 70	2	1,90	1	0,95
70 - 80	3	2,86	2	1,90
80 - 90	2	1,90	5	4,76
90 - 100	8	7,62	7	6,66
100 - 110	2	1,90	1	0,95
110 - 120	2	1,90	1	0,95
120 - 130				
130 - 140				
140 - 150	1	0,95	1	0,95
.
.
.
170 - 180	1	0,95		
180 - 190	1	0,95		
.
.
.
00 - 350	1	0,95		
50 - 400	1	0,95		
100 - 450	1	0,95		
	105	≈ 100	105	≈ 100

Quelle:

Wie bei Tab. 1.

Tabelle 5

Gesamtrückgang bzw. -anstieg ausgewählter Indikatorengruppen der Wirtschaft in Deutschland in den Jahren 1907/08 und 1913/14

Maximum des Rückgangs bzw. Anstiegs in %	Produktion		Arbeitslosigkeit	
	1907/08	1913/14	1907/08	1913/14
0 - 0,1	absolut in %			
0,1 - 5	absolut in %		1	16,7
5 - 10	absolut in %	1 25	3 20	
10 - 20	absolut in %	10 43,7	7 28	
20 - 30	absolut in %	1 7,7	2 11,8	2 11,8
30 - 40	absolut in %	2 9,5	4 40	2 10
40 - 50	absolut in %	2 18,2		2 100
50 - 60	absolut in %	1 25		1 12,5
60 - 70	absolut in %			
70 - 80	absolut in %	1 33,3		2 100
80 - 90	absolut in %		1 20	1 20
90 - 100	absolut in %		2 25	1 14,3
100 - 110	absolut in %		1 50	1 100
110 - 120	absolut in %		1 50	1 100
140 - 150	absolut in %		1 100	
150 - 450	absolut in %		5 100	

Finanzen		Preise		Industrie	
1907/08	1913/14	Nahrung	1913/14	1907/08	1913/14
		1	1	3	4
		33,3	20	66,6	80
1	3	2	5		4
25	20	50	33,3		26,7
2		7	9	3	4
8,7		30,4	37,5	13	16,7
	1	3	2	3	5
	5,9	23,1	11,8	23,1	29,4
	2	6		10	2
	20	28,6		47,6	20
		1		4	
		9		36,4	
1		1	4		
25		25	50		
2					
66,7					
2	3				
100	60				
6	6				
75	85,7				
1					
50					
1					
50					
	1				
	100				

Maximum des Rückgangs bzw. Anstiegs in %		Außenhandel		Summe der Reihen	
		1907/08	1913/14	1907/08	1913/14
0	- 0,1	absolut in %			4
0,1	- 5	absolut in %		4	6
5	- 10	absolut in %		4	15
10	- 20	1 4,3	5 20,8	23	25
20	- 30	6 46,2	5 29,4	13	17
30	- 40	1 4,8	1 10	21	10
40	- 50	4 36,4		11	2
50	- 60	1 25	3 37,5	4	8
60	- 70	2 100	1 100	2	1
70	- 80	absolut in %		3	2
80	- 90	absolut in %		2	5
90	- 100	absolut in %		8	7
100	- 110	absolut in %		2	1
110	- 120	absolut in %		2	1
140	- 150	absolut in %		1	1
150	- 450	absolut in %		5	0

Quelle:

Wie bei Tab. 1.

Tabelle 6

Indikatoren, die 1913/14 einen stärkeren Gesamtrückgang bzw. -anstieg als 1907/08 aufweisen
(23 von 105 bzw. 21,9 %)

Indikatorengruppen

Produktion (3 von 18 bzw. 16,66 %):	Arbeitslosigkeit ⁺ (1 von 12 bzw. 8,33 %):	Außenhandel (5 von 15 bzw. 33,33 %):	Finanzen (8 von 21 bzw. 23,8 %):	Preise Nahrung (5 von 21 bzw. 23,8 %):	Industrie (1 von 22 bzw. 4,5 %):
Absatz Eisen- bahnschienen um 4,7 P. ⁺⁺	Textilindustrie um 14,1 P.	Chemie um 10 P.	Kursbewegun- gen fest ver- zinsliche Werte um 0,6 P.	Kartoffeln im Kleinhandel Berlin um 15 P.	Steinkohle Düsseldorff um 0,46 P.
Produktion Zucker um 8,8 P.		dto. Textilien um 4,5 P.	Marktzins um 30 P.	Kartoffeln im Großhandel im Durchschnitt um 0,5 P.	
Einnahmen des Güterverkehrs um 1,4 P.		dto. edle Metalle um 4,15 P.	Gesamtinvesti- tionen um 10,1 P.	Rindfleisch Berlin um 0,5 P.	
		dto. Maschinen- bau um 3,5 P.	Investitionen Holz- und Schnitzstoffe um 5 P.		
		Import edle Metalle um 6 P.	dto. Nahrungs- mittel um 8 P.		
			dto. Bergbau um 4,3 P.		+ Verhältnis der Arbeitsgesuche zu offenen Stellen.
			dto. Elektrizitäts- u. Gaswerke um 0,5 P.		++ P. = Punkte.

Quelle:
Wie zu Tab. 1.

Tabelle 7

Schärfe und Tiefe der Krisen 1907/08, 1910/11, 1913/14 in den USA
(Rückgang bzw. Anstieg ausgewählter wirtschaftlicher Indikatoren)

Indikatoren	1907/08			1910/11			1913/14		
1. Produktion	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)
1.1. Mengenindex der Geschäftsaktivitäten (1923 - 1927 = 100)	5/1907 - 5/1908	-2,59	-27	3/1910 - 1/1911	-0,9	-8,9	1/1913 - 11/1914	-0,95	-18,9
1.2. Wertindex der Baugenehmigungen (1930 = 100)	1/1906 - 2/1908	-2,42	-38,7				12/1913 - 11/1914	-6,8	-53,9
1.3. Eisenbahneinnahmen in ton-miles	6/1907 - 6/1908	-1,89	-20,55	4/1910 - 3/1911	-0,69	-7,4	2/1913 - 12/1914	-0,97	-19,35
1.4. Roheisenproduktion	10/1907 - 6/1908	-7,92	-48,3	1/1910 - 12/1910	-3,5	-34,4	1/1913 - 11/1914	-2,73	-45,6
2. Index der Beschäftigung (1914 = 100)	7/1907 - 4/1908	-2,85	-22,9	1/1910 - 10/1910	-0,2	-1,8	2/1913 - 1/1915	-0,29	-6,7
3. Preise	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)
3.1. Index der Großhandelspreise (1926 = 100)	10/1907 - 2/1908	-2,12	-8,2	4/1910 - 5/1911	-1,15	-13,9	10/1912 - 7/1914	-0,24	-4,9
3.2. Preise für Roheisen Nr. 2	1/1907 - 5/1909	-1,85	-40,65	11/1909 - /1910	-1,8	-18,85	2/1913 - 1/1914	-1,9	-19,29
3.3. Kupfer New York	3/1907 - 5/1908	-4,96	-50,92				9/1912 - 6/1914	-1,22	-22,84
3.4. Blei New York	4/1907 - 5/1908	-6,19	-40,02	12/1909 - 9/1910	-6,06	-43,11	10/1912 - 3/1913	-5,07	-22,9
3.5. Zinn New York	6/1907 - 12/1907	-6,92	-34,9				1/1913 - 6/1914	-2,61	-36,3

3.6. Zink New York	3/1907 - 12/1907	-5,23	-38,42	11/1909 - 8/1910	-2	-16,7	7/1912 - 10/1913	-1,5	-20,7
4. Außenhandel	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)
4.1. Export (Wert)	1/1908 - 5/1908	-8,08	-28,6	11/1909 - 2/1910	-7,7	-21,5	8/1913 - 8/1914	-4,34	-41,2
4.2. Import (Wert)	7/1907 - 3/1908	-6,09	-39,49				9/1913 - 12/1914	-2,6	-29,3
5. Finanzen	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)	(a)	(b)	(c)
5.1. Bank-Clearings New York	8/1906 - 12/1907	-4,59	-52,9	8/1909 - 9/1910	-2,9	-31,59	2/1913 - 9/1914	-3,4	-25,2
5.2. Zinssätze Handels- papiere	1/1906 - 12/1907	+2,0	+57,8	7/1909 - 6/1910	+4,38	+60,3	11/1911 - 6/1913	+3,5	+92,71
5.3. Bankdiskontsätze New York	unverändert von 1906 - 1914 = 5 %								
5.4. Dividendenerträge Eisenbahn	11/1907 - 2/1909	-0,79	-11,3				12/1914 - 1/1917	-0,3	-7,2
5.5. Index Aktienpreise - Industrie, Verbrauchs- güter, Eisenbahnen - (1935 - 1939 = 100)	9/1906 - 11/1907	-3,31	-37,6	12/1909 - 8/1910	-2,5	-16,2	9/1912 - 12/1914	-1,1	-25,8

- (a) Zeitraum vom Konjunkturmehrpunkt bis zum Krisentiefpunkt.
 (b) Schärfe: Rückgang bzw. Steigerung pro Monat (in %).
 (c) Tiefe: Rückgang bzw. Steigerung insgesamt (in %).

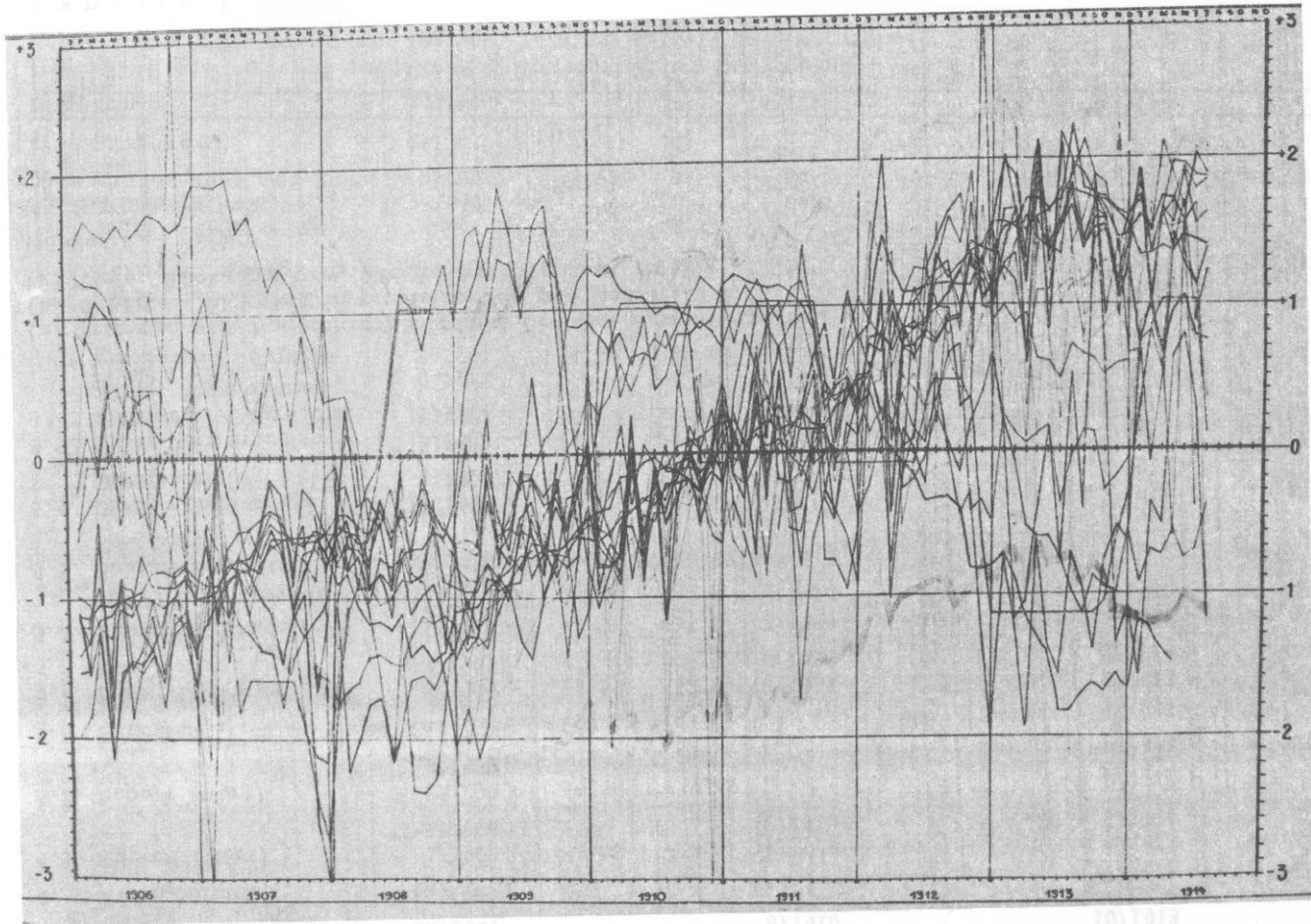
Quelle:

Wie bei Tab. 1.

Darstellung 1

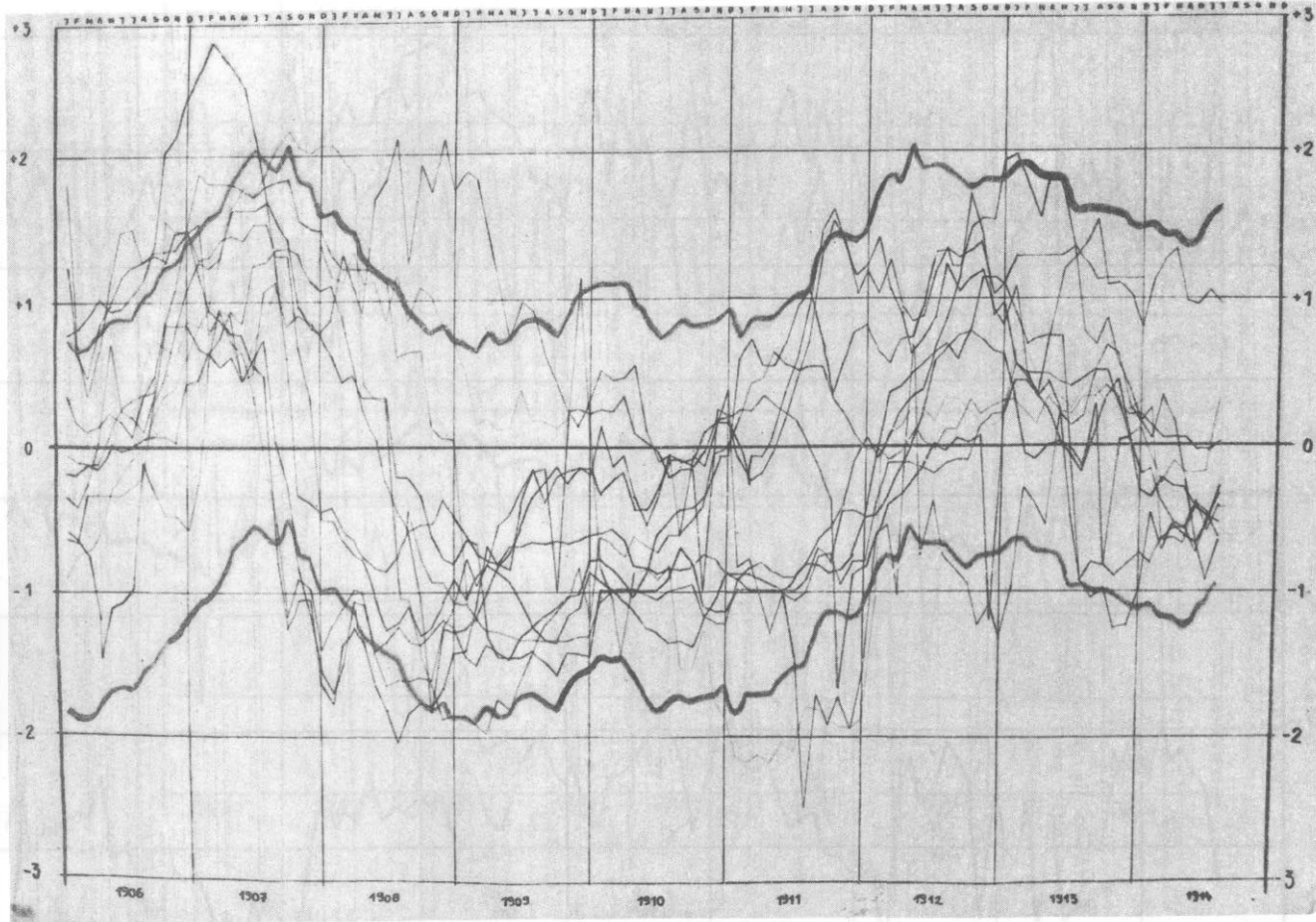
Die zyklische Bewegung ausgewählter wirtschaftlicher Indikatoren

(Produktion, Arbeitslosigkeit, Finanzbereich, Versorgung, Außenhandel, Güterverkehr)



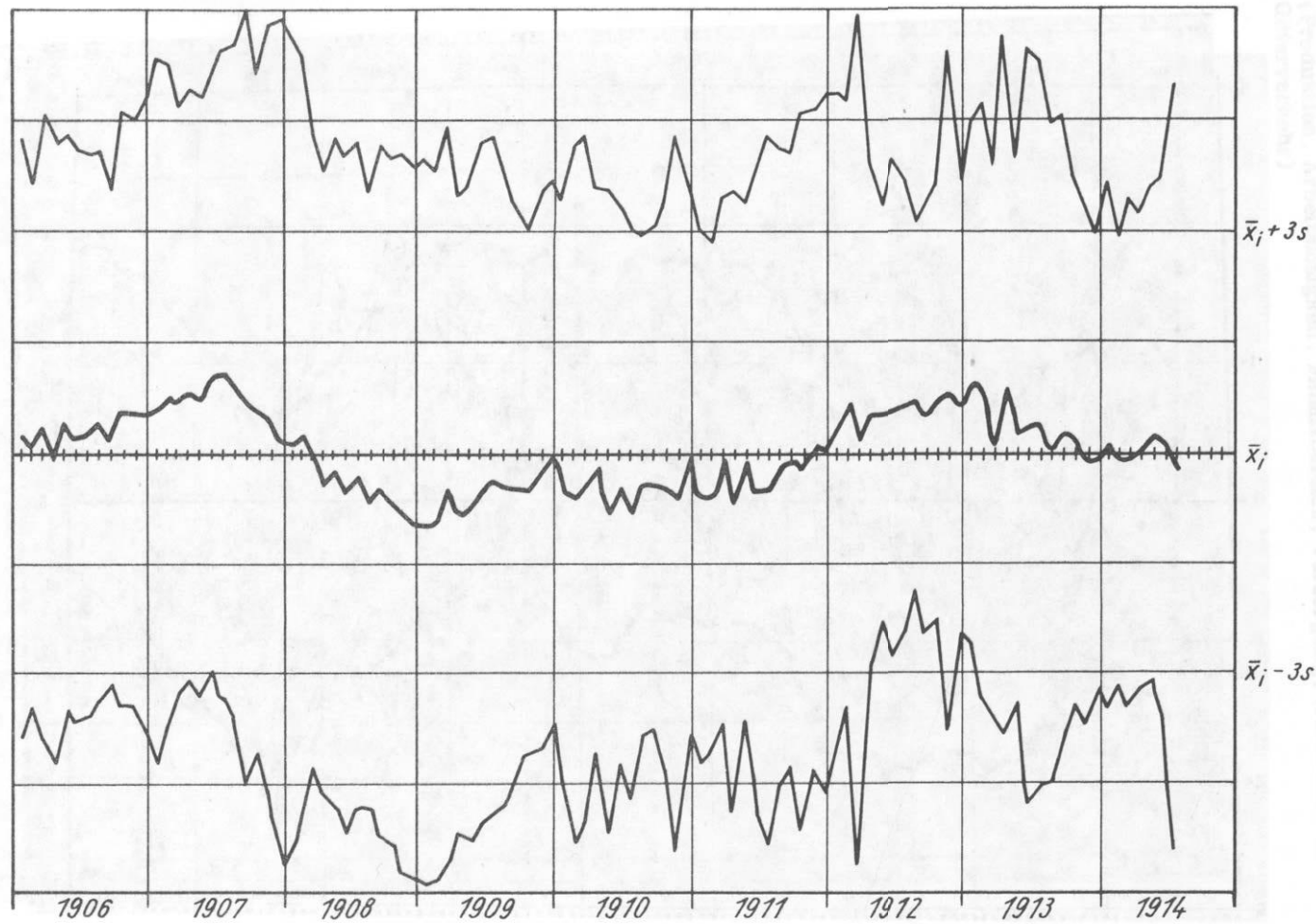
Darstellung 2

Die zyklische Bewegung ausgewählter Großhandelspreise in den Jahren
1906 bis Juli 1914



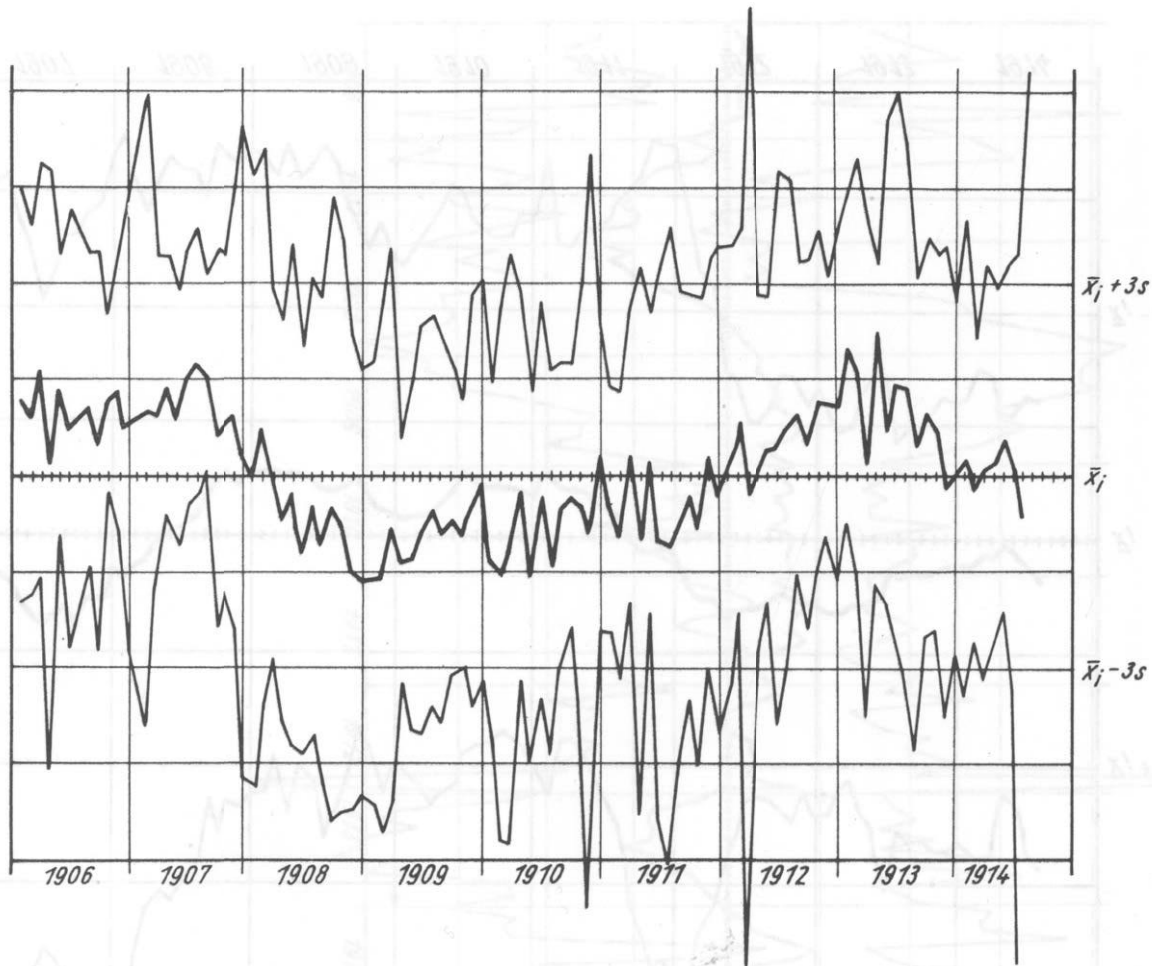
Darstellung 3

Streuungsfeld für die Gesamtheit aller Produktions-, Preis- und Finanzreihen für Deutschland in den Jahren 1906 - 1914



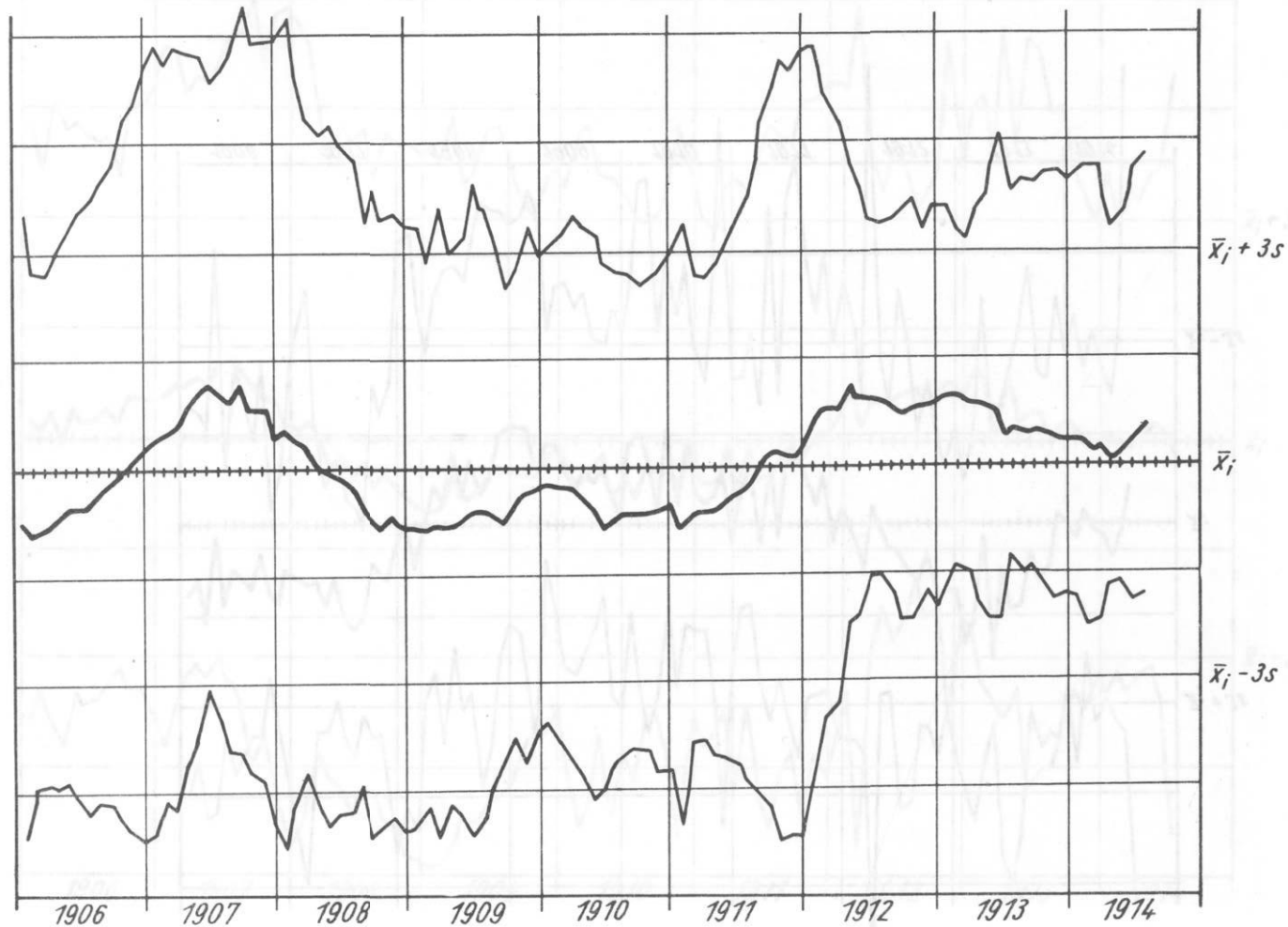
Darstellung 4

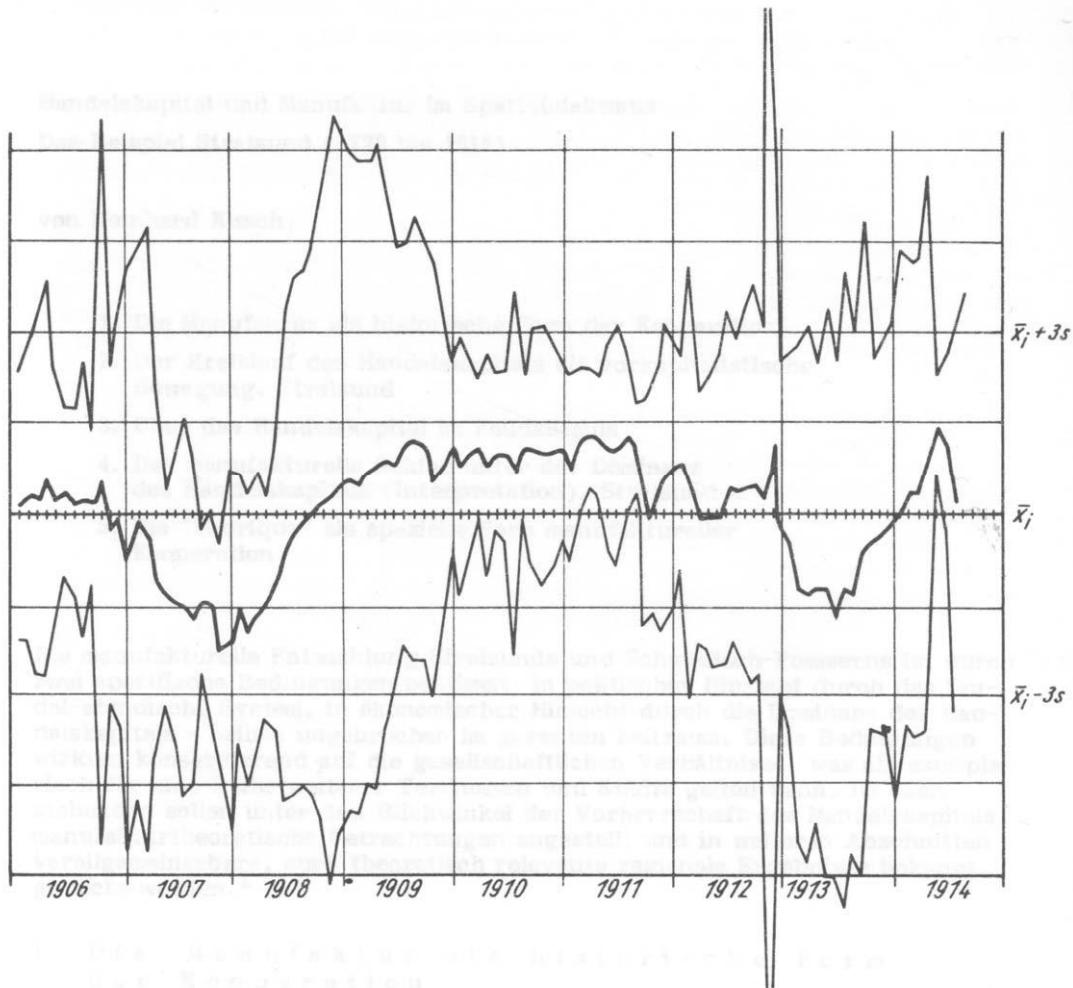
Streuungsfeld der Produktionsreihen für Deutschland
in den Jahren 1906 - 1914



Darstellung 5

Streuungsfeld der Großhandelspreise für Deutschland
in den Jahren 1906 - 1914



Streuungsfeld der Finanzreihen für Deutschland
in den Jahren 1906 - 1914

Handelskapital und Manufaktur im Spätfeudalismus

Das Beispiel Stralsund (1720 bis 1815)

von Reinhard Kusch

1. Die Manufaktur als historische Form der Kooperation
2. Der Kreislauf des Handelskapitals als vorkapitalistische Bewegung. Stralsund
3. Über das Handelskapital im Feudalismus
4. Der manufaktuelle Sektor unter der Dominanz des Handelskapitals (Interpretation). Stralsund
5. Die "Fabrique" als spezielle Form manufakturereller Kooperation

Die manufaktuelle Entwicklung Stralsunds und Schwedisch-Pommerns ist durch zwei spezifische Bedingungen bestimmt: in politischer Hinsicht durch das feud-ständische System, in ökonomischer Hinsicht durch die Dominanz des Handelskapitals - beides ungebrochen im gesamten Zeitraum. Diese Bedingungen wirkten konservierend auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, was als exemplarisch für eine Reihe weiterer Territorien und Städte gelten kann. Im nachstehenden sollen unter dem Blickwinkel der Vorherrschaft des Handelskapitals manufakturtheoretische Betrachtungen angestellt und in weiteren Abschnitten verallgemeinerbare, auch theoretisch relevante regionale Ergebnisse bekannt gemacht werden.¹

1. Die Manufaktur als historische Form der Kooperation

Ökonomisch setzte die Manufaktur die Verselbständigung der Produktionsmittel als Kapital in der Hand eines Unternehmers und das Vorhandensein der menschlichen Arbeitskraft als Ware voraus. Zumeist aus der Sphäre der Zirkulation ging das Kapital und aus der Sphäre der einfachen Warenproduktion die handwerkliche Technik in die Manufaktur ein. Neu waren in dieser Verbindung die Konzentration der Produktionsmittel in der Hand des Manufakturisten und die Teilung der Arbeit innerhalb der Produktionsstätte.

¹ Zur Materialgrundlage in der Tabelle und den Übersichten vgl. die Dissertation des Verfassers: Kusch, Reinhard, Die Manufaktur in Stralsund. Voraussetzungen und Entwicklung der protokapitalistischen Produktion im spätfudalen Stralsund während der Schwedenzeit 1720 - 1815, phil. Diss., Greifswald 1983.

Die "manufakturmäßige Teilung der Arbeit" grenzte sich, der Analyse von Karl Marx zufolge, von der feudalen gesellschaftlichen Teilung der Arbeit in der einfachen Warenproduktion, der "Zersplitterung der Produktionsmittel unter viele voneinander unabhängige Warenproduzenten" dadurch ab, daß nicht der Teilarbeiter Ware produzierte, sondern sich erst das gemeinsame Produkt der Teilarbeiter in Ware verwandelte.²

Die beiden ökonomischen Grundlagen der Manufaktur bildeten einerseits die Ver selbständigung der Produktionsmittel als Kapital und die Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware sowie andererseits die Verbindung von Kapital und Arbeit. Die Manufaktur entstand als Ausdruck dieser Verbindung, als deren gewerbliche Organisationsform.

Hinsichtlich ihrer Struktur unterschied Marx die bekannten "zwei Grundformen, die trotz gelegentlicher Verschlingung zwei wesentlich verschiedene Arten bilden und namentlich auch bei der spätern Verwandlung der Manufaktur in die maschinenartig betriebne, große Industrie eine ganz verschiedene Rolle spielen" - die dezentralisierte (heterogene) und die zentralisierte (organische) Manufaktur.³

Die Manufaktur - als "ein Produktionsmechanismus, dessen Organe Menschen sind"⁴ - erzeugte in jeder Produktion, die sie aufgriff, "eine Klasse sogenannter ungeschickter Arbeiter, die der Handwerksbetrieb streng ausschloß. ... Neben die hierarchische Abstufung tritt die einfache Scheidung der Arbeiter in geschickte und ungeschickte. Für letztere fallen die Erlernungskosten ganz weg, für erstere sinken sie, im Vergleich zum Handwerker, infolge vereinfachter Funktion. In beiden Fällen sinkt der Wert der Arbeitskraft. Ausnahme findet statt, soweit die Zersetzung des Arbeitsprozesses neue zusammenfassende Funktionen erzeugt, die im Handwerksbetrieb gar nicht oder nicht in demselben Umfang vorkamen. Die relative Entwertung der Arbeitskraft, die aus dem Wegfall oder der Verminderung der Erlernungskosten entspringt, schließt unmittelbar höhere Verwertung des Kapitals ein, denn alles, was die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Zeit verkürzt, verlängert die Domäne der Mehrarbeit."⁵

Der Manufaktur waren Elemente der kapitalistischen Warenproduktion eigen, die sie von der einfachen Warenproduktion abgrenzten. Produktionsmittel und Produkte gehörten nicht mehr dem unmittelbaren Produzenten, sondern dem Manufakturisten. Die Produkte wurden von Lohnarbeitern hergestellt, die selbst keine oder kaum mehr Produktionsmittel besaßen. Die Arbeitskraft war zur Ware geworden.

Dennoch bedeutete das Auftreten dieser ersten wesentlichen Elemente der kapitalistischen Warenproduktion noch nicht deren Durchsetzung. Die kapitalistische Warenproduktion trug noch nicht allgemeinen Charakter. Dies bedeutete auch, daß sich der "merkantile Profit" noch nicht "auf den aliquoten Teil des Gesamtmehrwerts, der dem Handelskapital als einem aliquoten Teil des im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß beschäftigten Gesamtkapitals zukommt", reduziert hatte.⁶

2 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 29, S. 376.

3 Ebenda, S. 362.

4 Ebenda, S. 358.

5 Ebenda, S. 371.

6 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: MEW, Bd. 25, S. 298. - Übrigens erscheint es unberechtigt, aus der dort von Marx vorgenommenen Untersuchung der Bildung der Profitrate die Anwendbarkeit des Begriffes "Handelsprofit" für die Zeit vor der Auflösung der feudalen Produktionsverhältnisse abzuleiten. Profit kann wesentlich nur eine Kategorie des Industriekapitalismus sein, dann erst auch als Handelsprofit. Für die Zeit des Feudalismus sollte der Begriff "Handelsgewinn" verwandt werden.

Die die Manufaktur zunächst punktuell und partiell hervorbringenden Prozesse im Feudalismus waren, wie z. B. in den italienischen Seestädten des 14. und 15. Jh. oder in den oberdeutschen Kapitalgesellschaften des 16. Jh., noch reversibel.⁷

Dies erklärt sich zum größeren Teil aus den historischen Voraussetzungen und Bedingungen, als äußerem Faktor, sowie zum geringeren Teil aus dem Charakter des Produktionsprozesses in der Manufaktur selbst, als innerem Faktor. Dieser wirkte um so eher dann, wenn das frühe, manufaktuelle Stadium der Kooperation mit der von Marx herausgestellten ersten der beiden ökonomischen Phasen in der kapitalistischen Produktionsweise zusammenfiel.

Wenn sich das Kapital "einen gegebenen, vorhandenen Arbeitsprozeß subsumiert, also z. B. handwerksmäßige Arbeit" und den Charakter des Arbeitsprozesses selbst nicht veränderte oder nur modifiziert, dann entsprach dies noch nicht der entwickelten, "spezifisch kapitalistischen Produktionsweise (Arbeit auf großer Stufenleiter etc.), die gleichzeitig mit den Verhältnissen der verschiedenen Produktionsagenten, die Art dieser Arbeit und die reale Weise des ganzen Arbeitsprozesses revolutioniert".⁸ Dieses Stadium nannte Marx "die formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Es ist die allgemeine Form alles kapitalistischen Produktionsprozesses; es ist aber zugleich eine besondere Form neben der entwickelten spezifisch-kapitalistischen Produktionsweise, weil die letztere die erstere, die erstere aber keineswegs notwendig die letztere involviert."⁹

Kriterium dieser ökonomischen Unterscheidung ist entsprechend der Umgestaltung des Produktionsprozesses die Produktion von nur absolutem oder auch relativem Mehrwert. "Wie die Produktion des absoluten Mehrwerts als materieller Ausdruck der formellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, so kann die Produktion des relativen Mehrwerts als die der realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital betrachtet werden."¹⁰

Wie die kapitalistischen Produktion nicht ohne Produktion von Mehrwert existierte, existierte die entwickelte spezifisch kapitalistische Produktionsweise nicht ohne die Produktion von relativem Mehrwert. Sofern Manufakturen also nicht die Arbeitsprozesse soweit umgestalteten, daß relativer Mehrwert erzeugt wurde, gehörten sie einer "bloß formell kapitalistischen Produktionsweise" an.¹¹

Insgesamt ist die manufaktuelle Phase nicht ohne weiteres der bloß formell oder schon spezifisch kapitalistischen Produktionsweise zuzurechnen. Vielmehr sind hier von Gewerbe zu Gewerbe, von Manufaktur zu Manufaktur unterschiedene Zuordnungen möglich, die erst nach speziellen Untersuchungen vorgenommen werden können. Auch in dieser Hinsicht ist die Manufaktur das, wie es Lenin nannte, "Bindeglied" zwischen einfacher Warenproduktion und maschineller Großproduktion.¹²

7 Vgl. (Kuczynski, Thomas, in:) Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1981, S. 608; vgl. Engels, Friedrich, an Marx, 15. 12.1882, in: MEW, Bd. 35, S. 128.

8 Marx, Karl, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, in: Archiv Marksa i Engel'sa, Bd. 2 (7), Moskva 1933, S. 92.

9 Ebenda, S. 90; vgl. auch Handbuch Wirtschaftsgeschichte ..., S. 608.

10 Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S. 100.

11 Ebenda, S. 144. - Der Begriff, der von Marx expressis verbis nur am Rande dieser Problematik gebraucht wurde, ist, was sich aus dem Zusammenhang logisch ergibt, ein Pendant zum Begriff "spezifisch-kapitalistische Produktionsweise".

12 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Lenin, Werke Berlin 1955 ff., Bd. 3, S. 392.

Die Frage nach dem Charakter der Manufaktur zwischen Feudalismus und Kapitalismus ist über die Analyse ihrer inneren ökonomischen Struktur und ihr Verhältnis zu einfacher und kapitalistischer Warenproduktion hinaus vor allem unter drei Gesichtspunkten zu betrachten: erstens der Charakter der Manufaktur als Form der Produktionsorganisation, zweitens der Charakter der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit und drittens die Wirkung der Kapitalakkumulation, d. h. Organisationsform, ökonomischer Inhalt und Funktion im historischen Prozeß, jeweils als Ausdruck der Entwicklung der Produktivkräfte und in enger Beziehung zu den Produktionsverhältnissen.

Die Manufaktur war eine gewerbliche Organisationsform, die als solche den Rahmen für die Verbindung zwischen Kapital und Arbeit auf einem bestimmten technologischen Niveau abgab.¹³ So genommen ist sie Element der Produktionsverhältnisse, d. h. - auch abhängig von den Eigentumsverhältnissen - Element der jeweiligen Produktionsverhältnisse. Sie existierte sowohl als feudale als auch als kapitalistische Manufaktur (ja als sozialistische: Meißen). Nicht die Existenz der Manufaktur sagt etwas über die Produktionsverhältnisse aus, sondern die Produktionsverhältnisse bestimmen den Charakter der Manufaktur.

Allerdings ist dies, als theoretischer Ausgangspunkt, ein statischer Gesichtspunkt. Die Dynamik kommt in der Stellung der Manufaktur innerhalb der Entwicklung der Produktivkräfte zum Ausdruck. Hierin leistete sie historisch ihren Beitrag durch die manufakturmäßige Teilung der Arbeit, die Akkumulation von produktivem Kapital und die Entwicklung des Widerspruchs zwischen einfacher und kapitalistischer Warenproduktion.

Wenn Marx der Manufaktur, vom klassischen Fall England, also von ganz bestimmten gesellschaftlichen Voraussetzungen ausgehend, einen kapitalistischen Charakter zusprach¹⁴, dann deshalb, weil die manufakturmäßige Teilung der Arbeit - unter diesen Voraussetzungen - eine "spezifisch kapitalistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses" bildete.¹⁵ Dabei ist auch folgende zweifache Spezifik zu berücksichtigen: Gegenüber der einfachen Warenproduktion war es die neue oder konsequent durchgeführte Zerlegung des Arbeitsprozesses in seine Teilarbeiten innerhalb einer Produktionsstätte. Gegenüber der (entwickelten) kapitalistischen Warenproduktion war die Teilung der Arbeit, die arbeitsteilige Kooperation noch nicht durch die Maschine bestimmt.

Diese neue Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses stand in engem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen in ihrer Gesamtheit. Stellung und Wirkung der Manufaktur waren durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt. Im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus war ihre Position abhängig vom Prozeß der Umwandlung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, der Beseitigung der Leibeigenschaft und des Feudaladels als Klasse, der Aufhebung der letzten Schranken für die kapitalistische Produktionsweise durch die Entwicklung der Maschinerie, die zur großen Industrie hinführte. Andererseits war auch in Deutschland die Manufaktur nicht nur Element der feudalen Produktionsweise. Die manufakturmäßige Teilung der Arbeit bewirkte ein Sinken des Wertes der Arbeitskraft, eine Verbilligung der Ware und die Erzeugung von Mehrwert.¹⁶ Dadurch entfaltete sie - und hier unabhängig von den Eigentumsverhältnissen - den Widerspruch zwischen einfacher und kapitalistischer Warenproduktion, trug zur Entwicklung der Produktivkräfte und zur Umwälzung der alten Produktionsweise bei.

¹³ Vgl. Kusch, S. 6.

¹⁴ Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 380 ff.

¹⁵ Ebenda, S. 386.

¹⁶ Ebenda, S. 371, 380 f., 386.

Hiermit hängt eng der dritte Gesichtspunkt zusammen: Indem die manufakturmäßige Teilung der Arbeit "als Mittel, mit demselben Quantum Arbeit mehr Ware zu produzieren", fungierte und dadurch Mehrwert ermöglichte, beschleunigte sie zugleich die Akkumulation des Kapitals.¹⁷ Die Akkumulation von produktivem Kapital ermöglichte die Produktion auf erweiterter Stufenleiter. Dies ist der entscheidende Beitrag sowohl der von den Produktionsverhältnissen her feudal als auch der kapitalistisch determinierten Manufaktur, d. h. der Manufaktur überhaupt, zur Umwälzung der alten Produktionsweise. Es ist nicht die Manufaktur als solche, die Element der feudalen wie der kapitalistischen Produktionsweise sein kann, sondern es sind die manufakturmäßige Teilung der Arbeit und die Akkumulation produktiven Kapitals in der Hand eines Unternehmers, die als bewegende Elemente innerhalb der Entwicklung der Produktivkräfte die Keime der kapitalistischen Produktionsweise vor der industriellen Revolution, die Elemente der neuen Produktionsweise im Schoße der alten, darstellen.

Die Manufaktur selbst, als ökonomische Kategorie, ist eine historische Form arbeitsteiliger Kooperation, durch die Mehrwert produziert und die Kapitalakkumulation sowie die Produktion auf erweiterter Stufenleiter ermöglicht werden. Insofern die Manufaktur historisch im Übergangsfeld vom Feudalismus zum Kapitalismus, in der Hand eines freien, privaten, d. h. kapitalistischen Unternehmers, als Keim der kapitalistischen Produktionsweise wirkt, ließe sie sich als protokapitalistische Produktionsstätte bezeichnen.

Im Zusammenhang mit der Untersuchung des Kaufmannskapitals und des Prozesses der Teilung der Arbeit unterschied Marx mehrere Wege zur Manufaktur, die sowohl von Produzenten als auch von Kaufleuten ausgehen konnten.¹⁸ Allen war jedoch die historische Voraussetzung im großen Maßstab eigen. Dies kann hier allerdings nur für Stralsund verfolgt werden.

2. Der Kreislauf des Handelskapitals als vorkapitalistische Bewegung. Stralsund

In den beiden ökonomischen Sphären Produktion und Zirkulation waren in Stralsund zu Beginn des 18. Jh. drei Schichten bürgerlicher Gewerbetreibender tätig. Ein Teil der Kaufleute, Kramer (Krämer) und Haaken (Höker), trieb, nach Maßgabe ihrer korporativen Rechte, lediglich Handel. Ein anderer Teil der Kaufleute war sowohl im Handel als auch in der Produktion tätig: Mälzerei, Brauerei, Schiffbau. Ausschließlich Produzenten waren als dritte Gruppe die Handwerker.

Juristisch drückte sich die Struktur des Stralsunder Handelsbürgertums in der Zugehörigkeit zu den Bürgergraden und Kompanien aus. Zum ersten Grad, dem "Kaufmanns-Stande", gehörten die Gewandschneider-, die Brauer- und Mälzer- sowie die Kramerkompanie, zum zweiten Grad das Haakenamt, das hier aus der weiteren Betrachtung fallen kann.

Gewandschneider- sowie Brauer- und Mälzer-Kompanie bildeten zusammen mit "unzünftigen", d. h. nicht korporierten Kaufleuten, mit Advokaten, Apothekern, Landbegüterten und anderen Angehörigen des ersten Grades die eigentliche, zum Fernhandel berechnete Kaufmannschaft. Die engere, organisierte Kaufmannschaft setzte sich aus den Angehörigen der beiden Kompanien zusammen.¹⁹

Die Gewandschneiderkompanie, die das Monopol auf den Tuchhandel hatte, war weit mehr als nur die gewerbliche Vereinigung der Tuchhändler. Ihr anzugehören, war Ausdruck einer exponierten sozialen und politischen Stellung. Die sich

¹⁷ Ebenda, S. 386.

¹⁸ Marx, Das Kapital, Bd. 3, S. 347 ff.; derselbe, Das Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S. 152.

¹⁹ Fabricius, Carl Ferdinand, Der Stadt Stralsund Verfassung und Verwaltung, Stralsund 1831, S. 16, 92.

selbst kooptierender Alterleute fungierten faktisch als Vorsteher des bürger-schaftlichen Hundertmänner-Kollegiums.²⁰ Auch die Brauer- und Mälzer-Kompanie stellte eine herausragende gewerbliche Korporation dar, die das Monopol der Brauerei, der Mälzerei und des Getreidehandels besaß und deren wirtschaftliche Stärke sich im Mittelalter auf den Export von Brauprodukten gestützt hatte.²¹

Indessen hatten sich seit dem Mittelalter, vor allem aber seit der Mitte des 17. Jh., einschneidende Veränderungen ergeben – der Export von sowohl Tuchen als auch Brauprodukten war völlig verfallen. Dies führte dazu, daß einerseits die Gewandschneiderkompanie, deren auch juristisch legitimierte städtische Bedeutung ungebrochen blieb, von den Brauern und Mälzern usurpiert wurde und daß sich andererseits die Brauer- und Mälzer-Kompanie in eine Gilde von Malz- und Getreideexporteuren verwandelte.²²

Im Gefolge eines Rezesses von 1665 war es spätestens nach dem Nordischen Krieg zu einer Verflechtung der Zugehörigkeiten von Mitgliedschaften unkorporierter Kaufleute und Kramer gekommen.²³ Dadurch bildete sich eine kleinere Kaufmannschaft heraus, die den Angehörigen der großen Kompanien gegenüber stand. Innerhalb des Stralsunder Handelsbürgertums existierten im 18. Jh. zwei Schichten – die führende, allein ratsfähige (spätpatrizische) Schicht der Brauer und Mälzer, d. h. der Malz- und Getreidehändler, sowie die kleine, Krämerei treibende Kaufmannschaft. "Beide Schichten unterschieden sich weniger durch die sich in der Ratsfähigkeit ausdrückende soziale Grenze oder das Handelsvolumen, sondern durch wesentliche ökonomische Merkmale. Ein Haupterwerbszweig der dominierenden Schicht war neben der feudalen Grundrente, neben Mälzerei und Brauerei der Export und Engrosverkauf von Malz und Getreide. Haupterwerbszweig der untergeordneten Schicht war der Import und Endetailverkauf von Kramwaren. Der Auf- oder Abstieg zwischen beiden Schichten war im übrigen nur eine Frage des Geldvermögens."²⁴

Kapitalbildung und Kapitalanlage vollzogen sich beim großen Handelsbürgertum traditionell in mehreren Bereichen. Dabei stand der Seehandel naturgemäß an erster Stelle. Sein Verhältnis zum Landhandel betrug in den 80er Jahren des 18. Jh. 6 zu 1.²⁵

Nach dem Zusammenbruch im Nordischen Krieg kam es zu einer sehr allmählichen Erholungsphase in den 20er und 30er Jahren, die in den 40er Jahren durch einen neuerlichen Rückgang abgelöst wurde. Seit den 60er und 70er Jahren folgte wiederum eine aufsteigende Phase, die durch die französischen Besetzungen seit 1807 noch einmal abgebrochen wurde. Insgesamt lag das Niveau des Handels in der späten Schwedenzeit unter dem des 17. Jh. Die Ausfuhr des Hauptexportgutes Malz blieb zwar beachtlich, wies jedoch eine fallende Tendenz auf.²⁶ In der preußischen Gewerbeaufnahme von 1816, der Erfassung des zuvor

20 Ebenda, S. 20.

21 Fritze, Konrad, Am Wendepunkt der Hanse. Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte wendischer Hansestädte in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Berlin 1967, S. 25 f.; Formazin, Walter, Das Bauwesen in Pommern bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Pommern einst und jetzt, H. 1, Greifswald 1937, S. 141 ff.

22 Fabricius, S. 92 f.; Kusch, S. 11 ff.

23 Zum Rezeß von 1665 vgl. Dähnert, Johann Carl, Sammlung gemeiner und besonderer Pommerscher und Rügischer Landes-Ürkunden, Gesetze, Privilegien, Verträge, Constitutionen und Ordnungen ..., Suppl.bd. 1, Stralsund 1782, S. 1130 ff.

24 Geschichte der Stadt Stralsund, hg. v. Herbert Ewe, Weimar 1984, S. 205 f. (Verf. d. Kap.: Reinhard Kusch).

25 Gadebusch, Theodor Heinrich, Schwedischpommersche Staatskunde, T. 2, Greifswald 1788, S. 69.

26 Kusch, S. 25 ff.

erschachteten sogenannten "Neu"-Vorposterns, wurde auf die Abhängigkeit des Handels von der Getreidenachfrage verwiesen.²⁷

Daß indessen die Bildung von Handelskapital im Seehandel nicht nur von äußeren, handels- bzw. marktpolitischen Faktoren beeinflußt war, hatte bereits der schwedisch-pommersche Finanzbeamte, wirtschaftstheoretische Schriftsteller und regional bedeutende Aufklärer Johann David von Reichenbach (1727 - 1807) erkannt: "Aber äusserst selten, vielleicht niemals, wird der grössere Theil, viel weniger das ganze Vermögen, zur eigentlichen Handlung angewandt, vielmehr, so bald dasselbe einigermaßen beträchtlich anwächst, entschließt sich der Eigenthümer, entweder zur Anschaffung eines Landgutes, oder macht zinsbare Capitale daraus, die auch nur mehrentheils an solche Personen verliehen werden, die keine Handlung treiben, und also der weiteren Betriebsamkeit gänzlich entgehen. Daher ist das ganze Capital, welches in der Handlung umläuft, kaum so groß, als zur Unterhaltung des bisherigen Verkehrs erforderlich ist."²⁸

Insgesamt muß gefolgert werden, daß die Akkumulation von Handelskapital unentwickelt war. Der Kreislauf des Handelskapitals in seiner direkten Bewegung $G - W - G'$ ²⁹ entwickelte sich, wenn überhaupt, nur partiell und ansatzweise zu einem Verwertungsprozeß. Zudem ist zu berücksichtigen, daß der Kreislauf des Handelskapitals vielgestaltig war und daß der Mehrwert nur zu einem Teil in den Kreislauf zurückgeführt und der Revenueanteil durch den bürgerlichen Grundbesitz, den Güterkauf, erhöht wurde.

Seit dem Mittelalter gab es Verbindungen zwischen Handelskapital und Produktion, im Bereich überwiegend auf Lohnarbeit beruhender Gewerbe. Dazu gehörten in Stralsund vor allem Mälzerei und Brauerei. Die Mälzerei galt den Zeitgenossen als die "älteste und noch immer beträchtlichste Fabrike"³⁰, wenngleich die Zahl der Mälzereigerechtigkeiten von 110 - 120 Anfang des 18. Jh. auf 80 - 100 Anfang des 19. Jh. zurückgegangen war³¹ und die Zahl der tatsächlichen Mälzhäuser von 61 (1789)³² auf 42 (1816)³³ fiel. Im Verlauf des 19. Jh. ging die Stralsunder Mälzerei schließlich völlig zugrunde. Wenn der Malzexport noch bis 1815 relativ hoch geblieben war, dann erklärt sich dies durch den früher einsetzenden rapiden Verfall der Brauerei - ein allgemeines Phänomen, das hier nicht beschrieben werden muß.³⁴

Dem Niedergang der herkömmlichen, von Kaufleuten betriebenen Gewerbe entsprach der Niedergang der Lohnarbeit in diesen Bereichen.

Eine Ausnahme bildete der Schiffbau, doch bestand hier lediglich eine spezielle, vorkapitalistisch-mittelalterliche Verlagsbeziehung zwischen kaufmännischen Auftraggebern und auftragnehmenden Ämtern (Zünften), die die zünftlerischen Verhältnisse nicht umwandelte.

27 Staatsarchiv Greifswald, Rep. 10, Nr. 2383.

28 Reichenbach, Johann David von, Patriotische Beyträge zur Kenntniß und Aufnahme des Schwedischen Pommerns, 4. Stück, Stralsund/Greifswald 1785, S. 89.

29 Marx, Das Kapital, Bd. 3 ..., S. 338.

30 Gadebusch, S. 53.

31 Kusch, Reinhard, Die schwedische Stadtaufnahme von Stralsund 1706/07. Ein soziotopographischer und sozialökonomischer Querschnitt, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 11, Weimar 1977, S. 107; Formazin, S. 154; Gadebusch, Theodor Heinrich, Schwedischpommersche Staatskunde, T. 1, Greifswald 1786, S. 59; Fabricius, S. 92.

32 Formazin, S. 154.

33 Staatsarchiv Greifswald, Rep. 10, Nr. 2383.

34 Vgl. Formazin, S. 154.

Die Lohnarbeiter waren zudem weder in den kaufmännischen Produktionsstätten noch im Handwerk frei in dem von Marx beschriebenen Doppelsinn.³⁵ Als Gesellen und Knechte (Fischer, Schopenbrauer) im Handwerk besaßen sie Arbeitsinstrumente und waren in Zünfte integriert. Als Träger und Schopenbrauer bildeten sie eigene Ämter. Wirklich nur ökonomischem Zwang unterworfen und nicht im Besitz von Produktionsinstrumenten waren Tagelöhner und Bettler. Das gilt auch für die zahlreichen Frauen der Stadtarmut. Hinzu kam die relativ hohe Zahl der Dienstboten, d. h. des städtischen Hausgesindes, die 1784, bei knapp 11 000 Einwohnern, annähernd 13 % der Bevölkerung ausmachten.³⁶ Die Lohnarbeiter im ganzen und in den angesprochenen Bereichen, die spätfeudalen Schichten, waren feudal-ständisch integriert, sozial differenziert sowie in Gewerben, auf Arbeitsstätten und Haushaltungen aufgesplittert.

Für die Beurteilung der kaufmännischen Produktionsstätten ist die Frage nach der Akkumulation von (produktivem) Kapital von zentraler Bedeutung: "Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital heißt Akkumulation des Kapitals".³⁷ Diese setzte die "sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals" voraus, die nichts anderes war "als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel".³⁸

Das bedeutete Trennung des Eigentums an den objektiven Produktionsbedingungen (Produktionsmittel) und des Eigentums an den subjektiven Produktionsbedingungen (Arbeitskraft), setzte also Lohnarbeiter, rechtlich frei, aber produktionsmittellos, einerseits, und Besitzer von Geld, Produktions- und Lebensmitteln, die über die zur Ware gewordene Arbeitskraft verfügen konnten, andererseits, voraus. Dies war in den traditionell von Kaufleuten betriebenen Gewerben nie vollständig durchgedrungen.

Hinsichtlich der Mälzerei waren der Akkumulation und der Produktion auf erweiterter Stufenleiter zudem objektive Grenzen gesetzt. Sie bestanden erstens in der korporativen Organisation der Mälzer, zweitens in der Produktivität der Landwirtschaft, d. h. der Menge vermälzbarer Gerste, und drittens in den handels- und marktpolitischen Bedingungen. Innerhalb dieser Grenzen gab es einen Spielraum, der vor allem durch die handelspolitischen Konditionen, der variabelsten dieser drei Größen, bestimmt wurde.

Der Niedergang der Mälzerei im 18. Jh. und ihr Untergang im 19. Jh. war letztlich Resultat der starken Abhängigkeit dieses Gewerbes, das auf auswärtigen Absatz angelegt war, von den handelspolitischen Verhältnissen und Ausdruck seiner Annexation an das Handelskapital.

Die Statuten der Brauer- und Mälzer-Kompanie hatten eine Konzentration der Produktion ab einem gewissen Grade nicht zugelassen. In jeder Brauerei war, von Hilfskräften abgesehen, immer nur ein Schopenbrauer gegen Lohn beschäftigt. Als 1793 in nur noch 49 Häusern gebraut wurde, mußten 41 der 90 Schopenbrauer auf andere Weise Geld verdienen.³⁹ In der Tat ist insgesamt keine Expansion der Produktion, keine Tendenz zur weitergehenden Konzentration feststellbar, und dies auch nicht in vergangenen Zeiten der Konjunktur. Im Gegenteil, als dieses Problem im Bereich der Brauerei möglicherweise auftrat, waren Ende des 16. und Anfang des 17. Jh. Beschränkungen des zu verbrauchenden Malzes ergangen.⁴⁰

Ganz offenbar bestand der Zweck der Produktion nicht darin, (produktives) Kapital zu akkumulieren, sondern darin, einen höheren Handelsgewinn zu er-

35 Marx, Das Kapital, Bd. 1 ..., S. 742.

36 Gadebusch, T. 1, S. 58.

37 Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 605.

38 Ebenda, S. 742; vgl. ebenda, S. 741 ff.

39 Kusch, Die Manufaktur in Stralsund, Anhang A, Tabellarium, mit Anm. 74.

40 Formazin, S. 150.

zielen, Kapital in der Sphäre der Zirkulation zu realisieren, in der es keine Beschränkungen von Warenmengen gab. Waren die Voraussetzungen nicht die der kapitalistischen Produktion, so war auch deren Ziel nicht die Produktion auf erweiterter Stufenleiter, sondern die Realisierung des Handelskapitals. Die von Kaufleuten betriebenen Produktionsstätten - und dies ist keineswegs eine Stralsunder Besonderheit - waren Vehikel dieses Prozesses, d. h. nur eines in einer Reihe von Elementen des vielgestaltigen Kreislaufs des Handelskapitals. Die Zirkulationssphäre dominierte die Produktionssphäre und nicht umgekehrt.

Kaufmännische Produktionsstätten in Handelsstädten wie Stralsund sind zwar von der Produktionsorganisation her historische Formen der Kooperation und insofern auch den Manufakturen verwandt; jedoch sind sie vor allem vom Kapital, als gesellschaftlichem Verhältnis⁴¹, als Bewegung⁴², von der Produktionsweise her Bestandteile des Kreislaufs des Handelskapitals und in dessen Bewegung G - W - G' als produktives Element einbezogen. Als Bestandteile dieser Bewegung konnten sie die Dominanz des Handelskapitals als eines gesellschaftlichen Verhältnisses nicht auflösen, sondern stabilisierten im Gegenteil die alte Produktionsweise. Wann immer in jenen Einrichtungen "akkumuliert" wurde, wurde das Resultat dieser nichtkapitalistischen "Akkumulation" in den Kreislauf des Handelskapitals einbezogen bzw. der Mehrwert gleich als Handelskapital angewandt. Beim Aufspüren kapitalistischer Keime im Feudalismus bedarf es großer Vorsicht und sorgfältiger konkreter Analyse.

In seiner Kritik der wirtschaftlichen Verhältnisse Schwedisch-Pommerns stellte Johann David von Reichenbach fest: "Der Zusammenfluß aller dieser Nachtheile nebst der ermangelnden Gelegenheit, sich mit seinem Gelde hier, wie anderwärts, im Commerz zu rühren, hat daher manche unserer besten Handelshäuser lange schon vermocht, ihre Capitalien in Landgüter zu stecken, und Kaufmannschaft als ein Nebenwerk zu treiben."⁴³

Stralsund und Stralsunder Grundherren hatten seit dem Mittelalter den umfangreichsten Landbesitz aller Städte Pommerns an sich gebracht. Im 18. Jh. besaßen sie in mehr als 80 Dörfern Rügens und Vorpommerns Grundeigentum, und einige dieser Orte gehörten ihnen ganz.⁴⁴

Es mögen in diesem Zusammenhang folgende Feststellungen genügen:⁴⁵ Das Handelskapital ergriff nicht den Produktionsprozeß auf dem Lande. Es erzeugte dort keine freien Arbeitskräfte. Die Kaufleute eigneten sich durch außerökonomischen Zwang Teile des Produkts unfreier Produzenten an. Ein erheblicher, aber konkret nicht bestimmbarer Teil des Handelsgewinns schied offenbar aus dem Kreislauf des Handelskapitals als Revenue (nicht als Kapital) aus. Dieses für Bodenkauflauf und -pacht aufgewandte Geld kehrte als Geld- oder Naturalrente in den Kreislauf zurück, oder die Geldrente wurde wieder wie Revenue verbraucht. Das Handelskapital konservierte die alte Produktionsweise.

41 Marx, Karl, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, in: MEW, Bd. 42, S. 421; derselbe, Das Kapital, Bd. 3, S. 822.

42 Derselbe, Das Kapital, Bd. 2, in: MEW, Bd. 24, S. 109.

43 Reichenbach, S. 188.

44 Dähnert, Suppl.bd. 1, S. 1151 ff., 1273 ff.; ebenda, Suppl.bd. 3, Stralsund 1799, S. 570; Atlas, Historischer, der Provinz Pommern, Bd. 2: Pommersche Besitzstandskarte 1780, Erläuterungen v. Fritz Curschmann, Stettin 1939, S. 41.

45 Kusch, Die Manufaktur in Stralsund, S. 47 ff.; zur Agrarproblematik vgl. u. a. Peters, Jan, Schwedische Agrarpolitik und nationale Frage in Schwedisch-Pommern (1720 - 1815), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 5 - 6/1963 (dort weitere Literatur).

Als ideeller Faktor sei dabei der Umstand genannt, daß sich der soziale Status eines Bürgers vorrangig nicht auf mobiles, sondern auf immobiles Eigentum, d. h. Grund- und Hausbesitz, stützte. Diese Auffassung wurzelte im Lübschen Recht und basierte ökonomisch auf den Grundlagen des Feudalismus schlechthin. Hieraus ergab sich ein retardierendes ideelles Moment, das die Vermögenslage in Grundeigentum begünstigte und sich zugleich auf die Übernahme traditionsfremder Risiken, wie etwa die Aufnahme einer neuartigen, manufaktuellen Produktion, hemmend auswirken mußte.

Schließlich ist die breite Kreditverflechtung zu erwähnen, die gerade durch die wechselseitige Durchdringung der ökonomischen Sphären ein stabilisierendes Moment für die alte Produktionsweise bildete. Wiederholt mußten sich die Landes- und städtischen Behörden auch im 18. Jh. mit dem Wucher befassen.⁴⁶ Marx hatte in seiner Untersuchung des Wucherkapitals hervorgehoben: "Aber es herrscht sich nicht in den Produktionsprozeß selbst, der nach wie vor in seiner herkömmlichen Weise neben ihm vorgeht. Es schießt auf teils aus der Verkümmrung dieser Produktionsweise, teils ist es ein Mittel sie zu verkümmern und in den ungünstigsten Bedingungen sie fortvegetieren zu machen."⁴⁷

Zinstragendes Kapital realisierte sich (für den Geldverleiher) in der direkten Form $G - G' (G+g)$. Dabei fungierte das Kapital als besondere Ware, als reines Geldkapital, das sich selbst als "W" (= G) statt W vermittelte. Es war die parasitärste Form des Kapitals.⁴⁸

Das Stralsunder Handelsbürgertum des 18. Jh. war feudal-ständisch strukturiert. Es gliederte sich in eine spätpatrizische Oberschicht und in eine Unterschicht, deren Unterscheidung ökonomische Kriterien zugrunde liegen.

Der Kreislauf oder, im handelspolitisch günstigen Falle, der selbständige Verwertungsprozeß des Handelskapitals konservierte die feudale und schloß die kapitalistische Produktionsweise aus, fungierte also als vor- oder nichtkapitalistische Bewegung.

Das reine Kaufmannskapital, das im Gütererwerb angelegte Geld und das zinstragende Kapital führten noch nicht zur formellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Dagegen war dies bei dem in die Produktion eingehenden Kapital der Fall, allerdings ohne daß es dadurch zur Herausbildung einer auch nur "bloß formell kapitalistischen Produktionsweise" gekommen wäre.⁴⁹ Denn die Bildung von produktivem Kapital war in den Prozeß der Realisierung des Handelskapitals eingeordnet.

Der Kreislauf des Handelskapitals als vorkapitalistische Bewegung blieb nicht zuletzt aufgrund seiner Vielgestaltigkeit stabil. Die Dominanz des Handelsbürgertums stützte sich ökonomisch auf die Beherrschung des Handels selbst sowie auf die Einbeziehung von Produktionsstätten, von Grundbesitz und Kreditwesen.

3. Über das Handelskapital im Feudalismus

Vorausgesetzt seien in der nachstehenden Rezeption der von Marx und Engels analysierten Zusammenhänge zwischen dem Handelskapital im Feudalismus und der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise die hier nicht zu begründenden historischen Gegebenheiten Handel und Existenz von Kaufmannskapital in der Stadt - die "historisch älteste freie Existenzweise des Kapitals".⁵⁰

46 Staatsarchiv Greifswald, Rep. 10, Nr. 257; Dähnert, Suppl.bd. 4, S. 81.

47 Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses ..., S. 96.

48 Vgl. derselbe, Das Kapital, Bd. 3, S. 361, 394.

49 Marx, K., Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S. 144; vgl. Handbuch Wirtschaftsgeschichte, S. 608.

50 Marx, K., Das Kapital, Bd. 3 ..., S. 337.

Der Handel befördert "auf der Basis jeder Produktionsweise die Erzeugung von überschüssigem Produkt, bestimmt, in den Austausch einzugehen; alle Entwicklung des Kaufmannskapitals wirkt darauf hin, der Produktion einen mehr und mehr auf den Tauschwert gerichteten Charakter zu geben, die Produkte mehr und mehr in Waren zu verwandeln."51

In den vorkapitalistischen Produktionsweisen, unabhängig von der jeweiligen ökonomischen Gesellschaftsformation, nur abhängig von entwickelten Ware-Geld-Beziehungen, bildeten Handels- und Wucherkapital das Kapital überhaupt52, "erscheint das Kaufmannskapital ... als die Funktion par excellence des Kapitals"53.

Die Herrschaft des Handelskapitals bedeutete "Verselbständigung des Zirkulationsprozesses gegen seine Extreme", gegen die Produzenten. "Diese Extreme bleiben selbständig gegen den Zirkulationsprozeß, und dieser Prozeß gegen sie. ... Diese Verselbständigung des Zirkulationsprozesses, worin die Produktionsphären untereinander verbunden werden durch ein Drittes, drückt Doppelpertes aus. Einerseits, daß die Zirkulation sich noch nicht der Produktion bemächtigt hat, sondern sich zu ihr als gegebener Voraussetzung verhält. Andererseits, daß der Produktionsprozeß die Zirkulation noch nicht als bloßes Moment in sich aufgenommen hat."54

Das Handelskapital für sich, als historisch-ökonomische Kategorie betrachtet, erklärt zunächst nicht den Übergang von einer Produktionsweise in eine andere, bewirkt grundsätzlich nichts als die Verselbständigung des Zirkulationsprozesses und dies in unterschiedlichen vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen.55 Kapital in diesen Gesellschaftsformationen ist also zunächst kein Keim des Kapitalismus, sondern nichts als eine vorkapitalistische, d. h. nichtkapitalistische Form des Kapitals, wie es denn auch nicht als gleichbleibende Sache, sondern als gesellschaftliches, als Produktionsverhältnis zu verstehen ist.56

Im Zusammenhang mit dem Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise war die Stellung des vorkapitalistischen Handelskapitals durch zwei unterschiedliche Momente bestimmt:

Einerseits bildete seine Existenz eine historische Bedingung "für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, 1. als Vorbedingung der Konzentration von Geldvermögen und 2. weil die kapitalistische Produktionsweise Produktion für den Handel voraussetzt, Absatz im großen und nicht an den einzelnen Kunden, also auch einen Kaufmann, der ... die Kaufakte vieler in seinem Kaufakte konzentriert."57

Andererseits wirkte ein aus der Verselbständigung des Zirkulationsprozesses ableitbares konservierendes Moment, das, die Entwicklung des Handelskapitals für sich betrachtet, dominierte. Im entwickelten Kapitalismus "wird das Kaufmannskapital von seiner frühern selbständigen Existenz herabgesetzt zu einem besondern Moment der Kapitalanlage überhaupt ... Es fungiert nur noch als der Agent des produktiven Kapitals. Die mit der Entwicklung des Kaufmannskapitals sich bildenden besondern Gesellschaftszustände sind hier nicht mehr bestimmend; im Gegenteil, wo es vorherrscht, herrschen veraltete Zustände. Dies gilt sogar innerhalb desselben Landes, wo z. B. die reinen Handelsstädte ganz andre Analogien mit vergangnen Zuständen bilden als die Fabrikstädte.

51 Ebenda, S. 338 f.

52 Ebenda, Bd. 1, S. 778.

53 Ebenda, Bd. 3, S. 339.

54 Ebenda, S. 340.

55 Marx, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, S. 413 f.

56 Ebenda, S. 421; Marx, Das Kapital, Bd. 3, S. 822.

57 Ebenda, Bd. 3, S. 339.

Selbständige und vorwiegende Entwicklung des Kapitals als Kaufmannskapital ist gleichbedeutend mit Nichtunterwerfung der Produktion unter das Kapital, also mit Entwicklung des Kapitals auf Grundlage einer ihm fremden und von ihm unabhängigen gesellschaftlichen Form der Produktion. Die selbständige Entwicklung des Kaufmannskapitals steht also im umgekehrten Verhältnis zur allgemeinen ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft."⁵⁸

Insbesondere beim Vorherrschen des Zwischenhandels wirkt das von Marx entdeckte "Gesetz, daß die selbständige Entwicklung des Kaufmannskapitals im umgekehrten Verhältnis steht zum Entwicklungsgrad der kapitalistischen Produktion".⁵⁹

Die Erkenntnis von der Wirkung dieses konservierenden Moments in der Entwicklung des Handelskapitals ist der Schlüssel für das Verständnis der im wesentlichen konservativen Stellung des großen Stralsunder Handelsbürgertums.

"Neben die selbständigen Produzenten, die in überlieferter, urväterlicher Betriebsweise handwerkern oder ackerbauern, tritt der Wucherer oder Kaufmann, das Wucherkapital oder das Handelskapital, das sie parasitenmäßig aussaugt. Vorherrschaft dieser Exploitationsform in einer Gesellschaft schließt die kapitalistische Produktionsweise aus, zu der sie andererseits, wie im spätem Mittelalter, den Übergang bilden kann."⁶⁰

Die Ursachen für diesen Übergang sind indessen im wesentlichen nicht aus der Entwicklung des Handelskapitals zu erklären. Wieweit der Handel, unter Berücksichtigung des herausgestellten progressiven Moments, "die Auflösung der alten Produktionsweise bewirkt, hängt zunächst ab von ihrer Festigkeit und inneren Gliederung. Und wohin dieser Prozeß ausläuft, d. h. welche neue Produktionsweise an Stelle der alten tritt, hängt nicht vom Handel ab, sondern vom Charakter der alten Produktionsweise selbst."⁶¹

Die historischen Existenzbedingungen des industriellen, produktiven Kapitals "sind durchaus nicht da mit der Waren- und Geldzirkulation. Es entsteht nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet, und diese eine historische Bedingung umschließt eine Weltgeschichte"⁶² - die Weltgeschichte des Kapitalismus.

Die Voraussetzungen für den Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise resultierten ihrerseits aus einem historischen Auflösungsprozeß der feudalen Produktionsweise und sind in diesem begründet. "Der historische Prozeß ist nicht das Resultat des Kapitals, sondern Voraussetzung für dasselbe. Durch ihn schiebt sich dann auch der Kapitalist als Zwischenperson (historisch) zwischen Grundeigentum oder zwischen Eigentum überhaupt und Arbeit."⁶³ Dieser welthistorische Prozeß ist hier nicht zu behandeln. Immerhin galt aber auch für Pommern: "Die Auflösung der Leibeigenschaftsverhältnisse wie das Aufkommen der Manufaktur verwandeln dann nach und nach alle Arbeitszweige in vom Kapital betriebene."⁶⁴

58 Ebenda, S. 339 f.

59 Ebenda, S. 341.

60 Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 533.

61 Ebenda, Bd. 3, S. 344.

62 Ebenda, Bd. 1, S. 184.

63 Marx, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, S. 413.

64 Ebenda, S. 419.

4. Der manufakturielle Sektor unter der Dominanz des Handelskapitals (Interpretation). Stralsund

Unter den innerstädtischen Voraussetzungen Stralsunds bestanden theoretisch drei Möglichkeiten der Durchsetzung eines "manufaktur-kapitalistischen" Entwicklungsweges: Erstens, daß die Dominanz des Handelskapitals, als vor- und nichtkapitalistisches Verhältnis, entweder durch grundsätzlich veränderte handelspolitische Bedingungen aufgelöst oder durch eine innerstädtische Opposition - sofern diese auch auf eine Liberalisierung der gewerblichen Verhältnisse zielte - abgelöst würde; zweitens, daß die städtische Warenproduktion ihre zünftige Organisation bzw. ihre starke Abhängigkeit vom Handelskapital verlöre; drittens, daß ein Eingreifen der schwedischen Zentralgewalt zur Beseitigung der Landesautonomie und der ständischen Privilegien, die der gewerblichen Emanzipation entgegenstanden, sowie nicht zuletzt zur Aufhebung der Leibeigenschaft geführt, d. h. als Katalysator der gesellschaftlichen Entwicklung gewirkt hätte. Diese theoretischen Potenzen wurden jedoch bis 1806/1815 praktisch nicht wirksam.

Zunächst allerdings schienen die katastrophalen handelspolitischen Verhältnisse im Gefolge des Nordischen Krieges neue, traditionsfremde Aussichten zu eröffnen. Seit Ende 1726 zeigten sich vor dem Hintergrund dieser Krise führende Vertreter des Stralsunder Spätpatriziats - übrigens auch und immer wieder der Ritterschaft - an einem kollektiven Wollmanufakturunternehmen interessiert. Als sich jedoch mannigfache Schwierigkeiten auftraten und wieder etwas günstigere Aussichten für den Handel bestanden - hier zeigte sich die außerordentliche Bedeutung des Marktes für den "manufakturkapitalistischen" Entwicklungsweg schien das eigentliche Ziel des Projekts, die Realisierung des Handelsgewinns, auf traditionelle Weise wieder sicherer. Im letzten Drittel des 18. Jh. wandte sich der Stralsunder Rat zunehmend gegen diejenigen manufaktuellen Unternehmungen, die bestehende korporative Interessen und Rechte, einschließlich der der Zünfte, berührten.⁶⁵

1786 erklärte der Rat gegenüber der Regierung: "Ob nun aber die Vortheile, die durch die Anlegung dieser fabriken dem Lande erwachsen könnten, von der Bedeutung und Erheblichkeit sein dürften, daß der der übrigen Bürgerschaft daraus entspringende Schade und Nachtheil dadurch überwogen würde, müßen wir billig in Zweifel ziehen ..."⁶⁶ Und 1796 äußerten sich die schwedisch-pommerschen Stände gemeinsam: "Allein unsere Landes Einwohner gebrauchen ihr Vermögen und ihren Credit schon zum Ackerbau, zu Anschaffung und Benutzung der Landgüther, zu dem Verkehr mit den Früchten derselben, und zu der damit zu treibenden Handlung und Schiffahrt."⁶⁷

Dennoch entstanden auch in Stralsund und Schwedisch-Pommern Manufakturen und "Fabriken". Das erste Unternehmen, die Amidommacherei (im 19. Jh. Stärkefabrik), wurde von einem Vertreter des großen Handelsbürgertums begründet und datiert aus dem Jahre 1729. Im textilen Bereich konnte sich (1743 - 1759) lediglich die Henningssche Zeug- und Wollmanufaktur⁶⁸ eine Zeitlang behaupten. Der Rat nahm 1771 die städtische Flachsspinnerei wieder auf und

65 Kusch, Die Manufaktur in Stralsund, S. 91 ff.; vgl. Geschichte der Stadt Stralsund, S. 211 ff.

66 Staatsarchiv Greifswald, Rep. 10, Nr. 2371.

67 Stadtarchiv Stralsund, vorl. Sign. L 1516.

68 Zum publizistischen Wirken des Unternehmers Johann Nicolaus Hennings vgl. auch Findeisen, Jörg-Peter, Progressive Kameralisten in Schwedisch-Pommern nach 1750. Die schwedisch-pommersche Reformpublizistik im Prozeß des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1986, S. 105 - 129.

fungierte als Verlag für etwa 400 Frauen aus der Stadtarmut und der Garnison. Bekannt sind vor allem die Fayencemanufaktur und die Spielkarten-"Fabrique", die später Aktiengesellschaft wurde und 1931 mit ihrem Stammsitz nach Altenburg (Thür.) übersiedelte. Darüber hinaus existierten Gerbereien, die nicht der einfachen Warenproduktion zugehörten, Rohrzuckersiedereien, eine Spiegelmanufaktur, Seifensiedereien und andere Produktionsstätten, vor allem jedoch Tabak-"Fabriken", deren älteste 1765 entstand und von denen maximal 14 (1786/87) mit über 200 Beschäftigten gleichzeitig produzierten.⁶⁹ Für das übrige Schwedisch-Pommern sind noch die Saline in Greifswald und die erst 1809/10 gegründete Bergener Tuchmanufaktur bemerkenswert.⁷⁰

Aus der Unternehmerschaft ragten die Kramer heraus, die mit dem wichtigen Rezeß von 1665 die unkorporative Kaufmannschaft gewonnen hatten. Sie zeichneten sich trotz Kapitalmangels durch eine perspektivisch günstige ökonomische Stellung aus. Als (unkorporierte) Kaufleute waren sie frei von Beschränkungen ihres manufakturellen, speziellen Groß- und Fernhandels, als Kramer waren sie frei von Beschränkungen ihres speziellen Verkaufs an die Konsumenten (oder Endproduzenten: Gerberei), frei in ihrer Produktion und frei in ihrem jeweiligen Handel. Berechnungen für 1776, als der manufakturelle Sektor mit etwa 23 Unternehmern und 20 Produktionsstätten bereits voll ausgebildet war, zeigen, daß die manufakturellen Aktivitäten dieser unteren Schicht des Handelsbürgertums um ein Vierfaches höher als die der oberen Schicht lagen. Allerdings standen den 20 Unternehmen 145 reine Kaufmannshandlungen gegenüber.⁷¹

Dennoch ist die Herausbildung eines manufakturellen Sektors als das entscheidende progressive Element in der Entwicklung der städtischen Wirtschaft Stralsunds im 18. Jh. anzusehen.

Insgesamt konnten 82 Projekte für den Zeitraum 1720 - 1815 ermittelt werden. Die Zahl der zustande gekommenen manufakturellen Produktionsstätten und Verlagsunternehmen betrug 60. Nebeneinander existierten maximal 23 Unternehmen (1815). Von 1726 bis 1815 wurden pro Jahr durchschnittlich 0,9 Projekte eingereicht bzw. manufakturelle Produktionen begründet. Waren es bis 1759 nur 0,5 pro Jahr, so lag der Durchschnitt ab 1760 bei 1,2 Projekten bzw. Einrichtungen jährlich. Tatsächlich gegründet wurden (seit 1760) 51 Unternehmen, fast jedes Jahr also eines. Der Nettozuwachs, unter Berücksichtigung der Auflösungen, lag indessen nur 1760 - 1779 nahe dieser Größe, einem Zeitraum, in dem es zu 26 Gründungen kam.⁷²

69 Kusch, Die Manufaktur in Stralsund, S. 90 ff.; vgl. Geschichte der Stadt Stralsund, S. 211 ff.

70 Vgl. Staatsarchiv Greifswald, Rep. 10, Nr. 2383.

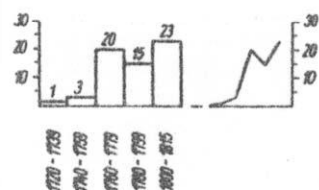
71 Kusch, Die Manufaktur in Stralsund, S. 22, 199 ff.

72 Ebenda, S. 196 ff., mit Tabellarium und graphischer Gesamtdarstellung.

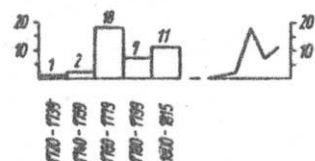
Durch ein technisches Versehen wurde im Band 4/1986 die Seite 133 unvollständig gedruckt. Wir bitten unsere Leser, diese gegen die hier wiedergegebene Seite auszutauschen.

Graphische Darstellung der Gesamtzahlen, des Nettozuwachses und der Gründungsdynamik

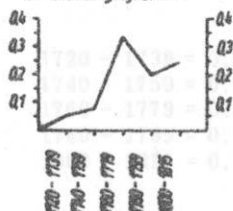
Die Zahl der vorhandenen Produktionsstätten im jeweiligen Schlußjahr (vgl. Tabelle 1, Position 5):



Der Nettozuwachs (Position 4):



Die Gründungsdynamik



1720 - 1739 = 0,050

1740 - 1759 = 0,075

1760 - 1779 = 0,333

1780 - 1799 = 0,199

1800 - 1815 = 0,242

Quelle:

Wie zu Tab. 1.

Tabelle 1

Projekte, Gründungen und Auflösungen in Zeitabschnitten von 20 Jahren

Jahre	1 Zahl der neuen Projekte, davon nicht realisiert (...)	2 Zahl der neuen Gründun- gen	3 Zahl der Auflösungen a der Gründun- gen des jewei- ligen Zeitab- schnitts	b der Gründun- gen seit 1720	4 Nettozu- wachs (4 = 2 - 3a)	5 Zahl der vorhandenen Produktionsstätten im jeweiligen Endjahr
1800 - 1815 ⁺	17 (5 = 29 %)	12	1	3 - 5	11	23
1780 - 1799	20 (7 = 35 %)	13	6	18 - 20	7	14 - 16 (ca. 15)
1760 - 1779	30 (4 = 13 %)	26	7 - 9	8 - 10	17 - 19	19 - 21 (ca. 20)
1740 - 1759	10 (4 = 40 %)	6	4	4	2	3
1720 - 1739	5 (2 = 40 %)	3	2	2	1	1

⁺ Dieser Zeitabschnitt umfaßt nur 16 Jahre.

Die relativ willkürliche Einteilung in Zeitabschnitte von 20 Jahren ergibt sich vor allem aus Unsicherheiten bei der Datierung von Auflösungen. Auch wenn sich damit die Analyse kurzer Zeiträume nicht ermöglichen läßt, kann immerhin eine Gesamtrendenz ermittelt werden.

Quelle:

Zusammengestellt bzw. errechnet aufgrund von Angaben in: Staatsarchiv Greifswald, Rep. 10; Stadtarchiv Stralsund, Rep. 1 - 5; ebenda, J 650 (Manufaktur- und Handwerksbericht); ebenda, L (Landständeakten); ebenda, M (Ratsakten bzw. Landständeakten des Rates); vgl. ausführlicher Kusch, Reinhard, Die Manufaktur in Stralsund, phil. Diss., Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 1983, S. 197 ff. (Manufakturtabellarium).

Die graphischen Darstellungen machen deutlich, daß die Herausbildung des manufakturrellen Sektors in einem Schub von Gründungen erfolgte und um 1775 abgeschlossen war. Die Zahl der Produktionsstätten stieg von etwa 7 im Jahre 1765 auf etwa 20 im Jahre 1775, also in einem Jahrzehnt auf fast das Dreifache.

Die Jahre 1720 - 1759 kennzeichnen die Anlaufphase der manufakturrellen Entwicklung. Ihr folgte der Boom von 1760 bis 1779, die manufakturrelle "Gründerzeit". Ende des 18. Jh. ging die Zahl der Produktionsstätten um ein Viertel zurück. Dies erklärt sich aus dem Maximum an Auflösungen zwischen 1780 und 1799. Anfang des 19. Jh. war die Zahl der Auflösungen dagegen am geringsten. Das läßt auf eine Stabilisierung in bestimmten bewährten Bereichen schließen, die durch den erneuten realen Zuwachs bestätigt wird.

Diese Entwicklung wird durch die graphische Darstellung der Gründungsdynamik wiedergegeben. Sie wurde nach der in der Physik gebräuchlichen Formel für die Geschwindigkeit bestimmt:

$$v = \frac{s}{t} \text{ (Geschwindigkeit gleich Weg durch Zeit).}$$

Entsprechend wurde die Zahl der Produktionsstätten im jeweiligen Endjahr, als Abschluß des Weges, durch die Zahl der Jahre seit 1720, die Dauer der Entwicklung, dividiert. Daraus ergaben sich die in der Graphik aufgeführten und dargestellten Werte. Durch diese Berechnung wird die Aussage der Graphik zu Position 5 (die Zahl der vorhandenen Produktionsstätten im jeweiligen Endjahr), die den absoluten Höhepunkt für 1815 ausweist, relativiert. Einerseits lag im Gesamtzeitraum ein realer Zuwachs vor, andererseits gab es keine gleichmäßig aufsteigende dynamische Entwicklung. Der Höhepunkt der Gründungsdynamik lag in den Jahren von 1760 bis 1779.

Augenfällig an der Entwicklung des manufakturrellen Sektors sind über die Gesamttendenz hinaus vor allem drei Charakteristika: erstens die Labilität der Einrichtungen im einzelnen, zweitens die Tatsache, daß sie sich überwiegend in gewerblichen Bereichen durchsetzten, in denen keine Ämter (Zünfte) produzierten, und drittens, daß sie sämtlich der Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion (Produktion von Konsumtionsmitteln) angehörten.

Für die Labilität der Manufakturen ist eine Reihe von Gründen verantwortlich, die äußere wirtschaftspolitische Faktoren, die sich aus der Zugehörigkeit zu Schweden oder aus dem Einwirken fremder Konkurrenz ergaben, ebenso umfaßt wie innere wirtschaftspolitische Faktoren, die aus der konservativen Haltung des Rates oder aus dem Fehlen eines freien inneren Marktes resultierten. Im engen Zusammenhang mit diesen Faktoren steht die wesentliche innere ökonomische Ursache für die Labilität der Unternehmen: der Kapitalmangel der Unternehmer, der sich vor allem aus ihrer Herkunft erklärt.

Die Zahl der Manufakturen, "Fabriquen", Verlage und nicht realisierten Projekte in denjenigen gewerblichen Bereichen, in denen keine Ämter produzierten, betrug 57, gegenüber 25 in den Bereichen, in denen Ämter produzierten - es bestand also ein Verhältnis von mehr als 2 zu 1. Deutlicher noch wird dieses Ergebnis an dem Verhältnis von realisierten zu nichtrealisierten Projekten. In den Bereichen, in denen keine Ämter produzierten, betrug es mit 45 zu 12 fast 4 zu 1, in den anderen Bereichen mit 15 zu 10 nur 1,5 zu 1.

Besonders anschaulich ist eine Gegenüberstellung der Extreme: Tabakproduktion - Woll- und Zeugproduktion. Das Verhältnis von "Fabriquen" zu nichtrealisierten Projekten betrug bei jener 23 zu 2, das Verhältnis zwischen Manufakturen, Verlagen und nichtrealisierten Projekten bei dieser dagegen 6 zu 4 zu 12.

Die 23 Tabak-"Fabriquen" machten rund 38 % der manufakturrellen Produktionsstätten insgesamt bzw. rund 45 % der Gründungen seit 1760 aus. Sie bildeten den ersten und einzigen Bereich, in dem das Gesetz der freien Konkurrenz ansatzweise zu wirken begann.

Von den insgesamt 22 nichtrealisierten Projekten entfielen 12 (rund 55 %) auf die Woll- und Zeugproduktion. Einerseits kommt hierdurch das immer wieder aufgebrachte Interesse an diesem Gewerbe zum Ausdruck, das aber andererseits in Stralsund offenbar wenig gefördert wurde. Von den 60 realisierten manufakturrellen Produktionsstätten und Verlagsunternehmen entfielen nur 10, rund 17 %, die bis auf zwei sehr kurzlebige waren, auf die Woll- und Zeugproduktion. Vor allem wird somit die Schwierigkeit unterstrichen, derartige Manufakturen durchzusetzen.

Schließlich hatten sich bis 1815 neben dem städtischen Spinnereiverlag und einer Möbel-"Fabrique" in den traditionell zünftig betriebenen Bereichen nur die Gerbereien behaupten und entwickeln können. Und hier bestand ein altes kaufmännisches Gewohnheitsrecht, das die Ämter nicht zu durchbrechen vermocht hatten.

Noch bis 1815 vereinigten die Zünfte die gesamte Produktion der Abteilung I (Produktion von Produktionsmitteln) auf sich, und Manufakturen entstanden nur in der Abteilung II, weil die manufaktuelle Produktion von Produktionsmitteln die Auflösung mehrerer Zünfte, die die Arbeit unter sich geteilt hatten, erfordert hätte, also die Überwindung der zunftmäßigen durch die manufakturmäßige Teilung der Arbeit und damit die Überwindung des vereinten Widerstands mehrerer Ämter. Hierzu waren die Manufakturisten, auf sich allein gestellt, zu schwach. Sie beschränkten sich auf Abteilung II, wo diese Überwindung in der Regel nicht erforderlich war, auch der Markt bessere Voraussetzungen bot und die dabei den Vorzug besaß, "daß sie zugleich Käufer der Arbeitskraft und ebenso Wiederverkäufer ihrer Ware an ihre eignen Arbeiter ist".⁷³

Hierdurch wird ein wesentlicher Unterschied zum entwickelten Kapitalismus bezeichnet. Dort stellt sich das Wachstum der einzelnen Bestandteile des Gesamtprodukts, die erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals, so dar: "Am schnellsten wächst die Produktion von Produktionsmitteln für Produktionsmittel, dann die Produktion von Produktionsmitteln für Konsumtionsmittel und am langsamsten die Produktion von Konsumtionsmitteln."⁷⁴ Hier hingegen existierte nur diese. Das heißt, daß keine erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals stattfand, weil kein gesellschaftliches Kapital existierte. Denn in der Abteilung I wurde das gesellschaftliche Gesamtprodukt durch nichtkapitalistische Produktion erzeugt. Dies bestätigt, daß die kapitalistische Produktionsweise selbst noch nicht existierte. Die manufakturrellen Produktionsstätten repräsentierten die kapitalistische Produktionsweise nicht im Großen, nicht im gesellschaftlichen Maßstab, sondern im Kleinen, als protokapitalistische Keime im feudalen Umfeld.

Ein weiteres Spezifikum der manufakturrellen Entwicklung Schwedisch-Pommerns ergibt sich aus der Position des Staates. Allgemein leitet sich die Wirtschaftspolitik eines Landes von seiner wirtschaftlichen Entwicklung ab. Hier wurde sie dagegen in erster Linie von Schweden und dortigen Interessen und erst in zweiter Linie von Entwicklungen in Pommern bestimmt.

Die entstehenden Manufakturen, als Organisationsformen der gewerblichen Wirtschaft, fanden nicht die notwendige Entsprechung in Rechtsformen, wie einer Manufakturgesetzgebung oder einem Manufakturkollegium. Die schwedischen Privilegien von 1739 wurden nicht übertragen. Statt legislativer Maßnahmen wurden, in Gestalt der jeweiligen Einzelprivilegierung durch Regierung oder Rat, von Fall zu Fall nur exekutive Maßnahmen getroffen, die praktizistischen Charakter trugen. Das sich dabei herausbildende Gewohnheitsrecht konnte eine Manufakturgesetzgebung nicht ersetzen. Der Staat vermied es auch, die Rechte der Städte dahingehend einzuschränken, daß diese außerstande gewesen wären,

73 Marx, Das Kapital, Bd. 2, S. 504.

74 Lenin, W. I., Zur sogenannten Frage der Märkte, in: Werke, Bd. 1, S. 78.

die von der Ritterschaft gewünschte Entstehung von Manufakturen auf dem Lande zu verhindern. Schließlich fehlen vom Staat selbst angelegte Manufakturen völlig. Auch gab es, sieht man von einigen wenigen Krediten ab, keinerlei staatliche Beteiligungen.

Das feudal-ständische System, charakterisiert durch die Dominanz des Handelskapitals, wurde von Schweden nicht reformiert. Die staatliche Gewalt als "ökonomische Potenz" wurde von Schweden nicht eingesetzt, "um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen".⁷⁵

Bei der Interpretation des manufakturrellen Sektors in Stralsund sind auch einzelne Elemente der Methodik, die Herman Freudenberger und Gerhard Mensch in ihrer Bränn-Studie entwickelt haben, anwendbar, wenngleich die protokapitalistische Entwicklung in Stralsund noch keinen Systemwandel bewirkt hatte.⁷⁶ Dabei ist zu berücksichtigen, daß die von Freudenberger und Mensch analysierten Innovationen im Übergangsfeld vom Feudalismus zum Kapitalismus insofern originäre Triebkräfte des sozialwirtschaftlichen Wandels darstellen, als sie Ausdruck des Widerspruchs zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften sind. Stagnationen im Bereich der Produktionsverhältnisse induzierten hier Innovationen im Bereich der Produktivkräfte.⁷⁷

Nach der Gesamttendenz soll nun die Dynamik der tatsächlichen Gründungen in den einigermaßen wichtigen einzelnen Bereichen untersucht werden. Die Formel sei analog der Berechnung der Gesamttendenz:

$$Dy_i = \frac{g_i}{D_i} \quad (\text{Dynamik der Gründungen gleich Zahl der Gründungen durch}$$

Dauer von der ersten Gründung bis 1815).

T a b e l l e 2

Die Gründungsdynamik in den manufakturrellen Bereichen

i		D_i	g_i	Dy_i	
Gewerbe (Kurzbezeichnung)	erste Gründung	Dauer bis 1815 (Jahre)	Gründun- gen bis 1815	Gründungs- dynamik	Platz
1. Amidom	1729	86	1	0,012	8
2. Gerberei	1730	85	7	0,082	4
3. Wolle	1743	72	6	0,083	3
4. Zucker	1745	70	3	0,043	6
5. Tabak	1765	50	23	0,460	1
6. Spielkarten	1765	50	1	0,020	7
7. Seifen/Kerzen	1765	50	7	0,140	2
8. Spiegel/Möbel	1774	41	2	0,048	5

Der arithmetische Durchschnitt beträgt 0,111.

Quelle:

Wie zu Tab. 1

75 Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 779.

76 Freudenberger, Hermann/Mensch, Gerhard, Von der Provinzstadt zur Industrieregion (Bränn-Studie). Ein Beitrag zur Politökonomie der Sozialinnovation dargestellt am Innovationsschub der industriellen Revolution im Raume Bränn Göttingen 1975.

77 Vgl. ebenda, bes. S. 7, 13 ff., 24, 37 ff.

Über diesem Durchschnitt lagen nur die "Fabriken" im Bereich der Tabak- sowie der Seifen- und Kerzenproduktion. Ein vollständigerer Aussagewert ist zu erzielen, wenn man das Schlußjahr 1815 hinzuzieht.

Tabelle 3

Die Gründungsdynamik in den manufakturrellen Bereichen 1815

i	g_i	Dy_i	Platz
Gewerbe	1815 noch bestehende Gründungen	Gründungsdynamik	
1. Amidom	1	0,012	7
2. Gerberei	4	0,047	4
3. Wolle	0	0,000	8
4. Zucker	1	0,014	6
5. Tabak	7	0,140	1
6. Spielkarten	1	0,020	5
7. Seifen/Kerzen	4	0,080	2
8. Spiegel/Möbel	2	0,048	3

Quelle:

Wie zu Tab. 1

Über dem Durchschnitt von 0,045 lagen 1815 die "Fabriken" im Bereich der Tabak-, der Seifen- und Kerzen-, der Spiegel- und Möbelproduktion sowie der Gerberei. Aus dem Vergleich der Platz-Ziffern läßt sich auf den Auf- und Abstieg der einzelnen manufakturrellen Bereiche schließen.

Tabelle 4

Auf- und Abstieg der manufakturrellen Bereiche

Platz	Gewerbe insgesamt (über dem Durchschnitt: +)	Platz	Gewerbe 1815 (über dem Durchschnitt: +)
1	Tabak +	1	Tabak +
2	Seifen/Kerzen +	2	Seifen/Kerzen +
3	Wolle	3	Spiegel/Möbel +
4	Gerberei	4	Gerberei +
5	Spiegel/Möbel	5	Spielkarten
6	Zucker	6	Zucker
7	Spielkarten	7	Amidom
8	Amidom	8	Wolle

Quelle:

Wie zu Tab. 1

Dennoch ist aus dem Aufstieg von drei Gewerben nicht auf eine insgesamt aufsteigende dynamische Entwicklung zu schließen. Die Tabelle 4 zeigt allerdings, daß die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung geringer geworden war. Dies steht in Übereinstimmung mit der Gesamttendenz, die nach langsamem Anstieg, Boom und Rückgang eine Phase des Wiederanstiegs, eine gewisse Konsolidierung in bestimmten bewährten Bereichen ausgewiesen hatte.

Zudem ist folgendes zu berücksichtigen: Bei der Berechnung des arithmetischen Mittels wird das Ergebnis stärker durch die in der Häufigkeit dominierenden kleinen Werte beeinflusst. Dies läßt sich ausschließen, wenn man die Zahl der Gründungen als Gewicht berücksichtigt, statt des ungewichteten also einen gewichteten Durchschnitt ermittelt.

Dann ergibt sich als Formel:

$$Dy_i = \frac{\sum_{i=1}^8 \left(\frac{g_i^2}{D_i} \right)}{\sum_{i=1}^8 g_i}$$

Diese Formel spiegelt Unterschiede um so stärker wider, je größer sie sind. Je größer das unterschiedliche Gewicht zwischen den manufakturrellen Gewerben ist, desto größer ist auch die Differenz zwischen dem Durchschnitt nach der ersten und dem nach der zweiten Formel. Der Durchschnitt für Tabelle 2 (Gesamtzeitraum) beträgt hiernach 0,258 und für Tabelle 3 (1815) 0,082.⁷⁸

⁷⁸ Zu der hilfreichen, kritischen Begleitung durch Dr. sc. oec. Thomas Kuczynski, Berlin, gehört die Anregung, den gewichteten Durchschnitt einzuführen. Bei der Berechnung leistete auch Dr. sc. rer. math. Klaus-Peter Jantke, Berlin, dankenswerterweise Hilfe. Mathematisch ausgedrückt bedeutet die Formel:

$$Dy_i = \frac{g_i}{D_i} : \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n \left(\frac{g_i}{D_i} \right) \quad \text{bzw.} \quad \frac{1}{8} \cdot \sum_{i=1}^8 \left(\frac{g_i}{D_i} \right)$$

Daraus folgt:

$$\sum_{i=1}^8 \left(\frac{g_i^2}{D_i} \right) = \frac{g_1^2}{D_1} + \dots + \frac{g_8^2}{D_8}$$

$$= \frac{23^2}{50} + \dots + \frac{2^2}{41}$$

$$= 10,580 + 0,500 + 0,980 + 0,128 + 0,576 + 0,020 + 0,012 + 0,097$$

$$= 12,893$$

sowie

$$\sum_{i=1}^8 g_i = g_1 + \dots + g_8$$

$$= 23 + 6 + 7 + 3 + 7 + 1 + 1 + 2$$

$$= 50$$

Daraus ergibt sich:

$$= \frac{12,893}{50} = 0,258$$

Analog wurde der Wert von 0,082 ermittelt.

In beiden Fällen lagen also nur die Tabak-"Fabriken" über dem Mittel. Diese Berechnung unterstreicht wiederum, daß die Herausbildung des manufaktuellen Sektors vor allem durch den Aufschwung der Tabakproduktion bestimmt war. Von den etwa 20 Produktionsstätten um 1775 waren 12 (60 %) Tabak-"Fabriken"

Insgesamt ist festzustellen, daß der Innovationsprozeß, der sich seit 1726 vollzog, unausgereift war, da er bis 1815 zwar einen manufaktuellen Sektor hervorgebracht, jedoch noch keinen sozialökonomischen Wandel bewirkt hatte. Die neuen Entwicklungen im Bereich der Produktivkräfte hatten die Produktionsverhältnisse noch nicht verändert. Der manufaktuelle Sektor repräsentierte nicht die kapitalistische Produktionsweise selbst, sondern bildete deren sich entwickelnden protokapitalistischen Keim im Schoße der feudalen Produktionsweise und Gesellschaft.

5. Die "Fabrique" als spezielle Form manufakturereller Kooperation

Als "Fabrique", später auch "Fabrick" und "Fabrik", wurden im 18. Jh. in Schwedisch-Pommern, mit Ausnahme der meisten Einrichtungen im Woll- und Zeugbereich, nahezu alle hier als manufaktuelle Produktionsstätten angesprochenen Unternehmen bezeichnet. Anscheinend grenzte man diese Einrichtungen hier gegen die hochspezialisierten Textilmanufakturen ab.⁷⁹

Über die Scheidung in zentralisierte und dezentralisierte Manufaktur hinaus läßt sich eine weitere Differenzierung vornehmen. Die zentralisierte Manufaktur konnte eine homogene und eine heterogene Produktionsstruktur mit entsprechender Organisation aufweisen. Im ersten Falle bildete sie den Typus "Fabrique", im zweiten den der "klassischen" hochspezialisierten Manufaktur.

Das hauptsächlichste Unterscheidungsmerkmal bestand in dem unterschiedlichen Anteil der spezialisierten Arbeit. In den "Fabriken" war zwar die hierarchische Gliederung der Arbeitskräfte auch vorhanden, jedoch durch eine gegenüber den "Manufakturen" geringere Zahl qualifizierter (Faktoren, Meister) und eine größere Zahl minder- oder unqualifizierter Arbeiter (Tagelöhner, Jungen) charakterisiert. Die Beschäftigten waren dementsprechend leichter austauschbar. Der Arbeitsprozeß war zwar grundsätzlich in verschiedene Teilarbeiten zerlegt; doch war damit nicht zwangsläufig die Verwandlung des Produzenten in einen spezialisierten Teilarbeiter verbunden.

Dies ergab sich aus der differenzierten Spezialisierung und Kunstfertigkeit schon innerhalb der handwerklichen Gewerbe bzw. aus der Produktionsstruktur der mit den "Fabriken" entstehenden neuen gewerblichen Produktionszweige (z. B. Tabakverarbeitung). Schon im Handwerk konnte die Produktion vom Produkt her homogen (z. B. Leder: Gerberei) oder heterogen (z. B. Spiegel: Spiegelmacherwerkstatt) sein.

Gelegentlich konnten sich einzelne "Fabriken", so die Stralsunder Spiegel-"Fabrique", durch die vollständige Zerlegung des Arbeitsprozesses in seine Teilarbeiten, wobei jede Teilarbeit spezielle Fertigkeiten verlangte und die Arbeitskräfte nicht ohne weiteres austauschbar waren, zu "Manufakturen" entwickeln. Dies war jedoch ein Sonderfall und lag nur nahe, wenn eine an sich spezialisierte, heterogene handwerkliche Produktion den Ausgangspunkt bildete. Zwar ist auch eine Entwicklung von der Gerberei zur Lederwarenmanufaktur denkbar, indem die handwerksmäßige Teilung der Arbeit zwischen den Zünften (Gerbern, Schuhmachern, Sattlern, Riemern, Beutlern) durch die manufakturmäßige Teilung der Arbeit unter der Regie eines Unternehmers ersetzt würde,

⁷⁹ Krünitz, Johann Georg, Oekonomische Encyklopädie, Berlin 1773 ff., T. 12, S. 2 f.

doch konnte sich kapitalistische Produktion zweifellos auch partiell, nur in der Gerberei selbst, entwickeln. Unter der Voraussetzung unspezialisierter, homogener Produktion bedurfte es nicht des Durchgangsstadiums der "Manufaktur" um von der "Fabrique" zur Fabrik zu gelangen.

In der weiteren Entwicklung hoben bei "Manufakturen" wie "Fabriken" die Maschinen "die handwerksmäßige Tätigkeit als das regelnde Prinzip der gesellschaftlichen Produktion" auf. Bei den "Manufakturen", nicht oder kaum jedoch bei den "Fabriken" wurde dadurch "der technische Grund der lebenslangen Annexation des Arbeiters an eine Teilfunktion weggeräumt".⁸⁰

"Während der eigentlichen Manufakturperiode, d. h. der Periode, worin die Manufaktur die herrschende Form der kapitalistischen Produktionsweise, stößt die volle Ausführung ihrer eignen Tendenzen auf vielseitige Hindernisse. Obgleich sie, wie wir sahen, neben der hierarchischen Gliederung der Arbeiter eine einfache Scheidung zwischen geschickten und ungeschickten Arbeitern schafft, bleibt die Zahl der letztern durch den überwiegenden Einfluß der erstren sehr beschränkt."⁸¹ - Bei homogener Produktionsstruktur und -organisation war das Verhältnis zwischen geschickten und ungeschickten Arbeitern demgegenüber gerade umgekehrt.

Dabei darf folgendes nicht übersehen werden: Dort, wo wie in Stralsund der Typus "Fabrique" unter den manufakturrellen Produktionsstätten dominierte, entsprang dies aus dem Unvermögen zur großen, schon die Produktionsverhältnisse zu prägen beginnenden Textil- oder Stahlwarenmanufaktur. In Städten wie Manchester oder Brunn hätten 20 Tabak-"Fabriken" den Charakter der Periode, als den der klassischen Manufaktur, nicht in Frage gestellt. Ohne die Überwindung der Zünfte durch die Manufaktur in den entwickelten ökonomischen Zentren und der damit verbundenen Durchsetzung des Kapitalismus in England sowie in den fortgeschrittensten Ländern und Regionen Kontinentaleuropas wäre an eine revolutionierende Entwicklung etwa in Schwedisch-Pommern nicht zu denken gewesen.

Immerhin hatten in den "Fabriken" die der "Manufaktur" eigenen Hindernisse fast keine Bedeutung. Bestand zwischen dieser und der Fabrik über das Kriterium der maschinellen Produktion hinaus noch ein besonderer Unterschied hinsichtlich der Organisation der spezialisierten Arbeit in Gestalt der spezifischen manufakturmäßigen Teilung der Arbeit, so fiel dieser Unterschied bei den "Fabriken" weitgehend fort.

Die klassische hochspezialisierte Manufaktur ist eine historische Form protokapitalistischer Kooperation mit stark ausgebildeter Arbeitsteilung auf der Grundlage der Vereinigung heterogener Produktionsprozesse. Die manufaktuelle Produktionsstätte "Fabrique" ist eine historische Form protokapitalistischer Kooperation mit gering ausgebildeter Arbeitsteilung auf der Grundlage der natürlichen Homogenität des Produktionsprozesses.

Doch die Gemeinsamkeiten überwogen die Unterschiede. Beide Formen manufakturer Kooperation beruhten grundsätzlich gleichermaßen auf innerbetrieblicher Arbeitsteilung und handwerklicher Technik. Sie waren als Organisationsformen der gewerblichen Produktion Bestandteil der feudalen Produktionsverhältnisse; doch wirkten sie im Bereich der Produktivkräfte durch die manufakturmäßige Teilung der Arbeit, durch die Akkumulation von produktivem Kapital und die ökonomische Stellung der Unternehmer auf die Überwindung der feudalen Produktionsweise hin.

80 Marx, Das Kapital, Bd. 1, S. 390.

81 Ebenda, S. 389.

Die Weiterentwicklung der "Fabrique" zur Fabrik konnte sich mit der Zunahme maschineller Fertigung und neuer Energien sowie einer nunmehr hiervon abhängig zunehmenden Spezialisierung ergeben. So war die "Fabrique" also Vor-Fabrik, ohne indes im historischen Prozeß der ursprüngliche Motor zu sein.

DISKUSSIONEN

Überlegungen zur Charakterisierung von Industriezweigen unter reproduktionsgeschichtlichem Aspekt

Inhaltliche und methodische Probleme bei der Analyse von Industriezweigen in der Übergangsperiode

von Jörg Roesler

1. Reproduktionstyp und Industriezweig
2. Ermittlung des Typs der Investitionen
3. Die Wahl des geeigneten Untersuchungszeitraumes
4. Erfordernisse der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung
5. Reproduktionstyp bei niedriger Investitionsintensität

1. R e p r o d u k t i o n s t y p u n d I n d u s t r i e z w e i g

Die Politik der Intensivierung der Volkswirtschaft, die seit dem VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 mit Nachdruck betrieben wird¹ und zugleich Ausgangspunkt für die ökonomische Strategie der Partei der Arbeiterklasse in den 80er Jahren ist,² beeinflußt das Denken und Handeln der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in zunehmendem Maße. Sie hat auch der Wirtschaftsgeschichtsschreibung der DDR ihren Stempel aufgedrückt. Die Entwicklung des Verhältnisses von extensiv und intensiv erweiterter Reproduktion fand in wirtschaftshistorischen und historischen Arbeiten zunehmend Berücksichtigung. Aussagen über den Reproduktionstyp enthielt als erstes Standardwerk der Geschichtswissenschaft der 1978 erschienene Abriß der "Geschichte der SED"³. Zunächst hatte sich die Historiographie mit der generalisierenden Feststellung begnügt, daß das für die Übergangsperiode charakteristische extensive Wachstum mit dem beginnenden Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vom intensiven Wachstum abgelöst wurde.⁴ Bald setzte jedoch das Bemühen ein, den Prozeß des Übergangs vom extensiven zum intensiven Wachstum zeitlich exakter zu bestimmen.⁵ Unterschiedliche Auffassungen über die Datierung der Phasen vorwiegend extensiven bzw. intensiven Wachstums in der Volkswirtschaft

1 Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 45.

2 Derselbe, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED, Berlin 1981, S. 59.

3 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 559, 573 ff., 660 f.

4 Vgl. u. a. Probleme der Intensivierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, Berlin 1974, S. 17 f.

5 Vgl. Roesler, Jörg, Intensivierung der DDR-Geschichte. Forschungsbericht zu Problemen der extensiv und intensiv erweiterten Reproduktion in der Geschichte der DDR, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 20, Berlin 1979, S. 347 ff.

der DDR entstanden. Sie machten es notwendig, die reproduktionsgeschichtlichen Aussagen zu begründen. Hinsichtlich des in den 50er Jahren in der Wirtschaft - vor allem in der Industrie - vorherrschenden Reproduktionstyps standen und stehen sich im wesentlichen zwei Auffassungen gegenüber: Die eine spricht für die 50er Jahre von vorwiegend intensivem Wachstum und begründet dies wie folgt: Die Industrieinvestitionen während des ersten Fünfjahrplanes (1951 - 1955), des zweiten Fünfjahrplanes (1956 - 1959 tatsächliche Laufzeit) und des Siebenjahrplanes (1959 - 1961 tatsächliche Laufzeit) seien vorrangig in einige wenige Zweige der Schwerindustrie (Metallurgie, Kohle, Chemie) gegangen, die sich rasch und intensiv entwickelt hätten. Der Neuaufbau von Werken "auf der grünen Wiese" sei bei insgesamt sehr knappen Investitionsmitteln nur durch Verzicht auf Investitionen in der Mehrzahl der übrigen Investitionszweige (metallverarbeitende Industrie, Elektrotechnik, Leicht- und Lebensmittelindustrie) möglich gewesen. Diese Zweige hätten sich ungeachtet dessen entwickelt und z. T. beachtliche Wachstumsraten erzielt. Dies sei nur möglich gewesen, weil die investitionsseitig benachteiligten Zweige es verstanden hätten, innere Reserven zu erschließen, die knappen materiellen und finanziellen Mittel einzusetzen, sich also intensiv erweitert zu reproduzieren. Da diese Zweige in der Industrie die Mehrzahl bildeten, müsse man für die 50er Jahre insgesamt vom Überwiegen der intensiv erweiterten Reproduktion sprechen.⁶

Dagegen steht die Auffassung, daß in der Industrie der DDR in den 50er Jahren extensives Wachstum vorgeherrscht habe. Dafür wird folgende Begründung angeführt: In den 50er Jahren habe sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt noch nicht im Maßstab der gesamten Industrie durchsetzen können. Seine Einführung sei vor allem mit dem Neubau von Betrieben in den Schwerpunktzweigen erfolgt. Daraus wird geschlußfolgert, daß die erweiterte Reproduktion nur in diesen Zweigen vorwiegend intensiv verlief. Da derartige Neubauten auf verhältnismäßig wenige Zweige der Industrie beschränkt bleiben mußten, intensive Reproduktion demzufolge die Ausnahme war, habe für die gesamte Industrie das extensive Wachstum die entscheidende Rolle gespielt.⁷

Jede dieser Auffassungen ist für sich genommen einleuchtend, beide gehen von bereits Bekanntem aus. Sie beziehen sich erstens auf einige in den 70er Jahren von der reproduktionsgeschichtlichen Forschung untersuchten Aspekte. Diese betreffen den engen Zusammenhang zwischen dem Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und dem Ausmaß der Intensivierung⁸ sowie die Beziehungen zwischen neuer Investitionspolitik und Intensivierung, deren Quintessenz die Forderung "weniger Erweiterungsinvestitionen, weniger Neubauten 'auf grüner Wiese' vorzunehmen"⁹ ist.

Beide Auffassungen machten sich zweitens die bereits seit den 60er Jahren in der wirtschaftshistorischen Darstellung der Geschichte der DDR anerkannte These zunutze, daß einzelne Phasen und Etappen der Industriegeschichte der DDR wesentlich durch die Entwicklung einzelner Industriezweige geprägt wurden. Es handelte sich um Industriezweige, die im jeweiligen Zeitraum im Mittel-

6 Vgl. Schwärzel, Renate, Jahrbuch-Forum: "Fragen der sozialistischen Industrialisierung", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 3/1978, S. 104 f.

7 Nick, Harry, Intensivierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Berlin 1974, S. 24; Wissenschaft und Produktion im Sozialismus, Berlin 1976, S. 53.

8 Honecker, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED, S. 55 ff.

9 Ebenda, S. 58.

punkt der Aufmerksamkeit von Partei und Regierung standen, vorrangig entwickelt werden sollten und deshalb vorrangig vor allen anderen mit Investitionen und Arbeitskräften ausgestattet wurden.¹⁰ Die Notwendigkeit, bewußt und planmäßig unterschiedliche Reproduktionsbedingungen für einzelne Industriezweige zu schaffen, um die jeweiligen volkswirtschaftlichen Aufgabenstellungen realisieren zu können, fand bekanntlich wirtschaftspolitischen Ausdruck in der Bestimmung von Schwerpunktbetrieben, -zweigen¹¹ und -programmen¹² während der 50er sowie in den Festlegungen über strukturbestimmende Zweige und Vorhaben während der 60er Jahre.¹³

Beide einander ausschließende Auffassungen über den in der Volkswirtschaft der DDR während der 50er Jahre vorherrschenden Reproduktionstyp beruhen also auf der Verknüpfung von allgemein akzeptierten Thesen. Es wird auf deduktivem Wege kaum festzustellen sein, welche Auffassung die richtige ist. Eine befriedigende Antwort wird nur mit Hilfe der induktiven Methode gegeben werden können. Ihre Anwendung erfordert in diesem Falle wie bei allen reproduktionsgeschichtlich relevanten Fragestellungen den Einsatz der quantitativen Analyse.¹⁴ Gestützt auf diese sind die Fragen zu beantworten,

- ob Zweige, die überdurchschnittliche Investitionen erhielten - wir bezeichnen sie im folgenden als Schwerpunktzweige - sich vorrangig intensiv oder extensiv entwickelten;
- ob Zweige, die (zeitweilig) bei der Vergabe der Investitionen zurückstehen mußten - wir bezeichnen sie im folgenden als Nichtschwerpunktzweige - sich extensiv oder intensiv entwickelten.¹⁵

10 Falk, Waltraud/Richter, Gerhard/Schmidt, Wilhelm, Wirtschaft - Wissenschaft - Welthöchststand. Vom Werden und Wachsen der sozialistischen Wirtschaftsmacht DDR, Berlin 1969, S. 150 f.; Wirtschaftsgeschichte. Leitfaden, Berlin 1979, S. 191 ff. Vgl. auch: Roesler, Jörg, Periodisierungsprobleme der DDR Wirtschaftsgeschichte, in: JWG, 4/1978, S. 157 f.

11 Listen mit Schwerpunktbetrieben in den Zweigen der Schwerindustrie und des Schwermaschinenbaus wurden Ende 1950 in Vorbereitung des ersten Fünfjahrplans erarbeitet. Die Schwerpunktbetriebe standen im Mittelpunkt der Anleitung durch die zentralen wirtschaftsleitenden Organe. (Vgl. Zentrales Staatsarchiv (ZStA) Potsdam, E-1, Nr. 11099; C-13, Nr. 1159.)

12 Die Programmplanung wurde erstmals in der 2. Hälfte der 50er Jahre als eigenständiges planmethodisches Verfahren angewandt. Mit ihr wurde die Lieferung der Ausrüstungen für volkswirtschaftlich wichtige Zweige zentral abgestimmt und kontrolliert. Besondere Bedeutung hatten das Kohle- und Energieprogramm (1958) und das Chemieprogramm (1959). Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978, S. 262 ff.; Neumann, Gerd, Das Chemieprogramm der DDR, in: JWG, 2/1972, S. 269 ff.

13 Für strukturbestimmende Zweige galten besondere planmethodische Regelungen, die ihr vorrangiges Wachstum sichern sollten. Vgl. Schürer, Gerhard, Kernstück der zentralen Planung ist eine effektive Struktur der Volkswirtschaft, in: Zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus, S. 39 ff., S. 47 ff.

14 Zum Verständnis des Begriffs vgl. Roesler, Jörg/Schwärzel, Renate/Siedt, Veronika, Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR Berlin 1983, S. 26 f.

15 Ein anderes mit den Mitteln und Methoden der quantitativen Analyse zu bewältigendes Verfahren für die Überprüfung der beiden kontroversen Auffassungen, dem hier nicht näher nachgegangen werden soll, bestünde darin, zu untersuchen, ob sich das technische Niveau in den Zweigen, die Investi-

Auf den ersten Blick scheint die Beantwortung der Fragen bei dem heute erreichten Stand der Reproduktionstheorie mit relativ geringem Aufwand möglich. Sie verlangt "lediglich", für einige charakteristische Schwerpunkt- bzw. Nichtschwerpunktzweige über einen für den Untersuchungszweck ausreichenden Zeitraum den dominierenden Reproduktionstyp festzustellen, d. h. den Einsatz von Arbeitskräften, Arbeitsgegenständen und Arbeitsmitteln je erreichtem Produktionszuwachs zu ermitteln; mit anderen Worten, die Effektivität der Produktion zu bestimmen. Bereits die einfache Gegenüberstellung der Analyseergebnisse für Schwerpunkt- und Nichtschwerpunktzweige läßt dann erkennen, welche der beiden zitierten Auffassungen gerechtfertigt ist. Natürlich wäre es auch denkbar, daß weder die eine noch die andere Auffassung durch empirische Untersuchungen Bestätigung findet, was bedeuten würde, daß es eines neuen Denkansatzes bedarf.

Wenn es bis heute der wirtschaftshistorischen Forschung in der DDR noch nicht gelungen ist, bei der Lösung der bereits seit mehreren Jahren formulierten Streitfrage wesentlich voranzukommen, dann liegt das daran, daß die angegebene Lösungsvariante nicht so einfach zu bewältigen ist, wie es auf den ersten Blick scheint. Das betrifft weniger die Methode zur Ermittlung des extensiven bzw. relativen Wachstums. In dieser Hinsicht sind im letzten Jahrzehnt von der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung bedeutende Fortschritte erzielt worden,¹⁶ die sich die Wirtschaftshistoriker in ihren reproduktionsgeschichtlichen Forschungen¹⁷ zunutze gemacht haben. Probleme bereitete in erster Linie die Beantwortung der Frage, was ein Schwerpunkt- bzw. ein Nichtschwerpunktzweig ist. Aus der wirtschaftshistorischen Entwicklung ergibt sich, daß der Vergabe der Investitionen wesentliche Bedeutung zukommt. Je nach der absoluten bzw. relativen Höhe der Investitionen weisen diese eine charakteristische wert- und gebrauchsmäßige Struktur sowie einen unterschiedlichen Zeit- horizonz auf. Sie stellen differenzierte Anforderungen an die Leitung der Investitionen durch den Zweig bzw. Betrieb und auch an die Werktätigen.

Bei Investitionen in Schwerpunktzweigen handelte es sich in erster Linie um Neu- bzw. Erweiterungsinvestitionen. In Nichtschwerpunktzweigen überwogen bei weitem Ersatzinvestitionen. Ihr Bauanteil war - im Gegensatz zu den Neuinvestitionen der Schwerpunktzweige - gering. Die Ersatzinvestitionen konnten in relativ kurzer Zeit getätigt werden. Neuinvestitionen erforderten dagegen bis zu ihrer Vollendung mehrere Jahre. Ersatzinvestitionen wurden beim Weiterlaufen der Produktion im Betrieb vorgenommen. Ihre Planung, Durchführung und Kontrolle blieb Aufgabe der jeweiligen Werkleitung. Neuinvestitionen dagegen wurden von der Industriezweigleitung bzw. von der Leitung des zu erweiternden Betriebes, der als "Investitionsträger" fungierte, speziellen Bau- und Montagebetrieben, den "Auftragnehmern", übergeben. Diese waren für die Vorbereitung und Durchführung der Investitionen bis zur Schlüsselübergabe voll verantwortlich.¹⁸ Daraus geht hervor, daß Investitionsaufwendungen in unterschiedlicher Höhe Grundlage für eine spezifische Ausprägung des Investitionsgeschehens waren, die wir im folgenden unter dem Begriff Investitionstyp zusammenfassen. Mit der Festlegung des für Schwerpunkt- bzw. für Nichtschwerpunktzweige charakteristischen Investitionstyps verfügen wir, so scheint es, über ein genügend aussagefähiges Kriterium. Jedoch, so unwahrscheinlich es klingt, es bedarf etlicher Mühe, um festzustellen, was - bezogen auf einen bestimmten Zweig - "viel" oder "wenig" Investitionen sind.

tionen bekamen, erhöhte bzw. ob es sich in den "übrigen" Zweigen nicht oder nur langsam verbesserte.

¹⁶ Vgl. Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, T. I u. II, Berlin 1976; Grundfragen der sozialistischen Reproduktionstheorie, Berlin 1982.

¹⁷ Vgl. Roesler/Schwärzel/Siedt, S. 11 ff.

¹⁸ ZStA Potsdam, E-1-St, Nr. 1823; E-1, Nr. 1956, Nr. 1895.

2. Ermittlung des Typs der Investitionen

Da zumindest Schwerpunktzeige seit zwei Jahrzehnten in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung der DDR einen wichtigen Platz einnehmen, ist es angebracht, sich zunächst mit der traditionellen Methode der Ermittlung dieser Zeige zu befassen:

Waltraud Falk, Hans Müller, Karl Reißig¹⁹ u. a. stützten sich bei der Bestimmung der Schwerpunktzeige auf Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse, z. B. den Beschluß über das Kohle- und Energieprogramm bzw. das Chemieprogramm, auf Ausführungen führender Repräsentanten von Partei und Regierung zur Begründung der Perspektivpläne bzw. auf die Perspektivplandokumente selbst. Diese Methode hat einige Vorteile: Einfachheit des Zugriffs zu den Informationen, Möglichkeit der Übernahme von Wertungen u. ä.

Es gibt aber auch Nachteile. Die Dokumente von Partei und Regierung heben selbstverständlich die Schwerpunktzeige hervor, enthalten aber ebenso selbstverständlich keine Auflistung der Nichtschwerpunktzeige. Wenn man also nicht alle "übrigen" (nicht besonders hervorgehobenen) Zeige mit Nichtschwerpunktzeigen identifiziert - bereits ein Blick auf die von Lothar Baar veröffentlichten Investitionsstatistiken läßt dies als nicht angebracht erscheinen²⁰ -, so müßten für unsere Untersuchung auf jeden Fall die Nichtschwerpunktzeige im Verhältnis zu den Schwerpunktzeigen ermittelt werden. Die traditionelle Methode zur Ermittlung der Schwerpunktzeige erweist sich jedoch noch aus einem anderen Grunde als nicht ausreichend. Bei der Festlegung der Schwerpunktzeige in den Dokumenten der SED und der Regierung der DDR handelt es sich - streng genommen - um Absichtserklärungen, deren Verwirklichung für die folgenden Jahre vorgesehen ist. Aus der Wirtschaftsgeschichte der DDR ist bekannt, daß insbesondere in der Übergangsperiode, ungeachtet der insgesamt erfolgreichen Verwirklichung der strategischen Zielsetzungen des sozialistischen Aufbaus, geplante Investitionen teilweise nicht realisiert wurden. In einer Reihe von Fällen erwies sich die weitere Verfolgung beabsichtigter Investitionsrichtungen bzw. -strukturen vom Standpunkt des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bzw. veränderter volkswirtschaftlicher Erfordernisse sowie der Weiterentwicklung der internationalen Arbeitsteilung im Rahmen des RGW als nicht mehr effektiv.²¹

Zur Klärung unseres Problems ist uns daher mit der Feststellung der beabsichtigten Schritte, die Programmatik allein nicht gedient. Die Forderung, möglichst gegensätzliche, gewissermaßen alternative Zeige zur Grundlage der Untersuchung zu machen, kann unter alleiniger Zuhilfenahme von verbalen Aussagen nicht erfüllt werden. Um sich Gewißheit über die Realisierung der geplanten Vorhaben zu verschaffen und um die differenzierte Behandlung der einzelnen Zeige bei der Investitionsvergabe deutlich sichtbar zu machen, ist die Anwendung von weiteren Vergleichskriterien erforderlich, die auf der Kombination quantitativer Aussagen zur Entwicklung der Industriezeige beruhen.

19 Falk/Richter/Schmidt; Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968.

20 Vgl. Baar, Lothar, Zur ökonomischen Strategie und Investitionsentwicklung in der Industrie der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, in: JWG, 2/1983, S. 18 ff.

21 Vgl. Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, Drei Bemerkungen zu den fünfzehn Thesen von Jörg Roesler zum Thema "Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme, in: JWG, 1/1983, S. 186; vgl. Roesler, Jörg, Untersuchung zu Tempo und Dynamik der Volkswirtschaftlichen Investitionen in der DDR Ende der 40er bis Mitte der 70er Jahre, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 29, Berlin 1984, S. 207 ff.

Ein e r s t e s Kriterium für die Bestimmung des Investitionstyps mit Hilfe der quantitativen Analyse könnte im Vergleich des durchschnittlichen Wachstums der Investitionen im Untersuchungszeitraum bestehen. Der Schwerpunkt-zweig wird zweifellos hohe, der Nichtschwerpunkt-zweig niedrige, keine oder negative Zuwachsraten aufweisen. Die für den Zweck dieser Arbeit geeignetste, weil überschaubarste statistische Kennziffer zur Messung des Investitionswachstums ist u. E. das durchschnittliche relative Wachstum der Investitionen im jeweiligen Investitionszeitraum. Jedoch ist die Aussagefähigkeit dieses Kriteriums begrenzt. Der relative Zuwachs sagt noch nichts über das Ausmaß der Investitionszuwendungen für den einzelnen Zweig und erlaubt keinen aussagekräftigen Vergleich mit der dem alternativen Zweig zur Verfügung gestellten Summe. Industriezweigen von unterschiedlicher Größe können bei gleichem durchschnittlichem Wachstum ganz unterschiedliche Investitionsmittel zur Verfügung stehen.

Der Investitionsanteil (Anteil des Zweiges an den gesamten Industrieinvestitionen) wäre ein z w e i t e s Kriterium, das den Vergleich der Investitionssummen erlaubt. Wenn ein Schwerpunkt-zweig eine Investitionssumme erhielt, die höher als der Durchschnitt lag, so nahm sein relativer Anteil an den Gesamtinvestitionen zu. Für die Nichtschwerpunkt-zweige war die absolute Zunahme der Investitionen in der Regel mit der Abnahme ihres Anteils an den Gesamtinvestitionen verbunden. Die Kennziffer Veränderung des Investitionsanteils (in Prozentpunkten) gegenüber der Vorperiode weist diesen Prozeß nach, was man als d r i t t e s Kriterium bezeichnen könnte. Jedoch erlaubt auch dieses Kriterium keine vollständige Widerspiegelung der Entwicklung des Investitionstyps insofern, als nur dann eine bemerkenswerte Zu(bzw. Ab-)nahme des Investitionsanteils erfolgt, wenn beim Übergang von der Vor- zur Untersuchungsperiode sich im Zweig ein Wechsel vom Schwerpunkt- zum Nichtschwerpunkt-zweig vollzieht. Dies kann, muß aber nicht der Fall sein. Überlegungen zur Aussagefähigkeit dieses Kriteriums berühren bereits das Problem der zweckmäßigen Länge des Untersuchungszeitraumes, auf das später noch eingegangen wird.

Als v i e r t e s Kriterium zur Bestimmung des Investitionstyps kann das quantitative Verhältnis zwischen dem im Industriezweig erwirtschafteten Gewinn (Reinergebnis, Betriebsergebnis) und den auf den Zweig entfallenden Erweiterungsinvestitionen, das wir als Selbstfinanzierungsquote der erweiterten Grundfondsreproduktion bezeichnen wollen, verwendet werden. Die Selbstfinanzierungsquote untersetzt unter dem Finanzierungsaspekt die mit Hilfe der Kennziffer Investitionsanteil gewonnenen Erkenntnisse über den Investitionstyp. Bei einem Schwerpunkt-zweig wird der eigene Beitrag des Zweiges zu seiner Reproduktion relativ gering sein, da es sich um einen Zweig handelt, der zwecks Verbesserung der volkswirtschaftlichen Struktur auch aus volkswirtschaftlichen (überzweiglichen) Mitteln Zuschüsse erhält. Ein Nichtschwerpunkt-zweig gehört dagegen zu jenen Zweigen, deren Mittel während der Übergangsperiode in der Regel für die Schaffung zentraler Fonds herangezogen wurden.²² Der Nachteil dieser Kennziffer besteht erstens darin, daß der Betriebsgewinn direkt von Preisregelungen sowie der Systematik der Abgaben und Veränderungen der Sortimentsstruktur abhängig ist - Regelungen und Faktoren, die in den 50er und 60er Jahren von Zweig zu Zweig recht unterschiedlich waren und wirkten. Zweitens ist diese Kennziffer nicht aussagekräftig in bezug auf Verluste eines Zweiges aufgrund der Preisregelungen, wie das für einige Zweige der Grundstoffindustrie vor der Industriepreisreform 1963 der Fall war, oder in bezug auf Bereiche, die aufgrund der angespannten Akkumulationssituation

²² Bei der Berechnung dieser Kennziffern ist es nicht erforderlich zu berücksichtigen, wie sich die Umverteilung des Gewinns vollzog, da mit Hilfe der Selbstfinanzierungsquote lediglich Ausgangspunkt und Resultat der Umverteilung verglichen werden, ohne daß die Zwischenstufen berührt zu werden brauchen.

keine Erweiterungsinvestitionen erhielten, wie das in den 50er Jahren auf die Mehrzahl der Nichtschwerpunktzweige zutraf. Somit wird diese Kennziffer - bei sorgfältiger Beachtung der Preissituation in den einzelnen Zweigen - nur in einigen Fällen anwendbar sein.

Allen bisher genannten Kriterien für die Feststellung des Investitionstyps eines Zweiges ist gemeinsam, daß sie sich jeweils nur auf die Investitionen (ihre Veränderung in der Zeit bzw. im Verhältnis zu anderen Zweigen oder der Gesamtindustrie) beziehen. Anders ist es bei den folgenden.

E i n f ü n f t e s Kriterium für die Einteilung der Zweige nach Investitionstypen kann sich aus der Gegenüberstellung des Anteils des zu untersuchenden Zweiges an den Gesamtinvestitionen und seines Anteils an der Gesamtproduktion der Industrie ergeben. Gehen wir davon aus, daß ein Schwerpunktzweig überdurchschnittlich mit Investitionen bedacht wird, so läßt sich schlußfolgern, daß sein spezifischer Investitionsanteil größer als sein spezifischer Produktionsanteil sein wird. Demzufolge gilt, bezogen auf die Industrien für den Schwerpunktzweig: Anteil des Zweiges an den Investitionen größer als Anteil des Zweiges an der Produktion. Für den Nichtschwerpunktzweig gilt entsprechend: Anteil des Zweiges an den Investitionen kleiner oder gleich Anteil des Zweiges an der Produktion.

Wie alle vorhergehenden so weist auch dieses Kriterium Grenzen in seiner Aussagekraft auf, die seine alleinige Anwendung zur Charakterisierung der Investitionssituation nicht ratsam erscheinen lassen. Der technologisch bedingte Mindestaufwand zur Schaffung von Kapazitäten sowie der durch die jeweilige technische Basis des Zweiges und differenzierte natürliche Bedingungen (z. B. zwischen verarbeitender und extraktiver Industrie) unterschiedliche Investitionsbedarf können unter Umständen Differenzen zwischen Investitions- und Produktionsanteil hervorrufen, die größer sind als diejenigen, welche sich aus der unterschiedlichen Bedeutung zweier Industriezweige für die Verwirklichung der Investitionspolitik im Perspektivplanzeitraum ergeben.

Ähnliches hinsichtlich seiner Brauchbarkeit gilt auch für ein **s e c h s t e s** Kriterium, das die Investitionssituation eines Zweiges charakterisiert. Es handelt sich um das Verhältnis zwischen dem Anteil des Zweiges an den Gesamtinvestitionen und den gesamten Grundmitteln der Industrie. In diesem Falle ist die These, daß ein Schwerpunktzweig überdurchschnittlich investiert, nicht auf die Produktion, sondern auf die Grundfonds bezogen. Demzufolge gilt - bezogen auf die gesamte Industrie - für den Schwerpunktzweig: Anteil des Zweiges an den Investitionen größer als Anteil an den Grundmitteln, für den Nichtschwerpunktzweig: Anteil des Zweiges an den Investitionen kleiner oder gleich Anteil des Zweiges an den Grundmitteln.

Dieses sechste Kriterium ist insofern exakter, als die Investitionen unmittelbar der Erhöhung der Grundfonds und erst mittelbar (entsprechend dem Ausnutzungsgrad der Maschinen und Anlagen zusammen mit den übrigen Elementen des Reproduktionsprozesses) der Steigerung der Produktion dienen. Anders ausgedrückt: Die Investitionen dienen der Grundfondsreproduktion, dem Ersatz bzw. der Erweiterung bereits bestehender Grundfonds und sind daher zweckmäßigerweise vor allem auf sie zu beziehen.

Der gleiche objektive Zusammenhang wie der des vorangegangenen Kriteriums, nämlich die Investitionssituation, kann auch dem folgenden **s i e b e n t e n** Kriterium, das die Analyse der Investitionsintensität beinhaltet, zugrunde gelegt werden. Die spezifische Aussagekraft der Kennziffer Investitionsintensität leitet sich unmittelbar aus den Gesetzmäßigkeiten der Grundfondsreproduktion ab. Im Falle der Investitionsintensität wird - im Unterschied zu unserem sechsten Kriterium - der Vergleich nicht auf der Basis von (anteiligen) Relationen, sondern absoluten Werten (Investitionssumme im Verhältnis zum durchschnittlichen Grundmittelbestand des jeweiligen Untersuchungszeitraumes) durchgeführt. Daraus ergibt sich: In einem Schwerpunktzweig wird die Investitionsintensität zweifellos beträchtlich höher liegen als in einem Nichtschwer-

punktzweig. Die Kennziffer Investitionsintensität hat gegenüber einer Reihe anderer bereits vorgestellter Kennziffern den großen Vorteil, daß sie den Investitionsanteil von vornherein zur Größe der Grundfonds (des Zweiges) in Beziehung setzt und daß sie nicht von den Investitionswerten der dem Untersuchungszeitraum vorgelagerten Periode beeinflußt wird.²³

Aufgrund ihrer Vorteile²⁴ kann die Investitionsintensität als das geeignetste Kriterium für die Feststellung des Investitionstyps mit Hilfe der quantitativen Analyse bezeichnet werden. Zweckmäßig für die Feststellung des Investitionstyps unter den Bedingungen der Übergangsperiode ist eine **k o m b i n i e r t e** Anwendung der Kriterien. Im Mittelpunkt dieser Kombination sollte die Investitionsintensität stehen. Ihr kommt unter allen angeführten Faktoren die ausschlaggebende Bedeutung zu. Die Berücksichtigung mehrerer Kriterien ist schon deshalb angebracht, weil auch die Investitionsintensität keine Kennziffer von absolutem Aussagewert ist, deren bloße Berechnung mit Sicherheit darüber Auskunft geben kann, ob ein Zweig überdurchschnittlich oder unterdurchschnittlich Investitionen erhielt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Höhe der Investitionsintensität sowohl in den Schwerpunkt- als auch in den "übrigen" Zweigen in erster Linie vom Verhältnis der Akkumulation und Konsumtion und dem aus der Aufteilung des Nationaleinkommens resultierenden Umfang der Akkumulations- bzw. Investitionsmittel abhängt. Die Akkumulationsrate hat sich aber in der Geschichte der DDR von der Mitte der 40er bis zum Ende der 60er und selbst innerhalb der 50er Jahre bedeutend verändert.²⁵ Entscheidend für die Zuordnung eines Zweiges kann also nicht sein, ob die Investitionsintensität des Zweiges einen bestimmten Wert überschreitet, sondern ausschlaggebend ist der **A b s t a n d** des Zweigwertes vom rechnerischen Mittel für die Industrie in einem konkret historischen Zeitraum nach oben (bei einem Schwerpunktzweig) oder nach unten (bei einem Nichtschwerpunktzweig) bzw. die Größe der Differenz zwischen der Investitionsintensität der beiden in der Untersuchung einander gegenübergestellten Industriezweige.

3. Die Wahl des geeigneten Untersuchungszeitraumes

Nachdem wir Gesichtspunkte dafür gewonnen haben, wie Schwerpunktzweige und Nichtschwerpunktzweige voneinander abgegrenzt werden sollten, bleibt das Problem des geeigneten Untersuchungszeitraumes zu erörtern. Wiederum handelt es sich auf den ersten Blick um gar kein "Problem". Bezogen auf unsere eingangs erörterte, auf die 50er Jahre eingegrenzte Fragestellung scheint die Lösung auf der Hand zu liegen: Warum sollte man nicht den Vergleich für ein ganzes Jahrzehnt führen? Hiergegen ist zunächst einzuwenden: Die Schwerpunktvorhaben wechselten häufig mit dem Perspektivplan.²⁶ Zum Teil sah der Perspektivplan einen derartigen Wechsel innerhalb seiner Laufzeit vor.²⁷ Hinzu kommt: Einige Perspektivpläne der 50er und 60er Jahre dien-

23 Vgl. Lexikon der Wirtschaft. Rechnungsführung und Statistik, Berlin 1974, S. 253.

24 Vgl. Volčenko, M. Ja., Promyšlenost' GDR. Dinamika i struktura, Moskau 1981, S. 65 ff., 69, 74.

25 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1980, Berlin 1980, S. 76.

26 Vgl. Wirtschaftsgeschichte, S. 191 ff., 194 f., 196 ff., 222, 229, 233, 238 f.

27 So war z. B. im ersten Fünfjahrplan (1951 - 1955) innerhalb der Schwerindustrie ein rasches Wachstum der Metallurgie und des Schwermaschinenbaus vorgesehen, dem 1954/55 ein vorrangiges Wachstum der Schwerchemie folgen sollte. Vgl. Rau, Heinrich, Für die Arbeiter- und Bauernmacht. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1952 - 1961, Berlin 1984, S. 256 ff.

ten nicht über den gesamten ursprünglich vorgesehenen Zeitraum als Leitlinie für die Strukturpolitik.²⁸ Für die relativ kurzfristige Verlagerung von Investitionsschwerpunkten gab es eine Reihe von Gründen, die vor allem Reaktionen auf objektive Faktoren waren, deren Wirken unterschiedlich rasches Wachstum von Zweigen notwendig machte, die teilweise aber auch ihre Ursache in der unzureichenden Beherrschung von Leitungsprozessen hatten.²⁹

Es handelte sich vor allem um

- die Überwindung verschiedener, durch die Beseitigung von Kriegszerstörungen und sonstiger Kriegsfolgen bzw. von Spaltungsdisproportionen verursachter Engpässe,
- die sich durch wachsende oder abnehmende Begrenztheit der verfügbaren Ressourcen ergebenden Anforderungen an bestimmte Zweige einschließlich der damit verbundenen Substitutionsprozesse,
- die Ergebnisse der Spezialisierung und Konzentration der Produktion im nationalen und internationalen Maßstab, insbesondere innerhalb des RGW,
- die Stärkung des sozialistischen Sektors, der zunächst in der Grundstoff- und metallverarbeitenden Industrie stärkere Positionen besaß als in der Leicht- und Lebensmittelindustrie,
- Veränderungen in der Bedarfsentwicklung im Lande und auf dem Weltmarkt, die Nachfrage nach neuen Erzeugnissen hervorrufen bzw. Absatzchancen traditioneller Erzeugnisse vermindern.

Man könnte nach dieser Aufzählung zu der Schlußfolgerung gelangen, daß es Investitionsschwerpunkte über einen längeren Zeitraum schon allein aufgrund der wechselnden objektiven Anforderungen kaum gegeben hat. Gegen die sich daraus ergebende Forderung nach sehr kurzen Zeiträumen lassen sich jedoch zwei sehr gewichtige Argumente ins Feld führen. Erstens weisen Investitionsstrukturen, unabhängig davon, wie rasch sich die objektiven Anforderungen bzw. die subjektiven Vorstellungen über Investitionsschwerpunkte ändern, ein beträchtliches Beharrungsvermögen auf. Dies ist darauf zurückzuführen, daß es eine ganze Reihe von Faktoren gibt, die ein relativ gleichmäßiges Wachstum der Zweige und damit eine Kontinuität in den Investitionsstrukturen bedingen:

- Anlagen fungieren in der Wirtschaft in einem normativen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren.³⁰ Der jährliche Reproduktionsbedarf einschließlich der für Reparaturen benötigten Ersatzteile³¹ für diese Maschinen und Anlagen beansprucht große Teile der Produktion in einer Reihe von Zweigen in der Abteilung I;³²

²⁸ Vgl. Roesler, Jörg, Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980, T. 1, Berlin 1983, S. 169 ff.

²⁹ Vgl. derselbe, Die Entwicklung der Perspektivplanung der DDR in der Übergangsperiode, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14, Berlin 1976, S. 304 ff.; Schwärzel, Renate, Zum Verhältnis von Perspektiv- und Jahresplanung im VEB Berliner Glühlampenwerk in den Jahren 1958 bis 1968, in: JWG, 4/1983, S. 67 f.

³⁰ Vgl. ZStA Potsdam, E-1, Str., Nr. 3111.

³¹ Im Bereich des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau, Landmaschinen- und Fahrzeugbau entfiel (1980) auf die Herstellung von Ersatzteilen ein Fünftel der Gesamtwarenproduktion; beim Landmaschinenbau waren es 30 %, bei Lastkraftwagen und Traktoren 50 bis 60 % (Gürmann, Klaus/Ruben, Rainer/Schreiber, Karl, Die Vervollkommnung von Leitung, Planung und Organisation der Ersatzteilwirtschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, 10/1981, S. 1168).

³² Zur Entwicklung der Verteilungsstrukturen der Investitionen auf die Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft, Berlin 1975, S. 68.

- zwischen den einzelnen Zweigen bestehen Verflechtungsbeziehungen. Jede Investition in einem gegebenen Zweig hat entsprechende Investitionen in anderen, z. B. vor- bzw. nachgelagerten Zweigen zur Folge. Es kann sich kaum ein Zweig entwickeln, ohne auch die Entwicklung einer Reihe von Zweigen voranzutreiben. Das engt den Spielraum für jede Strukturveränderung beträchtlich ein;³³
- Investitionen stehen stets in engem Zusammenhang mit der Arbeitskräfteentwicklung. (Neuinvestitionen verlangen zwangsläufig disponible Arbeitskräfte, unabhängig davon, ob sie nach der Realisierung der Investitionen zusätzlich eingestellt oder freigesetzt werden.) Vor allem der quantitativen aber auch der qualitativen Disponibilität der Arbeitskräfte waren und sind in der Industrie relativ enge Grenzen gesetzt. Das schränkt ebenfalls die Möglichkeit kurzfristiger Veränderungen in der Investitions- und Grundfondsstruktur ein;³⁴
- schließlich führt jedes "gewaltsame" Bremsen bzw. Beschleunigen der Investitionen zu volkswirtschaftlichen Effektivitätsverlusten und wird deshalb von den wirtschaftsleitenden Organen nach Möglichkeit vermieden.³⁵

Das Potential, das für jährliche Veränderungen in der Investitionsstruktur zur Verfügung steht, ist also durch die Investitionsstruktur der Vorjahre relativ eng begrenzt.³⁶ Unsere Untersuchungszeiträume können und sollten deshalb zweckmäßigerweise mehrere Jahre umfassen.

Dafür spricht auch noch ein zweiter gewichtiger Grund: Die Realisierung der Investitionen, ihre Umwandlung in fungierende Grundmittel erfolgt nicht innerhalb eines Jahres, sondern über einen längeren Zeitraum. Die Realisierungsdauer der Investitionen ist je nach der technischen Zusammensetzung des Zweiges, dem Anteil der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen sowie der Größe der Investitionsobjekte unterschiedlich.³⁷ Die durchschnittliche Realisierungsdauer der Investitionen wurde in der DDR (Anfang der 70er Jahre) bei mittel- und langfristigen Vorhaben mit 5 bis 7 Jahren angegeben.³⁸ Da mit der Produktionsaufnahme in der Regel nicht gewartet wird, bis der gesamte Investitionskomplex beendet ist, sondern fertiggestellte Bauabschnitte sofort in Betrieb gesetzt werden, wird vielfach mit einer 3jährigen Zeitverschiebung zwischen der Investition und der durch sie verursachten Steigerung der Produktion gerechnet.³⁹ Die Zeitdauer kann man als untere Grenze des für die Untersuchung der Beziehungen zwischen Investitionen, Grundfondsreproduktion und Gesamtreproduktion geeigneten Zeitraumes betrachten. Die obere Grenze läßt sich weit weniger genau bestimmen. Wenn der Autor dieses Artikels für einen Fünfjahreszeitraum plädiert, der sich durch die Halbierung der jeweiligen Dekaden (in unserem Falle in die Perioden 1951 bis 1955 und 1956 bis 1960) ergibt, so hat das zwei vor allem pragmatische Gründe:

- Die Halbdekaden waren teilweise identisch mit den Perspektivplanzeiträumen, zu deren Beginn oftmals neue strukturpolitische Ziele gestellt und in der Folgezeit realisiert wurden. In unserem Fall trifft das (teilweise) für den ersten und zweiten Fünfjahrplan zu.

33 Ebenda, S. 68.

34 Ebenda, S. 69 ff.

35 Ebenda, S. 58, 63.

36 Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation. Probleme der Theorie und der Planung, Berlin 1974, S. 266.

37 Vgl. Roesler, Jörg, Untersuchung zu Tempo und Dynamik der volkswirtschaftlichen Investitionen in der DDR Ende der 40er bis Mitte der 70er Jahre, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 31, 1984, S. 200 f.

38 Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion, S. 107.

39 Kraft, Gerhard, Die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW auf dem Gebiet der Investitionen, Berlin 1977, S. 23.

- Zum Ende der Planperiode wurden z. T. Abrechnungen der Planrealisierung durchgeführt, die als Ausgangsbasis für die Zielfestlegung im nachfolgenden Planungszeitraum dienten.

Von dieser Regel gab es aber in den 50er Jahren, besonders in der zweiten Hälfte, eine Reihe von Abweichungen.⁴⁰ Ihr Einfluß auf eine Untersuchung des Investitionstyps der Zweige kann allein dadurch verringert werden, daß sich die Untersuchung vorrangig auf jene Zweige stützt, die im gegebenen Fünfjahreszeitraum bei der Investitionsverteilung jeweils nur einer Kategorie von Zweigen zugeordnet werden können.

4. Erfordernisse der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung

Nachdem das methodische Vorgehen erläutert, der Weg zu den Quellen gebahnt und die statistischen Hürden bekannt sind, kann die Analyse des Reproduktionstyps der Schwerpunkt- und Nichtschwerpunktzweige in der Übergangsperiode mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden. Jedoch sollte bei der Analyse, eingedenk der Aufforderung von Kurt Hager an die Wissenschaftler in seiner Rede auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des Zentralkomitees der SED am 15. und 16. Dezember 1983 in Berlin, "sich den Blick für neue Entwicklungstendenzen, für die brennenden Lebensfragen von heute und morgen offenzuhalten und daraus ihre Forschungsaufgaben ab(zu)leiten",⁴¹ stets der praxisbezogene Aspekt, die Auslotung des zu untersuchenden Bereichs der Wirtschaft nach Erfahrungen, die für die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftsleitung in der Gegenwart von Interesse sein könnten, im Auge behalten werden. Im Falle unserer Analyse mag die Bekundung dieser Absicht zunächst verwundern. Zu gewagt erscheint der gedankliche Sprung von der Wirtschaft der 50er zu der der 80er Jahre. Ist er das wirklich?

Selbstverständlich waren die Aufgaben der Wirtschaft in den 50er Jahren nicht die gleichen wie heute. Die Produktivkräfte hatten damals ein beträchtlich geringeres Niveau, die durch die erweiterte Reproduktion zu verwirklichenden Ziele auf dem Gebiet der Produktionsverhältnisse, bei der Entfaltung des Vergesellschaftungsprozesses, waren vergleichsweise bescheiden. Auch die Lösungswege der wirtschaftlichen Probleme der 50er und der 80er Jahre sind nicht identisch. Daraus aber zu schlußfolgern, daß das Studium der Wirtschaftsentwicklung von damals uns keinerlei Erfahrungen für die weitere Ausgestaltung des Wirtschaftsmechanismus zu vermitteln hätte, wäre grundsätzlich falsch. Damals wie heute kann die Volkswirtschaft der DDR nicht über einen Überfluß an Investitionsmitteln verfügen. Stets war die Grundfondsreproduktion mit Entscheidungen über die ungleiche Verteilung von Investitionen auf die einzelnen Zweige verbunden. Heute verlangt die Energieumstellung den raschen Ausbau der Braunkohlenindustrie, die Entwicklung der Mikroelektronik zwingt zur Konzentration der Investmittel der Elektrotechnik/Elektronik in diesem Bereich, das Roboterprogramm wird nicht zu bewältigen sein ohne überdurchschnittliche Ausstattung bestimmter Betriebe des Werkzeugmaschinenbaus mit Investitionen und auch Arbeitskräften. Auch die "übrigen" Zweige müssen für die Realisierung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und

⁴⁰ Vgl. Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin o. J., S. 394 f.

⁴¹ Hager, Kurt, Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche - Triebkräfte und Werte des Sozialismus, Berlin 1983, S. 74.

Sozialpolitik Produktion und Produktivität erhöhen, durch verbessertes technisches Niveau und erhöhte Erzeugnisqualität in die Lage versetzt werden, ihre Exportverpflichtungen unter erschwerten Weltmarktbedingungen zu erfüllen.⁴² Das verpflichtete uns im Falle der geschilderten reproduktionsgeschichtlichen Analysen, in unser Untersuchungsprogramm solche Fragen einzubeziehen wie die folgenden:

- Können auch mit geringen Investitionen beachtliche Zuwachsraten in der Industrieproduktion erreicht werden? Was sind dafür die Voraussetzungen?
- Kann durch eine größere Zuführung von Arbeitskräften das geringere Investitionsvolumen ausgeglichen werden? Unter welchen Bedingungen ist das möglich?
- Wirkt sich eine knappe Investitionsdecke positiv auf die Ausnutzung der Grundfonds aus? Führen reichliche Investitionen in den Schwerpunktzweigen zu leichtfertigem Umgang mit dem Fonds, unter Umständen sogar zu einer sinkenden Grundfondsproduktivität?
- Ist eine rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität nur mit großem Investitionsaufwand zu erreichen? Unter welchen Bedingungen wird eine beachtliche Produktivitätssteigerung auch ohne (größere) Investitionen möglich?

Aus diesen Fragen ergeben sich Anregungen für die weitere Erforschung der Reproduktionsgeschichte der Industrie in der DDR, die auch aktuelle ökonomische Aufgaben berühren.

5. Reproduktionstyp bei niedriger Investitionsintensität

Ausgehend von der eingangs skizzierten Konzeption und unter Anwendung der geschilderten Methode werden im Bereich Sozialismus beim Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR 32 Analysen⁴³ angefertigt, die sich auf 19 Industriezweige beziehen. Die Auswahl umfaßt alle Industriebereiche, vom Energiemaschinenbau bis zur Öl- und Margarineindustrie, vom Braunkohlenbergbau bis zur Herstellung von Trikotagen. Die Fülle des dabei erschlossenen reproduktionsgeschichtlichen Materials bedarf noch einer weitergehenden Auswertung. Jedoch läßt sich schon jetzt im Hinblick auf die eingangs skizzierten Auffassungen zum Verhältnis von extensiv und intensiv erweiterter Reproduktion in der Industrie der DDR während der Übergangsperiode folgendes erkennen: In den 50er Jahren hing vom raschen Auf- und Ausbau der Schwerpunktzweige direkt (Materiallieferungen) oder indirekt (Einfuhr von Rohstoffen im Austausch gegen Exportgüter) die Nutzung der Kapazitäten in den Nichtschwerpunktzweigen ab. Die gegenüber den ersten Nachkriegsjahren entschiedenen verbesserte Materialversorgung bildete Anfang der 50er Jahre zusammen mit einem ausreichenden Arbeitskräfteangebot und den entsprechenden Absatzmöglichkeiten die Grundlage für die intensive Reproduktion in den Nichtschwerpunktzweigen. Insofern muß u. E. auch für die DDR von einer Domi-

⁴² Vgl. Stoph, Willi, Mit neuen Planzielen wird unser Staat der Arbeiter und Bauern weiter gestärkt, in: Fünfjahrplan 1981-1985 - Arbeitsprogramm zum Wohle des Volkes für Frieden und Sozialismus, Berlin 1982, S. 16 ff.; Mittag, Günter, Theoretische Verallgemeinerung der Erfahrungen der Entwicklung der Kombinate für die Leistungssteigerung der Volkswirtschaft, insbesondere für die Nutzung der qualitativen Faktoren des Wachstums, in: Wirtschaftswissenschaft, 1/1984, S. 12 ff.; Honecker, Erich, Zur Vorbereitung des XI. Parteitages der SED (10. Tagung des ZK der SED, 20./21. Juni 1985), Berlin 1985, S. 24 ff.

⁴³ Die folgenden über den Reproduktionsprozeß in den 50er Jahren getroffenen Aussagen beziehen sich auf diese Analysen.

nanz extensiver Wachstumsfaktoren während der Realisierung des ersten Perspektivplanes (1951 - 1955) gesprochen werden. Angesichts der Forderung, durch den Aus- und Aufbau fehlender Zweige möglichst rasch ein proportionales Wachstum der Industrie zu gewährleisten, war das wissenschaftlich-technische Niveau der Erzeugnisse nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Ob relativ viel oder nur in bescheidenem Maße Erweiterungen der Produktionsbasis stattfanden, um neue Technik im Sinne von Technik mit höherem technischem Niveau handelte es sich in der Regel nicht. Deshalb ist jene These in Zweifel zu ziehen, die besagt, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus über die Schwerpunktzweige (und nur über die Schwerpunktzweige) seinen Einzug in die Industrie hielt. Das Bild vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der während der 50er Jahre "in den meisten Fällen vor allem mit dem Neuaufbau der Betriebe in die Volkswirtschaft einzog",⁴⁴ aber im entwickelten Sozialismus alle Zweige durchdringen muß, ist in dieser Gegenüberstellung gewiß eindrucksvoll, jedoch für die DDR im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes u. E. nicht aufrecht zu halten. Im Prinzip gilt dies auch hinsichtlich der zweiten Hälfte der 50er Jahre, als die neue Technik in größerem Maßstab Eingang in die Industrie fand, allerdings unabhängig davon, ob es sich um die großen Vorhaben des zweiten Fünfjahrplanes und des Siebenjahrplanes handelte oder um die Entwicklung in den "übrigen" Zweigen. Geht man der Frage nach, ob sich aus den Industriezweiganalysen auch Aussagen gewinnen lassen, die für die Lösung der gegenwärtig vor uns stehenden Wirtschaftsaufgaben von Interesse sein könnten, so läuft die Beantwortung dieser Frage auf den Vergleich des Reproduktionsprozesses innerhalb der Industrie in unterschiedlichen Zeiträumen und auf mögliche Analogieschlüsse hinaus.

Läßt die Investitionsentwicklung in der ersten Hälfte der 80er Jahre einen derartigen Vergleich zu?

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Wirtschaftsstrategie hat der X. Parteitag der SED das ökonomische Entwicklungsziel eindeutig bestimmt: "Unsere ökonomische Strategie für die achtziger Jahre geht entschieden von der intensiv erweiterten Reproduktion aus. Diese Aufgabe leitet sich schon aus den inneren Notwendigkeiten unseres Landes her. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft und vor allem ihre materiell-technische Basis ist unlösbar mit dem intensiven Weg zur höheren wirtschaftlichen Leistung verbunden."⁴⁵ Im Zusammenhang mit der Darlegung der zehn Schwerpunkte der ökonomischen Strategie für die 80er Jahre wurden auch die Anforderungen an den Investitionssektor eindeutig umrissen: Erweiterungsinvestitionen sind zugunsten von Erneuerungsinvestitionen zurückzustellen. Die Konzentration der Investitionsmittel auf die für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wichtigen Zweige ist zu verstärken. Investitionen müssen stets wissenschaftlich-technischen, insbesondere technologischen Fortschritt verkörpern. Durch die Investitionspolitik sollen mehr Arbeitskräfte eingespart als neue geschaffen werden.⁴⁶

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß sich im Fünfjahrplanzeitraum 1981 - 1985 erstmals in der DDR-Wirtschaftsgeschichte die Investitionsmasse planmäßig gegenüber dem vorangegangenen Fünfjahreszeitraum verringert.

44 Wissenschaft und Produktion im Sozialismus, S. 53.

45 Honecker, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED, S. 59.

46 Ebenda, S. 57 f.; Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985, Berlin 1981, S. 26.

Die Investitionssituation der ersten Hälfte der 80er Jahre und die daraus resultierenden Anforderungen stellen etwas qualitativ Neues in der Geschichte der Investitionspolitik der DDR dar. Nach einem historisch gleichartigen oder ähnlichen Zeitabschnitt in der Vergangenheit zu suchen, ist insofern wenig sinnvoll. Sinnvoll dagegen ist es, nach dem historischen Auftreten einzelner Elemente zu forschen, die die heutige Investitionssituation mit bestimmen.

In diesem Sinne ergeben sich aus der Investitionsentwicklung der Industriezweige während der 50er Jahre eine Reihe von Anhaltspunkten und Vergleichsansätzen. Die Nichtschwerpunktzweige hatten damals mit geringen (Erneuerungs-) Investitionen ein hohes Produktionswachstum zu sichern. Erreichten sie dies bei gleichfalls hohem Zuwachs an Arbeitsproduktivität und mit steigender Grundfondsquote, so verwirklichten sie Zielstellungen, die wir auch heute der Mehrzahl der Industriezweige vorgeben. Die für den Analogieschluß gewünschten Charakteristika - beachtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität bei geringer Investitionsintensität - weisen von den von uns analysierten Zweigen während der 50er Jahre vier Fälle auf: Die Kunstlederindustrie (1951 - 1955), der Industriezweig Elektrogeräte (1951 - 1955 und 1956 - 1960) und die Chemiefaserindustrie (1956 - 1960). In diesen Zweigen wurde auch eine überdurchschnittliche Steigerung der Grundfondsquote erzielt. Bei der Suche nach den Ursachen für diese günstige Entwicklung stießen wir darauf, daß in drei von vier Fällen der (unterdurchschnittliche) Investitionszuwachs mit der Einführung neuer bzw. verbesserter Technik verbunden war. Interessant ist auch der eine Fall, wo die Investitionen nicht mit technischer Verbesserung gekoppelt waren (Industriezweig Elektrogeräte 1951 - 1955). Die beachtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Grundfondsquote ging in diesem Fall mit der beträchtlichen Zunahme der Arbeitskräfte einher, die die Ausweitung der Mehrschichtbedienung ermöglichte. Die Hauptanlagen und Engpaßmaschinen wurden Mitte der 50er Jahre dreischichtig genutzt. Die Einführung des Dreischichtsystems bei ausreichender Zufuhr von Arbeitskräften war in der Kunstlederindustrie ebenfalls die Hauptursache für die hohe Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität und die günstige Entwicklung der Grundfondsquote. Auch in der Chemiefaserindustrie, dem vierten Nichtschwerpunktzweig mit einer günstigen Relation von Investitionsaufwand und Arbeitsproduktivitätssteigerung, wurden die Maschinen zu 30 bis 40 % mehrschichtig bedient. Verbesserte Technik hat die Erhöhung der Produktivität der Investitionen also nicht allein, sondern im Zusammenhang mit einer vor allem durch die zunehmende Mehrschichtbedienung realisierten hohen Auslastung der Kapazitäten bewirkt. Als ebenso wichtig wie die Mehrschichtbedienung erwies sich in den untersuchten Zweigen die Sicherung einer kontinuierlichen, störungsarmen Arbeit in der Produktion, ein vergleichsweise geringer Anteil von Warte- und Stillstandszeiten. Umgekehrt wies die ungünstigste Entwicklung von Grundfondsquote und Arbeitsproduktivität in den von uns untersuchten Nichtschwerpunktzweigen der 50er Jahre der Nahrungs- und Genußmittelmaschinenbau auf, ein Zweig mit (absatzbedingter) Nichtauslastung der Kapazitäten und mit beträchtlichen Effektivitätsverlusten aufgrund hoher Warte- und Stillstandszeiten.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß die Entwicklung des Reproduktionstyps in Nichtschwerpunktzweigen während der 50er Jahre stärker noch als durch die Investierung von alter oder neuer Technik durch den Auslastungsgrad der Grundfonds bestimmt wurde. Diese Tatsache wird noch durch eine andere Betrachtung gestützt. Die beiden von uns für die 50er Jahre untersuchten Fälle von Industriezweigen mit Reserven in der Auslastung der Grundfonds (Nahrungs- und Genußmittelmaschinenbau 1951 - 1955, Öl- und Margarineindustrie 1956 - 1960) wiesen (jeweils als Ausnahme in den Zweigen vom Investitionstyp II ihres Zeitraumes) eine negative Grundfondsentwicklung und eine unterdurchschnittliche Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität auf.

Sind diese Erfahrungen aus der Vergangenheit im Hinblick auf die Verwirklichung der Strategie der 80er Jahre relevant? Auf den ersten Blick kaum. Denn die Betriebe, die ein günstiges Verhältnis von Investitionen und ökonomischer

Effektivität aufweisen, erreichten ihre Produktivitätssteigerung - mit Ausnahme der Chemiefaserindustrie - durch einen beträchtlichen Zuwachs an Arbeitskräften. Und doch sollte der Vergleich nicht von der Hand gewiesen werden. Mit der allseitigen Ausprägung der intensiv erweiterten Reproduktion, die entsprechend dem auf dem X. Parteitag der SED beschlossenen Programm der Intensivierung in den 80er Jahren zu erreichen ist, werden durch Modernisierung und Rationalisierung Arbeitskräfte für die Mehrschichtbedienung im gleichen oder in anderen Industriezweigen freigesetzt.⁴⁷ Voraussetzung ist natürlich, daß die notwendigen Rohstoffe und Absatzmärkte für die zusätzliche Produktion vorhanden sind bzw. erschlossen werden. Das verlangt von den Zweigen, deren Kapazität besser auszulasten ist, nicht nur, daß sie mehr Waren, sondern daß sie mehr weltmarktmäßige Produkte erzeugen.⁴⁸

Die dargestellten ersten Ergebnisse der von uns unter reproduktionsgeschichtlichem Aspekt geführten Industriezweiguntersuchungen lassen - so glauben wir - erkennen, daß die in diesem Beitrag mitgeteilten Überlegungen zum Gegenstand und zur Methode der Analyse zu neuen Erkenntnissen in der Wirtschaftsgeschichte führen können. Das war für uns der Anlaß, sie nunmehr einem größeren Forum zur Diskussion und kritischen Wertung vorzulegen.

1974 und 1975 erschienen die ersten beiden Bände des Verlags "Die Wirtschaft der DDR - ein Bericht über die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in der ersten Hälfte der 70er Jahre".

Die zweite Hälfte des Buches enthält die Ergebnisse der Untersuchungen der Wirtschaft der DDR in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. In dem ersten Band wird die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in der ersten Hälfte der 70er Jahre dargestellt. In dem zweiten Band wird die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in der zweiten Hälfte der 70er Jahre dargestellt. Die Ergebnisse der Untersuchungen der Wirtschaft der DDR in der zweiten Hälfte der 70er Jahre sind in dem zweiten Band dargestellt. Die Ergebnisse der Untersuchungen der Wirtschaft der DDR in der zweiten Hälfte der 70er Jahre sind in dem zweiten Band dargestellt.

Man kann über die Leistung der Wirtschaft der DDR in der zweiten Hälfte der 70er Jahre sagen, daß sie eine sehr gute Leistung erbracht hat. Die Wirtschaft der DDR in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist eine sehr gute Leistung erbracht hat. Die Wirtschaft der DDR in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist eine sehr gute Leistung erbracht hat.

47 So hieß es im Bericht des Zentralkomitees der SED an den X. Parteitag: "Durch die Investitionspolitik müssen im nächsten Jahrfünft mehr Arbeitsplätze eingespart als neue geschaffen werden" (Honecker, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED, S. 57).

48 Das "Am Kunden Vorbeiproduzieren" ist nicht nur für die Lösung unserer gegenwärtigen Wirtschaftsaufgaben ein Hemmnis, sondern beeinflusste auch in den fünfziger Jahren wesentlich die Auslastung der Grundmittel und die Effektivität der Produktion.

LITERATURKRITIK

Die politisch-soziale Sprache in der Klassenauseinandersetzung

Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3: H - Me, Bd. 4: Mi - Pre, hg. v. Otto Brunner †, Werner Conze u. Reinhart Koselleck

Verlag Klett-Cotta, Bd. 3, Stuttgart 1982, 1128 S.,
Bd. 4, Stuttgart 1978, 927 S., 188,- DM je Bd.

von Horst Handke

1972 und 1975 erschienen die ersten beiden Bände des vorliegenden "Historischen Lexikons zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland".¹ Inzwischen sind zwei weitere Bände erschienen. Damit liegen jetzt 81 Stichworte oder rund zwei Drittel der insgesamt geplanten 120 vor.

Die neuen Bände bestätigen einige der damals gegebenen allgemeinen Einschätzungen. In den einzelnen Beiträgen wird deutlich, wie sich vor allem im 19. Jh. (dem Schwerpunkt der Darstellung) mit der Durchsetzung der industriellen und bürgerlichen Revolution in Deutschland die Sinngehalte zentraler Begriffe der politisch-sozialen Sprache veränderten. Ohne daß der Klassenaspekt von den einzelnen Autoren besonders hervorgehoben wird, läßt sich allgemein anhand der empirischen Belege feststellen, wie die Begriffe von den verschiedenen Klassen in unterschiedlicher Weise verwendet wurden, im positiven oder negativen Sinn, wie sie in die politische und die wissenschaftliche Sprache aufgenommen wurden, wie sie sich verbreiteten, zeitweilig in den Hintergrund traten, verschwanden oder durch andere ersetzt wurden, wie sie Mittel der Politik waren und bis heute geblieben sind. Begriffsgeschichte wird hier unmittelbar Sozialgeschichte, durchleuchtet soziale Strukturen und Ideologien, und diese Sozialgeschichte erweist sich zugleich als hochgradig politische Geschichte, als Geschichte der Kämpfe politischer Parteien und Klassen.

Man kann über das Problem der Auswahl streiten. Wie in den beiden ersten Bänden überwiegen Begriffe der bürgerlichen Politik, des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Ideologie. Die meisten Beiträge gelten bestimmten Formen und Instrumenten der Machtausübung (Herrschaft, Ideologie, Macht und Gewalt, Militarismus, Monarchie, Parlament und Parlamentarismus, Politik, Polizei), politisch-ideologischen Hauptströmungen (Konservatismus, Liberalismus, Marxismus) und philosophisch-ideologischen Kategorien (Materialismus und Idealismus, Menschheit und Humanismus, Natur, Naturrecht und Nihilismus). Auch Begriffe, die den Funktionsmechanismus der bürgerlichen Demokratie betreffen, nehmen einen größeren Raum ein (Legitimität, Mehrheit, Öffentlichkeit, Opposition, Partei, Presse). Klassen und soziale Schichten werden nicht vollständig erfaßt. Es fehlen Begriffe wie "Intelligenz" ("Intellektuelle") und "Handwerk". Anstelle des Begriffs "Mittelschichten" wurde der Begriff "Mittelstand" aufgenommen. Der Begriff "Kapitalist" ist mit den Begriffen "Kapital" und "Kapitalismus" zusammengefaßt worden. Unter wirt-

¹ Siehe Handke, Horst, Geschichtsdenken in der Anpassung. Ökonomische und soziale Fragestellungen in der Historiographie der BRD, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 2/1980, S. 224 - 228.

schaftshistorischem Aspekt ist die Behandlung solcher Begriffe wie "Industrie, Gewerbe" und "Krise" besonders bemerkenswert. Dagegen fehlen Begriffe wie "Manufaktur" und "Monopol".

Bei einzelnen Begriffen wird auf die marxistischen Auffassungen hingewiesen; doch der Bezugspunkt bei jeder wertenden Stellungnahme sind heute gängige bürgerliche Auffassungen, politisch-ideologischen Interpretationen wird der Vorrang vor sozialökonomischen gegeben. Bei zentralen Gesellschaftskategorien wie "Imperialismus" (Jörg Fisch, Dieter Groh, Rudolf Walther), "Kapitalismus" (Marie-Elisabeth Hilger, Lucian Hölscher) und "Kommunismus" (Wolfgang Schieder) versperren sich die Autoren aufgrund ihres Standortes den Zugang zu einer wissenschaftlichen Begriffsanalyse. Hilger kommt bei dem Stichwort "Kapitalismus" zu der Überzeugung, daß die Wiederbelebung eines "solcherart ideologisch und historisch befrachteten Begriffs" nach 1945 "einem der wissenschaftlichen Klarheit Genüge leistenden Anspruch im Wege steht" (Bd. 3, S. 451)². Das entspricht auch etwa der Auffassung des von ihr zitierten Wirtschaftshistorikers Ingomar Bog, nach dessen Meinung der Begriff "Kapitalismus" aus der wissenschaftlichen Diskussion ausscheiden sollte (Bd. 3, S. 445).

Die bürgerliche Grundhaltung drückt sich auch bei der Wertung marxistischer Auffassungen aus. Obwohl bei dem Ausdruck "staatsmonopolistischer Kapitalismus" neueste Literatur aus der DDR Berücksichtigung findet,³ wird deren Inhalt überhaupt nicht erfaßt. Hilger erklärt, daß dieser Ausdruck "weniger als wissenschaftlich-theoretisch denn als politökonomischer Kampfbegriff und als wissenschaftlich-theoretischer denn als politökonomischer Kampfbegriff und schichte Deutschlands seit Ausgang des 19. Jahrhunderts aufgewertet" (Bd. 3, S. 450) wird. Da es völlig unsinnig ist, einen wissenschaftlich-theoretischen Begriff einem systematischen und politökonomischen Begriff gegenüberzustellen (die Systematik gehört ebenso zur wissenschaftlich-theoretischen Analyse wie die politische Ökonomie als Wissenschaft auch theoretisch ist), muß man hinter solchen Interpretationen den Versuch sehen, marxistische Termini als wissenschaftlich abwerten und in den Bereich der politischen Agitation schieben zu wollen. Nur am Rande sei vermerkt, daß ein und derselbe verwendete Begriff sich sowohl in der wissenschaftlichen Sprache als auch im politischen Tageskampf einander nicht ausschließt, worauf die Artikelautorin übrigens selbst aufmerksam macht (Bd. 3, S. 451). In der politischen Praxis beweist sich sogar erst, wie weit ein Begriff wissenschaftlich fundiert ist, ob er mehr ist als bloßes politisches Schlagwort.

Wie sehr die Autoren bei ihren Wertungen von gegenwärtigen bürgerlichen Geschichtstheorien ausgehen, läßt sich am Beispiel des Begriffs "Imperialismus" verdeutlichen. Die bürgerliche Geschichtswissenschaft hat nach 1945 versucht, diesen wegen seiner negativen Gehalte lange Zeit verpönten Begriff zurückzugewinnen, seiner marxistischen Verwendung eine akzeptable bürgerliche entgegenzustellen.⁴ So griff man den Terminus "Imperialismus" auf, um damit vor allem ein historisches, d. h. vergangenes Phänomen darzustellen, und zwar als eine Epoche, die im wesentlichen zwischen 1880 und 1917 lag. Spielten schon hier sozialökonomische Prozesse, die Herausbildung von Monopolen, keine Rolle, so wurde für die Anwendung der Zeit danach

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher.

3 Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpe, Berlin 1978 - 1980.

4 Vgl. auch Handke, Horst, Annotation zu: Heinz Gollwitzer, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. 2, in: JWG, 1/1985, S. 191 - 193.

die monopolkapitalistische Spezifik vollends ausgeklammert. Jedwede Politik von Großmächten, insbesondere die der USA und der UdSSR - die der letzteren möglichst mit einer noch etwas negativeren Akzentuierung -, wurde nunmehr als Imperialismus bezeichnet. Die Renaissance des Begriffs nach 1945 wird von Groh mit den "Schwierigkeiten" der "dritten Welt" in Verbindung gebracht. Daran ist soviel richtig, daß in den Entwicklungsländern die marxistische Imperialismus-Theorie besondere Verbreitung findet, weil sie als einzige die ökonomische Situation dieser Länder wissenschaftlich erklärt, weil sie mit der Praxis und Erfahrung dieser Länder übereinstimmt, weil deren "Schwierigkeiten" auch heute noch in entscheidender Weise durch die imperialistischen Zentren, durch die von diesen beherrschten Mechanismen der Technologie-, Finanz- und Handelspolitik bestimmt werden.

Politische und soziale Begriffe sowie der Wandel ihres Bedeutungsgehaltes in der Geschichte, das Beziehungsgefüge zwischen historischem Begriff und seiner Anwendung in der Geschichte sind bisher noch nicht in dieser umfassenden Art und auf einer so breiten Quellenbasis untersucht worden. Die zahlreichen Belege aus Nachschlagewerken und einer umfassenden wissenschaftlichen und tagespolitischen Literatur über nahezu zwei Jahrhunderte hinweg (vom 18. Jh. bis zur Gegenwart) bilden eine einzigartige und für weitere Forschungen nahezu unentbehrliche Informationsquelle. Insgesamt bietet das Werk weit mehr als einen Überblick über die begriffliche Aneignung der Welt auf bestimmten historischen Entwicklungsstufen. In eindrucksvoller Weise können wir den Prozeß der Anreicherung (oder Entleerung) von Begriffsinhalten verfolgen, wie weit damit objektive Sachverhalte für wen aufgedeckt oder auch verschleiert werden, und aus dem Reichtum der Belege erschließen, wie sehr die politisch-soziale Sprache in den einzelnen Etappen der historischen Entwicklung Mittel der Klassenauseinandersetzung war und bis heute geblieben ist.

Das Werk ist nicht zuletzt ein historisches Lehrstück für den Einsatz von Begriffen, um bestimmte Wirkungen bei den Massen zu erzielen. Begriffe, die mit negativen Wertungen und Emotionen verbunden sind, wurden vermieden, umfunktioniert oder ersetzt. So trat im Faschismus an die Stelle des Begriffs "Imperialismus" "Großraumordnung", mit dem alten negativ beladenen Begriff wurde der Gegner abgestempelt; anstelle von "Kolonisierung" wurde "Landerschließung", anstelle von "Annexion" "Wiedervereinigung" verwendet. Umgekehrt ließen sich Begriffe mit positiven Inhalten für reaktionäre politische Ziele einsetzen. Auch diese Methodik ist bis heute unverändert geblieben, so wenn blutigen Diktaturen Begriffe wie "Demokratisierung" oder "Liberalisierung" angeheftet werden, um ihnen einen Schein bürgerlicher Legitimität zu geben.

Noch vor Abschluß des Gesamtwerkes kann man sagen, daß das Projekt zu den bedeutendsten und aufwendigsten Unternehmungen der westdeutschen Sozialgeschichtsschreibung gehört, daß ein lexikalisches Standardwerk mit neuartigen methodischen Ansätzen entstanden ist, das wertvolle geschichtliche Einsichten über Verwendung und Wandlung von Begriffen vermittelt. Bei allen Grenzen, die der ideologische Standort der Autoren der historischen Analyse setzt, erweist sich doch insgesamt die mehr oder weniger flexible Handhabung gegenwärtiger bürgerlicher sozialgeschichtlicher Theorien als Mittel, Zuwachs an Realitätserkenntnis zu gewinnen. Für die marxistische Historiographie und Wirtschaftshistoriographie ist das Werk nicht nur eine Informationsquelle ersten Ranges, sondern auch methodisch anregend, weil es dazu herausfordert, die zentralen Begriffe der sozialen und politischen Sprache in einen klassenspezifischen Kontext einzuordnen, der bei den Autoren mehr implizit als explizit zur Darstellung kommt, zumindest jedoch nicht über das bürgerliche Verständnis einer "Industriegesellschaft" hinausgelangt, das in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern seinen Maßstab findet.

Nicht nur zwei bedeutsame Jahrzehnte
in der Geschichte einer ägyptischen Bank

Eric Davis, Challenging Colonialism - Bank Misr and Egyptian
Industrialization, 1920 - 1941

Princeton University Press, Princeton (New Jersey) 1983,
232 S., 31,- US\$

von Manfred Voigt

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als wolle der zur jüngeren Generation gehörende US-amerikanische Autor Eric Davis, Professor für Politische Wissenschaften an der Rutgers-University, ein Stück Geschichte einer ägyptischen Bank mit all dem Auf und Ab ihrer Geschäftigkeiten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen vor uns ausbreiten. Doch er bietet weit mehr, und so dürfte diese Studie über den Kreis derer hinaus, die sich mit wirtschaftshistorischen Problemen arabischer Länder befassen, auf Interesse stoßen. Dies ist gewiß nicht nur deshalb so, weil im Nilland seit Beginn der 80er Jahre mit dem Kurs wirtschaftlicher Korrekturen an der Politik der "offenen Tür" des vorangegangenen Jahrzehnts zugleich eine Rückbesinnung auf die nationalen bürgerlichen "Pioniertaten" der 20er Jahre unseres Jahrhunderts stattfindet, die mit dem Namen Tal'at Harb verquickt ist, dem Gründer jener Bank, deren Bezeichnung Misr als arabisches Wort für "Ägypten" sinnfälliger Ausdruck ökonomischen und wirtschaftspolitischen Vorhabens war. Der Wirtschaftshistoriker begegnet hier auch einem scheinbar höchst eigenartigen Phänomen, nämlich dem sich in reichlich anderthalb Dezennien (vorläufig) vollendenden Prozeß der Entstehung eines international keineswegs bedeutungslosen Konzerngebildes in einem gesellschaftlich und vom Stand der Produktivkräfte her im allgemeinen unterentwickelten, halbkolonialen Land. Klammert man Lateinamerika wegen seines im Vergleich zum arabischen Raum unterschiedlichen historischen Entwicklungsganges aus der Betrachtung aus, war Ähnliches in heutigen Entwicklungsländern im wesentlichen nur noch in Indien, etwa mit der Bildung von Konzerngruppen wie Tata, Birla u. a., zu finden.

Es kann wohl mit einiger Gewißheit angenommen werden, daß auch Davis durch diese Faktoren - sowie durch Überlegungen, daß mit der Aufhellung von Ursachen und Hintergründen Antworten bezüglich einer Wiederholbarkeit solcher oder ähnlicher Entwicklungen in der Gegenwart gegeben werden könnten - veranlaßt wurde, seine vorliegende Arbeit in Angriff zu nehmen.

Schon in der Einleitung antizipiert er Kernpunkte seiner Untersuchungen, indem er schreibt: "Paradoxerweise dienten alle die hauptsächlichsten Faktoren, die in jenem Zeitraum (anfangs der 20er Jahre - M. V.) die Industrialisierung Ägyptens förderten - die Kräfte des Weltmarktes, die Klasse der großen Grundeigentümer, die ägyptische nationale Bewegung, der Staat und die zwischenimperialistische Konkurrenz -, auf der anderen Seite ihrer Unterminierung und Hemmung." (S. 11)¹ Daß Davis gerade in diesem Umfeld Attacken

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

gegen die marxistisch-leninistische Auffassung von Unterentwicklung und Abhängigkeit reitet, ist nicht verwunderlich. Was er jedoch hinsichtlich der Faktenanalyse der seiner Meinung nach hauptsächlichlichen Umstände leistet, ist beachtlich und löst das von ihm konstatierte Paradoxon zum Teil von selbst auf. Die Tiefe seines Eindringens in ökonomisch-historische Prozesse, das Gespür für soziale Besonderheiten des ägyptischen (und arabischen) Raumes, die Gründlichkeit des Suchens bringen Details von großem Wert zutage. Unbestreitbar nützlich sind die solide Quellenarbeit und über weite Strecken das gelungene Bemühen, sie in historische Linien umzusetzen. Hier liegen die Stärken dieser Studie.

Der Autor betrieb in der ersten Hälfte der 70er Jahre umfangreiche Nachforschungen in Großbritannien und Frankreich, in Ägypten, der Levante und in Saudi-Arabien. Er erschloß Materialien sowohl des britischen Public Record Office als auch der analogen ägyptischen Institution (Dar al-Maḥfūzāt), der Daira Sanieh Company und noch heute sekretierte Quellen zum finanziell-politischen Gerangel um die Bank Miṣr in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges. Seine Interviews mit Zeitzeugen - ehemaligen Mitbegründern der Bank, Direktoren des späteren Konzerns und anderen - bedürfen wohl kaum eines abermaligen Ansatzes. Nicht zuletzt trugen auch seine persönlichen Kontakte mit anerkannten (bürgerlichen) Fachleuten der arabischen wirtschaftshistorischen Forschung, von ^CAlī al-Grīṭlī in Ägypten bis Charles Issawi in den USA, zum wissenschaftlichen Gewicht seiner Ergebnisse bei.

Der historische Zeitraum, den diese Ergebnisse umschließen, ist nicht auf den des Titels begrenzt. Das ist gut so, denn das 2. und das 3. Kapitel, vom Autor mit "Ägyptens Integration in den Weltmarkt, 1760 - 1882" und "Widersprüche der abhängigen Entwicklung, 1882 - 1920" überschrieben, enthalten notwendiges und schlüssiges Material für die Objektanalyse Miṣr-Bank, und dieses schließt wiederum Unterlagen ein, die der Beantwortung genereller, den Rahmen dieser Studie überschreitender Fragen dienen können. Der Exkurs etwa über ägyptische Familien, die die Bank Miṣr bei ihrer Gründung unterstützten, ist nicht nur zu diesem Zweck, sondern für die Beleuchtung ländlicher Eigentums- und Klassenverhältnisse im Ägypten der zweiten Hälfte des 19. Jh. von Interesse (S. 31 - 41). Die a priori über die Baumwoll-Vermarktung entstandenen Relationen zum Ausland, die zunehmende Unterordnung jener unter wirtschaftspolitische Aspekte vornehmlich Großbritanniens, die wachsenden Widersprüche und die sich verstärkende ägyptische Unabhängigkeitsbewegung, die Forderung nach einer ägyptischen Nationalbank, aber auch das zwangsläufige Entstehen bürokratischer Elemente in der ägyptischen Wirtschaft - all das kann in seiner mit großer Akribie beweisführenden Darlegung zu weiteren verallgemeinernden Erkenntnissen in der Entwicklungsländerforschung verhelfen. Davis weist überzeugend nach, welche Schichten und Fraktionen ägyptischer Grundeigentümer "shareholders" der Miṣr-Bank waren und warum; und weshalb sich kaum einheimische "merchants" an ihr beteiligten. Das sind Problemkreise, die mit den hier aufgereihten Fakten aktuelle Untersuchungen zu diesen Komplexen (etwa der recht differenzierten Rolle von Handels- und frühen Formen des Agrarkapitals bei der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse im gewerblichen Bereich) weiter zu untermauern vermögen. Das gilt auch für die Inhalte, die den Folgezeitraum nach 1920 betreffen. Aus der Bank Miṣr entstand schnell eine Konzerngruppe mit national-ägyptischem Anspruch. Sie wollte den inneren Markt für "ihre" Bourgeoisie erkämpfen und sichern, das Auslandskapital verdrängen - eine Gesetzmäßigkeit, die, wie Marx nachweist, jeder aufstrebenden nationalen Bourgeoisie innewohnt. Doch warum konnte diese scheinbar schon so mächtig gewordene Kräftegruppierung ihr Ziel nicht erreichen? Lag das lediglich im Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise 1929/32 mit ihrem Desaster des Preisverfalls auch ägyptischer Baumwolle auf dem kapitalistischen Weltmarkt begründet? Davis zeigt die sich mit Notwendigkeit wandelnden Ambitionen und Konstellationen der Hauptklassen in Ägypten, die Haltung des Staates

und die Mühlsteine, die da Imperialismus heißen und zwischen die der Juniorpartner Mişr-Konzern geraten mußte. Mag da auch manches ein wenig zu sehr mit der Schablone westeuropäische Imperialismen hier und faschistische Achsenmächte dort zugeschnitten sein, und mag auch die Gesetzmäßigkeit des Aufpflanzens der Fahne internationalen Profits im sich mausernden Mişr-Konzern vor dem Banner des Nationalen (oder zunehmend gar anstelle letzteren) nur unscharf gesehen werden - lesenswert ist auf jeden Fall auch dieser Teil des Buches.

Freilich, zu den einzelnen Betrieben, vom größten und modernsten Textilkombinat Ägyptens in jener Zeit bis zu den Schifffahrts- und Luftfahrtsgesellschaften, ist schon bei L. A. Fridman² ebensolches zu finden, und die Ankündigung des 7. Kapitels "Bank Mişr und die arabische ökonomische Entwicklung" stimmt zu hoffnungsfroh. Dennoch: Das Buch ist eine Fundgrube für alle jene, die sich mit historischen Prozessen der Unterentwicklung und Rückständigkeit beschäftigen und dabei auf authentisches Material nicht verzichten können. Das eingeschobene Kapitel 4: "Muḥammad Ṭal'at Ḥarb und die nationalistische Bewegung" erhellt überdies aus der Person des Bankgründers heraus manches, was neben dem politischen Zeitkolorit vielleicht in den Bereich der "Mentalität", besser wohl: spezieller arabischer sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen (innerer wie äußerer) einzuordnen ist. Immerhin dürften Nachweise und Gedankengänge des Autors, der Harbs Haltung zu nationalen ägyptischen wie zu den gegen die ökonomische Fremdherrschaft gerichteten Aktionen mit dessen beduinischer Herkunft untersetzt, an manchen Stellen nicht als belanglos abgetan werden können.

Daß zudem auch der Leser, der vorrangig mit deutscher Wirtschaftsgeschichte befaßt ist, dem Buch einiges entnehmen kann (z. B. über Einfluß und Modellwirkung der "Deutschen Orientbank" auf bestimmte Geschäftskreise in Ägypten auf Seite 70 ff.; über Harbs deutsche Verbindungen auf Seite 94 ff. oder über den Einfluß deutscher imperialistischer Unternehmen in Ägypten zwischen den beiden Weltkriegen auf Seite 139 ff. u. a.), sei nicht nur am Rande vermerkt

Neben Bibliographie und Index enthält das Buch ein Glossar arabischer Wörter, das insbesondere für das Wissen zum Zuordnung von sozialer Stellung und traditionellen staatlichen Funktionen hilfreich ist.

² Fridman, L. A. Kapitalističeskoe razvitie Egipta (1882 - 1939), Moskva 1963, S. 246 - 281.

Die Entwicklung der Imperialismus-Theorie in der KPD

1. Leipziger Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Imperialismustheorie und -analyse der KPD im Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, Leipzig, den 1. November 1984, Veranstalter: Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität, Wissenschaftsbereich Geschichte, Forschungsgruppe Geschichte der theoretischen und ideologischen Arbeit der KPD

Leipzig 1985, 127 S.

von Jürgen Kuczynski

Das vorliegende Protokoll berichtet von einer ungewöhnlich fruchtbaren Tagung, die neue Einsichten in die Entwicklung der Imperialismus-Theorie der KPD vermittelte und das Thema wie die Einzelforscher souverän behandelte.

So wird in den einleitenden Thesen sehr genau die Rezeption von Lenins Buch über den Imperialismus verfolgt, das erst 1921 bei uns in einer Übersetzung erschien. Ganz großartig sind die kurzen Ausführungen zur Frühzeit der Rezeption der Leninschen Imperialismus-Theorie: "So beeinflussten auch zunehmend marxistische Imperialismusauffassungen, die entweder Leninsche Erkenntnisse verwerteten (Eugen Varga) oder der Leninschen Theorie in manchem nahe kamen (N. I. Bucharin) das theoretische Denken in der KPD nicht unwesentlich. Das begünstigte offensichtlich das Herankommen an die Imperialismustheorie W. I. Lenins, konnte sich aber auch - so im Falle der Bucharinschen Imperialismusauffassung - auf deren tiefere Erschließung auch nachteilig auswirken. Für eine übergreifende Epochenanalyse schien sich jedoch aus der Sicht der Mehrheit der Theoretiker, Propagandisten und Funktionäre der KPD nach wie vor besonders R. Luxemburgs Akkumulationstheorie anzubieten, zumal die schwierige ökonomische Lage Mitteleuropas die Auffassung nährte, daß dem kapitalistischen System keine Neustabilisierung mehr gelingen könnte. Der Kapitalismus schien an dem von R. Luxemburg prognostizierten Endpunkt seiner Entwicklung angelangt zu sein, und die Weltwirtschaftskrise 1920/21 stellte sich für Theoretiker wie E. L. Alexander, A. Thalheimer, H. Duncker, C. Zetkin, R. Sorge u. a. als die 'Endkrise' des Kapitalismus dar. Unter diesen Bedingungen war es den deutschen Kommunisten noch nicht möglich, die Fehlerhaftigkeit der Luxemburgischen Akkumulationstheorie zu erfassen. Das beeinflusste aber wesentlich die Aneignung und Anwendung der Leninschen Imperialismustheorie. Grundsätzlich gingen die deutschen Kommunisten davon aus, daß R. Luxemburg das Bewegungsgesetz des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase aufgedeckt hätte, während W. I. Lenins Werk vorrangig auf die Darstellung der Merkmale und Erscheinungen dieser Phase abzielen würde. Unter diesem Blickwinkel bot sich die Leninsche Schrift als geeignete Ergänzung zur Akkumulationstheorie an." (S. 18 f.)¹

Mitte der 20er Jahre änderte sich die Situation: "Der 11. Parteitag erbrachte bei der Durchsetzung des Leninismus in der KPD in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre den mit der Bildung des Thälmannschen Zentralkomitees be-

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Protokoll.

deutlichsten Erkenntnisfortschritt. Das betrifft in besonderem Maße die Aneignung der Leninschen Theorie und Methode der Imperialismusanalyse." (S. 22) Jedoch erst gegen "Ende der Periode der relativen Stabilisierung trat mit der umfassenden Aufarbeitung des Leninschen Werkes und einer gründlicheren theoretischen und empirischen Fundierung der Imperialismusanalyse der deutschen Kommunisten der ursprüngliche Begriff und damit die Grenzen des mit ihm verbundenen Imperialismusbildes zurück. Es wurde später von einer ausgewogeneren historischen Sicht der Entwicklung des deutschen Imperialismus nach dem ersten Weltkrieg ersetzt." (S. 24)

Als dann die große Weltwirtschaftskrise 1929/32 einsetzte, vergaß man genau wie in der Weltwirtschaftskrise 1920/21 wichtigste Erkenntnisse von Marx und Engels: "In der Annahme einer raschen Zuspitzung der Klassengegensätze und Radikalisierung der Volksmassen gingen KPD wie Komintern von der Überzeugung aus, daß die Weltwirtschaftskrise die letzte zyklische Krise sei, die mit dem Sieg der proletarischen Revolution enden müsse. Erst schrittweise setzte sich ab etwa 1931 verstärkt die Erkenntnis durch, daß auch die Weltwirtschaftskrise an sich zu keiner ausgewogenen Situation für den Kapitalismus führe." (S. 27)

Klaus Kinner polemisiert in seinem Beitrag gegen die Darstellung in meinem Buch "60 Jahre Konjunkturforscher. Erinnerungen und Erfahrungen".² Dort schreibe ich: "Wir Marxisten diskutierten, soweit ich mich erinnere - und bestimmt in der gedruckten Literatur -, in keiner Weise, wann die Krise zu Ende sein würde. Im Gegenteil meinten viele bei uns in der KPD, wohl alle in der RGO-Führung, als ein Artikel von mir, von dem gleich die Rede sein wird, erschien, daß die Krise gar nicht mehr zu Ende gehen würde."³ Der Artikel von mir, der 1931 erschien, sagte, wie sich später zeigte, wahrlich mit Recht voraus, daß die zyklische Krise vielleicht 1932 zu Ende gehen könnte. Er sollte ein Parteiverfahren wegen "revisionistischen Defätismus" zur Folge haben, vor dem mich nur Franz Dahlem rettete. Wenn Kinner für ein Jahr später, für 1932 feststellt: "In der Zeitschrift 'Der Propagandist' wurde auf die Frage eines Lesers nach dem Ausweg aus der Krise sehr differenziert und ausführlich geantwortet. Besonders bemerkenswert an dieser Antwort war die genaue Kennzeichnung der Merkmale der allgemeinen Krise und die Bestimmung ihres verschärfenden Einflusses auf die akute zyklische Krise. Im Gegensatz zu der verschiedentlich anzutreffenden Überhöhung der revolutionären Perspektive wurde hervorgehoben, daß der Kapitalismus die 'zyklischen Krisen - also auch die gegenwärtige! - ... im Gegensatz zur ausgewogenen allgemeinen Krise überwinden (kann), aus ihnen kann es einen Ausweg für die Bourgeoisie geben." (S. 44) - so ist "also auch die gegenwärtige" eine Einfügung von Kinner, und ich kann ihm versichern, daß, wenn ich für 1931 von "vielen bei uns in der KPD" schrieb, die nicht an ein Ende der Krise glaubten, das auch noch für 1932 gilt.

Damit hängt zum Teil auch die leider völlig richtige Feststellung von Elke Reuter zusammen: "In der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Perspektive des faschistischen Regimes vertrat die KPD im ganzen Jahr 1933 zunächst noch die Auffassung, daß die Wirtschaftskrise andauere, das Krisentief nicht überwunden sei und keine konjunkturelle Besserung stattfindet. Vielfach wurde von einer Verschärfung und weiteren Zuspitzung der Krise ausgegangen." (S. 98)

In einer These wird auch gegen meine Auffassung "vom Abbruch der Beschäftigung mit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus seit dem Artikel Chmelnizkajas aus dem Jahre 1930" polemisiert. (S. 32) Es heißt dort:

² Kuczynski, Jürgen, 60 Jahre Konjunkturforscher. Erinnerungen und Erfahrungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Sonderbd. 1984.

³ Ebenda, S. 93.

"Nungleich die Ausarbeitung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre einen neuen Aufschwung nahm, übersieht dieser Standpunkt die bedeutsamen Vorleistungen für diesen Aufschwung, die in den dreißiger und vierziger Jahren von den Theoretikern der Komintern gebracht wurden. Die deutschen Kommunisten hatten daran einen nicht unwesentlichen Anteil." Wenn ich zwar nicht vom "Abbruch", sondern von 'Nichtfortsetzung' der zuvor so gründlichen Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus" schreibe, so brauche ich wohl nicht ausführlicher darauf hier einzugehen, da Bärbel Dacke ihren Beitrag zur dieser Thematik abschließt: "Man muß deshalb der Einschätzung von Kuczynski zustimmen, wenn er schreibt, daß die wissenschaftlichen Arbeiten der Sowjetökonomin J. Chmel'nickaja zum SMK über lange Zeit hinweg das theoretisch reifste Material ist, das im Niveau leider bis in die sechziger Jahre hinein kaum in diesem Umfang erreicht wird." (S. 53)

Besonders wichtig erscheint mir aber die abgewogene Einschätzung der Leistungen einzelner Erforscher des Imperialismus, wie etwa N. J. Bucharins und J. A. Preobraženskis und Rudolf Hilferdings. Ganz großartig formuliert etwa Kinner: "Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung steht in der Pflicht, präzise herauszuschälen, worin der positive Beitrag der verschiedenen imperialismustheoretischen Positionen und worin ihre Grenzen bestehen. Man kommt u. E. dieser Aufgabe nicht näher, wenn man - wie in der soeben in deutscher Sprache erschienenen sowjetischen Geschichte der Zweiten Internationale - Rudolf Hilferding und sein Hauptwerk 'Das Finanzkapital' aus dem Jahre 1910 unter dem Rubrum 'Die opportunistischen Theorien des Imperialismus' behandelt." Und auch wenn er fortfährt: "Es entsteht eine m. E. verkürzte Sichtweise, wenn Lenins Leistung nur in der Fortführung der Lehren von Marx und Engels gesehen wird. Seine Genialität bestand gerade darin, daß er den Marxismus in Aufarbeitung der gesamten Resultate der Theorieentwicklung bei Marx und Engels und seit deren Tod (meine Hervorhebung - J. K.) zusammenfaßte und auf eine qualitativ höhere Stufe hob." (S. 37) Über die beiden erstgenannten schreibt er bei der Untersuchung der beginnenden Rezeption von Lenins "Imperialismus": "Wir hatten bei der Analyse dieser Prozesse jedoch auch dem Phänomen Rechnung zu tragen, daß Elemente der Leninschen Theorie vermittelt über andere marxistische Imperialismusauffassungen, wie die von Eugen Varga oder N. I. Bucharin Eingang ins Denken der deutschen Kommunisten fanden. Dabei war der Frage detaillierter als bisher üblich nachzugehen, inwieweit diese Theoretiker die Aneignung der Leninschen Theorie beförderten und inwieweit sie diesen Prozeß durch Grenzen der eigenen Konzeption hemmten. Erstmals wird der von Bucharin und Preobraschenski verfaßte populäre Kommentar des Parteiprogramms der KPR(B), der unter dem Titel 'ABC des Kommunismus' in der KPD weite Verbreitung fand und als erster lehrbuchartiger Abriß zentraler Fragen des Marxismus-Leninismus verstanden werden kann, einer näheren Analyse unterzogen. Dieses - wie Lenin 1919 formulierte - 'höchst wertvolle Buch' wurde in der KPD in zehntausenden Exemplaren verbreitet und beeinflußte das marxistisch-leninistische Denken in der KPD nachhaltig." (S. 38)

Auch weniger bedeutenden Gestalten wird bei aller Kritik doch Gerechtigkeit hinsichtlich ihrer positiven Leistungen zuteil. Keineswegs zu Unrecht gilt bei der argen Vernachlässigung in unserer Literatur etwa ein Beitrag von Michael Werner den Imperialismusauffassungen von Fritz Sternberg.

Wie weit der Rahmen der Untersuchungen gespannt ist, zeigt ein Beitrag Alfred Haases mit der Überschrift "Das Feuilleton des Zentralorgans der KPD 1918 - 1932 und Aussagen zur Imperialismustheorie Lenins" (S. 55).

Das Ganze ist für jeden Erforscher der Geschichte unserer Partei ein großer Gewinn, in vieler Beziehung beispielhaft. Und wenn ich im Vorangehenden auf einige Mängel in der Beurteilung meiner Auffassungen eingegangen bin, so weil der Leser das von mir in einer Besprechung des Buches erwartet.

Andere Rezensenten werden, auch wenn sie mit meinen polemischen Bemerkungen zur Darstellung meiner Auffassungen übereinstimmen sollten, diese Stellen überhaupt nicht beachten und mit Recht von fast reiner, ungetrübter Freude (wie ich sie auch empfinde) bei der Lektüre des Protokolls berichten.

Sachzeugen der Produktions- und Verkehrsgeschichte

Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik, verfaßt von einem Autorenkollektiv unter der wiss. Leitung und Herausgeberschaft von Otfried Wagenbreth und Eberhard Wächtler

VEB Deutscher Verlag der Grundstoffindustrie, Leipzig 1983,
352 S., 253 Abb., 17 Tab., 42,- M

von Siegfried Richter

"Der heutige Tag ist ein Resultat des gestrigen. Was dieser gewollt hat, müssen wir erforschen, wenn wir zu wissen wünschen, was jener will."¹ Heinrich Heines Sentenz aus den "Französischen Zuständen" ist die prosaische Reflexion dessen, was die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie in die wissenschaftlich strenge Form der historischen Dialektik kleidet. Sie gilt insbesondere für jene Sphäre, die primär die Existenz der menschlichen Gesellschaft und deren Entwicklung sichert: die Produktion. Die Menschen müssen essen, trinken, wohnen, sich kleiden, ehe sie Wissenschaft, Kunst usw. betreiben können; d. h. sie müssen ihre Subsistenzmittel produzieren, ehe sie den verbleibenden Teil ihrer Zeit und Arbeitskraft für Dinge aufwenden können, die außerhalb der Produktionssphäre liegen. Die Erkenntnis von der unbedingten Priorität der Produktion unter Einschluß der sie konstituierenden Mittel und Momente verdanken wir Karl Marx, ebenso jene, daß sich die historischen Epochen der Menschheit primär durch die Art und Weise, wie die Menschen ihren Lebensunterhalt erwerben, voneinander unterscheiden, wobei letztlich der Wandel in den Produktionsmethoden die Veränderungen in der Sphäre des Sozialen und des Ideologischen hervorbringt und sie daher der wissenschaftlichen Erklärung zugänglich macht. "Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen. Die Arbeitsmittel sind nicht nur Gradmesser der Entwicklung menschlicher Arbeitskraft, sondern auch Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse, worin gearbeitet wird."² Diese theoretische Vorbemerkung ist notwendig, um die technischen Denkmale als

1 Heine, Heinrich, Französische Zustände, in: Werke und Briefe, Berlin/Weimar 1980, Bd. 4, S. 448.

2 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 194 f.

"Reliquien von Arbeitsmitteln für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformationen"³ nach objektiven Kriterien in das Spektrum unseres gesellschaftlichen Lebens und unseres Geschichtsbewußtseins einzuordnen.

Wie spiegelt sich diese für den marxistisch-leninistischen Wirtschaftshistoriker selbstverständliche Betrachtungsweise in der denkmalspflegerischen Szene unseres Landes wider? Noch immer wird letztere in der Öffentlichkeit gewöhnlich mit der Vorstellung von Schlössern, Burgen, Kirchen und anderen kunsthistorischen Sachzeugen verbunden; sichtbar dominieren in Betrachtungsweise und Interpretation unserer Erbpflege kunsthistorische Aspekte.

Im Vergleich dazu sind die Sachzeugen der Produktions- und Verkehrsgeschichte im öffentlichen Bewußtsein nach wie vor unterrepräsentiert. Dies gilt zum Teil auch für die offizielle Denkmalspflege, wiewohl nicht zu übersehen ist, daß diese Institution und auch die sozialistische Presse, namentlich das "Neue Deutschland", sich in den letzten Jahren verstärkt dieses Genres angenommen haben. In den Kreis dieser begrüßenswerten Bemühungen ist auch die vorliegende Publikation einzuordnen, die sowohl eine allgemeinverständliche Einführung in ein von der "offiziellen" Historiographie mitunter etwas stiefmütterlich behandeltes Sachgebiet wie auch eine Bestandsaufnahme repräsentativer technischer Denkmale und der hinsichtlich ihrer Pflege bisher erreichten Ergebnisse sein will. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß das vorliegende Buch ohne umfangreiche praktische Erfahrungen in der und persönliches Engagement für die "Feldforschung" seitens der Autoren, allen voran der beiden Herausgeber, nicht hätte geschrieben werden können.

Die Darstellung des Stoffes gliedert sich in drei große Teilgebiete. Das erste ist den Aufgaben und der Methodik der Pflege technischer Denkmale in unserem Lande gewidmet und führt den Leser zunächst theoretisch in die Problematik ein. Im ersten Abschnitt ist diese Einleitung weitestgehend identisch mit der Diktion, wie sie in der Vorgängerpublikation zur gleichen Thematik, im Jahre 1973 unter der Ägide des Kulturbundes der DDR erschienen, enthalten ist.⁴ Es entspricht den eingangs erwähnten Intentionen der marxistisch-leninistischen Geschichtsbetrachtung, wenn die Autoren betonen, die Erhaltung und Pflege technischer Denkmale sei Recht und Verpflichtung der Arbeiterklasse unseres Landes. Sie tun dies auch, um den Unterschied zu den erheblichen diesbezüglichen Aktivitäten in den kapitalistischen Ländern hervorzuheben. Die Darstellung steht in ihrer Gesamtanlage in positivem Kontrast zu entsprechenden Aussagen in der Publikation "Grundlagen der Denkmalspflege in der DDR". Abgesehen davon, daß dort die Prioritäten der praktischen Denkmalspflege eindeutig zugunsten der Bauarchitektur und der Kunstdenkmale gesetzt sind - die

3 Ebenda.

4 Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik, 1973, hg. v. Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik, wiss. Leitung Eberhard Wächtler und Otfried Wagenbreth, Berlin 1973, S. 7 - 12.

Denkmale der Produktions- und Verkehrsgeschichte werden expressis verbis nur in wenigen Zeilen auf den Seiten 17/18 und 23 erwähnt -, erfolgt die historische Herleitung der Rolle des Geschichtsdenkmals für die Bewußtseinsbildung ausschließlich aus dieser Perspektive. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ferner, daß dort die "Identifizierung der Menschen mit ihrer gesellschaftlichen Existenz" primär auf den Heimatbegriff zurückgeführt wird,⁵ was im Kontrast zu den Elementarerkennnissen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie steht, wonach die Integration des Individuums in die soziale Sphäre und demzufolge auch seine Identifikation mit der Gesellschaft in allererster Linie durch die Produktion bewirkt wird. Dies gilt namentlich für die moderne Zeit. Auch mit Bezug auf den sozial durchaus diffusen Heimatbegriff in den "Grundlagen und Zielen der Denkmalspflege der DDR" kann Otfried Wagenbreth und Eberhard Wächtlers Feststellung, daß "unsere Umgebung keine Naturlandschaft mehr, sondern eine seit Jahrhunderten von der produktiven Tätigkeit der Menschen geprägte Kulturlandschaft" (S. 17)⁶ ist, nicht intensiv genug hervorgehoben werden.

In weiteren Abschnitten der Einleitung beschäftigen sich Wagenbreth und Wächtler mit der Geschichte und Methodik der Pflege technischer Denkmale sowie mit den entsprechenden Aufgaben der Staatsorgane, der Industrie und gesellschaftlichen Organisationen. Hier erfährt der Leser viel Wissenswertes über die Spezifik und Vielfalt technischer Denkmale sowie über deren Auswahl und Eingliederung in die Denkmalsliste der DDR.

Der in seinem Umfang mit etwa 160 Druckseiten gewichtigste zweite Teil ist der textlichen Darstellung technischer Denkmale in unserem Lande gewidmet. In 15 Abschnitten wird dem Leser eine abgewogene Auswahl aus dem vorhandenen Spektrum an Sachzeugen der Produktions- und Verkehrsgeschichte dargeboten. Die Palette erstreckt sich hier von der Energieerzeugung bzw. Energieversorgung (Wasser, Gas, Elektrizität) über Montan- und Hüttenwesen, verarbeitende Industrie (Maschinenbau, Elektrotechnik, Elektronik, Textilindustrie, Lebensmittelindustrie, einschließlich Mühlen), Nachrichten- und Transportwesen bis zur Bau- und chemischen Industrie. Erfast werden auch, das muß besonders lobend hervorgehoben werden, historische Sachzeugen der Theatertechnik, des wissenschaftlichen Gerätebaus sowie Gedenkstätten der Industrie- und Verkehrsgeschichte.

Offenbar hatten Autoren und Herausgeber - das ergibt sich zwangsläufig aus der objektiven Situation - ihre Probleme mit der sachlichen Gliederung des umfangreichen Materials und auch mit der zweckmäßigen Aufeinanderfolge der einzelnen Sachkapitel. Zu letzterem deuten sich Ansätze an, den technischen Stufen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses (Energie - extraktive Industrie - verarbeitende Industrie) zu folgen. In dieser Hinsicht ist jedoch darauf aufmerksam zu machen, daß

5 Grundlagen und Ziele der Denkmalspflege in der DDR, sozialistische Kulturpolitik, in: Theorie und Praxis, Heft 1.5, S. 16.

6 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

auch die in den Kapiteln 8 (technische Denkmale des Textilgewerbes und der Textilindustrie) und 10 (Mühlen und andere technische Denkmale der Lebensmittelindustrie) besprochenen Objekte durchaus unter dem Begriff der "Leichtindustrie" zu subsumieren sind, der im Kapitel 9 zusammen mit den Sachzeugen aus Handwerk und Gewerbe abgehandelt wird.

Viel wesentlicher, namentlich auch für den Wirtschaftshistoriker, ist jedoch, daß die Autoren den jeweiligen Bereich der von ihnen behandelten Sachzeugen in den Kontext der Produktivkraftentwicklung der Wissenschaftsgeschichte und - wo möglich - auch in den nationalen und territorialen geschichtlichen Zusammenhang einordnen. Auf diese Weise wird dem nichtprofessionellen Historiker - und das dürfte die Mehrzahl der Leser sein - in komprimierter Form ein Stück Technik-, Wissenschafts-, Wirtschafts- und zum Teil auch Sozialgeschichte vermittelt. Der Leser wird zudem veranlaßt, das einzelne technische Denkmal in größere historische Dimensionen eingeordnet zu betrachten und zu begreifen. Aber auch der professionelle Wirtschaftshistoriker profitiert von einer solchen Darstellungsweise, erschließen sich ihm doch hierdurch eine Menge gegenständlicher Momente, die sein vorzugsweise theoretisch erworbenes Wissen durch die unmittelbare Anschauung im wörtlichen Sinne begreifbar werden lassen. Dies alles wird durch eine Reihe von Funktionsdarstellungen, die technische Prozesse und Prinzipien, territoriale und auch geographische Lageverhältnisse (Bergbau) erläutern, wirkungsvoll ergänzt.

Der Umfang und die Substanz der einzelnen Abschnitte hängen natürlich vom Vorhandensein entsprechender Sachzeugen, ihrem Zustand und auch ihrer Aufarbeitung als technische Denkmale ab. In dieser Hinsicht schneiden der Bergbau, die Hüttenanlagen und Hammerwerke sowie das Nachrichten- und Transportwesen relativ am besten ab, während z. B. die optische Industrie auf einer knappen Seite ihren Platz findet und für meine Begriffe zu knapp weggekommen ist. Autoren und Herausgeber bemühen sich in jedem Falle um eine Einbeziehung des gesamten Territoriums der DDR. Ein bisweilen leichtes Übergewicht des sächsischen Raumes dürfte mit Sicherheit nicht in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Herausgeber in diesem Territorium beheimatet sind. Hier spielt die Rolle des sächsischen Raumes als früheres industrielles Kerngebiet des östlichen Deutschland während des 19. und noch des 20. Jh. eine entscheidende Rolle.

Der dritte Teil enthält neben dem wissenschaftlichen Apparat nahezu 300 vorzüglich ausgewählte Fotos. Die Autoren waren hier bemüht, jene Sachzeugen, die im Text behandelt werden, dem Leser - wo möglich - auch visuell vorzuführen. Dies geschieht ausnahmslos in Schwarz-Weiß-Fotografie, die in der Regel auch genügt, um die charakteristische Sachlichkeit technischer Objekte und auch der Industriearchitektur abzubilden. Da sich das technische Denkmal jedoch auch an ästhetischen Kriterien orientiert und landschaftsformenden Charakter trägt, wäre in prägnanten Fällen auch eine farbige Wiedergabe nützlich gewesen.

Alles in allem geben Autoren und Herausgeber einen in Text und Bild ausgezeichneten Überblick über derzeit erschlossene repräsentative Sachzeugen der Produktions- und Verkehrsgeschichte unseres Landes. Das Buch kann sich in jeder Hinsicht mit Publikationen gleichen Genres im internationalen Rahmen messen.

Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und anderen europäischen Ländern 1914 bis 1924

Zum Gesamtprojekt und zu ersten Ergebnissen

The German Inflation reconsidered. A preliminary balance.

Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz, hg. v. Gerald D. Feldman, Carl-Ludwig Holtfrerich, Gerhard A. Ritter u. Peter-Christian Witt = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 54: Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914 - 1924, Bd. 1

Walter de Gruyter, Berlin/New York 1982, XVII, 431 S., 82,- DM

The Experience of Inflation. International and comparative studies. Die Erfahrung der Inflation im internationalen Zusammenhang und Vergleich, hg. v. Gerald D. Feldman, Carl-Ludwig Holtfrerich, Gerhard A. Ritter u. Peter-Christian Witt = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 57: Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914 - 1924, Bd. 2

Walter de Gruyter, Berlin/New York 1984, XV, 426 S., 98,- DM

von Karin Lehmann

Historiker, Wirtschaftshistoriker, Ökonomen und Statistiker aus der BRD, der VR Polen und anderen europäischen Ländern sowie aus Westberlin und den USA sind an dem Forschungsprojekt der Historischen Kommission zu Berlin (West) über die Inflation und den Wiederaufbau in Deutschland und Europa von 1914 bis 1924 beteiligt. In den hier besprochenen Sammelbänden werden Zwischenergebnisse publiziert. Außerdem wird die dem Projekt zugrundeliegende Konzeption ausführlich in der von den Herausgebern verfaßten Einführung (Bd. 1, S. 1 ff.)¹ vorgestellt.

Ausgehend davon, daß in vielen europäischen Ländern in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg eine Inflation großen Ausmaßes, in anderen eine gemäßigte Inflation und in einigen Deflation herrschten, setzen sich die

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Verfasser zum Ziel, diese so unterschiedlichen Entwicklungen zu untersuchen. Einerseits streben sie eine vergleichende Betrachtung der ökonomischen, politischen und sozialen Prozesse in Ländern bzw. Ländergruppen mit unterschiedlich ausgerichteter Währungspolitik an. Andererseits wollen sie auch die über den Rahmen eines gegebenen Landes hinausgehenden Wechselwirkungen zwischen monetären und weiteren ökonomischen sowie zwischen inneren und äußeren Faktoren in den einzelnen Phasen der Währungsentwicklung berücksichtigen.

Von den konzeptionellen Überlegungen der Herausgeber seien hier folgende genannt: Erstens wird das Projekt damit begründet, daß im Rahmen langfristiger Untersuchungen, z. B. von Wachstumsprozessen, die Inflationsjahre in der Regel ausgespart werden. Die Mitarbeiter dieses Projekts sehen eine ihrer Aufgaben darin, diese Lücke wenigstens teilweise zu schließen.

Zweitens wird der gewählten Thematik ein hoher Stellenwert für die Theoriebildung in der Wirtschaftsgeschichte beigemessen. Es geht aus der Feststellung der Herausgeber hervor, daß "die Epoche 1914 bis 1923/24 mit ihrer starken Konzentrationsbewegung in der Industrie, der Formierung von Interessenverbänden, den sozialen Wandlungsprozessen und ihrem massiven Staatsinterventionismus eine zentrale Rolle bei den Anstrengungen von marxistischen und nichtmarxistischen Interpreten gespielt" hat, "ihre jeweiligen Theorien und Paradigmata zu erläutern, wie sich dies jüngst in der Debatte zwischen den Protagonisten der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und den Anhängern des idealtypischen Modells des 'Organisierten Kapitalismus' gezeigt hat" (Bd. 1, S. 12).

Drittens weisen sie auf beachtliche Meinungsverschiedenheiten hin, die es ihrer Auffassung nach über die Frage gibt, "ob sich die sozialen Folgen der Inflation eher durch eine klassenspezifische oder aber durch eine einzelne soziale Schichten und Berufsgruppen verfolgende Analyse erfassen lassen" (Bd. 1, S. 13). Sie vertreten die Auffassung: "Wie signifikant auch immer das autonome Handeln von Individuen und sozialen Gruppen ist, es kann sich doch nur im Rahmen historisch und strukturell geprägter Bedingungen entfalten, und daher wird hier auch angestrebt, so exakt wie möglich die Interdependenzen zwischen solchen Grundbedingungen und den je konkreten historischen Phänomenen und Handlungsabläufen aufzuzeigen." (Bd. 1, S. 13)

In der Einführung wird auch auf einige spezielle Untersuchungsfelder im Rahmen des Gesamtprojekts hingewiesen. So ist beabsichtigt, statistische und methodische Probleme zu behandeln, ebenso Entscheidungsprozessen auf der Ebene von Regierungen, politischen Parteien und Interessengruppen nachzugehen. Sektorale und branchenspezifische ebenso wie regionale und lokale Studien zu bestimmten Fragen sind geplant. Dabei sollen Analysen, die sich auf einzelne soziale Gruppen oder auf Institutionen beziehen, breiten Raum erhalten. Auf einige der in der konzeptionellen Einführung aufgeworfenen Fragen wird weiter unten zurückzukommen sein.

Die Artikel der Bände sind als Zwischenbilanz des Projekts zu werten. Inhaltlich lassen sie sich zu folgenden Komplexen zusammenfassen: Erstens Beiträge über die ökonomische Theorie der Inflation sowie die methodische und statistische Analyse, zweitens Aufsätze über die Kräfte,

welche die Währungs- und Wirtschaftspolitik in Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen und in der Tschechoslowakei bestimmten, und drittens Untersuchungen über die sozialen und politischen Auswirkungen von Inflation bzw. Deflation sowie der Währungsstabilisierung.

In den theoretischen Aufsätzen geht es in erster Linie um die Ursachen von Inflationen. Dabei wird vorwiegend implizit zur Diskussion unter bürgerlichen Ökonomen und Politikern über die Gründe für inflationäre Prozesse jüngerer Datums in kapitalistischen Ländern Stellung genommen.

Es geht den Autoren vor allem um den Einfluß des Staatshaushaltsdefizits und der Zentralbanken, um die Bedeutung von Zahlungsbilanzungleichgewichten sowie um die Rolle der USA als stärkster imperialistischer Macht. Die unterschiedliche Bewertung der aufgezählten Faktoren wird in folgenden Artikeln besonders deutlich: Gerald Merkin (Bd. 1, S. 48 ff.) stellt die divergierenden theoretischen Erklärungen des kausalen Zusammenhangs zwischen der Geldmengen- und Preisentwicklung, der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und dem Wechselkurs in Deutschland vor. Thomas J. Sargent (Bd. 2, S. 34 ff.) vergleicht die Art und Weise der Währungsstabilisierung Mitte der 20er Jahre in Österreich, Ungarn und Polen, wo Hyperinflation herrschte, mit der Währungssituation in der Tschechoslowakei, wo eine inflationäre Entwicklung bereits seit 1919 vermieden werden konnte. Er kommt zu dem Schluß, daß das Entscheidende für die Stabilisierung die Gründung von Zentralbanken, die keine zusätzlichen, ungedeckten Kredite den Regierungen gewähren durften, sowie die radikale Änderung der Haushaltspolitik gewesen war. Frühere Versuche, die Währung zu stabilisieren, wären an einer versäumten Haushaltsstabilisierung gescheitert.

Charles P. Kindleberger (Bd. 2, S. 10 ff.) leitet die deutsche Inflation nach dem ersten Weltkrieg von einem Interessenkonflikt zwischen gesellschaftlichen Gruppen über ihren Anteil am Nationaleinkommen ab, d. h. über die Verteilung der Lasten, welche die Wiederherstellung der Volkswirtschaft und Reparationen mit sich brachten. Er nennt als gesellschaftliche Gruppen das Großkapital in der Eisen-, Stahl-, Chemie- und Elektroindustrie, die Junker, die Bauern in Westdeutschland, die Beamten und die Arbeiterschaft. Diese Gruppen hätten auf die Reichsregierung und die Reichsbank Druck ausgeübt. Sein "Strukturmodell" der Inflation ist konkreter als die beiden in der bürgerlichen ökonomischen Theorie vorherrschenden Denkmodelle von Monetaristen bzw. Zahlungsbilanztheoretikern, die von der Geldmenge bzw. von Zahlungsbilanzungleichgewichten ausgehen. Doch stellt Kindleberger in seinem Modell die obengenannten sozialen Kräfte gleichrangig nebeneinander, was ihrem tatsächlichen Gewicht nicht entspricht.

Charles Maier (Bd. 2, S. 106 ff.) vergleicht die unterschiedliche Währungsentwicklung nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg. Er führt die Unterschiede vor allem auf wirtschaftshistorische Erfahrungen, auf die internationale Rolle der USA und die Stärke sozialistischer Kräfte zurück.

Von den der empirischen Analyse gewidmeten Beiträgen seien genannt: ein ökonometrisches Modell für die deutsche Hyperinflation 1923 von Hans Jürgen Jaksch (Bd. 1, S. 107 ff.), eine Information über statistisches Material zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte während der In-

flation in Archiven der BRD von Thomas Trupp (Bd. 1, S. 132 ff.) und die Untersuchung von Dieter Lindenlaub (Bd. 1, S. 49 ff.) über die Sachanlageinvestitionen von deutschen Maschinenbauunternehmen auf der Grundlage von Archivalien des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten und einiger Unternehmen.

In den zum zweiten Komplex zu zählenden Aufsätzen, die sich anhand einzelner Länder mit den Triebkräften für die Inflation bzw. Stabilisierung auseinandersetzen, findet das Wechselverhältnis zwischen Ökonomie und Politik starke Berücksichtigung. Ebenso werden innere und äußere politische und ökonomische Einflüsse in die Betrachtungen einbezogen.

So steht die staatliche Wirtschaftspolitik in Deutschland von 1918 bis 1923 im Mittelpunkt der Betrachtungen von Peter-Christian Witt (Bd. 1, S. 151 ff.). Er vertritt darin die Auffassung, daß die deutschen Regierungen auch schon in der Zeit zwischen Kriegsende und etwa dem Frühjahr 1920 eine von ihnen konzipierte Wirtschaftspolitik zu praktizieren versuchten. Witt konstatiert Anfänge der Konjunkturbeobachtung und sogar der Konjunkturpolitik, ein in Ansätzen vorhandenes Bemühen, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik miteinander zu verbinden, sowie eine Steuer- und Sozialpolitik, die bereits das Konzept der "Welfare economics" erkennen läßt. Dieser Politik hätte das Bestreben der an der Regierungskoalition beteiligten Parteien und eines Teils der hohen Ministerialbürokratie zugrunde gelegen, politische Stabilität durch ökonomische Stabilisierung zu erreichen. Witt erläutert an zahlreichen Beispielen, wie diese abgestimmte Politik von der großen Industrie und ihren Verbündeten zunichte gemacht wurde.

Gerald D. Feldman (Bd. 1, S. 180 ff.) beschäftigt sich speziell mit der Zeit von März 1920 bis zum Juni 1921, in der das Tempo der Geldentwertung - verglichen mit anderen Phasen der Inflation - gemäßigt erscheint. Er wirft die Frage auf, warum solche "ruhigen" Phasen nicht für eine tatsächliche Stabilisierung genutzt wurden oder warum zumindest nicht Barrieren gegen eine erneute Beschleunigung der Inflation errichtet wurden. Anhand von Aussagen damaliger führender Ökonomen und Politiker sowie aufgrund einer Betrachtung der Politik von Reichsbank und Regierung kommt Feldman zu dem Ergebnis, daß es in Deutschland eine Reihe von Kräften gab, welche die damals gegebene Chance, die Währung zu stabilisieren, verpaßten. Die Verantwortlichen im staatlichen und im wirtschaftlichen Bereich haben sich, wie Feldman ausführt, allen Vorschlägen für eine notwendige Organisation und Kontrolle von Krediten und Investitionen widersetzt. Die von Feldman angeführten Belege sind erneut Beweismaterial für die Richtigkeit der in der marxistischen Wirtschaftsgeschichte vertretenen Auffassung, daß die Inflation durch Teile des Monopolkapitals bewußt ausgenutzt und verschärft wurde und immanenter Bestandteil der staatlichen ökonomischen Nachkriegspolitik war.²

2 Vgl. Nussbaum, Manfred, Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. v. H. Nussbaum u. L. Zumpe, Bd. 2, Berlin 1978, S. 20 ff.

Carl-Ludwig Holtfrerich (Bd. 1, S. 207 ff.) stellt die ökonomische Entwicklung Deutschlands in den Jahren 1920/21 in weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Damals nahm Deutschland - konjunkturell betrachtet - eine Sonderstellung ein. Es wurde von der zyklischen Krise nicht erfaßt, Industrieproduktion und Beschäftigung nahmen sogar noch zu. Holtfrerich untersucht, welche Auswirkungen die inflationäre Hochkonjunktur in Deutschland auf die Nachfrage nach Importen und damit auf die Belegung der Wirtschaftstätigkeit im Ausland gehabt hat. Die Außenhandelsstatistiken Deutschlands und der USA, die er für seine Untersuchung benutzt, zeigen, daß während der Weltwirtschaftskrise von 1920/21 eine Reihe von Ländern ihre Bezüge an Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus den USA verringerten. Hingegen wurden die Importe Deutschlands aus den USA stark erhöht. Holtfrerich kommt zu dem Schluß, daß die deutsche Importnachfrage nicht nur für die Konjunktur in den USA selbst eine antizyklische Wirkung ausgeübt habe, sondern wegen der Inflation konnte Deutschland auch eine Art "Lokomotivfunktion" für die Weltkonjunktur übernehmen. Diese These führt zu der Frage, ob die Zäsur in der kapitalistischen Entwicklung, die durch die Weltwirtschaftskrise von 1929/32 markiert wird, nicht bereits 1920/21 hätte eintreten können. Wäre es so, dann ergäben sich auch Konsequenzen für das bisher noch nicht gelöste Problem der "langen Wellen".

Mehrere Artikel haben die Währungsentwicklung in den Staaten zum Inhalt, die nach dem ersten Weltkrieg neu gebildet bzw. deren Territorium neu festgelegt wurde. Sie alle waren mit dem für ihre nationale Existenz wichtigen Problem konfrontiert, sich politisch und ökonomisch zu stabilisieren. Das setzte u. a. eine Bewältigung der Währungsprobleme voraus. In einigen von ihnen mußte eine einheitliche nationale Währung oder ein Steuersystem erst geschaffen werden. Der desolate Zustand der Weltwirtschaftsbeziehungen und das Weltschuldenproblem belasteten zusätzlich die Wirtschaft dieser Länder. Auf diesem allgemeinen wirtschaftshistorischen Hintergrund beschreibt Elizabeth A. Boross (Bd. 2, S. 188 ff.) den Verlauf der Inflation in Ungarn vom Ausbruch des ersten Weltkrieges bis zum Währungszusammenbruch im Jahre 1924 sowie die Kreditpolitik der ungarischen Zentralbank. Jonathan Bloomfield (Bd. 2, S. 228 ff.) untersucht die Entwicklung des Außenhandels Österreichs und der Tschechoslowakei vom Ende des ersten Weltkrieges bis zur Mitte der 20er Jahre. Dabei arbeitet er die unterschiedliche ökonomische Ausgangsposition beider Länder, ihre Währungs- und Zollpolitik sowie die differenzierende Politik der großen Siegermächte des ersten Weltkrieges gegenüber beiden Staaten heraus.

Zbigniew Landau und Jerzy Tomaszewski (Bd. 2, S. 270 ff.) befassen sich mit den Stabilisierungsprogrammen und deren Verwirklichung in Polen von 1924 bis 1927. Während die gemäßigte Inflation von 1918 bis 1921 die ökonomische Rekonstruktion gefördert hatte, beschleunigte sich später das Inflationstempo. 1923 kam es zu einem Zusammenbruch der Währung. Für die Stabilisierung der Polnischen Republik bildete die Währungsgesundung die Voraussetzung. Wie die Autoren ausführen, war Grabski, der 1923 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, bemüht, die Währungsprobleme aus eigener Kraft zu lösen, um Polens Souveränität zu wahren. Kern seines Stabilisierungsprogramms sei ein ausgeglichenes Budget gewesen. Grabski sei bestrebt gewesen, die Kosten für die Währungs- und Haushaltsreform den besitzenden Klassen aufzubürden.

Im Februar 1924 wurde die Währung stabilisiert, 1925 verschlechterte sich die ökonomische Situation erneut, nicht zuletzt infolge des deutschen Wirtschaftskrieges gegen Polen. Eine zweite Währungsstabilisierung wurde erforderlich. Die beiden Verfasser weisen überzeugend nach, daß die Stabilisierung unter Skrzyński und später unter Piłsudski nicht so sehr von einer bestimmten Wirtschaftspolitik abhing als von der jeweiligen gesamten ökonomischen Lage. Besonderes Interesse verdienen die von den Autoren vorgenommenen Einschätzungen der Politik imperialistischer Mächte gegenüber Polen in dieser Zeit.

In mehreren Beiträgen, welche die Folgen der Inflation in Deutschland für bestimmte soziale Schichten zum Gegenstand haben, wird erörtert, wie sich deren veränderte soziale Lage auf ihre politische Einstellung und ihr politisches Handeln auswirkte. Robert G. Moeller in seinem Aufsatz "Gewinner und Verlierer in der deutschen Inflation: Bäuerlicher Protest gegen die kontrollierte Wirtschaft 1920 - 1923" (Bd. 1, S. 255 ff.) sowie Jonathan Osmond "Bäuerliche Landwirtschaft in Süd- und Westdeutschland während des Krieges und der Inflation 1914 - 1924; Stabilität oder Stagnation?" (Bd. 1, S. 289 ff.) schätzen die Wirkungen auf Agrarproduzenten differenziert ein. Beide stützen sich auf regionale Analysen. Da bisher relativ wenig über die damalige Situation bäuerlicher Schichten bekannt ist, sind diese Beiträge ein Gewinn. Besonders die Studie von Osmond gibt Auskunft über die Entwicklung von Produktivität, Preisen, Steuern, Kapital und Kredit sowie auch über strukturelle Veränderungen. Beide Autoren erklären die politische Reaktion von Bauern und Bauernverbänden aus der ökonomischen Lage.

Rudolf Tschirbs (Bd. 1, S. 308 ff.) wendet sich der Lohnentwicklung im Ruhrbergbau von 1919 bis 1927 zu und setzt sich mit der in der zeitgenössischen Diskussion verbreiteten These auseinander, daß Ruhrkumpel gegenüber anderen Arbeitern privilegiert gewesen seien. Er weist nach, daß diese "Privilegien" überschätzt wurden und in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus sich die Situation der Ruhrbergarbeiter verschlechtert hat. Hinzuzufügen ist, daß die damalige Diskussion vor allem von der Absicht der Unternehmer bestimmt wurde, für die hohen inländischen Kohlepreise die Löhne verantwortlich zu machen, obwohl gerade das niedrige Lohnniveau den Kohlemonopolen ermöglichte, "einerseits die Preise für deutsche Kohle unter den Weltmarktpreisen zu halten, andererseits über die vergleichsweise hohen Inlandspreise enorme Profite zu akkumulieren".³

Die Untersuchungen von Andreas Kunz (Bd. 1, S. 347 ff.) beziehen sich insbesondere auf die Realeinkommen von höheren, mittleren und unteren Beamten sowie von Arbeitern und Angestellten im staatskapitalistischen Sektor im Deutschen Reich zwischen 1914 und 1923/24. Wie Tschirbs für den Ruhrbergbau, so kommt Kunz hinsichtlich des von ihm betrachteten Personenkreises zu dem Ergebnis, daß es Phasen gab, in denen die Einkommensentwicklung der berücksichtigten Gruppen allgemeinen Trends folgte, aber auch Phasen, in denen Abweichungen festzustellen sind, was nach Meinung von Tschirbs und Kunz entweder solidarische oder divergierende Haltungen gegenüber anderen werktätigen Schichten im ökonomischen Klassenkampf ausgelöst hat.

³ Ebenda, S. 62 f.

Michael Hughes (Bd. 1, S. 385 ff.) prüft in seinem Beitrag die Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Interessen des sog. Mittelstandes und seiner Ideologie, insbesondere hinsichtlich des Eindringens faschistischen Ideenguts vor 1933. Thomas Children (Bd. 1, S. 409 ff.) beschäftigt sich mit der Frage, wie Inflation und Währungsstabilisierung in Deutschland von den bürgerlichen Parteien und deren potentiellen Wählern reflektiert wurden. Er geht besonders auf das politische Verhalten der sog. Mittelklasse ein, die in der Stabilisierungskrise im Frühjahr 1924 sowie in der Weltwirtschaftskrise 1929/32 ökonomisch ruiniert wurde.

Abschließend sei noch auf drei Artikel über soziale Folgen der Währungsentwicklung hingewiesen, in denen international vergleichend bestimmte Ereignisse aus dem ökonomischen Klassenkampf untersucht werden. Craig Patton (Bd. 2, S. 303 ff.) befaßt sich mit den Streiks in der deutschen und der englischen chemischen Industrie in den Jahren von 1914 bis 1924. Berndt-Jürgen Wendt (Bd. 2, S. 339 ff.) stellt in seinem Aufsatz über die sozialen Folgen der englischen Wirtschaftskrise von 1921/22 am Beispiel der Aussperrung in der englischen Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie zahlreiche Vergleiche mit der Lage der Arbeiterschaft, ihrer Gewerkschaften usw. in Deutschland an. Irmgard Steinisch (Bd. 2, S. 394 ff.) schildert die Auseinandersetzungen um Arbeitszeitregelungen in der deutschen und der amerikanischen eisen- und stahlerzeugenden Industrie.

Obwohl die Herausgeber die Sammelbände als Zwischenergebnis des Forschungsprojekts deklarieren, ist es bereits möglich, eine erste Einschätzung ihres Herangehens zu versuchen.

Unverkennbar und positiv ist das Streben nach differenzierender Analyse sozialer Prozesse, die für eine Darstellung der ökonomischen und politischen Geschichte der Weimarer Republik und anderer Länder in den 20er Jahren unerläßlich ist. Wie bereits erwähnt, wird in der Einführung durch die Herausgeber die Frage aufgeworfen, ob die sozialen Folgen der Inflation besser durch klassenspezifische oder durch einzelne soziale Schichten und Berufsgruppen betreffende Analysen erforscht werden können. Diese Frage wird durch die in den Bänden präsentierten Ergebnisse dahingehend beantwortet, daß eine Reihe wichtiger Fakten, die sich aus der Untersuchung eines Teils einer Klasse oder einer Schicht ergeben, Klassenanalysen auf wertvolle Weise ergänzen und vertiefen. Beides - Klassen- und Gruppenstudien - sind notwendig, um die soziale Struktur und die Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft zu erfassen. Es bleibt zu wünschen, daß in den noch ausstehenden Bänden auch das Monopolkapital als Hauptträger der ökonomischen und politischen Macht bzw. einzelne seiner Gruppierungen stärker berücksichtigt werden.

Ebenfalls in ihrer Einführung haben die Herausgeber auf die Einordnung der Inflationsperiode in die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bzw. des "Organisierten Kapitalismus" hingewiesen sowie darauf, daß ihrer Meinung nach diese Theorien in Frage gestellt worden seien, "einerseits weil mit gutem Grund in dieser Zeit von einer wachsenden staatlichen Autonomie gesprochen werden kann, andererseits weil viele der Entwicklungen in den Jahren 1914 bis 1923/24 eher einen Rückschlag als eine Förderung jener Erscheinungsformen darstellten, die gewöhnlich als Nachweis für das Modell des 'Organisierten Kapitalismus' dienen" (Bd. 1, S. 12). Hier ist nicht der Raum, auf den "Organisierten

Kapitalismus" einzugehen. Doch fordert die zitierte Passage zum Widerspruch heraus. Während der Inflation ging die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter, wie Manfred Nussbaum nachgewiesen hat.⁴ Mit dem Beginn der Weimarer Republik trat der staatsmonopolistische Kapitalismus in eine neue Etappe ein, die dadurch charakterisiert ist, daß sich die Formen der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und gegenüber dem ersten Weltkrieg verändert hatten, sich neue Methoden und Schwerpunkte der staatlichen Einflußnahme auf den Reproduktionsprozeß des Kapitals herausbildeten und sich umgekehrt auch für das Monopolkapital andere Möglichkeiten, auf den Staat einzuwirken, mit ihm zu kooperieren usw., ergaben. Dabei spielte die veränderte Staatsform eine Rolle, insbesondere ergab sich die neue Etappe aus der neuen Stufe des Monopolisierungsprozesses. Auch die von Witt, Feldman und Hans-Jürgen Schroeder (Bd. 1, S. 235 ff.) vorgelegten Materialien widerlegen die Ansicht, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in seiner Entwicklung unterbrochen wurde.

Mit dem Projekt "Inflation und Wiederaufbau" sind wichtige Fragen der Wirtschaftsgeschichte in Angriff genommen worden, die auch von Wirtschaftshistorikern der DDR teilweise bereits behandelt wurden, teilweise noch ungenügend bearbeitet sind.⁵ Das Projekt verdient nicht zuletzt auch deshalb unsere Aufmerksamkeit, da eine genauere Kenntnis der Vorgänge in einer relativ kurzen historischen Periode dem Verständnis der Ursachen und Triebkräfte für Inflationen im Monopolkapitalismus dienlich sein kann.

4 Ebenda, S. 9 ff. u. S. 386 ff.

5 Siehe Historische Forschungen in der DDR 1970 - 1980. Analysen und Bericht = Sonderband der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1980, S. 593 u. 608 ff.

Ein Streifzug durch Lebensbereiche der Feudalgesellschaft

Otto Borst, Alltagsleben im Mittelalter = Insel-Taschenbuch 513

Insel-Verlag, 1. Aufl., Frankfurt (Main) 1983,
660 S., 119 Abb., 18,- DM

von Siegfried Epperlein

Den flüssig geschriebenen, gut lesbaren Band leiten relativ ausführliche Vorbemerkungen mit Einblicken in die bisherige mittelalterliche Geschichtsschreibung sowie historischen Wertungen des Mittelalters aus unterschiedlicher Sicht ein (43 S.). Von den insgesamt 16 Kapiteln sind die dem Leben in der Stadt (80 S.), der Rolle der Frau (60 S.) und den "Korporationen" der mittelalterlichen Gesellschaft (55 S.) gewidmeten Abschnitte besonders umfangreich. Otto Borst akzentuiert die in der Stadt gegenüber dem Leben auf dem Lande stärkere Aktivität und Mobilität im ökonomischen, sozialen und rechtlichen Bereich, verbunden mit Neubewertungen der Arbeit, ferner die im Vergleich zu Bauern und Klerus andere Zeitauffassung der Städtebürger sowie deren rege bauliche Tätigkeit und schildert unter der nicht recht passenden Überschrift "Hinterm Ofen" das Leben im Bürgerhaus, dessen Aufbau, Mobiliar sowie hygienische Verhältnisse. Mit seiner Feststellung "Die Schutzfunktion der mittelalterlichen Stadt übertrifft auch ihre ökonomisch-administrativen Zentralaufgaben" (S. 185)¹, unterschätzt Borst die die Struktur der hochmittelalterlichen Feudalgesellschaft wesentlich verändernden wirtschaftlichen Potenzen der Stadt. Die sicher stark genossenschaftsprägenden Züge der Zunft wurden überbetont, das Zusammenleben ihrer Mitglieder idealisiert (S. 226 f., 462) und die ökonomischen Ursachen für den Verfall sowie Stagnationserscheinungen im Zunftwesen zu wenig berücksichtigt (S. 227, 467). Die von einem unbekanntem Verfasser stammende Flugschrift "Reformatio Sigismundi" von 1439 ist weder eine "Reformbotschaft" Kaiser Sigismunds noch eine "Verordnung" des Herrschers (S. 223 f.).

In seinen Ausführungen über die Stellung der Frau weist Borst zutreffend auf zwei Trends hin: Einmal galt die Frau aus kirchlicher Sicht infolge des Sündenfalls als Inkarnation des Bösen - Mißachtung, ja Verteufelung der Frau, Vergewaltigung, Notzucht, schließlich Hexenprozesse müssen auch unter diesem Aspekt einer regelrechten Frauenfeindschaft gesehen werden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß im ländlichen Bereich die Bäuerin als Mutter und Helferin im Hof und auf dem Feld geachtet war, in der Stadt die Ehefrauen von Kaufleuten und Handwerkern im Handel und in der gewerblichen Tätigkeit geradezu unentbehrlich waren und entsprechende Wertschätzung erfuhren. Ganz wesentlich wurde vor allem das Ansehen der oft lese- und schreibekundigen Adelsfrau durch Minnesang und Marienverehrung gehoben.

Ein besonderes Anliegen Borsts besteht darin, den korporativ-kollektiven Grundzug der mittelalterlichen Ständegesellschaft herauszuarbeiten: Die Dorfgemeinde, der städtische Schwurverband, Handwerkerzünfte und Kaufmannsgilden, Ritter- und Städtebünde, Gebetsverbrüderungen, klösterliche Hospitäler und städtische Spitäler sind anschauliche Beispiele dafür. Die Motive für

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

den Zusammenschluß waren unterschiedlich: Wirtschaftliche Notwendigkeiten, Schutzbedürfnis gegenüber feudaler Willkür, gegen Naturkatastrophen und Seuchen zwangen geradezu zu gegenseitigem Beistand, um sich vereint besser behaupten zu können.

"Die Leute auf dem Schachbrett" ist das Kapitel über die Hierarchie der Stände in der Feudalgesellschaft überschrieben, für deren soziale Abstufungen ja das im Mittelalter bei den Oberschichten so beliebte Schachspiel ein allegorisch-symbolisches Gleichnis bot. Von den auf ihren Burgen lebenden Rittern, der ländlichen Bevölkerung, ihren Nöten und Sorgen, sowie den Mönchen in den Klöstern mit der dort herrschenden strengen Zucht wird eine weitgehend zutreffende und anschauliche Darstellung geboten. Namentlich die Klöster werden in ihrer vielfach verkannten wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung überzeugend gewürdigt. Dabei wird auch speziell für die Mönche die Alltagsproblematik einmal detailliert vorgeführt. Freilich ist die Schilderung der einzelnen Stände mitunter widersprüchlich. So soll der bekannte Brief Ulrichs von Hutten an den Nürnberger Patrizier Willibald Pirckheimer von 1518 - noch Mittelalter? - einmal die "Verlassenheit", "Solitude", "Einsamkeit" der mittelalterlichen Burg dokumentieren (S. 94), an anderer Stelle (S. 452) aber das Gegenteil bekunden. Die Kritik der Zeitgenossen am Verfall der Klöster und am Wohlleben der Mönche wird als Übertreibung und "hämische Verunglimpfung" (S. 180) abgetan, obwohl der weiter vorher (S. 156) angeführte Speisezettel eines Klosters einem geradezu das Wasser im Munde zusammenlaufen läßt. Die überspitzten, allenfalls auf einige reiche "Großbauern" zutreffenden Schilderungen der Völlerei und des Kleiderprötzes bewertet Borst eher zustimmend als Teil der im ausgehenden Mittelalter allgemein herrschenden Maßlosigkeit (S. 144 f.), obwohl später angeführte Quellen über Hungersnöte, karges Essen und ärmliche Kleidung der Bauern (S. 324 f.) das Gegenteil beweisen und für die Lebensverhältnisse der Masse der ländlichen Bevölkerung typisch gewesen sein dürften.

Instruktiv sind die der Rolle der Arbeit gewidmeten Passagen. Es wird deutlich, wie die in der Antike als Sklavenwerk verachtete Arbeit unter dem Einfluß des christlichen Arbeitsgebotes, vermittelt vor allem durch die Benediktiner und das die persönliche Leistung betonende Städtebürgertum der Handwerker und Kaufleute, überwunden wird und eine positive Neubewertung zu verzeichnen ist. Ausführungen über Frauenarbeit in Stadt und Land sowie über technische Neuerungen im Mittelalter gehen über das sonst in "Kulturgeschichten" Gebotene hinaus. Fraglich ist jedoch, ob, mit Hinblick auf die Moderne, erst "der Verzicht auf alle übergeordnete Begründung des menschlichen Tuns" (S. 336 f.) die menschliche Arbeit gewissermaßen vollwertig gemacht habe. Man denke nur an den Puritanismus und seine Prädestinationslehre, die dem aufstrebenden Kapitalismus ein religiös motiviertes Arbeitsethos zur Hand gab.

Wie die Arbeit, so erfreuten sich Lesen und Schreiben in der Stadt mit ihren Kaufmannskontoren und Laienschulen besonderer Wertschätzung, nachdem im frühen Mittelalter in den Skriptorien der Klöster der Grundstein für eine europäisch-lateinische Schriftkultur gelegt worden war. Freilich kam bei der Vermittlung christlicher Glaubensinhalte gerade an die lese- und schreibkundige Masse der Bevölkerung bildlichen Darstellungen etwa auf Fresken, Glasmalereien und Altartafeln im Kircheninneren sowie Skulpturen und Plastiken im Mittelalter erstrangige Bedeutung zu. Den Oberschichten wurde die Lektüre eines Buches, das Verständnis seines Inhalts durch am Rande beigefügte Miniaturen (Buchmalerei) erleichtert, ja oft überhaupt erst ermöglicht. Gelesen wurde im Kloster gemeinsam und laut. Hören und Sehen spielten damals bei der Glaubens- und Wissensvermittlung eine große Rolle, an der übrigens die Frauen einen beträchtlichen Anteil hatten. Bücher wurden bald bei Patriziern, geistlichen und weltlichen Herren zu einer begehrten Kostbarkeit - man trug sie oft in Büchertaschen bei sich, versah sie manchmal auch mit einer Kette, um einem Diebstahl vorzubeugen.

Interessante Einzelheiten erfährt der Leser über "Kommunikation", Reisen, Verkehr. Borst betont das "Persönliche" der Nachrichtenübermittlung im Mittelalter, die damals vor allem durch Kaufleute und "Fahrende" erfolgte, ohne zwischengeschaltete Medien. Interregionale Verflechtungen und Wechselbeziehungen sind im Bereich von Wirtschaft (z. B. Fernhandel) und Kultur (Dichtung, Baukunst) unübersehbar und beeinflussten auch Eßgewohnheiten (Tischzucht) und Kleidung. Ob freilich in der "Mode" Adel und königlicher Hof tonangebend waren, ist zu bezweifeln. Die hier auftretende Prachtentfaltung wäre, was Formen, Stoffe usw. betrifft, ohne städtische Kultur und Wirtschaft nicht denkbar. Singulärer Kleiderluxus wie beim Adel war noch nicht "Mode", da diese, wie in der mittelalterlichen Stadt, erst durch Verbreitung und Nachahmung bestimmter Kleidungsgehnheiten kreiert wird.

Ausführungen über Glaubensformen und Todesauffassungen im ausgehenden Mittelalter beschließen den Band. Dabei wird in dem "Glauben ohne Vernunft" überschriebenen Abschnitt zu wenig beachtet, daß die Frühscholastik sehr wohl die Einsehbarkeit, die rationale Begründung des Glaubensverhaltens forderte und förderte, um es für eine kritischer gewordene Öffentlichkeit akzeptabel zu machen.

Insgesamt gesehen bietet der mit einem Personen-, Orts- und Sachregister sowie weiterführenden Literaturhinweisen versehene Band mehr einen zweifellos interessanten und auch amüsanten, kulturgeschichtlich angelegten Streifzug durch die verschiedensten Lebensbereiche der mittelalterlichen Gesellschaft als, wie der Titel erwarten läßt, eine Schilderung des Alltags verschiedener Gruppen und Klassen der Feudalgesellschaft - etwa nach dem Muster: Ablauf eines Tages im Leben eines Königs, eines Papstes, eines Bischofs, eines Ritters, eines Bürgers, eines Bauern usw. Dies bleibt ein Desiderat der Forschung, auch wenn, wie Borst konstatiert, "nur aus den allerwenigsten erhaltenen Quellenerzeugnissen des Mittelalters ... unmittelbare Aufschlüsse über die Lebensverhältnisse im Alltag zu erwarten" sind (S. 641).

Die Arbeit ist gut geschrieben und enthält viele interessante Einzelheiten. Die Darstellung ist klar und verständlich. Die Auswahl der Quellen ist sorgfältig. Die Darstellung ist klar und verständlich. Die Auswahl der Quellen ist sorgfältig.

Die Arbeit ist gut geschrieben und enthält viele interessante Einzelheiten. Die Darstellung ist klar und verständlich. Die Auswahl der Quellen ist sorgfältig. Die Darstellung ist klar und verständlich. Die Auswahl der Quellen ist sorgfältig.

Die Arbeit ist gut geschrieben und enthält viele interessante Einzelheiten. Die Darstellung ist klar und verständlich. Die Auswahl der Quellen ist sorgfältig. Die Darstellung ist klar und verständlich. Die Auswahl der Quellen ist sorgfältig.

Vernon L. Lidtke, *The Alternative Culture. Socialist Labor in Imperial Germany*

Oxford University Press, New York/Oxford 1985, 299 S.

Das Buch Vernon L. Lidtkes, Professor für Geschichte an der John-Hopkins-Universität in Baltimore, beschäftigt sich mit der "zweiten Kultur", wie sie durch die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften repräsentiert und verbreitet wurde. Es basiert auf einem ungewöhnlich gründlichen Quellenstudium, und zwar sowohl der zeitgenössischen Literatur der Arbeiterbewegung im kaiserlichen Deutschland - wobei als Quellen auch Archive, darunter Polizeiakten, herangezogen werden - wie auch der Sekundärliteratur, nicht zum wenigsten von Veröffentlichungen in der DDR.

Lidtke behandelt vor allem auch das Kulturleben der Arbeiterklasse "unten", das heißt in lokalen Organisationen und Vereinen, sei es in Orts- und Betriebsorganisationen der Partei und der Gewerkschaften, sei es in Singe- oder Radfahrervereinen. Besondere Kapitel sind Liedern, dem "Gebrauch von Dichtung und Drama", und natürlich der Schulung gewidmet.

Sehr deutlich arbeitet der Verfasser den dialektischen Prozeß der "Integration" der Arbeiterkultur in die bürgerliche und der Entgegensetzung der kulturellen Werte der Arbeiterkultur gegen die der bürgerlichen heraus. Nicht deutlich sieht Lidtke, daß der Integrationsprozeß nicht nur die höchsten Werte der bürgerlichen, sondern aller Kultur der Vergangenheit umfaßt. Sehr deutlich aber bemerkt er, daß die Integration zugleich eine gewisse Umwertung der bürgerlichen Werte beinhaltet: Die Arbeiter integrieren eben "ihren" Schiller und nicht den Schiller seiner Zeit und auch nicht den Schiller Schillers.

Auch Kenner der Arbeiterbewegung und ihrer Vereine werden durch manche Angaben überrascht sein. Während wohl jedem die Turnerbewegung und die große Zahl ihrer Mitglieder bekannt ist, werden viele doch erstaunt sein zu hören, daß die Radfahrer fast ebenso viele Mitglieder hatten wie jene. Die Radfahrer waren wohl auch die ersten, die in der Zentrale einen fest angestellten, bezahlten Geschäftsführer hatten; die Turner folgten ihnen jedoch sehr bald. Aus dem "Protokoll vom Kreisturntag des 4. Turnkreises (Sachsen)", 1894, S. 22 ersieht Lidtke übrigens, daß es immer noch Männer gab, die nicht glücklich darüber waren, daß es auch Frauenabteilungen gab, insbesondere wenn die Frauen Turnhosen trugen.

Man liest das Buch mit Freude, auch wenn oder gerade auch weil es zum Meinungsstreit reizt, und legt es mit angereichertem Wissen aus der Hand.

Jürgen Kuczynski

Wer, durch den Haupttitel der Arbeit getäuscht, sich über die Stellung Afrikas im kapitalistischen Weltssystem unterrichten will, wird zunächst feststellen, daß nur der abschließende dritte Teil mit knapp 90 Seiten dieser Thematik gewidmet ist. Es ist auch nicht Afrika, das von der Verfasserin untersucht wird, sondern nur der nordwestliche Teil des subsaharischen Afrikas mit einigen Seitenblicken insbesondere auf das (südlich davon gelegene) westliche Zentralafrika. Von diesen 90 Seiten umfassen über 50 eine kurze Darstellung des Prozesses der "Einbindung" der genannten Region in das "Moderne Weltssystem", geschrieben auf der Basis von etwa einem Dutzend Überblicksdarstellungen, ohne Feldforschung oder Detailanalyse. Die nachfolgende Gegenwartsdarstellung ist etwas detaillierter, weil die Verfasserin hierzu mehr gelesen hat, geht aber faktisch nicht über das Gelesene hinaus.

Im Grunde ist der titelgebende Teil des Buches, wie die Autorin in der Einleitung (S. 18) auch selbst vermerkt, ad hoc geschrieben, zum Zwecke der empirischen Bestätigung ihrer Überlegungen zur "ökonomischen Fundierung der Wallersteinschen Weltsystemtheorie". Betrachten wir daher diese.

Der erste Teil der Arbeit (S. 26 - 76) ist der "Darstellung und Kritik der Weltsystemtheorie" gewidmet und enthält substanzvoll nichts Neues. Wie Wallerstein, Frank usw. sieht auch die Verfasserin als ökonomische Grundlage der das "Weltssystem" konstituierenden internationalen Arbeitsteilung die Zirkulation (S. 71); folgerichtig werden alle Teilnehmer an diesem Zirkulationsprozeß, "auch die sogenannten sozialistischen Länder", als "letztlich kapitalistisch" charakterisiert (S. 41). Die kritischen Überlegungen von Laclau, Brenner und Güralp zu dieser im wesentlichen neosmithianischen Position, die ausdrücklich die Lohnarbeit als sekundär qualifiziert (S. 64), werden durchaus nicht entkräftet.

Nach Meinung der Verfasserin ist "die Kardinalschwäche der WST (Weltsystemtheorie - T. K.) ... , daß der Zusammenhalt oder das Bindeglied der internationalen Arbeitsteilung (wie auch der Begriff der Arbeitsteilung an sich) unzureichend erläutert wird: Es bleibt unklar, wie das MWS (Moderne Weltssystem - T. K.) überhaupt funktioniert" (S. 7). Diese durchaus berechtigte Kritik versetzt die Autorin allerdings nicht in die Lage, die genannte Kardinalschwäche zu beseitigen, gerade weil auch sie der Auffassung ist, daß die ökonomische Grundlage des "Weltsystems" in der Zirkulationssphäre zu suchen sei.

Die im zweiten Teil der Arbeit (S. 77 - 220) vorgelegte "Analyse der Arbeitsteilung im Modernen Weltssystem" ist ein Musterbeispiel romantisch-reaktionärer Kapitalismus-Kritik, deren Ideal die vom Weltmarkt unabhängige, sich selbst versorgende Wirtschaft ist (S. 101). Dies wird auch durch die völlig ahistorisch erfolgende Übernahme des Janossy'schen Kreislaufmodells einer mittelalterlich-europäischen Wirtschaft belegt (S. 94 ff.). Demzufolge hat die Autorin auch die von Marx so plastisch herausgearbeitete "Verwandlung dessen, was überflüssig erschien, in Notwendiges, geschichtlich erzeugte Notwendigkeit" (Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 42, S. 434) nicht begriffen. Der auch für das gegenwärtige kapitalistische Weltwirtschaftssystem charakteristische Gegensatz zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern und den Entwicklungsländern wird von ihr lediglich als Abhängigkeit letzterer von den ersteren gesehen, was zwar ihrem schon genannten Ideal der Selbstversorgung entsprechen mag, aber eine realistische Betrachtung der wirklichen Verhältnisse ebensowenig ermöglicht wie die Ausarbeitung realistischer Gegenstrategien, etwa im Sinne einer Neuen Weltwirtschafts-

ordnung, die mitnichten vom Ideal der Selbstversorgung ausgehen kann. Am wenigsten unvorstellbar erscheint da noch die autonome Entwicklung der einheimischen Landwirtschaft - auch sie ist u. E. nicht realisierbar, aber eben am wenigsten unvorstellbar -, und daher verwundert es nicht, daß sich bei Beatrix Wupperman immer wieder Redeweisen finden, die der neo-physiokratisch fundierten "ökologischen Ökonomie" entnommen zu sein scheinen.

Ein wesentliches Moment "weltmarktabhängiger Reproduktion" ist für die Autorin die allein über die Zirkulation vermittelte "verschleierte Subsumtion unter das Kapital" (die nicht mit der von ihr als "offen" charakterisierten formellen bzw. reellen Subsumtion bei Marx zu verwechseln sei). Die von ihr herangezogenen Beispiele (S. 202 ff.) sind allerdings entweder schon vom Marxschen Begriff der formellen Subsumtion erfaßt oder der Satira feministischer Ökonomie entnommen. Wer meint "Hausfrauenarbeit schafft Werte, denn sie schafft eine Ware, die Ware Arbeitskraft" (S. 208), der sollte dies auch denen zubilligen, die sie *r e* produzieren, also etwa den schlafenden Werkträgern, denn Reproduktion ohne Produktion ist ein Widerspruch in sich. Damit sind wir dann allerdings bei einer göttlichen Ökonomie angelangt, und deren Motto lautet: der Seinen gibt's der Herr im Schlaf ...

Die Autorin ist engagierte Feministin und wendet sich gegen "sexistisches Reden" als Diskriminierung (S. 23), verwandelt alle maskulinen Ausdrucksformen in feminine und schreibt konsequent von Kapitalistinnen und Marxistinnen, Elefantinnen und Parasitinnen, Sklavinnenhändlerinnen und Kolonialdamen usw.; wie stets ist auch hier das Gegenteil eines Fehlers wieder ein Fehler, und das Resultat ist "ein bloß invertierter Sexismus, also Sexismus."

Thomas Kuczynski

Konrad Gross, Arbeit als literarisches Problem. Studien zum Verhältnis von Roman und Gesellschaft in der viktorianischen Zeit

Verlag Königshausen und Neumann, Würzburg 1982, 380 S., 48,- DM

Die Hinwendung der bürgerlichen Literaturwissenschaft zur Darstellung der Arbeit im Roman ist relativ neu. Dies gilt nicht nur für die englischsprachige Literatur, wie Konrad Gross im Vorwort einschränkend schreibt (S. 7). Nicht ganz so neu, aber noch ungenügend zur Kenntnis genommen, sind Arbeiten zu dieser Problematik in der marxistischen Wirtschaftsgeschichte. Dabei hatte Jürgen Kuczynski bereits in den 50er Jahren wichtige Überlegungen zur Verbindung von Literatur und Wirtschaftsgeschichte angestellt (siehe die Aufsätze in: Gestalten und Werke. Soziologische Studien zur deutschen Literatur, Berlin/Weimar 1969, von denen einige schon in den 50er Jahren zum ersten Mal veröffentlicht wurden). Überlegungen, wie die von Schriftstellern und Literaturwissenschaftlern diskutierte Verbindung von Literatur und politischer Ökonomie in den 60er Jahren, rezipierte die Wirtschaftsgeschichte ebenfalls nicht, wobei man sagen muß, daß es weniger darum ging, wie ökonomische Probleme in der Literatur der Vergangenheit dargestellt wurden, sondern mehr um die Fragestellung, wie die neuartigen Prozesse der sozialistischen Ökonomik durch die zeitgenössische Literatur aufgenommen werden können.

Diese Bemerkungen sollen deutlich machen, daß die Darstellung ökonomischer Probleme in der Literatur für die marxistische Forschung keineswegs neu ist. Gross, der nicht in dieser Tradition steht, kommt auf seine Weise zu bemerkenswerten Ergebnissen. Er geht vom Begriff der Arbeit aus, der späte-

stens seit der industriellen Revolution in seiner zentralen Bedeutung erkannt und verwendet wurde. Ein Autor, den Gross zitiert, meinte sogar, daß "Arbeit" nach dem Wort "Gott" das populärste Wort im viktorianischen Vokabular gewesen sei (Walter E. Houghton, 1957).

Das viktorianische Zeitalter (1838 bis 1901) umfaßt jene Zeit, die sich in England unmittelbar an die industrielle Revolution anschloß, in der das Land zur Weltmacht aufstieg und der Kapitalismus seine Blütezeit erlebte. Die letzten Jahrzehnte wurden durch den Übergang zum Imperialismus geprägt. In der Literatur folgte nach der Blüte während der industriellen Revolution, gekennzeichnet durch Namen wie William Blake, Walter Scott, George G. N. Byron, Percy B. Shelley und John Keats, eine neue Epoche mit großen Namen: Charlotte Brontë, Charles Dickens, William M. Thackeray sowie - in den letzten Jahrzehnten der viktorianischen Zeit - George B. Shaw, Oscar Wilde, William B. Yeats und Joseph R. Kipling.

Gross geht nicht auf alle Autoren ein. Er sucht sich solche aus, die in ihren Werken charakteristische Aussagen zur Arbeit machen, und er beschränkt sich auf Autoren, die mit der ersten Hälfte des über so viele Jahrzehnte andauernden viktorianischen Zeitalters verbunden waren. Dabei bleibt er keineswegs bei Namen wie Brontë oder Dickens stehen, sondern er widmet zwei Kapitel vielen Arbeit auch Autoren von Trivialromanen (Marriet Martineau, John M. Morgan und Edward Bulwer-Lytton), weil er dort besonders pointierte Aussagen zur Arbeit vorfindet, und ein weiteres Kapitel gilt Thomas Carlyle, der mehr als Historiker und Philosoph denn als Schriftsteller bekannt ist.

Die Einstellung der meisten Autoren ist kritisch, jedoch von der Position der "middle class" aus, deren Stellung sie bewahren möchten. Sie verherrlichen die Arbeit nicht im bedingungslosen Fortschrittseuphorismus, wie man dies bei vielen Zeitgenossen finden kann, sondern sie stellen eine Mixtur von radikaler Kritik und konservativem Bewahrenwollen her. Arbeit wird im bürgerlichen Sinne aufgewertet, wird als ein das menschliche Leben bestimmendes Prinzip begriffen (Ausnahmen sind die Utopien von Morgan und Bulwer-Lytton). Die meisten sehen im nur-ökonomischen Menschenbild eine Reduktion des menschlichen Wesens. Lediglich Martineau erhebt den um des Eigennutzes willen tätigen Produzenten zum Inbegriff des Menschlichen. Ob dies eine tiefere Einsicht war vom Standpunkt des Middle-class-Eigentümers her, wird nicht erörtert.

Leider erschließt sich das vorliegende Werk nur schwer. Da es sich um eine wissenschaftliche Publikation handelt, hervorgegangen aus einer Habilitationsschrift der Universität Freiburg von 1977, hätte der Leser ein Literaturverzeichnis erwarten können. Zum besseren Verständnis hätte auch ein Überblick über die Lebens- und Werkdaten der erwähnten Personen oder doch zumindest der in die Analyse einbezogenen Autoren beitragen können.

Der Titel "Arbeit als literarisches Problem" ist nicht ganz eindeutig; denn es handelt sich um die Widerspiegelung des Problems der Arbeit in der Literatur. Im Vordergrund steht nicht die ästhetische Gestaltung der Arbeitsproblematik in der Literatur, sondern deren philosophische, ökonomische und soziologische Reflexion. Gerade das ist ein Grund dafür, daß das Buch für den Wirtschaftshistoriker mehr Bedeutung hat, als es die Überschrift vermuten läßt. Zur Kenntnis nehmen sollten es alle Gesellschaftswissenschaftler.

Horst Handke

Im vorliegenden Buch, versichert Ernst Nolte, werde "in erster Linie nach der Bedeutung Deutschlands im Kalten Krieg und für den Kalten Krieg gefragt" (S. 2). Für den betrachteten Zeitraum zwischen der Verkündung der Truman-Doktrin (1947) und dem Abschluß des SALT-Vertrages (1972) hätte der Verfasser die DDR und die BRD nennen müssen, die unterschiedlichen Gesellschafts- und Bündnissystemen angehören. Obwohl er auch auf die beiden deutschen Staaten in ihren jeweiligen Systemen eingeht, ist verbal "Deutschland" der zentrale Bezugspunkt und Handlungsraum der dargestellten ideologischen Prozesse.

In der Geschichte der modernen Ideologien, meint Nolte, hätten aufeinander folgend Marxismus, Faschismus und Kalter Krieg die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmt (vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 4/1984, S. 194 f.). Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges war nach seiner Meinung mit dem Zusammentreffen der UdSSR und der USA, beide "lebenskräftige Systeme und authentische Ideologie-Staaten" von "essentieller, wenngleich nicht absoluter Feindseligkeit", "auf deutschem Boden der Kalte Krieg und die Teilung Deutschlands so unvermeidlich, wie nur je ein historisches Ereignis unvermeidlich war, und in alldem von so großer Relevanz, wie nur je ein weltgeschichtlicher Vorgang relevant war" (S. 559). Der objektive Historiker habe die vorgefundenen "Wertungsweisen" dieses Vorganges zur Kenntnis zu nehmen und "aus einer gewissen Distanz heraus miteinander in Verbindung zu bringen" (S. 2). Nolte nimmt an, daß sich innerhalb der beiden entgegengesetzten Systeme in aller Regel derjenige durchsetze, "der die gemeinsamen Emotionen am überzeugendsten verkörpert und der mit der größten Entschiedenheit entsprechend handelt" (S. 279). Nicht sozialökonomisch bedingte Interessen spielen demnach "die Hauptrolle, sondern von fernher kommende Emotionen und weiterhin die Einschätzungen dessen, worin das 'wahre Interesse' wohl bestehe" (S. 284). Diese Emotionen und Einschätzungen seien durch keine soziologische Typologie festgelegt. Auf solchem schwankenden Boden spekulativer Geschichtserklärung vergleicht der Verfasser antifaschistische, antikommunistische und antikapitalistische "Wertungsweisen" des kalten Krieges. Er richtet über die großen sog. Ideologiestaaten als Verkörperungen von "Faschismus, Sowjetmarxismus und liberaler Demokratie" (S. 2). "Wenn alle drei Wertungsweisen zugleich ernst genommen und relativiert werden, wird das Ergebnis eine umfassende Ernüchterung sein, welche nach Deutschland und der Sowjetunion nunmehr auch die Vereinigten Staaten vom Throne der Selbstverherrlichung herabgerissen sieht, d. h. die drei staatlichen Hauptträger von modernen Ideologien." (S. 2)

Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus kann Nolte mit dieser eigenartigen, schlichten ideologiegeschichtlichen Betrachtungsweise nicht aufdecken. Möglicherweise ernüchtert er Leser, die fest daran glaubten, daß der antikommunistische Feldzug des kalten Krieges die Entwicklung des Sozialismus zurückdrängen würde. Zur Zeit der KSZE-Konferenz geschrieben und in 1. Auflage 1974, noch vor der Schlußakte von Helsinki, erschienen, hatte das Buch mit der Annahme einer "Latenzphase des Kalten Krieges" geschlossen. Im Nachwort der 2. Auflage fordert Nolte dazu auf, im Verständnis der friedlichen Koexistenz "eine in ihrer Einheit vielfältige Welt ebenso zu akzeptieren wie eine differenzierte Gesellschaft ohne erhebliche Trennungslinien" (S. 590).

Gerhard Botz, ein Spezialist für die Geschichte Österreichs zwischen 1918 und 1945, hat sich bereits in seiner 1967 verteidigten Dissertation mit dem Problem der politischen Gewalt beschäftigt. Es ist seine erklärte Absicht, mit der nunmehr in 2. Auflage vorliegenden Monographie zu diesem Thema zur Verbreitung der Auffassung beizutragen, daß "der politischen Gewaltanwendung und der Gewaltsamkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht wiederum durch Gewalt begegnet werden kann" (S. 8). Die ideologische Grundlage dafür bildet sein von ihm selbst so bezeichnetes "pazifistisch-demokratisches" Engagement.

Der Autor beabsichtigt keine theoretische Analyse des Phänomens der Gewalt, sondern bemüht sich anhand von Fallstudien zu den verschiedenen Perioden der österreichischen Geschichte der Zwischenkriegszeit um eine genaue, faktenreiche Darstellung des historischen Ablaufs, gestützt auf ein umfangreiches Studium von Archivmaterial, Prozeßakten, Dokumenten, der zeitgenössischen Presse und der vorliegenden Literatur. Verschiedentlich werden Methoden der mathematischen Statistik benutzt, um die Sozial- und Altersstruktur der Opfer der Gewalt zu untersuchen. Eine "Chronik der politischen Gewalttaten" und ein Dokumentenanhang ergänzen die Darlegung. Hinsichtlich der Frage nach den Ursachen der Gewalt verweist Botz auf ihre Vielfältigkeit, auf ein System von Zusammenhängen zwischen der Struktur der gegebenen Gesellschaft und dem "subjektiven Faktor". Er zitiert Auffassungen von Marx und Engels zur Rolle der Gewalt in der Geschichte, ohne sie zu teilen, und erwähnt auch beiläufig, daß der Marxismus den individuellen Terror als Mittel der Politik ablehnt (S. 12). Wenn er schließlich, seine Untersuchungen bilanzierend, zu der Feststellung kommt, daß "politische Gewaltanwendung nicht ausschließlich mit ökonomisch-sozialen Kategorien erfaßt werden kann" (S. 340), so besteht um so weniger Veranlassung, dagegen zu polemisieren, als er selbst die dominierende Rolle materieller Faktoren durch die Aussage betont, daß "das Ausmaß politisch-sozialer Konflikte in mehr oder weniger deutlicher Weise ökonomisch bedingt war" (S. 342). Dem trägt der Autor an verschiedenen Stellen des Textes Rechnung, indem er auf Verschlechterungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der "Unterprivilegierten", u. a. durch akute Notlagen bei Mangel an Lebensmitteln, insbesondere aber als Folge von Massenarbeitslosigkeit, als auslösende Faktoren für gewaltsame Aktionen "von unten" aufmerksam macht. Allerdings wird weniger deutlich, daß die - letztlich in den 30er Jahren erfolgreichen - Versuche zur Unterdrückung der organisierten Arbeiterbewegung zum Ziel hatten, den Bedürfnissen des Kapitals und der Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und die seine Existenz bedrohenden Gegenkräfte aus dem gesellschaftlichen Leben des Landes auszuschalten.

Botz wendet sich zunächst gegen die revolutionäre Gewalt, indem er Aktionen und Bewegungen, die in den Jahren 1918/19 auf die Weiterführung der Revolution, auf Verteidigung und Ausbau der revolutionären Errungenschaften zielten, ohne weiteres als "putschistisch" bezeichnet. Das von ihm benutzte Kriterium ist denkbar einfach: Von einer Revolution kann dann gesprochen werden, wenn sie zum angestrebten Erfolg führte (wie z. B. 1917 in Rußland) - ein Mißerfolg dagegen charakterisiert die Aktion als einen "Putschversuch". Von anderen weiteren Ungereimtheiten sei folgende herausgegriffen: Botz zitiert ohne jede Quellenangabe, die kommunistische Partei habe auf ihrem ersten Parteitag Anfang Februar 1919 eingestanden, "unter dem Proletariat absolut keinen Anhang" zu haben (S. 44). Die Genossen verstärkten nach Botz nun aber nicht etwa ihre propagandistische Tätigkeit unter den Arbeitermas-

sen, sondern konzentrierten sie angeblich auf das "Lumpenproletariat". Gleich im folgenden Satz heißt es, seit Ende Februar seien bei der Wiener Polizeidirektion "in steigender Zahl Meldungen über gutbesuchte kommunistische Versammlungen in allen Teilen Wiens und im Wiener Neustädter Industriegebiet" eingegangen. Als Beispiele werden Veranstaltungen mit 2 800 Heimwehresoldaten, Hunderten von Straßenbahnschaffnerinnen und "sogar" 250 Schauspielern, als Versammlungsteilnehmer vor allem "Jugendliche aller Schichten des Proletariats, Lehrlinge und Gewerbeschüler, Mittelschüler ... neben Invaliden, Heimkehrern, Arbeitslosen und Soldaten" genannt (S. 44). Nehmen wir also zugunsten des Autors an, er wisse mit dem Begriff "Lumpenproletariat" nichts anzufangen. In den 20er Jahren habe sich mit dem Aufkommen der faschistischen Bewegungen, zunächst des "grünen" Faschismus in Gestalt insbesondere der Heimwehren und später des "braunen" in Form der NSDAP, der reaktionäre Terror gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen verstärkt. Botz verweist auf die Bereitstellung "wesentlicher Geldmittel" durch die Industrie für die Heimwehren und deren "Umwandlung in eine antisozialistische Privatarmee" (S. 80). Da er den Klassencharakter des bürgerlichen Staates nicht wahrhaben will, erstaunt ihn offenbar die "nach demokratischen Maßstäben geradezu unvorstellbare Parteilichkeit der Landesbehörden, die mit beinahe allen Mitteln die faschistischen Organisationen begünstigten" (S. 172). Nach seinen Untersuchungen habe es zwischen 1923 und 1929 ausschließlich auf Seiten der Linken Todesopfer bei gewaltsamen Auseinandersetzungen gegeben. Während aber die Justiz rigoros gegen die Linke vorgegangen sei, habe es bei Verhandlungen gegen rechte Gewalttäter in der Regel lächerlich niedrige Strafen und häufig Freisprüche gegeben. Dafür wird eine Fülle von Beispielen angeführt. Der Autor erkennt zwar den Klassencharakter "des gesetzlichen Instrumentariums" ebenso an wie den der eigentlichen Rechtssprechung, will allerdings dennoch die Begriffe der "Klassenjustiz" und der "politischen Justiz" unterschieden wissen. Die Fakten beeindruckten ihn jedoch selbst in einer Weise, daß seine pazifistisch-demokratische Grundhaltung ins Wanken gerät und an einer Stelle eingeräumt wird, daß der Einsatz gewaltsamer Mittel durch die sozialdemokratische Arbeiterschaft gegen reaktionäre Umtriebe "vom demokratischen Standpunkt ... nicht ohne weiteres zu verurteilen" sei, da die bürgerlichen Regierungen die Putschpläne der Rechten kaum kontrollierten, "wenn nicht gar unterstützten" (S. 82).

Botz meint, die Reaktion habe ab 1928 zur gewaltsamen Niederwerfung der organisierten Arbeiterklasse gerüstet (S. 161). Die Heimwehr, unterstützt von einem Teil des Großkapitals und der bürgerlichen Politiker, wartete auf das Signal zum Staatsstreich. Die "militanten Arbeiter" seien die einzigen gewesen, die bereit waren, die bürgerliche Demokratie zu verteidigen (S. 195). Die "hohe Kampfbereitschaft" der Arbeiterklasse sei jedoch ohne Führung geblieben; "kampfloses Zurückweichen der Sozialdemokratie" (S. 211) habe wesentlich zum Erfolg des Dollfußschen Staatsstreiches vom 7. März 1933 beigetragen. Dollfuß' Politik sei zunächst von "großen Teilen der österreichischen Großindustrie und ihrer Verbände" getragen worden (S. 237). Erst, als sie sich nach ihrer Auffassung nicht bewährte, habe sich unter den Industriellen die NS-Strömung durchgesetzt und zum sog. Anschluß geführt.

Das vorliegende Buch ist ungeachtet mancher Schwächen und antikommunistischen Ausfälle nicht allein wegen seines Materialreichtums beachtenswert. Bei allen Unterschieden der Entwicklung werden doch die Parallelen zur deutschen Geschichte sehr deutlich, wie etwa das Verhältnis zwischen dem aufkommenden Faschismus und der Industrie und ihren Organisationen. Dies ist aktuell, mehren sich doch erneut die Versuche, eine solche Beziehung zu verharmlosen oder ganz in Abrede zu stellen.

Dieter Baudis

Olof Åhlanders Buch ist die bisher ausführlichste Studie über die deutsch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen unter dem unmittelbaren Einfluß des Kriegsausganges und des Versailler Diktats. In 14 Kapiteln werden viele Quellen aus Archiven Schwedens, der DDR, der BRD und Großbritanniens, darunter aus mehreren Industrie- und Bankarchiven (u. a. Krupp und Thyssen), erstmals in großer Dichte erschlossen.

Zuerst schildert Åhlander, mit welchen Mitteln und Methoden die kriegführenden Mächte im ersten Weltkrieg ihren Einfluß auf dem skandinavischen Markt zu verstärken suchten. Die nordeuropäischen Staaten hatten nach Ansicht des Verfassers im Krieg zwar ernste Schäden erlitten, aber auch Möglichkeiten erhalten, die eigene Industrie durch Ausnutzung der Gegensätze zwischen den kämpfenden Großmächten zu stärken. So erlebte die schwedische Industrie 1915/16 auf dem russischen Markt eine "goldene Zeit", als dort die deutschen Lieferungen ausblieben.

Ausführlich behandelt der Autor die Bemühungen der deutschen Schwerindustrie, sich das schwedische Eisenerz zu sichern, und die Versuche einflußreicher Kreise des wilhelminischen Deutschlands, die zeitweilige Schwächung Rußlands durch die beiden Revolutionen von 1917 zur Errichtung eines deutsch-europäischen Wirtschaftsimperiums zu nutzen. Finnland und die Åland-Inseln sollten Trümpfe zur Sicherung der deutschen ökonomischen Herrschaft über Nordeuropa sein. Zitiert wird ein Brief August Thyssens vom 18. Februar 1918 an Reichskanzler Georg Graf von Hertling: Der finnische Wunsch nach deutscher Unterstützung (gegen die Revolution - W. W.) gebe die einmalige Gelegenheit, "die für die Weltmachtstellung Deutschlands und Osterreichs unentbehrliche Einfuhr schwedischer und norwegischer Eisenerze und schwedischen Roheisens sicherzustellen." Das Erz und Eisen aus Schweden seien wichtiger und unentbehrlicher als das Erz aus dem Brieybecken, "weil sie uns die gewaltige Produktion in Edelfeststahl gestatten". Schweden und Norwegen müßten "in ihren Erzgebieten" von Deutschland abhängig gemacht werden. Groß sei aber der englische Einfluß in Norwegen. "Wenn wir dann nicht in Finnland einen sicheren Rückhalt haben, wird unsere Rohstoffversorgung im Kriegsfall unmöglich gemacht und damit unsere Weltmachtstellung vernichtet". (S. 43) Einige Monate später konnte es der deutschen Schwerindustrie nur noch darum gehen, den Markt in Schweden zu halten und die Erzzufuhr von dort zu sichern.

Åhlander beschreibt dann ausführlich die wirtschaftspolitische Situation für Deutschland und Schweden Ende 1918 und stellt fest: "Zum Kriegsende war die deutsche Industrie einziger grundlegender Machtfaktor des Kaiserreiches, dem es gelang, seinen Einfluß einigermaßen unversehrt in die Weimarer Republik hinüberzuretten. Besonders die Schwerindustrie sollte aktiv in die politischen Entscheidungen eingreifen. Ihre Leitung war auf einen anhaltenden Wirtschaftskrieg eingestellt, und man befürchtete, daß die Alliierten in Übereinstimmung mit den Pariser Beschlüssen den deutschen Handel von den Weltmärkten vertreiben würden." Deshalb richtete sie ihre Blicke auf das neutrale Ausland, um dort Märkte und Möglichkeiten zu suchen, mit denen die Handelsbarrieren der Entente zu umgehen waren. "Schwedens Kaufkraft und seine reichen Eisenerzbestände waren dabei von größtem Interesse. Eine Konferenz im Reichswirtschaftsamt am 3. September 1918 mit leitenden Persönlichkeiten der Schwerindustrie machte die offensive Wirtschaftspolitik Schweden gegenüber deutlich." (S. 49 f.)

Es folgen dann Darlegungen über die handelspolitische Situation Deutschlands und Schwedens nach der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg. Die ori-

tische Ostseeblockade und das englische Kohlemonopol auf dem schwedischen Markt nutzte Großbritannien zu einem massiven Wirtschaftsdruck auf Schweden. Anschließend betrachtet der Autor die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf die deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen. Die Abtretung bedeutender Kohlereviere an Frankreich und das Nichtzustandekommen eines sicheren Vertrages über die Belieferung der deutschen Schwerindustrie mit dem französischen Minetteerz führten dazu, daß sich Deutschland verstärkt für die schwedischen Eisenerze interessierte und Schweden damit in den Kampf der Großmächte um die Dominanz auf dem europäischen Eisen- und Stahlmarkt hineingezogen wurde. (S. 123)

Aufschlußreich sind die Darlegungen über das Verhältnis der sozialdemokratischen Regierung in Deutschland und der ersten schwedischen sozialdemokratischen Regierung unter Hjalmar Branting ab März 1920. Åhlander schildert ihr Ringen nach der Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages um wirtschaftliche Vorteile und die enge Zusammenarbeit zwischen der schwedischen Linksregierung und der schwedischen Exportindustrie. (S. 153) Die jetzt stärker werdende skandinavische Zusammenarbeit, die von England als eine Bedrohung seiner Nordeuropapolitik betrachtet wurde, versuchte die deutsche Regierung zu nutzen, um mit skandinavischer Hilfe das Versailler Diktat zu durchlöchern und den Völkerbundanschluß zu erreichen. (S. 166)

Trotz schwieriger Finanzsituation baute die deutsche Schwerindustrie mit staatlicher Unterstützung die im Krieg insbesondere für Erzlieferungen aufgelaufenen deutschen Schulden in Schweden schnell ab, um den weiteren reibungslosen Erzimport aus Schweden zu sichern. Sie war auch bereit, auf schwedische Preiserhöhungen einzugehen, doch scheiterte dies zunächst am Widerstand der August-Thyssen-Hütte. Andererseits konnte der Vorschlag der deutschen Montanindustrie an die schwedische Erzindustrie zur Bildung einer Interessengemeinschaft mit gegenseitiger Teilhaberschaft aufgrund der Ablehnung der schwedischen Regierung nicht realisiert werden. (S. 182)

Da sich die schwedischen Exporterwartungen nicht erfüllten, kündigte Schweden den deutsch-schwedischen Handelsvertrag, um sich von den darin enthaltenen Quoten- und Preisfestlegungen zu befreien und damit die Absatzchancen zu verbessern. Weiter zeigt Åhlander, wie sich 1920/21 in der deutschen Innen- und Außenpolitik der Einfluß führender Kräfte der deutschen Industrie insbesondere bei den Reparationsverhandlungen auswirkte.

Åhlander informiert zum ersten Mal ausführlich über Hintergründe und Zusammenhänge des bekannten sowjetrussisch-deutsch-schwedischen Lokomotivgeschäfts 1921/22. Anhand bisher unbekannter Papiere beschreibt er, wie in Berlin, Stockholm und Kopenhagen über die Lieferung und Bezahlung von Lokomotiven aus Schweden und Deutschland an Sowjetrußland unter Leitung des Volkskommissars für Außenhandel, L. B. Krassin, verhandelt wurde. Da die Lokomotiven mit Gold bezahlt werden sollten, die deutschen Firmen Krupp, Bergsig u. a. aber befürchteten, daß dies von der Entente für die Reparationssumme beschlagnahmt werden würde, wurde das Geschäft über Schweden getätigt und bot so auch schwedischen Lokomotivbauern die Möglichkeit der Mitwirkung. 1920 wurde Gold im Wert von 272,5 Mill. skr aus Sowjetrußland nach Schweden eingeführt, 1921 sogar 666,5 Mill. Åhlander meint: "Die erfolgreichen Bemühungen der deutschen Schwerindustrie, über Schweden einen umfassenden Export von Lokomotiven an das von der Entente blockierte Sowjet-Rußland zu organisieren, sind ein gutes Beispiel dafür, welche Möglichkeiten der Handel über Schweden in dieser Richtung eröffnete." (S. 223 f.)

In weiteren Kapiteln geht Åhlander auf Einzelheiten der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Schweden, auf das Zusammenwirken zwischen der Reichsregierung und der deutschen Schwerindustrie, bei der Festlegung der Ein- und Ausfuhrpolitik und der Preise sowie auf die Bemühungen und das Scheitern der Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages ausführlich ein. Dabei gibt es manche Längen. Die Stär-

ke der Arbeit besteht im historischen Detail über eine noch wenig erschlossene Thematik. Eine stärkere Konzentration der vorgestellten Probleme und ihre ausführlichere Einordnung in die politischen Beziehungen hätten den Zugang zu dieser interessanten Schrift erleichtert.

Wolfgang Wilhelmus

Allgemeine Geschichte der Technik von 1870 bis etwa 1920, hg. v. Autorenkollektiv unter Leitg. v. S. W. Schuchardin, N. K. Laman u. A. S. Fjodorow, wissenschaftl. Gesamtdirektion der deutschsprachigen Ausg.: Rolf Sonnemann, Siegfried Richter, Horst Wolffgramm, Gisela Buchheim

VEB Fachbuchverlag, Leipzig 1984, 357 S. mit 140 Bildern,
4 Tab., 28,- M

Die Autoren knüpfen konzeptionell und zeitlich direkt an jene 1981 im gleichen Verlag erschienene Publikation an, die die Geschichte der Technik von den Anfängen bis 1870 untersucht.

Ihr Bemühen ist auch in diesem Band nicht nur darauf gerichtet, ein Bild von der technischen Entwicklung im Untersuchungszeitraum zu vermitteln. Die Autoren versuchen vielmehr, dem Leser die Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen des technischen Fortschritts unter den Bedingungen des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus näherzubringen.

Die theoretische Grundlage der Untersuchung bilden Arbeiten W. I. Lenins über den Monopolkapitalismus. Lenins Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" wird dabei besondere Beachtung geschenkt, denn die Richtigkeit der hier genannten fünf grundlegenden Merkmale des Imperialismus belegen die Verfasser anhand der technischen Entwicklung. Sie untersuchen u. a. an der Bewegung der Technik die Problematik der Stimulierung und der Hemmung des technischen Fortschritts durch die Monopole und kommen zu dem Ergebnis, daß das Monopol nicht in der Lage sei, den technischen Fortschritt unbegrenzt aufzuhalten. In ähnlicher Weise werden die Beziehungen zwischen Imperialismus und Militärtechnik oder auch zwischen Monopolkapitalismus und der Einseitigkeit des technischen Fortschritts dargelegt. Die Autoren zeigen u. a., daß jeweils nur ein begrenzter Teil der Menschheit die Vorzüge des technischen Fortschritts nutzt, während zahlreiche Völker davon ausgeschlossen sind.

Die genannten Beispiele, denen man andere hinzufügen könnte, zeugen von der Weite des Bogens, den die Autoren bei der Betrachtung der technischen Entwicklung spannen. Deshalb erscheint es vertretbar, wenn die Beziehungen zwischen den sozialökonomischen Faktoren und dem technischen Fortschritt nur allgemein, gelegentlich und sehr komprimiert zur Geltung kommen. Dies um so mehr, als es sich bei dem vorliegenden Buch eben nicht um eine Geschichte der Produktivkräfte, sondern um eine Geschichte der Technik handelt. Nach dem Verständnis der Autoren ist der Gegenstand der Technikgeschichte die Geschichte der Produktionstechnik und jener technischer Mittel, die in der Wissenschaft, im Alltag, in der Kultur, im Bildungs- und im Militärwesen durch den Menschen benutzt werden. Dagegen gilt es hervorzuheben, daß die Verfasser - im Gegensatz zu den Autoren nicht weniger Gesartdarstellungen zur Geschichte der Technik - mit Erfolg bemüht sind, den Wechselbeziehungen zwischen den Technikwissenschaften und der Technik schon in ihren Anfängen nachzuspüren. Dies ist vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution insofern bedeutungsvoll,

als die Aufdeckung der Gesetzmäßigkeiten dieses modernen Phänomens der historischen Fundierung bedarf.

Das Problem dieser Wechselbeziehung zieht sich wie ein roter Faden durch die folgenden 14 Sachkapitel. Diese beschäftigen sich - knapp eingeordnet in das gesellschaftliche Umfeld - mit der Entwicklung der Maschinensysteme, der Elektroenergie, des Bergbaus und der Metallurgie, der Polygrafie, dem Gerätebau und der Militärtechnik. Dieser Teil des Buches mündet in die Behandlung der theoretischen Grundlagen der Raketen- und der Raumfahrttechnik ein.

Die gängige Technikgeschichtsschreibung konzentriert sich - wenn man von dieser oder jener Ausnahme absieht - immer noch vor allem auf jene Leistungen, die in West- und Mitteleuropa und in den USA erbracht wurden. Die Autoren dieses Buches stellen dagegen ausführlich die Leistungen russischer Erfinder und Techniker vor. Sie schließen dadurch bestehende Kenntnislücken. In diesem legitimen und notwendigen Bemühen erscheinen allerdings Innovationen und Innovationen im zaristischen Rußland oft ohne Bezug zum internationalen Geschehen, ohne Bezug zu positiven Einwirkungen des Auslandes.

Im letzten Kapitel des Buches ziehen die Autoren Schlußfolgerungen aus dem technischen Entwicklungsstand am Vorabend der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems. In diesem Zusammenhang gehen sie u. a. auf die Problematik der Ungleichmäßigkeit auch der technischen Entwicklung im Imperialismus ein, behandeln die Beziehungen zwischen Invention, Innovation und sozialökonomischen Bedingungen und charakterisieren das Verhältnis zwischen dem vor dem ersten Weltkrieg einsetzenden Rüstungswettlauf, dem technischen Fortschritt und den Wirkungen der Rüstungsproduktion auf die Produktivkräfte. Sie machen schließlich darauf aufmerksam, daß der erste technische Krieg die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus stark beschleunigte, aber gerade dadurch die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht wurde. In Rußland wurde diese historische Chance durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution genutzt, um eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, die es erlaubt, die Technik zum Wohle der Werktätigen einzusetzen.

Ein hoher Informationsgehalt besonders über die Entwicklung im zaristischen Rußland und neue Fragestellungen zeichnen diese reich illustrierte Publikation aus. Ein nach Problemkreisen geordnetes Quellenverzeichnis sowie ein Personen- und Sachregister erhöhen den Wert des Buches.

Karl Lärmer

Heinz Haberkorn, Anfänge der Fotografie.
Entstehungsbedingungen eines neuen Mediums

Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek b. Hamburg 1981,
232 S., 163 Abb., 9,80 DM

Die Mehrzahl der vom Deutschen Museum in München und dem Rowohlt Taschenbuch Verlag herausgegebenen Bände der Buchreihe "Kulturgeschichte der Naturwissenschaften und der Technik" zeichnet sich u. a. dadurch aus, daß nicht nur die technische Entwicklung eines bestimmten Produktionsmittels oder eines technologischen Verfahrens dargestellt wird, sondern die Autoren auf die Produktionswirksamkeit und die sozialökonomischen Folgen des technischen Fortschritts eingehen. Heinz Haberkorn kann das nur bedingt, denn

er beschränkt sich auf die Anfänge der Fotografie. Seine Untersuchung ist zeitlich im wesentlichen zwischen 1793, als die französischen Gebrüder Claude und Joseph Nicéphore Niepce die Idee des fotografischen Verfahrens entwickelten, und den beginnenden 70er Jahren des 19. Jh. angesiedelt. Der weitere Weg der Fotografie wird lediglich schlaglichtartig beleuchtet.

Folgerichtig bleibt die produktive Nutzung der Fotografie z. B. in der Industrie, in der Medizin oder auch in der Weltraumfahrt unberücksichtigt.

Der Autor des Vorwortes, Alex Diel, bemüht sich dagegen, die Entwicklung der Fotografie und ihre Bedeutung bis in die Gegenwart hinein zu skizzieren. So macht er u. a. darauf aufmerksam, daß unser Bild von der Welt sowohl durch die Fotografie geprägt werde und daher auch manipulierbar sei. Er weist auch darauf hin, daß die Fotografie zur Waffe der Arbeiterklasse für eine bessere und menschenwürdigere Zukunft wurde.

Haberkorns Untersuchung geht kurz auf die Voraussetzungen in der Chemie und in der Physik für die Erfindung der Fotografie ein. Er zeigt in diesem Zusammenhang, daß besonders seit dem 13. Jh. in beiden Disziplinen Grundkenntnisse gewonnen wurden, die gegen Ende des 18. Jh. durch ihre Zusammenführung die Entwicklung fotografischer Verfahren ermöglichten. An der Schaffung dieser Grundlagen waren Gelehrte verschiedener Nationalitäten beteiligt. Zum Geburtsland der Fotografie wurde allerdings Frankreich, denn - so der Autor - 1816 gelang es dem aus einer wohlhabenden Burgunder Bürgerfamilie stammenden J. N. Niepce erstmalig, durch Lichteinwirkung Bilder auf Chlorsilberpapier in der Camera obscura herzustellen. Dem französischen Maler Louis Jacques Mandé Daguerre blieb es dagegen vorbehalten, in zeitweiliger Kooperation mit J. N. Niepce und auf dessen Arbeiten aufbauend, Ende der 30er Jahre des 19. Jh. Bilder, die im heutigen Sinne als Fotografien gelten, zu schaffen. Gleichzeitig und voneinander unabhängig wurden u. a. in Großbritannien besonders durch den Physiker und Mathematiker William Henry Talbot und in Deutschland durch die Professoren Carl August v. Steinheil und Franz v. Kobell andere fotografische Verfahren geschaffen.

Wenn bis zur Mitte des 19. Jh. - so der Verfasser - die entscheidenden Leistungen auf diesem Gebiet von Frankreich ausgingen, dann u. a. deshalb, weil die genannten Verfahren nicht durch Patente blockiert, sondern vom Staat aufgekauft und für die allgemeine Nutzung freigegeben wurden. Zum anderen unterstreicht Haberkorn, daß die rasche Verbreitung der Fotografie in Frankreich aus dem hohen Stellenwert des Bürgertums in der Gesellschaft, aus der bedingungslosen Begeisterung der Bourgeoisie für jeden technischen Fortschritt resultierte. Das Großbürgertum wünschte - wie vordem der Adel - sich porträtiert zu sehen. Diesem Verlangen konnte die Fotografie, so teuer sie zunächst auch war, entsprechen. Darüber hinaus belegt der Verfasser, daß die französische Industrie sofort die Profitträchtigkeit des neuen Mediums erkannte. Schon 1839 setzte die "Société d'Encouragement de l'Industrie Nationale" Preise für die technische Weiterentwicklung der Fotografie aus. Haberkorn nennt drei Faktoren, die Ende der 30er Jahre der raschen Verbreitung der Fotografie noch entgegenstanden: die hohen Preise der Kameras; die Unförmigkeit und das Gewicht von Kamera und Zubehör; der enorme Arbeitsaufwand, der für die Herstellung der Bilder, die Unikate waren, notwendig war.

In mehreren Kapiteln widmet sich der Autor der detaillierten Analyse des Wirkens besonders französischer, britischer, österreichischer und deutscher Wissenschaftler, die durch die Schaffung exakt berechneter stärkerer Objektive, lichtempfindlicherer Platten und qualifizierterer Fixiermethoden die Fotografie bis zu den 70er Jahren des 19. Jh. wesentlich voranbrachten. Haberkorn sieht in dieser Entwicklung ein Musterbeispiel dafür, wie sich das Erfindungswesen aus dem handwerklichen Bereich löste und der wissenschaftlichen Arbeit an Universitäten und Hochschulen Platz machen mußte. Er unterstreicht, daß die wissenschaftliche Forschungstätigkeit - wie er sagt - ein

kommerzielles Interesse voraussetzte. Wie eng die Verbindung zwischen Wissenschaft und Profit z. B. in der entstehenden feinmechanisch-optischen Industrie Deutschlands wurde, zeigt u. a. die Laufbahn des Münchener Astronomen v. Steinbeil. Nach Abschluß seiner Ausbildung war er zunächst Professor für Mathematik und Physik. Als er in der Fotografie Erfolge erzielte, gründete er 1854 die heute noch als Aktiengesellschaft bestehende Optisch-Astronomische Anstalt C. A. Steinbeil.

Im abschließenden Teil des Buches befaßt sich der Autor mit der Problematik der sog. Künstlerfotografie. In diesem Zusammenhang geht er nicht nur auf die Wechselwirkungen zwischen Fotografie und den traditionellen Formen der darstellenden Kunst ein, sondern auch auf die sozialökonomische Stellung des Fotografen in der Gesellschaft. So zeigt Haberkorn, daß der Fotograf erst von seiner Arbeit leben konnte, als neben dem Großbürgertum auch das Kleinbürgertum zum Auftraggeber wurde. Voraussetzung dafür war wiederum nicht nur die Anpassung der Arbeit des Fotografen an den spezifischen Geschmack des Kleinbürgertums, sondern eine technische Entwicklung in der Fotografie, die eine den Einkommensverhältnissen dieser sozialen Schicht gemäße Preisgestaltung gestattete.

Man wird also von diesem Buch sagen können, daß es nicht nur für die Technikgeschichte, sondern auch für zahlreiche historische Disziplinen bis hin zur Kunstgeschichte und Soziologie von Interesse ist. Dies um so mehr, als zum wissenschaftlichen Apparat des Buches u. a. ein Anhang mit Wort- und Begriffserklärungen sowie technischen Prinzipskizzen gehören. Eine Zeittafel - beginnend mit dem 4. Jh. v. u. Z. und endend mit dem Jahre 1979 - tut ein übriges, um den Zugang zu dieser Publikation zu erleichtern. Zahlreiche Illustrationen dienen der Anschaulichkeit des Geschriebenen. Die Fotos sind gleichzeitig eine direkte Widerspiegelung der zunehmenden Leistungsfähigkeit der Fotografie selbst.

Karl Lärmer

Recherches et travaux, hg. v. Institut d'Histoire Economique et Sociale de l'Université de Paris I. Panthéon-Sorbonne = Bulletin No. 12, Decembre 1983, 100 S.

Das von Jean Bouvier und Jean-Claude Perrot geleitete Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Pariser Universität gibt in zwangloser Folge "Forschungen und Arbeiten" heraus, in denen Quellen, Analysen und Aufsätze zu den verschiedensten Problemen der französischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte veröffentlicht werden. Das anzuzeigende Heft enthält drei Beiträge, die Einblicke in gegenwärtige Forschungsrichtungen gewähren und mit neueren Untersuchungsergebnissen vertraut machen. François Roubaud analysierte zahlreiche statistische Erhebungen der 30er Jahre des 19. Jh. (Bevölkerungsentwicklung und -verteilung, Urbanisierung, Grundsteuern, Patentwesen, Straßenbau, Binnenschifffahrt, Dampfmaschinenbenutzung, Anzahl der Werkstätten, Fabriken, Hochöfen, Mühlen, Nahrungsmittelverbrauch, Löhne und Gehälter u. a.) und versucht aufgrund der gewonnenen Daten "Die ökonomische Einteilung Frankreichs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1830 - 1840)" näher zu bestimmen. Auf vier Kartogrammen kann der Leser die wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungstendenzen in den französischen Kreisen (départements) und die Herausbildung verschiedener typischer Wirtschaftsregionen erkennen. Roubaud betrachtet seine Ausführungen als Beitrag zur "regionalen Kartographie" Frankreichs aus wirtschaftlichem Blickwinkel. Die von ihm angewandten Methoden und Kriterien dürften gewiß auch

für die ökonomischen Geographen oder die geographische Wirtschaftsgeschichte in der DDR überlegenswert und für die vergleichende Wirtschaftsgeschichte anregend sein.

Historische Konjunkturstatistiker und Vertreter der mathematischen Wirtschaftsgeschichte werden vor allem mit der Studie über die Bewegung der "longue durée", der langen Wellen, von Janine Levain, Jacques Rougerie und André Straus angesprochen, die sich mit dem Wachstum der französischen Wollindustrie, seinem Verlauf und seinen Determinanten während des 19. Jh. befassen. Die gesammelten Daten der Wollproduktion, der verarbeiteten Produkte, der Kamm- und Streichgarne, Anzugstoffe, Woll- und Tuchexporte, der Produktionskosten und Innovationen in der Textilindustrie sowie weitere Faktoren wurden ausgewertet, geordnet, gewichtet, in zahlreiche Tabellen zusammengefaßt und in Diagramme umgesetzt. Die "langen Reihen" wurden für die Periode 1837 bis 1913 aufgestellt und in drei Produktionsrichtungen untergliedert: Wollproduktion (gereinigte Wolle), Wollspinnerei und Gewebeexporte. Die Autoren kommentieren Beginn und Ende der "langen Wellen", Auf- und Abschwünge der einzelnen Bewegungen, erläutern die benutzten Methoden und bevorzugten Kurven, begründen die Ermittlung der Einfluß nehmenden Faktoren, z. B. Veränderungen im Produktionsprozeß, und machen auf Schwierigkeiten bei der Aufstellung "langer Reihen" aufmerksam. In einem der nächsten Hefte sollen die "langen Reihen" und ihre Analyse bis in die Mitte des 20. Jh. ausgedehnt und dazu Schlußfolgerungen gezogen werden, die auch Probleme der industriellen Revolution sowie Auswirkungen technologischer Neuerungen und Veränderungen berühren und "Bewegungen" von etwa 150 Jahren berücksichtigen.

Den Auftakt des Heftes bildet ein interessanter Beitrag Jean-Claude Perrots unter dem Titel "Die despotische Vernunft in den ökonomischen Utopien des H. Goyon de la Plombanie". Perrot zieht darin einen "Ökonomen ohne Biographie" gewissermaßen aus dem Dunkel der Vergangenheit hervor. Henri Goyon de la Plombanie lebte von etwa 1726 bis nach 1788, war Offizier der königlichen Armee, baute Maschinen und arbeitete am Journal économique mit, so daß man ihn jener kleinen Gruppe von Ingenieuren und Technikern zurechnen kann, die sich der Ökonomie zuwandten und deren wichtigster Repräsentant Vauban gewesen ist. Perrot fand heraus, daß Goyon de la Plombanie vier Bücher veröffentlichte, die jedoch anonym erschienen sind und wohl auch deshalb nicht die gebührende Aufmerksamkeit der Gesellschaftswissenschaftler, insbesondere der Dogmenhistoriker der politischen Ökonomie, fanden: "Les Vues politiques sur le commerce" (1759), "La France agricole et marchande" (1762), "L'Homme en société" (1763) und zehn Jahre später "L'Unique moyen de soulager le peuple et d'enrichir la nation française" (1775). Zum Gegenstand seiner reizvollen Betrachtungen macht Perrot das Buch "La France agricole et marchande", weil sich hierin das sozialökonomische Modell Goyon de la Plombanies am besten widerspiegeln. Perrot beschreibt die sozialökonomischen Gedankengänge seines Helden, dessen Vorstellungen über die "globale Organisation der Ökonomie" und die entsprechenden notwendigen Erziehungsmethoden, über Gesellschaft und Staat, Macht und Individuum, despotische Vernunft im "wohlverstandenen Interesse" der Menschen, über Entwicklung der Technik und der Produktivkräfte, und vergleicht sie mit denen vieler Zeitgenossen Plombanies. Er spürt den Wurzeln und Anleihen dieser Gedankengänge bei anderen Ökonomen, Philosophen und Staatsmännern nach und deckt so zugleich auch das Originelle an den Ideen und Schlußfolgerungen seines "Ökonomen ohne Biographie" auf. Der Text des zur Debatte stehenden Buches, so Perrot, "beschreibt die Reise in eine ideale Welt" (S. 11) und die zur Verwirklichung der "ökonomischen Utopie" von Plombanie als notwendig erachteten gesellschaftlichen Lösungsvorschläge.

Hans-Heinrich Müller

Verlag Dr. Waldemar Kramer, Frankfurt (Main) 1985, 584 S.

Der umfangreiche Band enthält insgesamt 23 Beiträge zu speziellen Themen der Geschichte, Wirtschafts-, Rechts-, Kunst-, Wissenschafts- und Literaturgeschichte. Im folgenden sollen die Studien, die wirtschaftsgeschichtliche Probleme zum Inhalt haben, näher vorgestellt werden: Josef Rosen untersuchte "Mittelalterliche Jahresrechnungen der Stadt Frankfurt aus zwei Jahrhunderten". Die in ununterbrochener Reihenfolge existierenden Rechnungen der Stadt von 1348 bis 1806 wurden 1944 bei einem Luftangriff vernichtet. Nur der Jahrgang 1428 blieb - da ausgelagert - erhalten. Der Verfasser stützt sich in seiner Untersuchung auf Vorarbeiten, die vor dem zweiten Weltkrieg gemacht wurden, insbesondere auf eine für einen Vortrag über die Frankfurter Rechnungsbücher von Ludwig Quidde erarbeitete Tabelle, die Einblick in die Struktur der Einnahmen und Ausgaben der Stadt von 1348 bis 1549 gewährt. Bei den Einnahmen wurden vor allem Ungeld, Niederlagegeld, Mahlgeld, Zoll- und Wegegeld, Bede, Judenschutzgeld und städtische Anleihen erfaßt, wobei sich das Ungeld als der wichtigste Posten der städtischen Einkünfte erwies. Eine wesentliche Gruppe der Ausgaben umfaßte Zinsen für Leibgedinge und für wiederkäufliche Anleihen. Ferner folgten Ausgaben für städtische Bauten, für Söldner und für Gesandtschaftsreisen der diplomatischen Vertreter der Stadt. Zum Schluß bringt Rosen zahlreiche Tabellen über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Frankfurt und die dort erhobenen Judensteuern. Als besonders interessant erweist sich eine Tabelle, die einen Vergleich der Einnahmen und der Ausgaben von Frankfurt und Basel für den Zeitraum von 1360 bis 1549 bringt. Für das Baseler Zahlenmaterial kann Rosen auf eigene Forschungen zurückgreifen.

Arnold Erlen will mit seiner Studie über "Das Cremser Gericht zu (Frankfurt)-Eschersheim" einen Beitrag zur Namensdeutung leisten und untersucht die entsprechenden Quellen, die Aussagen über das seit dem 16. Jh. belegte Hof- oder Hubengericht im Dorf Eschersheim ermöglichen, insbesondere Weistümer, Urkunden und Akten.

Mit "Eichung und Gebrauch des Kronengewichtes für verarbeitetes Gold in Frankfurt/M." beschäftigt sich Hans Wolfgang Kuhn. Das Kronengewicht, eine besondere Gewichtseinheit für verarbeitetes Gold und Bruchgold, war in Frankfurt bis 1858 gebräuchlich. Es tauchte erstmals in einer Wechselkursfestsetzung zur Herbstmesse 1585 auf. Kuhn geht auf Herkunft, Verbreitung und jeweilige Eichung des Kronengewichtes ein und sieht dabei einen engen Zusammenhang mit dem Aufschwung des Juweliergewerbes in Frankfurt seit 1575. Tabellen bringen u. a. die Umrechnungen der Frankfurter Kronengewichtseichung in Gramm.

"Zum Gesindewesen in Frankfurt am Main (17. - 19. Jh.)" legte Rainer Koch eine Untersuchung vor. Trotz des Trends in der internationalen Forschung, sich mit der Geschichte der Unterschichten zu beschäftigen, wurde bisher der Lage des Gesindes in der bürgerlichen Gesellschaft ungenügende Aufmerksamkeit gewidmet. Koch geht auf die soziale und rechtliche Lage des Gesindes ein. Im frühneuzeitlichen Frankfurt kam es noch nicht zu einer konkreten Gesindegesetzgebung. Erst im Gefolge der napoleonischen Herrschaftspolitik wurde 1810 das Dienstrecht des Gesindes in einer Gesindeordnung kodifiziert. Anstelle der hausherrlichen Rechte trat verstärkt die staatliche Gewalt. In der Gesindeordnung für die Freie Stadt Frankfurt von 1822 wurden dagegen die Rechte des Hausherrn wiederum stärker betont, die staatliche Kontrolle des Gesindewesens, insbesondere die Aufsicht des Polizeiamtes, wurde im Vergleich zu 1810 wesentlich eingeschränkt.

Am Schluß folgen Tabellen zur Fluktuation des Gesindes 1836/37, zum Verhältnis von Einwohnerzahl, Haushaltungsvorständen und weiblichem Gesinde für den Zeitraum von 1817 bis 1864 u. a. m.

Dieter Gessner untersucht "Umfang und Bedeutung der Produktion von Genußmitteln am Mittelrhein und Untermain 1790 - 1865" und will damit eine quantifizierende Regionalanalyse der frühen Industrialisierung bieten. Die Produktion von Genußmitteln sei sowohl "Wohlstandsindex" als auch Gradmesser der frühen Industrialisierung gewesen. Für die Entwicklung der Genußmittelbranche waren die großstädtischen Zentren Frankfurt und Mainz von besonderer Bedeutung. Sie waren traditionell Sammelstellen und Umschlagplätze des mitteleuropäischen Rohstoffhandels. Das dicht bevölkerte Einzugsgebiet der beiden Städte bot für die ansässigen Genußmittelhersteller einen aufnahmefähigen Binnenmarkt sowohl für die Weiterverarbeitung als auch für den Verbrauch. Gessner geht detailliert auf die Herstellung von Tabak, Essig, Branntwein, Nudeln, Süßwaren und Konserven ein. Tabellen machen vor allem das quantitative Wachstum in dieser Branche für die einzelnen Städte des Gebietes deutlich. Ebenso wird auf die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen eingegangen.

Mit "Wertpapier- und Geldscheindruck in Frankfurt/Main" beschäftigt sich der Beitrag von Niklot Klüssendorf. Er geht auf die Tätigkeit der beiden Frankfurter Firmen Carl Naumann und Bernhard Dondorf ein, die in der zweiten Hälfte des 19. Jh. im Druck von Geldscheinen und Wertpapieren internationales Ansehen genossen. Der Beitrag will ebenfalls auf die Vielfalt des Materials aufmerksam machen und zeigen, was Archivbestände auch der geldgeschichtlichen Forschung bieten können.

Von den anderen im Band noch enthaltenen Beiträgen seien hier nur noch die folgenden genannt: Über die Nationalsozialisten in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung von 1929 bis 1933 berichtet Barbara Köhler, und die Wochenberichte des Frankfurter Oberbürgermeisters Blaum an die amerikanische Militärregierung 1945 bis 1946 untersucht Rebecca Boehling. Zahlreiche Berichte sind abgedruckt, und durch umfangreiche Anmerkungen versucht Boehling, die Aussagen der Berichte mit den konkreten Ereignissen zu vergleichen.

Elfie-Marita Eibl

Joachim Leuschner/Hartmut Boockmann, Europa im Hoch- und Spätmittelalter = Studienbuch Geschichte. Darstellung und Quellen. H. 4. hg. v. Reinhard Elze u. Konrad Repgen

Klett-Cotta, Stuttgart 1982, 228 S., 24,- DM

Das Studienbuch, 1974 als einbändige Darstellung erschienen, wird nunmehr in 10 einzelnen Heften vorgelegt und durch einen neuen Teil (Quellentexte) ergänzt. Heft 4 umfaßt den Zeitraum von 1200 bis 1450; die Darstellung des inzwischen verstorbenen Joachim Leuschner ist von Hartmut Boockmann überarbeitet worden. Auf relativ begrenztem Raum wird dem Leser eine Fülle von Fakten geboten, von den kenntnisreichen, durch mehrere umfängliche Veröffentlichungen einschlägigen Charakters ausgewiesenen Autoren in flüssigem Stil geschickt kombiniert. Die Darstellung gliedert sich in 6 Abschnitte, die nach einem einheitlichen Schema angelegt wurden. Dem 13., 14. und 15. Jh. (bis 1450) sind je 2 Abschnitte gewidmet, deren erster die (politische) Ereignisgeschichte bietet (gegliedert nach West-, Nord- und Osteuropa sowie Mitteleuropa, wobei Deutschland und Italien bevorzugt behandelt werden). Der

jeweils zweite Abschnitt ist dann durchgängig für alle drei Jahrhunderte in 5 Bereiche unterteilt: A. Historische Räume/Bevölkerung/Gesellschaft; B. Wirtschaft/Handel/Verkehr; C. Rechte/Verfassung; D. Religionen/Kirchen; E. Wissenschaften/Künste/Bildung und Erziehung. Aus dieser Anlage spricht das Bestreben, Grundzüge einer Geschichte des 13. bis zum 15. Jh. zu vermitteln, die sowohl alle Regionen Europas als auch alle Bereiche der Feudalgesellschaft berücksichtigt. Ungeachtet der auch durch sprachliche Knappheit bewirkten Dichte von Informationen wird man bezüglich der Realisierung dieser Zielstellung gerade im Sinne eines Studienbuches dennoch einige Zweifel anmelden müssen. Letztlich gehen die diesbezüglichen Mängel des Werkes auf die stark konventionelle und konservative Darstellung und die entsprechende theoretische Position der Autoren zurück. Reinhard Elze und Konrad Repgen haben in ihrem in Auszügen erneut abgedruckten Vorwort zum Studienbuch als Gegenstand der Geschichtswissenschaft den Menschen "im Wandel der Zeit in all seinen Beziehungen, also vornehmlich als soziales Wesen, als Teil einer Familie, einer Gruppe, einer Schicht, eines Volkes, eines Staates" (S. 6) charakterisiert. Für das Hoch- und Spätmittelalter wenden sich die Autoren des vorliegenden Heftes demgegenüber mit unübersehbarer Vorliebe den Herrschenden der Feudalgesellschaft, den Kaisern, Königen und ganz besonders den Päpsten zu. Über eine Vielzahl dieser Persönlichkeiten finden sich knappe und dennoch differenzierte, oft treffende Einschätzungen. Weit weniger Aufmerksamkeit finden die Beherrschten bei den Autoren, wobei sich die Konzentration der Darstellung auf die Ereignisgeschichte zusätzlich negativ auswirkt. Letzteres bedingt auch einen weitgehenden Verzicht auf die Behandlung theoretischer Probleme der Feudalgesellschaft und ihrer Erforschung, was sich für ein Studienbuch, das in sich "abgeschlossen und für sich allein benutzbar" sein will (so das Vorwort, S. 5), als recht problematisch erweist. Dies zeigt sich bereits in der dem Heft zugrunde liegenden Periodisierung des 13. bis 15. Jh. Die Zäsursetzung zu Beginn des 13. und 14. Jh. sowie um 1450 ist nicht sonderlich klärend, zumal auch die drei Abschnitte des Zeitraumes von 1200 bis 1450 sehr einseitig charakterisiert werden (13. Jh.: Das Jahrhundert der Päpste und der Aufstieg der westeuropäischen Staaten; 14. Jh.: Das Jahrhundert der letzten universalen Kämpfe in Europa; 15. Jh./bis 1450/: Schisma und Konzilien, europäische Großmachtbildungen). Selbst die im Titel des Heftes verwendeten Begriffe Hoch- und Spätmittelalter bleiben unscharf. Das 13. Jh. wird als deutlicher Einschnitt in der Geschichte des Mittelalters bezeichnet, der sich bereits am Anfang des Jahrhunderts zeigt (S. 43 f.). Die mit diesem Einschnitt verbundenen Wandlungen im 13. Jh. hätten "den Grund zum Europa des späten Mittelalters überhaupt" (S. 44) gelegt. Dementsprechend sei das 13. Jh. "eine Krisenzeit, ein Jahrhundert des Übergangs, des Umbruchs, wie das späte Mittelalter insgesamt" (S. 44). Hiernach bleibt weitgehend unklar, weshalb das Heft überhaupt noch den Begriff Hochmittelalter im Titel führt, da ja offenbar einer Zäsur um 1200 (auch in der Abgrenzung zu Heft 3 des Studienbuches) eine größere Bedeutung eingeräumt wird als der Zeit um 1300.

Eindeutig bürgerliche Positionen zeigen auch die wenigen erkennbaren theoretischen Aussagen der Autoren zu Grundfragen der Feudalgesellschaft, die zumeist nur indirekt erschlossen werden können. So verstehen Leuschner/Boockmann unter Feudalismus im engen rechtsgeschichtlichen Sinne das Lehnsystem; demzufolge wird für Philipp II. August in Frankreich bereits der Abbau des Feudalismus in Anspruch genommen (S. 15) und für Polen und Ungarn die Existenz eines "strengen Feudalismus" geleugnet (S. 94, 110). Die Schlußfolgerung der Autoren lautet: "Es wäre daher falsch, den Begriff des Feudalismus gleichmäßig für alle mit Agrarwirtschaft verbundenen Adelsgesellschaften anzuwenden." (S. 101) Ähnlich unbefriedigend fallen Aussagen zur mittelalterlichen Sozialstruktur aus. Ob Klerus, Bauern, Bürger, Adel, alle werden unter dem Leitmotiv abgehandelt: "Dennoch ist auch hier die Differenzierung stärker als die Einheitlichkeit." (S. 507) Das international stark ins Blickfeld gerückte Problem der Dorfgenossenschaft wird als Dorfherrschaft

einer "Minderheit von vermögenden Gruppen" abgetan (S. 49). Auch bei der Wertung von innerstädtischen Auseinandersetzungen als "Zunftrevolutionen" (S. 50) hat schwerlich der aktuelle Forschungsstand Berücksichtigung gefunden.

Betonen die Autoren einerseits mit Recht die häufige "Verbindung von Kreuzzügen gegen Heiden und Ketzer mit der Gewinnung politischer Herrschaft" (S. 16), nimmt es sehr wunder, wenn sie andererseits den "Landesausbau, nicht Kolonisation oder Unterwerfung" (S. 48) als Ziel der "Ostsiedlung" bezeichnen. Angesichts solcher Wertungen hält man sich besser an den Quellenteil, der wichtige Dokumente in deutscher Übersetzung beisteuert. Allerdings zeigt sich auch in der Auswahl der Texte wiederum die Kopflastigkeit des Heftes mit seinem Übergewicht an politischer, Kirchen-, Rechts- und Verfassungsgeschichte. Die Zuordnung der Quellen zu den entsprechenden Abschnitten der Darstellung ist häufig ungenau, mitunter sogar falsch. Befremdlich wirkt die Verwendung unterschiedlicher Übersetzungen von Belegstellen, die sowohl in der Darstellung zitiert als auch im Quellenteil abgedruckt werden. Die Literaturhinweise sind untergliedert in allgemeine Darstellungen und Nachschlagewerke für die mittelalterliche Geschichte Europas insgesamt sowie in eine knappe Auswahl speziellerer Literatur für den im Heft behandelten Zeitraum. Marxistische Veröffentlichungen fehlen nahezu völlig.

So bietet das Heft alles in allem einen eher zu engen, eher beschwerlichen und damit problematischen Einstieg in das Studium der hoch- und spätmittelalterlichen Geschichte Europas.

Ernst Münch

Europa 1400. Die Krise des Spätmittelalters,
hg. v. Ferdinand Seibt und Winfried Eberhard

Klett-Cotta, Stuttgart 1984, 14 Abb., 411 S., 138,- DM

Die Krise des Spätmittelalters ist - insbesondere für die deutschsprachige Forschung - in erster Linie mit dem Begriff der "Agrarkrise" verknüpft, der seit Wilhelm Abels' Buch "Agrarkrisen und Agrarkonjunktur" (1935) zu einem feststehenden Terminus der Wirtschaftsgeschichtsschreibung wurde. Die Abel'sche Theorie basiert auf einer langfristigen Tendenz von Preis- und Lohnreihen, wobei Bevölkerungsabnahme und Wüstungen eine entscheidende Rolle spielen. Der vorliegende Sammelband, der die Ergebnisse eines internationalen Symposiums zusammenfaßt, geht in mehrfacher Hinsicht über die Agrarkrisentheorie hinaus. Ausgehend von der Kritik an einem Krisenbegriff, der zu einseitig auf wirtschaftliche Vorgänge beschränkt bleibt, wird für ein "umfassendes, der historischen Vielfalt angemessenes Krisenverständnis" plädiert (Ferdinand Seibt, S. 10), das neben wirtschaftlichen auch politische, soziale und geistige Erscheinungen des Lebens um 1400 einschließt. Die vorgelegte Analyse der Entwicklung der spätmittelalterlichen Gesellschaft erhält aber auch eine neue Dimension durch die internationale Zusammensetzung des Autorenkreises. Für die einzelnen Länder - Deutschland, Tschechoslowakei, Polen, Niederlande, Belgien, Frankreich, England, Italien, Spanien und Byzanz - erfolgt eine historiographische Bestandsaufnahme. Es werden Forschungsschwerpunkte und -lücken aufgezeigt, die die Erarbeitung eines mehr als bisher differenzierten Bildes über spätmittelalterliche Krisenerscheinungen ermöglichen.

Die thematischen Schwerpunkte der einzelnen Beiträge gruppieren sich um die Sachgebiete Wirtschaft, Gesellschaft und geistiges Leben. Bedingt durch eine längere historiographische Tradition, werden die ertragreichsten und am besten vergleichbaren Ergebnisse für den wirtschaftlichen Bereich erbracht. Weitgehende Übereinstimmung besteht darin, daß wirtschaftliche Krisenerscheinungen bereits in der ersten Hälfte des 14. Jh. begannen und daß - im Gegensatz etwa zu Auffassungen von Wilhelm Abel und Friedrich Lütge - den Pestepidemien eine zwar verstärkende, aber keinesfalls auslösende Wirkung zukam. Der Verlauf der Krisenentwicklung unterschied sich in den einzelnen Ländern deutlich voneinander. Ferner zeigt sich ein bemerkenswertes Nebeneinander von wirtschaftlicher Depression und Aufstieg sowohl im europäischen Rahmen (z. B. Rückgang flandrischer Handelsaktivität - italienische Handelsvorherrschaft oder Niedergang des Tuchgewerbes in Flandern und dessen Aufschwung in England, Brabant und Holland) als auch innerhalb der jeweiligen Länder. Werner Rösener stellt beispielsweise der Krise des Getreidebaus in deutschen Regionen den Aufschwung in der Viehzucht oder im Weinbau gegenüber. Vorbehalte äußert Rösener gegenüber der u. a. von Abel vertretenen These einer Blütezeit der Stadtwirtschaft im Spätmittelalter. Weitere gegenläufige Tendenzen in der Wirtschaftsentwicklung werden ebenfalls für England (Natalie Fryde), Italien (Reinhold C. Mueller), Aragón (Ludwig Vones) und Flandern (Erik Aerts/Eddy van Cauwenbergh) gezeigt. Unter anderem davon abgeleitet, wird in der Zusammenfassung (Winfried Eberhard) als ein wichtiges Ergebnis festgehalten, daß Krise "etwas Vitales, nicht allgemeine Stagnation" ist und daß "Depression, Stagnation und Abstieg neben Aufstieg und Dynamik (existiert), allerdings nicht sich ausgleichend, sondern konkurrierend und verunsichernd". (S. 319)

Insgesamt uneinheitlicher ist das Bild der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Stellung des Bürgertums und die soziale Differenzierung des Adels. In vielen Beiträgen zu diesem Themenkomplex, so etwa in den Darstellungen deutscher (Bernd-Ulrich Hergemöller), böhmischer (František Šmahel), niederländischer (Wim Blockmans), italienischer (Achatz Frhr. v. Müller), englischer (Karl Schnith) und kastilischer Verhältnisse (Odilo Engels), spielen Unruhen und Aufstände in Stadt und Land eine wichtige Rolle. Im Endergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung im Spätmittelalter ging nach Auffassung der Herausgeber der Staat allgemein "als Gewinner der Krise" hervor, wobei in Italien und in den Niederlanden die Stadt, in Frankreich und Kastilien der Adel dominierte.

Die Abhandlungen zum Sachkomplex "geistiges Leben" sind vorrangig der Situation in der Kirche, der Religiosität und Häresie sowie Fragen der Mentalität gewidmet. Auch für diesen Bereich werden etwa von Heinz-Dieter Heimann, Stanislaw Bylina, Malcolm D. Lambert, Raphael De Keyser und Michele Luzzati Gegenläufigkeiten herausgearbeitet, die sich beispielsweise in dem Gegensatz zwischen institutioneller Kleruskirche und Laienfrömmigkeit, Paganismus, Häresie oder "elitärer Alternativkultur" (Renaissance) äußern. Im Hinblick auf die Mentalität machen beispielsweise Heimann, Werner Paravicini und De Keyser auf bedeutende Wandlungen in der Einstellung zum Jenseits und zum Tod aufmerksam.

Auffällig ist, daß die Dreiteilung in die genannten Sachgebiete sowohl in einzelnen Artikeln als auch in der Schlußzusammenfassung häufig zu zusammenhanglos beibehalten wird und damit die Wechselwirkung zwischen sozialen, ökonomischen und geistigen Faktoren zu wenig Beachtung findet. Dies wird künftigen Forschungen überlassen, für die der Sammelband mit seinen Forschungsergebnissen ebenso wie aufgrund seiner mehr als 80 Seiten umfassenden Bibliographie ein unentbehrliches Hilfsmittel sein wird.

BETRIEBSGESCHICHTE

Quellenanalyse und Betriebsgeschichte.

8. Kolloquium der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR
(29. Januar 1986 in Berlin)

Die hohe Teilnehmerzahl von Mitarbeitern der Bezirks- und Kreisleitungen der SED, der Betriebsgeschichtskommissionen und Traditionskabinette, von Archivaren sowie Fachhistorikern machte die zentrale Bedeutung der obengenannten Thematik für die Betriebsgeschichtsarbeit sichtbar; denn die Arbeit mit den Quellen ist die entscheidende Voraussetzung für jede betriebshistorische Forschungsarbeit. Sie erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Archivaren und Betriebshistorikern bei der Erschließung, Sicherung und Auswertung von Dokumenten.

Die damit zusammenhängenden Fragen bildeten Schwerpunkte des Hauptreferats "Die Arbeit mit den Quellen bei der Erforschung der Betriebsgeschichte", das **K a r l h e i n z K u b a** (Berlin) hielt. Ausführlich sprach Kuba über die Stellung der Quellen im historischen Arbeitsprozeß und deren Verfügbarkeit. Quellen umfaßten alle Texte, Gegenstände und Fakten, aus denen wir Kenntnisse über den historischen Prozeß gewinnen können. Er wies darauf hin, daß sich die Dokumentationsqualität in den historischen Entwicklungsetappen verändert habe, Quellen und Überlieferungslage zur Geschichte sozialistischer Betriebe einen grundsätzlich neuen Charakter im Vergleich zu denen kapitalistischer Unternehmen hätten. Besondere Bedeutung habe die Tatsache, daß Quellen zur Betriebsgeschichte im täglichen Arbeitsprozeß bzw. im täglichen Klassenkampf entstehen. Das schließe ein, daß sie stets nur Teilaspekte der historischen Entwicklung erfassen und daher einseitig und zugleich subjektiv geprägt sind. Darauf leitete der Referent die Notwendigkeit ab, beim Erfassen von Quellen und bei deren Auswertung in jedem Falle einen hohen Grad an Vollständigkeit anzustreben.

In einem weiteren Abschnitt seines Referates gab Kuba einen quellenkundlichen Überblick über Formen der Quellenkritik und unterstrich deren Notwendigkeit auch für die betriebshistorische Arbeit.

Abschließend machte er darauf aufmerksam, daß sich in der täglichen Arbeit der Betriebsgeschichtskommissionen als Mangel erwiesen habe, daß es eine Quellenkunde der Wirtschafts- bzw. Betriebsgeschichte des Sozialismus bislang nur ansatzweise gebe.

In der anschließenden Diskussion machte **M o n i k a K a i s e r** (Berlin) auf die Möglichkeiten aufmerksam, die sich für die Arbeit der Betriebsgeschichtskommissionen zur Vervollständigung ihrer Quellenstudien insbesondere in den Kreis- und Bezirksparteiarchiven ergeben.

R e i n h a r d K l u g e (Potsdam) wandte sich vor allem an die teilnehmenden Archivare und verwies auf die Notwendigkeit, die Qualität der Schriftgutverwaltung zu erhöhen. Das erfordere jedoch eine bewußte Arbeit mit dem Schriftgut in den Bereichen der staatlichen Leitung, in den Kombinat und Betrieben, in denen das Archivgut entsteht. Die Verwirklichung dieses Ziels mache die aktive Mitarbeit aller Archivare notwendig. Kluge verwies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeiten der Anleitung und Unterstützung durch die Staatliche Archivverwaltung.

Margot Forreist (Gera) legte anschaulich aus der Sicht des Betriebsarchivars die Mühen, Probleme und Erfolge bei der Sicherung des betrieblichen bzw. kombinatseigenen Archivgutes dar und unterstützte nachhaltig die Forderung nach engerer Zusammenarbeit zwischen Archiven und Betriebshistorikern.

Zum Abschluß der Diskussion sprach Hartmut Mehls (Berlin). Die Praxis der Betriebsgeschichtsarbeit habe gezeigt, daß es für die Betriebsgeschichtskommissionen notwendig sei, im Verlaufe vieler Jahre durch Selbststudium bzw. unter Anleitung von Wissenschaftlern die inhaltlichen und methodischen Kenntnisse für die wissenschaftliche Arbeitsweise der Geschichtsschreibung zu erwerben. Für Mehls ergaben sich daraus sowohl Fragen nach den Möglichkeiten und Erwartungen, die an die Arbeit der Betriebsgeschichtskommissionen gestellt werden können, als auch nach Formen einer wirksameren Unterstützung der betriebsgeschichtlichen Arbeit durch die Fachhistoriker.

Eine Diskussion dieser Problemstellung auf dem 9. Kolloquium der Fachkommission Betriebsgeschichte könnte für alle, die an der Betriebsgeschichtsschreibung arbeiten, von großem Nutzen sein.

Renate Schwärzel

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte
in der Deutschen Demokratischen Republik

(21. Fortsetzung)

von Renate Günther

VEB Bandtex Pulsnitz

Schöne, Bernd/Kindermann,
Franz/Berndt, Manfred:
300/Dreihundert/Jahre Band-
weberei Großröhrsdorf 1680 -
1980. Hrsg.: Rat der Stadt Groß-
röhrsdorf. Festausschuß "300 Jah-
re Bandweberei". Redaktion: Franz
Kindermann. - Großröhrsdorf 1979.
- 32 S.: Ill.; 29 cm

VEB Chemiekombinat Bitterfeld

Großbaustelle Chlor IV - Feld der
Bewährung. Wie mit der Errich-
tung der modernen Chemieanlage
ein Parteitagbeschuß verwirk-
licht wurde. Hrsg.: Abt. Agitation/
Propaganda und die Geschichts-
kommission der Kreisleitung der
SED im VEB Chemiekombinat
Bitterfeld. - Bitterfeld 1983.
- 56 S.: Ill. - (Aus der Geschich-
te des VEB Chemiekombinat
Bitterfeld; 5)

VEB Chemische Werke Buna

siehe Kombinat VEB Chemische
Werke Buna

Deutsche Post

Hofmann, Friedrich H.: Postge-
schichte von Johannegeorgenstadt.
Mit kurzer Darstellung der Stadt-
geschichte. Hrsg.: Philatelisten-
verband im Kulturbund der DDR,
Kreisvorstand Schwarzenberg.
- Schwarzenberg 1983. - 72 S.:
Ill., 1 Kt., 1 Kt.-Skizze; 21 cm
& Kt.-Beil. (1 Bl.)

Deutsche Reichsbahn

Deutsche Eisenbahnen 1835 - 1985. Au-
torenkollektiv unter Leitung von Elfriede
Rehbein. - Berlin: Transpress, 1985.
- 288 S.: Ill.

Messerschmidt, Wolfgang: Lokomotiven
der Maschinenfabrik Esslingen. - Berlin:
Transpress, 1984. - 280 S.: Ill.

Näbrich, Fritz/Meyer, Günter/Preuß,
Reiner: Lokomotiv-Archiv. Sachsen.
- Berlin: Transpress, 1984. -
Bd. 1; 214 S.: Ill.
Bd. 2; 213 S.: Ill.

Schleef, Horst/Köhler, Gottfried: Kleine
Lokomotiv-Chronik. Aus der Geschichte
des Lokomotivbaus. Hrsg.: Ministerium
für Verkehrswesen der DDR, Tarifamt.
- Berlin 1983. - 6 Bl.: Ill. (farb.);
32 x 45 cm

Weisbrod, Manfred/Müller, Hans/Petz-
nick, Wolfgang: Dampflok-Archiv.
Zeichn.: Werner Dietmann. 1; Baureihen
01 bis 39. - 4., unveränd. Auflage.
- Berlin: Transpress 1984. - 237 S.:
Ill. 23 cm

Deutsche Reichsbahn, R/eichsbahn/a/us-
besserungs/w/erk "Fritz Heckert" Sten-
dal

Von der Dampf- zur Diesellokomotive.
Die Werkätigen des Raw "Fritz Heckert"
Stendal machen Geschichte. Hrsg.: Be-
triebsparteiorganisation des Reichsbahn-
ausbesserungswerkes "Fritz Heckert"
Stendal. - (Stendal 1985.) - 110 S.: Ill.;
20,5 x 26 cm

Deutsche Reichsbahn, Strecken

100 /Hundert/ Jahre Schmalspurbahn Freital - Hainsberg - Kurort Kipsdorf. 3. 9. 1883 - 3. 9. 1983. Hrsg.: Festkomitee "100 Jahre Schmalspurbahn Freital - Hainsberg - Kipsdorf" beim Bahnhof Freital - Hainsberg. - Freital - Hainsberg 1983. - 34 S.: Ill.; 21 cm

Koitzsch, Herbert/Reichler, Peter/Buschau, Roland: Die Müglitztalbahn. Geschichte der ehemaligen Schmalspurbahn. Hrsg.: Deutscher Modell-eisenbahn-Verband der DDR, Bezirksvorstand Dresden, AG 3/2 "Müglitztalbahn". - Heidenau 1983. - 32 S.: Ill.; 23 cm & Kt. -Beil. (3 S.)

Machel, Wolf-Dietger: Die Mecklenburgisch-Pommersche Schmalspurbahn. - Berlin; Transpress, 1984. - 150 S.: Ill. - (Transpress-Verkehrsgeschichte)

Das Mügeln Schmalspurbahnnetz. Hrsg.: Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Kreisleitung Oschatz. - 2. Aufl. - Oschatz 1984. - 95 S.: zahlr. Ill. (z. T. farb.), Kt. -Skizzen; 24 cm

Preuß, Reiner: Die Müglitztalbahn. - Berlin; Transpress, 1985. - 176 S.: Ill. - (Transpress-Verkehrsgeschichte)

Wagner, Wolfram: Die Schmalspurbahn Radebeul Ost - Radeburg. Chronik der Bahn von ihrer Entstehung bis zur Gegenwart. - 2. überarb. Aufl. - Hrsg.: Deutscher Modell-eisenbahn-Verband der DDR, Bezirksvorstand Dresden, AG 3/58 "Traditionsbahn Radebeul Ost - Radeburg. - Radebeul 1984. - 48 S.: Ill., Kt. -Skizzen; 30 cm

Einkaufs- und Liefergenossenschaft des Fleischerhandwerks. Meißen

Thöns, Peter: 750 /Siebenhundert-fünfzig/ Jahre Meißner Fleischerhandwerk. Eine historische Skizze nach alten Dokumenten (1230 - 1980). Hrsg.: Einkaufs- und Liefergenossenschaft des

Fleischerhandwerks. - Meißen 1982. - 19, (5) S.: Ill., Portr.; 21 cm

VEB Eisenhüttenkombinat Ost, Eisenhüttenstadt

Černý, Jochen: EKO. Eisen für die Republik. - Berlin; Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1984. - 43 S.: Ill., Kt., Tab. - (Illustrierte historische Hefte; 34)

VEB Elektro-Anlagenbau Neustrelitz

Licht ist Leben. Aus der Betriebsgeschichte des VEB Elektro-Anlagenbau Neustrelitz. Erarbeitet vom Zirkel Schreibender Arbeiter Neustrelitz. Hrsg.: VEB Elektro-Anlagenbau Neustrelitz. - Neustrelitz 1982. - 46 S.: Ill.

VEB Elektrofeinmechanik Mittweida

Koch, Harald: Der Anteil der Freien Deutschen Jugend an der Entwicklung der Produktivkräfte zwischen dem VIII. und X. Parteitag der SED. Dargestellt am Beispiel der FDJ-Grundorganisation des VEB Elektrofeinmechanik Mittweida. - Dissertation A Ingenieurhochschule Mittweida. - 1985. - 215 Bl.; 29 cm

VEB Felsenkellerbrauerei zu Dresden im VE Getränkekombinat Dresden

125 /Hundertfünfundzwanzig/ Jahre Felsenkellerbrauerei zu Dresden. Im VE Getränkekombinat Dresden. - Dresden 1982. - 12 S.: Ill.; 30 cm

Feuerlöschgerätewerk Görlitz

siehe VEB Robur-Werke Zittau

VEB Filmfabrik Wolfen, Stammbetrieb des VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen

Als Helfer und Kampfesreserve der SED. Zur Geschichte der FDJ-Grundorganisation "Rudi Arndt" des VEB Filmfabrik Wolfen 1972 bis 1975. - Von einem Autorenkollektiv der Pädagogischen Hochschule "N. K. Krupskaja", Halle. Wissenschaftlicher Betreuer: Jürgen Hermann. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Zentralen Parteileitung und Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Stammbetrieb des VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen. - Wolfen 1986. - 67 S.: Ill.; 24 cm (Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen; 57)

Bode, Herbert; Die Entwicklung und Entwicklung des Chemiefaserbereichs der Filmfabrik Wolfen von den Anfängen bis 1935. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Zentralen Parteileitung und Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Stammbetrieb des VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen. - Wolfen 1986. - 59 S.; Ill. - (Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen; 56)

Schmelzer, Janis; Der illegale Kampf der Antifaschisten in der Filmfabrik gegen Faschismus und imperialistischen Krieg 1933 - 1945. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Zentralen Parteileitung und Betriebsarchiv des VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen. - Wolfen 1984. - 63 S.; Ill. - (Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen; 52)

Wehling, Wilhelm/Koschulla, Renate; Vereint sind wir alles. Eine Skizze zur Herausbildung und Wirksamkeit der Gewerkschaftsorganisation des VEB Filmfabrik Wolfen 1945 bis 1955. Erarbeitet unter Leitung der Forschungsgruppe "Geschichte sozialistischer Betriebe" an der Sektion Marxismus-Leninismus der Karl-Marx-Universität Leipzig. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Zentralen Parteileitung und Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen, Stammbetrieb des VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen. - Wolfen 1985. - 96 S.; Ill. - (Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen; 55)

VEB Funkwerk Erfurt im VEB Kombinat Mikroelektronik

Jahre des Beginns, Jahre der Entscheidung. 1945 - 1949. Betriebsgeschichte des VEB Funkwerk Erfurt im VEB Kombinat Mikroelektronik. - Erfurt 1981. - 80 S.; Ill., graph. Darst.; 17 x 23 cm

VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai" Karl-Marx-Stadt

Förster, Elfriede/Badstübner, Olaf u. a.; Im Zeichen des 8. Mai. Aus der

Geschichte des VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai" Karl-Marx-Stadt. Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Betriebsgeschichte bei der Leitung der BPO im VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai" Karl-Marx-Stadt. - Karl-Marx-Stadt (1984). - 96 S.; Ill.; 29 cm

H/andels /O/rganisation/ Parchim/Lübz
Betriebschronik. Hrsg.: BPO und BGL der volkseigenen Handelsorganisation Parchim/Lübz. - Parchim/Lübz.

2. Unser Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Lebensweise. Dargestellt aus der Sicht von 10 Betriebsfestspielen. - 1982. - 71 S.; Ill.
3. Der sozialistische Wettbewerb und die Entwicklung der sozialistischen Brigaden in unserer Handelsorganisation. - 1983. - 83 S.; Ill.

VEB Kabelwerk Oberspree "Wilhelm Pieck"

Peißig, Sonja; Kämpfer im VEB Kabelwerk Oberspree. Erinnerungen zum 30jährigen Bestehen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse im VEB KWO "Wilhelm Pieck". - Berlin 1983. - 80 S.; Ill.

VEB Kombinat AUTO TRANS Berlin

Krüger, Manfred/Reinhold, Jürgen; Zur Geschichte des VEB Kombinat AUTO TRANS Berlin und seiner Einordnung in die Entwicklung des Berliner Kraftverkehrs- und Kraftfahrzeuginstandsetzungswesens. - Dissertation A Humboldt-Universität zu Berlin. - 1984.

Kombinat VEB Chemische Werke Buna

Buna - traditionsreich, leistungsstark und zukunftsorientiert. Hrsg.: Kombinat VEB Chemische Werke Buna. - Schkopau 1984. - 56 S.; Ill.

Weggefährten - Kampfgenossen. Der 65. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution aus der Sicht der Entwicklung des Kombines VEB Chemische Werke Buna. Hrsg.: Kreisleitung Buna der SED. - Schkopau 1982. - 43 S.; Ill.

"Wer selber nicht glüht, kann andere auch nicht entflammen". M. I. Kalinin. Aus der Chronik der Betriebs/Berufsb

/S/chule/ "Kalinin". Hrsg.: SED
Kreisleitung. - Merseburg 1982.
- 78 S.; 20,5 cm. - (Beiträge zur
Geschichte der Arbeiterbewegung
des Kombinat VEB Chemische
Werke Buna; 10)

Der Jugend Vertrauen und Verant-
wortung. Grobchronologie zur Ge-
schichte der FDJ-Kreisorganisa-
tion von 1945 - 1970. Hrsg.:
SED Kreisleitung. - Merseburg
1983. - 67 S.; 20,5 cm. - (Beiträ-
ge zur Geschichte der Arbeiterbe-
wegung des Kombinat VEB Che-
mische Werke Buna; 11)

Karl Marx ehren, uns nützen!
Diskussionsbeiträge der Ge-
schichtskonferenz im Karl-Marx-
Jahr 1983. Hrsg.: SED Kreislei-
tung. - Merseburg 1983. - 47 S.;
20,5 cm. - (Beiträge zur Geschich-
te der Arbeiterbewegung des Kom-
binat VEB Chemische Werke Buna;
13)

Kombinat Fortschritt Landmaschi-
nen Neustadt/Sachsen
siehe VEB Traktorenwerk Schöne-
beck

Kombinat für Dieselmotoren und
Industrieanlagen
siehe VEB Schwermaschinenbau
"Karl Liebknecht" Magdeburg

Kombinat VEB NARVA "Rosa
Luxemburg". Berliner Glühlam-
penwerk
Drei Jahrzehnte GST-Grundorga-
nisation "Wilhelm Pieck" im VEB
NARVA "Rosa Luxemburg" Berli-
ner Glühlampenwerk. Hrsg.: GST
Grundorganisation "Wilhelm Pieck"
und Geschichtskommission der Be-
triebsparteiorganisation der SED im
VEB NARVA "Rosa Luxemburg" Ber-
liner Glühlampenwerk. Red.: Wolf-
gang Quaß, Hans Keil, Willi Falk.
- Berlin 1981. - 57 S.; zahlr. S. Ill.,
Graph.; 21 cm

Schwärzel, Renate: Die Entwicklung
der Produktivität und Effektivität des
Produktionsprozesses im VEB Ber-

liner Glühlampenwerk in der Zeit von
1958 - 1968. - Dissertation A Akademie
der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- 1980. - 168, XIII. Bl.; 29 cm

Kombinat VEB NARVA "Rosa Luxem-
burg". Leuchten- und Leuchtstofflampe-
werk Brand-Erbisdorf

Chronik. VEB NARVA "Rosa Luxemburg"
Leuchten- und Leuchtstofflampe-
werk Brand-Erbisdorf. Vom Baubeginn 1963
bis Mai 1976. - Berlin 1980. - 86 S.

Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree
siehe VEB Kabelwerk Oberspree "Wil-
helm Pieck"

VEB Kombinat Verkehrsbetriebe der
Stadt Leipzig
siehe Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB)

VEB Kraftverkehr Altenburg
Gerth, Hermann/Krieg, Erich/Wöllner,
Peter: VEB Kraftverkehr Altenburg.
1952 - 1982. Hrsg.: VEB Kraftverkehr,
Lektorat. - Altenburg 1982. - 32 S.;
Ill.; 20 cm

VEB Kreisbetrieb für Landtechnik Pase-
walk

Von der M/aschinen/A/usleih/S/tation/
zum Kreisbetrieb für Landtechnik Pase-
walk. 1949 - 1981. Chronik des VEB
Kreisbetrieb für Landtechnik Pasewalk,
Sitz Löcknitz, Betrieb des VEB Kombi-
nat Landtechnik Neubrandenburg, Sitz
Neustrelitz. Erarbeitet von der Betriebs-
geschichtskommission in Zusammenar-
beit mit einer Arbeitsgruppe von Schülern
der Klasse 12 B der Willi-Sänger-Ober-
schule Pasewalk, Schulteil Erweiterte
Oberschule. Hrsg.: Leitung der SED
Grundorganisation des VEB Kreisbetrieb
für Landtechnik Pasewalk, Sitz Löck-
nitz. - Löcknitz 1984. - 63 S.; Ill.; 21 cm

Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB)
Krische, Diethart: Leipziger Verkehrs-
betriebe (LVB), historischer Pferde-
wagen 95. Hrsg.: Deutscher Modellei-
senbahn-Verband der DDR, Bezirksvor-
stand Halle (Saale), Arbeitsgemeinschaft
6/44 "Historische Straßenbahnfahrzeuge
Leipzig". - Leipzig 1983. - 19 S.; Ill.
(z. T. farb.); 18 cm

Krische, Diethart: Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), historischer Triebwagen 500. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahn-Verband der DDR, Bezirksvorstand Halle (Saale), Arbeitsgemeinschaft 6/44 "Historische Straßenbahnfahrzeuge Leipzig". - Leipzig 1983. - 20 S.; Ill. (z. T. farb.); 18 cm

Krische, Diethart: Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), historischer Triebwagen 308. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahn-Verband der DDR, Bezirksvorstand Halle (Saale), Arbeitsgemeinschaft 6/44 "Historische Straßenbahnfahrzeuge Leipzig". - Leipzig 1983. - 20 S.; Ill. (z. T. farb.); 18 cm

Krische, Diethart: Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), historischer Triebwagen 809. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahn-Verband der DDR, Bezirksvorstand Halle (Saale), Arbeitsgemeinschaft 6/44 "Historische Straßenbahnfahrzeuge Leipzig". - Leipzig 1983. - 24 S.; Ill. (z. T. farb.); 18 cm

Krische Diethart: Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), historischer Triebwagen 179. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahn-Verband der DDR, Bezirksvorstand Halle (Saale), Arbeitsgemeinschaft 6/44 "Historische Straßenbahnfahrzeuge Leipzig". - Leipzig 1983. - 17 S.; Ill. (z. T. farb.); 18 cm

Leuchten- und Leuchtstofflampenwerk Brand-Erbisdorf
siehe Kombinat VEB NARVA "Rosa Luxemburg"

VEB Nahverkehr Rostock
Groppa, Kurt/Schultz, Lothar:
100/Hundert/Jahre Rostocker Straßenbahn. Eine Dokumentation. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahn-Verband der DDR, AG 8/21 "Mecklenburg. Straßenbahnfreunde" und

AG 8/9 "Freunde der Eisenbahn". - Rostock 1981. - 48 S.; Ill. (z. T. farb.), 1 Kt.; 21 cm & Beil. (1 Bl.)

Nahverkehr Schwerin VE (K)
Richter, Jürgen/Harland, Kurt:
Schweriner Personen-Schiffahrt von den Anfängen bis zur Weißen Flotte. Hrsg.: Stadtarchiv Schwerin. - Schwerin 1982. - 83 S.; Ill.; 24 cm (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwerin; NF; 17)

VEB NARVA (Kombinatsbetriebe)
siehe Kombinat VEB NARVA "Rosa Luxemburg"

Poliklinik Süd Halle
Bruns, Eberhard: Vom "Bergmannstrost"-Krankenhaus zur Poliklinik Süd Halle. - Dissertation A Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Med. Fak. - 1983. - 115, 7 Bl.; Ill.; 29 cm

VEB Robur-Werke Zittau, Betrieb des VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen, Werk 7, Feuerlöschgerätekombinat Görlitz
Feuerlöschgeräte aus Görlitz im Wandel der Zeit. 1864 - 1984; Löschfahrzeuge, Anhänger; Erzeugnisgeschichte in Wort und Bild, Kurzfassung. Hrsg.: VEB Robur-Werke Zittau, Betrieb des VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen, Werk 7, Feuerlöschgerätekombinat Görlitz. - Görlitz 1984. - 68 S.; zahlr. Ill.; 30 cm

Rostocker Straßenbahn
siehe VEB Nahverkehr Rostock

VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock
Stahl, Jochen: An der Seite der Genossen. Abriß der Geschichte der FDJ-Grundorganisation "Bruno Tesch" des VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock. Hrsg.: Grundorganisation der SED, VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock. - Rostock 1984. - 96 S.; zahlr. Ill.; 20 x 29 cm

VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" Magdeburg. Stammwerk des Kombinat für Dieselmotoren und Industrieanlagen
Betriebsgeschichte des Stammwerkes VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" Magdeburg - Kombinat für Die-

selmotoren und Industrieanlagen. - Magdeburg.

Teil 1; 1936 - 1945

Gericke, Hans Otto/Wille, Manfred:
Von der "Alten Bude" zum faschistischen Konzern. Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED im Stammbetrieb des VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" Magdeburg. - 1982. - 96 S.; Ill., Tab.; 28 cm

Teil 2; 1945 - 1949

Gericke, Hans Otto/Jungnickel, Rudolf/Wille, Manfred; Jahre des Neubeginns. Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation im Stammwerk des VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" in Magdeburg - Kombinat für Dieselmotoren und Industrieanlagen. - 1979. - 84 S.; Ill.; 28,5 cm

Teil 3; 1949 - 1961

Gericke, Hans Otto/Wille, Manfred (unter Verwendung einer Materialsammlung von Rudolf Jungnickel):
Unter dem Banner Karl Liebknechts. Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED im VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" Magdeburg. - 1983. - 88 S.; Ill.; 28 cm

Teil 4; 1961 - 1971

Gericke, Hans Otto/Wille, Manfred:
Dieselmotoren und Chemieanlagen für den Weltmarkt. Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED im Stammbetrieb des Kombi-nates SKL. - 1985. - 85 S.; Ill.; 29 cm

VEB Seehafen Rostock

Vom ersten Spatenstich bis zum "Tor der Welt". Hrsg.: Betriebsgeschichtskommission bei der Zentralen Parteileitung Seehafen Rostock in Zusammenarbeit mit der Geschichtskommission bei der Kreisleitung der SED Seeverkehr und Hafenwirtschaft. - Rostock 1982. - 69 S.

VEB sonni Sonneberg

Die Geschichte unseres Werdens und Wachsens. Spielzeugmacher im revolutionären Aufbruch. Im Auftrag der Betriebsparteiorganisation des VEB

sonni Sonneberg erarbeitet von Inge Zips. - Suhl 1984. - 64 S.; Ill.

St. -Elisabeth-Krankenhaus Worbis
Chronik. 1883 - 1983. St. -Elisabeth-Krankenhaus. Hrsg.: Die Hausleitung und das Kuratorium des St. -Elisabeth-Krankenhauses Worbis. - Worbis 1983. - 35 S.; zahlr. Ill.; 20 cm

VEB Traktorenwerk Schönebeck. Betrieb des Kombinat Fortschritt Landmaschinen Neustadt/Sachsen

Betriebsgeschichte des VEB Traktorenwerk Schönebeck. Betrieb des Kombinat Fortschritt Landmaschinen Neustadt/Sachsen. Die "Weltrad" von der Gründung bis zur Zerschlagung des Faschismus. Bearbeitet von Wilhelm Lohoff. Teil 1; 1885 - 1945. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation des VEB Traktorenwerk Schönebeck. - Magdeburg 1983. - 87 S.; Ill.; 29 cm

VEB Vereinigte Sodawerke "Karl Marx" Bernburg-Staßfurt, Betriebsteil Staßfurt
Von der "Buckauer" zum Volkseigenen Betrieb "Karl Marx". Aus der einhundert-jährigen Geschichte des Sodawerkes in Staßfurt. Von den Anfängen der Sodaproduktion bis zum X. Parteitag der SED 1981. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Vereinigte Sodawerke "Karl Marx" Bernburg-Staßfurt, Betriebsteil Staßfurt. - Staßfurt 1983. - 110 S.; Ill.; 30 cm.

Weißer Flotte Schwerin

siehe Nahverkehrsbetriebe Schwerin VE (K)

VEB Werkzeugmaschinenfabrik "Hermann Matern" Magdeburg, Betriebsteil Zerbst
Bock, Dieter: Wesentliche Entwicklungs-etappen des Spritzgießmaschinenbaus für plastische Werkstoffe. Eine Studie zur Geschichte des VEB Werkzeugmaschinenfabrik "Hermann Matern" Magdeburg, Betriebsteil Zerbst (Vormals Franz Braun AG Zerbst). - Dissertation A Pädagogische Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam. - 1985. - 29 cm
T. 1; 166, 11 Bl.; Ill. - T. 2; Anlagenband

SDAG Wismut

Erfahrungen und Ergebnisse der Tätigkeit der Parteiorganisation Wismut bei der Vorbereitung und Auswertung der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Hrsg.: Gebietsleitung Wismut der SED. - o. O. 1982. - 40 S. - (Schriftenreihe für den Propagandisten)

SDAG Wismut, Jugendbergbaubetrieb Königstein

Geschichte des Betriebes. 1963 - 1970. SDAG Wismut, Jugendbergbaubetrieb Königstein. - Königstein 1981. - 48 S.; Ill.

VEB Wohnungsbaukombinat Halle

15 /Fünfzehn/ Jahre VEB Wohnungsbaukombinat Halle. 1968 - 1983. 15 Jahre modernes Bauen. - Hrsg.: VEB Wohnungsbaukombinat. - Halle (Saale) 1983. - 39 S.; zahlr. Ill.; 30 cm

VEB Zuckerabpackbetrieb Rositz, Betrieb im VEB Zuckerkombinat Leipzig

Daube, Hans: 100 /Hundert/ Jahre Zucker aus Rositz. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Zuckerabpackbetrieb Rositz. - Rositz 1982. - 18 S.; Ill.; 21 cm
NT: Betriebs-Chronik/VEB Zuckerabpackbetrieb Rositz, Betrieb im VEB Zuckerkombinat Leipzig

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Verkehrshistorische Probleme der deutschen Eisenbahnen

(30. November 1985 in Dresden)

Das 150jährige Bestehen der deutschen Eisenbahnen und die Übergabe der Eisenbahnen in der sowjetischen Besatzungszone in die Hände der Eisenbahner durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland am 1. September 1945 bildeten den Anlaß für die wissenschaftliche Konferenz "40 Jahre Eisenbahn in Volkes Hand - 150 Jahre deutsche Eisenbahnen" der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", die sowohl der Würdigung des historischen Ereignisses als auch der Interpretation des aktuellen Standes der Verkehrswissenschaften auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens diente. Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten fanden außerdem Sonderkolloquien statt, die sich speziellen Themen widmeten.

Das Kolloquium der Wirtschafts- und Verkehrshistoriker verfolgte das Ziel, neueste wissenschaftliche Forschungsergebnisse¹ besonders zur ökonomischen, politischen und militärischen Bedeutung der Eisenbahnen seit ihrem Aufkommen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges vorzustellen. Im Hinblick auf das Jubiläum stand die deutsche Problematik im Vordergrund des Interesses, ohne daß dabei übergreifende Fragen vernachlässigt wurden.

Das Kolloquium stand unter der wissenschaftlichen Leitung von E l f r i e d e R e h b e i n (Dresden), die auch den einleitenden Vortrag mit dem Thema "Grundtendenzen der Produktivkräfteentwicklung im deutschen Eisenbahnwesen" hielt. In den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellte sie die These der Klassiker des Marxismus/Leninismus, wonach das Verkehrswesen - in deutlicher Abhängigkeit vom jeweiligen Stand seiner Produktivkräfteentwicklung - eine dynamische Rolle bei der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse spielt. Schon der Bau der ersten Eisenbahnen resultierte letztlich aus der Tatsache, daß die gesellschaftlichen Anforderungen an das Verkehrswesen in Widerspruch zu den vorhandenen Bedingungen geraten waren und für die sich herausbildenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse die allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zu schaffen waren, die für jede arbeitsteilige Gesellschaft unentbehrlich sind. Dem Eisenbahnwesen kam dabei eine besondere Rolle zu, weil es zuerst und in umfassender Weise die den verän-

1 Alle im Bericht genannten Beiträge werden im vollen Wortlaut in der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" abgedruckt.

derthen Produktionsverhältnissen entsprechenden Transportmöglichkeiten schuf und damit die Hemmnisse für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft beseitigte.

Es war durchaus kein Zufall, daß die ersten entscheidenden Impulse für einen modernen Massenverkehr auf dem Gebiet des Landverkehrs gegeben wurden. Seit dem Anfang des 19. Jh., besonders nach den Befreiungskriegen, waren im Zusammenhang mit dem beschleunigten kapitalistischen Ausbau von Bergbau, Eisenindustrie und Leinenproduktion im deutschen Gebiet allmählich regelrechte "Verkehrsströme" entstanden, die sich sowohl an den Zentren des inneren als auch den Schwerpunkten des äußeren Marktes orientierten. Die spezifische Leistungsfähigkeit der traditionellen Verkehrsmittel ließ sich jedoch nur innerhalb sehr enger Grenzen erhöhen, so daß zunächst die verstärkte Transportnachfrage allein mit einer quantitativen Reaktion beantwortet werden konnte. Im Landverkehr wurde diese extensive Erweiterung zuerst unmöglich, Deshalb wurde die Transportrevolution des 19. Jh. mit der Dampfisenbahn eingeleitet.

Bereits in den Anfangsjahren, so betonte die Vortragende, zeigten die Eisenbahnen zahlreiche direkte und indirekte Vorteile, die ihnen auch in der Folgezeit ihre bedeutende Stellung im Rahmen der Volkswirtschaft, aber ebenso hinsichtlich politischer und militärischer Aufgaben sicherten. Sie bildeten darüber hinaus - wie die modernen Verkehrsmittel überhaupt - die unerläßliche Grundlage für das Beherrschen des nationalen Marktes und das Vordringen auf internationale Märkte, ja für das Entstehen und Ausweiten des Weltmarktes überhaupt, wie sie ihrerseits vom Wachstum der Industrie und des Marktes stimuliert wurden. Besonders auffällig gestaltete sich das Wechselverhältnis zwischen Eisenbahn und Industrie. Beispiele dafür bieten u. a. der massenhafte Bedarf industrieller, vor allem schwerindustrieller Erzeugnisse beim Bau der Eisenbahnen und ihrer Verkehrsmittel. Die Eisenbahn erhielt damit ein entscheidendes Gewicht für die Entwicklung insbesondere der nichtagrarischen Produktionsbereiche. Neuere Forschungen präzisieren z. B. die direkten Wirkungen des Eisenbahnbaus auf das quantitative und qualitative Wachstum der Eisen- und Maschinenbauindustrie. Hingewiesen wurde weiterhin auf die Bedeutung der Eisenbahnen beim Entstehen von Großbetrieben und industriellen Verdichtungsräumen, auf das Entstehen spezieller neuer Industriezweige, die im weiteren Verlauf das Profil der deutschen Produktion und des Exports mitbestimmten, wie den Lokomotiv- und Waggonbau.

Die Eisenbahnen förderten im dialektischen Wechselverhältnis den Produktivkräftefortschritt der Industrie nachhaltig. Unübersehbar sind bei den im Zusammenhang wirkenden Einflußfaktoren auch wissenschaftliche Erkenntnisse, die durch die Nutzung im Eisenbahnwesen produktionswirksam wurden. Dabei handelte es sich anfangs meist weniger um gezielte Forschungen als vielmehr um eine empirische Aneignung des jeweils aktuellen theoretischen Wissensstandes.

Aufbauend auf diesen Grundgedanken, wurde im folgenden die Entwicklung der deutschen Eisenbahnen bis in die 30er Jahre des 20. Jh. charakterisiert.

W a c l a w D ł u g o b o r s k i (Wrocław) ergänzte im weiteren Verlauf des Kolloquiums diese Angaben durch einen Beitrag mit dem Thema "Herkunft, Formen und wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Kapitalanlagen im Eisenbahnbau des oberschlesischen Kohlenbeckens (1850 - 1888)". Er ging davon aus, daß das oberschlesische Kohlenbecken in dem von ihm betrachteten Zeitraum zu drei Staaten gehörte: Preußen, Rußland und Österreich. Sie bemühten sich um eine ökonomische und militärisch-strategische Zusammenfassung ihrer Territorien. Das betraf auch die Grenzgebiete und damit das oberschlesische Kohlenbecken. Die Situation komplizierte sich dadurch, daß die drei Mächte ihre polnischen Gebiete als Pufferzonen für den Fall militärischer Auseinandersetzungen behandelten, wodurch ausgedehnte Gebiete transportseitig ungenügend entwickelt wurden. Diese Politik wirkte teilweise hemmend auf die Industrialisierung der peripheren Regionen.

Drei Gründe waren dafür ausschlaggebend, daß das oberschlesische Kohlenbecken von diesen negativen Folgen weniger stark betroffen wurde:

1. Der größte Teil der Bodenschätze lagerte im preußischen Gebiet, nämlich um 1855 über 90 % der Steinkohle- und Rohzinkerzeugung sowie etwa 80 % der Roheisenproduktion. Außerdem war Preußen hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Entwicklung den beiden anderen Staaten überlegen. Deshalb war auch seine Eisenbahnentwicklung weit ausgeprägter als die russische und die österreichische.
2. Die verkehrsgeographische Lage Oberschlesiens begünstigte das Entstehen eigener Eisenbahnverbindungen, weil die sich hier kreuzenden Fernverbindungen Warschau - Wien und Berlin - Breslau - Krakau - Wien eine Erweiterung des Absatzes oberschlesischer Produkte erhoffen ließen.
3. Im Hauptstadium des preußischen Eisenbahnbaus in Oberschlesien waren Rußland wie Österreich an der Nutzung der oberschlesischen Bergbauprodukte für die Förderung ihrer eigenen polnischen Gebiete interessiert und demzufolge auch an Eisenbahnverbindungen. Dadurch erlangte Oberschlesien eine Priorität beim Bau lokaler Verbindungen und in dessen Ergebnis eine für mittel- und osteuropäische Verhältnisse hohe Eisenbahndichte.

Von preußischer Seite aus unterstützten und finanzierten den Eisenbahnbau

- jene junkerlichen Großgrundbesitzer, die sich bereits in der ersten Hälfte des 19. Jh. zu industriellen Großunternehmern entwickelten,
- die aus den Reihen der oberschlesischen Kaufmannschaft stammenden Steinkohlengroßhändler, deren Wirkungsbereich sich weit über die Grenzen des Kohlenbeckens auszudehnen begann, und
- die Bankiers und Großhändler Breslaus, die an Kapitalanlagen in Oberschlesien und am dortigen Großhandel interessiert waren.

Um die Mitte des 19. Jh. gestalteten sich diese Verbindungen besonders eng. Ausdruck dafür war die Gründung des ersten oberschlesischen Konzerns, der Minerva-Schlesische Hütten-, Forst- und Bergbau-Gesellschaft.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wandte sich Długoborski besonders den Eisenbahnaktivitäten dieses Unternehmens zu und zeigte anhand von zahlreichen, durch ein intensives Aktenstudium gewonnenen interes-

santen Details die auch für das oberösterreichische Gebiet gegebene ständige wechselseitige Beeinflussung von Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung. Er schloß mit der Feststellung, daß in der Frühperiode der Industrialisierung mit dem Eisenbahnbau und -betrieb so erhebliche Profite erwirtschaftet werden konnten, daß glänzende Expansionsmöglichkeiten auf vielen anderen Gebieten der wirtschaftlichen Betätigung eröffnet wurden.

M i l a n H l a v a ě k a (Prag) beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit der Verkehrsrevolution in den böhmischen Ländern. Er bestätigte die Grundgedanken des einleitenden Vortrags zur Verkehrsrevolution als organischem Bestandteil der industriellen Revolution. Er stellte fest, daß auch in Böhmen die Dampfeisenbahn die progressivste Rolle spielte. Dabei entstanden in der Habsburger Monarchie die ersten Eisenbahnen noch auf spätf feudaler ökonomischer Basis, beschleunigten jedoch deren Zersetzung in ganz erstaunlichem Maße. Die ökonomischen Besonderheiten, vor allem der Rückstand in der kapitalistischen Entwicklung, bewirkten im Unterschied besonders zu den meisten westeuropäischen Ländern ausgeprägte staatliche Aktivitäten beim Bau und Betrieb der Eisenbahnen.

Der Vortragende ging nachfolgend auf die Periodisierung der Verkehrsrevolution in Böhmen ein und stützte sich dabei auf die Thesen von Jaroslav Purš zum Verlauf der industriellen Revolution. Die Frage nach dem Beginn der Verkehrsrevolution beantwortete Hlavačka dahingehend, daß sie erst mit dem Bau der Dampfeisenbahn anzusetzen ist, obgleich die erste kontinentale Pferdeeisenbahn von Budweis nach Linz schon industrielle Effekte hervorbrachte. Für ihn begann die Verkehrsrevolution, als die neuen Verkehrsmittel keine Seltenheit und keine potentielle Möglichkeit mehr darstellten, sondern vielmehr selbst die Produktions- und Gesellschaftsbeziehungen beeinflussten. Dabei stellte er eine Phasenverschiebung gegenüber der industriellen Revolution um mindestens eine Phase fest. Allerdings beschleunigte sich in der Folgezeit die Verkehrsentwicklung so stark, daß Entfaltung und Vollendung dieses Prozesses in e i n e r Phase der industriellen Revolution konzentriert waren. Der Abschluß der Verkehrsrevolution erfolgte deshalb zeitgleich mit der industriellen Revolution. Dementsprechend unterschied Hlavačka folgende Perioden der Verkehrsrevolution:

1. Ära der Pferdebahn und Frühzeit des Massenverkehrs - 20er und 30er Jahre des 19. Jh.,
2. Beginn der Verkehrsrevolution in Böhmen - Mitte der 30er Jahre bis 1848/49,
3. Entfaltung der Verkehrsrevolution in Böhmen - Mitte des 19. Jh. bis Mitte der 60er Jahre,
4. Aufschwung und Vollendung der Verkehrsrevolution in Böhmen - Mitte der 60er Jahre bis 1873/74.

Einen interessanten Beitrag leistete H a n s - H e i n r i c h M ü l l e r (Berlin) mit seinen Ausführungen zu "Kulturhistorischen Aspekten der frühen Eisenbahn". Er unternahm den gelungenen Versuch, aus der Sicht des Wirtschaftshistorikers "das spektakulärste Zeitsymbol des 19. Jh.", die Eisenbahn, in den Reflexionen der Zeitgenossen zu würdigen. Ausgehend von der Tatsache, daß in der Eisenbahn das Maschinenwesen einen

handfesten, sichtbaren Ausdruck fand und die Lokomotive die erste wirklich öffentlich sichtbare Maschine war, zeigte Müller, wie Maler, Dichter, Schriftsteller, Publizisten, Künstler und Kulturschaffende im weitesten Sinne des Wortes von der Eisenbahn auf ihre Weise Besitz ergriffen. Zahlreiche Zitate vermittelten einen Eindruck vor allem davon, welche Hoffnungen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht an das neue Verkehrsmittel geknüpft wurden. Der Vortragende erläuterte, daß die öffentliche Begeisterung für die Eisenbahn sehr oft ein politisches Glaubensbekenntnis war. Fortschrittlichen Dichtern, Politikern und Ökonomen galt die Eisenbahn als eine Garantie für bürgerliche Freiheiten. Sie befanden sich damit im offenkundigen Widerspruch zu konservativen Meinungen der Art, daß der Bau von Eisenbahnen als revolutionäre Gefahr verhindert werden müsse. Deutlich wurden schließlich auch Meinungen demokratischer Schriftsteller, die erkannten, daß die Eisenbahn allein noch nicht die ersehnte Freiheit und Demokratie bringen würde, sondern daß dazu beharrliche und angestrenzte Kämpfe die Voraussetzung bildeten.

Im Ergebnis der Ausführungen konnte festgestellt werden, daß die Eisenbahn nicht nur Wirtschaft und Verkehr umwälzte, sondern auch das Denken und die Verhaltensweise der Menschen tief beeinflußte.

P e t e r B e y e r (Mylau) untersuchte in seinem Vortrag "Eisenbahnbau und Industrielle Revolution". Er ging von unterschiedlichen Meinungen der Wirtschaftshistoriker in der DDR aus. Einige von ihnen vertreten die Auffassung, daß u. a. Hans Mottek die Bedeutung der Eisenbahninvestitionen als Initialzündung für den gesamten zyklischen Aufschwung der 40er Jahre des 19. Jh. überschätzt. Als Begründung wird z. B. von Karl Lärmer angeführt, daß die massenhafte Umwandlung akkumulierten Kapitals in produktives Kapital für den Eisenbahnbau zwar beträchtliche wirtschaftsfördernde Auswirkungen hatte, aber nicht dieses Wirtschaftswachstum Ursache umwälzender Veränderungen im Sinne der industriellen Revolution, sondern der Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit ist.

Im Unterschied dazu begründete Beyer seine Auffassung von der Verkehrsumwälzung als integrierendem Bestandteil der industriellen Revolution im allgemeinen und als wesentlichem Merkmal ihrer zweiten Phase im besonderen. Er sieht sie keinesfalls nur als stimulierenden Faktor der industriellen Entwicklung oder lediglich als Folgeerscheinung bei der Herausbildung der großen Industrie. Als wesentliches Objekt diente ihm dabei eine Analyse des Anlagekapitals der preußischen Eisenbahnen. Dabei bestätigte er die auch von den anderen Vortragenden bereits vertretene These, daß das wichtigste Resultat der Kapitalanlagen für die industrielle Revolution im Entstehen der Eisenbahnen und ihrer Transportfunktion bestand, die beträchtliche Auswirkungen auf den Maschineneinsatz in der Industrie hatte. Er betrachtete deshalb die Eisenbahn als Einführung der Maschinerie, als Mechanisierung des Transports und damit als eine der maschinellen Großproduktion in der Industrie adäquate Technologie.

Eine spezielle Problematik in der Geschichte der deutschen Eisenbahnen behandelte H e i n z W e h n e r (Dresden) in seinem Vortrag "Der Einsatz der Eisenbahnen für Kriegsvorbereitung und Aggressionspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus". Er ging davon aus, daß den deutschen Eisenbahnen vor dem zweiten Weltkrieg - wie schon vor

1914 - umfangreichste Aufgaben sowohl im Prozeß der Aufrüstung als auch im Rahmen der Kriegführung zugeordnet waren. Da sie jedoch sowohl vom Ausbau ihres Streckennetzes als auch vom Zustand ihres rollenden Materials her zu den bestausgerüsteten der Welt gehörten und außerdem infolge der Krisenauswirkungen noch ungenützte Kapazitäten zur Verfügung standen, schien ihre zeitweilige Vernachlässigung durchaus möglich zu sein. Dabei wurde die Absicht ins Kalkül gezogen, künftig fehlendes rollendes Material sowie weitere bewegliche Eisenbahntechnik der im Krieg überfallenen Länder zu nutzen. Trotz steigender Verkehrsleistungen wurde deshalb zunächst weder die erweiterte noch die einfache Reproduktion, von bestimmten kriegsvorbereitenden Maßnahmen abgesehen, gesichert. Erst 1938 bahnte sich eine Änderung an, als durch die überhitzte Rüstungskonjunktur, den Bau des sog. Westwalls und vor allem durch die Annexionen Österreichs und des Sudetenlandes immer häufiger Störungen des Eisenbahnbetriebes auftraten. Trotzdem entsprach nach der Meinung von Experten die Deutsche Reichsbahn bei Kriegsbeginn nicht der vorangegangenen deutschen "Großrüstung". Das hinderte aber ihre Nutzung während des Krieges nicht. In völlig neuen Größenordnungen wurden die Eisenbahnen für die Mobilmachung, die jeweiligen Aufmarschtransporte in Vorbereitung der einzelnen Feldzüge, den Nachschub und die skrupellose Ausplünderung der überfallenen Länder herangezogen. Ihr wohl dunkelstes Kapitel schrieben sie jedoch beim bedingungslosen Mitwirken an der millionenfachen Verschleppung ausländischer Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit in das faschistische Deutschland sowie bei der Deportation rassistisch Verfolgter in die faschistischen Massenvernichtungslager.

Der Vortragende belegte seine Feststellungen mit Originaldokumenten aus der faschistischen Zeit und machte deutlich, wie die deutschen Eisenbahnen vollkommen unter die Interessen der verbrecherischen faschistischen Kriegführung gestellt wurden. Erst der Sieg der Streitkräfte der Antihitlerkoalition eröffnete die Chance zu einem wahren Neubeginn für den traditionsreichen Verkehrsträger.

Die faktisch seit seinen Anfängen bestehende enge Verbindung des Eisenbahnwesens zur Postbeförderung behandelte Rudi Keil (Dresden) in seinem Vortrag "Zur Herausbildung und Entwicklung der Bahnpost in Deutschland", wobei er den Bogen seiner Betrachtung bis zur Gegenwart spannte. Es zeigte sich dabei, daß die Zusammenarbeit dieser großen Verkehrseinrichtungen nicht allein positive Auswirkungen auf die Nachrichtenbeförderung hatte, sondern auch den Produktivkräftefortschritt beider Bereiche nachhaltig förderte.

Aus der Diskussion seien besonders folgende Beiträge hervorgehoben:

Wolfgang Schreier (Leipzig) sprach zu "Eisenbahnbau und Elektrotelegraphie"; Walter Becker stellte seine Ausführungen unter das Thema "Die Eisenbahn im Reproduktionsprozeß seit der industriellen Revolution", und Peter Meyer (beide Berlin) verglich "Die Rolle des Staates in der Entstehungsphase der Eisenbahn in Deutschland und in den USA"; Norbert Ziegenhagen (Leipzig) würdigte die "Bedeutung des Eisenbahntransports für die Stabilisierung des monopolistischen Einzelhandelskapitals und seine Expansion während des Faschismus". Uta Sieberth (Dresden) reichte nachträglich Ausführungen über die Bedeutung Friedrich Wilhelm Harkorts

Die Hugenotten in Brandenburg-Preußen

Ihre Rolle in Wirtschaft und Kultur

(25. und 26. Oktober 1985 in Berlin)

Die Historiker-Gesellschaft der DDR und das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR widmeten dem 300. Jahrestag des Edikts von Potsdam vom 29. Oktober 1685 und der Einwanderung von Hugenotten nach Brandenburg-Preußen eine wissenschaftliche Konferenz, die sich in die umfassende Erbe- und Traditionspflege der DDR-Geschichtswissenschaft einordnet, um mit neuen Fragestellungen und Ergebnissen einen wichtigen Beitrag zur Geschichtsforschung zu leisten, wie Prof. Dr. Walter Schmidt, Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der AdW der DDR zu Berlin, in seiner Begrüßungsansprache betonte.

Die Konferenz hatte einen interdisziplinären und internationalen Charakter und zählte insgesamt 118 Teilnehmer aus der DDR, aus anderen sozialistischen und aus nichtsozialistischen Staaten.

Mit ihrer Hugenottenthematik behandelte die Konferenz ein Ereignis von europäischer Tragweite. Sie stellte sich die Aufgabe, es neu zu werten, seine Wirkungen zu erkunden und zu beurteilen, Motive und Ursachen seines Verlaufs zu ergründen, wichtige Bausteine zu seiner Aufhellung zu liefern und unter Berücksichtigung der internationalen Zusammenhänge vor allem den Anteil der nach Brandenburg-Preußen eingewanderten Hugenotten an Wirtschaft und Wissenschaft sowie ihren Platz in der Aufklärungsbewegung zu ermitteln bzw. neu zu durchdenken.

Diesen Zielen galten 2 Hauptvorträge, 6 Referate, 3 mehrstündige Rundtisch-Gespräche, zahlreiche Diskussionsbeiträge, Anfragen und Bemerkungen, deren Inhalt nachstehend resümiert wird:

"Zur Rolle der Hugenotten im Wirtschaftsleben Brandenburg-Preußens im 17. und 18. Jh." hielt Ingrid Mittenzwei (Berlin) den ersten Hauptvortrag. Sie beleuchtete einleitend vor allem die macht- und bevölkerungspolitischen sowie religiösen Hintergründe des Edikts von Potsdam, nannte die Kräfte - reformierte hohe preußische Beamte, Militärs und Prediger -, die Kurfürst Friedrich Wilhelm zu diesem Erlaß rieten.

Die Referentin behandelte dann ihren eigentlichen Gegenstand und ging ausführlich auf die wirtschaftlichen Motive des Edikts sowie dessen Wirkungen ein. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, ob und inwiefern von den französischen Glaubensflüchtlingen eine Initialzündung für das Entstehen manufakturkapitalistischer Verhältnisse in Brandenburg-Preußen ausgegangen ist. Mittenzwei beschrieb zunächst die Ausgangssituation. Als die Hugenotten kamen, hatte das Land den Stand, wie er vor dem Dreißigjährigen

Krieg existierte, in der gewerblichen Wirtschaft noch nicht wieder erreicht. Es habe kaum Verlagsverhältnisse oder eine manufakturkapitalistische Produktion gegeben. Erste Gründungen dieser Art seien nicht durch Produzenten oder Kaufleute, sondern durch hohe Beamte, Exponenten der staatlichen Macht, erfolgt. Gegenüber Frankreich, woher die Flüchtlinge kamen, seien nicht nur Vielfalt, Breite und Qualität der gewerblichen Produktion in Brandenburg-Preußen geringer gewesen. Auf einer niedrigeren Stufe habe sich auch die gesellschaftliche Entwicklung befunden. Vor allem die vor der industriellen Revolution führende Textilbranche habe von den Glaubensflüchtlingen Impulse empfangen. Die Refugiés hätten insbesondere Erzeugnisse des gehobenen Geschmacks in das Gastland eingeführt, dabei aber bald aufgrund von Absatzschwierigkeiten Mißerfolge erlitten. Mit hohen staatlichen Unterstützungsgeldern hätten französische Einwanderer diverse "Groß"- und andere Betriebe gegründet, die jedoch meist kaum länger als ein Jahrzehnt existierten, vor allem, weil sich schwerwiegende Absatzprobleme, Arbeitskräfte- und Kapitalmangel als unüberwindlich erwiesen, ein weiteres Zeugnis dafür, daß gegen Ende des 17. Jh. in Brandenburg-Preußen die Bedingungen für eine Manufakturproduktion größeren Umfangs nur schwach entwickelt gewesen seien und es an den meisten Voraussetzungen gemangelt habe. Der Prozeß der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals habe in dem von der ostelbischen Gutsherrschaft geprägten Land gerade erst eingesetzt; ein innerer Markt sei noch nicht entstanden. Für die erste Phase hugenottischer Wirtschaftstätigkeit, die "Gründerzeit", die 1685 begonnen habe und deren Ende mit dem Anfang des neuen Jahrhunderts allerdings nur annähernd zusammenfalle, unterstrich die Referentin den eindeutigen Nutzen des Refuge für das Gastland: Die Einwanderer hätten die Palette der in Brandenburg-Preußen erzeugten Produkte verbreitert und die Zahl der Gewerbetreibenden vermehrt; schließlich sei von ihnen eine Initialzündung für das Entstehen neuer, kapitalistischer Produktionsverhältnisse ausgegangen und - obwohl vor allem die großen Manufakturen wieder eingingen - die Manufakturproduktion seit dieser Zeit zu einer irreversiblen Erscheinung geworden.

Zur weiteren Entwicklung der hugenottischen Kolonien bis zu ihrer Auflösung unternahm die Referentin den Versuch einer Neubewertung: Sie ging von Entwicklungsetappen aus, die nicht von der staatlichen Wirtschaftspolitik, sondern von Vorgängen in der Basis bestimmt werden, und konstatierte dabei eine bis 1736 andauernde Periode wirtschaftlichen Wachstums, dann bis 1767/68 eine Niedergangsphase, danach eine erneute kräftige Aufwärtsentwicklung, die sich von der ersten Wachstumsphase jedoch qualitativ unterschieden habe. Vom ersten Aufschwung seien vor allem die den einheimischen Rohstoff Wolle verarbeitenden Gewerbe erfaßt worden: die Tuch- und Zeugproduktion besonders für den wachsenden Heeresbedarf und die Wollstrumpfmacherei. Als ein charakteristisches Merkmal dieser Periode bezeichnete Mittenzwei das Wachstum vornehmlich der kleinen Warenproduktion und deren Einbindung in das Zunftsystem. Der langanhaltende wirtschaftliche Niedergang ab 1736 sei von steigenden Lebensmittelpreisen, Mißernten, Absatzkrisen, Kriegen und Produktionsrückgängen begleitet worden. Ende der 60er Jahre habe ein erneuter, vor allem von neuen Gewerbeäzweigen (Seide- und Baumwollverarbeitung) getragener Aufschwung eingesetzt. Kaufleute unter den Refugiés seien jetzt mit ihrem Kapital und guter Marktkenntnis verstärkt in die Produktion eingedrungen. In

der Seiden-, Kattun- und Hutherstellung habe in dieser Periode bei den Hugenotten der manufakturkapitalistische Betrieb dominiert: 1805 befanden sich 31 % aller Seidenwebstühle und 35 % aller Strumpfwirkerstühle Berlins im Besitz ehemaliger Glaubensflüchtlinge, Zahlen, die den Erfolg hugenottischer Wirtschaftstätigkeit bekräftigen. Der manufakturkapitalistische Aufschwung im letzten Drittel des 18. Jh. und im beginnenden 19. Jh. sei von den Nachfahren der Glaubensflüchtlinge mitgetragen worden. In der Seiden- und Hutfabrikation hätten sie sogar eine führende Position eingenommen. Ohne die Masseneinwanderung der Refugiés hätte die Wirtschaft Brandenburg-Preußens viel länger gebraucht, Fachkräfte heranzubilden, hätte sich der Fortschritt also langsamer durchgesetzt. Der "Nutzen des Refuge" sei, wie Mittenzwei betonte, nicht nur an der Existenz hugenottischer Unternehmen zu messen, sondern auch am Beitrag, den die Refugiés bei der Einführung neuer Gewerbezeuige, neuer Techniken und Produktionsverhältnisse geleistet haben. Zusammenfassend wies die Referent in darauf hin, daß der Anstoß zur Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse von den Hugenotten ausgegangen sei, die späteren Aufschwung in zweifacher Hinsicht mitgetragen hätten: Einmal sei eine Minderheit von Refugiés zur Schicht des Manufakturbürgertums aufgestiegen, zum anderen habe die Masse ehemaliger Refugiés, die selbständigen, auf Verlagsgrundlage tätigen Handwerker bzw. Manufakturarbeiter, die allmählich mit der deutschen Bevölkerung verschmolzen, die Basis für eine Produktion auf höherer Stufenleiter gebildet. Der gesellschaftliche Fortschritt, der in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus in einem Fortschreiten zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung bestand, sei in Brandenburg-Preußen also unlösbar mit der hugenottischen Einwanderung verknüpft gewesen.

Im zweiten Hauptvortrag sprach C o n r a d G r a u (Berlin) "Über den Beitrag der Hugenotten zur Entwicklung von Wissenschaft und Kultur in Brandenburg-Preußen im ausgehenden 17. und 18. Jh.". Er wies zunächst darauf hin, daß die Refugiés in Brandenburg-Preußen, vor allem die auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet aktiven und mitgestaltenden Persönlichkeiten, zugleich Glieder der über viele Länder verteilten Gemeinschaft des Refuge gewesen seien, dem die wichtigsten Akteure der bürgerlich-geistigen Bewegung der Aufklärung entstammten. Grau betonte, daß der Blick auf Brandenburg-Preußen immer nur einen Teileindruck eines gesamteuropäischen Problems vermitteln könne. Ein Drittel der etwa zwanzigtausend von Brandenburg-Preußen aufgenommenen Hugenotten habe sich in Berlin niedergelassen, darunter zahlreiche Intellektuelle. Zuwanderungen habe es auch schon vor 1685 und bis ins 18. Jh. hinein gegeben. Hierbei dürfe vor allem nicht die spezifisch geistig-religiöse Situation in Brandenburg-Preußen übersehen werden, die Doppelkonfessionalität des Landes mit einer lutherischen Bevölkerungsmehrheit und einer einflußreichen Minderheit von Reformierten, zu denen außer den Angehörigen des Herrscherhauses auch Vertreter der herrschenden Feudalklasse und der Bürokratie, Angehörige der Intelligenz und des Militärs gehörten. Die Bindung führender Vertreter des Bildungswesens an den reformierten Glauben habe teils die Zuwanderung auswärtiger Reformierter, teils die Konversion von Lutheranern, die eine Karriere im Staatsdienst anstrebten, gefördert. Der Referent machte auf die doppelte - die sprachliche und die konfessionelle - Sonderstellung der Zugewanderten aufmerksam. So hätten sie zwar die reformierte Minderheit des

Landes verstärkt, sich aber zugleich auch als "Reformierte französische Nation" von den deutschen Reformierten abgehoben. Grau konzentrierte sich in seinen weiteren Darlegungen auf die geistig-kulturelle Wirksamkeit der Hugenotten in Berlin. Besonderes Augenmerk richtete er in diesem Zusammenhang auf die 1700 gegründete Sozietät, die spätere Akademie der Wissenschaften. Die Wirksamkeit Ordentlicher Akademiemitglieder sei bisher wohl zu negativ eingeschätzt worden und müsse weiter vor allem unter folgenden Gesichtspunkten erforscht werden: 1. Wie wirkten die Aktivitäten der Hugenotten auf das geistige Klima, in welchem die Sozietät entstand? 2. Wie entsprach die Akademie durch Zuwahlen auswärtiger Mitglieder den Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung? und 3. Welchen qualitativen Anteil hatten Berliner hugenottische und deutsche Mitglieder an den Leistungen der Akademie im 18. Jh.? Grau nannte wichtige durch Hugenotten ins Leben gerufene wissenschaftliche Institutionen und Publikationen wie die Spanheim-Gesellschaft und das "Journal des Savants", die der Sozietätsgründung vorausgingen. Er trat der häufig vertretenen Auffassung entgegen, die frühe Geschichte der Sozietät sei vornehmlich durch Widrigkeiten im Zusammenhang mit der wissenschaftsfremden Haltung der beiden ersten Preußenkönige bestimmt worden, und erwähnte wissenschaftliche Einrichtungen, die über die Mitte des 18. Jh. hinaus existierten, wie die Königliche Bibliothek, das Collegium Medicochirurgicum, die Sternwarte und andere Institutionen. Unter Verzicht auf die wissenschaftsdisziplinäre Problematik, die künftigen Untersuchungen vorbehalten bleibe, behandelte der Referent vorrangig einige personelle Fragen der Wissenschaftsentwicklung. Besondere Bedeutung maß er Schlüsselgestalten wie Leonhard Euler, der den Newtonianismus als Fundament der Aufklärungsphilosophie durchsetzen half, Jean Henry Samuel Formey, welcher "zu den in vorderster Linie kämpfenden Adepten des Wolffianismus" (Werner Krauss) gehörte, und Jean Barbeyrac zu. Sie waren nach Auffassung des Vortragenden im 18. Jh. die bedeutendsten hugenottischen Vermittler zweier maßgeblicher Strömungen deutschen Denkens, der Wolffschen und der Pufendorfschen Philosophie, nach Frankreich. Grau würdigte ferner das Zeitschriftenwesen und die Literaturproduktion der Hugenotten, darunter die "Bibliothèque Germanique" als wichtige französischsprachige wissenschaftliche Informationsquelle von europäischer Bedeutung. Er verwies auf die Vergrößerung des Wirkungsradius der Berliner Akademie durch Verwendung der französischen Sprache, wobei diese Einrichtung jedoch trotz ihrer französischsprachigen Kommunikationsgrundlage als wissenschaftliche Anstalt eines deutschen Staates in erster Linie mit den deutschen Bedingungen konfrontiert geblieben sei, ohne jedoch außerhalb des Gesamtkomplexes europäischen wissenschaftlichen Denkens und Forschens zu stehen. Abschließend faßte der Referent einige Ergebnisse des Wirkens der Hugenotten in Brandenburg-Preußens Wissenschaft zusammen und verband dies mit folgenden Thesen: 1. Die hugenottische Wissenschaftler-Immigration nach Brandenburg-Preußen als Teil des gesamten Refuge habe das geistig-kulturelle Leben in Richtung auf eine Verbürgerlichung des Denkens befruchtet. Historiographie und Philosophie seien bedeutsame Teilbereiche, auf denen Hugenotten in Brandenburg-Preußen wirksam geworden sind und Fortschritte mitbewirkt haben. Der Grad der Integration und Assimilation habe in enger Wechselbeziehung zu ihren Einwirkungsmöglichkeiten gestanden. 2. Die wissenschaftliche Mittlerfunktion des Refuge in der europäischen République des Lettres erweise sich als ein entscheidender Beitrag der

Hugenotten zur Herausbildung und Verbreitung des bürgerlichen Weltbildes. 3. Der Gesamtkomplex der Leibniz-, Pufendorf- und Wolff-Rezeption durch Hugenotten in Brandenburg-Preußen sei in Umrissen zwar bekannt, aber nicht detailliert untersucht worden. Es stelle sich darüber hinaus die Frage, wie und in welchem Maße Hugenotten auch auf den Rezeptionsprozeß der westeuropäischen Aufklärung in Brandenburg-Preußen einwirkten. 4. Wünschenswert seien Nachforschungen über die Ausbildung hugenottischer Studenten an den brandenburgisch-preußischen Universitäten. 5. Von großer Bedeutung sei das Wirken der Berliner Hugenotten auf dem Gebiet der Historiographie, vor allem der Geschichte der Refugiés der Kirchen- und Ketzergeschichte. 6. Die naturwissenschaftlichen und mathematischen Leistungen verdienten stärkere Beachtung, da sie eine unverzichtbare Komponente der Aufklärung bilden. 7. Ein Zeichen weit fortgeschrittener Integration der Refugiés sei das relativ geringe Echo, das die Französische Revolution bei Hugenotten-Nachkommen in Brandenburg-Preußen gefunden habe. 8. Die wissenschaftliche Wirksamkeit der Hugenotten in Brandenburg-Preußen sei ein untrennbarer Bestandteil der deutschen Geschichte.

Michelle Magdelaine (Paris) behandelte das Thema "Frankfurt/Main als Drehscheibe in der Migration der Hugenotten" und erörterte wichtige soziale und demographische Aspekte, Motive und Begleiterscheinungen der Massenflucht französischer Refugiés.

Die Ausführungen von Meta Kohne (Merseburg) galten der "Vorgeschichte, Entstehung und Bedeutung des Edikts von Potsdam", insbesondere den für die Ausarbeitung des Edikts verantwortlichen Personen aus dem höheren Beamtentum, den Modalitäten der Publizierung und Verbreitung des Edikts sowie den Anwerbungsmethoden und Begünstigungen für Refugiés in Brandenburg-Preußen.

"Über demographische und soziale Aspekte der Hugenotten, vor allem in Berlin" referierte Jürgen Wilke (Berlin). Er wies darauf hin, daß erst die quantitative Erfassung der eingewanderten Hugenotten als wichtige Voraussetzung für eine qualitative Wertung die Leistungen der Refugiés und ihren politischen, ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Einfluß auf den rückständigen Agrarstaat Brandenburg-Preußen ins rechte Licht rücke. Nach seinen Ermittlungen waren um 1710 ungefähr 1,5 % der preußischen Gesamtbevölkerung Hugenotten. 1739 habe es mit 18 841 Refugiés die höchste Anzahl von Hugenotten in Brandenburg-Preußen gegeben. Um 1800 hätten noch etwa 14 500 Hugenotten, also 0,5 % der preußischen Gesamtbevölkerung, in den Kolonien gelebt. In Berlin seien von französischen Kolonisten um 1700 etwa 90 Berufe ausgeübt worden. Von den 50 Kolonien, in denen sich die Hugenotten in Brandenburg-Preußen niederließen, sei Berlin die größte geworden. Um 1700 hätten hier 39,4 %, 1731 fast 50 % aller französischen Kolonisten gelebt. Ihr Anteil an der Gesamteinwohnerschaft Berlins habe 3 % (1685), 12 % (1690), 18 % (1700), 12 % (1732) und 3 bis 5 % (um 1800) betragen. Wilke vermittelte detaillierte Angaben auch über Haushaltsgröße, Familienstruktur, mittlere Lebenserwartung und andere wichtige demographische Größen. Die von Helga Schultz aufgestellte These, daß es für die Gesamtgesellschaft des Ancien Régime keinen einheitlichen demographischen Reproduktionsprozeß gegeben habe, könne er bekräftigen.

Her mann K l e n n e r (Berlin) warf in seinem Vortrag "Toleranzideen im 17. Jh." die Frage auf, ob das Potsdamer Edikt von 1685 tatsächlich ein Toleranzedikt gewesen sei. Er charakterisierte es als "Anwerbe- und Peuplierungsedikt, geboren aus moralischen und materiellen Motiven, eine Mischung aus Mitleid und Staatsraison, zumindest auch eine weise Maßregel volkswirtschaftlicher Politik", ohne ihm den Toleranzcharakter abzusprechen, dessen historische Begriffs- und Inhaltsbildung er ausführlich behandelte. Dabei erörterte er das Problem, inwiefern Toleranzideen, die in Gegnerschaft zum Katholizismus erwachsen - ein Reformationsprodukt und Religionsfreiheit als deren Ergebnis -, Beginn und Ursache aller anderen Bürgerfreiheiten gewesen seien, und kam zu dem Schluß, daß sich zwar Katholizismus, Lutheranertum und Calvinismus im Reich tolerierten, in den einzelnen Territorien jedoch die Religionen nicht gleichberechtigt nebeneinander bestanden, von Rechtsansprüchen des Individuums auf Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie Toleranz ganz zu schweigen.

"Die Übersiedlung der Carmisarden nach Ungarn. Ein berechtigter Plan aus dem Jahre 1704" kennzeichnete K á l m á n B e n d a (Budapest) als ein interessantes Detail der internationalen Geschichte der Hugenotten.

H e l m u t S c h n i t t e r (Potsdam) bejahte in seinem Vortrag "Hugenotten in der brandenburgisch-preußischen Armee - Militärdienst und Pflichtethos" die Frage, ob die preußische Armee den Angehörigen französischer Herkunft Impulse zu verdanken habe. Ende des 17. Jh. seien knapp 15 % der Offiziere und etwa 5 % der Mannschaft aus Hugenottenkreisen hervorgegangen. Oft habe es sich um ehemalige Angehörige der französischen Armee gehandelt, die eine der besten und schlagkräftigsten Streitmächte in der damaligen Zeit gewesen sei. Sie hätten militärische Kenntnisse und taktische Erfahrungen sowie diverse militärtechnische und -organisatorische Neuerungen in die Armee eingebracht, sich durch Pflichtethos und Bildungsstreben ausgezeichnet und zur Hebung des militärischen Bildungsniveaus (Militärliteratur, Kadettenanstalten) beigetragen.

In Fragen und Diskussionen zu den Haupt- und Kurzvorträgen kamen u. a. folgende Probleme zur Sprache:

R u d o l f v o n T h a d d e n (Göttingen) und W o l f g a n g U l l m a n n (Berlin) griffen die im Vortrag von Klenner behandelte Toleranzproblematik auf und fragten nach dem Ursprung der Toleranzidee und nach der Stellung der Toleranzproblematik gegenüber der Machtausübung des modernen Staatsabsolutismus. Klenner verwies auf die Genese des Toleranzgedankens seit der Reformation, als durch die Spaltung der Christenheit Impulse freigesetzt worden seien, die zur Herausbildung der bürgerlichen Produktions- und Denkweise geführt hätten, und ordnete das Potsdamer Edikt der "Nahtstelle zwischen Trennungsprozeß von Staat und Kirche und Alleinvertretungsanspruch einer Konfession" zu. Die von J o a c h i m R o g g e (Berlin) aufgeworfene Frage nach möglichen Repatriierungsabsichten hugenottischer Armeeangehöriger in Brandenburg-Preußen verneinte Schnitter mit dem Hinweis auf das Berufssoldatentum und die strenge Einhaltung des militärischen Pflichtenkodexes, dessen Elemente - Gehorsamkeit, Disziplin und Pflichtausübung - nationale Vorbehalte weitgehend überspielt hätten. Die von E r i k a H e r z -

feld von Grau zur Diskussion gestellte Frage nach der praxisbezogenen Rolle der Hugenotten in der Akademie der Wissenschaften wurde von Grau unter Nennung zahlreicher Beispiele eindringlich bejaht.

Das von Grau geleitete Rundtischgespräch "Über den Beitrag der Hugenotten zur Entwicklung von Wissenschaft und Kultur in Brandenburg-Preußen im ausgehenden 17. und im 18. Jh." zählte folgende Gesprächsteilnehmer: Cornelia Buschmann, Martin Fontius, Rolf Geißler, Ursula Goldenbaum (alle Berlin), Frédéric Hartweg (Paris), Klenner, Günter Mühlpfordt (Berlin), Pierre-Paul Sagave (Paris), von Thadden. Zur Debatte standen die Bedeutung der Refugiés im preußischen Bildungs- und Erziehungswesen, ihre Mittlerfunktion zwischen deutscher und französischer Aufklärung sowie ihre Rolle in der Berliner Akademie der Wissenschaften. Dabei spielte das Problem der Praxisbezogenheit der Akademie im 18. Jh. eine wichtige Rolle. Grau verwies darauf, daß viele Hugenotten unter den Akademiemitgliedern nicht nur wesentliche Beiträge zur Grundlagenforschung geleistet und damit die naturwissenschaftlichen Grundlagen der Aufklärung bereichert, sondern sich auch mit diversen praktischen Aufgaben der Ökonomie, des Manufakturwesens, des Straßenbaus usw. befaßt hätten. In den Ausführungen Hartwegs, Gerhard Schilfer's (Berlin) und Mühlpfordts wurde vor allem auf eine andere wichtige Funktion der Hugenotten unter den Berliner Akademiemitgliedern hingewiesen: auf ihre Mittlerrolle zwischen der deutschen und der französischen Aufklärung. Zu diesem Problem äußerten sich auch Geißler, Fontius und Klaus Steiner (Berlin). Von Thadden ging auf den Stellenwert der Hugenotten in der Kirchengeschichte ein. Obwohl sie außerhalb der konfessionellen Diskussion stünden, seien sie tief in der philosophischen Problematik ihrer Zeit verwurzelt. Daß er den Anschluß der nach Brandenburg-Preußen eingewanderten Hugenotten an den Pietismus in Frage stellte, stieß bei Hartweg, Wilke und Mühlpfordt auf - durch Beispiele gestützten - Widerspruch. Zum Einfluß der calvinistischen Lehre auf die führenden preußischen Herrschergestalten und zur Erzieherfunktion hugenottischer Hofmeister und Prinzenenerzieher äußerten sich Sagave, Hartweg, Wilke und Michael Beinker (Halle). Sagave bewertete die Haltung der Hugenotten 1789 als revolutionsindifferent und ihre Einstellung im 19. Jh. als extrem konservativ. Die Rolle der französischen aufgeklärten Dramatik und ihre Pflege in einer thüringischen Kleinstadt waren Thema eines Diskussionsbeitrages von Gerhard Steiner (Berlin). Die Tätigkeit der Hugenotten in Berliner Schulanstalten wurde von Klaus Steiner umrissen. Ein weiterer zentraler Diskussionsgegenstand war das Problem der Integration und Assimilation der Hugenotten. Integrationsprozesse seien nach Meinung Hartwegs in Brandenburg-Preußen anders als in anderen Einwanderungsländern verlaufen. Am frühesten habe sich laut Mittenzwei die wirtschaftliche Integration vollzogen, später erst seien die politische, die geistig-kulturelle und die sprachliche Eingliederung erfolgt. Nach Auffassung Bendas hätten Mischehen schon in der zweiten und noch mehr in der dritten Generation Assimilationsprozesse verstärkt. In der zweiten Hälfte des 18. Jh. hatten nach Hartweg die in Brandenburg-Preußen lebenden Hugenotten mit den Angehörigen ihres Herkunftslandes kaum noch Gemeinsamkeiten. Im Siebenjährigen Krieg sah von Thadden ein wichtiges integrationsstiftendes Element; die letzten institutionellen Strebepeiler

eines nationalen Sonderstatus der Hugenotten seien im Verlaufe der preußischen Reformen 1809 beseitigt worden. Über den Einfluß der französischen Sprache als besonderes Identitätsmerkmal diskutierten Fontius, Hartweg und Bruno Zilch (Berlin). Goldenbaum erläuterte anhand einer akademischen Preisfrage aus dem Jahre 1784, welchen Einfluß das Französische als Wissenschaftssprache besaß.

Das von Wilke geleitete Rundtischgespräch über "Hugenottische Migration" hatte folgende Gesprächsteilnehmer: Benda, Uta Clemen (Halle), Kohnke, Schnitter, von Thadden und Ute Tischatschke (Halle). Der von Wilke abgesteckte Diskussionsrahmen umschloß die Vorgeschichte der Wanderungsbewegungen der Hugenotten, Probleme der räumlichen und sozialen Strukturen der Migration sowie der demographischen Einflüsse der Wanderung der Refugiés nach Brandenburg-Preußen. Wiederholt standen Fragen der Integration und Assimilation der Hugenotten zur Diskussion, wobei von Thadden eine Stufenfolge des Integrationsprozesses entwickelte und eine Verschmelzung der religiösen Kräfte ausschloß. Benda teilte diese Meinung mit Hinweisen auf die religiösen Verhältnisse in Ungarn im 18. Jh. Kohnke vertrat die Auffassung, daß sich die Assimilationsvorgänge an jenen Orten in Brandenburg-Preußen schneller vollzogen hätten, wo sich nur kleine Kolonien befanden; am langsamsten sei dieser Prozeß dort verlaufen, wo eine geistige Oberschicht existierte, die das Bewußtsein der französischen Abkunft wachhielt. Zilch hielt den Alltag, das tägliche Zusammenleben für vorrangig beim Fortschreiten von Assimilationsprozessen. Zur religiösen Identitätsfindung einerseits und dem fortschreitenden Säkularisierungsprozeß im 18. Jh. andererseits äußerten sich von Thadden, Wilke, Beinker, Hartweg und Lieselott Enders (Potsdam). Aspekte der politischen Haltung der Hugenotten, auch in ihrer zurückliegenden Geschichte, behandelte Clemen. Schnitter erörterte Fragen der Religion in der von Hugenotten stark geprägten Wehrmotivation der brandenburgisch-preußischen Armee. Herzfeld umriß die Lebensverhältnisse in den französischen Gemeinden und hob den engen Zusammenhalt der Gemeindemitglieder und die außerordentliche Solidarität vor allem auf dem Sektor der Armenunterstützung, Krankenpflege und des allgemeinen Bildungswesens hervor.

"Zur Rolle der Hugenotten im Wirtschaftsleben Brandenburg-Preußens im 17. und 18. Jh." fand ein Rundtischgespräch unter Leitung von Mittenzwei statt. Diskussionsteilnehmer waren: Gerhard Brendler (Berlin), Enders, Wolfgang Küttler (Berlin), Helga Schultz (Berlin), Wilke, von Thadden. Den Auftakt zur Diskussion gab ein von Mittenzwei verfaßtes Thesenpapier, in welchem sie in Auseinandersetzung mit Max Webers Auffassung von einer spezifischen Neigung der Protestanten zum ökonomischen Rationalismus die Frage aufwarf, ob sich Antriebe für die Durchsetzung neuer Produktionsverhältnisse tatsächlich aus ihrer besonderen, religiösen Geisteshaltung ergeben hätten. Nach Ansicht Mittenzweis läßt sich aus der Weberschen Gedankführung als rationeller Kern der Nachweis eines besonderen, religiös motivierten Arbeitsethos und einer daraus resultierenden Verhaltensweise erbringen, die das Entstehen kapitalistischer Verhältnisse begünstigt habe. Die Refugiés seien aus weiterentwickelten Sozialverhältnissen in ein zurückgebliebenes Land gekommen. Sie hätten diese Verhältnisse in religiöser Form reflektiert. Es gebe Belege dafür, daß das calvinistische

Arbeitsethos nicht ohne Einfluß auf die Hugenotten geblieben sei. Da, wo die gesellschaftlichen Bedingungen und der mit der Tradition brechende Produzent zusammentrafen, habe dies zu einer Beschleunigung der Kapitalismusgenese geführt.

Brendler meinte, die Weberthese sei dahingehend zu relativieren, daß geistesgeschichtliche Wurzeln des Arbeitsethos und der Askese auch schon auf die vorreformatorische Zeit zurückgingen, und verwies dabei auf erste Entwicklungsformen des Kapitalismus in der Hochburg des Katholizismus, in Italien. Von Thadden polemisierte gegen diese Auffassung: Mit dem Protestantismus sei ein neues Verhältnis zur Frage der Armut und ihrer Bekämpfung durch Zwangsmaßnahmen entstanden. Seit Luther habe sich ein neues Berufs- und Arbeitsethos herausgebildet. Adolf Laube (Berlin) und Küttler plädierten dafür, den rationellen Kern der Weberschen These anzuerkennen, denn eine neue Ideologie sei notwendig gewesen, die Barrieren des Katholizismus zu durchbrechen und Voraussetzungen für die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse zu schaffen. Wichtig sei, bemerkte Küttler, die Erforschung der Wechselbeziehungen religiöser Normen und Verhaltensweisen zum Wirtschaftsverhalten, um herauszufinden, in welchem Maße sie letzteres im Gastgeberland, das einen relativ niedrigen Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Verhältnisse hatte, beeinflussten. Enders und Mühlpfordt betonten in ihren Beiträgen die kapitalismusfördernden Tugenden der Hugenotten. Diese hätten eine neue Arbeitsorganisation praktiziert. Günter Vogler (Berlin) verwies darauf, daß sich Einflüsse der Hugenotten auf Wirtschaft und Kultur in Brandenburg-Preußen bis in die Zeit der Konversion des preußischen Herrscherhauses und der Oberschicht zu Beginn des 17. Jh. zurückverfolgen ließen. Schultz gab zu bedenken, daß Brandenburg-Preußen auch ein stark pietistisch beeinflusstes Land gewesen sei und daß sich daraus gleichermaßen Quellen eines neuen Arbeitsethos herleiten ließen. Als Initialzündung für die Manufakturentwicklung des Landes hätten insbesondere die umfangreichen und dauerhaften Betriebsgründungen durch preußische Beamte und Unternehmer gewirkt. Walter Schmidt (Berlin) unterstrich die Notwendigkeit weiterführender Untersuchungen zur Haltung und Wirksamkeit von Hugenotten im 19. Jh., insbesondere in der Zeit der industriellen Revolution.

In ihrem Schlußwort faßte Mittenzwei Schwerpunkte und Tagungsergebnisse zusammen und verwies auf offene, für die weitere Forschung wichtige Probleme. Die Konzentration auf Brandenburg-Preußen und auf die Schwerpunkte Wirtschaft, Wissenschaft und Denken sei notwendig gewesen, und die territoriale Begrenzung habe keineswegs zu einer Einengung dieses Themas von europäischer Tragweite geführt. Da die Verhältnisse des untersuchten Landes in den gesamteuropäischen Zusammenhang eingeordnet worden seien, habe man zahlreiche Vergleiche ziehen können. Jedoch ließe sich eine Reihe von Fragen erst klären, wenn man die internationalen Zusammenhänge noch intensiver erforsche. Dazu gehöre die Frage nach den Gründen für die Aufhebung des Edikts von Nantes oder die nach den Motiven für das Edikt von Potsdam. Nach wie vor wichtig bleibe die Erforschung der Rolle der Hugenotten im politischen Leben Brandenburg-Preußens, ob und in welcher Weise die Refugiés die Entstehung und weitere Entwicklung des brandenburgisch-preußischen Staates

gestützt, welchen direkten Einfluß sie auf Herrscherpersönlichkeiten ausgeübt haben und ob und inwiefern sie zu Stützen der Monarchie und der Hohenzollerndynastie geworden sind. Nachzuholen sei eine stärkere Erforschung der Alltagsgeschichte der Hugenotten, ihres Lebens in fremder Umgebung, der Funktion ihrer Kirchengemeinden und der Reaktion der einheimischen Bevölkerung auf die Fremden. Auch der Beitrag der Hugenotten zur Kunstentwicklung sei noch ein Forschungsdesiderat. Mittenzwei sah die Ergebnisse der Konferenz vor allem in einem fortgeschrittenen Urteil über die Wanderwege, Aufnahmebedingungen und die soziale Zusammensetzung der Einwanderer, über ihre Rolle in der Wirtschaft und in der Wissenschaft des Gastlandes, vor allem aber in der großen geistigen Emanzipationsbewegung des Bürgertums: der Aufklärung. Über den Platz der Hugenotten im Rahmen der Gesamtwirtschaft Brandenburg-Preußens, über ihr spezifisches Arbeitsethos und seine Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben sowie über Probleme der Toleranz und einer möglichen Mittlerrolle der Hugenotten zwischen den Kulturen - die meistumstrittenen Fragen auf der Konferenz - werde ebenfalls weiter zu forschen sein.

Helga Eichler

Stadt und Kirche im Spätmittelalter und während der Reformation

(1. bis 3. Oktober 1985 in Frankfurt/Oder)

Die 30. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft fand in Frankfurt (Oder) statt und beschäftigte sich mit dem Verhältnis von Stadt und Kirche vor und während der Reformation.

In seinem einleitenden Referat "Stadt und Reformation im 16. Jh. Erscheinungsbilder - Methodenfragen - Typologie" unterstrich **Günter Vogler** (Berlin) den engen Zusammenhang von Stadt und Reformation und ging auf das Verhältnis von Religion, Kirche und Konfession ein. Vogler mußte konstatieren, daß es trotz umfangreicher Literatur zur Reformation in den Städten nicht möglich ist, eine Typologie der städtischen Reformation zu versuchen.

Auf ein Problem, das bisher von der marxistischen Forschung kaum behandelt wurde, wies **Adolf Laube** (Berlin) in seinem Beitrag "Soziale Aspekte im Prozeß der Stadtreformation" hin. Er untersuchte die Stellung der Armenfürsorge im Rahmen der lutherischen Reformation sowie Maßnahmen zu ihrer Realisierung. Der enge Zusammenhang von Stadt und Reformation bildete auch für **Johannes Schildhauer** (Greifswald) den Ausgangspunkt für seine Darlegungen "Reformation in Norddeutschland als eine bürgerlich-städtische Bewegung". An konkreten Beispielen verdeutlichte er Ursachen, Verlauf und Ergebnisse der Reformation und zog allgemeine Schlußfolgerungen.

Eine neue Sicht auf die Thematik Stadt und Reformation versuchte **Heinz Schilling** (Gießen) in seinem Vortrag "Zur gesellschaftlichen Interpretation der Stadtreformation - reformatorische Bürgerbewegung, Eliteaustausch, frühneuzeitliches Wirtschaftsbürgertum" zu vermitteln. Schilling behandelte Beiträge zum Thema "Konfessionalisierung als Kategorie der Gesellschaftsgeschichte", die Stellung der "Hansereformation" in der deutschen Reformation und die Entstehung eines "stadtfernen, frühneuzeitlichen" Bürgertums als Konsequenz von Reformation und Konfessionalisierung.

Über die Rolle kirchlicher Stadtherren und ihren Einfluß auf die städtische Politik sprach **Barbara Pätzold** (Berlin) in ihren Darlegungen "Zum Verhältnis von Klerus und Stadt im Spätfeudalismus am Beispiel von Halberstadt und Quedlinburg".

Mit der Frage, wie die Stadt selbst ihr Verhältnis zur Kirche sah und gestaltete, beschäftigte sich **Ulman Weiß** (Berlin) in seinen Ausführungen "Einige Prinzipien stadtbürgerlicher Kirchenpolitik" am Beispiel Erfurts.

Auf Ursachen, Verlauf und Ergebnisse der Reformation ging **Rainer Postel** (Hamburg) ein. Er untersuchte "Motive städtischer Reformation in Norddeutschland" am Beispiel Hamburgs und verwies auf soziale Ursachen, die zur Reformation geführt hatten. Ernst zu nehmen ist sein Hinweis, daß die Reformation nicht nur aus sozialen Motiven, sondern auch aus einer tiefen Frömmigkeit der Gläubigen erwuchs.

Auf eine bisher wenig erforschte Problematik wies **Helmut Bräuer** (Leipzig) mit seinem Beitrag "Bürgerliche Oberschicht und Reformation. Vergleichende Betrachtung am Beispiel sächsischer Städte" hin, indem er feststellte, daß die bürgerliche Oberschicht in den Städten sehr unterschiedlich zusammengesetzt war. Aus diesem Grunde verhielt sie sich in einzelnen Städten auch recht unterschiedlich zur Reformation.

Mit einem konkreten Ergebnis der Reformation beschäftigt sich **S t e f a n O e h m i g** (Berlin): "Der Wittenberger 'Gemeine Kasten' - seine finanzielle Leistungsfähigkeit und seine Nutznießer bis 1547".

Zum Themenkomplex Auswirkungen der Reformation außerhalb des deutschen Reiches leitete **M a r i a B o g u c k a** (Warschau) mit "Reformation und Danziger Aufstand in den Jahren 1517 - 1526" über. Bogucka wies nach, daß der Danziger Aufstand aufgrund innerer Ursachen ausbrach und kaum durch die lutherische Reformation beeinflusst wurde.

Einflüsse der Reformation in Polen untersuchte **M a r i a n B i s k u p** (Warschau) in seinem Beitrag "Stadt und Reformation am Beispiel von zwei königlich-preußischen Städten - Elbing und Thorn - am Anfang des 16. Jh.". Biskup verdeutlichte, daß die Reformation in diesen beiden Städten einerseits durch soziale und nationale Mißstände und andererseits durch Einflüsse der lutherischen Reformation verursacht wurde.

Wie sich die Reformation auch in den baltischen Ländern auswirkte, zeigte **T h e o d o r Z e i d s** (Riga) am Beispiel Rigas. Die Reformation in Riga war durch ihre sozialen und nationalen Ursachen, ihren relativ schnellen Verlauf und den engen Zusammenhang von Reformation und dem Streben der Stadt, ihre Selbständigkeit gegen die Angriffe der Stadtherren zu verteidigen, gekennzeichnet.

K a t a l i n P e t e r (Budapest) referierte über die Apologie der Reformation im Burzenland. Die Burzen waren nach Ungarn eingewanderte Sachsen, die in Ungarn über eine eigene Verwaltung und eine eigene Kirchenorganisation verfügten. Im Verlauf der Reformation wurden sie Anhänger des Luthertums, während sich im übrigen Ungarn der Calvinismus durchsetzte.

Über Auswirkungen der Reformation sprach auch **S . Z i j l s t r a** (Groningen) in seinem Beitrag "Stadt und Reformation in den östlichen Niederlanden und den benachbarten deutschen Gebieten (Westfalen, Ostfriesland) 1520 - 1550". Zijlstra verdeutlichte, daß sich die lutherische Reformation in den östlichen Niederlanden sehr schnell ausbreitete und entsprechend den jeweiligen Bedingungen modifiziert wurde.

Wie sehr die Reformation gerade den Interessen der Städte entsprach, darauf verwies **S i g r i d L o o ß** (Berlin), indem sie die reformatorische Ideologie als Ausdruck bürgerlicher Interessen und reichsstädtischer Politik am Beispiel Straßburgs behandelte. Sie charakterisierte Straßburg als Modellfall für das Wechselverhältnis von Reformation und städtischer Politik, d. h. die Bedeutung der Reformation für die Durchsetzung städtischer und bürgerlicher Politik.

Auf ein konkretes Ergebnis der Reformation ging **T h o m a s B r ü c k** (Greifswald) mit "Der Wandel im Charakter bruderschaftlicher Korporationen infolge der Reformation - dargestellt am Beispiel der Stralsunder Schifferkompanie" ein.

In der Diskussion zu den einzelnen Beiträgen wurde besonders die These von Schilling vom "stadtfernen, frühneuzeitlichen" Bürgertum kritisiert. Weitere Schwerpunkte der Diskussion bildeten Fragen nach der Einrichtung und Nutzung von "Gemeinen Kasten" und nach Auswirkungen der Reformation außerhalb des deutschen Reiches. In seinen abschließenden Bemerkungen faßte Laube die Ergebnisse der Hansetagung zusammen und verwies vor allem auf offene Forschungsprobleme. Zu diesen gehöre der Platz von Religion und Glauben im Spätfeudalismus, dem die marxistische Forschung mehr Aufmerksamkeit schenken müsse. In diesem Zusammenhang soll die Religiösität der einzelnen sozialen Schichten in den Städten differenziert behandelt und künftig noch stärker vergleichende Aspekte berücksichtigt werden.

Renate Schilling

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR

29. Lieferung

von Dieter Müller

Theorie und Methodik

4569.

Christ-Thilo, Christian: Die Etablierung der Wirtschaftsgeschichte als eine marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität durch Jürgen Kuczynski (1946 - 1956). - In: Die Herausbildung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin : Jürgen Kuczynski zum 80. Geburtstag. - Berlin : Humboldt-Univ., 1984. - (Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin ; 10). - S. 9 - 56 ; Tab.

4570.

Falk, Waltraud: Zum Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte und zu ihrer Stellung im System der Wissenschaften in der DDR und an der Humboldt-Universität. - In: Die Herausbildung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin : Jürgen Kuczynski zum 80. Geburtstag. - Berlin : Humboldt-Univ., 1984. - (Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin ; 10). - S. 57 - 67 ; Tab.

4571.

Felber, Roland: Zur Wiederaufnahme der Diskussion um die Asiatische Produktionsweise in der chinesischen Geschichtswissenschaft. - In: Ethnogr. -

archäol. Z., Berlin, 26 (1985), S. 241 - 258.

4572.

Gräfe, Karl-Heinz: Zu theoretischen und methodologischen Fragen des Forschungsgegenstandes "Geschichte der sozialistischen internationalen Partnerschaftsbeziehungen". - In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Karl Friedrich Wilhelm Wander" Dresden, Gesellsch.wiss. R., Dresden, 18 (1984), S. 9 - 21 ; Tab.

4573.

Hänsel, W.: Zur Entwicklung der Militärökonomie als Wissenschaftsdisziplin in der DDR. - In: Militärwesen, Berlin, 29 (1985) 3, S. 27 - 31.

4574.

Die Herausbildung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin : Jürgen Kuczynski zum 80. Geburtstag. - Berlin : Humboldt-Univ., 1984. - 77 S. ; Ill., Tab. - (Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin ; 10).

4575.

Hoell, Günter: Die Rolle des ersten sowjetischen Lehrbuchs für politische Ökonomie in der Entwicklung der politischen Ökonomie. - In: Wiss. Z. Hochsch. Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin, Berlin, 30 (1985) 2, S. 3 - 7.

4576.

Krömke, Claus: Marx' "Kapital"
- theoretische Grundlage für umfas-
sende Intensivierung. - In: Einheit,
Berlin, 40 (1985) 6, S. 501 - 507.

4577.

Langbein, Peter: Zum Gegenstand der
Wissenschaftsdisziplin "Leitung der
sozialistischen Wirtschaft". - In:
Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock,
Gesellsch.wiss. R., Rostock, 23 (1985)
5, S. 33 - 35.

4578.

Laveryčev, Vladimir: Der staatsmono-
polistische Kapitalismus in Rußland :
Ergebnisse u. Aufgaben d. weiteren
Forsch. - In: Jb. Gesch. sozialist.
Länder Europas, Berlin, 29 (1985),
S. 233 - 242.

4579.

Leciejewski, Klaus: Zum Versuch, die
Warenproduktion in Sowjetrußland im
Jahre 1920 aufzuheben. - In: Jb. Gesch.
sozialist. Länder Europas, Berlin, 29
(1985), S. 119 - 133.

4580.

Die Leistung im Wechselverhältnis von
Produktion und Distribution und das
Geld im Sozialismus : Studie / Leitung
d. Autorenkoll.; Erika Grotjan. - Ber-
lin : Humboldt-Univ., 1982. - 84 S.
- (Berichte / Humboldt-Universität zu
Berlin ; 19).

4581.

Marxhausen, Thomas: Marx' Untersu-
chung der "Auflösung der Ricardoschen
Schule". - In: Arb.bl. Marx-Engels-
Forsch., Halle/S., 17 (1984), S. 5 - 116.

4582.

Pittack, Herwart: Zur Bedeutung der
Arbeiten Kuczynskis über die Weltwirt-
schaft für die Ausbildung im Fach Wirt-
schaftsgeschichte. - In: Die Herausbil-

dung und Entwicklung der marxistisch-
leninistischen Wirtschaftsgeschichte an
der Humboldt-Universität zu Berlin :
Jürgen Kuczynski zum 80. Geburtstag.
- Berlin : Humboldt-Univ., 1984. - (Bei-
träge zur Geschichte der Humboldt-Uni-
versität zu Berlin ; 10). - S. 68 - 70.

4583.

Roesler, Jörg: Enthusiasmus und ma-
terielle Interessiertheit als Triebkräfte
der Wirtschaftsentwicklung zu Beginn
der Übergangsperiode vom Kapitalismus
zum Sozialismus in der UdSSR, der DDR
und auf Kuba. - In: Jb. Gesch. sozialist.
Länder Europas, Berlin, 29 (1985),
S. 135 - 160 : Tab.

4584.

Rudolph, Franz: Neue Profitstrategien
und Organisationsstrukturen der Kon-
zerne. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985)
9, S. 29 - 35 : Tab.

4585.

Rudolph, Günther: Karl Rodbertus (1805
- 1875) und die Grundrententheorie : Po-
litische Ökonomie aus d. Vormärz.
- Berlin : Akad.-Verl., 1984. - 332 S.
- (Schriften des Zentralinstituts für
Wirtschaftswissenschaften ; 21).

4586.

Scharping, Horst; Bunge, Martina: Die
Produktion von Konsumtionsmitteln in
den Kombinat der Abteilung A und das
Gesetz der Ökonomie der Zeit. - In:
Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock,
Gesellsch.wiss. R, Rostock, 33 (1984)
8, S. 1 - 5.

4587.

Schönherr, S. : Wirtschaftsentwicklung
und Landesverteidigung im Sozialismus.
- In: Militärwesen, Berlin, 29 (1984) 12,
S. 24 - 28.

4588.

Schröder, Hans: Zur Durchsetzung von Grunderfordernissen der Intensivierung im System der Leitung, Planung und Stimulierung der Sowjetunion und ihre Bedeutung für die DDR. - In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Karl Friedrich Wilhelm Wander" Dresden, Gesellsch.wiss. R., Dresden, 18 (1984), S. 119 - 131.

4589.

Schwärzel, Renate: Zur Darstellung der Gewerkschaften in der Betriebsgeschichte : 14. bis 16. Nov. 1984 in Halle. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 215 - 218.

4590.

Steding, Rolf: Genossenschaftliche Demokratie - wichtige Triebkraft des gesellschaftlichen Fortschritts in der Landwirtschaft ; Agrartheoretische Aspekte ihrer Gestaltung als Element sozialist. Demokr. - In: Staat u. Recht, Berlin, 34 (1985) 10, S. 815 - 823.

4591.

Teßmann, Kurt: Produktivkräfte des gesellschaftlichen Gesamtorganismus. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 23 (1984) 5, S. 15 - 19.

4592.

Zboralski, Dietrich: Kuczynskis Gedanken zum gesellschaftlichen Fortschritt und ihre Bedeutung für die Auseinandersetzung mit dem Erbe bürgerlicher Wirtschaftswissenschaften. - In: Die Herausbildung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin ; Jürgen Kuczynski zum 80. Geburtstag. - Berlin ; Humboldt-Univ., 1984. - (Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin ; 10). - S. 71 - 76.

4593.

Zu den "langen Wellen" ökonomischer Entwicklung im Kapitalismus. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 10, S. 1 - 11.

Bibliographien

4594.

Günther, Renate: Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte. - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin (1985) 3, S. 231 - 260.

4595.

Lauerwald, Paul: Zu ausgewählten Veröffentlichungen zur Münz- und Geldgeschichte 1979 bis 1983 ; Literaturbericht. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 25 (1985) 2, S. 173 - 176.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

4596.

Coblenz, Werner: Walther Haupt 90 Jahre. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 2, S. 90.

4597.

Fleischhacker, Jochen; Michel, Harald; Thümmler, Heinzpeter: Bevölkerungswachstum als globales Problem : 19. bis 23. Nov. 1984 in Berlin. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 219 - 223.

4598.

Goldmann, Sonja: Kolloquium über die Wechselbeziehungen von Betrieb und Territorium. - In: Beitr. Gesch. Arb.-bew., Berlin, 26 (1984) 4, S. 540 - 541.

4599.

Alexander von Humboldt : Vorträge d. 4. Agricola-Kolloquiums d. Bergakademie Freiberg anläßl. d. 125. Todestages von Alexander von Humboldt im Jahre

1984. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1985. - 58 S. : Ill. - (Freiberger Forschungshefte : D ; 171).
- 4600.
- Kuczynski, Jürgen: Förderliche Fehler : Selbstkritische Bemerkungen zu einem Geburtstag. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1983) 3, S. 95 - 97.
- 4601.
- Maier, Harry ; Eduard Alexander: Ein bedeutender Wirtsch.theoretiker d. KPD. - In: Beitr. Gesch. Arb.-bew., Berlin, 27 (1985) 1, S. 65 - 71.
- 4602.
- Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte in den Handwerks- und Innungsbeständen des Stadtarchivs Leipzig (1182 - 1932) : Eine Bestandsinformation / Zsgest. von Horst Thieme. - In: Leipzig - aus Vergangenheit u. Gegenwart, Leipzig, 3 (1984), S. 131 - 149 : Ill.
- 4603.
- Schreyer, Hermann: Die Kriegswirtschaftsorganisationen im ersten Weltkrieg und ihre Archivbestände als Quellen zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 181 - 208.
- 4604.
- Wehner, Heinz: Prof. Dr. nabil. Rudolf Forberger 75 Jahre. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 2, S. 89 - 90.
- 4605.
- Weichold, Arthur: Wilhelm Gotthelf Lohrmann : Lebensbild eines hervorragenden Geodäten, Topographen, Astronomen, Metereologen und Förderers d. Technik in Wiss. u. Praxis in d. 1. Hälfte d. 19. Jh. / Geleitw.
- 4606.
- Zum wissenschaftlichen Werk von Gunther Kohlmeier : Beiträge ... u. Erwidern d. Jubilars in d. festl. Sitzung d. Klasse Gesellsch.wiss. I am 22. Sept. 1983 zur Würdigung d. Wiss. Werkes von Gunther Kohlmeier, Ordentl. Mitglied d. Akad. d. Wiss. d. DDR anläßl. seines 70. Geburtstages. - Berlin : Akad.-Verl., 1984. - 44 S. - (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR : G ; 9).
- Mehrere Zeitabschnitte umfassend
- 4607.
- Blehschmidt, Erich: Die Neumannmühle im Kirnitzschtal - ein technisches Denkmal und seine Bedeutung. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 4, S. 156 - 158 : Ill.
- 4608.
- Creutz, Hans-Jürgen: Etappen der Entwicklung des Erfinderschutzes in Sachsen. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 4, S. 165 - 169 : Ill., Kt., Tab.
- 4609.
- Dunsch, Lothar: Geschichte der Elektrochemie : Ein Abriß. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1985. - 154 S. : Ill.
- 4610.
- Heinz, Louis: Die Geschichte der Glashütten des Thüringer Waldes : Ein Beitr. zur Wirtsch.gesch. d. Bez. Suhl / Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Bez.ltg. Suhl. - Suhl : Kulturbund d. DDR, Bezirksleitung Suhl, 1984. - 87 S. : Ill.
- 4611.
- Hoffmann, Kurt: Der Zwickauer Stein-

kohlenbergbau von seinen Anfängen bis zum Beginn der kapitalistischen Industrialisierung. - Zwickau : Haus d. Revolutionären Zwickauer Arbeiterbewegung, 1979. - 67 S. ; Ill., Kt. - (Zwickauer Forschungshefte : Geschichte der Produktivkräfte).

4612.

Kagel, Wolfgang: Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen : 26. bis 30. Nov. 1984 in Dresden. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 225 - 230.

4613.

Lehmann, Herbert: Die Kutzeburger Mühlen : Abriß einer 450jährigen Gesch. - In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 19 (1985), S. 148 - 159 : Ill.

4614.

Leipziger Messe : Ein Rundgang durch 800 Jahre / Hrsg. : Leipziger Messeamt. - Leipzig : Offizin Andersen Nexö, 1982. - 322 S. : Ill.

4615.

Richter, Siegfried; Sonnemann, Rolf: Roboter - Geschichte und soziale Aspekte. - In: Einheit, Berlin, 40 (1985) 1, S. 44 - 50.

4616.

Schmidt, Werner: Teiche und Mühlen am Grunabach - einem Nebenbach der Wesenitz (Oberlausitz). - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 2, S. 82 - 85 : Ill., Kt.

4617.

Schrammek, Rochus: Verkehrs- und Baugeschichte der Stadt Bautzen. - Bautzen : Domowina-Verl., 1984. - 240 S. & 1 Beil.

4618.

Unterwegs durch die Jahrtausende : Ein Streifzug durch d. Gesch. d. Weltverkehrs / Autorenkoll. d. Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden. - Leipzig / u. a. / : Urania-Verl., 1984. - 248 S. : Ill.

4619.

Zur Geschichte der Rekonstruktion des Freibergsdorfer Hammerwerks / Von Eberhard Löffler In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 30 (1984) 6, S. 241 - 246 : Ill.

- 500

4620.

Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in ur- und frühgeschichtlicher Zeit : XII. Tagung d. Fachgruppe Ur- u. Frühgesch. vom 14. bis 16. Dez. 1981 in Berlin / Im Auftr. d. Historiker-Gesellsch. hrsg. von Fritz Horst u. Bruno Krüger. - Berlin : Akad.-Verl., 1985. - 356 S.

4621.

Rößler, Detlef: Handwerk und Lohnarbeit im Athen des 5. und 4. Jh. v. u. Z. : Bemerkungen zu einem Aufs. von Giuseppe Nenci. - In: Jb. Wirtsch.gesch. Berlin, (1985) 3, S. 73 - 94.

500 - 1789

4622.

Andersen, Michael: Westslawischer Import in Dänemark etwa 950 bis 1200 : Eine Übersicht. - In: Z. Archäol., Berlin, 18 (1984) 2, S. 145 - 161.

4623.

Arnold, Thomas: Der Abguß eines Nordhäuser Brakteaten auf der ehemals Görzbacher Glocke. - In: Beitr. Heimatkd.

Stadt u. Kreis Nordhausen, Nordhausen, 9 (1984), S. 34 - 39 : Ill.

4624.

Aulepp, Rolf: Die Burgen und alten Straßen des Düns. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 25 (1985) 1, S. 65 - 74 : Ill.; 2, S. 144 - 151 : Ill.

4625.

Brakteaten: Mitteldeutsche Brakteaten; Aus d. Münzkabinett d. Staatl. Museen zu Berlin / Einf. u. Erl. von Bernd Kluge. - Leipzig : Prisma-Verl., 1984. - XII, 44 S. : Ill. - (Die Schatzkammer ; 35).

4626.

Demme, Hans: Der Konsens über die Errichtung einer Glashütte bei Wintzingerode im Jahre 1533. - Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 25 (1985) 3, S. 265 - 267.

4627.

Findeisen, Peter: Schwedisch-Pommerns progressive Wirtschaftspublizistik : Einige konzeptionelle Überlegungen zur territorialstaatl. Forsch. über d. Genese d. Bourgeoisie in Dtlnd. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 11 (1984), S. 109 - 130.

4628.

Fischer, Ekkehard: Die Arbeitskämpfe der Schweriner Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert. - In: Schweriner Bl., Schwerin, 5 (1985), S. 30 - 32 : Ill.

4629.

Gelius, Rolf: Der europäische Seehandel mit Waidasche und Pottasche von 1500 bis 1650. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1983) 3, S. 59 - 72 : Tab.

4630.

Hellfritsch, Volkmar: Handwerk, Gewerbe und städtisches Regime in

Zwickau nach Personennamen des 14. und 15. Jahrhunderts. - In: Erzgebirge, Karl-Marx-Stadt, (1984), S. 85 - 95 : Ill.

4631.

Kasper, Hanns-Heinz: Das Rechnungswesen im kursächsischen Hüttenwesen des 16. Jahrhunderts. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 1, S. 18 - 20 : Ill.

4632.

Knobloch, Franz: Das Brauwesen in Sangerhausen. - In: Beitr. Heimatforsch., Sangerhausen, 8 (1985), S. 34 - 40.

4633.

Kretzschmar, Gunter: Zur Brakteatenprägung der Dohnaer Burggrafen. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 5, S. 237 - 238 : Ill., Kt.

4634.

Kühne, Heinrich: Der Bau der ersten Papiermühle zur Reformationszeit in Wittenberg. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 4, S. 159 - 160 : Ill.

4635.

Lauerwald, Paul: Die Nordhäuser Münzgewichte von 1364. - In: Beitr. Heimatkd. Stadt u. Kreis Nordhausen, Nordhausen, 9 (1984), S. 47 - 50 : Ill.

4636.

Meyer, Günter: Dänische Artillerie-Transportprähme im Nordischen Krieg 1712. - In: Panorama marit., Rostock, 17 (1984), S. 22 - 26 : Ill.

4637.

Münch, Ernst; Kobrow, Hartmut: Das Ernährungsproblem im Spätfeudalismus. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 32 (1984) 4, S. 333 - 335.

4638.

Naumann, Friedrich: Vom Abakus zur Rechenmaschine. - In: Sächs. Heimatbl.,

Dresden, 31 (1985) 1, S. 26
- 29 : Ill.

4639.

Pánek, Jaroslav: Zur Entwicklung der böhmischen Bergstädte im 16. Jahrhundert. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 1, S. 9 - 11.

4640.

Pffor, Herbert: Der Freiburger Silberbergbau zur Zeit von Adam Ries (1492 - 1559) und die Rolle des Freiburger Gelehrten Ulrich Rülein. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 1, S. 14 - 17 : Ill.

4641.

Schmidt, Ursula: Wann unsere Dörfer entstanden. T. 2. - In: Neubrandenburger Mosaik, Neubrandenburg, (1984), S. 28 - 46 : Ill.

4642.

Šořta, Jan: Ökonomische und soziale Probleme in der frühen Geschichte der Oberlausitzer Gesellschaft der Wissenschaften. - In: Jb. Gesch. sozialist. Länder Europas, Berlin, 28 (1984), S. 79 - 98.

4643.

Stark, Walter: Untersuchungen zum Profit beim hansischen Handelskapital in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. - Weimar : Böhlau, 1985. - 147 S. - (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte ; 24).

4644.

Thiede, Hans-Joachim: Postmeister - Verzeichnis der ehemals sächsischen Postorte im Bezirk Cottbus von 1765 - 1813. - In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 19 (1985), S. 174 - 179 : Ill., Verz.

4645.

Wachter, Berndt: Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des 10. Jahrhunderts im Hannoverschen Wendland und angrenzenden Gebieten. - In: Z. Archäol., Berlin, 18 (1984) 1, S. 45 - 61 : Ill.

4646.

Zierholz, Heinz-Peter: Arbeiterschaft und Recht in Brandenburg - Preußen 1648 - 1800. - Weimar : Böhlau, 1985. - 126 S.

1789 - 1917

4647.

Bauern und bürgerliche Revolution / Hrg. von Manfred Kossok u. Werner Loch. - Berlin : Akad.-Verl., 1985. - 336 S. - (Studien zur Revolutionsgeschichte).

4648.

Berthold, Rudolf: Die quantitative Analyse der Lage der Bauern im späten 18. Jh. : Walter Achilles, Die Lage der hannoverschen Landbevölkerung im späten 18. Jahrhundert = Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen ; 34, Quellen und Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Niedersachsens in der Neuzeit, Bd. 9 Hildesheim 1982. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 109 - 123.

4649.

Borchert, Friedrich-Wilhelm: Zur Entwicklung der Schweriner Konsumgenossenschaft. - In: Schweriner Bl., Schwerin, 5 (1985), S. 40 - 47 : Ill.

4650.

Breuer, Manfred: MS Spree, Fahrgastschiff zwischen Elbe und Oder. - Berlin: Transpress, 1985. - 144 S. : Ill. - (Transpress Verkehrsgeschichte).

4651.
Buchsteiner, Ilona: Lebensweise und Kultur der werktätigen Dorfbevölkerung im 19. Jh. Bauern und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde. Zur Geschichte des dörflichen Alltags vom Ausgang des 18. Jahrhunderts. Hrsg. von H. -J. Rach u. B. Weißel. Berlin 1982.
 - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 125 - 131.
4652.
Demps, Laurenz: Berliner Handwerksvereinshaus und Sophiensäle. - In: Berliner Gesch., Berlin, 5 (1984), S. 32 - 45 : Ill., Tab.
4653.
Deutsche Eisenbahnen 1835 - 1985 / Autorenkoll. unter Leitung von E. Friede Rehbein ... - Berlin : Transpress, 1985. - 288 S. : Ill.
4654.
Dittmann, Fred: Mühlsteinbrüche im Kyffhäusergebirge. - In: Beitr. Heimatforsch., Sangerhausen, 8 (1985), S. 26 - 33 : Ill.
4655.
Düntzsch, Helmut; Zesewitz, Sigbert: Die Schifffahrtsgesellschaften auf der Elbe : Ein Überblick über d. Konzentrationsprozeß in d. Schlepsschifffahrt von den Anfängen bis zur Weltwirtschaftskrise. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 5, S. 193 - 207 : Ill., Tab.
4656.
Girnus, Wolfgang: Die chemische Forschung und Lehre und die chemische Industrie in Berlin - Gedanken zu ihrer Wechselwirkung im 19. Jahrhundert. - In: Beiträge zur Geschichte der Chemie in Deutschland, insbesondere in Berlin im 19./20. Jahrhundert / Verantw.: W. Girnus, R. Zott. - Berlin: Akad. d. Wiss. d. DDR, Inst. für Theorie, Gesch. u. Organisation d. Wiss., 1984. - (Kolloquier / Akademie der Wissenschaften der DDR, Inst. für Theorie, Gesch. u. Organisation d. Wiss. ; 37) (Berliner Wissenschaftshistorische Kolloquien ; 9) (Die Entwicklung Berlins als Wissenschaftszentrum 1870 - 1930 : Beiträge einer Kolloquienr. ; 6). - S. 51 - 72.
4657.
Groppa, Kurt: Zur Geschichte der Schweriner Straßenbahn. - In: Schweriner Bl., Schwerin, 5 (1985), S. 47 - 55 : Ill.
4658.
Harnisch, Hartmut: Die Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert in der Provinz Brandenburg. - In: Kolloquium zur Regionalgeschichte : Vorträge d. am 24. Okt. 1984 in Potsdam anläßl. d. "Archivwoche d. DDR" veranstalteten Kolloquiums d. Staatsarchivs Potsdam. - Potsdam : Staatsarchiv Potsdam, 1985. - S. 32 - 59.
4659.
Hoppe, Günther: Domänen, Drescher und Kossaten; Zu den agrar. Verh. im Köthener Land bis zur Revolution von 1848. - Köthen : Rat d. Kr.; Histor. Museum, 1983. - (Kleine Köthener Monographien zur Regionalgeschichte Anhalts ; ...)
 T. 1. Die Kellergesellschaften und die Revolution von 1848. - 48 S. : Ill., Tab. - (... ; 2).
4660.
Kabisch, Karl-Heinz: Zum Flachsenbau und zur Flachsbearbeitung auf dem Eichsfeld im 19. Jahrhundert. - Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 25 (1985) 2, S. 135 - 143 : Ill.
4661.
Krüber, Lona: Von alten Berufen im Südharz. - In: Beitr. Heimatforsch., Sangerhausen, 8 (1985), S. 3 - 14.

Krüger, Ulrich: Leipzig und die Dampfmaschine. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 4, S. 161 - 164 : Ill.

4663.

Krug, Klaus: Chemische Technologie und Verfahrenstechnik - zwei sich ablösende Wissenschaftskonzepte. - In: Beiträge zur Geschichte der Chemie in Deutschland, insbesondere in Berlin im 19./20. Jahrhundert / Verantw. : W. Girnus, R. Zott. - Berlin : Akad. d. Wiss. d. DDR, Inst. für Theorie, Gesch. u. Organisation d. Wiss., 1984. - (Kolloquien / Akademie der Wissenschaften der DDR, Inst. für Theorie, Gesch. u. Organisation d. Wiss. ; 37) (Berliner Wissenschaftshistorische Kolloquien ; 9) (Die Entwicklung Berlins als Wissenschaftszentrum 1870 - 1930 : Beiträge einer Kolloquienr. ; 6). - S. 73 - 114 : Tab.

4664.

Kuczynski, Thomas: Von der Großen Depression zum ersten Weltkrieg. W. Arthur Lewis, Growth and fluctuations 1870 - 1913. London / Boston / Sydney 1978. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 155 - 160 : Tab.

4665.

Lange, Albrecht: Die territoriale Ausweitung des Spreewaldgemüseanbaus von den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. - In: Lëtopis, R. C, Bautzen, 27 (1984), S. 58 - 72.

4666.

Lauerwald, Paul: Das "Bimmelbähnchen" : Zur Gesch. d. Eisenbahnstrecke Heiligenstadt - Schwebda. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 24 (1984) 3, S. 228 - 244 : Ill.

Lauerwald, Paul: Stand und Aufgaben bei der Erforschung der Nordhäuser Münzgeschichte. - In: Beitr. Heimatkd. Stadt u. Kreis Nordhausen, Nordhausen, 9 (1984), S. 89 - 92.

4668.

Lehmann, Hermann: Vom Alltag und seiner Theorie. Der Arbeitsmann, er stirbt, verdirbt, wann steht er auf? Sozialreportagen 1880 bis 1918. Hrsg. von F. G. Kürbisch. Berlin (West)/Bonn 1982. Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918 bis 1945. Hrsg. von F. G. Kürbisch. Berlin (West)/Bonn 1981. Erkundungen in einem unbekanntem Land. Sozialreportagen von 1945 bis heute. Hrsg. von F. G. Kürbisch. Berlin (West) / Bonn 1981. Peter Alheit, Alltagsleben. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen "Restphänomens". Frankfurt/M./New York 1983. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 139 - 142.

4669.

Lemke, Heinz: Verbindungen der Petersburger Internationalen Handelsbank zu deutschen Banken Ende des 19. Jh. - In: Jb. Gesch. sozialistischer Länder Europas, Berlin, 28 (1984), S. 161 - 185.

4670.

Lexow, Werner: 120 Jahre Bahnhof Neubrandenburg. - In: Neubrandenburger Mosaik, Neubrandenburg, (1984), S. 56 - 70 : Ill.

4671.

Majer, Jiri: Zur Entwicklung der Montanwissenschaften und Bergbautechnik in den böhmischen Ländern (1830 bis 1938). - In: Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte. - Bd. 19. - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1985. - (Freiberger Forschungshefte ; D 163). - S. 53 - 85.

4672.

Malich, Uwe: Das profitable Geschäft mit der Rüstung : Ein wirtschaftsgesch. Abriß d. Expansion d. Krupp-Konzerns im imperialist. Dtl. vor d. ersten Weltkrieg. - In: Gesch. unterr. u. Staatsbürgerkd., Berlin, 27 (1985) 10, S. 773 - 784 ; Tab.

4673.

Messerschmidt, Wolfgang: Lokomotiven der Maschinenfabrik Esslingen. - Berlin : Transpress, 1984. - 280 S. ; Ill.

4674.

Müller, Wolfgang: Leipziger Kleinmesse vor dem Frankfurter Tor : Seit 1907 ; nebst e. Vorgesch. / Mitarb. Rosel Berger. - Leipzig : Kulturdirektion Leipzig, 1982. - 79 S. ; Ill.

4675.

Näbrich, Fritz; Meyer, Günter; Preuß, Reiner: Lokomotiv-Archiv. - Sachsen. - Berlin : Transpress 1. - 1984. - 214 S. ; Ill. 2. - 1984. - 213 S. ; Ill.

4676.

Preuß, Reiner: Die Müglitztalbahn. - Berlin : Transpress, 1985. - 176 S. ; Ill. - (Transpress-Verkehrsgeschichte)

4677.

Stahl, Ernst: Die Auswirkungen der Gewerbefreiheit auf das Bäckerhandwerk in der Stadt Arnstadt im 19. Jahrhundert. - In: Beiträge zur Heimatgeschichte - Stadt und Kreis Arnstadt / Hrsg. von d. Abt. Kultur beim Rat d. Kreises u. d. Rat d. Stadt Arnstadt in Zs. arb. mit d. Gesellsch. für Heimatgesch. im Kulturbund d. DDR. - 1. - Arnstadt : Arnstadt-Information ; Museen d. Stadt ; Kreissekretariat d. Kulturbundes, 1982. - S. 18 - 24.

4678.

Straßenbahn-Archiv. - Berlin : Transpress 4. Raum Erfurt-Gera, Halle (Saale)-Dessau / Von einem Autorenkoll. unter Leitung von Gerhard Bauer. - 1984. - 240 S. ; Ill., Kt.

4679.

Strods, Heinrihs: Die bäuerlichen Siedlungen Lettlands am Ausgang des Feudalismus. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1983) 3, S. 43 - 57 ; Tab.

4680.

Teichmann, Herbert: Zum Wirken Friedrich Wöhlers in Berlin. - In: Beiträge zur Geschichte der Chemie in Deutschland, insbesondere in Berlin im 19./20. Jahrhundert / Verantw.: W. Girnus, R. Zott. - Berlin : Akad. d. Wiss. d. DDR, Inst. für Theorie, Gesch. u. Organisation d. Wiss., 1984. - (Kolloquien / Akademie der Wissenschaften der DDR, Inst. für Theorie, Gesch. u. Organisation d. Wiss. ; 37) (Berliner Wissenschaftshistorische Kolloquien ; 9) (Die Entwicklung Berlins als Wissenschaftszentrum 1870 - 1930 : Beiträge einer Kolloquienr. ; 6). - S. 5 - 49.

4681.

Türich, Heinrich: Die Entwicklung der Berufstätigkeit in Weißenborn-Lüderode. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 25 (1985) 2, S. 152 - 160.

4682.

Unger, Peter: Industrie- und Personenbahnprojekte für die Stadt Arnstadt 1911 bis 1914. - In: Beiträge zur Heimatgeschichte - Stadt und Kreis Arnstadt / Hrsg. von d. Abt. Kultur beim Rat d. Kreises u. d. Rat d. Stadt Arnstadt in Zs. arb. mit d. Gesellsch. für Heimatgeschichte im Kulturbund d. DDR. - 1. - Arnstadt : Arnstadt-Information ; Museen d. Stadt ; Kreissekretariat d. Kulturbundes, 1982. - S. 45 - 47.

4683.

Wagenbreth, Otfried: Leben und Werk des Freiburger Oberkunstmeisters Friedrich Wilhelm Schwamkrug. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 31 (1985) 5, S. 208 - 217 : Ill.

4684.

Zuckermann, Brigitta: Standortentwicklung und Standortverteilung der Tuchindustrie im Bezirk Cottbus in der Zeit von 1870 bis 1967 : Eine histor.-geograph. Analyse. - Cottbus : Bezirkskomm. zur Erforsch. d. Gesch. d. örtl. Arb.bew. bei d. Bezirksleitung Cottbus d. SED, 1981. - 176 S. : Kt., Tab. - (Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus ; Sonderh.).

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

4685.

Barthel, Horst: Die Einführung des doppelten Preissystems für Einzelhandelsverkaufspreise in der DDR durch die Schaffung der HO-Läden von 1948 bis 1950/51 als komplexe Maßnahme der Wirtschaftspolitik. - In: Jb. Gesch., Berlin, 31 (1984), S. 273 - 297 : Tab.

4686.

Beetz, Rüdiger: Zur Geschichte des Produktionsaufgebotes 1961/62 in der Industrie des Bezirkes Potsdam. / Mit russ. u. engl. Rés./. - In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Karl Liebknecht" Potsdam, Potsdam, 29 (1985) 2, S. 283 - 293.

4687.

Beetz, Rüdiger: Die sozialistische Umgestaltung des Havelländischen Obstanbaugebietes. - In: Märk. Heimat, Potsdam, 3 (1984), S. 40 - 55 : Ill., Tab.

4688.

Blank, Ingeborg: 40 Jahre demokratische Bodenreform : Ehrenurkunde auch für einen ehem. Amtshauptmann. - In: Schweriner Bl., Schwerin, 5 (1985), S. 66 - 74 : Ill.

4689.

Brendel, Gerhard; Dubrowsky, Hans-Joachim: Zur Rolle der UdSSR in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach dem zweiten Weltkrieg. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, (1985) 5, S. 641 - 659 : Tab.

4690.

Brüdgam, Jürgen: Zur planmäßigen Verbindung der Produktion von Konsumtionsmitteln der Kombinate und Betriebe der Abteilung A mit dem volkswirtschaftlichen Bedarf. / Mit russ., engl. u. franz. Rés./. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellschaftswiss. R., Rostock, 33 (1984) 8, S. 6 - 9.

4691.

Buna - traditionsreich, leistungsstark und zukunftsorientiert. - Schkopau : Kombinat VEB Chem. Werke Buna, 1984. - 56 S. : Ill.

4692.

Dalchow, Irmtraud: Geschichte des Alltags und Betriebsgeschichte. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew. Berlin, 27 (1985) 4, S. 548.

4693.

Drewes, Hans-Joachim; Mokry, Vladimir; Schädlich, Michael: Zur Bedeutung makroökonomischer Strukturveränderungen - dargestellt am Beispiel der Analyse ausgewählter struktureller Veränderungen im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß der europäischen RGW-Länder 1960 - 1980. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellschaftswiss. R., Halle/S., 34 (1985) 3, S. 16 - 26.

4694.

Dümcke, Cornelia: Ökonomische und soziale Aspekte der Versorgungspolitik in den Jahren 1945 - 1958. - In: Jb. Soziol. u. Sozialpol., Berlin, (1984), S. 132 - 142 : Tab.

4695.

Einhorn, H.; Becker, Willy: Die Kriegswirtschaft der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg - Faktor des Sieges. - In: Militärwesen, Berlin, 29 (1985) 2, S. 19 - 23.

4696.

Entwicklung und Aufgaben der Klasse der Genossenschaftsbauern im Bündnis und unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR : Vorträge u. Diskussionsbeitr. d. Symposiums d. Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK d. SED, d. Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR u. d. Parteihochsch. "Karl Marx" aus Anlaß d. 100. Wiederkehr d. Geburtstages von Prof. Edwin Hoernle am 23. u. 24. Nov. 1983 in Berlin. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1984. - 202 S. - (Tagungsbericht / Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR ; 223).

4697.

Filipov, Dimitar: Die Wirkung des technischen Fortschrittes auf die Entwicklung der Arbeitsteilung und Produktionsstruktur. / Mit russ. u. engl. Rés. / - In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellsch.wiss. R., Jena, 34 (1985) 5, S. 459 - 470.

4698.

Gauger, Wolfgang; Janke, Ingrid: Zur Tätigkeit der Kreisparteiorganisation der SED Apolda bei der Gewinnung der privaten Handwerker, der Besitzer der Klein- und Mittelbetriebe der Ober-

trikotagenindustrie für den Aufbau des Sozialismus in den Jahren 1952 bis 1961. - In: Beiträge zur Geschichte Thüringens. - Bd. 3. - Erfurt : SED Bezirksleitung; Bezirkskomm. zur Erforsch. d. Gesch. d. örtl. Arb.bew. u. d. Rat d. Bezirkes, 1980. - S. 153 - 167.

4699.

Geschichte des FDGB : Chronik 1945 - 1982 / Red. koll. : H. Deutschland (Ltr.). ... - Berlin : Tribüne, 1985. - 364 S.

4700.

Horschligau, Edeltraud; Hoffmann, Rudi; Luise Ermisch - Initiator der Qualitätsarbeit in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. - In: Beiträge zur Geschichte Thüringens. - Bd. 3 - Erfurt : SED Bezirksleitung; Bezirkskomm. zur Erforsch. d. Gesch. d. örtl. Arb.bew. u. d. Rat d. Bezirkes, 1980. - S. 198 - 210 : Ill.

4701.

Hübner, Peter: Zur Entwicklung der sozialen Aktivität von Produktionsarbeitern in den kohle- und energieproduzierenden Betrieben der DDR 1957 bis 1960 : Probleme d. Dialektik von materieller Produktion und polit. Macht in d. Übergangsperiode. - In: Jb. Gesch., Berlin, 31 (1984), S. 71 - 102 : Tab.

4702.

Huß, Werner; Mairich, Lothar: Entwicklungstendenzen der kubanischen Landwirtschaft seit 1959. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 3, S. 490 - 501 : Tab.

4703.

Intensivierung der Landwirtschaft und des Gartenbaus in der DDR und die Entwicklung auf dem Lande. - Leipzig : Karl-Marx-Univ., 1984. - S. 564 - 672 : Tab. - (Wissenschaftliche Zeitschrift Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellsch. u. sprachwiss. R.; 33 , 6).

4704.

Internationale ökonomische Organisationen der RGW-Länder : Dokumente / Hrsg. vom Inst. für ausländ. Recht u. Rechtsvergleichung an d. Akad. für Staats- u. Rechtswiss. d. DDR, Potsdam-Babelsberg ; Zsgest. u. bearb. von Lothar Rüter; Autor d. Sachreg.: Jutta Kästner. - Berlin : Staatsverl. d. DDR, 1985. - 510 S. : Tab.

4705.

Kartowitsch, Klaus: Aus der Geschichte des VEB Klement-Gottwald-Werk Schwerin. - In: Schweriner Bl., Schwerin, 5 (1985), S. 55 - 62 : Ill.

4706.

Kasper, Ulrich: Die Entwicklung und Spezifik der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft im Bezirk Halle zu Beginn der 60er Jahre. - In: Hallesche Beitr. Gesch. SED, Halle/S., 1 (1984), S. 65 - 74.

4707.

Kreschel, Katharina: "Stromauf - Stromab!" : Ausstellung zur Gesch. d. Havelschiffahrt im Museum Brandenburg. / Mit russ., engl. u. franz. Rés. / - In: Neue Museumskd., Berlin, 27 (1984) 3, S. 160 - 172 : Ill.

4708.

Leuschner, Bruno: Ökonomie und Klassenkampf : Ausgewählte Reden und Aufsätze 1945 - 1965 / Inst. für Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED. - Berlin : Dietz Verl., 1984. - 597 S. : Ill.

4709.

Mühlfriedel, Wolfgang: Der Wirtschaftsplan 1948 : Der erste Versuch eines einheitl. Planes d. Deutschen Wirtschaftskommission zur ökonom. Entw. d. sowjet. Besatzungszone. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 9 - 26 : Tab.

4710.

Oehler, Ellenor: Die demokratische Bodenreform - revolutionäre Grundlage der Bodenordnung und des Bodenrechts : Zum 40. Jahrestag d. demokrat. Bodenreform. - In: Staat u. Recht, Berlin, 34 (1985) 8, S. 637 - 646.

4711.

Partisch, Gudrun: Zu einigen Problemen der Gewinnung von Frauen für die Berufstätigkeit in der Industrie im Zeitraum von 1950 bis zum Beginn der 60er Jahre. - In: Mitt. bl. Forsch.gemeinsch. "Gesch. d. Kampfes d. dt. Arb.klasse um d. Befreiung d. Frau", Leipzig, (1984) 3, S. 56 - 66.

4712.

Piskol, Joachim; Nehrig, Christel; Trixa, Paul: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945 - 1949) / Hrsg. von d. Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, Inst. für Agrargesch. u. Internat. Landwirtschaft. - Berlin : Dt. Landwirtschaftsverl., 1984. - 207 S. : Ill.

4713.

Die Politik der SED zur Herausbildung und Entwicklung sozialistischer Industriekombinate. - Berlin : Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK d. SED, Inst. für Gesch. d. dt. Arb.bew., Inst. für Polit. Ökon. d. Sozialismus. - T. 2. Red. : Hilmar Schmidt, Renate Woick. - 1985. - 87 S.

4714.

Roesler, Jörg: Kombinate in der Geschichte der DDR : Von d. ersten VVB bis zur durchgängigen Kombinatbildung. - In: Jb. Gesch., Berlin, 31 (1984), S. 221 - 271 : Tab.

4715.

Roesler, Jörg: Untersuchungen zu Tempo und Dynamik der volkswirtschaftlichen Investition in der DDR Ende der 40er bis Mitte der 70er Jahre.

- bis Mitte der 70er Jahre. - In: *Jb. Gesch.*, Berlin, 31 (1984), S. 187 - 219 ; Tab.
- 4716.
- Roesler, Jörg; Vom Akkordlohn zum Leistungslohn : Zu d. Traditionen d. Kampfes d. dt. Arb.klasse u. zur Einführung d. Leistungslohnes in d. volkseigenen Wirtsch. d. DDR 1948 bis 1950. - In: *Z. Gesch.wiss.*, Berlin, 32 (1984) 9, S. 778 - 795.
- 4717.
- Roesler, Jörg; Schwärzel, Renate: Sozialökonomische Entwicklungen in sozialistischen Ländern : 25. u. 26. Sept. 1984 in Berlin. - In: *Jb. Wirtsch.gesch.*, Berlin, (1985) 3, S. 209 - 213.
- 4718.
- Ruffer, Horst; Schwartz, Ekkehard: Die Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. - Berlin : Dt. Landwirtschaftsverl., 1984. - 96 S. : Ill.
- 4719.
- Schmidt, Ines: Zu demographischen und sozialstrukturellen Aspekten der Migration. - In: *Wirtschaftswissenschaft*, Berlin, 33 (1985) 3, S. 366 - 378.
- 4720.
- Schwärzel, Renate: VEB Kombinat NARVA : Einige Überlegungen zur Kombinatbildung Ende d. 60er Jahre. - In: *Jb. Wirtsch.gesch.*, Berlin, (1985) 3, S. 27 - 41.
- 4721.
- Shambalsuren, N. : Die wachsende Rolle der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau in der Mongolischen Volksrepublik. - In: *Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Karl Friedrich Wilhelm Wander" Dresden*, *Gesellsch. wiss. R.*, Dresden, 18 (1984), S. 23 - 32.
- 4722.
- Sonnenberg, Heinz: Der VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale auf dem Wege zum entwickelten Sozialismus 1966 - 1970. - Thale : Zentrale Parteileitung d. SED im VEB Eisen- u. Hüttenwerke, 1982. - 112 S. : Ill.
- 4723.
- Sonnenberg, Heinz: Der VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft: 1971 - 1975. - Thale: Zentrale Parteileitung d. SED im VEB Eisen- und Hüttenwerke, 1982. - 100 S. : Ill.
- 4724.
- Steding, Rolf: Zum Verhältnis von Staat und LPG bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR : Betrachtungen zum 25. Jahrestag d. Zs. schlusses aller Bauern in LPG. - In: *Staat u. Recht*, Berlin, 34 (1985) 4, S. 301 - 308.
- 4725.
- Tomek, František: Die Entstehung der Einheitsgewerkschaften und ihr Anteil an der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus. - In: *Wiss. Z. Techn. Hochsch. Otto v. Guericke Magdeburg*, Magdeburg, 29 (1985) 1/2, S. 23 - 28.
- 4726.
- Ulbrik, Jozef; Tomkova, Irena: Die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft in den vier Jahrzehnten seit der Befreiung. - In: *Wiss. Z. Techn. Hochsch. Otto v. Guericke Magdeburg*, Magdeburg, 29 (1985) 1/2, S. 46 - 51; Tab.
- 4727.
- Welzel, Günter: Zur Geschichte des VEB Webstuhlbau Karl-Marx-Stadt in den Jahren 1945 - 1982. - In: *Sächs. Heimatbl.*, Dresden, 31 (1985) 2, S. 49 - 57 ; Ill.

4728.

Wie wir angefangen haben : Von d. demokrat. Bodenreform zum Sieg d. sozialist. Produktionsverhältnisse in d. Landwirtschaft ; Erinnerungen / Inst. für Agrargesch. u. Internat. Landwirtschaft d. Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR. - Berlin : Dietz Verl., 1985. - 327 S. ; Ill.

4729.

Zwirnmann, Peter; Schädlich, Michael: Untersuchungen zur Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus in der DDR. Jörg Roesler/ Renate Schwärzel/ Veronika Siedt, Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950 - 1970 = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte; 22. Berlin 1983. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3, S. 149 - 153.

1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder

4730.

Brandenburg, Ingrid: Griechenland - konfliktreiche EG-Mitgliedschaft. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 8, S. 54 - 58 : Tab.

4731.

Brode, Günter; Behnke, Gerhard: Staatsmonopolistische Einflüsse auf Kosten und Preise. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 9, S. 36 - 40 : Tab.

4732.

Burger, Armin; Zschocke, Helmut: Neue Tendenzen der Kapitalverflechtung zwischen der BRD und den USA. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 10, S. 36 - 41, 64 : Tab.

4733.

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945. - Berlin : Akad.-Verl. - (Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte ; ...). Bd. 2. 1941 - 1943 / Mit einem Kapitel von Joachim Lehmann. - 1985. - XVIII, 713 S. & 1 Beil. - (... ; 1).

4734.

Eichholtz, Dietrich: Kriegskonjunktur und Niederlage : Die ökonom. Machtgrundlagen d. dt. Imperialismus am Ende d. zweiten Weltkrieges. - In: Militärgesch., Berlin, 24 (1985) 2, S. 128 - 139 : Tab.

4735.

Fesser, Gerd: Griff nach dem Orient : Zur Bagdadbahnpolitik des dt. Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg. - In: Gesch.unterr. u. Staatsbürgerkd., Berlin, 27 (1985) 2/3, S. 150 - 155.

4736.

Freiberg, Paul: Zu den Außenwirtschaftsbeziehungen Italiens mit den RGW-Ländern. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 4, S. 50 - 53 : Tab.

4737.

Gerlach, Eva: Zur Situation der OPEC auf dem kapitalistischen Ölmarkt - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 10, S. 49 - 51 : Tab.

4738.

Grünert, Holle: Kapitalistische Stahlkrise und Veränderung von Monopolstrukturen in der BRD. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 5, S. 31 - 38.

4739.

Haack, Hanna: Der gesetzliche Achtstundentag in Deutschland während der revolutionären Nachkriegszeit. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 33 (1984) 8, S. 37 - 40 : Tab.

4740.
Höhme, Hans-Joachim: Zu den Merkmalen und zur Rolle der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1980/83. - In: IPW Ber., Berlin, 13 (1984) 2, S. 1 - 9 : Tab.
4741.
Jacobeit, Wolfgang: Geschichte der Arbeiterklasse aus regionalgeschichtlicher Sicht. Karl Dinklage, Geschichte der Kärntner Arbeiterschaft, hrsg. von Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten. Bd. 1; Bd. 2. Klagenfurt 1976; 1982. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin (1985) 3, S. 133 - 138.
4742.
John, Jürgen: Die Dresdner Industrietagung 1926 und der Verband Sächsischer Industrieller. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 12 (1985), S. 202 - 220.
4743.
Kleinsorge, Johann: Sozialökonomische Differenziertheit der Vollerwerbsbauern in der BRD. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 7, S. 33 - 37 : Tab.
4744.
Knaak, Iris: Zu einigen Aspekten der Frauenfrage im staatsmonopolistischen Kapitalismus. - In: Wiss. Z. Techn. Hochsch. Otto von Guericke Magdeburg, Magdeburg, 28 (1984) 7/8, S. 88 - 90.
4745.
Kohl, Monika: Verstärkte Bemühungen der USA zur Ausweitung ihrer Agrarexporte. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 4, S. 44 - 47 : Tab.
4746.
Kolloch, Eveline; Thümmler, Werner: Zur Rolle des Goldes im kapitalistischen Währungssystem vom Bretton-Woods-Abkommen 1944 bis zur 2. Statutenrevision des Internationalen Währungsfonds 1978. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1985) 1, S. 51 - 70 : Tab.
4747.
Lage und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse im Kapitalismus Mitte der 80er Jahre. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 4, S. 21 - 30.
4748.
Lehmann, Joachim: Repressive Ausländerpolitik im faschistischen Deutschland : Die Ausländerpolizei-Verordnungen von 1932 u. 1938. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 33 (1984) 2, S. 47 - 51.
4749.
Lunow, Wilfried: Zur Wirtschaftspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber den Staaten der Kleinen Entente. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 33 (1984) 2, S. 10 - 14.
4750.
Matwejew, Ingrid: Rohstoffstrategie der EG-Mitgliedsländer. - IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 4, S. 41 - 43 : Tab.
4751.
Neumann, Adelheid: Ökonomische und soziale Auswirkungen der Hochrüstungs-politik des Imperialismus. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 1, S. 50 - 53.
4752.
Patzke, Stephan-Michael: Schweden : Zyklischer Aufschwung nach längerer depressiver Periode. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 4, S. 47 - 50 : Tab., Ill.
4753.
Pittack, Herwart: Eine anregende Varga-Ausgabe. E. S. Varga, Ausgewählte Schriften 1918 - 1964, Bd. 1 ; Der Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, Bd. 2; Die Wirtschaftskrisen, Bd. 3; Der Kapitalismus nach dem zwei-

- ten Weltkrieg. 2. durchges. Aufl.
mit erweit. Bibliographie. Berlin
1982. - In: Jb. Wirtsch.gesch.,
Berlin, (1985) 3, S. 143 - 147.
- 4754.
- Rammler, Erich; Wächtler, Eber-
hard: Zum Prozeß der Konzentration
und Zentralisation des Kapitals und
der Produktion in der Braunkohlen-
brikettierung : Zur Rolle d. "Groß-
gesellschaften" d. Braunkohleindu-
strie in diesem Industriezweig bis
1921. - In: Beiträge zur Geschichte
der Produktivkräfte. - Bd. 19.
- Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoff-
industrie, 1985. - (Freiberger For-
schungshefte ; D 163). - S. 6 - 52 : Tab.
- 4755.
- Reinhold, Otto: Die Krise der 80er
Jahre in der Welt des Kapitals. - In:
Einheit, Berlin, 39 (1984) 3,
S. 250 - 256.
- 4756.
- Richter, Frank; Vollmer, Ferdinand:
Lateinamerika als Expansionsfeld der
EG : Einige Probleme, Ergebnisse u.
Tendenzen seit Beginn d. 70er J. /Mit
russ., engl. u. franz. Rés./ - In:
Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock,
Gesellsch.wiss. R., Rostock, 33 (1984)
8, S. 10 - 14.
- 4757.
- Riedel, Hannelore: Zum Zusammen-
hang von Inflation, staatsmonopolisti-
schem Kapitalismus und Rüstung. - In:
Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1985) 3,
S. 99 - 108 : Tab.
- 4758.
- Schwarz, Astrid: Monopolstellung und
Konkurrenz im Elektronikbereich der
imperialistischen Rivalitätszentren.
- In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 7,
S. 27 - 32.
- 4759.
- Schwarz, Bernd: Handelsschiffsbauten deut-
scher Seeschiffswerften für die Sowjet-
union 1919 - 1941. - In: Panorama marit.,
Rostock, 17 (1984), S. 3 - 11 : Tab.
- 4760.
- Stebner, Peter: Verschärfte Handels-
widersprüche zwischen den USA und Ja-
pan. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985)
7, S. 51 - 53 : Tab.
- 4761.
- Thomas, Ludmila: Das Handelshaus
Kunst & Albers im russischen Fernen
Osten bis 1917 : Zum Problem d. dt.
Kapitals in Rußland. - In: Jb. Gesch.
sozialist. Länder Europas, Berlin, 28
(1984), S. 187 - 206.
- 4762.
- Veith, Horst: Chronische Massenarbeits-
losigkeit : Grundlagen u. Ursachen.
- In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 4,
S. 31 - 36 : Tab.
- 4763.
- Wallraf, Wolfram: Zur Entwicklung der
Klassenstruktur in Japan. - IPW Ber.,
Berlin, 14 (1985) 1, S. 26 - 31.
- 4764.
- Wirtschaftskrieg - Boykott - Embargo.
- Berlin : Staatsverl., 1985. - 111 S.
: Tab. - (Blickpunkt Weltpolitik).
- 1917 - Gegenwart, Entwicklungsländer
- 4765.
- Brauchmann, Michael: Das Energiepro-
blem in Indien - gegenwärtige Situation,
Entwicklungstendenzen und Lösungsmög-
lichkeiten. - In: Asien, Afrika, Latein-
amerika, Berlin, 13 (1985) 4, S. 626 -
636 : Tab.

4766.
Fellenberg, Peter: Kontinuität und Wandel der Agrarfrage in der jüngsten Geschichte Boliviens. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 4, S. 693 - 705.
4767.
Fischer, Dietrich: Volkswirtschaftliche Verflechtungsprobleme in afrikanischen Staaten mit kapitalistischer Entwicklung - dargestellt am Beispiel Nigerias und der Elfenbeinküste. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 2, S. 243 - 257.
4768.
Halpap, Paul: Industrialisierungs- konzeptionen und industrielle Entwicklung in Argentinien. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 2, S. 288 - 298 : Tab.
4769.
Jacob, Eleonore: Die praktische Anwendung des Konzepts der "industrialisierenden Industrien" in der DRV Algerien. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 2, S. 232 - 242.
4770.
Kreutzmann, Rolf: Veränderte Bedingungen und Tendenzen beim Industrie- anlagenexport in Entwicklungsländer. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 23 (1984) 5, S. 74 - 76.
4771.
Lehmann, Gerhard: Zur Ernährungssituation in den Entwicklungsländern Afrikas. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 4, S. 672 - 679 : Tab.
4772.
Michalski, Edeltraud: Aspekte der revolutionären Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der VR Jemen. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 2, S. 224 - 231.
4773.
Oesterheld, Joachim: Die Landwirtschaft im Programm und in der Politik des Indischen Nationalkongresses in der ersten Hälfte der 70er Jahre. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 34 (1985) 9, S. 773 - 777.
4774.
Rau, Thomas: Die Auseinandersetzung der Entwicklungsländer mit den kapitalistischen Industrieländern um die Gewährung allseitiger Zollpräferenzen. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 4, S. 605 - 615.
4775.
Schreiber, Peter: Imperialistische Rüstungsexportpolitik verschärft Verschuldungssituation der Entwicklungsländer. - In: IPW Ber., Berlin, 14 (1985) 8, S. 13 - 18 : Tab.
4776.
Timm, Klaus: Die Nahrungsmittel"lücke" in Ägypten - wirtschaftliche Ursachen und gesellschaftliche Dimensionen. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 13 (1985) 4, S. 660 - 671 : Tab.

- B u g a j, N. F. Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichte der UdSSR, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- E i c h l e r, H e l g a, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- E p p e r l e i n, S i e g f r i e d, Dr. phil. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- G r a b a s, M a r g r i t, Dr. oec.
- G ü n t h e r, R e n a t e, Dr. rer. oec., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- H a n d k e, H o r s t, Dr. rer. oec. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- K h a l a t b a r i, P a r v i z, Prof. Dr. rer. oec. habil., Bereichsleiter, Bereich Demographie, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- K u c z y n s k i, J ü r g e n, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- K u s c h, R e i n h a r d, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bezirksmuseum Viadrina, Frankfurt/Oder.
- L e h m a n n, K a r i n, Dr. sc. oec., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- M ü l l e r, D i e t e r, Dipl.-Anglist/Amerikanist, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- R e h b e i n, E l f r i e d e, Prof. Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftsbereich Wirtschafts- und Verkehrsgeschichte, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.
- R i c h t e r, S i e g f r i e d, Prof. Dr. rer. oec. et phil. habil., Sektion Wirtschaftswissenschaften, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- R o e s l e r, J ö r g, Prof. Dr. sc. oec., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- S c h i l l i n g, R e n a t e, Dr. phil., wissenschaftliche Assistentin, Sektion Geschichte, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- S c h r ö t e r, H a n s - J o a c h i m, Dr. phil., wissenschaftlicher Oberassistent, Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie, Sektion Marxismus-Leninismus, Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt.
- S c h w ä r z e l, R e n a t e, Dr. oec., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- V o i g t, M a n f r e d, Prof. Dr. sc. oec., Lehr- und Forschungsbereich arabische Staaten, Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften Karl-Marx-Universität Leipzig.

- Юрген Кучинский, Научно-техническая революция
- Парвиц Калатбари, Непрерывность и прерывность движения населения в период до промышленной революции
- Ханс-Йоахим Шрётер, Содействие и укрепление народной собственности в промышленном городе Хемниц оказанное Советской военной администрацией в Германии (СВАГ)
- Н. Ф. Бугай, Промышленное производство, организация работы и заработная плата в Советской России в период с 1918 по 1921 г.
- Маргрит Грабас, Статистическо-экономический анализ кризиса 1913-ого года в Германии и США
- Раинхард Кух, Торговый капитал и мануфактура в период позднего феодализма. Пример Штральзунда (с 1720 по 1815 г.)
- Иорг Рёслер, Соображения насчёт характеристики промышленных отраслей в воспроизводственно-историческом аспекте. Проблемы содержания и методики при анализе промышленных отраслей в переходный период
- Хорст Хандке, Политико-социальный язык в борьбе классов
- Манфред Фойгт, Не только два значительных десятилетия в истории одного египетского банка
- Юрген Кучинский, Развитие теории империализма в рядах КПГ
- Зигфрид Рихтер, Предметы как свидетели истории производства и транспорта
- Карин Леманн, Инфляция и восстановление в Германии и других европейских городах с 1914 по 1924 г. Об общем проекте и первых результатах
- Зигфрид Эпшерляйн, Гулянье по жизненным сферам феодального общества
- Ренате Шверцель, Анализ источников и история предприятия. 8-ой коллоквиум комиссии специалистов по истории предприятия Общества историков ГДР (29 января 1986 г. в Берлине)
- Библиография самостоятельных трудов по истории предприятия в Германской Демократической Республике (21-ый выпуск) (Ренате Гюнтер)
- Эльфриде Ребайн, Транспортно-исторические проблемы немецких железных дорог (30-ое ноября 1985 г. в Дрездене)
- Хельга Айхлер, Гугеноты в Бранденбурге Пруссии. Их роль в экономике и культуре (с 25 - 26-ое октября 1985 г. в Берлине)
- Ренате Шиллинг, Город и церковь в позднем средневековье и в период реформации (с 1-ого по 3-е октября 1985 г. в Франкфурте-на-Одере)
- Библиография литературы ГДР по экономической истории, 29-ый выпуск (Дитер Мюллер)

- Jürgen Kuczynski, The scientific and technological revolution
- Parviz Khalatbari, Continuity and discontinuity of the demographic movement before the Industrial Revolution
- Hans-Joachim Schröter, The promotion and stabilization of nationally owned property in the industrial city of Chemnitz by the Soviet Military Administration in Germany (SMAD)
- N. F. Bugaj, Industrial production, organization of labour and wages in Soviet Russia from 1918 to 1921
- Margrit Grabas, Statistical and economic analysis of the course of the crisis of 1913 in Germany and the USA
- Reinhard Kusch, Commercial capital and manufacture in late feudalism. The example of the town of Stralsund (1720 - 1815)
- Jörg Roesler, Considerations on the characterization of industrial branches under the aspect of the history of reproduction. Problems concerning the contents and the methods of the analysis of industrial branches during the period of transition
- Horst Handke, The political and social language in the class conflict
- Manfred Voigt, Not only two important decades in the history of an Egyptian bank
- Jürgen Kuczynski, The development of the theory of imperialism in the Communist Party of Germany (KPD)
- Siegfried Richter, Material evidence of the history of production and communications
- Karin Lehmann, Inflation and reconstruction in Germany and other European countries 1914 to 1924. The general project and first results
- Siegfried Epperlein, A ramble through some spheres of life in feudal society
- Renate Schwärzel, Analysis of sources and the history of enterprises. 8th colloquy of the special commission on enterprise history of the Historiker-Gesellschaft of the GDR (Jan. 29th, 1986, Berlin)
- Bibliography of separate contributions to the history of enterprises in the GDR (21st instalment) (Renate Günther)
- Elfriede Rehbein, Problems concerning the history of traffic in regard of the German railways (Nov. 30th, 1985, Dresden)
- Helga Eichler, The Huguenots in Brandenburg-Prussia. Their role in commerce and culture (Oct. 25th - 26th, 1985, Berlin)
- Renate Schilling, Township and Church in the late Middle Ages and during the Reformation (Oct. 1st - 3rd, 1985, Frankfurt/Oder)
- Bibliography of GDR publications on economic history, 29th part (Dieter Müller)

- Jürgen Kuczynski, La révolution scientifico-technique
- Parviz Khalatbari, La continuité et la discontinuité du mouvement démographique avant la révolution industrielle
- Hans-Joachim Schröter, L'avancement et la stabilisation de la propriété du peuple dans la ville industrielle de Chemnitz par l'Administration militaire soviétique en Allemagne (S.M.A.D.)
- N. F. Bugaj, La production industrielle, l'organisation du travail et les salaires en Russie soviétique de 1918 à 1921
- Margrit Grabas, Analyse statistico-économique du cours de la crise de 1913 en Allemagne et aux Etats-Unis
- Reinhard Kusch, Capital de commerce et manufacture dans la période féodale tardive. L'exemple de Stralsund (de 1720 à 1815)
- Jörg Roesler, Réflexions sur la caractérisation de branches industrielles sous les aspects de l'histoire de reproduction. Problèmes concernant le contenu et la méthode dans l'analyse de branches industrielles dans la période de transition
- Horst Handke, Le langage socio-politique dans le conflit de classes
- Manfred Voigt, Non seulement deux décennies importantes dans l'histoire d'une banque égyptienne
- Jürgen Kuczynski, L'évolution de la théorie d'impérialisme dans le Parti communiste d'Allemagne (K.P.D.)
- Siegfried Richter, Témoins compétents de l'histoire de la production et de l'histoire des transports
- Karin Lehmann, Inflation et reconstruction en Allemagne et dans d'autres pays européens de 1914 à 1924. Sur le projet global et sur les premiers résultats obtenus
- Siegfried Epperlein, Une excursion à travers les domaines de vie de la société féodale
- Renate Schwärzel, Analyse de sources et histoire d'entreprise. 8^e colloque de la commission spécialisée d'histoire d'entreprise de la Société des Historiens de la R.D.A. (le 29 janvier 1986 à Berlin)
- Bibliographie de traités indépendants sur l'histoire d'entreprise dans la République Démocratique Allemande (21^e suite) (Renate Günther)
- Elfriede Rehbein, Problèmes de l'histoire des transports des chemins de fer allemands (le 30 novembre 1985 à Dresde)
- Helga Eichler, Les Huguenots dans le pays de Brandebourg-Prusse. Leur rôle dans l'économie et la culture (du 25 au 26 octobre 1985 à Berlin)
- Renate Schilling, Ville et église au Moyen Age tardif et pendant la Réforme (du 1^{er} au 3 octobre 1985 à Francfort sur l'Oder)
- Bibliographie de la littérature sur l'histoire économique de la R.D.A., 29^e fascicule (Dieter Müller)

- Jürgen Kuczynski, La revolución científico-técnica
- Parviz Khalatbari, Continuidad y discontinuidad del desarrollo tendencioso de la población antes de la revolución industrial
- Hans-Joachim Schröter, El fomento y la consolidación de la propiedad nacional en la ciudad industrial de Chemnitz por la Administración Militar Soviética en Alemania (SMAD)
- N. F. Bugaj, Producción industrial, organización del trabajo y salarios en Rusia Soviética desde 1918 hasta 1921
- Margrit Grabas, Análisis estadístico-económico del transcurso de la crisis de 1913 en Alemania y en Estados Unidos de América
- Reinhard Kusch, Capital de comercio y manufactura en el feudalismo tardío. El ejemplo de Stralsund (desde 1720 hasta 1815)
- Jörg Roesler, Reflexiones al caracterizar ramas industriales tomando en cuenta el aspecto de la historia de la reproducción. Problemas en cuanto al contenido y al método analizando ramas de producción durante el período de transición
- Horst Handke, El lenguaje político-social en la disputa de clases
- Manfred Voigt, No solamente dos décadas significativas en la historia de un banco egipcio
- Jürgen Kuczynski, El desarrollo de la teoría del imperialismo en el Partido Comunista Alemán
- Siegfried Richter, Testigos materiales de la historia de producción y del tráfico
- Karin Lehmann, Inflación monetaria y reconstrucción en Alemania y otros países europeos desde 1914 hasta 1924. Acerca del proyecto total y primeros resultados
- Siegfried Epperlein, Una correría através de ámbitos de vivir de la sociedad feudal
- Renate Schwärzel, Análisis de fuentes e historia de fábricas. Coloquio octavo de la comisión especial de historia de fábricas de la Sociedad de Historiadores de la RDA (el 29 de enero de 1986 en Berlín)
- Bibliografía de tratados independientes acerca de la historia de fábricas en la República Democrática Alemana (continuación vigésimo primera) (Renate Günther)
- Elfriede Rehbein, Problemas de la historia del tráfico de los ferrocarriles alemanes (el 30 de noviembre en Dresde)
- Helga Eichler, Los hugonotes en Brandeburgo-Prusia. Su papel en economía y cultura (el 25 y el 26 de octubre de 1985 en Berlín)
- Renate Schilling, Ciudad e iglesia en la Edad Media tardía durante la Reforma (desde el primero hasta el tercero de octubre en Francfort del Oder)
- Bibliografía de literatura sobre historia económica en la RDA, suministro vigésimo noveno (Dieter Müller)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Heinzpeter Thümmler
Berlins Stadtgebiet und Einwohner im 19. und Anfang des 20. Jh.

Wolfgang Mühlfriedel
Der Produktionsplan der Deutschen Wirtschaftskommission für das zweite Halbjahr 1948

Philip S. Foner
Zur gesellschaftlichen Stellung der werktätigen Frau in den Vereinigten Staaten von Amerika

Thomas Kuczynski
Die Entwicklung des Außenhandels während der "Größten Depression" - ein Ausnahmefall. Einige statistische Beobachtungen zur Struktur der Weltsachgüterproduktion

Luciano Segreto
Aspekte der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien und Deutschland in der Periode der Neutralität (1914/15)

Achim Toepel
John Laws Beitrag zur politischen Ökonomie

Siegfried Epperlein
Desiderata einer Geschichte der Bauern im Mittelalter

Volker Klemm
Antikrisenprogramm oder Kriegsvorbereitung? Akzente und Aspekte agrarpolitischer Nazistrategie

Karin Lehmann
Die Monopolisierung der Industrie in Rußland zu Beginn des 20. Jh. (V. I. Bovykin, Formirovanije finansogo kapitala v Rossii konec XIX v. - 1908 g.)

Walter Becker
"Afrika wird seine eigene Geschichte schreiben und im Norden und im Süden wird es eine ruhmreiche und würdige Geschichte sein." (Patrice Lumumba) (Geschichte Afrikas, T. I - IV)

Jürgen Kuczynski
Wunderbare Verwandlung gelehrter Wissenschaftler (Unzeit des Biedermeiers)

Hermann Lehmann
Geschichte der politischen Ökonomie im "Dünger" sozialökonomischer Widersprüche (Maxine Berg, The machinery question and the making of political economy 1815 - 1848; Alfred E. Ott/Harald Winkel, Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre)

Klaus Leciejewski
Entwicklung der Produktivkräfte und der Qualifikation der Arbeitskraft im Kapitalismus (Horst Kern/Michael Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung?)

Gerhard Heitz
Neue Ansätze und herkömmliche Positionen in der bürgerlichen Grundherrschaftsforschung (Grundherrschaft im späten Mittelalter, I und II)

Rudolf Berthold
Die industrielle Revolution in der europäischen Wirtschaftsgeschichte (Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3 u. 4)

E r n s t M ü n c h

Bilanz und Ausblick der Feudalismusdiskussionen in der DDR
(Feudalismus)

J o c h e n R i c h t e r †

Alltagsgeschichte zwischen empirischer Forschung und spekulativer
Geschichtsbetrachtung
(Arthur E. Imhof, Die verlorenen Welten)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)

Jahrbuch für **WIRTSCHAFTS GESCHICHTE**

Sonderband 1987

1987. ca. 350 Seiten - 17 cm × 24 cm - DDR 18,- M; Ausland 28,- DM

ISBN 3-05-000339-1

Bestell-Nr. 754 783 9

Bestellwort: Jb. Wirt-Gesch. 2103/87/S

Grundeigentum im Irak

Fachleute aus der DDR, Großbritannien, Kanada, der UdSSR, den USA und Westberlin stellen jeweils für ihr Spezialgebiet, eine Epoche in der Geschichte Mesopotamiens, die Agrarstruktur des Zweistromlandes dar. Unter Vermeidung soziologischer Schemata werden die konkreten Verhältnisse analysiert und dargestellt. Es sind Resultate einer weltweiten Diskussion, die erstmals in deutscher Sprache vorgelegt werden. Behandelt werden die zur Zeit bekannten Materialien aus sechs Jahrtausenden. Sie lassen die Geschichte der Gesellschaft im Kernland Vorderasiens seit dem späten 4. Jahrtausend v. u. Z. bis zum Ausgang der Osmanenzeit in ihrer sozialen Grundlage, der Verfügung über das wichtigste Produktionsmittel, den Boden, verfolgen.

Deutlich wird, daß die Entwicklung in Vorderasien sich nicht mit der Geschichte des Grundeigentums in Europa gleichsetzen läßt, da sich sehr unterschiedliche Formen des Eigentums an Grund und Boden einander im Laufe der Jahrhunderte ablösen, bedingt durch Besonderheiten der sozialen Strukturen und der mehrfachen Veränderungen der Umwelt. Der Band ist für Historiker, Wirtschaftswissenschaftler und Lehrer unentbehrlich.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.

AKADEMIE BERLIN
VERLAG



Deutsche
Demokratische
Republik

DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233

Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden

Band 2: Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18

Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Lärmer

1985. 489 Seiten, 122 Tabellen, 15 Abbildungen, 13 Karten, 153 Fotos - 20,5 × 27,0 cm

Leinen 48,- M - LSV 0265

Bestell-Nummer: 754 213 0

Bestellwort: Produktivkraefte 6739/2

Die Erforschung der Produktivkräfte als ein Grundelement der Gesellschaftsentwicklung ist ein wichtiger Auftrag der Geschichtswissenschaft. Obwohl Aspekte der Produktivkraftentwicklung in allgemeinen historischen und wirtschaftshistorischen Untersuchungen sowie in der Technikgeschichte eine Rolle spielen, gibt es bisher keine alle Seiten umfassende Darstellung der Entwicklung eines Landes in einer Epoche.

Diese Lücke wird nun mit der „Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden“ geschlossen. Wissenschaftler mehrerer Forschungseinrichtungen in der DDR stellen darin das Gesamtsystem der Produktivkräfte in seinen Wechselwirkungen mit Ökonomie und Politik dar. Besonderes Gewicht wurde im vorliegenden Band (1870 bis 1917/18) auf die Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft gelegt. Aber auch das Transport- und Nachrichtenwesen, die Beziehungen zwischen Produktivkräften und Standorten, der Beitrag der Wissenschaften werden dokumentiert. Kapital über die Veränderungen der Arbeitskräfte-, Berufs- und Bevölkerungsstrukturen und des Ausbildungswesens rücken die Hauptproduktivkraft Mensch in den Mittelpunkt der Darstellung. Bedeutende technische Errungenschaften, Fortschritte der Arbeitsorganisation und der Produktion werden mit ihren sozialen Folgen verknüpft, der Mißbrauch der Produktivkräfte als Destruktivkräfte — im ersten Weltkrieg auf die Spitze getrieben — erfährt eine gründliche Analyse.

In einem einleitenden Überblick werden allgemeine Bedingungen und Tendenzen beschrieben sowie theoretische Probleme des Forschungsfeldes „Produktivkraft“ behandelt.

In Vorbereitung:

Band 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945 (erscheint 1987)

Band 1: Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870 (erscheint 1988)

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten.



DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233